

## Anträge.

### Tagesordnung des Parteitages.

1. Dresden-Land: „Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik“ ist als besonderer Beratungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.
2. Chemnitz: Auf die Tagesordnung ist als besonderer Punkt noch zu setzen: „Die Wirtschaftslage“. Referent: Rudolf Wissell.
3. Vorkhalle: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die „Wirtschaftspolitik“ zu setzen.
4. Niedersprochhövel: Die „Wirtschaftspolitik“ soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden.
5. Glas und Habelschwerdt: Der Parteitag wolle auf seine Tagesordnung setzen: „Die gegenwärtige Rechtsprechung“. Zur Behandlung dieses Themas soll der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, einen geeigneten Referenten zu bestellen.
6. Rüdgers (Kr. Glas): Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des Parteitages setzen: „Die Rechtsprechung in der Gegenwart“. Zur Behandlung dieses Punktes möge der Parteivorstand einen geeigneten Referenten bestellen.
7. Hamburg: Der Parteitag wird ersucht, zu der Frage des „Preisabbaues“ Stellung zu nehmen.
8. Groß-Berlin: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Ernährungsfrage.“ Ein kundiger Referent ist zu bestellen.
9. Unterbezirk Ostfachsen: Auf dem Parteitag ist als besonderer Punkt „Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialisierung des Baugewerbes“ zu behandeln. Hierzu ist ein sachkundiger Referent zu bestellen. Den Vertretern in Parlamenten sind Leitsätze als Richtschnur zu unterbreiten.
10. Knechtburg: Die „Agrar- und Siedlungsfrage“ ist auf die Tagesordnung zu setzen.
11. München: Es ist Vorzorge zu treffen, daß die „Ernährungsfrage“ auf dem Parteitag die ihr für die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes zukommende Behandlung und Würdigung findet. Eventuell ist die „Ernährungsfrage“ als besonderer Tagesordnungspunkt einzusetzen.

### Bericht des Parteivorstandes.

12. Hamburg: Der Parteitag empfindet es als zwingende Notwendigkeit, daß die Parteipresse ihrer Mission im Klassenkampf der Arbeiterschaft mehr gerecht werden muß. Die mehr als notwendig hervortretende Behandlung und Glossierung tagespolitischer Ereignisse und die dadurch bewirkte Zurücksetzung grundsätzlicher Aufklärung in populärer Weise dürfen nicht weiterhin das Wesen unserer Presse sein. Bei der ungeheuren Bedeutung der Presse und in Berücksichtigung der sich steigenden Übernahme der bürgerlichen Presse durch das Großkapital liegt eine gewaltige Aufgabe auf der Arbeiterpresse.

Hier gilt es, noch durchgreifende Änderungen herbeizuführen. Der Parteitag muß in dieser Frage in erster Reihe seinen Willen befehlen.

13. Hamburg: Der Parteivorstand und die Landesparteiorgane haben dafür zu sorgen, daß die Anwesenheitslisten des Reichstages und der Landesparlamente alljährlich in den Wahlkreisen bekanntgemacht werden, damit die Wähler säumige Abgeordnete zur Rechenschaft ziehen können.

14. München: Zur Sicherung der Errungenschaften durch die Revolution möchte der Parteitag eingehend Stellung nehmen und den Parteivorstand beauftragen, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zu schenken.

15. München: Zur Erreichung und Durchführung einheitlicher, die Gesamtpartei umfassender Aktionen, die vom Parteivorstand zweckmäßig beschlossen sind, ist Voraussetzung, daß die Beschlüsse reiflich und gleichzeitig zur Kenntnis der Bezirks- und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industrieorte kommen. Diese Benachrichtigung geschieht am besten in Form eines Mitteilungsblattes seitens des Parteivorstandes, das regelmäßig, und wenn nötig nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat zu erscheinen hat. In demselben sollen auch sonstige für die Gesamtorganisation und Agitation wichtigen Fragen kurz behandelt werden. Die Bezirks- und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industrieorte sind verpflichtet, für die Durchführung der durch das Mitteilungsblatt bekanntgegebenen Beschlüsse innerhalb des angelegten Zeitraums Sorge zu tragen.

16. Reutlingen: Wir beantragen, daß die sozialdemokratische Provinzpresse, die vielerorts mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, durch Zuwendung von Geldmitteln unterstützt werden soll.

17. Bezirkskonferenz Görlitz: Der Parteivorstand soll die Parteipresse in der Provinz besser finanziell unterstützen, damit diese den berechtigten Anforderungen entsprechen kann.

18. Reutlingen: Wir beantragen: Die Sozialdemokratische Partei möchte dem Genossenschaftswesen ihre tatkräftige Unterstützung leihen, und es möchte namentlich veranlaßt werden, daß die Mitteilungen der „Genossenschaftlichen Korrespondenz“ regelmäßig Aufnahme in der Parteipresse finden.

19. Osthavelland und Ruppin: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preussischen Landesversammlung zu beauftragen, daß neben der Fertigstellung der Preussischen Verfassung die weitere Demokratisierung der preussischen Verwaltung schnellstens durchgeführt wird. Dazu gehört als Grundlage eine neue Städte- und Landgemeindeordnung.

20. Jastrow (Westpreußen): Bei Vorkommnissen wie dem letzten Kapp-Putsch müssen die einzelnen Ortschaften durch Kuriere benachrichtigt werden, damit man auch auf dem Lande weiß, was vorgeht.

21. Jastrow (Westpreußen): Bei Wahlen müssen die Provinzen, speziell die reaktionäre Erde Pommern, Westpreußen, mehr durch Redner besichtigt werden. Die Dörfer müssen bei Wahlen durch uns mehr bearbeitet werden. Dazu sind Redner notwendig. Unsere Gegner sind uns in rednerischer Agitation über. (Bei der letzten Wahl hat nicht ein Kandidat der Liste Weis unseren Bezirk bereift.)

22. Benthe. Der Parteitag wolle beschließen, eine recht baldige Einigung sämtlicher sozialistischen Parteien herbeizuführen, da die Arbeiterschaft durch die Zersplitterung leidet und die Interessen derselben mehr geschädigt als gefördert werden.

23. Sörup. Wir wünschen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht wird, zwischen den sozialistischen Parteien eine Einigung zustande zu bringen. Wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über

die Köpfe der Führer hinweg vorgenommene Urabstimmung, damit es uns ermöglicht ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Auf keinen Fall wünschen wir, in eine Koalitionsregierung der Rechtsparteien einzutreten.

**24. Glaß.** Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Rechtsschutzversicherung für alle Genossen gegründet wird, nach welcher alle Genossen berechtigt sind, den Rechtsschutz für sich in Anspruch zu nehmen.

**25. Bezirk linker Niederrhein.** Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Umgestaltung der „Gleichheit“ dahingehend vorzunehmen, daß es jeder Genossen möglich ist, dieselbe zu beziehen.

**26. Mors:** Die am 18. August in Krefeld tagende Frauenkonferenz für den Bezirk linker Niederrhein beantragt, dem Parteivorstand anheimzugeben, eine baldmöglichste Revidierung des Bezuges der „Gleichheit“ vorzunehmen.

**27. Stade:** Der Parteitag wird ersucht, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, eine Einigung in der Arbeiterklasse herbeizuführen. Es sollte nichts unversucht bleiben seitens unserer Partei, um die Uneinigkeit in der Arbeiterklasse zu beseitigen. Der Ernst der Zeit erfordert ein festes Zusammengehen des ganzen deutschen Proletariats.

**28. Osnabrück:** Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zukunft frühzeitiger als bisher Agitationsmaterial und ganz besonders in größerem Umfange vor den Wahlen herauszugeben.

**29. Bezirk Oestl. Westfalen:** Die „Partei-Korrespondenz“ erscheine in der bisherigen Form nicht mehr, an Stelle derselben gibt der Parteivorstand ein politisches „Mitteilungsblatt“ heraus, das nur nach Bedarf erscheinen braucht.

**30. Neuwied:** Der Parteitag wolle beschließen: Bei der Aufstellung der Reichs- und Landeslisten für die Kandidaten zum Reichs- und Landtag sind vorzugsweise Kandidaten zu berücksichtigen, die in solchen Wahlkreisen ihren Wohnsitz haben, in denen die Sozialdemokratische Partei, weil sie dort in erheblicher Minderheit ist, aus der Wahl im Wahlkreise selbst eine zu schwache Vertretung erhält. Gerade in diesen Kreisen ist eine nachdrückliche Vertretung der Wählerinteressen durch anständige sozialdemokratische Vertreter notwendig und kann zur Ausbreitung und Stärkung der Partei in den gefährdeten Kreisen wesentlich beitragen.

**31. Rückers (Kr. Glaß):** Der Parteitag wolle die Genossen in der Preussischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preussische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung der Preussischen Landesversammlung festgelegt werde.

**32. Glaß und Habelschwerdt:** Der Parteitag wolle die Genossen in der Preussischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preussische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung dieser Landesversammlung erledigt wird.

**33. Selgoland:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften und der preussischen Regierung dafür einzutreten, daß auch auf der Insel Selgoland endlich die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem, ohne Verlängerung der Aufenthaltsdauer, vorgenommen werden.

**34. Vorhalle:** Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, so schnell wie möglich eine preussische Landeskonferenz einzuberufen, damit diese mit den Mitgliedern der Landtagsfraktion S. P. D. die Fragen der preussischen Verfassung und die der Städte- und Landgemeindeordnung durchberät.

## Organisation und Agitation.

**35. Brunsbüttel:** Das Eintrittsgeld ist von 50 Pf. auf 1,50 Mk. und bei Wiederaufnahme auf 3 Mk. zu erhöhen.

**36. Hamburg:** Der Beitrag der männlichen Mitglieder beträgt 40 Pf. pro Woche, für weibliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche.

**37. Hensburg:** Die regelmäßigen Beiträge für männliche Mitglieder betragen pro Mann und Woche 30 Pf., für weibliche Mitglieder 15 Pf.

**38. Unterbezirk Bremerwärde:** Der Parteitag wolle beschließen, die Beiträge für Stadt und Land zu staffeln und für ländliche Ortsvereine nicht über 30 Pf. wöchentlich für männliche Mitglieder zu erheben. Die Beiträge für Frauen sind möglichst niedrig zu halten und dürfen für ländliche Ortsvereine 20 Pf. wöchentlich nicht übersteigen.

Bei höheren Beiträgen laufen die ländlichen Ortsvereine Gefahr, einen erheblichen Teil der Mitglieder zu verlieren.

**39. Manuheim:** Der niedrigste Beitrag für männliche Mitglieder beträgt ab 1. Januar 1921 30 Pf., der Beitrag für weibliche Mitglieder 20 Pf. Von den Beiträgen erhält der Zentralvorstand in Berlin 20 Prozent.

**40. Frankfurt-Lebus:** Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken ländlichen Charakters ist das Recht einzuräumen, von rein landwirtschaftlichen Arbeitern einen etwas ermäßigten Beitrag zu erheben.

**41. Frankfurt-Lebus-Westf. Sternberg:** Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken und Ortsgruppen ländlichen Charakters soll das Recht eingeräumt werden, für rein landwirtschaftliche Arbeiter einen etwas ermäßigten Beitrag festzusetzen.

**42. Unterbezirk Schaumburg-Lippe:** Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pf. und für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt wird.

**43. Bezirkskonferenz Ostfachsen:** Der Parteitag wolle beschließen, die Mindestbeiträge für männliche Mitglieder auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

**44. Ostfachsen:** Der Mindestbeitrag ist für männliche Mitglieder von 20 Pf. auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 Pf. auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

**45. Koblenz und Neuwied:** In Anbetracht der Entwertung des Geldes und der damit verbundenen Steigerung der Unkosten für Agitation und Verwaltung und zur Bestreitung der hohen Unkosten der kommenden Wahlen beschließt der Parteitag, den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 50 Pfennig und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. zu erhöhen.

**46. Altona:** § 4 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben. Hinter dem fünften Satz ist folgendes einzufügen: „Mit Zustimmung des Parteivorstandes können die Bezirksorganisationen Monatsbeiträge erheben, deren finanzielles Ergebnis jedoch nicht hinter dem der Wochenbeiträge zurückbleiben darf.“

**47. Mecklenburg-Lübed:** Die Beiträge sind nicht über 100 Proz. zu erhöhen, da sonst die Gefahr besteht, daß verschiedene neue Ortsvereine wieder eingehen werden.

**48. Rüders (Kr. Glab):** Der Parteitag wolle beschließen, daß die Beiträge gestaffelt werden und der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Bezirke bzw. Berufsgruppen Rechnung zu tragen ist.

**49. Rüders (Kr. Glab):** Die Beitragsleistung der Genossen ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftsgebiete staffelmäßig auszubauen.

**50. Wisnack:** Die wöchentlichen Beiträge werden nach den örtlichen Löhnen klassifiziert.

**51. Stabe:** Der Parteitag wird ersucht, die Beiträge nicht über 100 Prozent zu erhöhen.

**52. Parchim:** In Bezirken mit einer politisch rückständigen Arbeiterschaft ist, um die Agitation nicht zu erschweren, die Staffellung der Beiträge einzuführen.

**53. Wisendorf:** Der Parteitag wolle bei der Beratung der Beitragserhöhung die momentane schlechte wirtschaftliche Lage und die damit verbundene finanzielle schlechte Stellung der Parteigenossen in weitest Maße berücksichtigen. Zudem würde eine enorme Steigerung der Beiträge auf unüberwindliche Schwierigkeiten in der Agitation auf dem Lande stoßen.

**54. Mengersdorf (Kr. Glab):** Für die ländlichen Gebiete ist eine Beitragserhöhung vorläufig nicht in Kraft treten zu lassen.

**55. Brunsbüttel:** Eine Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ist abzulehnen.

**56. Groß-Niel:** Der Beitrag für weibliche Mitglieder ist nicht zu erhöhen.

**57. Seehausen:** Die regelmäßigen Beiträge sind nicht zu erhöhen.

**58. Schirding:** Von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags ist abzusehen.

**59. Nienburg a. S.:** Bei Neueregulierung der Parteibeträge möge der Parteitag beschließen, daß der Wochenbeitrag für Männer bis zum Jahres-einkommen von 10 000 Mk. 30 Pf. beträgt, für jede 5000 Mk. mehr 10 Pf. höher, bis zum Höchstbetrage von 1 Mk.

**60. Soisbüttel:** Der Parteitag lehnt eine Erhöhung der Beiträge und eine Gleichstellung der Frauenbeiträge mit den Männerbeiträgen ab. Er erwartet eine Steigerung der Gesamteinnahme nur durch Staffellung der Beiträge nach dem Einkommen und die Erhöhung der Mitgliederzahlen, und erwartet regste Agitation zur Stärkung der Organisation.

**61. Bezirksverbandstag Franken:** Bei Festsetzung der Beiträge ist eine Staffellung vorzunehmen.

**62. Waldenburg:** Aus agitatorischen Gründen findet eine Beitragserhöhung zurzeit nicht statt. Um aber der Partei die notwendigen finanziellen Mittel zuzuführen, werden die Bezirks- und Ortsvereine angewiesen, in allen Betrieben auf die Einführung sozialdemokratischer Vertrauensmänner hinzuwirken, die ihrerseits darüber zu wachen haben, daß alle Beschäftigten des Betriebes ihrer Parteipflicht nachkommen.

Darüber hinaus wird der Parteitag beauftragt, die Zentralkonferenzen der Gewerkschaften sowie alle übrigen Glieder der Arbeiterbewegung zu verpflichten, darüber zu wachen, daß ihre Mitglieder auch politisch organisiert sind.

Die gegenwärtige Parteispaltung darf hierbei als Hinderungsgrund nicht in Frage kommen.

**63. Bezirksvorstand für Südbayern:** Der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder wird von 20 auf 30 Pf. und der für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. pro Woche ab 1. Januar 1921 festgesetzt. Außerdem beauf-

tragt der Parteitag den Parteivorstand, Wochenbeitragsmarken zu 40 und 50 Pf. herstellen zu lassen, die denjenigen Ortsvereinen überlassen werden sollen, die höhere als die Mindestbeiträge bestimmen. Der Parteitag erwartet von den Ortsvereinen, daß sie der teuren Wirtschaftskrise entsprechend baldmöglichst höhere als die Mindestbeiträge zur Durchführung bringen. Die Ablieferung an die Zentralparteiabgabe bleibt wie bisher 25 Proz. pro Marke.

**64. Metternich:** Von der Erhöhung der Beiträge ist unter allen Umständen jetzt abzusehen, da bei einer eventuellen Erhöhung mit einem unbedingten Rückgang der Mitgliederzahl, besonders in den ländlichen Bezirken, bestimmt gerechnet werden muß.

**65. Strehlen:** In Zukunft muß jeder Unterbezirk, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl, durch einen Delegierten vertreten sein.

**66. Strehlen:** Alle Bezirke mit mehr als 10 000 Mitgliedern haben höchstens zwei Delegierte zu dem Parteitag zu entsenden.

**67. Hamburg:** Den taubstummen Parteigenossen ist es zu überlassen, sich in ihren örtlichen Bezirken zu selbständigen Sektionen zusammenzuschließen. Für ihre besonderen Zwecke (Taubstummenzeitungen) ist ihnen ein bestimmter Teil der Beiträge, etwa 40 Proz., zu belassen. Die Sektionen haben die Aufgaben und Rechte der Ortsvereine.

**68. Rostock:** Kandidaten zum Reichstag, Landtag oder Stadtverordnete sowie Delegierte zu Parteitagungen müssen mindestens 5 Jahre Mitglied der Partei sein.

**69. Waldenburg:** Erfahrungen bei den verschiedenen politischen Aktionen, namentlich auch bei den Reichstagswahlen, haben gezeigt, daß allzu streng gespannte Zentralisation unserer Organisationsform die Aktionsfähigkeit stark behindert.

Um diese aber zu erhöhen und der Parteiorganisation mehr Schlagkraft zu verleihen, beantragen wir, möglichst wieder die alte Kreisorganisation einzuführen, oder doch den Bezirken die Freiheit zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage dies zu tun.

**70. Wehrstedt:** Bei allen Wahlen, auch Vorstandswahlen, soll nur ein Drittel alter Bestand und zwei Drittel neuer Bestand gewählt werden, damit einmal den Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, sich auch in dieser Beziehung zu bilden, wir benötigen viele Kräfte, aber die Tore zur Ausbildung sind verschlossen, weil immer dieselben Genossen nur als Kandidaten aufgestellt werden und in Frage kommen. Die Abgeordneten verlieren auch die Fühlung mit den Parteigenossen, und darunter leidet vor allem das Vertrauen.

Die wichtigsten Posten müssen von altbewährten Parteigenossen besetzt werden, aber es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, unsere Partei so zu bilden, daß bei Verwirklichung des Sozialismus auch unsere Kräfte nicht versagen, wie wir dieses schon jetzt feststellen müssen!

**71. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, die vom Weimarer Parteitag beschlossene Betriebsorganisation überall durchzuführen und mit der erforderlichen Energie auszubauen.

**72. Gelnferde:** Der deutsche Parteitag wolle beschließen, die Kandidaten zu den Parteitagungen werden auf den Unterbezirkskonferenzen nominiert, welche den Parteitagungen vorausgehen müssen.

**73. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag wolle beschließen: Als Gegengewicht gegen die Bestrebungen der „Orgesch“ und ähnlicher reaktionärer Vereinigungen seinen Parteimitgliedern den Beitritt zum Republikanischen Führerbund zu empfehlen.

**74. Stollberg:** Die Zusammensetzung des Parteiausschusses hat zweckmäßiger durch werktätige Parteifreunde, die in ständiger Fühlung mit den Massen sind, zu erfolgen.

**75. Osthaveland und Kuppin:** Der Parteitag möge beschließen, daß Mitglieder, die einer gelben Organisation oder dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbände als Mitglieder angehören, nicht Mitglieder der Partei sein können.

## Bericht der Fraktion des Reichstages.

**76. Eiberfeld:** Die Reichs- und Landtagsfraktion sind verpflichtet, nach jedem Tagungsabschnitt eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Parlamente und deren wichtigsten Kommissionen zu geben. Aus diesen Berichten muß das Abstimmungsergebnis der einzelnen Parteien zu ersehen sein. Parteivorstand und Presse haben für eine schnelle Verbreitung dieser Berichte Sorge zu tragen. Ebenso sind die laufenden Parlamentsberichte ausführlicher zu bringen.

**77. Kiel:** Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, beim Deutschen Reichstag dahin zu wirken, daß die Renten der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenrentner dem heutigen Geldwert entsprechend erhöht werden. Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Renten der oben genannten Rentenempfänger so erhöht werden, daß sie für die notwendigen Lebensbedürfnisse ausreichend sind.

**78. Curau:** Die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß die Krankenversicherer auf reichsrechtliche Grundlage gestellt wird. Die Arzt- und Apothekerkosten für die Versicherten und deren Familien sind von den Krankenkassen zu übernehmen.

**79. Osna brück:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin wirken zu wollen, daß die unzulängliche Sozialversicherung zentralisiert und so ausgebaut wird, daß die Renten auskömmliche sind.

**80. Kinteln:** Der Parteitag möge sich mit der Frage der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten befassen und Richtlinien schaffen für eine durchgreifende materielle Sicherstellung im Alter.

**81. Curau:** Bei Jahreseinkommen von 7500 Mk. soll der zehnprozentige Steuerabzug nicht in Frage kommen.

**82. Dresden-Land:** Die gespannte Wirtschaftslage bedingt auf das Dringlichste den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. In der Erwägung, daß die Verwaltungskörperschaften, die mit der Verwaltung der unter Zwangswirtschaft fallenden Lebensmittel und Bedarfsartikel beauftragt sind, durch unsachgemäße Organisation eine unberechtigte Verteuerung und Verschlechterung der Waren mit sich bringen, wird der Parteitag ersucht, sich mit aller Entschiedenheit für eine Reformierung der betreffenden Institutionen einzusetzen.

Die Reform muß rücksichtslos durchgeführt werden und soll sich von den obersten Reichsstellen bis zu den Kommunalverbänden erstrecken.

Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, eine Nachprüfung der betreffenden Ämter durch sachkundige Arbeiter und Angestellte zu beantragen.

Angestellte und Beamte in leitenden Stellen, die Gegner der Zwangswirtschaft sind, sind zu entfernen.

**83. Curau:** Zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ist ein Preisabbau dringend notwendig.

**84. Osna brück:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes im Interesse der Arbeiter-schaft durchzuführen.

**85. Chemnitz:** Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit sofort verboten wird.

**86. Benthe:** Der Parteitag wolle beschließen, daß auf den Parteivorstand sowie auf die Reichs- und Landtagsfraktion dahingehend eingewirkt wird, daß in Zukunft in der Gesetzgebung schärfere und radikalere Maßnahmen ergriffen werden, um die Rechte und die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu festigen.

**87. Singen a. G.:** Der Parteitag macht es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Pflicht, beim Wiederzusammentritt des Reichstags darauf zu dringen, daß in der Einkommensteuergesetzgebung das steuerfreie Einkommen in die Höhe gesetzt wird und die progressive Besteuerung bei den Einkommen bis zu 10 000 Mk. mit 5 Proz. beginnt. Jene Schichten, die nicht gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sind sofort gegen Interimsquittung nach den bestehenden Steuerfällen heranzuziehen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind unter Schonung der Kleinbetriebe nicht nach dem Ertragswert, sondern nach der Größe des Besitzes landwirtschaftlicher Nutzungsfläche heranzuziehen.

**88. Alsdorf:** Der Parteitag möge beschließen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt nicht in eine Regierung mit den bürgerlichen Parteien ein.

**89. Bonn:** Die Fraktion wird ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Steuereinkommengesetz dergestalt geändert wird, daß

1. das steuerfreie Einkommen von 1500 auf 6000 Mk. erhöht wird,
2. daß die Staffelung bereits mit 5 Proz. beginnend anfängt,
3. den Gemeinden das Recht der Besteuerung des steuerfreien Einkommens erst bei Einkommen von 12 000 Mk. an gestattet ist.

**90. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, von der Regierung die sofortige Einbringung der auf Grund der §§ 70 und 72 des Betriebsrätegesetzes zu schaffenden Gesetze zu verlangen. Dabei ist in dem Bilanzgesetz vorzusehen, daß die dem Betriebsrat vorzulegende Bilanz alle in der handelsrechtlichen Bilanz vorzulegenden Angaben enthalten und außerdem

1. eine mögliche Spezialisierung der einzelnen Vermögensgegenstände,
2. die Angabe, wie sich der Geschäftsgewinn ohne Abschreibungen stellen würde,
3. eine Spezialisierung des Geschäftskontostandes.

**91. Karlsruhe:** Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß dem Reichstag sobald als möglich ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, nach dem die Alters- und Invalidenrente so ausgebaut wird, resp. die Sozialversicherung des gesamten Versicherungswezens in die Wege geleitet wird, daß der Arbeiter-schaft ein den Verhältnissen entsprechender Ruhe-lohn und deren Witwen und Waisen eine Rente gewährt wird, ähnlich den Kommunal- und Staatsbeamten.

**92. Frankfurt a. M.:** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, unverzüglich in der kommenden Reichstags-sitzung auf eine Änderung derjenigen Bestimmungen im Reichs-versorgungs-gesetz zu drängen, die den berechtigten Waisen des Kriegsoffer hervorgerufen haben. In Betracht kommen hauptsächlich die §§ 28, 63 und 64 und die am 31. Juli 1920 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu den §§ 25 Abs. 3 und 28 des Reichs-versorgungs-gesetzes.

**93. Mannheim:** Der Parteitag wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß sich der Reichstag mit der Umgestaltung und dem Ausbau der Arbeiterversicherung befaßt.

**94. Beer:** Der Parteitag eruchtet die Reichstagsfraktion, zur Förderung der Demokratisierung der Verwaltung und zur Befreiung der Beamten von der Willkür reaktionärer Vorgesetzten die sofortige Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über Beamtenräte zu verlangen. Es ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Beamtenräte ein Mitbestimmungsrecht erhalten und daß sie auf Grund demokratischer Wahlen zusammengefaßt werden.

**95. Mannheim:** Das Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorgegesetz ist einer Umarbeitung zu unterziehen im Zusammenwirken mit den berufenen Vertretern der Organisation der Kriegsbeschädigten.

**96. Osnabrück:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß das Gesetz über den Volksentscheid mit möglicher Beschleunigung und mit der Bestimmung verabschiedet wird, daß dasselbe auch für die einzelnen Bundesstaaten Geltung hat, falls in diesen der Volksentscheid noch nicht durch Verfassung oder Gesetz geregelt ist.

**97. Glash und Tabeischwerdt:** Der Parteitag möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten, dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgewalt unter allen Umständen der Zivilgewalt untergeordnet wird.

**98. Aachen:** Abschaffung jeder Wehrpflicht und vollständige Abrüstung.

**99. Rüdgers (Kr. Glash):** Der Parteitag möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgewalt der Zivilgewalt unter allen Umständen untergeordnet wird.

**100. Stabe:** Der Parteitag wird eruchtet, dahin zu wirken, daß die gesamte Reichswehr aufgelöst und durch streng republikanisch gesinnte Männer in eine Polizeitruppe umgewandelt wird.

Die Reichswehr bildet gegenwärtig eine öffentliche Gefahr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

**101. Eiberfeld:** Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung die hemmende Wirkung des Sperrparagrafen (Artikel 174 der Verfassung) beseitigt wird.

**102. Groß-Stettin:** Durch die Sabotage der Tarifverhandlungen zwischen dem Landarbeiterverband und den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden (Landbund) seitens verschiedener Großgrundbesitzer ist es zu Störungen in der landwirtschaftlichen Produktion in Pommern und anderen Gebieten gekommen. Die Fraktion wolle daher im Reichstag dahin wirken, daß ein Gesetz geschaffen wird, das das Tarifwesen der landwirtschaftlichen Arbeiter regelt. Es müßte auf Grund eines Reichsgesetzes die Garantie geschaffen werden, daß von Zeit zu Zeit seitens der Regierung gemeinsam mit den Organisationen der Landarbeiter und der Arbeitgeber bezirksweise durch Verhandlungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt und durch Gesetz zwingende Form erhalten.

**103. Afferde:** Sämtliche Forsten, welche durch Vermächtnisse privilegiert sind, sind zu kommunalisieren, damit das Allgemeinrecht gefördert werden kann.

**104. Afferde:** Beseitigung oder Verschmelzung der Realgemeinden mit den politischen Gemeinden.

**105. Benthe:** Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wolle dahin wirken, daß die Industriearbeiter, welche auf dem Lande wohnen und die bis jetzt außerhalb aller Siedlungs- und Pachtlandgesetze stehen, berücksichtigt werden.

**106. Auriß:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzentwurfs, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahme an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

**107. Osnabrück:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzentwurfs, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahmen an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

**108. Hamburg:** Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, umgehend nachstehenden Antrag dem Reichstage als Gesetzesvorlage zugehen zu lassen: 1. Alles 1914 im Kulturzustande, d. h. in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung gemeine Land, das aber 1920 nicht mehr in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung stand, der Zwangsbewirtschaftung, gegebenenfalls durch Enteignung, zu folgen. 2. Alle in Privatbesitz befindlichen kulturfähigen Oedländereien zu enteignen und den Siedlungsgenossenschaften respektive Vereinen sowie auch an private Personen, soweit selbige sich verpflichten, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung vorzunehmen, zu mäßigem Zinsfuß in Erbpacht zu überweisen.

Weiter wolle die Reichstagsfraktion dem Reichstage nachstehende Gesetzesvorlage zugehen lassen: „Bei allen Veräußerungen und Verkäufen von Grundstücken, gleichgültig, ob mit Wohnhäusern bebaut oder in landwirtschaftliche Kultur genommen, erhält der Staat das Vorkaufsrecht. Jeglicher unverdienter Wertzuwachs, der sich bei Verkäufen für den Verkäufer ergibt, ist von den Landesfinanzämtern einzuziehen.“

**109. Straubing:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß Zentraltarifverträge, welche zwischen den einzelnen Vertragskontrahenten, sei es für das Reich (Reichstarife), sei es für die Länder (Landesstarife), abgeschlossen werden, umgehend, ohne daß hierbei die in Frage kommenden Unternehmer oder Arbeitnehmer nach befragt werden brauchen, rechtsverbindlich durch die zuständigen Reichsstellen (Reichsarbeitsministerium) oder durch die zuständigen Landesstellen (Soziales Ministerium) erklärt werden.

**110. Flensburg:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, rechtzeitig einen Antrag im Reichstag zu stellen, damit der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird.

**111. Ortsgruppen Ober- und Nieder-Sprockhöbel:** Die Reichstagsfraktion möge bei Beginn der Session des Reichstags sofort den Initiativantrag einbringen, den 9. November als nationalen Feiertag festzusetzen.

**112. Rienburg:** Aus den Reihen der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten ist eine Agrarkommission zu bilden. Ihre Aufgabe ist, die Reden und Keile von Reden der Gegner der Sozialdemokratie so zusammenzustellen, daß sie den führenden Genossen auf dem Lande als Agitationsstoff dienen können. Außerdem hätte diese Kommission Auszüge aus den Agrargesetzen den Genossen auf dem Lande zugänglich zu machen, damit diese stets imstande sind, die Gesetzesausführung der unteren Verwaltungsorgane genau zu überwachen.

**113. Stabe:** Pressenotizen und sonstige Gerüchte bringen die Nachricht, daß unsere Partei beabsichtigt, recht bald wieder in die Regierung einzutreten.

Da nach Ansicht unserer Genossen die Zeit augenblicklich äußerst ungünstig ist, wird beantragt, daß der Parteitag beschließen möge, daß unsere Partei sich fernhalte von der Regierung. Die Parteien, die während des letzten Wahlkampfes unseren Genossen stets Unfähigkeit vorwarfen und noch vorwerfen, mögen vorläufig ruhig weiterregieren, bis sie allem Volke ihre eigene Unfähigkeit bewiesen haben. Desgleichen wäre erwünscht, daß, bevor unsere Partei sich an der Regierung beteiligt, eine Klärung innerhalb der Arbeiterbewegung stattgefunden hat, wofür jetzt berechtigte Hoffnungen vorliegen.

**114. Gilsbühel:** Die Fraktionen des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung werden beauftragt, dafür einzutreten, daß das Kleingartengesetz vom 31. Juli 1919 dahin abgeändert wird, daß den Kleingärtnern bis zu 2 Morgen Land zur Verfügung gestellt wird an Stelle von bisher bis zu  $\frac{1}{4}$  Morgen oder bis 1000 Quadratmeter.

**115. Groß-Berlin:** Der Parteitag möge beschließen: Die Fraktion des Reichstages wird beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Regierung endlich ernsthafte Schritte gegen den Schleichhandel und den Zucker unternimmt.

**116. Groß-Berlin:** Der Parteitag fordert die Abgeordneten der Partei in den Parlamenten auf, mindestens bei wichtigen Abstimmungen unbedingt anwesend zu sein.

**117. Groß-Berlin:** Die gesetzliche Regelung der Gehälter für die Reichs- und Staatsbeamten läßt hinsichtlich der Besoldung der Kommunalbeamten die Finanzlage der kleineren Arbeiterstädte und -gemeinden unberücksichtigt. Viele kleine Städte und Gemeinden werden durch diese Regelung gezwungen, ihren Beamten Gehälter zu zahlen, die das Vielfache des höchsten Eventuallohnes eines Arbeiters in gleicher Stadt ausmachen.

Die letzten veröffentlichte Auslegung der Bestimmungen schafft diese Mißverhältnisse nicht ab.

Die weitere Bestimmung, daß für die Kinder auch der höchstbesoldeten Beamten Kinderzulagen und dieselben Steuerzulagen gezahlt werden, schafft eine Benachteiligung für die gering besoldete Beamtenschaft, die angesichts der wirtschaftlich schweren Lage dieser Kreise und der Arbeiterklasse erbitternd wirken muß.

Wir beantragen, den Parteitag zu ersuchen, die Reichstagsfraktion und die des Landtages zu beauftragen, mit allen Mitteln sobald wie möglich auf Abhilfe hinzuwirken.

**118. Oldenburg:** Die Reichstagsfraktion möge sofort für die Schaffung eines Beamtenrätegesetzes eintreten.

**119. Oldenburg:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür einzutreten, daß auf dem schnellsten Wege ein Gesetz im Reichstage geschaffen wird, wonach die Betriebsräte in die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften gewählt werden können.

**120. Gilsbühel:** Der Parteitag spricht der Fraktion und den ehemaligen Regierungsmitgliedern seine Mißbilligung aus über die schwächliche Haltung namentlich bei der Durchführung der 8 Punkte nach dem Rapp-Rufsch und erwartet, daß in Zukunft die Interessen des Proletariats rücksichtslos vertreten werden.

**121. Bezirkskonferenz Görlitz:** Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Vertrauen zu der Haltung bei der Regierungsbildung aus.

**122. Gilsbühel:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort Gesetzesvorschläge einzubringen: 1. Zur Sicherung der selbstwirtschaftenden Kleinbauern und Tagelöhner, die Pachtland im Besitz haben, gegen Kündigungen und Landwucher. 2. Zur Sicherung des Anrechtes jeder Familie der

ländlichen Gemeinden auf ein angemessenes Stück Land zur Selbsternährung durch die Gemeinden.

**123. Gilsbühel:** Der Parteitag fordert, daß die Vertrauensmänner der Partei in der Regierung und Fraktion mehr als bisher die Verbindung mit den Parteimitgliedern aufrechterhalten und sich in erster Linie als Beauftragte der organisierten Arbeiterklasse fühlen und als solche handeln, und bei Entscheidungen, welche für die Parteienentwicklung außerordentlich bedeutungsvoll sind, die Bezirksverbände befragt werden.

**124. Gilsbühel:** Der Parteitag wolle beschließen, dahin zu wirken, a) daß seitens der Reichstagsfraktion ein Antrag auf Aenderung des Kriegshinterbliebenengesetzes dahin einzubringen ist, daß alle in demselben vorhandenen Unterschiede beseitigt werden, die Renten einheitlich zu bemessen sind, so daß auf die Berufs- bzw. Standesunterschiede keine Rücksicht zu nehmen ist;

b) daß unverzüglich die Erhöhung der Renten der Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherung erreicht wird, so daß dieselbe die Höhe des Geldwertes erreichen, den arbeitsunfähigen Rentenempfängern aber eine den Verhältnissen entsprechende auskömmliche Rente gewährleistet wird.

**125. Gilsbühel:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, durchzusetzen, daß wichtige gewerbliche Betriebe, die nur aus kapitalistischem Interesse stillgelegt wurden, baldigst wieder in Betrieb gesetzt werden, und wenn die Unternehmer sich dem widersetzen, die Regierung den Betrieb auf Kosten des Unternehmers führt.

**126. Sonneberg i. Th.:** Der Parteitag fordert unsere Genossen in den Regierungen und Parlamenten auf, energisch jede weitere Verteuerung der Lebensmittel zu verhindern.

**127. Waldenburg (Schles.):** Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktionen des Reichstages und der Landesversammlung wollen darauf hinwirken, ein Gesetz zustande zu bringen, welches auch den Kreis- und Gemeindevertretern die Immunität gesetzlich gewährleistet.

**128. Breslau:** Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Antrag auf Neuregelung der Reichstagswahlkreise zu stellen. Bei der Neueinteilung ist besonders auf eine Verkleinerung der Wahlkreise Bedacht zu nehmen. Ferner ist auch der Eigenart von Großstädten, Industriebezirken und rein agrarischen Gegenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Diese Neueinteilung ist beschleunigt zu beantragen.

**129. Glasbach:** Die Sozialisierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu beschleunigen, und zwar möglichst ohne Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer. Ferner sollen gegen die Treiberereien der Reichsneoproletäre die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Weiter soll sich die Partei mit aller Kraft einsetzen für Revision des heutigen Straf- und Zivilrechts, um ähnliche Schandurteile wie gegen die Marburger Studenten zu vermeiden.

**130. 5. händischer Landtagswahlkreis.** Die Partei steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß parlamentarischen Ministern ein Anspruch auf Ruhegehalt nicht gewährt werden kann, sofern nicht besonders gelagerte Fälle eine Ausnahme als angezeigt erscheinen lassen.

**131. Neuwied:** Zur Herstellung einer besseren Fühlungnahme zwischen den Wählern und den Abgeordneten zum Reichstag und dem Landtag sind geeignete Organisationsmaßnahmen zu treffen, die darauf abzielen, einerseits die Wähler über die politische Gesamtlage als auch über die Absichten der Gesamtpartei dauernd zu unterrichten und andererseits eine wirksame Vertretung der im Wahlkreise bestehenden Interessen der Wähler bei den zuständigen höheren Reichs- und Staatsbehörden zu gewährleisten.

**132. Pforzheim:** Nachdem den Gemeinden die Steuerhoheit genommen ist, andererseits aber die vom Reiche zugewiesenen Mittel in keiner Weise ausreichen, die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, in Kürze Richtlinien darüber herauszugeben, in welcher Weise noch weiter zu schaffende Einnahmequellen von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern angenommen und verwertet werden können.

Die Art dieser Steuern, ob direkt oder indirekt, spielt dabei keine Rolle; maßgebend ist die Wirkung, und diese soll in der Hauptsache nur die besitzenden Klassen treffen, da Arbeiter, Angestellte und Beamte eine weitere Belastung nicht mehr ertragen können.

**133. Rostock:** Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion einwirken, daß sie sich für eine Planwirtschaft im Sinne Wiffells einsetzt.

**134. Brühl:** Die Parteimitgliedschaft Brühl erwartet vom Parteitag, daß er sich gegen den Eintritt der Partei in die Regierung ausspricht, solange nicht die Gewißheit gegeben ist, daß ein starker sozialistischer Einschlag in der Regierung zum Ausdruck kommt.

**135. Wiesbaden:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, in aller Schärfe dafür zu arbeiten, daß das Sozialisierungsproblem in den lebenswichtigen Industriezweigen (Kohlen, Erze, Eisen, Stahl, Chemische Industrie, Bauwesen, Papierherstellung) in zweckmäßigster Form beschleunigt durchgeführt wird.

**136. Magdeburg:** Die wirtschaftliche Verfassung in ihrer jetzigen Form bietet der Arbeiterklasse keine Gewähr für eine spätere Erfüllung ihrer Hoffnungen. Darum fordert sie den Aufbau des Betriebsrätegesetzes in der Hauptsache dahin, daß es möglich sein wird, aus den Reihen der Arbeiterklasse Führer heranzubilden zu können, die in der Praxis der Wirtschaftsführung technischer, ökonomischer und kaufmännischer Art eingeweiht und imstande sind, in gegebener Zeit die wirtschaftliche Macht übernehmen zu können.

**137. Schneidemühl:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Sozialisierung des Bergbaus unter allen Umständen zu fordern und der Reichstagsfraktion entsprechende Anweisung zu geben.

**138. Koblenz und Neuwied:** Neuordnung der Lebensmittelversorgung. Der Parteitag verurteilt scharf die Aufhebung der Zwangswirtschaft durch die bürgerliche Regierung. Die freie Wirtschaft hat nicht vermocht, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Der Parteitag fordert eine Neuordnung der Lebensmittelversorgung auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntefläche, Bodenklasse und Ernteschätzung festgestellten Lieferungsverpflichtung der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel. Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich aus den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Ueberfluß wird auf Anweisung der übergeordneten Erfassungsorganisation an die nächsten Bedarfsgebiete abgegeben. Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten Erfassungsorgane gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erfassungsorganisationen. In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erfassungs- und Verteilungsorganisationen stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu

führen. Sie können unbeschadet des Einspruchsrechts des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschädigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen. Die Großbetriebe sind zu verstaatlichen.

**Demokratisierung der Verwaltung.** Der Parteitag verpflichtet sämtliche, insbesondere die in der Staats- und Kommunalverwaltung sowie den staatlichen und kommunalen Vertretungen befindlichen Parteigenossen, mit allen erreichbaren Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die gesamte Verwaltungsorganisation vereinfacht wird und daß der gesamte, insbesondere der höhere Beamtenapparat nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt wird. Einheitschule. Das Programm der Einheitschule ist mit Beschleunigung durchzuführen.

Für die Opfer des Krieges. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichsregierung zu veranlassen, das Versorgungsgegesetz der Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten einer beschleunigten Revision zu unterziehen.

**139. Kranichfeld:** Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß unter Verbeibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Getreide eine Änderung in der jetzigen Bewirtschaftung eintritt nach folgenden Richtlinien:

Die Verbraucher (Bäcker) sind berechtigt, auf Grund ihres Verbrauches ihre Körnerfrucht vom Erzeuger selbst zu kaufen in bestimmten hierfür geltenden Bezirken unter strenger Einhaltung von Höchstpreisen. Zur Kontrolle erhalten die Verbraucher Ausweisarten, welche bei Abschluß eines Kaufes vom Käufer sowie Verkäufer auszufüllen und zu unterschreiben sind und vom Gemeindevorstand beglaubigt und gestempelt werden. Nach Abschluß des Kaufes werden diese Ausweisarten entweder direkt oder durch das Bürgermeisteramt der Reichsgetreidestelle zur Kontrolle eingepandt. Durch dieses Verfahren würde erreicht, daß erstens aller Zwischenhandel und dementsprechende Verteuerung des Brotes in Wegfall käme. Dann wäre auch eine gewisse Freiheit des Kaufes gewährleistet, was auch zur Preisentfaltung mit beitragen würde; zweitens würde die Güte des Endproduktes der Frucht bedeutend verbessert, denn wenn die Frucht beim Bauer im Stroh und auch gedroschen längere Zeit lagert, trocknet selbige besser aus und gibt besseres Mehl und dementsprechend auch besseres Brot, wogegen beim jetzigen Verfahren, zumal beim Prinzip der Droschprämien, die Frucht auf schnellstem Wege (also unausgetrocknet, feucht) an den Kommunalverband geliefert wird, wodurch die Frucht erstens schon schwerer wiegt und zweitens durch Stockig- und Muffigwerden sehr verdirbt und schlechtes Mehl liefert.

Daß durch dieses Prinzip dieselbe Bewirtschaftung des Getreides ohne die bisherigen Nachteile zu erzielen ist, wird wohl ohne weiteres zugestanden werden müssen.

**140. Kranichfeld.** Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Regierung Deutschlands Richtlinien herausgibt, um den jetzigen Wucherpreisen Einhalt zu tun. Gleichzeitig auch verschärfte Strafbestimmungen, um der Einhaltung dieser Höchstpreise größtmögliche Geltung zu verschaffen.

Diese Richtlinien müßten als Grundlage haben, daß sämtliche Preise aller Lebensmittel, Waren, Arbeiten und Arbeitserzeugnisse unserem Valutastand in der Weise angepaßt würden, daß diese Preise also nicht höher sein dürften, als wie dies entsprechend unserem Valutastand angezeigt wäre, um uns dem Auslande gegenüber vor Schaden zu bewahren.

Wenn also zum Beispiel unsere Valuta auf 1 : 10 steht, so müßten auch sämtliche Preise so eingestellt werden, daß sie bloß den zehnfachen Betrag der

Vorkriegspreise kosten dürfen; selbstredend müßten also auch sämtliche Löhne und dergleichen Forderungen hierauf eingestellt sein, also nicht, daß z. B. ein Arbeiter an Lohn bloß das 2- bis 5fache von früher bekommt und für Lebensmittel das 15- bis 20fache bezahlen muß.

Alle über diese Höhe hinausgehenden Forderungen dürfen von den Preisprüfungsstellen nur bei außergewöhnlichen Verhältnissen zugestanden werden. Sonstige Übertretungen dieser Höchstpreise, vor allem Schieberpreise und Schiebereien überhaupt, müssen mit den schwersten Strafen belegt und möglichst mit Zuchthaus geahndet werden.

Den Richtlinien müssen die Vorkriegspreise zugrunde gelegt werden.

Durch diese Preisregelung würde sicher eine große Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft und wieder einigermaßen Zufriedenheit beim Arbeiter und der großen Masse des Volkes erzielt.

**141. Sö r u p:** Wir wünschen, daß so schnell wie möglich Neuwahlen der Schulvorstände in den Landgemeinden stattfinden auf Grund des Verhältnismäßigkeitsystems, da es von der Allgemeinheit nicht verstanden wird, daß nach zwei Jahre nach der Revolution einzelne Guisbesitzer und Bauern drei bis 4 Stimmen besitzen. Unser demokratisches Empfinden sträubt sich gegen derartige verfassungswidrige feudalen Rechte. Die Arbeiter in den Landgemeinden haben es bitter empfunden, daß der Gesetzgeber die ländlichen Schulverhältnisse nicht genügend berücksichtigt hat.

**142. Sö r u p:** Wir verlangen eine Revision der Steuergesetzgebung, dahingehend, daß jedem Arbeiter sein Existenzminimum unbesteuert bleibt. Das steuerfreie Einkommen müßte auf 10 000 Mk. erhöht werden.

**143. Sö r u p:** Der Parteitag möge dahin wirken, daß von der sozialistischen Fraktion sofort ein Antrag zum Reichstag über eine Erklärung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag im Deutschen Reich in Angriff genommen wird.

**144. Neufkirchen:** 1. Der Parteitag wolle mit aller Energie dafür eintreten, daß das Reichsnappschafis- und Reichsberggesetz sobald wie möglich zustande kommt.

2. Der Parteitag wolle dafür eintreten, daß das Kindergeld von der Einkommensteuer frei bleibe. Die Versammlung sieht darin ein großes Unrecht, daß die Familienväter von dem viel zu geringen Kindergeld noch Steuern zahlen sollen.

**145. Ilfenburg:** Unter Einreichung eines Entwurfs zu einer Gemeindegrundsteuerordnung an den Parteitag als Material wird beantragt, die Abgeordneten unserer Partei zu ersuchen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Durchführung dieser Steuerordnung ermöglicht.

**146. 5. badischer Landtagswahlkreis:** Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie die Bautätigkeit von Staat und Gemeinde in jeder Weise zu fördern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Unternehmerrgewinne. — Verhinderung des Abbruchs von Ziegeleien und des Verkaufs industrieller Anlagen an das Ausland. — Die deutsche Ausführindustrie, insbesondere soweit ihre Erzeugnisse zum Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht kommen, ist vom Reich durch Gewährung von Darlehen zu unterstützen, damit die Ausführindustrie, wenn möglich, voll beschäftigt werden kann.

**147. 5. badischer Landtagswahlkreis:** Der Parteitag erhebt auf das schärfste Protest, daß bei Anwendung der Steuergesetze zuerst die erwerbstätigen Schichten getroffen würden und bis heute Kapital und Besitz verschont geblieben sind. Auch die Erfassung der Vermögen fordert zum Protest heraus dank der reaktionären Besetzung der verantwortlichen Beamtenstellen. Die Werte an Liegenschafts- und Betriebsvermögen sind auf ihren tat-

sächlichen Stand einzuschätzen. Die heute noch gültigen Steuerwerte sind vor 15 bis 20 Jahren festgelegt worden. Wenn der Besitz mit der Angabe dieser niederen Werte fortfährt, hat der Staat in dieser Höhe bei allen geeigneten Objekten die Enteignung durchzuführen.

Um eine scharfe Bestrafung der vermögenden Steuerhinterzieher herbeizuführen, sind besondere Steuergerichtshöfe mit geeigneten Sachmännern und Weisern zu errichten. Den Gemeinden sind von seiten des Reiches soviel Mittel zu überweisen, daß sie auch ihre sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können.

**148. 5. badischer Landtagswahlkreis:** Die heutige Parteikonferenz beauftragt die Genossen im Reichstag, mit aller Entschiedenheit für Verbesserungen im neuen Verjorgungsgesetz für Kriegesbeschädigte einzutreten und erwartet, daß auch der Parteitag sich dieser Frage warm annimmt.

**149. München:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dem Reichstag bei dessen Zusammenritt sofort einen Antrag zu unterbreiten, daß ngehend, daß das Staatsangehörigkeitsgesetz so gestaltet wird, daß den Deutschösterreichern, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben, die Steuern und Abgaben entrichtet und einen ungetrübbten Raum und besitzen, die Aufnahme in den deutschen Staatsverband erleichtert wird.

**150. München:** Die Reichstagsfraktion wolle beantragen, daß die Mittel für die Zwecke der Landesfiedlung, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, entsprechend erhöht werden.

**151. München:** Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München erucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck auf einer sozial gerechteren Regelung des Abzugs der Einkommensteuer zu bestehen.

Eine Staffelung bzw. Minderung des Prozentsatzes bei geringeren Einkommen muß unbedingt durchgeführt werden. Bei gekürzter Arbeitszeit hat der Steuerabzug ganz zu unterbleiben.

Der Millionschaden, den die Reichskasse durch die unerhöht lange Einzahlung der Durchführung der Steuern aus Besitz erleidet, und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit den dem Staat entzogenen Millionen die öffentliche Meinung zu kaufen und zu vergiften und reaktionäre Einrichtungen zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ernstesten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Besitzsteuern mit aller Kraft einzusetzen.

**152. Karlsruhe:** 1. Festsetzung einer Vermögensgrenze und Abgabe des darüber hinausgehenden Vermögens an das Reich. Die abgegebenen Vermögensteile sollen dem Wirtschaftsleben nicht entzogen werden; nur die daraus anfallenden Zinsen und Dividenden werden zur Zahlung der Zinsen für die Reichsschulden und zu deren Abtragung verwandt.

2. Um auch einen genügenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu gewinnen, wird ferner die Hälfte der Einlage an jedem der Rohstoffgewinnung, der Warenherstellung oder -bereitung dienenden Unternehmen und den Bankunternehmen, deren Grundkapital die Vermögensgrenze erreicht, auf das Reich überschrieben. Soweit dies nicht durch die Abgabe von Anteilen nach Ziffer 1 möglich ist, geschieht die Ueberschreibung gegen Entschädigung. Für die Zahlung dieser Entschädigung erhält das Reich angemessene Stundungsrisiken.

3. In der Regel werden alle Unternehmen eines Industriezweiges kartelliert.

4. Die Unternehmer bleiben in der Regel Inhaber der Betriebe und erhalten für ihre Tätigkeit einen angemessenen Gewinnanteil oder eine angemessene Bezahlung. Ihr Anteil am Unternehmen darf von ihnen nur unter bestimmten Voraussetzungen veräußert bzw. an sie ausgezahlt werden.



5. Handel darf nur mit behördlicher Erlaubnis getrieben werden. Handel ohne Erlaubnis wird mit Freiheitsstrafe und daneben mit Einziehung des dadurch erzielten Vermögenszuwachses oder des halben Gesamtvermögens (der höhere Betrag ist einzuziehen) bestraft.

6. Unbeschadet der Tätigkeit der Steuerbehörden gelten die Betriebsräte der betreffenden Betriebe als Kontrollorgane und als Organe zur Wahrung des Reichsinteresses bei der Durchführung der Gesetze; ihre Befugnisse sind durch Venerberung des Betriebsrätegesetzes hinreichend zu erweitern.

153. München: Die Reichstagsfraktion wolle veranlaßt werden, eine Gesetzesänderung in bezug auf die Gewinne der Industrie, des Handels und des Gewerbes herbeizuführen. Geschäftsbetriebe müssen auf Grund ihres Betriebskapitals überwacht werden, die erzielten Gewinne dürfen bis 20 Proz. des Betriebskapitals nicht überschreiten. Erzielte Ueberschüsse sollen dem Staate und insbesondere den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen zugewiesen werden.

154. Ostjachsen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Forderung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, schnellstens ein Reichsjugendgesetz im Sinne der von diesem Verband ausgearbeiteten Denkschrift zu schaffen, als vollberechtigt an. Ihre Vertreter in den einzelnen Parlamenten und Körperschaften müssen darauf hinarbeiten, daß umgehend diese berechnete Forderung der Arbeiterjugend erfüllt wird.

Als besonders dringend wird die Schaffung des in der erwähnten Denkschrift geforderten Jugendschutzes anerkannt.

Im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind unter Arbeiterschutz dementsprechende Richtlinien für den Jugendschutz mit aufzunehmen.

155. Hamburg: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, den Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Insbesondere ist eine Aenderung des § 49 Absatz 3 nötig in dem Sinne, daß für alle hilfsbedürftigen Jugendlichen das Jugendamt und nicht erst der Ortsarmenverband einzutreten hat.

156. Wiesbaden: Der Parteitag beauftragt Fraktion und Vorstand, die Finanz- und Steuerfrage mit aller Schärfe zu behandeln, insbesondere für die sofortige Einziehung der Besitzsteuer und des Reichsnotopfers besorgt zu sein. Die Reichstagsfraktion möge dafür wirken, daß in die Justizämter an Stelle der bereits übermäßig vorhandenen Juristen, Offiziere a. D. und Bureaukraten aus denjenigen Kreisen der Steuerzahler Personen gewählt, ernannt und angestellt werden, welche infolge des Steuerabzugs bereits ihren Steuerpflichten nachgekommen sind. Diese Personen sind den Reichen des wertvollen Volkes zu entnehmen, besonders den Gewerkschaften, Konsumvereinen, wobei auf ihre kaufmännische Vorbildung und ihre organisatorische Begabung mehr Gewicht zu legen ist, als wie auf juristische Kenntnisse und Beamtenqualifikation, so daß dann und dadurch in den Finanzämtern eine den derzeitigen politischen Verhältnissen entsprechende Vertretung des ganzen Volkes konstituiert werden kann.

Ferner ist dafür zu sorgen, daß der Steuerabzug nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, sondern daß alle Unternehmer für ihre Person dasselbe Verfahren zu beobachten und Marken zu legen haben, mindestens aber in der Höhe ihres höchst bezahlten Arbeiters oder Angestellten. Bei der endgültigen Veranlagung findet dann die entsprechende Verrechnung statt.

157. Pr.-Eysau: Die Besteuerung der Grundrente ist nachdrücklichst durchzuführen. Der Parteivorstand und die parlamentarischen Ausschüsse haben eine diesbezügliche Gesetzesvorlage schnelligst einzubringen.

Da diese Arbeiten nur von Genossen geleistet werden können, die in Steuer- und Bodenfragen eingearbeitet sind, ist darauf Bedacht zu nehmen, möglichst viele derartige Kandidaten zu den bevorstehenden Landtags-, Reichstags-, usw. Wahlen aufzustellen.

158. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, das Finanzproblem mit größter Energie zu behandeln, insbesondere weitere Verzögerung der Veranlagung zu verhindern und auf größte Sparjamkeit in allen Aemtern zu drängen;

für sofortige Aufhebung der Abwicklungsstellen des Krieges zu wirken; an dem Steuerabzug vom Einkommen festzuhalten; demgegenüber aber auch die steuerliche Erfassung der Einkommen, die nicht in Gehalt oder Lohn bestehen, aufs schärfste durchzuführen, auf die schnellste Erhebung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und des Reichsnotopfers ohne weitere Verzögerung der Veranlagung zu dringen; ein Aufwandsteuergesetz vorzulegen, das gestattet, den verschwendertischen Verbrauch der Rentiten mit hohem Einkommen progressiv zu besteuern; eine Novelle zum Einkommensteuergesetz vorzulegen, die die Banken zwingt, den Finanzämtern Mitteilung über die Finanztransaktionen ihrer Angestellten zu machen.

159. Duedlinburg: Vom Parteitag wird erwartet, daß unverzüglich Schritte unternommen werden, die eine Umarbeitung des Entwaffnungsgesetzes in die Wege leiten, weil die Handhabung des jetzigen Gesetzes der wertigsten Bevölkerung Grund zu der Annahme gibt, daß die Entwaffnung nur einseitig von der Arbeiterklasse gefordert wird.

160. Hamburg: Der Parteitag nimmt Stellung zur Reorganisation der Reichsversicherungsordnung sowie zur neuen Reichsarmengesetzgebung und beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Energie für folgende Forderungen der Arbeiterinvaliden einzutreten:

1. Gleichstellung aller Zivilbeschädigten und Hinterbliebenen in den Versorgungszügen mit den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.
2. Reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsbeschränkten- und Erwerbsunfähigenfürsorge unter Loslösung von der Armenpflege.
3. Errichtung von Reichs-, Landes- und Ortsfürsorgestellen der Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen nach dem Muster der Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen.
4. Schaffung eines Beirats für Arbeitsinvalidenfürsorge im Reichsarbeitsministerium.
5. Mitbestimmungsrecht der Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen bei allen Fürsorgemaßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden.
6. Eine einheitliche Arbeiterversicherung, die alle Arten der Versicherung umfaßt, wie Alters-, Invaliden-, Unfall-, Hinterbliebenen-, Kranken-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung, Ferienversicherung.
7. Wahl der Besitzer und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Beschuß- und Spruchkammern der Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und des Landes- und Reichsversicherungsamts sowie der übrigen Behörden der Reichsversicherungsordnung nach dem jetzigen Reichstagswahlhystem.
8. Beteiligung der Arbeitnehmer an der Geschäftsführung und Verwaltung der Reichsversicherung.
9. Aufhebung der prozentualen Festschätzung der Arbeitsunfähigkeit durch das Verlegutachten. Ein solches Gutachten kann nur unter Mitbeteiligung von Sacharbeitersachverständigen festgesetzt werden.
10. Der Weg von und nach der Arbeit ist versichert.
11. Gewerkrankheiten und Berufskrankheiten sind versicherungspflichtig.
12. Invalidität tritt statt bei 66% Proz. bei 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit ein, wie bei der Angestelltenversicherung.
13. Den Arbeitern darf das Anrecht auf Invaliden- und Altersrente usw., welches durch das Ableben der dazu nötigen Anzahl Marken erworben wird,

nicht verloren gehen, wenn sie in bestimmten Zeiträumen bei Arbeitsunfähigkeit nicht geklebt haben. 14. Allen Renten liegt der tatsächliche Verdienst zugrunde. 15. Bei den Versicherungsbehörden Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung. 16. Das Recht auf Rente und Revision muß erweitert werden. 17. Dauerrente ist Dauerrente und nicht, wie heute, nur auf zwei Jahre festzusetzen. 18. Ferienversicherung unter der Voraussetzung unbefristeter Notwendigkeit nach dem Markenstempel der Invalidenversicherung und im Anschluß an diese. 19. Ein genügender Ausgleich der Renten mit den heutigen Lebensmittelpreisen und den Preisen der heutigen Lebensbedürfnisse für die Renteneempfänger bis zu den ältesten Jahrgängen.

**161. Hamburg:** Der Parteitag wird ersucht, seine Aufmerksamkeit den Beamten- und Staatsangestelltenfragen zuzuwenden; insbesondere die Genossen im Reichstage und in den Parlamenten zu beauftragen, mit allen Kräften für die Behebung der Notlage der unteren und mittleren Beamten einzutreten. Ebenso ist auf eine baldige gesetzliche Festlegung der Beamtenauschüsse und Beamtenräte zu bringen.

**162. Frankfurt a. M.:** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf zu dringen, daß bei der Neubestellung unserer ausländischen Vertretungen (Botschafter, Gesandten und Konsuln) darauf zu achten ist, daß keine Personen gewählt werden, die auch nur im geringsten den Verdacht erwecken könnten, daß sie nicht vorbehaltlos auf dem republikanischen Boden stehen.

**163. Mannheim e. M.:** Der Sozialdemokratische Verein Mannheim richtet an den deutschen Parteitag den Antrag, nachdem das Verjahren gegen die Führer des Rapp-Rußches vom Reichsgericht, trotzdem diese von der allgemeinen Amnestie ausgeschlossen wurden, eingestellt wurde, auf dem allgemeinen Parteitag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß namentlich die Aburteilung durch Sondergerichte, welche vom Reichstag zu ernennen sind, erfolgt.

**164. Kostod:** Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion einwirken, daß sie sich für sofortige Aufhebung der Privatvorschulen einsetzt.

**165. Kamen z:** Der Parteitag verlangt von den Abgeordneten im Reichstag, daß sie dafür eintreten, daß den Arbeiterjugendbildungsvereinen in leerstehenden Kasernen Räume als Heime zur Verfügung gestellt werden.

**166. Hamburg.** In Erwägung, daß das Erbschaftssteuergesetz in der bestehenden Form nicht durchgreifend in Anwendung gebracht werden kann, beauftragt der Parteitag die Fraktion, für die gesetzliche Einziehung von amtlichen Testamentsvollstreckern einzutreten und weitergehend einen allgemeinen Testamentsschwang in Vorschlag zu bringen.

**167. Hamburg:** Die Fraktion wird beauftragt, von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen den Wucher zu verlangen, um einer katastrophalen Ausbreitung des Volksuntwillens vorzubeugen.

**168. Hamburg:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion hat dafür einzutreten, daß die gewerbmäßige sowie jede private und Vereinsstellenvermittlung restlos, unter schwerster Geld- und Freiheitsstrafandrohung, durch Gesetz verboten wird.

**169. Hamburg:** Die Reichstagsfraktion und die Partei haben mit allen Mitteln die wirtschaftliche Anlehnung an Ausland zu erstreben.

**170. Hamburg:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, schnellstens die Revision des Entmündigungsverfahrens, das gar nicht mehr zeitgemäß ist, zu betreiben.

**171. Hamburg:** Die Genossen der Reichstagsfraktion werden beauftragt, umgehend darauf hinzuwirken, daß durch reichsgesetzliche Regelung des Falten von Vordellen und ähnlichen der gewerbmäßigen Unzucht dienenden

Einrichtungen unmöglich gemacht wird. Als Muster könnte das Gesetz über die Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit und venedischen Anstaltung vom 11. Oktober 1906 in Dänemark gelten, dessen § 3 lautet:

„Es ist verboten, ein Vordell zu halten. Derjenige, der dieses Verbot übertreißt, wird mit Besserungsstrafe, Zwangsarbeit oder Gefängnis bei gewöhnlicher Gefängnisstrafe bestraft.“

Eine derartige Bestimmung wäre spätestens zu verabschieden mit dem seit 10. März 1920 dem Reichsrat im Entwurf vorliegenden Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

**172. Hamburg:** Da bisher alle Besserungsbestrebungen zur durchgreifenden Hebung der Volksernährung und Erhaltung unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften angesichts der trostlosen Wirtschaftslage ein negatives Resultat gezeitigt haben, wird der Parteitag dringend ersucht, ausgiebige Stellung zu einer positiven durchgreifenden, dem erwerbstätigen deutschen Volk so notwendigen Besserung, insbesondere der Kohlenversorgung, der Ernährung, der zeitgemäßen Reform der Erwerbslosenfrage und produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie der endlichen Verwirklichung der Arbeitslosenversicherung zu nehmen.

**173. Hamburg:** Der Parteitag fordert, daß unsere Genossen und Genossinnen in den maßgebenden Ämtern dem reaktionären Treiben arbeitserfeindlicher Elemente rechtzeitig größere Beachtung schenken und energischer entgegenzutreten als bisher. Eventuell sind Ueberrachungsstellen einzurichten und diese nicht nur mit Genossen, sondern auch mit geeigneten Genossinnen zu besetzen.

**174. Hamburg:** Die Partei hat die baldige Herausgabe eines zeitgemäßen Gesetzes für die Schiffahrt treibende Bevölkerung zu betreiben, da die gegenwärtigen Bestimmungen veraltet sind und in der Praxis äußerst hemmend wirken.

**175. Ostfachsen:** Die Familienunterstützung ist durch Reichsgesetz bei sämtlichen Krankenkassen einzuführen.

Das steuerfreie Erntenzinimum ist auf das Doppelte zu erhöhen.

Die Frage der Erwerbslosenfürsorge in Verbindung mit dem Arbeitsnachweisgesetz ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

**176. Wehrstedt:** Die Kandidaten zu den Parlamenten sollen prozentual so verteilt werden, daß nicht die Akademiker den größten Teil der Sitze einnehmen; die Mehrzahl muß aus Arbeitern bestehen.

Die Wissenschaft hat uns bewiesen, daß sie nichts weiß; die Akademiker und Wissenschaftler tragen die Hauptschuld an der Zersplitterung der Arbeiterklasse.

**177. Wehrstedt:** Doppelmandate sind unzulässig; das heißt, wer Mitglied einer Landesversammlung ist, kann als Reichstagskandidat nicht in Frage kommen.

Die Doppelmandate sind sofort zu beseitigen.

**178. Kostod:** Doppelmandate sind unter allen Umständen zu vermeiden.

**179. Augsburg:** Der Parteitag beauftragt die Fraktion, die nun abgeschlossenen Arbeiten der Sozialkammerkommission in einem Gesetzentwurf zusammenfassend dem Reichstag zuzuleiten. Als Grundlage den Vorschlag 1 (Minerbeitersvorschlag) der Kommission zu nehmen, dabei zu beachten, daß jede Staatsbureauftrale ausgeschlossen und nach kaufmännischen Grundätzen verfaßt wird. Alle Betriebsleiter sowie Angestellte sind auf Dienstvertrag anzustellen.

**180. Bremerhaven:** Es wird verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einfluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

**181. Augsburg:** Der Parteitag möge beschließen, die Fraktion zu beauftragen, unverzüglich dahin zu wirken, daß die Nationen der noch bewirtschafteten Lebensmittel erhöht werden, um so das Hamstern einzuschränken.

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach Wohnklasse; bei der Ernteerhebung haben außer den Gemeindebehörden Vertreter der Distriktsbehörden unter Einfluß der Konsumenten mitzuwirken.

Um das Schieber- und Schleihändlerunwesen wirksam zu bekämpfen, wird die Fraktion beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der bei Verfehlungen neben Zuchthausstrafe die Konfiszierung des Vermögens nicht nur des Schiebers, sondern auch des Erzeugers vorzieht. Lehnt der Reichstag den Gesetzentwurf ab, so wird der Parteivorstand beauftragt, sofort ein Referendum zu beantragen und alle Vorbereitungen hierzu zu treffen.

**182. Augsburg:** Der Parteitag wird beauftragt, einen Gesetzentwurf zu verlangen, der die alsbaldige Ueberführung der Apotheken in Gemeinwirtschaft zum Zweck hat.

**183. Augsburg:** Der Parteitag beauftragt die Fraktion, auf das Reichsfinanzministerium mit allem Nachdruck einzuwirken, daß die militärischen Gebäude, soweit sie nicht für militärische Zwecke dringend benötigt werden, für Wohnzwecke freigemacht werden.

**184. Dresden-Land:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei der Reichsregierung auf Schaffung eines Gesetzes hinzuwirken, das der Zersplitterung im Krankentassenwesen begegnet.

**185. Dresden-Land:** Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, die sofortige Schaffung eines Reichspensionsgesetzes für alle Staatsbürger bei der Reichsregierung zu beantragen.

**186. Dresden-Land:** Der Parteitag möge die Fraktion beauftragen, von der Regierung die Bereitstellung von Erziehungsbeihilfen für alle Kinder unter Anlehnung an die Sätze der Kinderbeihilfen, die Staats- und Gemeindebeamten gewährt werden, zu fordern.

**187. Dresden-Land:** Die Vertreter unserer Partei in den Parlamenten und Regierungen werden beauftragt, mit allen Kräften für eine planmäßige Gestaltung unserer Volkswirtschaft einzutreten. Der Parteivorstand hat dem nächsten Parteitag, wenn bis dahin eine völlige Neuformulierung unseres Parteiprogramms nicht möglich ist, ein wirtschaftliches Aktionsprogramm vorzulegen, in dem die Grundzüge der Planwirtschaft aufgenommen sind.

**188. Mannheim:** Der Sozialdemokratische Verein richtet an den Parteitag das dringende Ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Angelegenheit General v. Seckl-Geereskammer sowie Eisenbahnminister Gröner-Betriebsräte eingehend untersucht und ein wahrheitsgemäßer Bericht herausgegeben wird.

**189. Dresden-Land:** Um einer weiteren Verschlechterung und Verteuerung der unentbehrlichen Lebensmittel vorzubeugen, fordern wir vom Parteitag, daß er sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzt, daß unentbehrliche Nahrungsmittel, wie Brotgetreide, Gerste, Kartoffeln, Zucker, für Brenn- und Brauzwecke nicht freigegeben werden, solange die werktätige Bevölkerung an diesen unentbehrlichen Nahrungsmitteln Mangel leidet.

**190. Dresden-Land:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion umgehend zu veranlassen, daß auf dem Bezugswege baldigst

oder durch beschleunigten Gesetzentwurf die Altersgrenze für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Reich, Staat und Gemeinden auf 60 Jahre herabgesetzt werde.

**191. Dresden-Land:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstag sofort einen Antrag einzubringen, der die sofortige Entlassung derjenigen verantwortlichen Personen in der Reichswehr verlangt, welche in der letzten Zeit in der gröslichsten Weise gegen die Verfassung und deren republikanischen Geist verstoßen haben. In Zukunft sind ebenfalls gegen solche Personen die schärfsten Maßnahmen anzuwenden.

**192. Magdeburg:** Der Parteitag möge erwägen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zur Eroberung der politischen Macht zu benutzen und eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur von dem Mitwirken der Sozialdemokratie in der Regierung erhoffen wir eine Gesundung unserer Verhältnisse.

**193. Vorkalle:** Der Parteitag möge der Reichstagsfraktion den Antrag erteilen, gleich bei Beginn der Session des Reichstags den Initiativantrag einzubringen, den 9. November zum Nationalfeiertag zu erheben.

**194. Bremen:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bis zur Durchführung der Einheitschule für begabte Volksschülerinnen zwei Ergänzungsschuljahre eingeführt werden, deren Erlebigung die Berechtigung zum Eintritt in soziale Bildungsanstalten, Kinderkinderinnen-seminare und Seminare für Haushaltslehrerinnen gibt.

**195. Brandenburg-Westhaveland:** Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraktion der Reichstagsabgeordneten alle geeigneten Schritte unternimmt, um eine schnelle Sozialisierung des Seefischfangs und Seefischhandels herbeizuführen.

**196. Eshwege:** Der Parteitag möge beschließen, einen Eintritt in die Regierung entschieden abzulehnen, bevor nicht erst eine Klärung durch Neuwahlen geschehen ist.

**197. Eshwege:** Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft nicht mehr den Forderungen der Staatsbeamten zustimmt, damit keine so großen Unterschiede im Gehalt zwischen Beamten und Arbeitern mehr zustande kommen, wie es bis heute noch besteht.

## Bericht

### vom Internationalen sozialistischen Kongress.

**198. Osthaveland und Ruppin:** Der Unterbezirkstag für Osthaveland und Ruppin mißbilligt die auf der Genfer Konferenz angenommene Resolution, in der der deutsche Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, nicht frühzeitig und scharf genug das militärische System bekämpft zu haben. Der Unterbezirk ist im Gegenteil der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung stets ihre Pflicht getan hat.

**199. Hamburg:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in sorgfältiger und energischer Weise die in Genf wieder angeknüpften internationalen Beziehungen auszubauen, ganz besonders aber sein Augenmerk auf ein gut funktionierendes internationales Nachrichten- und Informationsbureau zu lenken.

**200. Hamburg:** Dem nächsten Internationalen Sozialistenkongress ist ein Antrag auf Errichtung eines Internationalen Presse- und Propagandabureaus zur beschleunigten Ausführung zu unterbreiten.

Zweck Festigung der internationalen Beziehungen tauschen die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder zu gegenseitiger Berichterstattung Genossen und Genossinnen aus, die zur besseren Ueberwindung der Währungsvergleichen am zweckmäßigsten von dem gastgebenden Lande zu unterhalten sind.

**201. Hamburg:** Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920.

Der Parteitag begrüßt es mit Genugtuung, daß der Kongreß in Genf entgegen dem Vertrage von Versailles das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker als einzige Grundlage des Friedens bezeichnet, und daß er vom Völkerbund erwartet, daß dieser die Landesgrenzen, die durch den Vertrag von Versailles willkürlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzt, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Ferner begrüßt es der Parteitag, daß der Kongreß den Charakter des Versailler Friedensvertrages als einseitig und somit als ein Diktat der Sieger bezeichnet, das vom Geist des Imperialismus erfüllt ist und den besiegten Völkern unerträgliche Lasten aufzulegt, das weiter den Militarismus der Siegerstaaten unberührt und allmächtig läßt, die Verteilung verschiedener Teile der Erde zu ausschließlichem Nutzen der Kapitalisten der Siegerstaaten regelt und in seinem ganzen Inhalt und Geist dem Frieden nicht dient, sondern den Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit beläßt.

Indessen ist über Deutschland eine wirtschaftliche Krise hereingebrochen, die erschreckend deutlich zeigt, daß der Vertrag von Versailles weit schlimmeres ist als ein einseitiges Diktat. Der Vertrag ist jetzt bereits die vollendete Lähmung Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher und seelischer Beziehung.

Hunderttausende deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sind völlig erwerbslos, andere Hunderttausende arbeiten in halben und Drittelstücken. Millionen Frauen und Kinder darben, degenerieren und verkommen mit ihren Männern in dem Elend, das nach den Schrecknissen des Krieges nun der Vertrag von Versailles über sie gebracht hat. Die Kaufkraft des deutschen Volkes ist zusammengebrochen. Millionen Arme wissen nicht, wie sie sich kleiden, wie sie Familien gründen, wie sie sich nähren sollen. Dazu ruht auf allen Deutschen das stumpfe Bewußtsein der Ohnmacht und Entwürdigung. Vor allen Völkern ist allein das deutsche Volk des Selbstbestimmungsrechts entkleidet worden. durch Machtpruch sind Deutsche millionenweise ohne Wehrung unter polnische, tschechoslowakische und italienische Fremdherrschaft gezwungen worden. Und durch Machtpruch wird den Deutschen Oesterreich unterjagt, sich mit der Republik Deutschland zu vereinigen. Tauendfach verhöhnt der Vertrag von Versailles gegen die Grundzüge der Menschlichkeit, die zugleich Grundzüge des internationalen Sozialismus sind.

Die deutsche Sozialdemokratie wirkt mit ihrem ganzen Einfluß rückhaltlos für die Erfüllung geschlossener Verträge, aber sie hält es auch für ihre heiligste Pflicht, Verträge, die am Ende den Zusammenbruch Deutschlands bewirken, ebenso rückhaltlos zu charakterisieren. Die deutsche Sozialdemokratie will jede schwere Last an der Wiedergutmachung des schrecklichen Krieges mittragen, aber es wäre widersinnig, zu schweigen, wenn die Last erstickend wirkt.

Gestützt auf die Genfer Beschlüsse, wendet sich darum der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an die Sozialisten aller Länder, besonders an die sozialistischen Brüder und Schwestern Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens:

Verhelte mit aller Kraft dem deutschen Volke zur Gleichberechtigung mit andern Völkern, helfe, daß die Deutschen Westpreußens, Posen, Tschechoslo-

variens und Tirols nachträglich über ihr Schicksal selbst bestimmen können. Verhelte dem deutschösterreichischen Volke zum Selbstbestimmungsrecht über sein staatliches Schicksal. Behüte die deutschen Proletariat, auf denen am Ende alle Arbeits- und Geldlasten ruhen, vor dem völligen Zusammenbruch und vor völliger Verelendung und Verzweiflung, indem ihr in euren Ländern mächtig die Stimme der Menschlichkeit und des Verlangens nach wirklichem Völkerfrieden erhebt, und mit heiligem Solidaritätsgefühl für die Aenderung des Versailler Vertrages nach den Grundätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und für die Milderung der Lasten des deutschen Volkes wirkt und kämpft.

Sozialisten aller Länder! Der Vertrag von Versailles verletzt die heilige Sache des Sozialismus überall, indem er sie gegen ein Volk verletzt. Der Vertrag von Versailles verwundet den in der ganzen Welt aufstrebenden Sozialismus überall, indem er ihn durch die Verarmung und Verelendung des gut sozialistischen Proletariats in Deutschland tödlich schlägt. Durch die Tat müßt ihr darum zeigen, daß die sozialistische Solidarität mächtig ist und sieghaft über den kapitalistischen Imperialismus zu triumphieren vermag.

**202. München:** Die deutsche Sozialdemokratie beantragt beim Internationalen Sozialistischen Bureau den sofortigen Austausch von Parteigenossen der Länder, die als Bevollmächtigte ihrer Landesparteien tätig sind und gemeinsame Hilfsaktionen fördern.

**203. Wiesbaden:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Denkschrift über den Friedensvertrag von Versailles in den Weltsprachen in möglichst populärer Form herauszugeben und mit Unterstützung des Internationalen Bureaus darauf hinzuwirken, daß der Friedensvertrag so geändert wird, daß für das deutsche Volk die Lebensmöglichkeit nicht unterbunden wird. An der Milderung des Friedensvertrages hat auch das Internationale Proletariat im Interesse unseres gemeinsamen Zieles ein eigenes Interesse. Eventuell ist ein Aufruf seitens des Parteitages an das sozialistische Proletariat aller Länder zu erlassen.

**204. Mannheim:** Der Parteivorstand wird beauftragt, die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, um, gestützt auf die neu erstandene Zweite Internationale, einen internationalen Pressenachrichtendienst für die sozialistische Presse baldigst zu schaffen.

## Jugend und Bildung.

**205. Groß-Berlin:** Der Parteitag empfiehlt den Parteiorganisationen, größeres Gewicht als bisher auf die Gewinnung der Kopfarbeiter, insbesondere der Akademiker, für die Partei zu legen. Durch geeignete Maßnahmen, etwa durch Bildung von Werbeauschüssen, ist die Gewinnung der für die Verwirklichung des Sozialismus so notwendigen geistigen Arbeit zu fördern.

**206. Groß-Berlin:** Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der jungen Parteigenossen von 18 bis 25 Jahren in vielen Orten des Reiches, die sich in besonderen Bildungsgemeinschaften innerhalb der Partei zu wahren Sozialisten erziehen wollen. Der Parteitag fordert die Parteigenossen, insbesondere die Bildungsausschüsse auf, die Bestrebungen der jungen Genossen nach Kräften zu fördern.

**207. Groß-Berlin:** Der Parteitag fordert diejenigen Parteizeitungen, denen es nur irgend möglich ist, auf, nach dem Muster des „Hamburger Echo“ monatliche Jugendbeilagen herauszugeben, in denen Arbeiterjugend und Jungsozialisten zu Worte kommen.

**208. Groß-Berlin:** Der Parteitag möge beschließen, in den größeren Orten (Kreis) Parteischulen einzurichten, in denen neben den üblichen Fächern Verwaltungstechnik im Staats- und Kommunewesen gelehrt wird.

**209. Brandenburg-Westhaveland:** Der Parteitag wolle beschließen, die örtlichen Wahlvereine anzuweisen, die jungsozialistischen Vereinigungen in ihren Bestrebungen (auch finanziell) zu unterstützen.

**210. Lübeck:** Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ersucht den Parteitag, sich mit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen und ihre Förderung zu beschließen. Der parteipolitischen Weiterbildung der Parteimitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren ist besondere Wichtigkeit beizumessen.

**211. Stade:** Der Parteitag wolle beschließen, daß in jedem Bezirk Kurze eingerichtet werden zwecks Ausbildung von Rednern.

**212. Ederndörde:** Der Parteitag möge die Frage, ob nicht in den einzelnen Parteibezirken Unterrichtskurse eingerichtet werden können, prüfen.

**213. Mittweida:** Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, auf schnellstem Wege die Parteibildungskurse, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufzunehmen und neu auszubauen.

**214. Ehlingen:** Der Sozialdemokratische Verein Ehlingen anerkennt die dringende Notwendigkeit einer internationalen Hilfsprache zur internationalen Verständigung der Arbeiterklasse und Sozialisten für die Interessen des Sozialismus und zur Erlebung der internationalen Angelegenheiten, überlegt die wichtige und drängende Frage des Ausbaues der internationalen Organisation und beauftragt den Parteitag, die Welthilfsprache Esperanto vorzuschlagen und die Einschreibung dieser Frage in das Programm des Parteitages zu veranlassen.

**215. Frankfurt a. M.:** Die „Bildungsarbeit“ ist wieder in vollem Umfange aufzunehmen. Wanderlehrer sind anzustellen, die besonders das Gebiet der Volks- und Weltwirtschaft zu behandeln haben.

Das Experiment der früheren Berliner Parteischule für ganz Deutschland nach dem alten Muster ist nicht zu wiederholen; statt dessen sind in den verschiedenen Parteizentren Deutschlands Parteischulen nach dem Muster der Berliner Arbeiterbildungsschule zu errichten.

**216. Kostock:** Der Parteivorstand wird beauftragt, in den einzelnen Bezirken Bildungskurse durch Wanderredner einzurichten.

**217. Kostock:** Die Parteischule ist möglichst bald, spätestens innerhalb eines Jahres, zu eröffnen.

**218. Stuttgart:** Der Sozialdemokratische Verein anerkennt die dringende Notwendigkeit einer internationalen Hilfsprache zur internationalen Verständigung der Arbeiterklasse. Hierzu wird dem Parteitag in Kassel die Welthilfsprache Esperanto vorgeschlagen mit dem Ersuchen, diese Forderung in den zweiten Teil unseres Parteiprogramms aufzunehmen.

**219. Afferde:** Die Sozialdemokratische Partei wolle dahin wirken, daß unter allen Völkern neben der Muttersprache eine Einheitsweltsprache in allen Schulen eingeführt wird.

**220. Norden:** 1. Einführung der Simultanschule. 2. Die Einheitschule ist durchzuführen. 3. Der Pastor soll nicht eo ipso Mitglied des Schulvorstandes sein. Der § 174 der Reichsverfassung muß eine Änderung erfahren. 4. Den Vorsitz im Schulvorstand führt ein Lehrer. 5. Die Volksschulklassen dürfen nicht stärker belastet sein als die der höheren Schulen, wo in den oberen Klassen kaum 10 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen. Die Höchstzahl der Schüler soll nicht über 30 steigen. 6. In den Städten sind

jämliche Schulen den Volksschulen anzugliedern. (Prinzip der Einheitschule.) 7. Der Fortbildungsschulunterricht ist für alle Knaben und Mädchen obligatorisch einzuführen. 8. An dem Haushaltungsunterricht haben alle Mädchen, einerlei, welche Schule sie besuchen, teilzunehmen. In allen Städten und Flecken ist eine Haushaltungsschule einzurichten, an der die Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre teilnehmen müssen. 9. Sämtliche Lehrer der höheren und niederen Schulen erhalten die gleiche Ausbildung.

**221. Bezirksleitung linker Niederrhein:** Sämtliche Geschichtswerke, ganz gleich, ob es sich um deutsche oder preussische Geschichte, um die Geschichte der Literatur oder um die der Pädagogik und des Erziehungswezens handelt, sind vom einseitigsten reaktionären, meist auch vom widerwärtigsten konfessionellen Standpunkte aus geschrieben. Es fehlen jene Werte, welche die geschichtlichen Tatsachen vom Standpunkte und Gesichtsfeld eines freidenkenden, sozialdemokratisch fühlenden und sozial geschulten Wissenschaftlers und Lehrers aus darstellen, Werte, aus denen alles Reaktionäre, Theologische, Konfessionelle, Militaristische und Dynastische, einer Demokratie und Republik Widerstrebende entfernt bleibt, die nur das bringen, was der modernen geschichtlichen Kritik standhält und geeignet ist, junge freisinnige sozialdemokratische Menschen und Lehrer zu erziehen. Unser Antrag an den Parteitag geht daher dahin, daß: 1. geeignete Männer umfassender Bildung und freisinnigen Geistes mit der Abfassung und Herstellung solcher Geschichtswerke beauftragt werden; 2. durch Bereitstellung von Mitteln jenen Männern Gelegenheit gegeben wird, genannte Werke ohne Sorge und Rücksichtnahme zu verfassen; 3. ihnen die Drucklegung und weiteste Verbreitung ihrer Werke garantiert wird.

**222. Barel:** Der Parteitag wolle prüfen, ob es angebracht ist, eine illustrierte Wochenschrift, verbunden mit einer Wochenzeitung, herauszugeben, um die bürgerlichen Unternehmungen dieser Art aus den Arbeiterhäusern zu entfernen und auf diese Weise besonders unter den Frauen agitatorisch zu wirken.

**223. Neumünster:** Der Parteitag beschließt, nach Möglichkeit Bezirksparteischulen nach dem Muster der alten Berliner Parteischule einzurichten.

**224. Poissbüttel:** Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preussischen Landesversammlung aufzufordern, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die geplante bildungsfeindliche Anordnung, wonach in der Volksschule auf 60 Schüler eine Lehrkraft vorgeesehen ist, nicht zur Durchführung kommt. Ebenso hat sie ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei Besetzung der Posten der Schulaufsicht auch im weitesten Maße auf Personen mit sozialistischer Weltanschauung zurückgegriffen und das Elternbeitragsgesetz im Sinne der sozialistischen Bestrebungen ausgebaut wird.

**225. Bad Berka:** 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Regierung und die Gewerkschaften gemeinsam, in enger Zusammenarbeit mit der Parteileitung im Deutschen Reiche „Volkshochschulheime“ schaffen, ähnlich dem, wie es in Dreißigacker bei Weiningen besteht.

2. Die Gebäude für die Heime sollen beschafft werden, indem dem Reich durch Gesetz das Recht verliehen wird, Besitzern, die mehr als 4 Schläffer oder 4 größere Güter (über 1000 Morgen) ihr Eigen nennen, eine Befreiung zu enteignen, sofern keine Schenkung erfolgt. Eine Entschädigung an die Eigentümer soll nicht gezahlt werden.

3. Die Unterhaltungskosten des Heims werden aufgebracht:

a) durch Schulgeld der Besucher;

b) durch Mittel, die dadurch beschafft werden, daß von allen Dividenden, die höher sind als 9 Prozent,  $\frac{1}{2}$  Prozent, von allen, die höher sind als

12 Prozent, 1 Prozent und von allen, die höher sind als 15 Prozent, 2 Prozent zugunsten der Heim einbehalten werden. Sollten diese Mittel nicht genügen, dann wären von allen Zinsen, die mehr als 20 Prozent betragen, 3 Prozent einzubehalten.

4. Die nötigen Büchereien erhalten ihren Grundbestand an Büchern dadurch, daß alle Verlage verpflichtet werden, an jedes Heim ein Freieigenem der gewünschten Bücher zu liefern.

5. Die Besucher sind jugendliche Arbeiter, die einen sechsmonatigen Kursus im Volkshochschulheim durchmachen. Hat der jugendliche Arbeiter aus berechtigten Gründen nicht die Mittel, so vermittelt ihm die Gewerkschaft eine Freistelle. Der Arbeitgeber hat den jugendlichen Arbeiter zu beurlauben; d. h. er hat ihn nach Beendeten Kursus wieder einzustellen. Der Antrag auf Wiedereinstellung muß spätestens 3 Wochen nach Kursusluß gestellt werden.

6. Jedes Gewerkschaftskartell (Ortskartell) wird Mitglied eines Volkshochschulheimes.

7. Es sollen zunächst 100 Volkshochschulheime geschaffen werden.

**226. Sonneberg (S-M):** Jede wirkliche Internationale, jede wirkliche Verständigung verschiedensprachiger Völker ist und bleibt unmöglich, solange die Menschen keine gemeinsame Sprache sprechen, solange sie nur durch Dolmetscher miteinander reden können.

Der Parteitag wählt daher eine Kommission, die unermüdet in Verbindung mit den sozialistischen Parteien der anderen Länder untersucht, inwieweit eine gemeinsame Weltsprache (Esperanto) in den Dienst der sozialistischen Internationale gestellt werden kann.

**227. Lauenburg a. d. Elbe:** Der Parteitag wolle unsere Abgeordneten in der Preussischen Landesversammlung auffordern, mit allen Mitteln und mit aller Schärfe den § 42 des Entwurfs des Volksschullehrer-Dienst-Einkommengesetzes zu bekämpfen, welcher für je 60 Schüler nur eine Lehrkraft vorsieht und nur  $\frac{1}{4}$  der persönlichen Schulkosten zuzüglich 100 Mark Besoldungsgeld für jeden Schüler auf die Staatskasse übernehmen will, während die Schulgemeinden den übrigen Teil der Unterhaltungskosten aus eigenen Mitteln aufbringen sollen. Diese Vorlage bedeutet den Tod der deutschen Volksschule.

**228. Lauenburg a. d. Elbe:** Der Parteitag wolle beschließen, bei der preussischen Regierung darauf hinzuwirken, daß bei der Befestigung der geistlichen Schulaufsicht notwendig gewordenen Neubefetzung der Schulaufsichtsbeamtenstellen mehr als bisher Vertreter der sozialistischen Weltanschauung berücksichtigt werden.

**229. Linthort:** Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um den Mitgliedern der S.P.D. durch Literatur und Vorträge und Einführung von besonderen Kursen zu ermöglichen, das Verständnis für Volkswirtschaft und Kommunalpolitik zu fördern.

**230. Unterbezirk Ostfachsen:** Der Gründung von Gruppen der Jugendsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. In allen Orten, in denen Gruppen der S.P.D. bestehen, müssen den Verhältnissen entsprechend Einrichtungen getroffen werden, welche die Aufgabe haben, die jugendlichen Parteigenossen und -genossinnen durch Vorträge, Veranstaltungen usw. zu überzeugten Sozialisten heranzubilden und an die Partei zu fesseln.

**231. München:** Der Parteitag wolle beschließen: Den Bestrebungen der Jugendsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Bildung jung-

sozialistischer Arbeitsgemeinschaften ist auf der Grundlage weitestgehender Selbständigkeit derselben zu fördern.

Diese schließen sich im Reich zentral zusammen. Als vorläufiges Organ der Jugendsozialisten wird die „Arbeiter-Bildung“ bestimmt.

**232. Weiden-Löbenich:** Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhebt Widerspruch gegen die im Entwurf zu einem Volksschullehrer-Dienst-Einkommengesetz im § 42 festgesetzte Klassenfrequenz von 60 Kindern. Dieser Paragraph wird den gründlich. Niedergang unserer Volksschulwezens zur sicheren Folge haben. Die Schülerzahl darf unter keinen Umständen 45-50 übersteigen. Bei Ersparrung überflüssiger oder unsinnig hoher Deereskosten werden die für unsere Volksschule so dringend notwendigen Mittel schon freigemacht werden können.

**233. Magdeburg:** Der Parteitag wolle der Forderung der sozialdemokratischen Lehrerschaft auf Ausarbeitung eines Schulprogramms Rechnung tragen.

**234. Frankfurt a. M.:** Die Jugendorganisationen sind im ganzen Reich an die Parteioorganisationen eng anzugliedern; wo erstere noch nicht bestehen, sind solche zu gründen.

**235. Mecklenburg-Lübed:** In jedem Bezirk sind Arbeiterparteien einzurichten, an denen geeignete Genossen unentgeltlich teilnehmen können.

**236. Der Parteivorstand** wird beauftragt, umgehend eine Parteischule zu eröffnen, um tüchtige Genossen für die Agitation heranzubilden.

Des weiteren sind Wanderlehrer anzustellen, die in den Agitationsbezirken kleinere Kurse über Einführung in den Sozialismus abhalten.

## Die Wohnungsfrage.

**237. Groß-Berlin:** Der Parteitag wolle beschließen: Zur Hebung der Wohnungsnot ist in den Parlamenten die Sozialisierung der Bautätigkeit und der Baustoffindustrie zu fördern; die Mittel zu deren Durchführung sind durch das Reich bereitzustellen.

**238. Brandenburg-Westhaveland:** Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietersteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verspricht nur die Sozialisierung der Baustoffe liefernden Industrien. Ein wertvoller Beitrag zu dem dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entlehenden Kosten ist die Wohnungsluzussteuer, die alle diejenigen Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Um Gärten vorzubehalten, soll die Steuer nicht oder wesentlich geringer erhoben werden bei Personen mit einem Einkommen bis zu 15 000 Mk. jährlich. Die Wohnungsluzussteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichsteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit beleben, wo Wohnungsbaraten notwendig und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die neuen Wohnungen Beziehenden bestehen. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zu ersuchen, den vorstehenden Antrag gesetzgebend zu bewerten.

**239. Groß-Stettin:** Die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage für die gesamte Bevölkerung macht es zur zwingenden Notwendigkeit, daß die Partei und ihre Vertretungen in den gesetzgebenden Körperschaften

und Kommunen der Frage ihre Aufmerksamkeit und Kraft zuwenden. Daher muß gefordert werden, daß die weitestgehenden Mittel des Staates und der Gemeinden angewandt werden, um der Wohnungsnot zu steuern und den Wohnungsbau zu fördern.

Es ist bekannt, daß vielfach viele Ziegeleien auf Abbruch verkauft worden sind. Dem muß mit staatlichen Mitteln entgegengewirkt werden. Die sozialdemokratischen Fraktionen der gesetzgebenden Körperschaften müssen fordern, daß auf gesetzlichem Wege und durch Staatsmittel Ziegeleien modernisiert und produktionsfähig gemacht werden, um so durch eine vermehrte Produktion der Bausteine einen beschleunigten Wohnungsbau zu ermöglichen.

Der Parteivorstand muß daher für die einzelnen Landesteile des Deutschen Reiches Konferenzen mit den sozialdemokratischen Kommunalvertretern aus den verschiedensten Bezirken abhalten, um ein einheitliches Vorgehen in der Wohnungsfrage vorzubereiten.

**240. Leipzig:** Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion ersuchen, nachstehende Forderungen der Reichsregierung zu unterbreiten und im Reichstag mit Nachdruck zu vertreten:

1. Die in erster Linie notwendigen Rohstoffe wie Holz, Steine, Zement und Eisen durch das Reich sicherzustellen.
2. Alle verfügbaren Gelder, die in der Arbeiterversicherung aufgespeichert sind, sofort für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.
3. Aufnahmen von Zwangsanleihen vorzunehmen, die ausschließlich nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen.

**241. Luckenwalde:** Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietsteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verspricht nur die Sozialisierung der die Baustoffe liefernden Industrien.

Ein wertvoller Beitrag zu den dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entstehenden Kosten ist die Wohnungsluzussteuer, die alle die Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Um Härten vorzubeugen, soll die Steuer nicht erhoben werden bei Personen mit einem Arbeitseinkommen bis zu 20 000 M. jährlich.

Die Wohnungsluzussteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichsteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit da beleben, wo Wohnungsbauten notwendig sind und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die bei den neuen Wohnungen Beziehenden besteht.

Der Parteitag wolle beschließen, die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages zu ersuchen, den vorstehenden Antrag gesetzgeberisch zu vertreten.

**242. Ostfriesland und Dresden-Land:** Antrag des 5. Unterbezirks: Die Vertreter der S.P.D. aller Gemeinde- und Staatsparlamente werden beauftragt, den außerordentlich schlechten Wohnungsverhältnissen und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit des Baugewerbes ihr ganz besonderes Augenmerk zu schenken und schnellstens alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die bestehende Wohnungskatastrophe zu beheben. Sie haben deshalb auch mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Sozialisierung der baustoffherzeugenden Industrie endlich durchgeführt wird und daß die von den Bauarbeitern gegründeten Produktivgenossenschaften für das Baugewerbe die größtmögliche Unterstützung erfahren: a) in finanzieller Natur, b) bei Vergütung von Arbeiten.

**243. Dresden-Land:** Die Vertreter der Partei in den Regierungen und Volksvertretungen werden beauftragt, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß im kommenden Jahr ausreichende Mittel für Bauförderungsküsse zur Verfügung gestellt werden, damit der Wohnungsbau in möglichst großem Umfange in Angriff genommen werden kann.

**244. Hamburg:** Durch Schaffung eines besonderen Reichswohnungsamts als oberste Instanz sowie Einführung von Obermieteinigungsämtern als Rezursinstanzen der Mieteinigungsämter eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung und Rechtsprechung auf allen Gebieten der jetzt sehr im argen liegenden Wohnungs- und Mietfragen im gesamten Deutschen Reich herbeizuführen. Ebenso die gleiche Durchführung einer zeitgemäßen, lediglich dem Allgemeinwohl dienenden Boden- und Grundreform mit allem Nachdruck zu fordern.

**245. Hamburg:** Die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente werden beauftragt, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die früheren fürstlichen Schlösser in bedeutend höherem Maße als bisher in Anspruch genommen werden als Invalidenheime oder als Heime für erholungsbedürftige Kinder.

**246. 5. badischer Landtagswahlkreis:** Um Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen, sind alle Mittel und Wege anzuwenden, daß Gesetze erlassen werden, die Staat und Gemeinden das Vorkaufsrecht sichern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Gewinne des Verkäufers, und zwar auf der Grundlage und im Wege des Ausbaues des in Baden bestehenden Grundstückperrgesetzes.

**247. Metternich:** Die Wohnungsnot fordert mit gebieterischer Gewalt energische Schritte zur Abhilfe. Der Ortsverein Metternich stellt daher den Antrag an den Parteitag, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Regierung die Schaffung örtlicher Mieteinigungsämter beantragt, die sich wie folgt zusammensetzen: 1. aus einem von allen wahlberechtigten Bürgern zu wählenden nichtjuristischen Vorsitzenden; 2. aus zwei von den Mietern und Vermietern zu wählenden Beisitzern. Gegen die Entscheidung dieser Ämter ist eine Verurteilung nur dann zulässig, wenn das Urteil grobe Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen aufweist. Die Urteile bedürfen der einfachen Bestätigung der bisherigen Mieteinigungsämter.

**248. Karlsruhe:** Zur Verminderung der Wohnungsnot ist eine weit schärfere Rationierung der Wohnungen durchzuführen. Zur Kontrolle sind bei den Wohnungsämtern Kontrollleute aus Arbeiter- und Beamtenorganisationen heranzuziehen.

**249. Bezirksverband Franken:** Die Sozialdemokratische Partei hat mit allen Mitteln die Sozialisierung des gesamten Bauwesens herbeizuführen und die Sozialisierungsbestrebungen des Bauarbeiterverbandes zu unterstützen. Es erscheint dies als einzige Möglichkeit, die Wohnungsnot zu beheben.

**250. Göttingen:** Der Parteitag wolle sich den Bestrebungen und Beschlüssen des Deutschen Bauarbeiterverbandes zur Behebung der Wohnungsnot anschließen.

**251. Göttingen:** Der Parteitag wolle eine Resolution beschließen, welche eine Regelung der Mietsteuer verlangt, derart, daß Wohnungen, die ihrer Größe und der in Frage kommenden Personenzahl nach richtig ausgenutzt werden und den normalen Bedarf nicht überschreiten, von der Mietsteuer befreit werden. Dagegen sollen nicht genügend ausgenutzte Wohnungen (Luzuswohnungen) besonders scharf herangezogen werden.

## Das Parteiprogramm.

**252. Groß-Berlin:** Der Parteitag in Weimar 1919 nahm eine EntschlieÙung zur Sozialisierung an, in der es heißt:

„Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an die Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.“

Der Parteitag erkennt diese EntschlieÙung nochmals und ausdrücklich an.

**253. Brandenburg-Westhavelland:** Der Parteitag möge die Frage der Revision des Parteiprogramms einer Kommission überlassen, die den kommenden Parteitag den Bericht erstatten wird. Der Parteitag möge für die Arbeiten unserer Genossen in der Partei, den Organisationen, in Staat und Gemeinden allgemeine Richtlinien aufstellen und diese zur Grundlage eines Aktionsprogramms machen, das vor allen Dingen von der Tendenz getragen werden soll, die Verbindung zwischen den Parteigenossen im Lande und den Genossen in Parlamenten, Regierungen, an leitenden Stellen usw. enger zu gestalten.

**254. Sorau-Forki:** Der Parteitag möge beschließen, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms einzusetzen.

**255. Bezirkskonferenz Görlitz und Breslau:** Die vom Parteitag zur Revision des Parteiprogramms einzusetzende Kommission soll sich angelegen sein lassen, an Stelle des zweiten Teiles ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches die zu verwirklichenden Gegenwartsforderungen enthält. Die planmäßige Organisation der Wirtschaft, die Reform der Verwaltungs- und Industriebehörden, Schulfragen, die Stellung der Betriebsräte im Wirtschaftsleben müssen der wesentlichste Inhalt des Aktionsprogramms sein.

**256. Weida:** Angesichts der Tatsache, daß nur eine starke, in sich geeinte Sozialdemokratische Partei das werktätige Volk aus den Fesseln des Kapitalismus befreien und dem Sozialismus entgegenführen kann, steht die Ortsgruppe Weida der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Standpunkte, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, um zugleich das Proletariat vor den weiteren Schäden der Selbstzerfleischung zu bewahren, den Wiederzusammenschluß mit dem der Zweiten Internationale angehörenden Teile der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erreichen. Aus diesem Grunde ist die Revision des Parteiprogramms darauf vorzunehmen, daß einer Einigung innerhalb der beiden sozialistischen Parteien die Wege geebnet werden.

**257. Nordhausen:** Der Parteitag wolle beschließen: Der zweite Teil des Erfurter Programms wird von einer zu wählenden Kommission einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Umarbeitung unterzogen. Die wichtigste Forderung ist hierbei die Inangriffnahme der Sozialisierung.

**258. Meiningen:** In Erwägung dessen, daß in den „Vorschlägen für die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms“ das Wesen und Wirken der Planwirtschaft von den Genossen Wiffell und Robert Schmidt für und wider sehr eingehend erwogen wird, und in besonderer Berücksichtigung dessen, daß die immer mehr überhandnehmende Wirtschaftsjabotage gewisser großkapitalistischer Betriebe (siehe Annahmerungsprämie der Daimler-Werke)

sehr bald zu einem katastrophalen Massenelend führen muß, beantragt die heutige Versammlung, den Punkt „Wirtschaftspolitik“ als dringende Angelegenheit auf dem Kasseler Parteitag mit zu behandeln und dabei gleichzeitig die Genossen Wiffell und Robert Schmidt als Referenten und Korreferenten für und wider die Planwirtschaft zu bestellen.

**259. Gaisbüttele:** Die Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt. Der Parteitag wählt daher eine Kommission, die in kürzester Frist einen Programmentwurf ausarbeitet, welcher die volle Umorganisation der Ernährungswirtschaft auf Grundlage der Anbau- und Lieferungsspflicht der Erzeugergemeinden nach Anbaufläche, Bodenklasse und Ernteschätzung vornimmt. Auf Grundlage der Steigerung der Produktion, durch staatliche Organisation der Beschaffung billiger und vollwertiger Produktionsmittel, durch Maßnahmen, die eine volle Beschäftigung der Betriebe mit ausreichenden Arbeitskräften und reiflicher Bebauung des Grund und Bodens sicherstellen. Auf Grundlage der Bildung von Wirtschaftskörpern durch genossenschaftliche Organisation der Erfassung und Verteilung durch die Erzeuger und Bedarfsgemeinden.

**260. Wellenbach:** Beschleunigung der Sozialisierung aller reifen Betriebe ohne jede Entschädigung.

**261. Groß-Berlin:** Der Parteitag wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Hebammen als Staatsbeamtinnen angestellt und deren berufliche Tätigkeit nach einem staatlich festgelegten Tarif ausgeübt wird, der in vernünftigen Grenzen gehalten ist, wenn es bei der augenblicklichen Finanzlage des Reichs noch nicht möglich sein sollte, gemäß unserer alten sozialistischen Forderung (Verstaatlichung des Hebammenwesens) die Geburtshilfe überhaupt ohne irgendwelche Unkosten für die Eltern zu gewähren.

**262. Chemnitz:** Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist grundsätzlich für den geschlossenen deutschen Einheitsstaat. Sie erblickt in der noch bestehenden deutschen Kleinstaaterei und ihrer Weiterentwicklung eine Gefährdung der Reichs-, Finanz- und Wirtschaftszinteressen und eine schwere Gefahr für die völkische und politische Einheit, sowie für die Sicherheit der Republik. — Die sozialdemokratischen Fraktionen der Einzellandtage haben deshalb die Pflicht, streng nach diesem Grundsatz zu wirken.

Der Grundsatz dieses Antrages soll, falls die Partei nicht früher in diesem Sinn EntschlieÙung faßt, im neuen Parteiprogramm deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

**263. Bad Berka:** Der Parteitag wolle beschließen, bei der Aufstellung des neuen Parteiprogramms, um daselbe für die breiten Massen verständlicher zu gestalten, den Gebrauch der Fremdwörter möglichst vermeiden zu wollen.

**264. Ostjachsen:** Forderung der Erziehung durch die Arbeitsgemeinschaft der neuen Kultur: Arbeitsschule.

Forderung der Einheitschulen. Zum Begriff der Einheitschule im weiteren Sinne gehört auch die Ausbildung der Eltern zu Erziehern und soziale Fürsorge für werdende Mütter und Kinder.

Forderung der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Schulrechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Forderung der Selbstverwaltungskörper für die Schule (Kindergartenhochschule), die sich bis zum Reichskulturrat aufbauen, bestehend aus Eltern, Lehrern und Vertretern des Staates.

Forderung der pädagogischen Fakultäten an den Universitäten.



**265. Ostfachsen:** Die persönliche und staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens ist in das Programm aufzunehmen.

**266. Breslau und Görlitz:** Das Erfurter Programm wird in seinem praktischen Teil außer Kraft gesetzt.

Das Aktionsprogramm der Partei enthält von jetzt ab folgende Forderungen:

#### A. Politische Forderungen.

1. Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Selbstbestimmungsrecht der Völker.

2. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die regionale bzw. lokale Bedeutung haben.

3. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. Ausschaltung jedes Einflusses der Militärgewalt auf nichtmilitärische Verhältnisse bis zur völligen Abrüstung.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

5. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbst ordnen.

6. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitschule die gesamte Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend der individuellen Beanspruchung und Neigung auf das Leben und den späteren Lebensberuf vorbereitet. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung der Schüler und Schülerinnen in der öffentlichen Schule. Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten, der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.

7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes in Strafsachen. Rechtspredung in Strafsachen durch vom Volke gewählte Richter. Verurteilung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

#### B. Sozialpolitische Forderungen.

1. Wirtschaftliches Räteystem nach den Beschlüssen des Weimarer Parteitages.

2. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung.

4. Ausreichende Erwerbslosenversicherung.

5. Umfassender Jugendschutz. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 14 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

6. Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Kleinwohnungen unter regelnder Mitwirkung eines Reichswohnungsamtes.

#### C. Wirtschaftliche Forderungen.

1. Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel.) Dazu Schaffung sich selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Organisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung und Verbilligung der Produkte bei steigender Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen monopolistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht geeignet sind.

3. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen. Heranziehung der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinstiedlungswesens unter Abgabe der Siedlung an Erbpacht. Ueberführung der modernen, landwirtschaftlichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossenschaften.

**267. Hamburg:** Der Sozialdemokratische Verein stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission zur Erneuerung des Parteiprogramms beschließen und dieser Kommission die nachstehenden Wünsche zur Berücksichtigung überweisen:

1. An dem Massenamfstandpunkt, den die Arbeiterklasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen hat, ist grundsätzlich festzuhalten.

2. Ebenso an dem Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft, wie es im Erfurter Programm aufgestellt ist.

3. Mit größtem Nachdruck ist jedoch zu erklären, daß der Kampf der Arbeiter nicht nur ein politischer, sondern zugleich ein wirtschaftlicher und kultureller sein muß. Die Bedeutung der Gewerkschaften und Genossenschaften als Mittel zur Verhinderung einer schrankenlosen Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse muß ausdrücklich hervorgehoben und auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Hand- und Kopfarbeiter in einheitlich geleiteten wirtschaftlichen Organisationen hingewiesen werden. In gleicher Weise ist die Notwendigkeit der geistigen Hebung der Arbeiterklasse durch Bildungsanstalten zu betonen.

4. Unter den politischen Forderungen ist aufzunehmen die Ausgestaltung der deutschen Republik zu einem Einheitsstaat, der durch eine zweedmäßige Dezentralisation insbesondere auch den deutschen Handels- und Seestädten eine ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung angemessene Selbstverwaltung und Entwicklungsmöglichkeit einräumt.

Neben dem allgemeinen Programm, dessen Umfang tunlichst einzuschränken ist, sollen Aktionsprogramme für die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Grund- und Bodenfrage, des Gesundheitswesens sowie der Steuerpolitik und des Schulwesens usw. ausgearbeitet werden.

**268. Hamburg:** Künftige wichtige Veröffentlichungen zum Parteiprogramm sind vom Parteivorstand in Broschürenform und zu billiger Weise den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen, so daß weiteste Kreise der Partei sich eingehend mit der Programmfrage beschäftigen können.

**269. Lübeck:** Aufstellung spezieller Forderungen zur Durchführung der Sozialisierung des Bodens.

**270. Bremerhaven:** Es wird erwartet, daß der Parteitag neben einer Kommission für den Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine Anzahl von Kommissionen einsetzt, die Richtlinien aufstellen für die gegenwärtig

tige sozialdemokratische Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete.

**271. Braunschweig:** Es wird die Schaffung eines den veränderten Verhältnissen entsprechenden Agrarprogramms beantragt.

**272. Ohmstedt:** Der Parteitag wolle beschließen, dem grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms folgenden Zusatz zu geben:

Das Kapital hat die Gesellschaftswirtschaft von der Einzelwirtschaft zur Genossenschaftswirtschaft entwickelt, Technik und Wissenschaft in ihren Dienst gestellt und damit die Rationalität auf eine so hohe Stufe gebracht, daß die Gesellschaft in der Lage ist, so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung aller Existenzbedürfnisse ihrer Glieder erforderlich sind. Wenn trotzdem die große Masse des Volkes schweren Entbehrungen ausgesetzt ist, hat das seine Ursache darin, daß die Möglichkeit besteht, daß sich einzelne Menschen in großem Umfange Existenzmittel über ihren gegenwärtigen Bedarf aneignen. Existenzmittel, die ein Mensch über seinen gegenwärtigen Bedarf besitzt, sind Privateigentum. Die Möglichkeit, Existenzmittel in Privateigentum zu verwandeln und sie damit der Gesellschaft zu entziehen, ist unbegrenzt, dagegen sind die von der Gesellschaft erzeugten Werte begrenzt. Das Privateigentum hat heute einen großen Umfang angenommen und entzieht der Gesellschaft so viel Werte, daß ihr nicht so viel bleibt, um die dringendsten Bedürfnisse vieler Menschen zu befriedigen. Die Nichtbefriedigung notwendiger Existenzbedürfnisse bedeutet für den Menschen den Untergang. Somit erzeugt das Privateigentum die Unsicherheit der Existenz und damit das Streben nach Privateigentum. Privateigentum hat die Unsicherheit der Existenz, diese wieder das Privateigentum zur Folge. Dadurch, daß ein Mensch nach Privateigentum leiten läßt, gestaltet der Kapitalismus die Formen der Zwang die diese gleichfalls, nach Privateigentum zu streben. Einer zwingt alle, und alle zwingen den einzelnen. So entsteht eine übereinzelmenschliche Macht, der sich kein Mensch entziehen kann, der Kapitalismus. Dadurch, daß sich jeder Mensch in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich von dem Streben nach Privateigentum leiten läßt, gestaltet der Kapitalismus die Formen der Gesellschaftswirtschaft und bewirkt, daß diese für die Gesellschaft oft schädliche, widersinnige Formen annehmen, die die ganze Gesellschaft gefährden können. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Beseitigung des Kapitalismus, und an dessen Stelle den Sozialismus, das Streben des Menschen, in möglichst kurzer Zeit, mit einem möglichst geringen Aufwand von Arbeitskraft so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse erforderlich sind.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum, das heißt, auf der bestehenden Möglichkeit und Notwendigkeit für den Menschen, Existenzmittel über seinen gegenwärtigen Bedarf zu besitzen. Grundlage des Privateigentums ist die besitztragende Eigenschaft des Geldes, seine Ursache die Unsicherheit der Existenz des Menschen.

Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters durch den Staat.
2. Eine laufende Entwertung des Geldes.

Für die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters ist erforderlich:

1. Die Umwandlung des Geldlohns in einen konstanten Wertlohn durch Gesetz, das bestimmt, daß in allen größeren Orten Kommissionen gebildet werden, welche laufend die Lebensmittelpreise am Orte feststellen und an der Hand dieser Feststellungen in kurzen Zwischenräumen den Betrag errechnen, den ein Arbeiter haben muß, um seine Existenzbedürfnisse voll und ganz zu

befriedigen, und das jeden Arbeitgeber verpflichtet, den so festgestellten Betrag seinen Arbeitern als Mindestlohn zu zahlen.

2. Ein Volksfürsorgegesetz, das allen Kranken, Invaliden, Arbeitslosen, Witwen und Waisen eine ausreichende, dem Mindestlohn ihres Wohnortes prozentual angepaßte Unterstützung gewährt.

Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet eine dauernde Steigerung der Löhne und infolgedessen aller Preise, die gleichbedeutend ist mit einer laufenden Entwertung des Geldes.

**273. Kendsburg:** Da die so notwendige Enteignung des Großgrundbesitzes und Ueberführung desselben in Gemeineigentum bisher in keiner Weise in Angriff genommen ist, auch das Siedlungsgesetz (obwohl wir die Schwierigkeiten der Beschaffung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Maschinen usw. nicht verkennen) nicht in dem Maße zur Durchführung gelangt, wie es im Interesse unserer ländlichen Volksgenossen gefordert werden muß (hat doch zum Beispiel die Aufteilung von 400 Morgen Land des Gutes Altenhof bei Edernförde durch Begünstigung der Bauern dazu geführt, daß acht zumeist am Orte geborene Arbeiterfamilien Bornstein verlassen müssen, so daß statt einer Besiedlung eine Entsiedlung stattfindet, weil die Schleswig-Holsteinische Hypothek ansehnlich nicht unparteiisch handelt, indem sie Kaufangebote sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter ablehnte), beantragen wir, auf die Tagesordnung des deutschen Parteitages die Agrar- und Siedlungsfrage zu setzen und fordern vom Parteitag, daß er mit allem Nachdruck die sofortige Inangriffnahme der Enteignung des Großgrundbesitzes und eine großzügige Siedlung unter Ausschaltung privatkapitalistisch arbeitender Institutionen mit aller Macht durchzuführen versucht. Gerade das Verjagen dieser berechtigten Forderung verurteilt mit Recht den größten Nährboden für die Aufnahme der radikalen unabhängigen und kommunistischen Propaganda, dadurch aber eine wirkliche Sozialisierung auf dem Boden der Demokratie gefährdend.

**274. Soisbüttel:** Der Parteitag beschließt für die nächste Arbeit ein Aktionsprogramm, das sich ausdrückt für den rücksichtslosen Klassenkampf zur Erzwingung sofortiger Sozialisierung der großen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, für eine sozialistische Regierung und gegen jede Koalition mit dem Bürgerium, wenn nicht auch eine Beteiligung der übrigen sozialistischen Parteien erfolgt.

**275. Rüstingen-Wilhelmsbaben:** Die zur Revision des Erfurter Programms einzusetzende Kommission ist zu beauftragen, die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei in einer wissenschaftlichen Begründung unabhängig von dem besonders aufzustellenden Aktionsprogramm niederzulegen.

Begründung: Die Aktionsfähigkeit der Partei nach außen, bei Wahlkämpfen, Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen usw., könnte dadurch ganz wesentlich gewinnen, indem es nicht langwieriger Beratungen (Einberufung mehrerer Parteitage usw.) bedarf, eine Veränderung der aufgestellten Forderungen im Aktionsprogramm vorzunehmen. Auch können durch die Entwicklung überhöhte Forderungen leicht fallen gelassen, sowie neue Forderungen aufgestellt werden, was nicht möglich ist, wenn beide Teile organisch zu einem Ganzen verbunden sind.

Bei Wahlkämpfen wird unseren in der Agitation tätigen Genossen die Stagnation unseres Programms immer und immer wieder vorgehalten und können diese dann nicht mit für die Partei einheitlich aufgestellten, nur die Verhältnisse der gegebenen Zeitumstände berücksichtigenden Forderungen dieser Kampfesweise wirksam begegnen.

**276. Rüstingen-Wilhelmshaven:** Es ist eine Kommission einzusetzen, welche die Aufgabe hat, fortlaufend die allgemeinen Wirtschaftsfragen, vorwiegend Sozialisierungs-, Agrar-, Wohnungs- und Siedlungsfragen, eingehend zu prüfen, den Fraktionen der Parlamente zur Schaffung einschlägiger Gesesentwürfe Anregungen zu geben und dem nächstjährigen Parteitag Vorschläge bezüglich der Aufnahme entsprechender Leitsätze in das Parteiprogramm zu machen.

**277. Stuttgart:** 1. daß die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe vorgenommen, daß insbesondere die Bodenschätze, wie Kohle, Kali, der Großgrundbesitz sowie die Forsten in die Gemeinwirtschaft überführt werden;

2. daß eine planmäßige Organisation der übrigen Wirtschaft durchgeführt wird, wobei die Vorschläge des Genossen Wiffell als Grundlage dienen;

3. daß die Produktionskosten der Lebensmittel und der wichtigeren Bedarfsartikel fortlaufend einwandfrei amtlich festgestellt und öffentlich bekanntgegeben und daß Einrichtungen zur Ausschaltung des die Waren verteuernenden Zwischenhandels geschaffen werden; wo solche Einrichtungen bereits bestehen, sind sie vom Staat und den Gemeinden zu fördern;

4. daß endlich die im September 1919 durch Gesetz verkündete Kriegsgewinnsteuer erhoben wird, daß die Wucher- und Schiebergewinne erfasst und vom Staate restlos eingezogen werden;

5. daß die Einkommensteuer von den Unternehmern nicht von den früheren niederen, sondern ebenso wie bei den Arbeitern und Angestellten von den späteren höheren Einkommen erhoben wird;

6. daß der wirtschaftlichen Benachteiligung der linderreichen Familien durch schleunigen Ausbau der Wochenhilfe abgeholfen wird;

7. daß die Reform der Sozialversicherung sofort in Angriff genommen wird und daß alle Versicherungsarten (Krankheit, Unfall, Invalidität, Erwerbslosigkeit) zu einem einheitlichen Verwaltungskörper unter Beseitigung des jetzigen bürokratischen Systems zusammengefaßt werden;

8. daß die Durchführung des Jugendfürsorgegesetzes und die Berufung von Fürsorgern aus den Kreisen der organisierten Arbeiter nicht länger verzögert wird;

9. daß das Justizwesen, vornehmlich das Strafrecht, zeitgemäß reformiert wird.

**278. Provinzialkonferenz der S.P.D. in Ostpreußen:** Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der zweite Teil des Erfurter Programms durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung überholt ist,

daß aber die Zukunft der deutschen sozialdemokratischen Bewegung gerade von der Gestaltung der praktisch möglichen und erreichbaren Ziele abhängt,

daß deshalb auch das zukünftige Programm ein Aktionsprogramm sein muß, wenn es eine zielweisende Bedeutung haben sollte,

halten wir es für unbedingt wichtig, daß zwar einmal der staatspolitische Gedanke der Demokratie im zweiten Teil des Programms festgelegt wird, daß aber der volle Nachdruck auf die wirtschaftlichen Programmpunkte gelegt wird.

Wir verlangen ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm, das die klare Unterscheidung trifft: 1. welche Wirtschaftsgebiete unverzüglich sozialisiert werden müssen (Kohle, Eisen, Stahl, Kali, Stickstoff, Großmaschinenbau, Großgrundbesitz), 2. welche Wirtschaftsgebiete nach den Vorschlägen des Genossen Wiffell paritätisch und gemeinwirtschaftlich zu organisieren sind, 3. welche Wirtschaft

Wirtschaftsgebiete der sogenannten freien kapitalistischen Wirtschaft noch nicht zu entziehen sind.

**279. Hoisbüttel:** Die Partei hat, auch mit den stärksten ihr zu Gebote stehenden Mitteln, eine schnelle Durchführung der Sozialisierung der Landwirtschaft herbeizuführen. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das deutsche Volk nicht eher wieder zur Ruhe und zum Wohlstand gelangen kann, bevor es nicht gelungen ist, die Erträge der deutschen Landwirtschaft auf die denkbar größte Höhe zu bringen. Die Steigerung der Erträge auf das notwendige Maß kann nur geschehen durch die vollkommene Sozialisierung der Landwirtschaft, durch die an Stelle der heutigen zerfahrenen Erzeugung eine rationelle, auf den Großbetrieb und großzügiger wissenschaftlicher Erfahrung aufgebaute Produktion tritt.

Der Parteitag verwirft deshalb die Bestrebungen der Siedlungspolitik, durch die die landwirtschaftliche Erzeugung in zahllose Zwergbetriebe zerlegt wird. Er ist der Auffassung, daß nie und nimmer solche Zwergbetriebe imstande sind, die Produktion zu heben, die Ernährung des deutschen Volkes und die Existenz der Kleinfelder zu sichern. Das kann nur der vollkommen mit den besten Maschinen ausgestattete sozialisierte Großbetrieb.

Darum fordert der Parteitag die Schaffung eines vollständigen sozialistischen Agrarprogramms, das zur endgültigen Beschlußfassung dem nächsten Parteitag vorzulegen ist.

Als Grundforderungen der Gegenwart stellt er heute schon auf: sofortige Einführung weitgehender gesellschaftlicher Bewirtschaftung der großen Ländereien, die dem Reich und den Ländern gehören, wie Truppenübungsplätze, Domänen und Staatsgüter. Das Recht, Grundstücke als Eigentum zu erwerben, besitz nur das Reich, Staat und Kommunalverbände, um dem Verkauf der heutigen ländlichen Besitztümer durch das Großkapital vorzubeugen. Schnelle Einführung eines Erbrechts zugunsten des Reiches, das den beweglichen und unbeweglichen Besitz, soweit er der Warenerzeugung dient, in absehbarer Zeit Gemeineigentum werden läßt.

Forderung eines Gesetzes zur sofortigen Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Vernachlässigung und Raubbau die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes in Frage stellen.

Zusammenschluß der ländlichen Gemeinden zu Wirtschaftsgenossenschaften durch Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, das An- und Verkauf aller Bedarfsgegenstände regelt.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen allerorts, die Aufklärungsarbeit dieser Ideen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und ruft das deutsche Volk auf, sozialistische Vertreter in die Parlamente zu entsenden, um die Macht zu schaffen, die notwendig ist, recht bald die Enteignung des großen Grund und Bodens und Umwandlung desselben in Gemeineigentum zu erreichen, um dadurch Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und vom nagenden Hunger zu befreien.

**280. Hoisbüttel:** Die Genossen in den Landesversammlungen erucht der Parteitag, darauf zu dringen, daß so bald wie möglich die Gutsbezirke in Gemeindebezirke umgewandelt werden, damit den Genossen endlich Gelegenheit gegeben wird, in der Vertretung mitzuberaten.

**281. Stade:** Der Parteitag möge Stellung nehmen zum Reichsbedlungs-gesetz in Verbindung mit den Grundprinzipien unserer Partei.

**282. München:** Die Stellungnahme der Partei zur Sozialisierungsfrage soll auf dem Parteitag klar und unzweideutig festgelegt werden.

**283. Augsburg:** Dem einschlägigen Satz des Parteiprogramms möge folgende Fassung gegeben werden: Religion ist Privatsache, nicht Parteisache. Die religiöse Ueberzeugung des einzelnen genießt innerhalb der Partei volle Freiheit und Achtung.

**284. Frankenstein-Reichenbach:** Im neuen Parteiprogramm ist Stellung zur Siedlungsfrage zu nehmen.

Die Unterbezirkskonferenz wünscht, daß die Partei die Siedlungsbestrebungen nach besten Kräften fördert.

**285. Bezirksverband Franken:** Der Parteitag soll sich mit der Agrarfrage befassen und eine Kommission einsetzen, die ein Agrarprogramm ausarbeitet.

**286. Reutlingen:** Wir ersuchen den Parteivorstand, der Ausarbeitung eines Kleinbauern- und Kleinhandwerkerprogramms nähere treten zu wollen.

**287. Ludenwalde:** Die Betätigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Gesetzgebung und Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde richtet sich nach den wirtschaftlichen, politischen und tatsächlichen Grundfragen, wie sie nach dem Zusammenbruch des Rapp-Abenteuers zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften beschloffen und verkündet wurden, insbesondere sind — unter Wahrung aller außerpolitischen Verträge und unter sorgfältigster Schonung des Wirtschaftslebens —

1. alle Vorteile privatkapitalistischen Eigennutzes auszumergen und durch eine gemeinwirtschaftliche Ausnutzung sachlicher und persönlicher Produktionskräfte zu ersetzen;
2. die Umwandlung des Heeres in eine Truppe republikanischen Geistes zu erstreben;
3. die Schule in eine allgemeine, jedem frei zugängliche und unentgeltliche Anstalt zur Bildung des Körpers und Geistes, frei von Einflüssen der Kirche, der Politik und der Standesvorurteile, umzuwandeln;
4. produktive Erwerbslosenfürsorge durch land-, forst- und verkehrswirtschaftliche Unternehmungen treiben und zu diesem Zwecke die notwendigen Enteignungsgesetze zu schaffen;
5. die Wohnungsfürsorge durch Uebernahme der Baummittel und der Behinderung der Bodenspekulation zu ermöglichen und zu verstärken;
6. außerpolitisch die Grundzüge des Völkerbundes auf Frieden und Freundschaft mit allen Nationen hochzuhalten unter Wahrung der Interessen unseres Volkes. Jede Abstimungspopaganda in Gemeinschaft mit rechtsstehenden Parteien, die ja nur jede Gelegenheit benützen, um den Revanchegedanken zu schüren, ist abzulehnen;
7. eine schnelle Aenderung der Rechtspflege in sozialistischem Sinne ist anzustreben;
8. die Verstaatlichung des Heilverfahrens ist zu beschleunigen;
9. die Ernährung nach einem planmäßigen Wirtschaftsprogramm der Bodenkultur sicherzustellen.

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, jede Regierung zu unterstützen und an ihr sich zu beteiligen unter Wahrung der sozialdemokratischen Grundzüge, die diese Forderungen sich zu eigen macht, dagegen jede Regierung aufs schärfste zu bekämpfen, die diese Forderungen ablehnt.

In Würdigung dieses Grundsatzes fordern die Versammelten die sozialdemokratische Fraktion auf, bei nächster Gelegenheit zwecks Neuwahlen zum Reichstag der jetzigen Regierung ihr schärfstes Mißtrauen auszudrücken.

**288. Wiesbaden:** Der Parteitag soll eine Kommission bestimmen, die einen Gesekentwurf vorbereitet, der den ersten Teil unseres Parteiprogramms: Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz, zur Grundlage hat.

**289. Köln:** Waldmöglichst ist ein Agrarprogramm herauszugeben.

**290. Frankfurt a. M.:** Eine Kommission ist einzusetzen, die die Aufstellung eines einheitlichen Kommunalprogramms vorbereitet.

**291. Frankfurt a. M.:** Dem Parteitag wird vorgeschlagen, von der Revision des Parteiprogramms zurzeit abzusehen, dafür aber ein für die dringenden Aufgaben geeignetes „Aktionsprogramm“ vorzubereiten, das u. a. insbesondere regelt:

- a) die Demokratisierung der Behörden,
- b) die Beseitigung der Klassenjustiz,
- c) die Verbesserung des Betriebsratengesetzes,
- d) die sofort in Angriff zu nehmenden Maßnahmen der Planwirtschaft und Sozialisierung.

**292. Wiesbaden:** Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß alle Erwerbslosen produktiv beschäftigt werden. Ihre Arbeitskraft muß vorzugsweise in den Dienst der Hebung unserer Ernährungswirtschaft gestellt werden. Eine intensivere Bearbeitung des Ackerbodens muß die landwirtschaftlichen Produkte vermehren. Wo die Landwirte es nicht verstehen, Mehrarbeiter vorzuziehen und nützlich zu verwenden, müssen die Kommunen selbständig handeln. Alles brachliegende Gelände muß Kulturland werden, wenn nötig müssen im Enteignungsverfahren größere Komplexe Ackerboden erworben werden, welche zu Gartenland umzuarbeiten sind. Zugleich damit verbunden ist eine rationelle Kleintierzucht zu pflegen. In diesem Sinne muß auch den in der Industrie nicht immer voll Beschäftigten, wie überhaupt allen Arbeitswilligen jederzeit Arbeitsgelegenheit geboten sein. Solche Arbeiten haben als produktive Notstandsarbeiten zu gelten und erhalten vom Reich entsprechende nötige Zuschüsse.

**293. Breslau.** In Anbetracht, daß unsere Partei seit Jahrzehnten „freie medizinische Hilfe“ für alle Volksgenossen als einen ihrer Programmpunkte erklärt hat, beschließt die heute in Breslau tagende Frauenkonferenz: Parteitag und sozialdemokratische Landtagsfraktion wollen mit allen Kräften darauf dringen, daß die Landesregierung Gesekentwürfe beschleunigt, die mindestens und vorerst vollständige unentgeltliche Entbindungshilfe gewähren und im notwendigen Anschluß daran das Hebammenwesen verstaatlichen.

**294. Groß-Stettin, Pommern.** Die Organisation der Kleinbauern ist die zwingende Notwendigkeit. Aus diesen Gründen und aus der Tatsache heraus, daß in einzelnen Bezirken bereits Bauernbünde bestehen, ist eine Kommission von sieben Personen zu wählen, zu der Sachverständige aus der Kleinbauernschaft hinzugezogen werden, die gemeinsam die Frage der Organisation der Kleinbauern beraten und eine einheitliche und zweckmäßige Form der Organisation für Kleinbauern finden sollen.

**295. Stade.** Durch die parlamentarische Tätigkeit unserer Genossen im Parteivorstande hat die Arbeit dieser Genossen im Vorstande leiden müssen, so daß der Vorstand unserer Partei auf viele für uns lebenswichtige Fragen nicht genügend Sorgfalt hat legen können.

Es wird daher beantragt, daß die Zusammensetzung des Parteivorstandes dahingehend eine Aenderung erfährt, daß im Vorstande nur 2 Genossen, die als Parlamentarier tätig sind, anwesend sein dürfen, während alle anderen Mitglieder des Vorstandes frei von derartigen Arbeiten sein müssen.

## Sonstige Anträge.

**296. Mellendorf:** Wir erheben schärfsten Protest gegen Umtriebe der reaktionären Offiziere der Reichswehr bzw. der Sicherheitswehr. Gleichzeitig fordern wir die Beseitigung des Reichswehrministers Dr. Gehler sowie des Verkehrsministers Gröner wegen ihres brutalen Vorgehens.

**297. Andernach:** In Anbetracht der außerordentlichen guten Wirkungen, die der auf dem Parteitag der S. P. D. in Leipzig im Jahre 1909 beschlossene Schnapsbottott ausgelöst hatte, stellt hiermit die Ortsgruppe Andernach den Antrag, den Schnapsbottott erneut auszusprechen mit dem Zusatz: „Alle Parteigenossen verpflichten sich, von heute ab keinen Braantwein oder sonstige hochprozentige Getränke als Genussmittel zu trinken und mit allen zu Gebote stehenden Kräften den Kampf gegen diesen gefährlichsten der Volksfeinde zu führen.“

**298. Hildesheim:** Der Unterbezirksrat beauftragt den Parteitag, zur Entschädigungsfrage derjenigen Mandatsinhaber in den parlamentarischen Körperschaften Stellung zu nehmen, welche völligen Arbeitslohnausfall durch ihre Tätigkeit haben, und für diese die Entschädigung derart zu erhöhen, daß die in kapitalistischem Arbeitsverhältnis stehenden Genossen die Gelegenheit haben, derartige öffentliche Mandate zu bekleiden.

**299. Wehrstedt:** Den einzelnen Wahlvereinen sind mehr Rechte einzuräumen bei Aufstellung der Kandidaten zu den Parlamenten und Parteiamttern, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, zu der Aufstellung ihrer Kandidaten Stellung zu nehmen. Wir wollen die wahre Demokratie!

**300. Wehrstedt:** Diejenigen Parteigenossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, wie Bürgermeister, Landräte, Stadträte usw., dürfen vorläufig nicht aufgestellt werden, da dieselben in den eigenen Ämtern unentbehrlich sind. Die Genossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, haben schon jetzt auf ihr Reichs- oder Landtagsmandat zu verzichten.

**301. Altona:** Der nächste Parteitag findet in Altona statt.

**302. Hamburg:** Entschliebung zur politischen Lage: Die Entwicklung der innerpolitischen Lage sowohl wie die Ereignisse in der auswärtigen Politik zwingen zur ernsthaften Prüfung der Frage, ob die Sozialdemokratische Partei weiterhin mit beschränktem Armen dem Verlauf der Dinge zusehen soll. Die Regierungsbildung seitens der bürgerlichen Parteien hat bewiesen, daß ihre Forderung nach Sachministern nur Wahlpropaganda darstellte und das Ergebnis der Verhandlungen in Spei zeigte selbst den Einheitslosigkeiten, daß auch die bürgerliche Regierung den Ententestaaten gegenüber ebenso nachgeben mußte wie die frühere sogenannte sozialistische. In der inneren Politik, in der Ernährungswirtschaft usw. sind Zustände eingerissen, die für die Zukunft das allerschlimmste für die minderbemittelte Bevölkerung befürchten lassen. Bei dieser Sachlage hält der Parteitag ein baldiges energisches Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion für unbedingt erforderlich, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege über baldige Neuwahlen zum Reichstag, von denen erwartet wird, daß aus ihnen eine arbeitsfähige sozialistische Regierung hervorgehen wird.

**303. Mannheim:** Den Beschluß des Parteitages in Leipzig von 1909 betreffend „Braantweinbottott“ zu erneuern.

**304. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, mit aller Schärfe den Kampf gegen den Alkoholgenuß im Sinne der Essener Beschlüsse weiterzuführen.

**305. Frankfurt a. M.:** Resolution. Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ist mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung einverstanden. Er begrüßt ihre ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber, die nach dem Ausgang der Reichstagswahl das Gegebene war.

**306. Eslingen:** Resolution. Die heute im Saale zur Friedrichsau tagende Parteiverammlung erwartet von dem Parteitag, daß er solange der Eintritt in die Regierung ablehnt, bis die Voraussetzungen für ein ersprießliches Arbeiten unserer Parteigenossen in der Regierung gegeben sind, so vor allem in der Frage der Sozialisierung des Bergbaues.

## Nachträglich eingegangene Anträge.

### I. Tagesordnung des Parteitages.

**307. Meßungen:** Die Agrarfrage an erster Stelle zu behandeln.

### II. Bericht des Parteivorstandes.

**308. Hanau:** Der Parteitag wird ersucht, für die schleunige Herausgabe von Richtlinien praktischer Art für die Vertreter der S. P. D. in kommunalen Körperschaften einzutreten. Dadurch soll unseren Kommunalvertretern ihre Arbeit in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erleichtert und dieselbe möglichst einheitlich in die Richtung unserer sozialistischen Ziele eingelenkt werden.

**308a. Schwarzenberg:** Es ist das Empfinden weiter Kreise der Parteigenossen, daß die Arbeit des Parteivorstandes in den letzten Jahren es an der nötigen Kraft hat setzen lassen. Es ging dem Parteivorstand jede Initiative ab, er ließ sich treiben. Der Parteitag wird aufgefordert, hierin Wandel zu schaffen.

Die Generalversammlung wünscht dringend, daß die Parteinstanzen zu der jetzigen Regierungspolitik eine entschiedene Stellung einnehmen. Eine Mitarbeit mit der kappistenschützenden und reaktionärfreundlichen bürgerlichen Reichsregierung ist ausgeschlossen. Die Wege, die die jetzige Reichsregierung eingeschlagen hat, bedrohen die Sicherheit der Republik. Eine geschlossene Kampffront des Proletariats ist der heiße Wunsch aller Proletarier. Es sind deshalb alle darauffingielenden Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, soweit es ohne Aufgabe der Grundzüge unserer Partei möglich ist.

### IV. Bericht der Reichstagsfraktion.

**309. Hanau:** Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß das Gesetz über den Volksentscheid und das Volksbegehren (Art. 73 der Verfassung) sofort geschaffen wird.

**310. Hanau:** Die Fraktion soll dafür eintreten, daß das Betriebsrätegesetz verbessert und durch die Gesetze über Bezirks- und Reichsarbeiterrat erweitert wird.

**311. Hamburg-Nordwest:** Der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß den Beamten dieselben Rechte zwecks Beamtenräte zuzugesehen sind, wie dies bei Einrichtung der Betriebsräte geschehen ist.

**312. Hamburg-Nordwest:** Der Parteitag wolle beschließen, das gesamte Eisenbahnwesen auf das Reich zu übernehmen sowie die Lokomotiv- und Wagenfabriken, die Glasbläseereien usw. zu verstaatlichen.

**313. Hanau:** Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, sofort, wenn nötig durch Volksbegehren, für ein Gesetz einzutreten gegen die gefährlichen Aus-

wüchse des Großkapitalismus (Vertrufung der Kohlen-, Eisen- und Papierindustrie, der Presse, Verteuerung der Lebensmittel u. a.). Bezüglich der Bodenschätze, Kohle, Erz, Kali, ist auf sofortige Sozialisierung zu drängen, eventuell ist zum Zustandekommen dieser Sozialisierung das Volksbegehren zu Hilfe zu nehmen.

**314. Hamburg-Nordwest:** Die am 19. September tagende Unterbezirkskonferenz Unterweser des Bezirks Hamburg-Nordwest erklart in der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln und Fleisch eine schwere Gefahr für die allgemeine Volksernährung, die freie Kartoffelbewirtschaftung hat bereits heute zu außerordentlich hohen Preisen geführt und diese werden bis zum Frühjahr noch weit mehr anziehen, wodurch in erster Linie die arbeitende Klasse zu leiden hat, da dieser die Mittel fehlen, sich für ein ganzes Jahr einzudecken. Besonders schwer leiden die Arbeitslosen unter dieser Preisgestaltung. Auch die Viehpreise ziehen bereits bedeutend an, so daß innerhalb kurzer Zeit mit für die Arbeiterklasse unerschwinglichen Fleischpreisen zu rechnen ist. Die Versammlung erklart in der zügellofen freien Wirtschaft den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und der Volksernährung. Sie ersuchen deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln und Kräften für eine planmäßige Gestaltung der Erfassung und Verteilung der für die Volksernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel einzutreten.

**315. Hanau:** Der Eintritt unserer Partei in die Regierung ist ausgeschlossen, solange keine Sicherheit für die Durchführung der sozialistischen Regelung unseres Wirtschaftslebens gegeben ist.

**316. Hamburg-Nordwest:** Die Konferenz des Unterbezirks Unterweser verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einfluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

**317. Biersen:** Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den eine Wohnungsluzussteuer für das Reich eingeführt wird. Einen Anteil der Wohnungsluzussteuer erhalten die Gemeinden. Abgesehen davon, daß durch diese Steuer eine erhebliche Einnahmequelle geschaffen wird, soll der Ertrag aus der Wohnungsluzussteuer zur Hebung der Bautätigkeit und damit zur Behebung der Wohnungsnot dienen.

Eine etwa geplante Mietsteuer wird als nicht im Interesse der minderbemittelten Volksklassen liegend und als unfosiale Maßnahme abgelehnt.

#### VII. Die Wohnungsfrage.

**318. Hamburg-Nordwest:** Enteignung des unbebauten Terrains für den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde.

Errichtung von Zwangsgenossenschaften mit Hinzuziehung der Mieter und der Gemeindevertretung, um den Bau, die Uebernahme und die Verwaltung von Wohnhäusern zu betreiben.

Regelung des Wohn- und Siedlungswesens durch das Reich.

Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungselends durch die Forderung einer planmäßigen und tatkräftigen Siedlungspolitik mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Siedlungswesens.

Vergesellschaftung des Wohnungswesens durch Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen und aller für den Wohnungsbau erforderlichen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von Heimstätten und Heimstättenverbänden.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrie.

#### VIII. Das Parteiprogramm.

##### Sozialdemokratische Richtlinien der Agrarpolitik.

**319.** Um der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine ausreichende und gesicherte Existenz zu schaffen und um die ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen, muß die Land- und Forstwirtschaft durch die Einsicht, dem guten Willen und durch die Tätigkeit der in der Land- und Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung selbst gefördert werden. Diese muß dauernd unterstützt werden durch die Regierungen und vor allem durch die organisierte Arbeiterklasse.

Der Parteitag begrüßt das große Interesse, das die Genossen und Genossinnen den agrarischen Problemen entgegenbringen. Der Parteitag stellt für die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit im Interesse der ländlichen Bevölkerung das Folgende fest:

1. Die zur Gemeinwirtschaft reifen Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu fördern.

2. Die Vorteile des Klein-, Mittel- und Großbetriebes in der Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung zu beurteilen. Eine Uebereinstimmung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe ist jetzt nicht möglich.

3. Von Reich, Staat und Gemeinde hat alles zu geschehen, was die Produktivität und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft steigern kann.

4. Nichtbeachtung sowie unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens hat die Enteignung nach sich zu ziehen.

5. Jede Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu unterbinden.

6. Der Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu sozialisieren.

7. Die Siedlungspolitik ist zu fördern und unter besonderer Berücksichtigung der Kultivierung der Ob- und Heideländerereien, deren rationelle Bewirtschaftung unter Zuhilfenahme der technischen Erzeugnisse nach den Leitfäden dieses Aktionsprogramms zu sichern ist. Die von Kriegs- und Revolutionsgewinnlern erworbenen Länderereien sind zu Siedlungszwecken zu enteignen.

8. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert vor allem den Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildungs- und Fachschulen.

9. Die Verkehrsverhältnisse sind durch Ausbau der Kleinbahnen, Land- und Wasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft gründlich zu verbessern.

10. Licht-, Kraft- und Wasserversorgung ist der ländlichen Bevölkerung zu sichern.

11. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel und der Kohlen, ist zu sozialisieren.

12. Alle Maßnahmen, wie Bodenverbesserung, Umlagerung der Grundstücke (Flurbereinigung), Saatgut, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw., sind kräftig zu unterstützen. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Anstellung von praktisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren und durch Einrichtung von Landeskulturstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter paritätischer Hinzuziehung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.

13. Die Ausschaltung des Zwischenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten ist zu beschleunigen.

14. Die Kredit-, betriebs- und absatzgenossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbetriebe ist nach jeder Richtung kräftig zu fördern.

15. Die enge Zusammenarbeit der Großverkaufsgesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auf das Lebhafteste zu begrüßen.

16. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Unfallgefahr zu schützen. Ihnen ist eine geordnete Wohnung und bezieldigende Lebenshaltung zu sichern. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzulegen. Alle Zweige der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen.

17. Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens.

18. Schaffung einer erschöpfenden, zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik.

19. Die Aufklärung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung hat unter Festhaltung unserer Parteigrundzüge zu geschehen.

20. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms können für Gebiete mit besonders eigenartig vorherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Land- und Forstwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie sind vor ihrer Veröffentlichung dem Parteivorstand zur Bestätigung vorzulegen.

**320. Hamburg-Nordwest:** Die Konferenz beantragt, daß neben der Revision des Parteiprogramms auch eine Revision des Kommunalprogramms vorgenommen wird und daß alsbald eine Gemeindevertreterkonferenz einberufen wird, die Richtlinien für die Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete aufstellt.

#### IX. Sonstige Anträge.

**321. Parteivorstand und Bildungsausschuß:** Der Parteitag begrüßt mit lebhafter Freude die geistige Regsamkeit der Jungsozialisten und ihr Streben nach Erringung innerer Selbstständigkeit.

Der Parteitag verpflichtet daher die Parteioorganisationen, die Bestrebungen der Jungsozialisten tatkräftig zu unterstützen. Insbesondere sind dort, wo sich genügend jüngere Parteimitglieder finden, im Rahmen der Parteioorganisation, deren Weisheiten sie unterstehen, jungsozialistische Gruppen zu errichten. Sie haben vornehmlich folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Den jungen Genossen und Genossinnen durch geeignete Veranstaltungen (Kurse, Vorträge, Diskutierabende) Gelegenheit zu geben, sich zu Sozialisten zu erziehen und sich durch Arbeit im eigenen Kreise (erzieherische Arbeitsgemeinschaften) Gelegenheit zur Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung sowie zur inneren Einstellung auf die hohen Aufgaben, die der Sozialismus ihnen stellt, zu geben.

2. Sich politisch zu schulen.

3. Sich für eine rege aktive Anteilnahme am Parteileben zu interessieren.

Der Mittelpunkt zur Förderung der jungsozialistischen Bestrebungen ist als Organ des Parteivorstandes der Zentralbildungsausschuß; in den Orten und Bezirken kommen dafür die Bildungsausschüsse unter Beteiligung der örtlichen Parteinstanzen in Betracht. Die Leitung und Verwaltung der Gruppen liegt selbstständig in den Händen der jungen Genossen mit der Maßgabe, daß hierzu ein Vertreter der Parteioorganisation und des Bildungsausschusses hinzugezogen wird. Die Bildungsausschüsse müssen besonders bei der

Auswahl der Wissensgebiete und bei der Vermittlung von Referenten maßgebend mitwirken.

Das Organ für die Jungsozialisten ist die „Arbeiter-Wilbung“, für die den jungsozialistischen Gruppen eine rege Mitarbeit und Agitation zur Pflicht gemacht wird.

**322. Parteivorstand:** Der § 4 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: „Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk., das voll den Bezirken verbleibt. Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 Pf. und für weibliche 30 Pf. u. ff.“

Der vierte Satz des § 4 ist wie folgt zu fassen: „In rein ländlichen Gebieten kann auf Antrag und mit Zustimmung des Parteivorstandes der Mindestbeitrag ermäßigt werden.“

**323. Kreis der Witze (Waldeck):** Die heute, den 26. September 1920, in Hefsen tagende Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei im Kreise der Witze (Waldeck) beantragt: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, die Initiative für Waldeck in der Anschlussfrage Waldeck an Preußen zu ergreifen und im Reichstag den Anschluß Waldeck an Preußen schleunigst zu fordern und einzuleiten.“

**324. Parteivorstand und Ausschuß:** Resolution betreffend Regierungsbildung. Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Koalition eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährte, da eine nach rechts hin erweiterte Koalition mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht vereinbar war, da die U. S. P. D. sich weigerte, in eine zur Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolutionszeit zu bildende Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig geworden.

Der Parteitag billigt daher die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich.

Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.

**325. Parteivorstand und Ausschuß:** Resolution über die Einheitsrepublik. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegesfolgen aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen.

Der Parteitag bekennt sich daher zur Forderung der einen und unteilbaren deutschen Republik.

Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren.

Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches.

Der Parteitag beurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fernerhin bereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Abplitterungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.

**326. Rutil-Hamburg:** Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion und die gesetzgebenden Körperschaften wirken, daß bei Lohnbeschlag-

nahme die Kahlpfändung, die jetzt für Steuer und Alimentation (Unterhaltungspflicht) zulässig ist, wegfällt, ebenso daß bei erkennbarer Schuld der Frau während der Ehezeit die Unterhaltungspflicht unterbleibt.

**327. Geesthacht:** Die großen Werke unserer Vorkämpfer Marx, Engels, Webel usw., die für den Sozialismus grundlegend sind, sind heute mehr eine Notwendigkeit denn je. Diese sich zu verschaffen, ist denen, denen diese Schriften zugebacht sind, heute eine Unmöglichkeit. Der Parteivorstand wird deshalb ersucht, von diesen Schriften eine Festaussgabe herauszugeben, die es jedem Genossen ermöglicht, sich in den Besitz derselben zu setzen.

**327a. Henni Lehmann:** Zusatz zu Antrag 220. Ausdehnung der Bestimmungen des § 174 Str.-Ges.-B. über Verletzung eines Abhängigkeitsverhältnisses zu unsittlichen Zwecken auf Arbeitgeber und deren Angestellte, die das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeitnehmerin zur Vornahme unzulässiger Handlungen mißbrauchen.

**328. Schnabrich:** Der Parteitag beauftragt seine Leitung, an die Landwirtschaft einen Aufruf zu erlassen, alles einzusehen, um die Volksernährung zu sichern.

**329. Heilmann:** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, den von der Preussischen Landesversammlung im Dezember 1919 als Antrag an die Reichsregierung beschlossenen Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke, der seither vom Reichsministerium des Innern verschleppt wird, sofort als Gesetzentwurf im Reichstage einzubringen.

**330. Heilmann:** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, mit aller Eile die Verabschiedung des Gesetzes über die Volksabstimmung zu beschleunigen.

**331. Heilmann:** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes wegen seiner leichtfertigen Ernährungspolitik — unbeschadet der sonstigen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zum Kabinett Fehrenbach — das Mißtrauen auszusprechen.

**332. Eggenstedt:** Der nächste Parteitag findet in Kiel statt.

**333. Lauschner:** Der Parteitag erhebt entschieden Einspruch gegen die Bestimmung des Gesetzentwurfs über die Aufbringung der persönlichen Volksschullasten (Landesschulklasse), die besagt, daß von dem Staate nur für so viel Schullasten die Staatsbeiträge gezahlt werden, die für je 60 Schulfinder erforderlich sind. Der Parteitag erblickt darin die Wiederkehr der reaktionären Bestrebungen des alten Obrigkeitssystems, die Bildung der großen Volksmassen auf möglichst niedriger Stufe zu halten. Er fordert einmütig vom preussischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung den aufgestellten Grundsatze, die durchschnittliche Besetzung der Volksschulklassen auf vierzig Schüler zu bemessen, durchzuführen.

**334. Lauschner:** Der Parteivorstand hat seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Staatsregierung für die nunmehrige und ungeäumte Durchführung des Reichs-Siedlungsgesetzes im Oberschlesien mit besonderem Nachdruck Sorge trägt, um der katastrophalen Wohnungsnot wirksam abzuhelfen.

**335. Lauschner:** Der Parteivorstand ist aufzufordern, geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden baldmöglichst durchgeführt wird.

**336. Lauschner:** Das Eintrittsgeld beträgt 1 M. Der wöchentliche Mindestbeitrag in industriellen Kreisen für männliche Mitglieder 40 Pf., für

weibliche 30 Pf.; für ländliche Kreise für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 20 Pf.

**337. Lauschner:** Der Parteivorstand ist aufzufordern, auf den Herrn Reichsarbeitsminister einzuwirken, zur schärferen Erfassung der leerstehenden und großen Wohnungen, Schlösser (s. Wilhelmshöhe), die mit der Durchführung der Wohnungsverbordnungen betrauten Behörden mit diktatorischen Vollmachten auszustatten.

**338. Gastein:** Zusatzantrag zu Antrag 324. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.

**339. Dietrich:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei der Preussischen Landesversammlung die zeitgemäße Revision der ländlichen Grundsteuer (Gesetz vom 21. Mai 1867) und der allgemeinen Gebäudesteuer zu erwirken.

**340. Reiche:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, die Regierung aufzufordern, sofort ernute Schritte bei der russischen Regierung wegen der Rückbeförderung der noch in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu unternehmen, denn diese Deutschen sehen dem kommenden Winter in Ausland infolge der Ernährungschwierigkeiten mit Schrecken entgegen. Ferner soll die deutsche Regierung veranlaßt werden, die russischen Kriegsgefangenen schleunigst in ihre Heimat zurückzubefördern.

**341. Auer:** Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die Kulturwelt aufmerksam zu machen auf das Verlangen der Entente, die Dieselmotoren in Deutschland zu vernichten.

Diese Motore dienen nicht der Herstellung von Kriegsmaterial, sie sind vielmehr ein hervorragendes Mittel, durch Anwendung einer der genialsten, Hoffnungen erprobenden Erfindungen den Wiederaufbau zu fördern, und so nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Kulturwelt unschätzbare Dienste zu leisten.

Der deutschen, ohnedies so schwer leidenden Arbeiterschaft würde die Zerstörung der Motore einen schweren Schlag versetzen und den gesunden, friedlichen Wettbewerb der Völker hemmen.

Der Parteitag ruft die Arbeiterschaft aller Länder, die Techniker und Erfinder, alle Freunde des technischen und kulturellen Fortschritts auf, dem kulturschädlichen Vorhaben der Ententemächte mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

**342. Bießer:** Resolution. Das Reichsgericht scheint dem Amnestiegesetz eine Auslegung geben zu wollen, nach welcher als „Arheber und Führer“ des Rappunternehmens nur diejenigen von der Straffreiheit ausgeschlossen wären, die man nicht hat: Die Rapp und Lüttwig. Diese Auslegung steht mit den Aufstellungen in scharfem Widerspruch, die in allen Verhandlungen zu unzweideutigem Ausdruck kamen und die im Plenum des Reichstags ein Vertreter der Regierungsparteien, der Abgeordnete und Reichsgerichtsrat Vurlage, unmißverständlich formuliert hat. Während in Bayern und anderswo noch zahlreiche Revolutionäre im Gefängnis sitzen, werden führende Rappverbrecher auf freien Fuß und in die Lage versetzt, das Werk der Gegenrevolution weiterzutreiben. Wir warnen davor, gerade in diesen schweren Monaten das Geschlechtsgefühl des arbeitenden Volkes einer gefährlichen Belastungsprobe auszusetzen. Wir verlangen, daß auch die Justiz endlich den Geist unseres neuemordenen Gemeinwesens in sich aufnehme.

**343. Frauenkonferenz:** Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen.



Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben werden von allen erhobenen Beiträgen 5 Proz. mehr als bisher an den Parteivorstand abgeführt.

**344. Frauenkonferenz:** Der Parteitag wolle beschließen, je nachdem es zweckmäßig für die Bezirke erscheint, von den Frauen den gleichen Beitrag wie für die Männer zu erheben, ihnen aber dafür die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern, oder aber die „Gleichheit“ den Tageszeitungen als Wochenbeilage beizuliegen.

**345. Frauenkonferenz:** Der Parteitag richtet an die Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen, mit aller Energie dahin zu streben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch von dem Eherecht und von den Rechten der unehelichen Kinder.

**346. Frauenkonferenz:** Ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das der gegenwärtigen Zersplitterung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein Ende macht und eine planmäßige, umfassende, den Bedürfnissen des gesamten Volkstörpers entsprechende Regelung der Wohlfahrtspflege bringt, ist schleunigst in die Wege zu leiten. Insbesondere ist eine grundlegende, gesetzliche Reform der Armenpflege, der Jugendwohlfahrt, zu der auch das Jugendbesserungsrecht im Sinne eines Jugendzuchtungsrechts an Stelle des Jugendstrafrechts gehört, sowie des Kinderschutzes vorzunehmen.

**347. Frauenkonferenz:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilisationskommission aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht wieder erlassen werden.

**348. Frauenkonferenz:** Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung der Frau auch im beruflichen Wahlrecht — zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und zu den einzelnen Instanzen der Angestelltenversicherung — energig zu vertreten. Es ist darauf hinzuwirken, daß sofort eine Ergänzung des Regierungserlasses zu den Kaufmannsgerichtswahlen dahin erfolgt, daß überall da, wo die Wahlen noch nicht stattgefunden haben, auch Frauen als Beisitzer gewählt werden können.

**349. Frauenkonferenz:** Vorschlag zum Ausbau der Sozialgesetzgebung: Auch Witwen, die ihren Mann infolge von Krankheit verloren haben, erhalten eine Unterstützung.

**350. Frauenkonferenz:** I. Das ganze Gebiet der Jugendlichen-Kriminalität muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

II. Das jugendliche Verbrechen ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursache der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

III. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straftätigen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

IV. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlicher Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unbedingt abzuschaffen.

V. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

**351. Frauenkonferenz:** Da die Kinderarbeit in erschreckendem Umfange zugenommen hat, wird die Fraktion eruchtet, schleunigst für eine Reform des Kinderschutzgesetzes und für ein Verbot jeder gewerblichen Kinderarbeit einzutreten.

**352. Schulz:** Der Parteitag stellt mit Genugtuung fest, daß die Novemberrevolution und die Verfassung der jungen deutschen Republik das kulturelle Leben Deutschlands von vielen Fesseln des alten Polizeistaats befreit haben. Aber es gilt nunmehr erst, trotz der wirtschaftlichen und seelischen Nöte des deutschen Volkes, auf der freigemordenen Bahn ein vertieftes und vom Volke aus ständig angeregtes Kulturleben zu entwickeln und zu pflegen. Die Sozialdemokratische Partei wird getreu ihrer alten Ueberlieferung alle wertvollen Bestrebungen auf dem weiten Gebiete des geistigen Lebens, der Wissenschaften und Künste, der Erziehung und des Unterrichts, der Volksbildung und der Jugendbewegung, tatkräftig fördern.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen und Genossinnen in Reich, Staat und Gemeinde in erster Linie für eine entschlossene Schulreform als die Voraussetzung für die geistige Hebung der Volksmassen einzutreten. Der Parteitag verweist hierbei auf die alten Schulforderungen der Partei, insbesondere auf die Weltlichkeit, Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, auf die Einführung der Arbeit in den Erziehungsplan und auf die Notwendigkeit einer tatkräftigen und fortschrittsfreudigen Reichsschulgesetzgebung.

Der Parteitag begrüßt daher die zahlreichen Anträge, die eine Förderung der kulturpolitischen Aufgaben der Partei wünschen; er erwartet, daß die zuständigen Organe der Partei, besonders die Bildungs- und Jugendausschüsse und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, im Sinne dieser Anregung unter Heranziehung aller zur Mitarbeit bereiten geistigen Arbeiter innerhalb der Partei ihre Arbeit erweitern und ausbauen.

**353. Loeb:** Der Parteivorstand wird ersucht, in Anbetracht des ungeheuren Einflusses, den der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa, auf unser Wirtschaftsleben haben, von beiden Verträgen, eine billige mit gemeinverständlichem Kommentar versehene Ausgabe zu schaffen, damit alle Volksgenossen in der Lage sind, diese beiden Verträge kennen zu lernen.

**354. Röhle:** Zusatz zu Antrag 324: Den dritten Absatz hinter dem Wort „Wirtschaftszweige“ wie folgt zu fassen: „insbesondere des Bergbaues, Sanierung der Reichsfinanzen durch eine Prozentige einmalige Vermögensabgabe und eine auswärtige Politik im Sinne der Volkserlöshung erheischen, ihn zwingend erfordern.“

**355. Deuterich:** Der Parteitag wiederholt die Erklärung des vorjährigen Weimarer Parteitags, daß die parteigenösslichen Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen verpflichtet sind, sich in erster Linie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen als tätige Mitglieder anzuschließen.

Die äußerste Rechte und die äußerste Linke in der deutschen Lehrerschaft begegnen sich, außer in dem Bestreben, eine organische Reform des Schulwesens zu verhindern, in dem Verjuche, den deutschen Lehrerverein zu zertrümmern.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen hat demgegenüber schon auf ihrer Gründungsversammlung zu Oitern 1919 erklärt, daß sie die parteigenössischen Lehrer und Lehrerinnen lediglich als Politiker innerhalb der Partei zur besseren Förderung bestimmter Parteiaufgaben (Bildungs- und Jugendarbeit, Schulreform) zusammenschließen will, daneben aber eine tätige Mitarbeit innerhalb des deutschen Lehrervereins für dringend erforderlich hält. Der Parteitag billigt diese Erklärung, setzt aber zugleich als selbstverständlich voraus, daß der deutsche Lehrerverein sich seinerseits nicht in den Dienst parteipolitischer Bestrebungen stellt, sondern sich immer mehr zur politisch-neutralen Berufsorganisation der deutschen Lehrerschaft im gewerkschaftlichen Sinne entwickelt.

**356.** **Zuchacz:** Der Parteitag erklärt, daß der ablehnende Beschluß des Rechtsausschusses der Preussischen Landesversammlung vom 7. Juli d. Jz. und die Antwort der Reichsregierung auf die Kleine Anfrage vom Wille Juli zur Zulassung der Frauen als Richter, Anwälte, Schöffen und Geschworenen jedes Verständnis für eine demokratische Auffassung der Frauenfrage und für die Heranziehung aller Volkskräfte zum kulturellen Wiederaufbau Deutschlands, sowie jeden Willen, die Verfassung auch in dieser Beziehung durchzuführen, vermissen lassen.

Der Parteitag fordert alle Genossen und Genossinnen auf, jene mehr als berechtigte Forderung mit aller Kraft erneut aufzunehmen und ihre Verwirklichung auf das Nachdrücklichste betreiben zu helfen.

**357.** **Diehl:** Der Parteitag spricht den von gegnerischen Truppen besetzten Gebieten Deutschlands seine Sympathien aus und dankt den Volksgenossen in diesen Landesteilen für ihr treues Festhalten an der deutschen Republik und ihre erfolgreiche Niederkämpfung aller Lösungsbestrebungen.

Der Parteitag protestiert gegen die ungeheuerliche und in dieser Höhe ganz unnötige Belastung Deutschlands durch die Kosten für die Besatzungstruppen. Mit den vielen Willkuren, die durch die militaristische Besatzung verschleudert werden, können dringende Wiederaufbauarbeiten geleistet werden. Der Aufmarsch, den der Ententemilitarismus auf Kosten Deutschlands in den besetzten Gebieten unternimmt, ist ein wesentlicher Teil des Ruins der deutschen Finanzen, eine Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts, eine Förderung der französisch-belgischen Annektionisten, eine Verkümmern der staatsbürgerlichen Rechte, eine Behinderung der sozialistischen Arbeiterbewegung, eine Verstärkung deutschnationalistischer Strömungen, ein großes Hindernis der wünschenswerten Annäherung zwischen Deutschland und den Volkstaaten.

Der Parteitag fordert die sog. Internationale auf, im Sinne der in Genf beschlossenen Resolution auf eine Verringerung der Besatzungstruppen und Abkürzung der Besatzungsdauer hinzuwirken.

**358.** **Frauenkonferenz:** Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die Regierung über ihre Stellung zu den vielfachen Verstößen der Verwaltungsbehörden gegen Artikel 119 und 121 der Verfassung wie folgt zu befragen:

„Ist der Regierung bekannt, daß die Verwaltungsbehörden des Reiches, der Staaten und der Kommunen, insbesondere die Reichspostverwaltung, wiederholt gegen die Bestimmungen der Artikel 119 und 121 der Verfassung, in denen der Mutterchaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates und den unehelichen Kindern die Schaffung der gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung wie den ehelichen gewährleistet wird, und gegen den Artikel 128 der Verfassung, der bestimmt, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden sollen, durch Entlassung unehelicher

Mütter aus dem Dienst verstoßen haben? Und ist sie bereit, der Verfassung in den Verwaltungen durch Erlass einer Verfügung: Uneheliche Mutterchaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hindernisgrund für die Einstellung von Beamtinnen, Geltung zu verschaffen?“

**359.** **Otto Braun** (Antrag zu Punkt 3 der Tagesordnung): In Ermägung, daß lediglich durch die Steigerung der Lebensmittelerzeugung auf inländischem Boden die Ernährungsnot des deutschen Volkes nachhaltig behoben und der Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft wirksam gefördert werden kann, in weiterer Ermägung, daß diese Steigerung unter den obwaltenden Verhältnissen nur durch weitgehendste Anwendung künstlicher Düngemittel erzielt werden kann, dieser Anwendung aber die hohen Düngemittelpreise im Wege stehen, beauftragt der Parteitag die Reichstagsfraktion, sofort nach Zusammentritt des Reichstages die schleunige Ueberleitung der Betriebe, die künstliche Düngemittel herstellen, aus privatkapitalistischem Besitz in den Besitz der Allgemeinheit mit Nachdruck zu betreiben.

**360.** **Kolmann:** Zur Binderung der Wohnungsnot und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sind zunächst folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Bauindustrie soll aufgefordert und ermuntert werden, ihre Betriebe nicht stillzulegen und ihre unentbehrliche Tätigkeit nicht aufzugeben.
2. Als Gegenleistung sollen Staaten und Gemeinden die Garantie übernehmen für eine Abnahme der Bauten nach Vereinbarung.
3. Das Reich soll allen denen, die Wohnungen bauen, einen den rentierlichen Wert übersteigenden Betrag in Inlandsgeld als Ueberteuerungszuschuß zur Verfügung stellen. Der Zuschuß wird als Sicherheitshypothek auf das Grundstück eingetragen.
4. Die Höhe der jährlich zur Verfügung zu stellenden Zuschüsse soll sich nach dem Grade des Wohnungsbedarfs und der Zahl der Arbeitslosen im Bauberufe richten.

**361.** **Gauze:** Der sozialdemokratische Parteitag spricht den obererschlesischen Volksgenossen, die im Kampfe um ihre weitere Zugehörigkeit zum Deutschen Vaterlande stehen, seine wärmste Sympathie aus.

Der Parteitag bedauert die nationalistischen Ausschreitungen, die sich in Oberschlesien ereignet haben. Die terroristischen Gewalttaten, die fortwährend Bedrohung von Leib und Leben, die unter den Augen der französischen Besatzungstruppen verübt werden, unterbinden auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses wichtigen Rohstoffgebietes. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag und dem Kohlenabkommen von Spa nicht nachkommen kann.

Die freiorganisierte Arbeiterschaft hat durch das planmäßig vorbereitete bewaffnete Vorgehen der Polen schwere Opfer bringen müssen. Viele haben für ihre deutsche Ueberzeugungstreue den Tod erlitten. Tausende mußten und müssen heute noch flüchten, weil in vielen Orten die Polen die Wiedereinsetzung der ordnungsmäßigen Verwaltungsorgane zu verhindern suchen.

Der Parteitag fordert, daß seitens der interalliierten Weltmächte der Gefahr einer terroristischen Beeinflussung der Abstimmung entgegengewirkt wird. Er fordert die Sicherung unbeeinflusster Stimmabgabe und appelliert an die Genossen der Ententeländer, daß sie bei ihren Regierungen für strenge, unparteiische Durchführung der durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten Sorge tragen und einer Verfälschung des Selbstbestimmungsrechtes der Oberschlesier entgegenreten.

**362. Wolkensbühr:** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dahin zu wirken, daß Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten, Unfällen, Invalidität und Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Wo eine Verhütung nicht möglich ist, sind die Opfer durch die Arbeiterversicherung vor materiellem Verfall zu schützen.

Die Arbeiterversicherung ist einer gründlichen Reform zu unterwerfen und den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen.

Es ist dahingustreben, daß

1. die Versicherung auf alle Bedürftigen ausgedehnt wird,
2. die Versicherung außer den Kranken, Unfallverletzten, Invaliden, Alten und Hinterbliebenen, auch den Schwangeren und Müttern sowie den Arbeitslosen ausreichende Subsistenzmittel sowie die sonst nötige Hilfe gewährt,
3. die Organisation vereinfacht und unter volle Selbstverwaltung der Versicherten gestellt wird.

**363. Nimmerfall:** Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, für die Schaffung eines Nationalfeiertages zur Würdigung der Entstehung der Reichsverfassung und zur Vertiefung republikanisch-demokratischer Gesinnung im Volke zu wirken.

**364. Dr. Dieck:** Zu Ziffer 1 des Agrarprogramms:

Der jorist- und landwirtschaftliche Großgrundbesitz ist für die Gesamtheit zu enteignen. Welcher Besitz als Großgrundbesitz anzusehen ist, wird nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und Provinzen bestimmt. Ebenso wird nach den Verhältnissen des Einzelfalles bestimmt, ob und was für eine Entschädigung zu gewähren ist (einmalige Abfindung in Grund und Boden, oder Geld, oder zeitlich beschränkte Natural- oder Geldrente).

Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören. Neue Besitzverhältnisse dürfen unter Verwendung von Allgemeingut nur mit Aufrechterhaltung des Allgemeinrentens in der Form von zeitlich beschränkten Lehen (Allmände, Nießbrauch, Leihe oder Pacht) begründet werden.

**365. Dr. Grein:** Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowie die bayerischen und preussischen Landtagsfraktionen werden beauftragt, auf die Reichsregierung sowie die betr. Landesregierungen einzuwirken, damit Maßnahmen getroffen werden, nach denen der Bevölkerung des Saargebietes eine gesetzliche Vertretung im Reichstag und in den bayerischen und preussischen Landesparlamenten gegeben wird.

**366. Sollmann:** Der Parteitag wendet sich mit Entschiedenheit gegen die deutsch-völkische Heze, die im Gelehrten Magnus Hirschfeld ein erstes Blutopfer gefunden hat. Das werktätige Volk weist die Verantwortung für diese wüsten-Ausbreitungen, die den deutschen Namen in aller Welt besudeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die deutschen Sozialisten auf, den deutsch-völkischen Hezern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die klaren Linien des Klassenkampfes nicht durch Stöße, den Gegenrevolutionären dienende Massenheze verwischt werden.

**367. Adolf Braun:** Der Parteitag spricht den festen Willen aus, alle Kraft der Partei auf die Bergesellschaftung der Produktionsmittel zu konzentrieren.

Der Tiefstand der deutschen Volkswirtschaft und ihre ungünstige Stellung in der Weltwirtschaft sind katastrophale Wirkungen eines die Wirtschaftskraft Deutschlands erschöpfenden, die Wirtschaftskraft der Welt erschütternden Krieges und eines unerhörten Gewaltfriedens, deren Folgen erst nach Jahrzehnten überwunden werden können.

Trotz der Niesenhaftigkeit des Problems, die deutsche Volkswirtschaft zu gesunden, schreckt das Klassenbewußte Proletariat vor dieser Aufgabe nicht zurück. Es weiß, daß es seine geistige und körperliche Kraft zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und Kultur dauernd anwenden muß.

Unser Wirtschaftsleben wird weiter gehemmt, unser Auslandsmarkt gestört durch die kriegerischen Verwicklungen im Osten, durch die mannigfache Behinderung des freien Handelsverkehrs mit dem Auslande, durch die Maßnahmen der Entente, durch die harten Forderungen des Versailler Friedensvertrages und durch die aus all diesen Schwierigkeiten erwachsende Unsicherheit unseres Geldwesens und des damit im Zusammenhang stehenden ungünstigen Standes der Valuta.

Niel zu gering ist der uns zur Verfügung gebliebene Kohlenvorrat. Darunter leiden die Industrien, die durch genügende Aufträge in der Lage wären, ihren Betrieb voll auszunützen.

Die Konsumfähigkeit der großen Masse ist durch die Preissteigerung aller unentbehrlichen Produkte zu unerträglicher Höhe unterbunden. Das erhöht die Schwierigkeiten der Industrie und verschärft die Krise.

Die Sozialdemokratische Partei setzt alles daran, die Hindernisse, die der Gesundung und Kräftigung unseres Wirtschaftslebens entgegenstehen, zu beseitigen: so durch die Steigerung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß und durch die volle Verwirklichung dessen, was die Verfassung über den organisatorischen Aufbau der Arbeitervertretung im Reich und in den Bezirken vorseht.

Stilllegung und Vernichtung noch leistungsfähiger Betriebe muß verhindert werden.

Eine gesunde Preisgestaltung der für unsere Industrie unentbehrlichen Rohstoffe durch eine zielklare und weitichtige Handelspolitik und Produktionsförderung erstrebt werden.

Im engsten Zusammenhange stehen die energisch zu fördernden Bemühungen, selbst unter großen Opfern zu einer Gesundung unseres Geldwesens auf völlig neuen wirtschaftlichen Grundlagen zu kommen.

Der weitere Ausbau, die gesetzliche Regelung und die produktive Gestaltung der Arbeitslosenfrage wird von der Sozialdemokratischen Partei nachdrücklich gefördert werden. Die Konsumfähigkeit der breiten Schichten der Bevölkerung ist zu steigern; alles hat zu geschehen, um den Abbau der Lebensmittelpreise herbeizuführen und damit die Konsumfähigkeit und die körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit der breiten Masse zu steigern. Hierzu ist notwendig die Förderung des Genossenschaftswesens, eine weitgehende Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe, insbesondere des Handels mit Lebens-, Genuss- und Heilmitteln, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Erhaltung der Zwangswirtschaft, wo sie die Steigerung der Lebensmittelpreise verhindert.

Die Ansätze zur Preiskontrolle durch das Reich sind auszudehnen und auszubauen; sie haben alle übermäßigen Gewinne in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Verkehr hintanzuhalten.

Alle diese Einzelforderungen treten zurück hinter unsern festen Willen, alle Kraft zur Bergesellschaftung der Produktionsmittel zur Anwendung zu bringen.

Kann diese auch nur schrittweise geschehen, so muß sie doch großzügig in Angriff genommen werden. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist zu beseitigen, wo es die Gesundung unseres Wirtschaftslebens hemmt und wo es durch höhere gesellschaftliche Eigentumsformen schon jetzt ersetzt werden kann.

Deshalb ist die Sozialisierung tatkräftig überall dort zu fördern, wo innerhalb der Produktion die Voraussetzungen gegeben sind. Das gilt vor allem für die Kraftquellen und hier in erster Reihe für den Kohlenbergbau und für die Hoheisen- und Stahlerzeugung.

Dieser prinzipiell entscheidende Schritt ist ohne Vorbehalt mit voller Klarheit und im ausdrücklichen Gegensatz gegen das private Eigentum am Kohlenbergbau, also im Sinne des Antrages I der Sozialisierungskommission zu tun.

Der Parteitag empfiehlt allen Parteigenossen und -genossinnen, in dieser entscheidenden Aktion für die später vollkommene Verwirklichung sozialistischer Produktionsweise zusammenzuwirken.

**368. Reil:** Die deutschen Finanzen lassen sich ohne grundlegende internationale Maßnahmen, deren erste die Konsolidierung des Notenumlaufs und die Stabilisierung des Wechselkurses sein müssen, einer Gesundung nicht entgegenführen.

Eine weitere Voraussetzung der Verhinderung der völligen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens und der grenzenlosen Verschärfung des Glends der Arbeiterklasse bildet die alsbaldige Festsetzung des in den Grenzen des Möglichen zu haltenden Höchstmaßes der von den Siegerstaaten an Deutschland gestellten Entschädigungsforderungen.

Unter diesen unerlässlichen Vorbedingungen obliegt der Reichsregierung die Pflicht, die deutsche Wirtschaftspolitik auf das Ziel einer wirksamen und nachhaltigen Verbesserung unserer Handelsbilanz einzustellen. Diesem Ziel müssen neben den wirtschaftlichen alle steuerpolitischen Maßnahmen untergeordnet sein.

Die direkte Reichssteuererhebung des letzten Jahres entspricht in ihren Grundrissen diesen Anforderungen, hat sich aber als lächerhaft und unzulänglich erwiesen und die Steuerverwaltung hat bei der Durchführung derselben verfaßt. Bei der verspäteten Erfassung des in der Kriegszeit erzielten Vermögenszuwachses und bei der Belastung der Vermögensbestände durch das Reichsnotopfer werden ungeheure Summen durch Verschwendung, Verschiebung, berufsmäßige Instruktion der Steuerpflichtigen über die Steuersabotage und falsche Deklaration der pflichtgemäßen Besteuerung entzogen. Auf der anderen Seite ist das kleine Arbeitseinkommen, das schon von den indirekten Steuern hart und ungerecht getroffen wird, auch noch durch die neue Einkommensteuer einer Ueberlastung unterworfen.

Aufgabe der Reichstagsfraktion ist es, für die Entlastung des kleinen Lohn- und Gehaltseinkommens, für die rasche und scharfe Durchführung der Besteuerung des Besitzes, für die alsbaldige volle Einziehung des Reichsnotopfers und für die weitgehendste Einschränkung des Ueberverbrauchs der Träger großer Einkommen mittels einer Aufwandsteuer einzutreten.

Den Parteiorganisationen erwächst die Pflicht, durch Vorträge und Kurse über das Steuerwesen die Kräfte heranzubilden, die als Vertreter der Arbeiterklasse in die Steuerausschüsse entsandt werden müssen, wenn eine gerechte Steuerbeantragung erreicht werden soll.

**369. Ullmann:** Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist als besonderer Punkt die „Auswärtige Politik“ zu setzen und ein Referent und Korreferent zu bestellen.

**369a. Steinhäuser** (Zusatzantrag zu 368): Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Preussischen Landtages, für die Aufhebung des Militärleibes von 1883, der unehelichen Müttern die Ausbildung für den Hebammenberuf verweigert, schleunigst zu sorgen.

Die Fraktionen der Parlamente derjenigen Länder, in denen ähnliche Verfügungen gelten, werden zu gleichem Vorgehen beauftragt.

**370. Fürst:** Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck für die Interessen Ostpreußens einzutreten und die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Kultur in dieser vom Mutterland abgetrennten Provinz sicherzustellen.

**371. Pfälz:** Da nach den Erklärungen der Reichsregierung die Verlegung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung (Schulen des Bekenntnisses und der Weltanschauung) in diesem Winter zu erwarten ist und bereits eine lebhaftere Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten der Bekenntnisschulen eingeleitet hat, erklärt der Parteitag: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält mit aller Entschiedenheit an ihrer alten programmatischen Forderung der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens fest.“

Der Parteitag erklärt aber aufs neue und ausdrücklich, daß diese Forderung nicht irgendwelcher Feindseligkeit gegen die Religion, sondern lediglich der unerschütterlichen Ueberzeugung entspringt, durch die Ausschaltung des brenntnismäßigen Religionsunterrichts und seine Uebertragung an die Religionsgemeinschaften den Gedanken der Einheitschule am besten zu verwirklichen; nur die Zusammenfassung der Kinder und die Uebertragung der Schulen nach schulpädagogischen und pädagogischen Erwägungen, unbeschadet der konfessionellen und weltanschaulichen Gegensätze der Eltern, aber unter ihrer achtungsvollen Würdigung gemäß Artikel 147 der N.-V. gewährleisten eine gute Entwicklung unseres Schulwesens nach den Grundfäden einer gesunden Schulreform, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der zeitgemäßen Gebote wirtschaftlicher Sparsamkeit.“

In diesem Sinne ist auch Artikel 146 Abs. 1 der N.-V. aufzufassen, durch den die gemeinschaftliche Schule für alle Kinder als die Regelschule festgelegt wird. Die in Artikel 146 Abs. 2 unter dem Druck der damaligen politischen Lage von der Partei zugestandenen Abweichungen von der Regelschule dürfen nicht zu einer Zertrümmerung unseres Schulwesens führen. Höher noch als die Errichtung weltanschaulicher Sonderchulen, auf deren Lebensberechtigung die Partei im übrigen als Gegengewicht gegen die Bekenntnisschule grundsätzlich Wert legt, steht die Erhaltung und Schaffung großer und leistungsfähiger Schulpläne.

Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, in diesem Sinne ihren Einfluß bei der Beratung des zu erwartenden Reichsgesetzes einzusetzen. Von den Parteigenossen im Lande erwartet der Parteitag, daß sie die Fraktion bei diesem Bemühen tatkräftig unterstützen.

**372. Rieck:** Dem Betriebsrätegesetz ist folgender Paragraph beizufügen: Kein Mitglied eines Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrats, kein Betriebsobmann darf wegen einer als Rat oder Obmann getanen Auekerung verfolgt werden, soweit nicht dieses Gesetz (das B.-A.-G.) ein anderes bestimmt.

**373. Mehrert:** Als Aktionsprogramm der Partei in bezug auf die auswärtige Politik sind die folgenden vier Punkte (aufgestellt im Referat von Otto Wels) anzunehmen:

1. Die Revision des Versailler Friedens nach sozialistischen Gesichtspunkten, wie sie von der zweiten Internationale festgelegt worden sind.
2. Sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Wiedergutmachung in Gestalt des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordbrankreichs, möglichst durch Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen beider Länder.

3. Schaffung eines internationalen proletarischen Aktionsausschusses für die auswärtige Politik der Arbeiterklasse durch die zweite Internationale.
4. Sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

**374. André:** Sozialdemokratische Richtlinien in der Agrarpolitik. Die Ueberführung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Geräten, Werkzeugen, Maschinen — in gesellschaftliches Eigentum ist das Ziel der Sozialdemokratie auch auf agrarpolitischen Gebiete; nur sie vermag einerseits der land- und forstwirtschaftlich produktiv tätigen Bevölkerung eine ausreichende und gesicherte Existenz zu schaffen und andererseits eine ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen.

Als Mittel und Wege zu diesem Ziele stellt der Parteitag fest:

1. Reich, Staat und Gemeinden haben die Produktivität und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft zu steigern durch:
  - a) Förderung der Bodenverbesserungen (Meliorationen), Umlegung der Grundstücke (Flurvereinigung), Saatzeit, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Bestellung von praktisch und theoretisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren, durch Errichtung von Landeskulturstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter partieller Hinzuziehung aller auf demokratischer Grundlage aufzubauenden landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.
  - b) Bereitstellung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel; Sicherstellung der Kraft-, Licht- und Wasserversorgung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung.
  - c) Ausbau der Kleinbahnen, der Land- und Wasserstraßen sowie der sonstigen Verkehrsmittel, die eine vorteilhafte Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglichen.
  - d) Förderung der Kredit-, Betriebs- und absatzgenossenschaftlichen Zusammenfassung der Betriebe.
  - e) Abschluß von direkten Lieferungsverträgen mit den Verwaltungen der großen Städte und, wo das nicht zu erreichen ist, mit den Konsumgenossenschaften der großstädtischen Arbeiter zwecks Ausschaltung des verteuernenden Zwischenhandels.
  - f) Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildung- und Fachschulen und der wissenschaftlichen Versuchsanstalten.
  - g) Schaffung einer erschöpfenden und zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik, insbesondere Feststellung von Wirtschafts- und Haushaltsrechnungen typischer Betriebe aller Besitzformen.

#### Bodenpolitische Maßnahmen.

2. Der privat- und volkswirtschaftlich so überaus schädlichen anormalen Preissteigerung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens ist entgegenzuwirken durch
  - a) Einführung des gesetzlichen Vorkaufsrechts des Staates, der Gemeinden oder gemeinnütziger Organisationen für alle Fälle des Eigentumswechsels bei landwirtschaftlichen Grundstücken über den zweiten Grad der Verwandtschaft hinaus.
  - b) Verbot des gewerbsmäßigen Güterhandels.

- c) Anwendung des Enteignungsrechts auf unbearbeiteten, vernachlässigten oder unwirtschaftlich bearbeiteten Grund und Boden, besonders bei brach liegendem Heide- oder Oedland.
- d) Aufhebung der Realgemeinden.

#### Siedlungspolitik.

3. Die Siedlungspolitik des Staates und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbände ist im Einklang mit den übrigen Leitlinien dieses Aktionsprogramms durchzuführen. Insbesondere ist erforderlich:
  - a) großzügige Erschließung der Oed- und Heideländerereien.
  - b) Beschaffung von Siedlungsland im Wege der Enteignung (Vandlieferungsbünde) evtl. durch Bildung von Zwangsgenossenschaften.
  - c) Uebergabe des Siedlungslandes an die Siedler in der Form der Erbpacht. Siedlung im Wege genossenschaftlichen Großbetriebes, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist.
  - d) Bevorzugung der Kriegsbeschädigten resp. der Kriegsteilnehmer bei der Auswahl der Siedler.

#### Sozialpolitische Forderungen.

4. Zum Schutze von Leben und Gesundheit der produktiv landwirtschaftlich Tätigen ist erforderlich:
  - a) die sinngemäße Uebertragung aller Sozialversicherungs- und Arbeiterchutzgesetze auf die Landwirtschaft.
  - b) Festlegung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge und Schiedsgerichte.
  - c) Förderung des Wohnungswezens auf dem Lande.
  - d) Vergeßenschaftung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswezens.

Im Rahmen dieses Aktionsprogrammes können für die Gebiete mit besonders eigenartig vorherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Forst- und Landwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie unterliegen der Beschlußfassung der zuständigen Bezirksparteiitage und der vom Parteivorstande zu berufenden Sachverständigenkommissionen.

**375. Sollmann:** Der Parteitag spricht den streikenden und ausgeperrten Angestellten und Arbeitern des Berliner Zeitungsgewerbes seine Sympathie aus. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gefakelt unter keinen Umständen eine Reduzierung des Einkommens, wie sie von den Berliner Zeitungsunternemern durchgeführt werden soll. Der Parteitag hofft, daß es den Streikenden und Ausgeperrten gelingt, die Bestrebungen des Unternehmertums abzuwehren.

**376. Meerfeld:** Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses von Genf. Er begrüßt das rasche Wiedererstehen der Zweiten Internationale und spricht die Ueberzeugung aus, daß nur in ihrem Rahmen die Vereinigung des Weltproletariats möglich ist, die die unumgängliche Voraussetzung für seine Befreiung aus den Fesseln des Weltkapitalismus bildet. Er begrüßt die klare Einsicht des Genfer Kongresses, daß der Frieden von Versailles eine Frucht dieses Weltkapitalismus ist, da er den besiegten Völkern unerträgliche Lasten auferlegt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkehrt, den Militarismus in den siegreichen Staaten steigert und neue Kriegsgesfahren schafft.

Der Parteitag erklärt sich namens der deutschen Sozialdemokratie, die den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiterklasse umfaßt, bereit, im Einber-

Kündnis mit den übrigen Gliedern der Internationale jede Anstrengung zu unternehmen, um eine gewalttätige Ausprägung der durch den Imperialismus geschaffenen Völkerverhältnisse unmöglich zu machen. Nicht im Kampfe mit den Proletariaten der anderen Länder, sondern brüderlich mit ihnen vereint will die deutsche Arbeiterklasse den gegenwärtigen gefährlichen Zustand beseitigen und durch einen neuen ersehen, der den Grundfäden der Demokratie und des Sozialismus entspricht und den dauernden Weltfrieden verbürgt.

In diesem Sinne lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats erneut auf die unerträglichen Wirtschaftsverhältnisse, in die das deutsche Volk durch die übertriebenen Forderungen der Sieger versetzt worden ist, auf die Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete, auf die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts an die besiegten Völker, auf ihre Ausschließung aus dem Völkerverbund, schließlich auf die unabsehbaren Gefahren, die aus einer fortgesetzten Politik der militärischen Interventionen und Besetzungen entstehen müssen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist entschlossen, die Sünden der einstigen Machthaber Deutschlands gutzumachen, indem sie durch ihre ökonomischen Anstrengungen die Wunden des Krieges heilen hilft, die deutsche Republik als wichtige Bürgschaft des Weltfriedens gegen alle reaktionären Anschläge verteidigt und durch den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft dem Kapitalismus ein Ausdehnungsgebiet nach dem andern entreißt. Sie erwartet in diesem Bestreben, das nicht allein ihrem Wohl, sondern den solidarischen Interessen der Arbeiter aller Länder dienen soll, Verständnis und tatkräftige Unterstützung der Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt.

**377. Gertrud Graf:** Aus breiten Preisen der Krankenschwestern, sowohl derjenigen in freien Verbänden als auch derjenigen in religiösen und sonstigen Gemeinschaften, kommt der Ruf nach Besserung ihrer sozialen und rechtlichen Lage. Viele Schwestern, die aus Liebe zu Kranken, Notleidenden und Kindern zu diesem Beruf gekommen sind, leiden unter dem despotischen Druck der Mutterhäuser, unter Gewissenszwang, langer Arbeitszeit und einer Entlohnung, die der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Die Fraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß den Schwestern Gelegenheit gegeben wird, ohne Gewissenszwang und ohne Gefährdung ihrer Existenz ihre Berufsinteressen wahrzunehmen.

Bei der gesetzlichen Neuregelung des Gesundheitswesens im Reich wie in den Einzelstaaten ist die Berufsausbildungs-, sowie die Existenzmöglichkeit des Krankenpflegepersonals sicherzustellen.

**378. Breitthorst:** Im Antrage 367 ist dem vorletzten Absatz zuzufügen:

Sollte für die sofortige Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung keine Mehrheit im Reichstage, aber im Reichsrate vorhanden sein, so ist das Volksbegehren durchzuführen.

**379. Quard** (zu Antrag 368): Im vorletzten Absatz hinter dem Wort „Aufwandsteuer“ einzuschalten: „sowie für eine sofortige einmalige, mindestens 25prozentige Vermögensabgabe zur Schuldentilgung einzutreten.“

**380. Gruschke:** Entsprechend seiner grundsätzlichen Stellung zur privatkapitalistischen Wirtschaftsweise erblickt der Parteitag in den bestehenden Organisationen der Konsumenten und ihrer Großeinkaufszentralen ein geeignetes Mittel, den unhaltbaren Zuständen bei Beschaffung, Lagerung und Verteilung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände entgegenzuwirken.

Der Parteitag fordert deshalb die Verbraucher auf, die Konsumentenbewegung mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern.

Desgleichen hält es der Parteitag für dringend geboten, die Bemühungen der gewerblichen Arbeiter zur Errichtung von Produktionsgenossenschaften weitestgehend zu unterstützen.

**381. Adolf Braun:** Zur Beratung des Parteiprogramms wird eine Kommission aus sieben Mitgliedern gewählt.

Diese Kommission hat sich noch auf dem Parteitage zu konstituieren und in spätestens Monatsfrist unter Heranziehung eines Preisges von etwa 15 anderen Parteimitgliedern in Berlin eine Konferenz abzuhalten, die die Umgrenzung, den Plan und die Einteilung der Arbeit der Programmkommission zu bestimmen hat. Diese Konferenz ist spätestens in der zweiten Hälfte des Juni 1921 wieder zusammenberufen und ihr der Entwurf des neuen Parteiprogramms zur Begutachtung vorzulegen.

Die Programmkommission hat das Recht, zur Bildung einzelner Unterkommissionen wie zu sonstigen Arbeiten Mitglieder zu kooptieren, und zwar für die Ausarbeitung einzelner Teile des Programms wie des gesamten Programms. Außerdem ist die Programmkommission befugt, Sachverständige zu laden.

Die Programmkommission wird verpflichtet, spätestens am 1. Juli 1921 den Entwurf des Parteiprogramms im „Vorwärts“ zu veröffentlichen und den anderen Parteizeitungen Gelegenheit zu geben, gleichzeitig mit dem „Vorwärts“ den Entwurf des Parteiprogramms zum Abdruck zu bringen.

**381a. Resolution Juchacz:** Der sozialdemokratische Parteitag, als Vertretung der größten Partei Deutschlands, nimmt mit tiefster Empörung von den ungeheuren Wiedergutmachungsforderungen der Entente, insbesondere von der Forderung auf Lieferung von 810 000 Rügen Kenntnis. Damit würden die unbedingte für die Fortführung der Ernährung in Deutschland nötigen Reserven in einem nennlich für die Kinder und Mütter wesentlichen Teile zerstört. Die Wirkung der Erfüllung dieser Forderungen wäre weit grauämiger als die Hungersnotkatastrophe.

Der Parteitag appelliert an das Proletariat der ganzen Welt, dieses Attentat auf die Existenz des deutschen Volkes verhindern zu helfen und dieser neuen Vergiftung der internationalen Beziehungen entgegenzutreten.

**382. Jeziorowski:** Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen aller Länder, daß sie für schleunigste Bereitstellung sämtlicher freigegebenen Kasernen und sonstigen militärischen Dienstgebäude sowie für die Heranziehung aller nur irgend entbehrlichen Räume in Reichs- und Staatsgebäuden für Wohnungszwecke ganz energisch eintreten.

Nicht Offiziere sollen darüber befinden, welche und wieviel verfügbare Räume in Kasernen usw. der Zivilbevölkerung überlassen werden sollen, sondern in jedem Falle muß ein dem Provinzoberhaupt beizuordnender bevollmächtigter parlamentarischer Arbeitervertreter nach Anhörung der örtlichen Zivilbehörden und Wohnungskommissionen die sofortige Freigabe von durchaus entbehrlichen Diensträumen für Wohnzwecke veranlassen können.

**383. Gerlach:** Der nächste Parteitag findet in Düsseldorf statt.

**384. Schnabrich** zu 364: Ziffer 1 des Agrarprogramms wie folgt zu ändern:

Der forst- und landwirtschaftliche Großgrundbesitz von 100 Hektar ab ist für die Gesamtheit zu enteignen. Welcher Besitz im übrigen als Großgrundbesitz anzusehen und zu enteignen ist, wird nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und Provinzen bestimmt. Ebenso wird nach den Verhältnissen des Einzelfalles bestimmt, ob und was für eine Entschädigung zu gewähren ist.

(Einmalige Abfindung in Grund und Boden, oder Geld, oder zeitlich beschränkte Natural- oder Geldrente).

Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören. Neue Besitzverhältnisse dürfen unter Verwendung von Allgemeingut nur mit Aufrechterhaltung des Allgemeineigentums in der Form von zeitlich beschränkten Lehen (Allmunde, Nießbrauch, Leihe oder Pacht) begründet werden.

Das Land, das der Grundbesitzer verpachtet, geht sofort in den Besitz der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes über, in dem das Land liegt.

**385.** Vogel: Mit Rücksicht darauf, daß zu den dem Parteitag vorliegenden Richtlinien über Agrarpolitik Anträge neu gestellt werden, beantragen wir, zunächst von einer Diskussion abzusehen. Dagegen beantragen wir die Einsetzung einer Kommission mit dem Auftrag, die endgültige Fassung der Richtlinien vorzunehmen und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

In die Kommission beantragen wir zu wählen: Georg Schmidt, Adolf Braun, Erhard Auer, Dr. Quarc, Scholich-Breslau, Miß-Köln und Gentner-Pegnitz. Ferner wären die Träger des vorliegenden Wänderungsantrages zur Beratung beizuziehen.

**386.** Leitfäcke zur Behandlung der Wohnungsfrage: Eine Wohnungsnot, die sich nicht nur in dem Mangel an Kleinwohnungen, sondern auch darin äußerte, daß ein großer Teil der Wohnungen den kulturellen und hygienischen Anforderungen nicht entsprach, bestand schon vor dem Kriege. Das private Unternehmertum, das sich immer mehr vom Kleinwohnungsbau zurückgezogen hatte, stellte mit Ausbruch des Krieges den Wohnungsbau fast völlig ein.

Trotz aller Hinweise auf die bei Kriegsende zu erwartende Katastrophe sind die Regierungen und Verwaltungsbehörden über vorbereitende Maßnahmen nicht hinausgekommen.

Positive Maßnahmen wurden zu spät ergriffen und mußten bei dem rapiden Steigen der Baukosten und dem Mangel an Baustoffen und dem dadurch ermöglichten Baustoffwucher versagen.

Nur durch eine umfassende Neubautätigkeit kann wirksam geholfen werden.

Die Erfahrung lehrt, daß die Wohnungsfrage privatwirtschaftlich nicht mehr zu lösen ist. Unter privatwirtschaftlicher Herrschaft würden, wenn auch langsam, so doch sicher die Mieten für alle schon bestehenden Wohnungen auf die Höhe steigen, wie sie den heutigen Neubautkosten entspricht, ohne daß die gestiegenen Mieteinnahmen dem Neubau und der Wohnungsfinanzierung dienlich gemacht würden. Das einzige Mittel zur wirklichen Abhilfe ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und in das Eigentum von Selbstverwaltungskörperschaften öffentlichen Rechts.

Aufgaben dieser Körperschaften sind: Wohnungsneubau, Wohnungsverwaltung, Wohnungsunterhaltung und Wohnungsfinanzierung.

Hand in Hand mit der Vergesellschaftung der Mietwohnungen hat der Erlass eines Reichswohnungsgesetzes und die Errichtung eines Reichswohnungsamts zu gehen. Dem Reichswohnungsamt sind die Landeswohnungsämter, den Landeswohnungsämtern sind die Bezirks- und Gemeindefwohnungsämter zu unterstellen.

Unter Aufsicht dieser Ämter sind den Selbstverwaltungskörperschaften alle Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu übertragen.

Das Reichswohnungsgesetz hat Erleichterungen für die Enteignung von Grund und Boden durch Reich, Länder und Gemeinden zu schaffen. Es sind durch sozialpolitisch ausgestaltete Bauordnungen und Bebauungspläne sowie

durch ein zeitgemäßes Umlegungsverfahren die Erstellung von Kleinwohnungen mit Garten zu fördern und die Boden Spekulation auszuhalten. Die Wohnungsbauaufsicht ist für das ganze Deutsche Reich zu regeln.

Das Realcreditwesen ist durch Verstaatlichung der Hypothekendarlehen zu reformieren.

Bis zur Vergesellschaftung der Mietwohnungen ist die Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau auf der Grundlage zu regeln, daß die Erträge der vor dem Kriege erstellten Wohnungen für die Neubauten mit herangezogen werden.

Die vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagene Mietsteuer ist abzulehnen, weil sie auf die soziale Lage des werktätigen Volkes keine Rücksicht nimmt und keine Gewähr dafür bietet, daß die von der Gesamtheit aufgebrachtten Mittel gemeinwirtschaftliche Verwendung finden.

Sirch. Engler.

**387.** Gahn: Der nächste Parteitag findet in Mannheim statt.

**388.** Silberjchmidt: Der Parteitag verpflichtet die Parteileitung, die parlamentarischen Vertretungen in Reich, Ländern und Gemeinden sowie die Parteipresse, die Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien zu fördern und die Sozialisierungsbestrebungen der Verbände der baugewerblichen Hand- und Kopparbeiter zu unterstützen.

**389.** Haus Antrag zu V der Tagesordnung: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderen Sachverständigen zu beauftragen, die die Gesetzesvorschlage zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens auszuarbeiten hat.

Der Kommission werden sämtliche zu Punkt V der Tagesordnung vorliegenden Anträge überwiesen.

# Bericht

## über die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten am 9. und 10. Oktober 1920 in Kassel.

### Erster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. Oktober 1920, Vormittagsitzung.

In dem Riesengebäude der Kasseler Stadthalle beginnt morgen der Sozialdemokratische Parteitag seine Arbeiten. Während in dem gewaltigen Hauptsaal, in dem der Parteitag selber tagen wird, die Zimmerleute noch eifrig bei der Arbeit sind, die innere Einrichtung den Bedürfnissen einer großen Parteitagung anzupassen, trat vormittags um 10 Uhr im blauen Saal der Stadthalle die Sozialdemokratische Frauenkonferenz zusammen. Wie der ganze Bau der Stadthalle wohl das schönste Versammlungs- und Kongertlokal ist, das es neben dem Mannheimer Rosengarten in Deutschland gibt, so bildet der Blaue Saal mit seiner Farbharmonie in blau und gold, seinen mächtigen Säulen und seinen kristallinen Kronen einen besonders anmutigen Rahmen für diese Frauentagung. Zahllose bunte Herbstblumensträuße auf den Tischen beleben noch das farbenreiche Bild.

Schon frühzeitig versammeln sich die Delegierten, die weiblichen Mitglieder der deutschen Parlamente und die männlichen Gäste der Frauentagung. Zu Beginn der Verhandlungen sind über 250 Teilnehmer erschienen. Man sieht vom Parteivorstand Otto Wels, die früheren Reichskanzler Philipp Scheidemann und Hermann Müller, den Staatssekretär Heinrich Schulz, den Tagungspräsidenten Loebe, Dr. Adolf Braun, Dr. Max Duard, den Vorsitzenden der Fabrikarbeiterverbände August Brey und viele andere Partei- und Gewerkschaftsführer, auch den Bürgermeister von Berlin Ritter sowie Erhard Auer, der endlich von den Folgen des Attentats im Landtagsgebäude in München nahezu genesen ist. Die in der sozialdemokratischen Frauenbewegung hervorragenden tätigen Genossinnen sind vollzählig zur Stelle. Am heutigen Sonnabend vormittag tagt Vorstand und Kontrollkommission, während am Nachmittag eine Sitzung des Parteiaussschusses stattfindet.

Kurz nach 10 Uhr eröffnet im Namen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes Frau Marie Juchacz die Frauentagung.

Wels: Genossinnen! Es ist die stärkste Frauenkonferenz sozialdemokratischer Frauen, die sich am heutigen Tage hier zusammengefunden hat. Sie sind aus allen Teilen des Reiches zusammengelommen, getragen von dem Gedanken, fruchtbare Arbeit für das Proletariat, für die heranwachsende Generation zu leisten, Waffen für die Zukunft zu schmieden. Die Frau gewinnt im politischen Leben an Bedeutung. Keine der politischen Parteien, die sich in früherer Zeit der politischen Frau ablehnend gegenüberstellten, vermochte auf diesem Standpunkt stehen zu bleiben. Bis hinein in die Reihen der Konservativen hat man

sich damit abgefunden, die Frau als gleichberechtigt im Rahmen der politischen Betätigung zu betrachten. Die Sozialdemokratie als Vorkämpferin für die Frauenrechte hat einen glänzenden Triumph zu verzeichnen. Dank auch den Frauen, die in der sozialdemokratischen Bewegung das Banner der Gleichberechtigung der Frau zuerst erhoben und zum Siege geführt haben. Sie alle, die Sie hier zusammengelommen sind, stammen aus unseren Organisationen. Sie haben erkannt, daß die Organisation das Machtmittel ist, durch welches die Frauen sich ihre Rechte erobern können. Das Sturmgeschrei der Revolution warf den Frauen das gleiche, freie und allgemeine Wahlrecht in den Schoß und stellte sie als den größten Teil der Bevölkerung gleichberechtigt den Männern nicht nur an die Seite, sondern gab ihnen auch gemäß ihrer Zahl einen größeren Einfluß als den Männern. An Ihnen ist es nun, diese Rechte für die Frauen nutzbar zu machen. Rechte allein nützen nichts, man muß verstehen, sie auszunützen, mit den Waffen, die man in die Hand bekommen hat, nun auch zu kämpfen. Sonst ist der, der die Waffen besitzt, aber ungeschickt in ihrer Führung ist, auch einem Schwächeren unterlegen.

Sie haben dafür zu sorgen, daß die politische Schulung der Frauen in einer Organisation erfolgt, die durch Ihre Hilfe immer stärker und stärker anschwellen muß, die sich nicht nur, wie früher die bürgerliche Frauenbewegung, auf spezifisch weibliche Betätigungszweige, auf Jugendpflege und Fürsorge erstreckt, sondern Sie haben dafür zu sorgen, daß die Frau, die in Haus und Fabrik dem Manne nicht nachsteht, ihm auch als Staatsbürgerin in vollem Maße gleichgestellt wird. Sie haben in unserer Partei dafür den geeigneten Boden. Gestützt durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sind Sie in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Wenn Sie im Anschluß an Ihre Verhandlungen den Beratungen des Parteitages beimohnen, so werden Sie die Ueberzeugung schöpfen können, daß es für uns keine Trennung der Geschlechter gibt, sondern daß für uns das Interesse der Arbeiterschaft ohne Unterschied des Geschlechts obenan steht. Sie werden aus Ihren Verhandlungen ebenso wie aus den Beratungen des Parteitages neue Kraft schöpfen, um in der Heimat weiterarbeiten zu können. Sie werden das hier Gehörte und Gelernte den Millionen von Frauen draußen im Lande übermitteln und es nutzbar machen für die Organisation. Nicht durch Schlagworte und Phrasen erobern die Frauen die Welt, sondern der Gedanke der Agitation, der Organisation, des festen Zusammenschlusses ist es, der seit 50 Jahren von uns in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert worden ist, der allen Zwängen und Wirrungen der heutigen Zeit zum Trotz wiederum erhoben und zur ersten Aufgabe gemacht werden muß. Wenn Sie in dieser Richtung arbeiten, dann werden Sie die Unterstützung der ganzen Partei haben, die auch auf Ihre Tagung mit Spannung sieht, wie auch die Frauenbewegung links und rechts Ihre Tagung mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen wird. Wenn die Berichte über diese Tagung über das Anwachsen der Frauenorganisation in der Sozialdemokratischen Partei in die Öffentlichkeit kommen, dann werden auch die sogenannten revolutionären Frauen Gelegenheit nehmen, sich mit den Ergebnissen dieser Tagung zu befassen. Wenn Zielklarheit, Nähe und feste Besonnenheit Ihre Verhandlungen erfüllt, dann wird das Werk, das Sie erstreben, die fernstehenden für uns zu erobern, in Erfüllung gehen, trotz aller, die glauben, mit radikalen Phrasen die Welt im Sturm zu erobern, dabei aber das Unterste zu oberst lehren.

In diesem Sinne heiße ich Sie namens des sozialdemokratischen Parteivorstandes herzlich willkommen und wünsche Ihren Arbeiten im Interesse der notleidenden Menschheit, im Interesse der heranwachsenden Generation besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)



Frau Windisch-Kassel: Genossinnen und Genossen! Im Namen des Bezirksvorstandes Kassel und im Namen der Kasseler Genossinnen heiße ich Sie herzlich willkommen. Es ist das erstemal, daß eine solche Tagung in Kassel stattfindet, und wir freuen uns herzlich darüber, sie mitzuerleben. Wir hoffen, von den Ergebnissen der Konferenz den besten Gebrauch machen zu können. Unsere Bewegung in Kassel steht noch sehr in den Anfängen, es sind nur wenige Genossinnen, die sich uns angeschlossen haben, doch diese bilden einen guten Kern, und ihre Willenskraft läßt darauf hoffen, daß auch diejenigen Genossinnen, die uns noch fernstehen, mit der Zeit herangezogen werden können. Ich denke sogar, Ihnen versprechen zu können, daß wir einen besseren Bericht über unsere Tätigkeit geben können, wenn wieder einmal in Kassel ein Bezirksfrauenabend stattfindet. (Beifall.) Ich wünsche, daß diese Tagung unter einem guten Stern steht und heiße Sie alle nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Genossin Scholz werden als Vorsitzende gewählt die Genossinnen Zuchacz, Hymek und Windisch-Kassel, zu Schriftführerinnen die Genossinnen Todenhagen-Berlin, Schröder-Altona, Vier-München und Graf-Rösklin.

In die Mandatprüfungs-Kommission werden gewählt die Genossinnen Anzorge, Schilling, Bollmann, Arning und Scheibenhuber.

Die Konferenz tritt in die Tagesordnung ein. Erster Punkt ist:

Die politische und organisatorische Wirksamkeit der Frauen in der Partei.

Zuchacz: Die Referentinnen haben sich dahin geeinigt, daß zu diesem Punkt zunächst Genossin Köhl sprechen soll. Für den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt war ursprünglich neben dem Genossen Caspari die Genossin Anna Wlos bestimmt. Sie ist leider ernstlich erkrankt, und ich spreche ihr im Namen der Konferenz unser allerherzlichstes Bedauern aus.

Frau Köhl erstattet ihr Referat: Sehr geehrte Genossinnen und sehr geehrte Genossen! Unser Genosse Wels hat in seinen begründenden Worten schon auf die ungeheure Wichtigkeit unserer heutigen Zukunft hingewiesen. Mit Recht hat er hervorgehoben, daß viele Richtungen der Frauenbewegung auf die Arbeiten und Beschlüsse der sozialdemokratischen Frauenkonferenz ihre Blinde lenken, und er hat darauf hingewiesen, welche Bedeutung überhaupt unseren Bestrebungen und unseren Arbeiten zukommt. Wir alle müssen uns bewußt sein, welche ungeheuren Gebiete von uns bearbeitet werden müssen, und ich darf wohl sagen, daß die Referate, die heute zur Debatte stehen, so wichtige Probleme berühren, daß es uns allen schmerzlich sein wird, daß wir in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit vieles nur annähernd streifen können. Von einer ganz gründlichen Erfassung und Aussprache wird wahrscheinlich in dieser kurzen Tagung nicht die Rede sein können. Wenn ich aber einen Wunsch aussprechen darf, so ist es der, daß die Anregungen, die hier gegeben werden, so wirksam nach außen hin in die Erscheinung treten, daß, wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, wir schon berichten können von größeren Erfolgen unserer Frauenbewegung.

Wir sozialdemokratischen Frauen betrachten es als feste Formel, daß unsere Frauenbewegung ein ganz selbstverständliches Gebiet der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung überhaupt ist. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir mit unseren Männern gemeinsam in der Partei arbeiten. Aber diese Gemeinsamkeit der Grundauffassung hat doch vielleicht hin und wieder dazu geführt, daß unsere Auffassungen über die Aufgaben und die Ausdehnungsmöglichkeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung erstarrt und veraltet sind.

Was nach einer Richtung hin eine Stärke gewesen ist, der Rückhalt bei unseren Männern in der Organisation, ist meines Erachtens aber auch nach einer anderen Richtung hin eine gewisse Schwäche gewesen. Unsere Bewegung hat nämlich nicht alle die Frauenbewegung berührenden Fragen in ihrer vollen Eigenart erfassen können. Ich hoffe, daß ich von niemanden hier im Saale mißverstanden werde, wenn ich das ausspreche, und will in meinen Ausführungen das noch näher belegen. Das eine dürfen wir aber wohl sagen, daß wir erst dann in der Frauenbewegung etwas erreichen, wenn wir einen festgefühten und gut durchgebildeten Stamm von Frauen haben, die sich durchsetzen können, die in der Lage sind, all das, was eigentlich selbstverständlich sein müßte, bei den Männern innerhalb der Organisation zu erreichen. Das ist sehr schwer für eine Frau, die in der Bewegung doch nun einmal neuer ist als im allgemeinen der Mann, und die nun einmal nicht in dem Umfang über das Maß von Schulung und Ausbildung verfügt, wie es vielfach die Männer in die Bewegung mitbringen. Es ist sehr schwer für diese Genossinnen, sich in den von der Organisation für sie geschaffenen Stellen durchzusetzen. In meinen Ausführungen will ich Ihnen weiterhin begreiflich machen, wie wir ein lebendigeres geistiges und organisatorisches Leben in unsere Organisation bringen können. Ich will nicht gerade Vorschläge machen, die darauf hinauslaufen, daß wir zu einer anderen Form der Frauenorganisation als solcher kommen müssen, aber ich will doch versuchen, einige wenige Gedanken zu äußern, die die Möglichkeit hierfür offen lassen. Und als den ersten Punkt meiner Ausführungen möchte ich die Frage stellen, die etwas in die Vergangenheit hinüberzielt: welche Frauen haben wir von der Sozialdemokratie in unserer Organisation erfasst? Zum besseren Verständnis dessen, was nachher gesagt werden soll, muß ich mir einen ganz kurzen Rückblick gestalten. Damit ist auch Genossin Pfüll einverstanden, die ihre Arbeit mehr darauf gerichtet hat, die uns alle so besonders bewegenden Probleme der Gegenwart zu behandeln.

Wenn wir also die erste Frage: Welche Frauen erfassen wir in der Agitation? aufwerfen, müssen wir sagen: Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist aus der Männerbewegung herausgewachsen und entstanden. Frauen, die den Drang und neben dem Gefühl den Willen hatten zur Befreiung, Frauen, die durch das Buch Wobels „Die Frau und der Sozialismus“ als Frau und als Geschlechtswesen den Sozialismus als die Offenbarung der Frau gesehen und begriffen haben, sind in unserer Bewegung eigentlich sehr wenig gewesen. Die Frauenorganisation ist herausgemacht aus der Tatsache, daß die Arbeiterbewegung sich der Männer bemächtigte, die aus den verschiedensten ökonomischen, wirtschaftlichen Gründen die Organisation, den Zusammenschluß und den politischen Kampf in der Sozialdemokratie anstrebten. Es waren doch zumeist die Frauen der Parteilosgenossen, die mit dem Gedanken der Organisation erfüllt wurden, und es waren hier eben nicht alle Frauen, sonst wäre ja unsere sozialdemokratische Frauenbewegung sehr stark, sondern es waren nur die Frauen der Männer, die erkannt hatten, daß wir ohne die Frauen nicht zum Sozialismus gelangen. Mit anderen Worten: die sozialdemokratische Frauenbewegung war zunächst mehr oder weniger auf den vernünftigen Sinn der Männer angewiesen, die die Frauenbewegung als unbedingt notwendig für den Fortschritt der Menschheit erkannt hatten. Neben diesen Frauen waren es dann die Arbeiterinnen, zu denen wir Zugang erlangten, weil die Not und das Elend sie mit uns verbanden. Aber die Berliner Frauenbewegung kennt, wer die ganze Literatur darüber, wer zum Beispiel darüber den Abschnitt in Lily Braun's

Memoiren gelesen hat, der ist sich klar über das Warum und Weshalb der Form, in der die Frauenbewegung in der Partei herangewachsen ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch einige Ausführungen über die Art der Agitation in Wort und Schrift machen, über die Art der Agitation durch die Presse, Flugblätter, Broschüren, über die Form der Agitation überhaupt, wie wir sie in den Jahrzehnten, die hinter uns liegen, beobachten konnten, wo wir ja selbst mehr oder weniger mitgewirkt und mitgearbeitet haben. Da sehen wir, daß die Art und die Formen der Agitation aus den damaligen Verhältnissen heraus notwendig waren und daß infolge des ganzen Umschwungs der Verhältnisse die Wege, die wir jetzt zu gehen haben, etwas andere sein müssen. Unsere ganze Art der Agitation hat naturgemäß andere Formen bekommen müssen, weil sich in diesen Jahren, besonders in den beiden letzten, ein gewaltiger Umschwung vollzogen hat. Aber der Grundsatz der Frauenagitation, den Nebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ sehr richtig zusammengefaßt hat, wird auch heute noch unser Leitmotiv sein im Kampf um die Befreiung der Frau, der Satz, daß Frauen und Arbeiter gemein haben, Unterdrückte zu sein, und die Fortsetzung dieses Satzes, der ja in unser aller Bewußtsein so fest steht, daß die Frauen noch viel mehr U n t e r d r ü c k t e sind als die Männer, eben weil sie Frauen sind, weil sie dem weiblichen Geschlecht angehören, dem Geschlecht, das jahrhundertlang unter einer Unterdrückung geistiger und seelischer Art gelitten hat. Daraus erwächst als eine Lehre aus der Vergangenheit und als eine Erkenntnis für die Zukunft der Gedanke, der ja schon seit der Frauenkonferenz von 1917 in uns eingezogen ist, daß es sich empfiehlt, die Frauenagitation mehr als es früher geschehen ist, nach der psychologischen Seite hin stark auszubauen. Es genügt nicht allein zu sagen, daß die Frau als Arbeiterin und als Geschlechtsweibchen unterdrückt ist. Es muß vielmehr in der Agitation, die ja die Frauen der Arbeiterklasse erst einmal erfassen soll für den Sozialismus, das Gebiet gepflegt werden, welches die Frau als Mutter umfaßt und alles, was dazu gehört, die Frau als Erzieherin, die Frau als Hausfrau. Das Gebiet der Frau als Hausfrau muß viel mehr die Würdigung erfahren, die ihm gebührt. Dazu kommen die Probleme der Frau als Beamtin, als Angestellte, als Studierende, der Frau als Arbeiterin in der Fabrik und daherum, und noch viele andere Gebiete, die sich der Frau im Laufe der letzten Jahre erschlossen haben. Es ist gar kein Streit darüber möglich, ob diese Berufsarten der Frau mehr vom gewerkschaftlichen oder mehr vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet werden müssen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir an diese Fragen vom Standpunkt der Politik und Kultur aus herangehen müssen. Ich möchte diese meine letzten Ausführungen als eine Anregung betrachtet wissen, mehr als es bislang geschehen ist, das Gebiet der psychologischen Behandlung der Frauenvwelt, die wir für den Sozialismus gewinnen müssen, zu pflegen.

Als eine zweite Frage, die wir kurz beantworten wollen, nenne ich die Möglichkeit der Organisierung der Frau innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung. Sie werden mir ja in der Diskussion wohl bestätigen, daß es ungeheuer schwer ist, die durch die Agitation erfaßten Frauen nun auch für die Organisation und für das Leben innerhalb der sozialdemokratischen Partei reif zu machen. Es ist immer viel eher möglich, die Frauen überhaupt für einen sozialistischen Gedanken zu gewinnen als die Frau zu organisieren. Das hat die verschiedensten Ursachen. Die ledige Frau wird sich noch viel eher für die Parteiorganisation und für das organisierte Leben gewinnen lassen als das junge Mädchen. Sie alle wissen, daß unsere sozialdemokratische Frauenbewegung sich viel mehr auf die verheirateten

Frauen stützt. Die ledigen Frauen spielen nicht in dem Maße in unserer Bewegung eine Rolle, wie es z. B. in der bürgerlichen Frauenbewegung der Fall ist. Ein erschwierendes Moment für die Organisierung der jungen Mädchen ist die ganze Art der Frauenerziehung, wie sie durch das proletarische Heim und wie sie auch durch die Volksschule erfolgt; denn dabei werden die allgemeinen und besonderen Bedürfnisse einer Pflege der Frauenbewegung nicht so erfüllt, wie es notwendig wäre. Bei dem jungen Mädchen ist es die Lebenslust, oftmals nur das Amüsierbedürfnis, die Hoffnung auf den Mann und das Sehnen nach hausfraulicher Arbeit, die zusammengenommen Ursachen für die politische Gleichgültigkeit des Mädchens bilden. Bei der verheirateten Frau ist zumeist das wirtschaftliche Hindernis die Veranlassung dafür, daß ihre Organisierung so schwer ist. Es gibt Tausende von Parteigenossinnen in unserer Bewegung, die es als selbstverständlich bezeichnen, daß sie allein organisiert sind. (Sehr richtig!) Tausende von unseren Männern sind überzeugt, daß es vollkommen genüge, wenn sie sozialdemokratisch organisiert seien. Ich will damit nicht sagen, daß das nun ein besonderes Schuldkonto des Mannes ist, sondern ich will nur aussprechen, daß diese Männer sehr engstirnig sind; denn sie erkennen das große Ziel des Sozialismus überhaupt nicht; sonst könnten sie zu einer solchen Mißachtung der Persönlichkeit der Frau überhaupt nicht kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Mißachtung der Persönlichkeit der Frau ist auch sogar im kleinen Bezirk bei führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei zu finden. Wenn durch meine Ausführungen das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Frauenbewegung bei diesen Männern gestärkt wird, dann habe ich viel erreicht. (Sehr gut!)

Genossin Pfüß hat in ihrem Gutachten zum Programm schon in treffenden Sätzen darauf hingewiesen, daß die ganze unmoderne Art der Haushaltsführung, die ganze unmoderne Art der Organisierung des Familienlebens, wie wir sie heute haben, die Frauen am Boden hält, sie einfach nicht zu der Entfaltung kommen läßt, wie wir sie im Gesamtinteresse der Menschheitsbewegung notwendig hätten. Der Grund dafür, daß die verheirateten Frauen sich so schwer organisieren lassen, liegt hauptsächlich in dem Lebensstil, der heute noch in den proletarischen Haushaltungen selbstverständlich ist (Sehr richtig!), der noch nicht durch eine ganz andere Form der Organisierung des Haushalts überwunden werden kann. Wenn ich hier sage, daß die Zukunft der Frauenbewegung von der Lösung dieser Frage abhängig ist, so beweise ich mich wahrscheinlich in den Gedankengängen der meisten hier anwesenden Genossinnen, die sicherlich der Genossin Pfüß zugeben werden, daß sie die Situation ganz richtig gekennzeichnet hat. (Zustimmung.)

Der dritte Punkt betrifft die Frage: Wie hat sich die bisherige Wirksamkeit der Frau in der Organisation abgespielt? Die Frauenbewegung — dessen hat uns ja der Genosse Wels versichert — genießt den besonderen Schutz der Sozialdemokratischen Partei. Aber die Frauenbewegung als solche hat bisher meiner Meinung nach noch nicht die besondere Pflege, die ihr zusteht, genossen. (Sehr richtig!) Die Pflege der Frauenbewegung ist heute tatsächlich von den Genossinnen abhängig, die in der Bewegung tätig sind und die ein ungeheures Maß von persönlicher Aufopferung und Selbstenkäuferung im Kampfe für den Sozialismus leisten. (Lebhafte Zustimmung.) Das trifft für jede einzelne Genossin, die draußen im Lande im kleinsten Kreise für den Sozialismus arbeitet, zu. Sie alle haben als Distriktsleiterinnen, als Bezirksführerinnen, als Mitglieder der Ortsvorstände und der Bezirksvorstände ein ungeheures Maß von Arbeit, das in vielen Fällen über ihre Kräfte geht, übernommen. Ich will hier nicht davon sprechen, daß unsere

Parteigenossen in der Bewegung aus irgendeiner bösen Absicht heraus die Wichtigkeit der Frauenbewegung nicht so anerkennen, wie es notwendig ist. Die Genossen, soweit sie Aemter haben, sind mit den Arbeiten der allerwichtigsten Art dauernd beschäftigt. Die vielen Gebiete, die sich aus der ursprünglich verhältnismäßig einfachen Arbeiterbewegung entwickelt haben und die die Menschen leider innerhalb unserer Bewegung gar zu sehr in ihrer Kraft zersplittern, nehmen die Kraft der Männer so fort, daß ihnen das Gefühl für die Wichtigkeit der Frauenbewegung nicht so inneohnt, wie es der Fall sein müßte. Was aber für die Frauenbewegung allerorts hätte geschehen können, wäre die Ueberwindung der verschiedensten Widerstände gewesen, beispielsweise die Erfüllung der Forderungen nach Parteisekretärinnen. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang ein Beispiel dafür anführen, wie die Dinge heute liegen. Vor dem Kriege schon bestand im Parteivorstand der Gedanke, überall, besonders aber in den katholischen Teilen Deutschlands, die Frauenbewegung besonders zu pflegen. Dieser Gedanke war in so starkem Maße vorhanden, daß man im Rheinlande eine Sekretärin anstellte. Die Verhältnisse während des Krieges brachten es mit sich, daß diese Sekretärin ins Hauptbureau berufen wurde. Das Rheinland ist ein Gebiet, das ungeheuer schwer zu besetzen ist, weil dort der Katholizismus und somit das Zentrum dominieren. Wir haben im Rheinland mittlerweile eine sehr große Anzahl von Sekretären zur Pflege der Arbeiterbewegung bekommen, aber noch keine Sekretärin, die die Fäden wieder anknüpfen könnte, die während des Krieges zerrissen wurden. Ich will damit nicht etwa eine Anklage erheben, aber hier ist doch nach meiner Ueberzeugung der Beweis erbracht, daß die Pflege der Frauenbewegung, nachdem wir das Frauenwahlrecht bekommen haben, nicht von selber kommt, sondern daß von oben herunt und von unten herauf im vollsten Bewußtsein dessen, daß die Frage des Sozialismus zunächst die Frauenfrage ist (sehr richtig!), eine Lösung dieser Frage zu erstreben ist. Wie nun die bisherige Wirksamkeit unserer Frauen innerhalb der Parlamente war, wissen Sie. Wir sind, weil wir die große Zahl organisierter Frauen nicht hinter uns haben, zahlenmäßig nicht so stark vertreten, wie es nötig wäre. Sie kennen ja die berühmte Wendung in allen Statuten und Bestimmungen, daß immer „möglichst“ eine Genossin irgendwo vorhanden sein muß, und Sie wissen, daß oftmals die örtlichen Verhältnisse zufälligerweise eine Persönlichkeit an die Spitze bringen, die für den betreffenden Ort nicht die geeignetste Persönlichkeit ist, sondern die an einem anderen Platze vielleicht viel Besseres leisten könnte. Die Frau in der Bewegung hat die Aufgabe, innerhalb der Gesamtorganisation die Frauenbewegung zu fördern; sie ist gewissermaßen die Führerin im kleinsten Kreise. Von ihr wird verlangt, daß sie die Rechte der Frauen in der Organisation wahrnimmt. Wenn nun die Genossen in den einzelnen Orten und Distrikten nicht ein hervorragendes Maß von Einsicht für die Frauenbewegung überhaupt besitzen, dann haben die in den Vorständen sitzenden Frauen eine sehr schwierige Arbeit zu vollführen. Wir sind tatsächlich bei unserer bisherigen Wirksamkeit immer auf die Einsicht der Genossen angewiesen gewesen, und wir werden darauf auch in der Zukunft angewiesen sein. Diese Einsicht können aber die Männer nicht ohne weiteres haben, weil sie in der Gesamtbewegung so außerordentlich stark belastet sind. Ich möchte deshalb an die Genossinnen den Appell richten, daß sie die Zurecht und den Mut mitnehmen, um draußen innerhalb der Bewegung vorwärts zu kommen. Dieses Bewußtsein brauchen wir, wenn wir die schwere Arbeit der Frauenagitation und Frauennorganisation weiter leisten wollen.

Der vierte Punkt bezieht sich auf „die Organisation und die Berücksichtigung der Fraueninteressen in der Organisation“. Wir, die wir schon lange Jahre in der Bewegung stehen, haben als eine selbstverständliche Formel das Gefühl mitzubringen, daß die Sozialdemokratische Partei unser gemeinsamer Kampfesboden ist. Diese Formel kann aber zu einer Erstarrung des geistigen Lebens innerhalb der Frauenbewegung führen. Ich habe nichts so bebauert als die Tatsache, daß im vergangenen Jahre auf dem Parteitag in Weimar die vielleicht etwas unglücklich ausgedrückte Forderung der Frankfurter Genossinnen nicht die Berücksichtigung und das Verständnis gefunden hat, das der ganzen Frauenbewegung zukommen muß. Der Verkehr der Parteigenossinnen in der Bewegung ist vielleicht durch die Art des Verkehrs mit dem Parteivorstand noch vielen Richtungen hin gehemmt. Der ganze Verkehr spielt sich vom Parteivorstand zu den Bezirksorganisationen ab, und wir haben oft beobachtet, daß beispielsweise Rundschreiben, die für die Frauen in den Bezirksorganisationen bestimmt waren, gar nicht an die Stelle gelangten, wo sie hingehörten. (Hört, hört!) Wäre nur in der Bezirksorganisation eine Sekretärin oder überhaupt eine Frau, die in ständiger Fühlung mit den Bezirkssekretariaten stände, so könnte jeder Eingang vom Parteivorstand sofort von dieser zuständigen Frau daraufhin geprüft werden, ob er die Frauenbewegung etwas angeht oder nicht. Wir brauchen in dieser Beziehung nicht nach neuen Formen der Organisation zu suchen. Wir haben diese Form des Verkehrs mit dem Hauptvorstand in der Tat schon an manchen Stellen. Was wir aber brauchen, ist, daß der schriftliche Verkehr zwischen dem Parteivorstand und den Bezirkssekretariaten sich sofort auf die Frauenbewegung auswirkt. Die Parteigenossinnen, die in den Bezirksorganisationen irgendwie als Sekretärinnen usw. tätig sind, müssen durchsehen, daß allem, was die Frauenbewegung angeht, sofort die Beachtung geschenkt wird, die notwendig ist. Die Dokumente, die mit Bezug auf die Frauenbewegung ins Land hinausgehen, dürfen nicht in die Papierföhrde wandern. Ich möchte an die Sekretäre, die wir in den Bezirken haben, die Bitte richten, daß sie, solange wir keine größere Wirksamkeit der Frauen als Sekretärinnen haben, alles das, was die Frauenbewegung betrifft, an die zuständige Stelle weiterleiten.

Als fünften Punkt möchte ich die Frage aufwerfen: Haben die Frauen im jetzigen Organisationskörper die vollste Bewegungsfreiheit? Theoretisch ist diese Frage mit ja zu beantworten, aber praktisch müssen wir sie verneinen. Nur dort, wo ein alter Stamm der weiblichen Parteimitglieder vorhanden ist, nur gewissermaßen in den Hochburgen der Frauenbewegung, ist vielleicht eine sehr große Lebendigkeit vorhanden; aber die jetzige Form der Organisation gewährleistet nicht in dem wünschenswerten Maße die Bewegung der Frau in der Organisation. Hier müssen Mittel und Wege gesucht werden, um nun in die ganze Bewegung Leben hineinzutragen. Wie das geschehen kann, dafür ein Beispiel. Ich verweise auf die Hamburger Organisation und deren Richtlinien für die Agitation und für die Organisation. In der von einem Vorstandsmitglied herausgegebenen Broschüre „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung“ finden die Genossinnen wesentliches für die Organisation niedergelegt. Wenn wir uns an allen Ecken und Kanten innerhalb der Organisation stoßen, so haben wir vor allen Dingen die in dieser Broschüre enthaltenen Gedankengänge anzuwenden, um somit zu einer größeren Lebendigkeit für die Frauen im jetzigen Organisationskörper zu kommen. Ich habe doch in Weimar den Eindruck gewonnen, daß diese Selbstverständlichkeit von den Genossinnen noch nicht so erkannt worden ist, wie es wünschenswert wäre. Die notwendige

Bewegungsfreiheit haben die Frauen bisher noch nicht; aber das liegt auch zum Teil an den führenden Genossinnen selbst. Es muß alles das, was uns die Organisation bietet, bis ins kleinste durchgeführt werden.

Als sechster Punkt ist die Frage zu beantworten: Ist heute die Möglichkeit gegeben, eine individuelle Behandlung der Frauenprobleme und Zeitfragen herbeizuführen? Die Möglichkeit, diese ganzen Probleme, wie sie namentlich in der letzten Zeit aufgetaucht sind, zu pflegen, ist tatsächlich gegeben; aber es kommt immer noch darauf an, in welchem Umfange wir innerhalb der Frauenbewegung ein größeres geistiges Leben pflegen und beobachten können. In der Praxis sieht es auch hier so aus, als ob die individuelle Behandlung der Frauenprobleme, die ich in Punkt 1 und Punkt 2 gestreift habe, nicht in der gründlichen Form erfolgen kann, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Die Voraussetzung muß zunächst erfüllt sein, daß die führenden Genossinnen im Lande, im kleinsten Kreise, nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Zentralbureau in Berlin in regem Verkehr stehen. Ich weiß aus Besprechungen in Berlin, daß dieser rege briefliche Verkehr der Parteigenossinnen im Lande mit dem Zentralbureau nicht in dem wünschenswerten Maße besteht. Es kommt hierbei tatsächlich auf die Genossinnen draußen im Lande an. Wenn irgendeine Frage die führenden Genossinnen bewegt, dann wäre es meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Adressen in Berlin als Anschrift benutzen, um ihre Gedanken, ihre Wünsche und Forderungen sofort dem Frauenbureau oder der Vertretung im Parteivorstande zu übermitteln. Wenn die Möglichkeit zu einer individuelleren Behandlung der Frauenprobleme und Zeitfragen geschaffen werden soll, dann ist es eine Vorbedingung, daß die Genossinnen im Lande diesen Problemen auch die notwendige Beachtung schenken. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß die Korrespondenz mit den Genossinnen im Lande so rege wird, daß der Parteivorstand von selbst darauf kommt, etwa die zweite oder gar die dritte Sekretärin anzustellen. Wir müssen dazu kommen, daß die bestimmten Gebiete von Frauen bearbeitet werden, die sich nun eine gewisse Arbeitsteilung schaffen, damit die Arbeit in der Frauenbewegung nicht mehr länger auf den Schultern von zwei Genossinnen im Parteivorstande allein ruht, wobei die eine Frau sogar noch ehrenamtlich diese Arbeit leistet. Solange wir dieses Verhältnis haben, können wir zu einer individuelleren Behandlung der Frauenfrage und Zeitprobleme nicht gelangen. Das ungeheure Maß von Arbeit, das sich anhäuft, muß auf mehrere Schultern verteilt werden.

Ich komme zu dem siebenten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zur Mitarbeit der Frau im Reich und in den Ländern. Obgleich wir die Partei der Gleichberechtigung sind, obgleich wir der Frauenbewegung innerhalb der Partei immer das größte Maß von Verständnis entgegengebracht haben, so zeigt doch die Zahl der Mandate, die die Frauen haben, wie die Dinge tatsächlich liegen. Ich nehme auch hier selbstverständlich keine Böswilligkeit an; aber es kommt auf das Maß von Verständnis an, und dieses Maß von Verständnis ist nicht zureichend. Wir müssen von dieser Stelle aus den Appell an unsere Männer richten, daß sie versuchen, sich alle ein größeres Maß von Verständnis anzueignen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn die Zahl der Frauenmandate zeigt, daß dieses Maß von Verständnis sehr klein ist, und daß man die Wichtigkeit der Frauenprobleme noch nicht voll erfasst hat. Durch die Mitarbeit der Frau im Reich und in den Ländern sind beinahe täglich neue Gedanken in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten, so daß auch eine bessere Verständigung bei den maßgebenden Stellen bei der Vorarbeit

für diese Wahlen herbeigeführt werden muß. (Sehr gut!) Ich habe es tatsächlich direkt als einen großen Schönheitsfehler empfunden, daß unsere sozialdemokratische Bewegung es nicht fertiggebracht hat, irgendwo in einem Landesparlament an die Spitze eine Frau zu stellen, und zwar als Zeichen dafür, daß sie ein ungeheures Gewicht auf die Arbeit der Frau legt. (Zurufe.) Alle schönen und anerkennenden Worte über die Wichtigkeit der Frauenbewegung müssen und werden nicht Beweise dafür bekommen, wenn man nicht auch nach außen hin dokumentiert, daß die Frauenbewegung eine sozialistische Frage ist. Natürlich muß die Frau, die für die Arbeit in der Frauenbewegung ausgewählt wird, qualitativ alles das mitbringen, was nun für die Ausdehnung sozialistischer Ideen mit Rücksicht auf die Frauen gewünscht und verlangt werden kann. Bei der Auswahl der Frauen muß darauf gesehen werden, daß ihre Mitarbeit im Reich, in den Landesparlamenten, in der Gemeinde usw. aus einer Quelle des Verstehens und den Fähigkeiten entspringt, die die Mitarbeit der Frau auch in dieser Weise fruchtbar gestalten. Wir Frauen lehnen es ab, nur deshalb in irgendwelchen Organen vertreten zu sein, nur, weil wir Frauen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stehen selbst in unseren Bezirken dafür ein, daß nur nach Maßgabe der Qualität, ebenso wie bei den Männern, verfahren wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes berühren. Ich habe durch die Mitarbeit in der Nationalversammlung und dadurch, daß ich die Genossinnen im Lande kennengelernt habe, auch vieles gesehen, was ich nicht als schon begreifbar kann. Namentlich bedauere ich den Mangel an gegenseitigem Gedankenaustausch zwischen den Vertreterinnen des Reichs- und der Landesparlamente. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen in dieser Beziehung unbedingt neue Wege einschlagen. Ein gegenseitiger schriftlicher Verkehr zwischen den Genossinnen im Reich und den Genossinnen der Landesparlamente muß herbeigeführt werden. Sie dürfen nicht nebeneinander arbeiten, sondern miteinander. Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit ist mir vor allen Dingen in der Nationalversammlung beim Bevölkerungspolitischen Ausschuss klar geworden. Wir arbeiteten in diesem Ausschuss der Nationalversammlung ohne jede Verbindung mit dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss in der Preussischen Landesversammlung. Erst als das Gebammengesetz und verschiedene andere Dinge in der Preussischen Landesversammlung beraten wurden, kamen wir zu der Erkenntnis, daß Anknüpfungspunkte zwischen diesen beiden Ausschüssen als eigentlich selbstverständlich gegeben waren. Auf diesem Gebiete muß ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Genossinnen in den einzelnen Parlamenten herbeigeführt werden. Ich weiß zum Beispiel nichts von Baden, nichts von Württemberg, nichts Genaueres von Preußen und den Arbeiten, die dort geleistet werden. Allerdings sehe ich allerlei Schwierigkeiten für die Durchführung dieses Vorschlags. Aber ich würde es eine Zusammenkunft der Reichs- und Landesparlamentarierinnen begrüßen. Vor allen Dingen aber, wenn das nicht möglich ist, müßten die weiblichen Mitglieder der Fraktionen im Reich und in den Landtagen zusammenfassende Berichte über die Tätigkeit an die Zentralfeste zu einem größeren geistigen Austausch geben. (Sehr gut!) Es gibt da ungeheuer wichtige Gebiete, so vor allen Dingen die kulturellen Fragen, die Schul- und Erziehungsfrage, dann das Gesundheitswesen usw.

Ich komme zum achten Punkt meiner Ausführungen, zu der Mitarbeit der Frau in der Gemeinde und zu den Beziehungen dieser Frauenarbeit mit dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Die Wohlfahrtsarbeit ist ja schon von den Frauen unserer Be-

wegung in Angriff genommen worden. Die Arbeit unserer Parteigenossinnen bezieht sich aber in der Gemeinde mehr oder weniger naturgemäß nach den in den örtlichen Bezirken vorhandenen Gegebenheiten und Besonderheiten. Was ich aber sehr vermisse, ist auch hier der Zusammenhang der weiblichen Vertreter in den Gemeinden mit den Genossinnen in ganz Deutschland. Damit komme ich auf die Frage, welche Literatur uns als sozialistische Gemeindeverordnete überhaupt zur Verfügung steht. Wir sind mit unseren Männern zunächst auf die Gedankengänge angewiesen, die in der „Kommunalen Praxis“ niedergelegt sind. In der „Kommunalen Praxis“ habe ich aber bis heute noch keine besondere Pflege der Aufgaben gefunden, die in das Gebiet der Frauenarbeit in der Gemeinde fallen. Wir sind, wie in vielen Dingen, so auch nach dieser Richtung hin, noch rückständiger als die bürgerlichen Frauen, die eine eigene kommunalpolitische Zeitschrift „Die Frau in der Gemeinde“ haben. Das Kapitel „Gleichheit“ wird ja auf unserer Tagung eine besondere Erörterung erfahren. Auf jeder Frauenkonferenz ist die Frage der Frauenpresse besprochen worden. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn wir bei der „Gleichheit“ eine Frauenbeilage etwa alle vierzehn Tage hätten, die gerade das Gebiet „Die sozialdemokratische Frau in der Gemeinde“ behandelt. (Sehr richtig!) Allerdings können wir unserer Genossin Schuld diese neue Belastung nicht zumuten. Aber ich darf, wenn auch die finanzielle Seite der Frage große Schwierigkeiten machen wird, doch wohl sagen, daß eine solche Frauenbeilage eigentlich ein natürliches Organ wäre. Wir kämen damit zu einem Ausbau unserer Frauenzeitschrift, wie wir ihn als Sozialisten nur wünschen können. Am Oberrhein haben wir eine sozialdemokratische Gemeindezeitung. Wenn derartige Gemeindezeitungen nach Bezirken, Kreisen usw. gegründet werden, dann wäre vielleicht noch ein zweiter Vorschlag zu machen, daß diese Parteizeitungen, die also bestimmte Landesteile zu bearbeiten hätten, eine Frauenschau oder Frauenede als Beilage bekämen. Wenn mein erster Vorschlag nicht realisierbar ist, dann müßte wenigstens darauf hingewirkt werden, daß die Orts- oder bezirksweise herausgegebenen Gemeindezeitschriften eine größere Bewegungsfreiheit für die Frau innerhalb der Gemeinde schaffen.

Wenn ich im Zusammenhang mit Punkt 8 die Wohlfahrtsarbeiten auf dem Gebiete der Frauenbewegung genannt habe, so gehört das nach meinem Gefühl organisch zusammen. Wir haben, seitdem wir Gemeindeverordnete sind, einen Einblick in die sozialen und charitativen Aufgaben bekommen, wie sie in den großen und kleinen Gemeinden entstanden sind. Es ist selbstverständlich, daß die Wohlfahrtsinstitutionen in den Gemeinden fast allenthalben ein ähnliches Gepräge haben, nämlich das Gepräge des Ineinandergreifens der öffentlichen Wohlfahrtsarbeit mit der privaten. Damit müssen wir rechnen. Die Stadt Köln hat zum Beispiel eine Zentrale für öffentliche Wohlfahrts- und Armenpflege. Dieser Zentrale gehören zunächst an die beiden Bürgermeister, von denen der eine das gesundheitliche Gebiet der Stadt bearbeitet und der andere die sozialen Aufgaben in der Armen-, Waisen- und sonstigen Fürsorge. An der Spitze der Zentrale steht ein Beigeordneter, und als Stellvertreter ein zweiter. Ihr gehören sämtliche Vereine außerhalb der Stadt Köln an, die sich mit sozialen Aufgaben beschäftigen. Diese Verquickung städtischer Arbeit mit privater Wohlfahrtsarbeit ist im ganzen rheinischen Gebiet vorhanden. Während des Krieges ist es uns gerade in Köln immerwährend zum Bewußtsein gekommen, daß wir als sozialdemokratische Frauen nicht das Maß von Mitarbeit erreichen konnten, was wünschenswert und notwendig gewesen wäre, weil wir eben die „Sozialdemokratische Partei“ waren. Während des Krieges haben sich aber in allen Orten bei der Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen und

sozialdemokratischen Frauen die verschiedensten Berührungspunkte ergeben. Eins war für uns allerdings immer sehr hinderlich, nämlich der Umstand, daß wir von den bürgerlichen Frauen als ein sozialdemokratischer Frauenverein angesehen wurden, es aber doch gar nicht waren. Auf diese Weise kam sehr oft eine Fretführung bei den verschiedensten Dingen zustande, die uns nicht immer zuträglich war. Wenn wir uns nun den Aufbau der Wohlfahrtsarbeit in unserer Partei ansehen, so müssen wir gerade als Gemeindeverordnete es begrüßen, wenn uns die Möglichkeit gegeben ist, in größerer Wirksamkeit als bisher bei den vorhandenen, ineinandergreifenden öffentlichen Einrichtungen mitzuarbeiten. Dazu ist der Ausschluß für Arbeiterwohlfahrt die geeignete Organisation. Es ist die Aufgabe der Frauenorganisation, den Gedanken der Wohlfahrt in sozialistischem Sinne, den Gedanken der sozialen Verpflichtungen der Gemeinde viel mehr zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen gegen den Begriff der „Wohltätigkeit“ im bürgerlichen Sinne mit allen Mitteln ankämpfen.

Zu Punkt 9 möchte ich dann noch einige kurze Ausführungen über die Stärke und die Wirksamkeit der bürgerlichen Frauenbewegung machen. Ich will dabei die bürgerliche Frauenbewegung weder überschätzen noch unterschätzen; aber es ist mir persönlich so gegangen — und ich glaube, einer ganzen Anzahl von Genossinnen auch —, daß ich als junge Genossin den ganzen Umfang und den ganzen Inhalt der bürgerlichen Frauenbewegung nicht von vornherein klar überblickt habe, sondern daß ich mir diese Kenntnis erst durch die Erfahrungen erwerben mußte! (Sehr richtig!) Nämlich die Kenntnis darüber, daß die bürgerliche Frauenbewegung nicht eine Sportbewegung, sondern eine Arbeitsbewegung ist. Die bürgerliche Frauenbewegung ist in der Tat eine aus den Verhältnissen entstandene geistige Bewegung. Es ist auch zu beachten, daß z. B. der Bund deutscher Frauenvereine immerhin etwa 883 000 Mitglieder in seinen Reihen zählt, und daß etwa 26 namhafte Zeitschriften herausgegeben werden, die man als sehr ernst zu nehmende Organe bezeichnen muß und die die individuellen Bedürfnisse der Frauenbewegung beleuchten. Das ist doch ein Ausdruck dafür, daß ein lebendiger, geistiger Gedankenaustausch über alle Zeitfragen und Frauenprobleme dort vorhanden ist.

Die bürgerliche Frau empfindet eben zunächst als bürgerliche und nimmt ihre bürgerlichen Fraueninteressen wahr. Aber die Zahl der über 800 000 organisierten bürgerlichen Frauen und die Zahl ihrer geistigen Ausdrucksmöglichkeiten, also ihrer Presse, sollte uns doch vor Augen führen, daß die besonderen Erfordernisse der Frauenbewegung bei ihnen größere Beachtung finden, als das bei unseren geringeren Mitteln in der sozialdemokratischen Frauenbewegung vorläufig noch möglich ist. Wenn ich z. B. allein an die Arbeitsbewegung der Frauen denke, kommt es mir so recht zum Bewußtsein, daß wir allerlei Hemmnisse zu überwinden haben, um die Besonderheiten unserer Aufgaben immer richtig und immer im richtigen Umfang studiert und populär dargestellt zu sehen. Der große Vorteil der bürgerlichen Frauenbewegung liegt zu einem Teil ja auch darin, daß sie es verstanden haben, die sogenannten besseren Berufe, die gelehrten Berufe der Frauen zu bemühen als ein Glied der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Revolution hat viele geistigen Kräfte auch unter den Frauen freigemacht. Aber es gibt doch z. B. noch weite Kreise von Beamtinnen und weiblichen Angehörigen der verschiedensten Berufe, die eigentlich viel eher zu uns, zur Sozialdemokratie, gehörten als zu den bürgerlichen. Vielleicht würden sie auch kommen, wenn sie das Bewußtsein hätten, in unserer Partei die besondere Eigenart ihrer Lebenslage gepflegt und gefördert zu sehen. Viele dieser Frauen hält ja Standesvorurteil und Klassendünkel ab, zur sozialdemokratischen Bewegung überhaupt zu kommen, aber ich

habe doch mit sehr vielen ernsthaften Frauen gesprochen, die in der demokratischen Bewegung stehen, also unter der Leitung von Gertrud Bäumer und anderen, und ich muß sagen: Viele von ihnen würden für die sozialdemokratische Frauenbewegung zu gewinnen sein, die doch nicht eine ausgesprochene Arbeiterbewegung ist, wie der Sozialismus überhaupt nicht eine Wissenschaft allein für die Handarbeiter ist, sondern für das ganze Volk. Unter den 26 bürgerlichen Frauenzeitschriften gibt es solche für Lehrerinnen, Hausbeamtinnen, die Bestrebungen der Abstinenz, Kindergartenzeitschriften und solcher der Sexualethik usw. Außerdem haben wir noch in einzelnen Landesstellen besondere Zeitschriften: Eine bayerische Frauenzeitung, im Rheinland und anderen Landesteilen. Jedenfalls bringen diese maßgebenden Zeitschriften eine Reihe von besonderen Gebieten zum Ausdruck, die auch in der Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratie von Tag zu Tag mehr Berücksichtigung verlangen.

Als letztes muß bei uns der Gedanke Beachtung finden, daß wir neue Momente in der Agitation und in der Organisation brauchen, daß wir bei der Pflege der geistigen Lebendigkeit der Frauen nach neuen Wegen und Möglichkeiten suchen müssen, weil wir Sozialdemokraten sind, und weil wir uns von den Zeitverhältnissen nicht erst antreiben und überrumpeln lassen können, sondern in vielen Dingen auch den Zeitverhältnissen vorausseilen müssen. In unserer Gesamtpolitik und in unserer Parteibewegung lassen wir uns oft allzu sehr von den Verhältnissen treiben. Diese neuen Momente der Agitation mögen noch so verschieden sein, sie müssen aber immer unseren Zeitverhältnissen und der besonderen Psyche der Frauen Rechnung tragen. Wir brauchen für unsere Organisation und die Pflege der Lebendigkeit der Frauen einen lebhafteren Gedankenaustausch mit der Zentralkommission unserer Genossinnen in der Partei. Mit den Genossinnen im Parteivorstand müssen wir wegen der einzelnen besonderen Frauenfragen in viel engerer Fühlung treten und auch für die Presse und die Zusammenarbeit der Parlamentarierinnen im gesamten Deutschland habe ich ja Anregungen gegeben. Dieser größere Zusammenschluß muß für uns alle der Antrieb sein, nach dieser Aussprache auf der Frauenkonferenz daheim in diesem Sinne und Gedankengang zu wirken. Wir müssen die sozialistische Frauenbewegung zum ausschlaggebenden Faktor in der Frauenbewegung überhaupt machen. Alle ihre Probleme müssen auch von uns und für uns erfaßt, verarbeitet und angewandt werden, immer im Hinblick auf den großen Gedanken der Befreiung der Arbeiterklasse, Männer und Frauen, durch die Männer und Frauen mit dem festen Willen zur wirklichen Befreiung. (Lebhafter Beifall.)

Frau Büßler erstattet das Korreferat: Liebe Genossen und Genossinnen! Es ist mir die Ehre, nein, besser gesagt, die Freude gemorden, vor Ihnen über die politische Wirksamkeit der Frauen zu sprechen. In diesem Zusammenhang mag die Frage aufkommen, ob von einer besonderen politischen Aufgabe der Frauen überhaupt, und nun gar innerhalb der Sozialdemokratie, die Rede sein kann. Ob mit dem Eintritt der Frauen in die Politik lediglich eine Vermehrung der abgegebenen Stimmen evtl. Verschiebungen in der Stärke der Parteien und damit eine Richtungsänderung der Politik bewirkt worden ist, oder ob durch die Politisierung der Frauen eine langsame Wandlung in Inhalt und Geist der Politik schon fühlbar ist oder nicht doch zu erwarten steht?

Es ist schwer, diese Fragen der Reihe nach zu beantworten, so eng ineinander verschlungen erscheinen hier Ursachen und Wirkungen. Ich will es trotzdem versuchen.

Selbst wenn zuträfe, was Richard Waßer heuchlerisch klagend in einem Artikel über den neuen Reichstag behauptet, daß nämlich die Frauen in einem politisch in kein Neuland hinken lassen — ich bezweifle übrigens stark, ob das von den Leuten seines Schlages als Gewinn gebucht werden würde —, selbst dann wäre die Verleibung des Stimmrechts an die Frauen als eine Großtat unserer Partei, als ein Akt der Gerechtigkeit gegen den bisher rechtlosen Teil der Staatsbürger, als ein Akt, der das Persönlichkeitsbewußtsein der Frau gehoben und damit eine wichtige Vorbedingung ihrer individuellen Entwicklung geschaffen hat, anzusehen. Diese nächste, wenn auch nicht an der Oberfläche liegende Wirkung des Frauenwahlrechts ist es aber gewesen, welche die Männer der sämtlichen bürgerlichen Parteien zu Gegnern des Frauenwahlrechts in der Vergangenheit gemacht hat und sie trotz aller parteioffiziellen Erklärungen auch heute noch sein läßt. Denn die individuelle Entwicklung der Frau bedroht nicht nur ihren Besitzstand an der Frau, sondern auch die schöne und bequeme Fabel des höheren Wertes des männlichen Geschlechts innerhalb der menschlichen Gattung und damit ihr Monopol auf die Herrschaft in der Familie und im Staat. Diese hier geschilderte Grundstimmung ist nicht etwa nur in konservativen Männern vorhanden, sondern sie ist auch durchaus die des liberalen Bürgertums, der Demokraten; denn es ist schon so wie Hobbes sagt: „Die meisten Menschen hören mit dem konsequenten ethischen Denken sofort auf, sobald daselbe ihren Lieblingsgewohnheiten entgegentritt, ihre Verdauung hört, ihr Selbstgefühl antastet, ihre Eitelkeit entlarvt, ihr vergangenes und ihr gegenwärtiges Leben richtet. Sie wollen nicht weiter denken, sie wollen ihre Illusionen und Halbheiten nicht aufgeben.“

Und wie steht es in dieser Beziehung in der Sozialdemokratie? Intellektuell, das heißt mit dem Verstand, treten die Sozialdemokraten natürlich für die individuelle Entwicklung der Frauen, für ihre wirtschaftliche und soziale Befreiung ein, denn sie wissen ganz gut, welche ungeheure Gefahr für die sozialistische Entwicklung das Gegenteil bedeuten würde. Aber die große Masse der organisierten Arbeiterschaft ist mit dem Herzen nicht für die Befreiung der Frau (sehr richtig!), und man mag über Gefühlsmomente noch so verächtlich denken, im letzten Ende sind sie doch immer die stärkeren. Wer von den Genossinnen Gelegenheit hat, viel in Bezirksfrauenkonferenzen zu arbeiten, wird wissen, wie die Klagen der Genossinnen in dieser Richtung eine bewegliche Sprache sprechen. Der Geschlechtsstolz trägt eben nur zu gern den Sieg davon über die Prinzipien. Die aus diesen Tatsachen hervorgehende Erkenntnis, daß die Befreiung der Frau nur durch die Frau selbst erkämpft werden kann (sehr richtig!), zeigt uns bereits, daß es in der Tat besondere politische Arbeitsgebiete für die Frauen gibt. Diese Erkenntnis hat aber auch zu einer merkwürdigen Bestrebung geführt, die ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen möchte, da sie auch Anhängerinnen unter den Sozialistinnen hat; es ist der Gedanke, eine eigene Frauenpartei zu gründen, die selbständige Listen zu den Parlamenten aufstellt und auf diese Weise den Fraueneinfluß in der Gesetzgebung stärkt. Ich will einmal ganz davon absehen, daß die Geschlechtsolidarität, die zu einem äußeren durchschlagenden Erfolg notwendig wäre, bei den Frauen durchaus nicht vorhanden ist; ich will nur von der inneren Schwierigkeit reden, Menschen der verschiedensten Weltanschauung zu einer Partei zu vereinen. Was für ein Zwittrermüß das werden! Vielleicht erlauben Sie mir, Ihnen das an einer Einzelfrage anschaulich vorzuführen, an einigen Kulturdokumenten aus dem Jahre 1920, nämlich die Stellungnahme der Frauen verschiedenster Weltanschauung zur unehelichen Mutterchaft. Der Verband deutscher Volksschullehrerinnen

beschloß auf seinem außerordentlichen Verbandstag 1920 in Kassel: „Der Verband deutscher Volksschullehrerinnen lehnt die uneheliche Mutter als Volkserzieherin ab, da die Lehrerin eine Persönlichkeit sein muß, die getragen wird vom Vertrauen der Eltern, und die vor allen Dingen der heranwachsenden Jugend ein Vorbild in Sitte und Selbstzucht sein soll.“ Die Post- und Telegraphenbeamtinnen erklärten auf dem 9. Verbandstag in Hamburg mit 229 gegen eine Stimme: „Das Wesen des Beamtentums bedingt, im Gegensatz zu den freien Berufen, die Unterordnung der vollen Persönlichkeit unter Gesetz und Sitte, die in der unehelichen Mutterchaft grundsätzlich einen Mafel sieht.“ (Hört, hört!)

Das kann man nur Selbstbeschränkung nennen. In Preußen sind neue Bestimmungen über die Zulassung von Hebammenschülerinnen erlassen worden und auf Verlangen der Ständevertretung der Hebammenchaft wurde in die Bestimmungen aufgenommen: „Besonders darf sie nicht unehelich geboren haben.“ (Lebhaftes Hört, hört!) Gibt es da für eine sozialistische Frau noch die Möglichkeit, mit solchen Leuten zusammen eine geschlossene politische Partei zu bilden, in der sich der einzelne doch mehr oder minder dem Gesamtwillen unterordnen muß? Nachdem ich so, wie ich glaube, Ihnen vor Augen geführt habe, daß es nicht möglich ist, eine eigene politische Frauenpartei zu bilden, lassen Sie mich zu meinem Ausgangspunkt zurückkehren, daß es unsere Aufgabe ist, den besonderen Frauenaufgaben innerhalb der Partei zum Durchbruch zu verhelfen.

Genosse Wels hat uns heute schon gesagt: Wir dürfen nicht stehen bleiben bei der Frauenfrage, sondern für uns ist das ganze staatsbürgerliche Leben von größtem Interesse. Ich unterschreibe jedes Wort, das er gesagt hat, aber ich setze an die Spitze, wenn wir volle Staatsbürger sein wollen, müssen wir zuerst dafür sorgen, daß die Frauenfrage im engeren Sinn weitere glückliche Lösung finde. Was ist in dieser Richtung von den wenigen Genossinnen, die bis jetzt in deutschen Parlamenten gearbeitet haben, geschehen? Im Jahre 1919 wurde die deutsche Verfassung verabschiedet. Sie bestimmt in ihrem Artikel 119: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“ Ferner: „Die Mutterchaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ Es kommt dann die Fürsorge für die unehelichen Kinder, denen dieselbe Grundlage für ihre Entwicklung zu schaffen ist wie den ehelichen usw. Was bedeuten nun diese in der Verfassung niedergelegten Sätze? Sie sind nicht Gesetze, sondern lediglich Richtlinien für die künftige Gesetzgebung und Schranken gegen eine etwaige reaktionäre Gesetzgebung. Wir fühlen, seit diese alten Forderungen der Frauen sich in der Verfassung verdichtet haben, um so mehr den Gegensatz, der sich zwischen der Reichsverfassung und dem heutigen bürgerlichen Gesetz zeigt. Ich bin vollkommen derselben Auffassung, die Genosse Naddbruch in seinem Beitrag zum Gutachtenband zum Ausdruck gebracht hat: Wir haben nicht viel Interesse an diesem bürgerlichen Gesetzbuch, weil es vollkommen im Geiste der bürgerlichen Auffassung geschrieben ist und seine Reform insfolgedessen außerordentlich schwer ist. Was wir also heute bei dem politischen Kräfteverhältnis zunächst erreichen können, ist natürlich nicht das Letzte, sondern es ist eben nur eine Reform. Lassen Sie mich zunächst auf die erste Forderung zurückgehen, nämlich die Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe. Es ist Ihnen ohne weiteres klar, daß das heutige Eherecht dieser Forderung in keiner Weise entspricht. (Zustimmung.) Die Ehe war ursprünglich nichts anderes als ein Kaufgeschäft. Der Mann hat die Frau gekauft, sie war sein Eigentum, er konnte sie jeden

Augenblick wegschicken, sie aber war zeitlebens an diesen Mann gebunden, wenn er es wollte. Dieser Kauf hat sich allmählich in einen Tausch verwandelt insofern, als nun ein Vertrag aufgesetzt wurde, weil die Frau auch eine Mitgift mitbrachte. Dieses Vertragsverhältnis hat allmählich eine Verebelung der Ehe mit sich gebracht, weil ja nun auch der Mann gewisse Verpflichtungen in der Ehe auf sich nehmen mußte. Aber es ist immer noch das Recht des Stärkeren gewesen, das in den Ehejahren späterer Zeiten geherrscht hat. Und auch heute noch haben wir ein gesetzlich geschütztes Vorrecht des Mannes in der Ehe. Das neue Gesetz ist um die Jahrhundertwende entstanden, und wie in allen Gesetzen, spiegeln sich auch in diesem die politischen Machtverhältnisse der Zeit. Es ist ja nicht so, daß sich in unseren menschlichen Gesetzen ein irgendwo in den Sternen geschriebenes Eittengesetz widerspiegelt, sondern es sind die politischen Machtverhältnisse, die sich darin zeigen, und das sehen wir gerade in den Ehegesetzen sehr deutlich.

In diesen Gesetzen ist der Frau die juristische Handlungsfähigkeit zuerkannt, nicht aber ist ihr die eheliche Handlungsfähigkeit in voller Freiheit gestattet, sie ist beschränkt durch die Haus herrschaft des Mannes, allerdings in recht verbindlichen Ausdrucksformen: „Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Meinung des Vaters.“ Der Mann hat das Entscheidungsrecht nicht nur in rein männlichen Angelegenheiten, sondern er greift damit auch hinüber in die besondere Sphäre der Frau, in ihr Hausfrauentum und in ihre Mutterrechte und -pflichten. Wir haben heute nicht mehr nur wie früher eine väterliche Gewalt, sondern eine elterliche, aber die mütterliche Gewalt setzt erst nach dem Tode des Mannes ein oder im Falle seiner Verhinderung. Die Frau kann das Kind vor Gericht nicht vertreten, auch nicht bei Rechtsgeschäften, sie kann das Vermögen des Kindes nicht verwalten und über den Aufenthalt des Kindes entscheiden ebenfalls der Mann. In der Pflege, in der Fürsorge und Erziehung der Kinder ist also die Frau dem Willen des Mannes vollkommen untergeordnet. Die historische Entwicklung des gesetzlichen Güterstandes will ich nur ganz kurz streifen. Früher legte die Frau ihr eingebrachtes Gut in die Hände des Mannes. Nicht nur dies wurde nun sein Eigentum, sondern auch wo immer die Frau eigenen Arbeitsverdienst hatte, war auch über diesen der Mann der alleinige Herr. Das hat sich in den neuen bürgerlichen Gesetzen soweit geändert, daß heute die Frau wenigstens ihren eigenen Arbeitsverdienst als ihr zugehöriges Vorbehaltsgut behalten kann. Am schlimmsten daran sind bei einer derartigen Regelung natürlich die berufs- und vermögenslosen Hausfrauen, denn ich brauche Ihnen als sozialistischen Frauen nicht zu sagen, was die wirtschaftliche Abhängigkeit für die Persönlichkeit eines Menschen bedeutet. (Sehr richtig!) Die Wirkung des heutigen Eherechts auf die Frau hat die Wirkung, die eine zu starke Autorität alle Zeit auf den Menschen ausgeübt hat. Sie führt zu den kleinen verächtlichen Listern, die die Frauen anwenden, und die Sie genugsam aus den Witzblättern kennen, zu tausend Täuschungen und Lügen, die den Charakter und den Mut zu der eigenen Ueberzeugung schwächen. Die starke männliche Autorität unterdrückt auch die Urteilsfähigkeit der Frau, und vor allen Dingen — was mir besonders schwierig erscheint — sie hat ihr allmählich den Willen genommen, Verantwortung überhaupt tragen zu wollen. (Sehr richtig!) So ist der schöne Satz entstanden: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.“ Marianne Weber hat über dieses Problem gesagt: „Wenn die Frau aus Bequemlichkeit um des äußeren Friedens willen oder um dem Mann zu gefallen gegen ihre innere Stimme seinem Willen gehorcht, begeht sie einen Frevel an der Menschenwürde, und die

Folgen solchen Verhältnisses wenden sich auch auf den Mann — ja, ich möchte das dahin erweitern: in einer Zeit politischer Befreiung auf die Gesamtheit — zurück. Die ihm Untergeordnete bleibt in der Gesamtheit ihres Wesens „untergeordnet“, ein kaltes Kind, weltfremd, geistig genügsam, beschloffen in ihrem häuslichen Kreis, mit ihren Interessen am rein Persönlichen und Kleinen haften.“ Sie hat — um die Worte eines anderen Schriftstellers zu gebrauchen — Hingebung geübt und dabei Gott verloren, d. h. die in ihr wohnende Idee, der sie zur Wirklichkeit zu verhelfen hat. Wenn man den Frauen, auch denen innerhalb unserer Organisation den gewiß berechtigten Vorwurf macht, daß sie so leicht persönlich werden, daß sie die große Linie nicht zu sehen vermögen, und daß das Sachliche ihnen gleichgültig ist, so liegt das an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, liegt im heutigen Eherecht begründet, und ein persönlicher Vorwurf gegen die Frau kann daraus nicht abgeleitet werden.

Lassen Sie mich zu einem anderen Teil des Eherechts kommen, der noch mehr der Reform bedürftig erscheint: die Ehescheidung. Wie ich Ihnen gesagt habe, war der Mann ursprünglich völlig frei, für die Frau aber war die Ehescheidung etwas Unmögliches. Später hat die Möglichkeit die Ehescheidung erschwert, aber nicht etwa auf Seiten der Frau, sondern auf Seiten des Mannes, weil ja für ihn nun die Ehe mit der Frau etwas wirtschaftlich Wertvolles war. In Rom gab es die freie Ehe, in der beide Teile sich prüfen konnten, in einer recht merkwürdigen Form, die auch in unserer Zeit manchmal als Forderung wieder auftaucht: als Probehe. (Weiterheit.) Man ging auf ein Jahr zusammen, fand man nach diesem Jahre, daß man wirklich zusammengehörte, daß die Ehe keine Täuschung war, dann erst wurden die Formalitäten vollzogen. Wenn einer von beiden Teilen aber vorher auf drei Tage fortging, begann die Rechnung wieder von neuem. So konnte sich die Frau der Besitzergreifung durch den Mann entziehen. Die Unmöglichkeit der Ehescheidung, die wir heute noch haben, ist durchaus ein Kind der katholischen Kirche. Diese hat die Ehe zum Sacrament erhoben, vielleicht ursprünglich in der sehr schönen Absicht, die Eheunsitten dadurch leichter bekämpfen zu können mit dem Gedanken, daß Ehen im Himmel geschlossen werden. Später wurde dadurch dem Mann eine neue Waffe gegen die Freiheit der Frau in die Hand gegeben. Uebrigens hat die Unmöglichkeit der Ehescheidung, die durch die katholische Kirche in das Leben der Völker hineingekommen ist, eine merkwürdige Folge gehabt: Wir treffen nämlich in allen rein katholischen Ländern, z. B. in Italien, die auch heute noch keine Ehescheidung kennen, eine viel lagere Ehemoral als in anderen Ländern. Das liegt daran, daß die Ueberspannung eines Ideals allezeit einen gemaltigen Rückschlag erzeugt hat. Mit der Unlösbarkeit der Ehe war der Verzicht auf die Reinheit der Ehe vernünftig, natürlich wieder nur auf Seiten des Mannes. Nebenbei hat sich die Kirche ja schon mit der Schwachheit ihrer Glieder abzufinden gewußt, indem sie wenigstens den reichen Leuten Dispens erteilte. Bei uns ist die Eheschließung ein bürgerlicher Akt, infolgedessen auch die Ehescheidung. Noch im preussischen Landrecht vom Jahre 1794 war sie viel toleranter. Damals konnte man sich scheiden lassen, wenn auf Seiten eines Ehegatten unüberwindliche Abneigung vorlag oder beide Teile einwilligten. Damit war man dem Zwang überhoben, daß man, selbst wenn ein schweres Verschulden vorlag, seine rein persönlichen Dinge vor das Gericht zerren zu lassen brauchte und alle jene schmutzigen und häßlichen Dinge, die sich heute bei Ehescheidungsprozessen vollziehen. Heute muß auf der einen Seite ein schweres Verschulden vorliegen, nicht nur ein Versehen bei der Wahl. In den Motiven zu dem neuen Gesetzbuch wird geltend

gemacht, daß „der christlichen Gesamtauffassung des deutschen Volkes entsprechend, die Ehe als eine vom Willen der Ehegatten unabhängige rechtliche und sittliche Ordnung und ihrem Begriff und Wesen nach unlöslich“ ist. Als Scheidungsgründe werden unbedingte und bedingte angeben. Unbedingte Scheidungsgründe sind: Ehebruch, Bigamie, widernatürliche Ungucht, Lebensnachstellung und bössliche Verlassen; bedingte: eheloses Verhalten, grobe Mißhandlung — wie grob muß die Mißhandlung aber sein? (Sehr gut!) — und jede schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, aber nur, wenn nach Ueberzeugung des Richters dadurch die Ehe unheilvoll gerüttelt ist. Wie gesagt, in dem zweiten Falle handelt es sich lediglich um das Urteil des Richters, ob er das Vergehen für stark genug hält, die Ehe zu lösen.

Kein Scheidungsgrund ist heute einseitige Abneigung oder gegenseitige Einigung. Heute gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder man ist sehr reich, nimmt sich einen sehr geschickten Rechtsanwalt, der auf sehr geschickte Weise ein Verschulden konstruiert, dann gelingt die Scheidung. Oder man ist vermögenslos, dann bleibt man zeitlebens gefettet an den Menschen, mit dem man sich auseinandergelebt hat und der vielleicht die Persönlichkeiten der aneinander Gebundenen vollkommen vernichtet. Wie entwürdigend dieser Zustand ist, brauche ich Ihnen wohl nicht weiter vor Augen zu führen. Er nimmt allen demjenigen, die mit Verantwortlichkeitsgefühl belastet sind, den Mut zur Ehe und besonders den Mut zur frühen Ehe, die ich für so außerordentlich wichtig halte. Denn wenn junge Menschen heiraten, ist die Gefahr, daß sie sich auseinander entwickeln, außerordentlich groß, und da muß die Möglichkeit sein, daß man — ohne sich gegenseitig zu beschmutzen — in einer schönen, ethischen Weise diese Ehe lösen kann. Wir als sozialistische Frauen müssen deshalb bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches, die hoffentlich nicht mehr allzulange auf sich warten läßt, fordern, daß unsere Genossinnen in den deutschen Parlamenten mit aller Energie dafür eintreten, daß das Eherecht nach den Grundfäden der Gleichberechtigung reformiert wird, daß die Gütertrennung als der gesetzliche Güterstand eingeführt wird, ferner, daß die Lösbarkeit der Ehe auch möglich ist bei einseitiger Abneigung, oder wenn beide Ehegatten sich entschließen, die Ehe zu lösen.

Besonderes Augenmerk werden wir bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Besserstellung der unehelichen Kinder zu richten haben. Ihre Rechtsstellung war ja auch Gegenstand der Beratungen der allgemeinen Verfassungskonferenz in Jena. Die deutschen Verfassungsväter haben die Frage dort erörtert. „Es ist mit Genugthuung zu begrüßen,“ so sagen die von ihnen beschlossenen Leitsätze, „daß der Entwurf eines Reichsnotstandsgesetzes die Verfassungsvormundschaft für alle unehelichen Kinder vorsieht.“ Wir müssen sagen, wenn die Verfassungsvormundschaft für alle unehelichen Kinder notwendig ist, dann auch für alle ehelichen (Sehr richtig!), denn die Verhandlungen über Kindesmißhandlungen haben gezeigt, daß die ehelichen Kinder nicht mehr geschützt sind als die unehelichen. „Dagegen sollte in diesem Gesetz die öffentliche Versorgung der Kinder von den Formen und Einrichtungen der Armenpflege völlig losgelöst werden.“ Das können wir nur begrüßen. „Das uneheliche Kind muß von Jugend an aus öffentlichen Mitteln jederzeit den Unterhalt bekommen, der von den Verpflichteten nicht rechtzeitig geleistet wird.“ Das wird Genosse Caspari vielleicht noch näher beleuchten. „Uneheliche Kinder, deren Väter festgesetzt sind — sei es durch Anerkennung oder durch Urteil —, sind verwandt mit dem Vater und der Mutter, sowie mit den Verwandten des Vaters und der Mutter.“ Nach dem heutigen Stand ist das uneheliche Kind nur mit der



Mutter verwandt, so daß also die alte Form des Mutterrechts sich erhalten hat in dem Recht gegen das uneheliche Kind. Damit hängt aber auch zusammen, daß das uneheliche Kind den Namen der Mutter führt. Ich kann mich nicht begeistern für den Gedanken, daß man von vornherein dem unehelichen Kinde den Namen des Vaters geben soll. Das war ja bis spät in das Mittelalter hinein so; erst unter dem Zwang der Zünfte, die keine neuen Mitglieder haben wollten, hat das Kind den Namen der Mutter annehmen müssen. Es gibt viele uneheliche Mütter, die es viel lieber sehen, wenn ihr Kind ihren eigenen Namen führt, als den Namen des unehelichen Vaters. Ferner wird in den Grundsätzen die Forderung aufgestellt: „Unterhaltsanspruch und Erbrecht sind in derselben Weise zu regeln wie bei den ehelichen Kindern“ — aber nun kommt eine gummiartige Bestimmung — „soweit nicht aus der besonderen Stellung der unehelichen Kinder und aus Rücksicht auf die Familie Abweichungen unvermeidlich sind.“ (Bewegung.) Wann wird sich denn nicht nachweisen lassen, daß die Stellung des unehelichen Kindes oder daß Rücksicht auf die Familie diese Abweichung eben befürworten? Das können wir als sozialistische Frauen niemals mitmachen. (Zustimmung.) Eine wichtige Forderung ist noch die, daß, wo nicht feststeht, wer der Vater des Kindes ist, alle, die während der Empfängniszeit der Mutter beigewohnt haben, zu den Alimentenlosen heranzuziehen sind. Es ist eine unserer vornehmsten Pflichten, überall, wo wir in einem Stadt-, Land- oder Reichsparlament wirken, für die Gleichstellung des außerehelichen Kindes einzutreten, selbst wenn der große Frauenweltkongreß zu Genf im Juni 1920 sich dagegen mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hat. (Hört, hört!) Professor Martin Gruber in München hat zu dieser Stellung des außerehelichen Kindes auch geschrieben und hat die größere Heranziehung der Männer zu den Alimentenlosen mit aller Ausdrücklichheit betont. Seine Ausführungen verdienen indessen wirklich in aller Öffentlichkeit festgenagelt zu werden. Er sagt, es müßten alle Hemmungen gegen das uneheliche Kind geschaffen werden schon deshalb, weil die Kombinationen von Anlagen zu unglücklich seien, weil es doch so oft vorkomme, daß „das Kind zu der mütterlichen sittlichen Gemeinschaft die hohe Intelligenz des verstorbenen Vaters erbt.“ (Große Bewegung und lebhaftes Hört, hört!) Er kommt ferner zu dem Schluß, daß man der unehelichen Mutter das Recht über ihr Kind völlig zu entziehen habe, um die uneheliche Mutterchaft nicht zu einem guten Geschäft werden zu lassen. Das verdient ebenfalls Beachtung. (Hört, hört!) Er verlangt, daß weder die Mutter noch der Großvater mütterlicherseits Vormund werden darf und zwangsweise Fürsorgeerziehung so schnell wie möglich einzuführen habe. (Lebhaftes Hört, hört!) Professor Gruber weiß wenig von Erbil, sonst hätte er das nicht geschrieben. Wenn wir etwas tun können, dann müssen wir das mütterliche Verantwortlichkeitsgefühl heben, selbst wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß die uneheliche Mutter eine Mutter zweiten Ranges ist. Gebt ihr alle Verantwortung für ihr Kind, dann wird sie stilllich gehoben werden. Ich stehe allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß wir sozialdemokratischen Frauen die uneheliche Mutter isoliert von der ehelichen als Mutter zweiten Grades zu bezeichnen haben. Die Verfassung sagt: die Mutterchaft, schlechthin, hat Anspruch auf die Fürsorge des Staates. Für uns gibt es sowohl als Sozialistinnen wie als Staatsbürger überhaupt nur eine Art der Mutterchaft, und die ist uns heilig.

Wichtig ist dann, daß wir in unserer politischen Arbeit nicht übersehen, wie sich ein sehr weittragender Prozeß vollzieht, wie nämlich der Staat allmählich die wirtschaftlichen Funktionen der Familie übernimmt, in dem Augenblick, da wir mit Mehrheitsbeschluß der bürger-

lichen Parteien in die Verfassung hineingeschrieben haben — bei dieser Bestimmung sieht man ordentlich den Professor in Filzpartoffeln schleichen —: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung“ schreiben wir gleichzeitig: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf die ausgleichende Fürsorge des Staates.“ Der Staat übernimmt also damit eine Funktion, die früher lediglich Funktion der Familie gewesen ist. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wie ich es in dem Gutachterband geschildert habe, daß die Mutter wenigstens während der zwei ersten Lebensjahre des Kindes wirtschaftlich freigestellt wird, daß wir staatliche Kinderzulagen gewähren, dann hört die Familie auf, wirtschaftlicher Zweverband zu sein, was sie für die meisten Menschen in der Hauptsache gewesen ist. Ich glaube, daß diese auflösende Tendenz für die Familie nicht hinzuhalten sein wird. Alles, was wir tun können, ist, daß wir die Schäden abwehren, die sich daraus ergeben. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, die Ercheinungen abzulernen, wir müssen das, was als Neues in der Luft liegt, erfassen und zu gestalten suchen, sonst sind wir keine Führer. Es scheint mir allerdings wichtig, daß, wenn der Staat in so hohem Maße wirtschaftliche Funktionen der Familie übernimmt, es nicht mehr angängig ist, daß durch Vererbung der Privatvermögen innerhalb der Familie die Kinder sichergestellt werden. Es ist dann vielmehr nötig, daß das Erbrecht innerhalb der Familie reduziert wird und die dem Staate dadurch anheimfallenden Vermögen mögen dazu dienen, unserer aufwachsenden Generation in ihrer Gesamtheit bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, als das bis jetzt möglich gewesen ist.

Mutterschutz und Kinderfürsorge, Anerkennung auch der unehelichen Mutter, Wohnungsreform, Bodenreform und Siedlungsreform erscheinen mir als ein weit wichtigeres Mittel, die Fremdigkeit zur Bevölkerungsvermehrung zu heben, als Strafgesetzbuchparagrafen das tun können. Wir haben es begrüßt, daß ein Teil unserer Reichstagsfraktion den Antrag empfohlen hat, jene Strafgesetzbuchparagrafen, welche sich mit der Abtreibung beschäftigen, einer Neuregelung zu unterziehen. Ich weiß, daß wir auch in unseren Kreisen bei Leuten, die nicht weiter sehen als ihre Nase, großen Widerstand in solchen Dingen erleben. Aber sorgen Sie dafür, überall draußen, wo Sie in der politischen Arbeit stehen, daß die soziale Hygiene auf alle mögliche Weise ausgebaut wird, dann wird es nicht notwendig sein, derartige Paragrafen in das Strafgesetzbuch hineinzuschreiben. Die deutschen Frauen sind noch nicht so degeneriert, daß sie keine Kinder bekommen wollen. Es ist ihre tiefste Sehnsucht, es müssen nur für die Kinder die richtigen Lebensbedingungen geschaffen werden. (Sehr richtig!)

Den Grundsatz: Mehr Sozialhygiene, weniger Strafgesetze, möchte ich auf das ganze Gebiet der Jugendwohlfahrt ausdehnen. Ich möchte aber die Frage des Strafgesetzbuches nicht verlassen, ohne Sie aufzufordern, dort, wo immer Sie eine politische Stimme in die Waagschale zu werfen haben, für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. (Beifall.) Wo immer Sie eine politische Stimme haben, da betonen Sie den Menschenwert, da betonen Sie, daß man nicht den einzelnen Strafen darf für das, was die Gesellschaft an ihm verbraucht hat. Wirken Sie in diesem Sinne auch in dem kleinsten politischen Kreis, der Ihnen zur Verfügung steht, in der Familie. Schaffen Sie die Prügelschule ab (Sehr richtig!), sorgen Sie dafür, daß sie auch in unseren Schulen abgeschafft wird, dann wirken Sie zugleich auch dafür, daß wir freie Menschen bekommen, lehren Sie die Menschen, aus Verantwortlichkeitsgefühl, nicht aus Furcht ihr Leben zu führen. Dann werden wir auch über das letzte und schwierigste hinwegkommen. (Beifall.)

Wichtig für die Frauen ist denn auch noch die Neuordnung des Versicherungswesens, besonders das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das wir bekommen werden. Ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß die arbeitslose Frau das gleiche bekommt wie der arbeitslose Mann (Zustimmung), wenigstens die ledige Frau. Denn wenn wir schon nicht einsehen, daß wir nicht den gleichen Lohn bekommen, so noch viel weniger, daß die Nichtarbeit der Männer auch noch wertvoller sein soll, als die Nichtarbeit der Frauen. (Geisterkeit und Zustimmung.) Auch bei dem durch den Friedensvertrag vorgeesehenen internationalen Arbeitsamt müssen wir mit allem Ernst, der uns zur Verfügung steht, geschlossen eintreten für den gleichen Lohn der Frauen. Das gilt namentlich auch bei Tarifabschlüssen für die Gewerkschaften. Ich möchte nicht dahin mißverstanden werden, daß ich die politische Arbeit, das politische Denken und unsere politische Sehnsucht auf diesen einen Gegenstand beschränkt wissen wollte. Es gibt schlechterdings nicht eine Frage des öffentlichen Lebens, an der die Frau nicht interessiert wäre bis in alle ihre Tiefen hinein. Aber ich habe über die Frauenfrage deswegen gesprochen, weil ich die Lösung dieser Probleme für die Vorbedingung dafür halte, daß wir, die wir die politische Freiheit erlangt haben, nun aufsteigen von der politischen Freiheit zur politischen Reife. Und das ist nur möglich, wenn der individuellen Entwicklung der Frau alle Möglichkeiten gegeben sind.

Dann wird es auch nicht so bleiben, wie Richard Bahr gesagt hat, daß die Frauen die Männer nicht in ein Neuland haben blicken lassen. Lassen Sie uns nur zur Entwicklung kommen, dann werden wir Ihnen schon unser Neuland zeigen, namentlich in den Beziehungen der Völker zueinander, daß die Frauen ihrem eigentlichen Wesen nach Gegner aller Gewaltspolitik sind, daß eine Kulturpolitik, wie die Frau sie wünscht und ersehnt, nur möglich ist als eine Politik des Friedens. Und in diesem Sinne möchte ich Sie warnen, sich nicht von Strömungen ergreifen zu lassen, die heute Deutschland zu überfluten drohen. Bis tief hinein in das Proletariat hat der Pariser Friedensvertrag mit seinen fürchterlichen Bestimmungen schon eine Stimmung erzeugt, die zu Konsequenzen führen kann, die wir nicht wünschen. Alles, was wir tun können mit aller Willenskraft, die uns zur Verfügung steht, ist Verständigung mit den anderen Völkern zu suchen und so die Bestimmungen dieses Friedensvertrages zu annullieren und nichtig zu machen. Arbeiten Sie dieser Stimmung, die den neuen Krieg schafft, entgegen.

Und wenn die Frau die individuelle Entwicklungsstufe einmal besitzen wird, die wir durch unsere Arbeit erst erreichen müssen, dann wird sich, wie ich hoffe, ein tiefer Wandel in der politischen Kultur vollziehen. Es ist meiner Ansicht nach bei uns noch ein Zeichen großer Schwäche, daß sich die Frauen schon geehrt fühlen müssen, wenn ihnen Männer sagen, daß sie fast „männlich“ betreiben. (Geisterkeit.) Wir haben lange genug reine Männerpolitik gehabt, ich kann aber nicht sagen, daß mein Herz von tiefstem Vertrauen in diese reine Männerpolitik erfüllt ist. Wenn es überhaupt Sinn haben soll, der Frau das Wahlrecht zu geben, dann nur dem, daß sie das ihrige hineinträgt in die Politik. Es ist nicht an dem, daß Gefühlswerte etwas sind, was man aus der Politik ausschalten kann. Das tun auch die Männer nicht. Sie tun nur, als ob sie es täten. (Geisterkeit.) Wir wollen mit vollem Bewußtsein das Gefühlsmoment in die Politik hineintragen. Ich erinnere Sie an Rabindranath Tagores Ausspruch: „Die politische Kultur Europas ist wissenschaftlich, nicht menschlich.“ Und seitdem Machiavelli sein Buch von Fürsten geschrieben hat, wo er eine reinliche Scheidung zwischen der Moral des öffentlichen Lebens und der privaten Moral vornimmt, seitdem sind die

Beziehungen der Völker nicht besser geworden. Ich wünsche, daß die Zukunft die Frauen stärker vertreten sehen wird innerhalb der maßgebenden öffentlichen Körperschaften, damit neben der Intelligenz des Kopfes auch die des Herzens vertreten sein möge, damit wir in der Politik einmal die Güte finden, die wir heute so schmerzlich vermissen. Dazu ist natürlich notwendig, daß wir unsere sittlichen Ueberzeugungen auch auf das politische Leben übertragen. Denn reale Forderungen erfüllen sich von selbst, wenn sie nur in der Richtung des Stromes der Entwicklung gehen, aber die Form bestimmt der lebendige Mensch. Darum lassen Sie sich die Worte Raffalles zu Herzen gehen: „Die Zeit vollbringt sich, doch vollzieht sie sich anders mit Euch, anders gegen Euch. Weh' Euch, wenn sie sich gegen Euch vollbringt.“ In der politischen Arbeit gibt es nichts Großes und nichts Kleines, alles ist wichtig. Besonders wichtig ist, daß jeder sich überlegt, wo die Grenzen seines politischen Könnens sind und daß er seine politische Arbeit dort beginnt, wo die Kraft seines Könnens das Beste leistet. Es ist nicht gesagt, daß allein in den Parlamenten die wichtigste Arbeit im politischen Leben geleistet wird. Wieviel wichtige Arbeit muß auch draußen geleistet werden, um den Menschen erst einmal den Begriff ihrer Menschenwürde zu geben. (Sehr wahr!) Daran mitzuarbeiten, ist jede von Ihnen berufen. Sie können sich dieser Verpflichtung auf keine Weise entziehen. Lassen Sie sich bei dieser Arbeit nicht niederdrücken weder durch menschliche Schwächen anderer, noch durch eigenes Unvermögen, welches jeder zuzeiten empfindet. Ihr Gutsiein sei nicht etwas Verschwommenes, sondern muß aus der Erkenntnis fließen. In dem Sinne hat Romain Rolland ausgesprochen, es gäbe nur ein Gebot: die Welt erkennen, wie sie ist und sie trotzdem zu lieben. Diese Liebe verdrängen Sie bitte zu Wille und Tat, indem Sie helfen, die Menschheit weiter zu bringen. Und darum zum Schluß nur das eine Wort: So wollen, daß man kann! (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzende **Zuchacz** macht darauf aufmerksam, daß bereits 17 Redner für die Diskussion vorgemerkt sind. Auf ihren Vorschlag wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Darauf tritt um 1 Uhr 10 Minuten die Mittagspause ein.

### Nachmittags Sitzung.

Der Kongreß wird durch die Vorsitzende, Frau **Rmed**, eröffnet.

Auf Vorschlag der Genossin **Kirchner** beschließt der Kongreß, zunächst das Referat des Genossen **Dr. Caspari** über „Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt“ entgegenzunehmen und sodann über alle drei Referate gemeinsam zu diskutieren.

Referent **Dr. Caspari**: Genossen und Genossinnen! Es ist dankbar zu begrüßen, daß die diesjährige Frauenkonferenz zu dem wichtigen Thema der Wohlfahrtspflege und der Jugendwohlfahrt Stellung nehmen will. Allerdings ist es völlig ausgeschlossen, im Laufe eines Nachmittags alle die Probleme, die mit den Worten „Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt“ sich verbinden, auch nur annähernd zu erschöpfen. Auf der anderen Seite haben wir und die sozialdemokratischen Frauen in erster Linie die Verpflichtung, zu den Problemen, die nun schon seit Jahrzehnten die Öffentlichkeit beschäftigen, Stellung zu nehmen.

Wenn wir uns mit der Wohlfahrtspflege und insbesondere mit der Jugendwohlfahrt beschäftigen, so können wir feststellen, daß der Begriff der

Wohlfahrtspflege durchaus nicht klar ist. Ein sehr bekannter Wohlfahrtsfachmann bürgerlicher Richtung hat die Wohlfahrtspflege jüngst einmal folgendermaßen definiert: „Wohlfahrtspflege ist der Inbegriff aller Maßnahmen und Einrichtungen, die die Förderung, den Schutz und die Fürsorge der minderbemittelten Bevölkerung auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und erzieherischem Gebiet zum Ziel haben.“ Ein anderer bürgerlicher Vertreter der sogenannten freien Liebestätigkeit hat noch hinzugefügt: „Außerhalb der Sphäre rechtlich gesicherter Ansprüche.“ Von dieser Definition wollen wir einmal ausgehen. Sie bedeutet, daß es keinen Rechtsanspruch auf Wohlfahrtspflege seitens des Individuums gegenüber dem Staate gibt. Diese Definition ist diktiert vom rein bürgerlichen kapitalistischen Gesichtspunkte aus. Sie ist nicht nur einseitig, sie ist geradezu falsch. Niemand, der die Jugendpflege kennt, kann sagen: Jugendpflege ist nicht Wohlfahrtspflege. Die Jugendpflege kommt aber nicht nur der minderbemittelten Bevölkerung zugute. Es wäre schlimm um eine Jugendpflege bestellt, die sich einseitig mit der minderbemittelten Bevölkerung beschäftigen würde, sie wäre das Gegenteil einer Jugendpflege, wie wir sie immer aufgefacht haben. Denken Sie weiter an die Wohnungspflege, an die Berufsberatung, die zweifellos ein Zweig der Wohlfahrtspflege ist. Die Berufsberatung wird in steigendem Maße gerade von den Kreisen in Anspruch genommen, die auf der anderen Seite diese schöne Definition der Wohlfahrtspflege in die Welt setzen und verteidigen.

Für mich bedeutet Wohlfahrtspflege die Summe aller derartigen Bestrebungen, die das Gedeihen der Allgemeinheit durch fürsorgereiche Maßnahmen fördern. Damit ist zweierlei zum Ausdruck gebracht. Erstens, daß die Wohlfahrtspflege planmäßig, nach bestimmtem System, zu arbeiten hat, daß sie umfassende Einrichtungen zu schaffen hat und damit der Gesamtheit zugute kommt; es ist nicht allein Aufgabe der Wohlfahrtspflege, körperlich, geistig, sittlich kranken Bevölkerungssteilen zu helfen, sie zu heben, sondern man muß auch die zweite Seite betrachten; die Wohlfahrtspflege dient auch insofern dem Aufstieg der gesamten Menschheit, als sie die kranken Teile, wenn notwendig unter Zwang, behandelt, entfernt, für sie sorgt. Ich erinnere nur an die Tuberkulosenfürsorge, die die Hilfe zum Gegenstande hat, die an dem einzelnen kranken Individuum geleistet wird. Aber leisten wir denn die Wohlfahrtspflege nur zu dem Zwecke, um dem einzelnen Menschen zu helfen? Nein, wir müssen sagen: Der weitere und höhere soziologische und sozialethische Zweck der Wohlfahrtspflege liegt darin, nicht nur den Kranken zu treffen, sondern die Krankheit, das Uebel selbst zu fassen, und damit ist die Wohlfahrtspflege einer der Faktoren, die an dem Aufstieg der Gesellschaft, der Menschheit, mitwirken.

Damit unterscheidet sich auch die Wohlfahrtspflege von der reinen Wohltätigkeit, die rein individualistisch arbeitet, hier und da gibt, spendet. Die Wohltätigkeit ist niemals systematisch, und sie schafft nicht Einrichtungen, die der gesamten Menschheit zugute kommen. Wo die Wohltätigkeit sich mit einem solchen Mantel umgibt, da ist sie schon Wohlfahrtspflege geworden. Gerade die Tuberkulosenfürsorge zeigt uns handgreiflich das Wesen der Wohlfahrtspflege; einerseits Schutz gegenüber dem Kranken, Schutz gegenüber dem betroffenen Individuum, andererseits aber auch Schutz der Gesellschaft gegenüber dem Krankheitsträger! Beides muß zusammenkommen; dann haben wir erst Wohlfahrtspflege.

Wir müssen fordern, daß wir in Deutschland endlich gesetzgeberische Maßnahmen gerade auf dem Gebiete der Tuberkulose bekommen, die es uns ermöglichen, Kranke aus ihrer Umgebung, evtl. auch gegen ihren Willen, heraus-

zunehmen. Wir müssen hier gegen den Unverstand der Massen ankämpfen, die oft nicht einsehen, daß die Herauslösung des Kranken aus der Umgebung nicht nur dem Kranken hilft, sondern auch der Gesellschaft einen unschätzbaren Dienst leistet. Nicht alles, was im Staat zur Förderung des Gedeihens der Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen geschieht, ist Wohlfahrtspflege. Warum ist beispielsweise die Sozialversicherung keine Wohlfahrtspflege? Die Sozialversicherung ist zwar eine staatliche Wohlfahrtsmaßnahme, aber sie ist nicht Wohlfahrtspflege. Der Begriff der Pflege setzt die Beziehungen von Mensch zu Mensch voraus, die wir in der Sozialversicherung vergeblich suchen. Wir haben jetzt z. B. ein Gesetz über die Wochenhilfe. Dieses Gesetz ist aber noch keine Wohlfahrtspflege. Wenn zu dieser Wochenhilfe die behördlich oder durch eine Vereinigung geleitete Schwangerenfürsorge hinzukommt, dann wird die Wohlfahrtsmaßnahme des Staates durch die behördliche oder freie Wohlfahrtspflege ergänzt. Das charakteristische der Wohlfahrtspflege ist also, alle die Vorkehrungen zu treffen, damit die Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen weiterkommt und insbesondere durch die Pflege am Individuum erst die Beziehung von Mensch zu Mensch geschaffen wird. Das ist es, was die Wohlfahrtspflege zu dem macht, was sie sein soll: Dienst am Einzelmenschen. Durch diesen Dienst am Einzelmenschen fördern wir die Erhaltung und den Aufstieg der gesamten Menschheit. Damit ist zugleich verbunden, daß die Wohlfahrtspflege nicht erst als heilender Faktor einzutreten hat. Wir sind in der gesamten Gesetzgebung in Deutschland viel zu sehr Chirurg als Hygieniker gewesen; wir haben viel zu sehr operiert, statt vorzubeugen und vorzubauen. (Sehr richtig!) Das Wesen der Wohlfahrtspflege besteht meiner Meinung nach in höherem Maße darin, vorzubeugen, als zu heilen. Weugen wir vor, dann brauchen wir nicht so viel zu heilen. In einem der früheren preussischen Etats erschien die Fürsorgeerziehung mit etwa 12 Millionen Mark, während für die Zwecke der Jugendpflege in demselben Etat nur 500 000 Mk. vorgesehen waren. (Hört, hört!) Wenn man also nur 500 000 Mk. für vorbeugende Maßnahmen ausgibt, dann kann man sich nicht wundern, wenn man nachher an chirurgischen Kosten 12 Millionen Mark aufzuwenden hat. (Sehr richtig!)

Aus der Begriffsbestimmung der Wohlfahrtspflege, wie ich sie eben gab, folgt, daß etwa folgende große soziale Gebiete der Wohlfahrtspflege zuzurechnen sind. Bisher hat den Platz der Wohlfahrtspflege in Deutschland vorwiegend die sogenannte Armenpflege eingenommen. Wenn die bürgerlichen Theoretiker und Praktiker der Wohlfahrtspflege sagen: Wohlfahrtspflege ist der Inbegriff von Maßnahmen für die minderbemittelte Bevölkerung, so ist das im Grunde genommen nichts anderes als die Verbrämung einer etwas erweiterten Armenpflege. Die Armenpflege, wie wir sie heute haben, ist selbstverständlich im höchsten Maße reformbedürftig. Das Unterstützungswohlfahrtsgesetz stammt ja vom Jahre 1870 und ist im Jahre 1908 revidiert worden. Wir haben da etwa folgende Forderungen zu stellen: Zunächst hätten alle etwa noch bestehenden Beschränkungen politischer, öffentlicher und privater Rechte und Ehrenrechte aufzuheben, die mit dem Genuß der Armenpflege verbunden sind. Solche Einschränkungen bestehen z. B. noch in manchen Gemeindestatuten. Wenn derjenige, der im Sinne des Gesetzes arm wird, sich an den gesamten Volkörper, den Staat, um Hilfe wendet, so ist er deshalb nicht ein geringwertigeres Individuum. Er muß dieselben bürgerlichen Rechte und Ehrenrechte besitzen wie jeder andere. (Lebhaft Zustimmung.) Wenn man sich in bürgerlichen Kreisen auch noch so sehr dagegen stemmt, so muß der Rechtsanspruch auf Unterstützung im Wege eines Verwaltungsstreitverfahrens verwirklicht werden. Was macht denn die Armenpflege heute so unpopulär? Das Gesetz ist nicht allein daran schuld, sondern auch die Leute, die das

Gesetz ausführen, das sind vielfach die Ehrenbeamten aus dem bürgerlichen Lager, die den Armen als einen lästigen Einbringling in ihre Nachmittagsruhe betrachten. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß geändert werden. Der Mann soll einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, wenn er hilfsbedürftig ist, den er in einem geregelten Verwaltungsstreitverfahren verwirklichen kann. Die Gesichtspunkte der Sozialversicherung, bei der wir ja auch einen geregelten Verwaltungsgang haben, müssen auch hier angewendet werden. Ich freue mich, daß ein so prominenter Vertreter aus dem bürgerlichen Lager, wie der Geheimrat Dieffenbach, einer der Führer in dem Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge, sich offen und ehrlich auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Wir müssen weiter eine genaue Festlegung der Voraussetzungen, der Art und des Maßes der öffentlichen Unterstützung verlangen. Alles das ist heute verschwommen. Wir müssen vor allem die Beseitigung des berücksichtigten Unterstützungswohnprinzips fordern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Armenverhandlungen beginnen heute damit, daß man nach dem Geburtsort, nach dem Vater usw. fragt, und dann wird der ganze Apparat der polizeilichen Ermittlungen in Bewegung gesetzt, und schließlich bekommt man heraus, wo der Betreffende vor jaundso viel Jahren seinen Unterstützungswohnsitz erworben hat, ohne ihn bisher verloren zu haben. Und dann kommt das schrecklichste was es gibt, nämlich der § 5 des Freizügigkeitsgesetzes, die Abschreibung des Armen aus armenrechtlichen Gesichtspunkten heraus. (Sehr richtig!) Gerade die Frauen müssen fordern, daß an Stelle des Unterstützungswohnprinzips das Prinzip des gewöhnlichen Aufenthalts gesetzt wird. Dieser Gesichtspunkt ist ja auch in dem Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes für die Jugendlichen durchgesetzt worden.

Dann müssen wir unbedingt fordern, daß ein Unterschied zwischen der Unterstützung der Erwachsenen und der Unterstützung der Jugendlichen gemacht wird. Die Unterstützung der hilfsbedürftigen Jugendlichen muß in die Hände der Jugendziehungsbehörden gelegt werden, und als solche spreche ich die Jugendämter an. Um aber zu einer gesunden Armenpflege zu kommen, ist vor allem notwendig die Uebernahme der Armenlasten oder wenigstens ihres größten Teiles auf das Reich, auf die Länder. Es geht unter keinen Umständen an, daß man den Kommunen, denen man zum erheblichsten Teile ihre Einnahmequellen genommen hat, die ungeheuren Armenlasten beläßt. (Sehr richtig!) Darunter leiden nicht nur die Kommunen, sondern vor allen Dingen die Armen selbst. (Zustimmung.) Die Leute bekommen in den meisten deutschen Gegenden Unterstützungssätze, die weit unter dem Existenzminimum liegen. Die Gemeinden, die heute 200 und 250 Mk. monatlich zahlen, sind an den Fingern aufzuzählen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es gehört dann in das Gebiet der Wohlfahrtspflege die ganze sogenannte Kriegsfolgenhilfe, also die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, ferner die Gesundheitspflege. Dem, was Genossin Köhl vorher über Köln sagte, kann ich nicht beipflichten. Ich hoffe, sie da mißverstanden zu haben. Wichtig ist, daß alle diese sozialen, diese wohlfahrtspflegerischen Maßnahmen in einer Hand in den Kommunen vereinigt werden müssen (Sehr richtig!), denn sonst kommt es zu einem trostlosen Nebeneinanderarbeiten und zu dem schauerhaften Ressortpartikularismus, zu dem Gegeneinanderarbeiten, das ja nicht nur in den Kommunen, sondern auch weiter nach oben gang und gäbe ist. Die Gesundheitspflege wird in der Zukunft ungeheure Aufgaben zu leisten haben, namentlich die kommunale Gesundheitspflege. Eine Aufgabe möchte ich besonders unterstreichen, nämlich die Fürsorge für die Prostituierten.

Die Prostitution müssen wir endlich einmal, so lange es überhaupt dieses schauerhafteste, was Menschengestalt ausdenken kann, gibt, gleichsam, wenn ich diesen Ausdruck in diesem Zusammenhang brauchen darf, so sittlich machen, wie sie überhaupt gemacht werden kann. Dazu ist notwendig, daß die Reglementierung fällt, daß die ganze Fürsorge für diese Frauen und Mädchen auf die Gesundheitsbehörden übertragen wird. (Sehr richtig!)

Ich rechne weiter zur Wohlfahrtspflege auch das sehr umfrittene Gebiet der Volksbildung. Ich weiß, daß dieses Gebiet für manche Kreise ein Nährmichthlen ist. Man sagt: Ueberlaßt diese Dinge der Schule, den Lehrern. Ich habe von der Volksbildung eine ganz andere Auffassung. Gerade die Volksbildung ist ein prominenter Faktor der Wohlfahrtspflege. Die Bildung am Menschen, die durch die Volksbildung verwirklicht wird, ist in erster Linie ein vorbeugendes Mittel der Verwahrlosung und Verelendung. Wir dürfen nicht immer nur an die gesundheitliche Schädigung unseres Volkes denken, sondern auch an die geistige und sittliche Schädigung, wie wir sie heute in jedem Ort sehen. Ihr können wir nur näherkommen durch eine wirklich von sozialem Geist durchwehte Volksbildung. Man darf allerdings nicht in den Fehler verfallen, daß man nun etwa zu dem Volk mit der Geste des Gebers hinabsteigen will. Die beste Volksbildung ist diejenige, die ebenso viel von dem Schüler erhält wie sie ihm gibt.

Weiter gehört in das Gebiet der Volkswohlfahrtspflege das ganze Rechtsauskunftsweisen und was sich daran schließt. Wir haben gehört, daß im Reichsjustizministerium ein Entwurf für ein sogenanntes obligatorisches Güterverfahren in Vorbereitung ist. Ich habe in dem Wohlfahrtsamt, das ich leite, diesen Dingen etwas vorgegriffen, und zwar nach Frankfurter Muster. Die Frankfurter haben meines Wissens die Ehre, die ersten auf dem Gebiete gewesen zu sein, und zwar ist man von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß sehr viel Rationalvermögen, sehr viel sittliche Würde und Werte jahraus, jahrein im Volke durch das nutzlose herumprozessieren verloren gehen. (Sehr wahr!) In jeder Kommune müßte deshalb meiner Auffassung nach ein Rechtsfriedensamt gebildet werden. Man soll nicht erst den Weg zu den Stufen des Gerichts herauffinden, sondern bevor es zum gerichtlichen Verfahren kommt, soll man zur Kommune gehen und soll dort den ganzen Streitfall vortragen. In 90 Proz. der Fälle wird man, wenn ein verständiger Mensch die Dinge leitet, die Parteien unter einen Hut bringen können. Es ist geradezu beschämend, daß auch Profetarien sich nicht scheuen, der geringsten Dinge wegen vor Gericht zu laufen. (Sehr wahr!) Dieses Uebel abzutreiben, ist Aufgabe der Wohlfahrtspflege. Gerade hier wird sich mit kristallener Klarheit die Beziehung von Mensch zu Mensch zeigen.

Ich rechne weiter zur Wohlfahrtspflege die Arbeits- und Berufspflege, das ganze große Gebiet des Arbeitsnachweises, der Berufsberatung, der Lehrstellenvermittlung usw., auch der Erwerbslosenversicherung. Ich weiß, daß ein Gesetz für die Regelung der Erwerbslosenversicherung in Vorbereitung ist. Ich weiß nicht, ob man immer noch die Erwerbslosenversicherung an die Krankenkassen angliedern will. Ich für meinen Teil fordere, daß man die Erwerbslosenversicherung da angliedert, wo auch sonst die Fürsorge für die Erwerbslosen kulminiert, nämlich im kommunalen Arbeitsnachweis, dem es zur Aufgabe gestellt ist, die Erwerbslosen zu vermitteln.

Als letztes und vielleicht schönstes Gebiet der Wohlfahrtspflege bleibt die Jugendwohlfahrtspflege. Wir wissen, daß ein Jugendwohlfahrtsgesetzesentwurf vorliegt. Meines Erachtens ist es Zeit, uns zu fragen: brauchen wir nicht

statt dieses Haußens von einzelnen Gesetzen endlich einmal ein deutliches Wohlfahrtsgesetz? (Lebhafte Zustimmung.) Das Für und Wider weiß ich wohl abzuwägen. Es wird gesagt: die Zeit ist in Eürung, wir müssen mit Teilreformen vorlieb nehmen. Ich glaube, daß die Zeit noch eine ganze Weile in Eürung bleiben wird, und da ist es doch besser, wenn man einmal, den großen Schnitt macht, anstatt immer wieder Fäden einzuziehen. Das ist natürlich auch eine Frage der Gesetzgebungstechnik. Selbst dem Fachmann fällt es heute schwer, sich in dem ungeheuren Wust der sozialpolitischen Bestimmungen auch nur einigermaßen zurechtzufinden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen zu einer Kodifikation eines deutschen Wohlfahrtsrechts kommen, und diese Kodifikation in Angriff zu nehmen, halte ich für eine Pflicht der Sozialdemokratie.

Nun kommen wir zur Jugendwohlfahrt, die einer Frauenkonferenz, die praktische Arbeit leisten will, nur allzu nahe liegt. Sie wissen, daß im Artikel 8 der Reichsverfassung gesagt ist: das Reich hat die Gesetzgebung über die Bevölkerungspolitik, die Mutterchafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge. Wir finden hier den Ausdruck: „Jugendfürsorge“. Ich habe selbst Debatten beigewohnt, in denen man sich darüber stritt, wie das gesetzgeberisch gemeint gewesen sei; ob der Ausdruck Jugendfürsorge nicht allgemein im Sinne von Jugendwohlfahrt zu verstehen sei. Ich habe in den Debatten betont, daß, wenn man etwa daran gedacht habe, nur die Jugendfürsorge durch das Reich regeln zu lassen, so sei doch auf den Art. 9 der Reichsverfassung zu verweisen, der besagt, daß, soweit ein Bedürfnis für den Erlass von Vorschriften vorhanden ist, das Reich die Gesetzgebung über die gesamte Wohlfahrtspflege hat. Ich möchte den Männern in Deutschland sehen, der ernstlich behaupten wollte, daß für den Erlass eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes heute kein Bedürfnis vorhanden ist. Wir fordern so schnell wie möglich den Erlass eines Jugendwohlfahrtsgesetzes. Sie werden aus der Presse entnommen haben, daß ein solcher Gesetzentwurf seit Monaten im Reichsministerium des Innern fertig vorliegt. Ich hatte selbst die Ehre, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten und kenne daher auch seine Mängel. Der Entwurf ist bei weitem nicht das, was wir etwa wünschen. Aber er hat eine ganze Menge guter Seiten. Wenn wir in der Lage wären, alles das durchzuführen, was der Entwurf bietet, würden wir ein gut Stück auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt weiterkommen. Wir sind aber hier nicht dazu da, Kritik an vorhandenen Regierungsentwürfen zu üben. Unsere Aufgabe ist, überhaupt Stellung zur Jugendwohlfahrt zu nehmen und unsere Forderungen zu präzisieren. Wenn wir ein Gesetz für die Jugend schaffen wollen, so muß es die Jugendpflege und die Jugendfürsorge umfassen, darf aber dabei die Jugendbewegung nicht außer acht lassen. Die Definitionen der Jugendpflege und Jugendfürsorge sind Ihnen ja wahrscheinlich geläufig. Unter Jugendpflege versteht man herkömmlich die Pflege der sog. in jeder Beziehung normalen, gesunden Jugend. Unter Jugendfürsorge versteht man den Anbegriff der Maßnahmen, die sich mit der irgendwie körperlich, geistig, sittlich abnormen Jugend befassen. Schwieriger ist schon die Frage der Jugendbewegung. Die Jugendbewegung kann man am ehesten dann in ihrer wahren Bedeutung erkennen, wenn man sie der Jugendpflege gegenüberstellt. Bei der Jugendpflege ist das Verhältnis des Erwachsenen zur Jugend das des Subjekts zum Objekt. Bei der Jugendbewegung ist die Jugend allein Subjekt. Bei der Jugendpflege ist der Erwachsene der Erzieher; bei der Jugendbewegung ist die Jugend selbst Erzieher, und darum ist die Jugendbewegung ein so außerordentlich wertvoller Faktor, den wir auch von Parteiseiten gar nicht genug unterstützen können. (Sehr richtig!) Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir zwar nicht die Jugendbewegung in dem Jugendwohlfahrtsgesetz behandeln

können, aber die Vertreter der Jugendbewegung müssen wir nachher zur positiven Arbeit gewinnen.

Welches soll nun das Ziel des Gesetzes sein? Es soll Jugendpflege und Jugendfürsorge umfassen. Aber damit ist das Ziel nicht erschöpft. Das Ziel bedeutet nichts anderes als Erhaltung und Förderung jedes Menschenlebens von der Geburt bis zur Volljährigkeit. Bereits vor der Geburt hat die Fürsorge einzusetzen, und zwar in der Form der Schwangerschafts- und Hebammenfürsorge, wie wir sie in einer ganzen Reihe von Städten schon haben. Um jedes Menschenleben von der Geburt bis zur Volljährigkeit zu erhalten und zu fördern, dazu ist notwendig, daß wir den Erziehungsanspruch des Kindes sicherstellen. Alles, was mit unserer Jugend geschieht, ist letzten Endes Erziehung. Man darf Erziehung nicht nur als die geistige und sittliche Erziehung auffassen. Auch die Pflege des Säuglings ist schon Erziehung. Heute liegen die Dinge so, daß das Kind nach bürgerlichem Recht einen Erziehungsanspruch gegenüber seinen Eltern hat. Aber vollkommen fehlt der Erziehungsanspruch gegenüber dem Staat. Auch die Weimarer Verfassung hat zu meinem Bedauern nicht den Satz ausgesprochen, daß jedes deutsche Kind ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung hat. Dieses Grundrecht des Kindes hätte in der Verfassung verankert werden müssen. Wenn es vergessen worden ist, so ist es Zeit, es durch das Jugendwohlfahrtsgesetz nachzuholen. Nun wird gesagt: das ist letzten Endes doch nur Theorie. Heute vormittag ist von der Genossin Küßl schon gestreift worden, daß die Entwicklung dahingeht, daß sich die Funktionen der Familie immer mehr von den Funktionen des Staates ablösen. Auch auf der letzten Fürsorgetagung in Jena hat Klumker, umbrandet und umtost von dem Widerspruch der bürgerlichen Kreise, in geradezu herzerweichender Weise gesagt: Waschen wir uns doch nichts vor; die Familie versagt ja heute schon in sozialer Hinsicht, daß es ein Wahnsinn ist, immer von der Familie und dem Schutz der Familie zu sprechen, wo doch die Familie selber immer wieder den Schutz beim Staate sucht. (Sehr richtig!) Ich bin der letzte, der etwa sagen würde: Wir reißen alle Kinder aus der Familie heraus und lassen sie staatslich erziehen. Aber wir wollen auch nicht sagen, daß die Familie ein unbedingtes Anrecht auf Erziehung ihrer Kinder hat. Das Kind hat umgekehrt ein Anrecht auf Erziehung durch die ihm nahestehende Familie. Wird ihm dieses Recht aus irgendeiner Grunde nicht gewährt, dann hat die große Familie, der Staat, einzusetzen. (Sehr richtig!) Dieser Grundsatz muß an die Spitze des Gesetzes gestellt werden. Der Ausdruck Familie ist allerdings ein verschwommener Begriff. Das Wort Familie ist ein Fremdwort, stammt aus dem Römischen Recht und hat ganz andere Voraussetzungen als wir heute damit verbinden. Ich stimme mit Klumker vollkommen überein, wenn er sagt: Familie ist nur ein schönes Wort, wo ein Begriff fehlt. Der Begriff ist nicht vorhanden und diesen Begriff erziehen wir eben durch das schöne Wort: Familie. Es heißt immer in bürgerlichen Kreisen: „Lassen Sie uns die Familie“. Wenn man aber fragt, was denn die Familie ist, dann wird einem gesagt: Ja, das muß man im Gefühl haben. (Weiterkeit.) Das Kind hat nur einen rechtlichen Erziehungsanspruch gegen seine Eltern und das uneheliche Kind gegen seine Mutter. Wenn diese Personenkreise ihre Erziehungsspflicht nicht erfüllen, dann hat die staatsliche Erziehung einzusetzen. Wenn wir das aber durchsetzen wollen, dann ist es notwendig, Organe zu schaffen. Die öffentliche Jugendhilfe soll also einsetzen, wenn die bürgerlichen Erziehungsberechtigten versagen: aber sie muß ein Gerüst unter sich haben. Dieses Gerüst schaffen wir in Form der Jugendwohlfahrtsbehörden. Als unterste Jugendwohlfahrtsbehörde ist das Jugendamt anzusprechen. Was unseren bisherigen Jugendämtern mangelt, ist vor allem ein einheitlicher Auf-

gabenkreis. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Nach meiner Auffassung muß jeder Selbstverwaltungsbereich (Kommune, Kreis usw.) ein Jugendamt haben, das als eine Abteilung des Wohlfahrtsamtes besteht. Aber wichtiger ist die Art der Zusammensetzung des Beirats oder der Deputation, die dem Jugendamt, der Behörde, erst Fleisch und Blut verleiht. In das Jugendamt gehören Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung hinein, der Arbeiter, die Arbeiterin, der Gewerkschaftsvertreter, vor allem auch der Arzt, und wenn die Bürgerlichen so großen Wert darauf legen, dann meinetwegen auch die Geistlichen, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß auch die freie Weltanschauung ihre gebührende Berücksichtigung finden. Das Jugendamt bleibt ein totes Gebilde, wenn nicht eine von erzieherischem Geist besetzte Persönlichkeit an der Spitze steht und wenn nicht hinter dem Jugendamt als das Rückgrat des Ganzen dieser Beirat steht, der seine Ergänzung aus der werktätigen Bevölkerung findet.

Ich komme dann zu den Aufgaben der Jugendämter. Diese Aufgaben sind natürlich gewaltige, verantwortungsvolle. Die Jugendämter haben sich nicht nur mit Jugendfürsorge zu befassen, sondern in ebenso starkem Maße mit der Jugendpflege. Die Jugendfürsorge allein den Jugendämtern zu geben, wie bürgerliche Kreise wollen, würde bedeuten, die Jugendämter von vornherein in Mißkredit zu bringen. (Sehr richtig!) Die schönste Jugendaufgabe ist, Jugendpflege zu treiben. Was ist denn Jugendpflege letzten Endes anders als vorbeugende Jugendfürsorge? (Zustimmung.) Es ist also nicht nur aus Gründen der Praxis, sondern auch aus Gründen des inneren Zusammenhangs erforderlich, daß die Jugendämter die Träger der jugendpflegerischen und jugendfürsorgereichen Bewegung in diesen Selbstverwaltungskörpern sind.

Es wird einem oft entgegengehalten: ja, wo bleibt denn dann die freie Liebestätigkeit? Sie wollen alles sozialistieren, kommunistieren. Es herrscht eine merkwürdige Bewußtseinsverwirrung in dem Lager rechts von uns. (Sehr richtig!) Wenn der Staat eine seiner ureigensten Aufgaben, die zum Teil bisher von der freien Liebestätigkeit allein erfüllt worden ist, zu sich herüberzieht, dann kommen diese Kreise und tun so, als wenn ihnen eine Domäne genommen werden sollte. Die Jugend ist nicht der freien Liebestätigkeit wegen da; (sehr richtig!) wenn die freie Liebestätigkeit im Jugendamt mitarbeiten will, so ist das außerordentlich zu begrüßen. (Lebh. Zustimmung.) Aber in vielen Orten haben sich die Kreise, die es bisher als ihre Domäne betrachtet haben, die so freie Liebestätigkeit auszuüben, zurückgezogen, seitdem die unter sozialistischen Einfluß stehenden Gemeindeverwaltungen bestimmte Aufgabengebiete der Wohlfahrtspflege der Kommune unterstellt haben. (Hört, hört!) Wenn das bürgerliche passive Resistenz sein soll, dann soll man nicht mit dem Wort von der freien Liebestätigkeit kommen, dann soll man einfach sagen: Wir tun das nur, wenn man uns jeden Willen tut. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß die behördliche Wohlfahrtspflege und die sog. freiwillige Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege Hand in Hand arbeiten müssen. Die Behörde kann niemals — das liegt nun einmal im Charakter der Behörde — so lebenswarm arbeiten wie ehrenamtlich tätige Personen, die wir aus den Kreisen der freiwilligen Tätigkeit nehmen.

Die Aufgaben der Jugendämter kann man in drei Gruppen teilen: die Wohlfahrt des noch nicht schulpflichtigen Alters, die Wohlfahrt des schulpflichtigen Alters und die Wohlfahrt für die schulentlassene Jugend. Die Wohlfahrt des noch nicht schulpflichtigen Alters beginnt mit der Schwangerenfürsorge. Die Schwangerenfürsorge hat sich vor allem auf die unehelichen Mütter zu erstrecken, sie soll pflegerische, wirtschaftliche, ärztliche und rechtliche Beratung und Hilfeleistung darbieten. Sie muß den Jugendämtern angegliedert werden. Das

ganze Gebiet des Mutter-schutzes kommt natürlich hinzu, ebenso die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Außerdem die Schaffung von Mütterheimen usw. Die Schaffung von Mütterheimen ist eine Forderung, die wir namentlich im Interesse der unehelichen Kinder zu stellen haben, damit Mutter und Kind nicht durch die Not des Lebens voneinander getrennt werden und das Kind Pflegestellen überwiesen wird.

Bei der Fürsorge für das schulpflichtige Alter wird es sich um die Erfassung der Kinder vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr handeln.

Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend ist vielleicht die schwierigste. Sie wird heute am wenigsten betrieben. Auf diesem Gebiete ist besonders viel notwendig, da es sich hier wesentlich um den Einfluß auf die Charakterbildung der Jugendlichen handelt.

Eine weitere wichtige Forderung, die wir auch auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt zu stellen haben, ist die, daß endlich einmal eine reichsrechtliche Regelung des deutschen Pflegekinderwesens kommt. In dem preussischen Entwurf für ein Jugendfürsorgegesetz von 1917 war noch das Wort *Haltekind* gebraucht und wir haben damals dagegen gewettert, daß dieser scheußliche Name in das Gesetz hineinkommt. Man hält Tiere, Kinder pflegt man. (Zustimmung.) Und deshalb gebührt dem Abschnitt nicht die Überschrift „Haltekindwesen“, sondern „Pflegekinder-schutz“. Der Jugendwohlfahrtsgesetzesentwurf hat dieses Wort aufgepickt und einen Abschnitt „Pflegekinder-schutz“ vorgesehen. Er enthält einen einheitlichen Rahmen für die Schutzbestimmungen für ganz Deutschland. Heute besteht eine Anzahl von Polizei- und Ministerialverordnungen für das Pflegekinderwesen: man verschleibt die Kinder nur zu gern in die Gebiete, wo der geringste Pflegekinder-schutz besteht, wo die geringste Aufsicht über die Kinder vorhanden ist. Und nun erst das Schulalter. Eine Stadt hat das zweite Lebensjahr festgesetzt, eine andere das sechste, eine andere das achte und zehnte. Dabei ist das nachfolgendste, das 14. Lebensjahr, die Beendigung der Schulpflicht. Jeder, der ein fremdes Kind, das noch nicht 14 Jahre ist, zu sich in Pflege nehmen will, bedarf nach meiner Meinung der behördlichen Erlaubnis. Was heißt aber „fremdes Kind?“ Wir müssen alle atavistischen Reminiszenzen in puncto Familie beiseite stellen. (Sehr richtig!) Fremdes Kind ist jedes Kind, das nicht bei den Eltern oder bei der unehelichen Mutter erzogen wird. Wer also ein noch nicht 14jähriges fremdes Kind in Pflege nehmen will, bedarf der Erlaubnis der Behörde, aber nicht mehr wie heute, der Polizeibehörde, sondern der Jugendziehungs-, der Jugendwohlfahrtsbehörde, des Jugendamtes. Es ist ja nicht unbekannt, daß die unehelichen Kinder den größten Prozentsatz der Pflegekinder ausmachen. Und wenn Sie weiter wissen, daß die Unehelichen viermal so straffällig sind wie die ehelichen Kinder, wenn Sie weiter wissen, daß sie weit mehr Arbeitsscheue und Prostituierte liefern als die Ehelichen, so drängt sich die Frage auf: liegt das nicht am Ende an der Pflege des Kindes? Was erwarten wir von einem Menschenkind, das wie eine Ware herumgehört wird, herumgestoßen wird von Pflegestelle zu Pflegestelle und nicht einmal den elementarsten Schutz genießt! Da erkennen wir, daß diese Menschenkinder mit Notwendigkeit asoziale Elemente werden müssen, sich gegen diejenigen wenden müssen, die nicht genug Schutz und Liebe für sie aufgebracht haben, als sie klein und schwach und hilflosbedürftig waren. Wir brauchen dann auch eine Bestimmung, nach der die Jugendämter jeder Zeit, wenn Gefahr im Verzuge ist, das Kind aus der Pflegestelle entfernen können.

Gewissin Pflück hat schon das Problem der Berufsvoormundschaft ange-schnitten. Es ist ja untrennbar verbunden mit dem Problem des unehelichen Kindes und seines Schutzes. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, zu diesen

Schutze der Unehelichen Stellung zu nehmen, das wäre Beratungsstoff für einen ganzen Tag. Das A und O, das wir uns einhämmern müssen, ist: erwarten wir die Fortentwicklung und den Schutz der Unehelichen unter keinen Umständen allein von einer Aenderung des bürgerlichen Rechts. Nicht das bürgerliche Recht — und ich spreche wirklich aus der Praxis — ist berufen, die Lage der unehelichen Kinder fortzuentwickeln. Nehmt den Schutz der Unehelichen heraus aus dem bürgerlichen Recht in das öffentliche Recht und geht endlich einmal den Weg, den ich seit Jahren immer wieder gepredigt habe: bringt die Unehelichen unmittelbar unter den Schutz des Staates, schafft ein gesetzlich geregeltes Vorschutzverfahren vom Tage der Geburt an mit Rückgriff gegen die Unterhaltspflichtigen und Ihr werdet nicht mehr die halbe Sterblichkeit der Unehelichen haben und eine gesunde Nachkommenschaft, die nicht mehr ein unsoziales Element bildet! Heute wird ein uneheliches Kind geboren, um meistens sofort um seine Existenz kämpfen zu müssen. Ein eheliches Kind — die Ausnahmefälle sind nicht mitzuzählen — genießt den Schutz dessen, der es erzeugt hat. Für das uneheliche Kind sorgt höchstens eine Mutter. Und wir wissen ja, welchen Schichten diese Mutter in der Regel angehört, unter welcher sozialen Not diese Mütter leben, wir wissen, welche schrecklichen gesellschaftlichen Flüche und Hemmungen dieser Mutter auf dem Weg gelegt werden. Diese Mutter ist dann von Staats wegen berufen, das Kind zuerst zu schützen, solange der Unterhaltsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Der Vater? Ja, der Prozess beginnt, man weiß das Ende nicht und man erfährt nur allzu oft, daß das Kind über den Prozess hinweggefallen ist, einfach aus Not. Ich habe beim Berliner Vormundschaftskammer über 2000 Alimentenprozesse vor den Gerichten vertreten und kenne das. Aus dem Elend, unter dem die Unehelichen leiden, kommen wir nur heraus, wenn der Staat sich aufrafft zur sozialen Erkenntnis und zu der sozialen Tat, daß für jedes unehelich geborene Kind Staatsmittel zu seiner Lebenshaltung bereitgestellt werden, so daß es leben kann, und das ist nicht nur notwendig zurzeit der Geburt, sondern in allen Phasen seiner Entwicklung muß der Staat im Notfall eingreifen. Zahllos sind die Fälle, in denen die Väter jahrelang zahlen, sich dann aber plötzlich verheiraten und es ist aus mit der Unterstützung. Bis dann die Vollstreckung durchgeführt ist ist das Kind wieder verelendet. Das uneheliche Kind, das ja nach der heutigen Gesetzgebung von seiner Mutter gezwungenermaßen zur Welt gebracht wird — Abtreibung ist ja heute noch in jedem Stadium der Schwangerschaft strafbar —, von dem man später verlangt, daß es ein sozial wertvoller Faktor der Menschheit wird, kann auch vom Staat verlangen, daß er es schützt, solange es sich selbst zu schützen außerstande ist. Hand in Hand damit muß eine kräftige Berufsvormundschaft gehen. Diese dürfen wir nicht wie heute in das konfessionelle Band schmeiden lassen und in dem Jugendwohlfahrtsgesetz ist eine meiner Ueberzeugung nach außerordentlich glückliche Bestimmung enthalten, die besagt: Das Jugendamt ist Vormund über jedes uneheliche Kind mit der Geburt. Das Jugendamt! Zunächst eine merkwürdige Vorstellung: eine Behörde! Die Ausführung der Bestimmungen wird dadurch ermöglicht, daß das Jugendamt die Ausübung der Obliegenheiten einzelnen seiner Mitglieder oder Beamten übertragen kann. Dadurch wird jede Schwierigkeit überwunden. Wird also — wenn dies Gesetz wird — künftig ein uneheliches Kind geboren, so hat es im gleichen Augenblick einen Vormund, einen Berufsvormund, das Jugendamt, und im Jugendamt wird natürlich dieser oder jener Beamte bestimmt: Du bist Vormund. Der Segen der Berufsvormundschaft ist ja bei den Verhandlungen im 16. Auschuß 1917 noch nicht ganz klar gewürdigt worden. Man hat sich damals besonders wohl auf der Zentrumsseite und weiter rechtsstehender Seite immer wieder zu-

rückgezogen hinter die sittliche Bedeutung des Einzelvormundes. Der Entwurf des preussischen Jugendfürsorgegesetzes, dessen Verfasser zweifellos diesen Kreisen näher stand als uns, hat mit herzerfrischender Deutlichkeit gesagt, wie sehr die Einzelvormundschaft in Deutschland versagt hat. Wenn die Berufsvormundschaft für die unehelichen Kinder besser ist, ist es konsequent, die Ehelichen in der Einzelvormundschaft zu lassen. (Zuruf: Bürgerliche Frauenbewegung.) Ja, die hat verschwoommene Vorstellungen. Die Jugend ist der Jugend wegen da. Wir haben die Kinder ihrer selbst wegen zu schützen und das beste Mittel ist gerade gut genug, um das durchzuführen. Darum fordern wir die Berufsvormundschaft für die unehelichen wie für die ehelichen Kinder.

Ich jagte vorhin bei dem Armenwesen, daß die Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder vom Jugendamt zu erledigen sei. Aber das ist noch nicht ausschlaggebend für unsere Forderungen. Viel wichtiger ist: was haben wir einem hilfsbedürftigen Minderjährigen zu gewähren? Das Bundesamt für Heimatwesen hat einmal entschieden, daß ein 14jähriger Junge nicht mehr hilfsbedürftig ist, da er in der Lage sei, sich selbst zu unterhalten. Hat ihn die Schule entlassen, dann kann er den Kampf mit dem Leben aufnehmen. An die Spitze des Jugendwohlfahrtsgesetzes haben wir zu setzen: Jedes Kind hat ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung, dann besteht aber auch die Verpflichtung des Staates, hilfsbedürftigen Minderjährigen von Staats wegen die Erziehung zu gewähren und dazu gehört vor allem die Berufsbefähigung. Auch das ist in den Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes aufgenommen worden. Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden, dann sind wir der Verwirklichung dessen näher, was ich für den Schutz der Unehelichen besonders gefordert habe. Das Jugendamt hat nach dem Entwurf die Unterstützung für jeden hilfsbedürftigen unehelichen Minderjährigen zu leisten. Es ist nur die Frage, ob der Entwurf Gesetz wird. Vorläufig ruht er in der Dunkelkammer.

Wir haben weiter eine gründliche Revision der Fürsorgeerziehung zu fordern. Wir wissen, daß weite Kreise der Bevölkerung der Fürsorgeerziehung völlig ablehnend gegenüberstehen. Schlimmer noch als die gesetzlichen Bestimmungen ist die Ausführung des Gesetzes. Am meisten hat nun einmal die Anstaltsfürsorge versagt, und das Mißtrauen ist auch daraus herzuleiten, daß Richter aus merkwürdigen Gesichtspunkten heraus Fürsorge verfügt haben. Solche Urteile brennen im Herzen des Volkes und sind nicht zu vergessen. Die Fürsorgeerziehung muß das letzte Mittel der Jugendfürsorge bleiben. Wir haben etwas anderes ihr voranzufügen: Die Schutzaufsicht. (Sehr richtig!) Die Schutzaufsicht ist anzuordnen, wenn sie zur Verhütung der Verwahrlosung der Kinder geboten erscheint. Heute haben wir dieses Institut nur nach einem preussischen Ministerialerlaß. Wir müssen es aber auf eine gesetzliche Grundlage stellen und für wichtiger als die Schutzaufsicht, die das Vormundschaftsgericht ausspricht, halte ich die freiwillige Schutzaufsicht, wie ich sie z. B. im Jugendamt Neufölln propagiert habe, im Einbernehmen mit den Eltern, denen die Jugend entglitten ist oder zu entgleiten droht. Die Leute wußten oft nicht mehr, wie sie ihre Kinder erziehen sollten. Wir sagten: Gehen Sie nicht zum Vormundschaftsgericht, machen Sie nicht den Fehler so vieler Proletariaterkern und beantragen selber die Fürsorgeerziehung, denn dann ist es so schwer, die Kinder wieder herauszubekommen. Haben Sie Vertrauen zu uns im Jugendamt. Wir werden einmal freiwillig ohne jede behördliche Formalität die Schutzaufsicht übernehmen. Ich habe dann diesen Familien eine geeignete Persönlichkeit beigeordnet. Und diese arbeitet dann an den Jugendlichen, und letzten Endes sind es, abgesehen von erblichen Anlagen, die vielleicht

auch zu beheben sind, Erziehungsmängel gewesen, die damit wieder repariert werden konnten. Die Schulaufsicht ist, wenn sie vom Vormundschaftsgericht übertragen wird — das ist der weitere Weg —, selbstverständlich in erster Linie dem Jugendamt zu übertragen. Ich muß mich auf kurze Zeiträge für die Fürsorgeerziehung beschränken, wie sie Ihnen ja auch wohl genehm sind. Sie darf nur reine Erziehungsmagnahme sein und nur das letzte Mittel der Fürsorge. Eine reichsrechtliche Regelung erheischen die Voraussetzungen für die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung, selbstverständlich den Fortfall jeder Unterscheidung zwischen einem armen und einem reichen Kind. Dann ist zu regeln, wer die antragsberechtigende Behörde ist, die örtliche Zuständigkeit, der Rechtsmittelgang, Beendigung der Erziehung mit dem 20. und nicht mit dem 18. Lebensjahr, die Aufhebung, die Grundzüge für die Durchführung. Alles andere werden wir der Landesgesetzgebung zu überlassen haben.

Nicht minder wichtig ist folgendes: Das Reichsjustizministerium hat vor kurzem dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, betitelt: Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes, der ein deutliches Kompromiß ist zwischen den fortgeschrittenen Auffassungen der Jugendrichter und den alten Auffassungen der Juristen. Es wird heute so gern gesagt, die Jugend sei verwildert und es müsse schärfer zugefaßt werden usw. Darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Ich muß sagen: die Jugend ist keinen Deut mehr verwildert als es die Erwachsenen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und die Verwilderung der Jugend ist ein getreuer Spiegel der maßlosen Verwilderung weitester Bevölkerungskreise. (Ernute Zustimmung.) Ich erinnere nur an etwas, was uns, die wir in der Parteitagitation stehen, sehr nahe liegt: wenn man sich so ein modernes Versammlungsbild vor Augen führt (Sehr gut!) und dort die Methoden von Leuten kennen lernt, die einen andersdenkenden Arbeiter als Lump und Verräter hinstellen, erwartet man nicht, daß diese ihre Kinder zu idealen Menschen erziehen. (Stürmisches Sehr richtig!) Genossen, solche Dinge erleben wir nicht nur auf der Linken, auf der rechten Seite herrscht genau dieselbe Verwilderung, und es ist mir eben sehr treffend hineingerufen worden „Lehrerberammlung“, jene berühmte Berliner Versammlung, in der Dr. Löwentstein sein Programm entwickeln sollte. Aber nun zum Kernpunkt zurück. Leibnitz hat einmal gesagt: „Gebt mir die Jugend an die Hand und ich ändere das Jahrhundert.“ Bei uns kann die Jugend aber sagen: Wer ist denn überhaupt vorhanden, dessen Hand ich fühle? Wo sind denn die starken Erziehungsfaktoren in der Familie und wo bleibt denn die Erziehung des Staates? Man schimpfe nicht immer nur auf die Jugend, sondern untersuche die Ursachen für die Kriminalität der Jugend, und wir werden zu einer anderen Behandlung dieser Jugend kommen.

Die Grundzüge des Regierungsentwurfs kann ich in wenigen Worten darlegen: die Strafunterschiedlichkeit wird erhöht bis zum vollendeten 14. Lebensjahr für die Jugend über 14 bis 18 Jahre kann der Jugendrichter auf Strafe oder Erziehung erkennen bei entsprechender Einsichts- und Willensreife. Erziehungsmaßnahmen können in erster Linie in Betracht; also Erziehungsmaßnahmen vom Strafrichter ansprechen! Dann ein vereinfachtes Verfahren. Ich habe mit besonderer Freude den Antrag 3 der heutigen Tagung gesehen von der Ortsgruppe München, der in jeder Beziehung dem entspricht, was ich Ihnen als Forderung zu unterbreiten hätte. Der Entwurf, wie ihn das Reichsjustizministerium jetzt vorgelegt hat, ist ein Kompromiß, eine Halbheit und geht dem Problem aus dem Wege. Man erhöht das schutzbedürftige Alter bis zum 14. Lebensjahr, und zwischen dem 14. und 18. läßt man letzten Endes je nach der Zusammensetzung des Gerichts Strafe oder Erziehung statthaben. Die

jugendliche Kriminalität beruht zum Teil auf schlechter Anlage, im übrigen aber, und zwar wesentlich, auf der Unkunst der Verhältnisse, unter denen die Jugendlichen aufwachsen, wie mangelnde Erziehung, schlechte Umgebung, Schund und Schmutz, und was sich sonst an die Jugendlichen herandrängt. Dazu kommen feilsche Anomalien zur Zeit der Geschlechtsreife. Der bekannte Berliner Pädagoge Professor Kramer hat festgestellt, daß 50 Proz. aller Jugendlichen psychische Anomalien aufzuweisen haben. Und wenn man die Verhandlungen eines Jugendgerichts wochen- und monatelang verfolgt und den Strom der Jugendlichen vor seinen Augen vorbeipassieren läßt, so muß man sagen: der allergrößte Teil ihrer Verfehlungen waren dumme Jungenstreichereien aus irgendeinem dunklen Gefühl heraus getan, oft aus dem Gefühl heraus, das nach Betätigung drängt, und nur nicht gerade in guter Betätigung sich auswirkte. Als Konsequenz ergeben sich für mich Erziehungsmaßnahmen (Sehr richtig!) und nicht Strafen, aber nicht nur Erziehungsmaßnahmen an Jugendlichen, die schon kriminell geworden sind, nein, an der gesamten Jugend. Je mehr Erziehung wir ihr zuteil werden lassen, um so weniger Kriminelle bekommen wir; erziehen und damit vorbeugen, damit wir desto weniger zu heilen haben! (Beifall.) Wenn wir aber Erziehungsmaßnahmen auch bei der bereits kriminell gewordenen Jugend anwenden wollen, dann ist dazu nicht das Strafgericht berufen. Der Jugendliche, dem Erziehungsmaßnahmen vom Strafgericht zu diffiziert werden, wird sich immer als Bestrafter fühlen, er müßte denn kein Jugendlicher sein. Man kann zwar durch Erziehungsmaßnahmen auch strafen, aber man kann niemals durch Strafen erziehen. (Sehr richtig!) Und darum müssen wir dahin kommen: Fort mit den Jugendgerichten! Alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr geht in die Hand der Jugendberufsbehörde. Wir wollen Erziehungsausschüsse bei den Jugendämtern bilden, in diesen mag der Vormundschaftsrichter sitzen, das schadet nichts, vor allem aber der Seelenarzt, und dann wollen wir dort — Männer und Frauen gemeinsam — beraten, was mit diesen Jugendlichen, die irgendwie gestrauchelt sind, geschieht. Aber ist es nicht ein Skandal, wenn ein deutsches Schöffengerichtsurteil jüngst erst wieder Gefängnis gegen einen Jugendlichen verhängt, der eben erst 12 Jahre alt geworden ist? (Hört, hört!) Das ganze Jugendstrafrecht gehört in den Orkus, an seine Stelle setzen wir ein Jugendbesserungsrecht als Jugendwohlfahrtsrecht und darum gehört es auch in das Jugendwohlfahrtsgesetz. Einen Punkt habe ich noch außer Betracht gelassen, der aber allzu wichtig ist, als daß wir ihn nicht erwähnen wollen: das ist die Kostenfrage. Es hilft gar nichts, wenn wir Forderungen aufstellen, von denen wir wissen, daß sie nach der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und der Kommunen nicht erfüllt werden können. Sie haben wahrscheinlich alle die gestrige Entschließung des Reichsrats gelesen, in der sehr klar gesagt wird, daß der Eingriff schon bei Aufstellung des Haushaltsplans geschehen muß und daß er heute auch vor anerkannten Notwendigkeiten nicht mehr Halt machen darf. Und ich glaube mich nicht ganz zu irren, daß das zunächst nicht so sehr ministerielle Autos und Empfangszimmer treffen wird wie die Wohlfahrtspflege. Und da leuchtet mir ein Fanal in unserer Zeit das Vorgehen von Arbeitern, die den Geist wirklich erfasst haben, Arbeiter im Waldenburger Kohlenrevier, jetzt auch im Sachsen und in Bielefeld. Sie haben so sozialistisch gehandelt, wie sie meines Dafürhaltens nur handeln konnten. Sie haben nicht gewartet auf die Hilfe des Staates, sondern haben an ihre Stelle die Hilfe durch die breite Masse der Arbeiterschaft gesetzt. (Waboo!) Die Waldenburger haben beschlossen, jeden Monat eine Uebersicht zu machen. Den Gewinn aus ihr geben sie reiflos für Wohlfahrtszwecke her, genau wie der Unternehmer den Gewinn für diese Zwecke hergeben muß. Das macht im



Jahre 5 Millionen Mark aus. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es allerdings wirklicher Einsicht und ich glaube, daß wir vielleicht gerade in den Kreisen, die mit dem Wort Sozialismus und Marginalismus besonders freiben gehen, nicht überall auf besonderes Entgegenkommen stoßen werden. Trotzdem müssen wir mit allen Fasern unseres Herzens darum kämpfen, daß die Arbeiterchaft einsteht: Die Wohlfahrtspflege trifft nach der heutigen ökonomischen Gestaltung, wenn sie auch ein Schutz der Allgemeinheit sein soll, in erster Linie euch und eure Kinder, und ihr müßt die Kosten aufbringen, müßt zeigen, daß ihr härter seid als die Entwicklung. Clemenceau soll ja gesagt haben, es sei nun einmal Deutschlands Los, daß 18 Millionen Deutsche durch den Friedensvertrag sterben müssen. Tatsache ist das eine, daß bei der jetzigen Finanzlage des Staates und der Kommunen Millionen Menschen werden weiter verelenden und sterben müssen, wenn die Arbeiter, die Angestellten und Beamten und auf der anderen Seite das Unternehmertum nicht von sich aus die sittliche Kraft aufbringen, die Werte von sich aus zu geben, die die Wohlfahrtspflege braucht. Die schönste Wohlfahrtsgeheißung bleibt auf dem Papier stehen, wenn wir nicht die nötigen Mittel haben.

Mit den Mitteln allein ist es selbstverständlich auch nicht getan. Die Wohlfahrtspflege ist letztlich Dienst am Einzelmenschen, um dadurch die gesamte Menschheit weiterzuentwickeln. In erster Linie sind natürlich die Frauen berufen, da Bannerträgerinnen und Pioniere zu sein. Wir haben ja einen Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt geschaffen, und wenn heute vormittag über den organisatorischen Zusammenschluß und die Betätigung der sozialdemokratischen Frauen gesprochen worden ist, so sage ich: Gut, aber gebt diesen in der Partei organisierten Frauen nun auch sofort ein praktisches Betätigungsfeld. Das werden wir tun, wenn wir überall unsere Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt kräftig ausbauen. Allerdings muß betont werden, jedes Experimentieren auf eigene Faust hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Es ist einfach skandalös, daß trotz der klar ausgegebenen Parole des Hauptauschusses Ortsvereine verschwommene Wohlfahrtsvereine mit unabhängigen und Kommunisten zusammen gründen. Gewiß hört auch für mich nicht bei den Kommunisten die Wohlfahrtspflege auf. Aber was wir organisatorisch zu schaffen haben, schaffen wir allein. (Sehr richtig!) Denn wir wollen auf diesem Gebiet für uns Träger von sittlichen Ideen sein, die die allgemeine sozialistische Idee weiter zu tragen und zu fördern geeignet sind. Darum müssen wir diese Dinge parteipolitisch aufziehen. Darum haben die Genossinnen herauszugehen und die Arbeiterinnen heranzuziehen zu unseren Organisationen und Ortsausschüssen, damit von uns eine karitative Tätigkeit ausgeht. Die Arbeiterchaft wird es Ihnen danken. Wenn die Arbeiterchaft die bürgerliche Viebestätigkeit an sich hat arbeiten lassen, bin ich überzeugt, daß sie ungleich lieber unsere Tätigkeit an sich wird arbeiten lassen, die geleitet von unseren Frauen, getragen ist von unserem Geiste. (Lebhafter Beifall.)

Frau Schilling erteilt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Wir begrüßen heute 109 Delegierte auf unserer Frauenkonferenz, und zwar geschäftlich aus 30 Bezirken, aus:

	Delegierte	Frauen	Männer
Stippreußen . . . . .	3	3	—
Pommern . . . . .	2	2	—
Brandenburg . . . . .	2	2	—
Großberlin . . . . .	6	6	—
Görlitz . . . . .	2	2	—
	<u>15</u>	<u>15</u>	<u>—</u>

	Delegierte	Frauen	Männer
Uebertrag . . . . .	15	15	—
Breslau . . . . .	8	4	4
Oberschlesien . . . . .	2	2	—
Halle . . . . .	1	1	—
Magdeburg . . . . .	3	1	2
Schleswig-Holstein . . . . .	5	5	—
Hamburg . . . . .	7	5	2
Hannover . . . . .	4	4	—
Gr. Thüringen . . . . .	2	1	1
Leipzig . . . . .	1	1	—
Chemnitz . . . . .	5	3	2
Dresden . . . . .	2	2	—
Kassel . . . . .	3	3	—
Frankfurt . . . . .	1	1	—
Westfalen . . . . .	6	5	1
Ostenburg . . . . .	1	1	—
Hessen . . . . .	6	5	1
Rhala . . . . .	3	2	1
Niederrhein . . . . .	3	3	—
Oberrhein . . . . .	3	3	—
Würzburg . . . . .	2	2	—
Franken . . . . .	6	3	3
Oberbayern . . . . .	2	2	—
Südbayern . . . . .	2	2	—
Lübeck . . . . .	2	2	—
Baden . . . . .	1	1	—
	<u>98</u>	<u>79</u>	<u>17</u>
Partei Vorstand . . . . .	3	2	1
Hauptwohlfahrtsauschuss . . . . .	2	1	1
Parteiausschuss . . . . .	2	2	—
Kontrollkommission . . . . .	1	1	—
Gleichheitsvertretung . . . . .	1	1	—
W. d. R. . . . .	3	3	—
L. B. Pr. . . . .	1	1	—
	<u>109</u>	<u>90</u>	<u>19</u>

Bezirke: 30.

Die Mandatsprüfungskommission bittet, die Mandate sämtlich für richtig zu erklären. (Zustimmung.)

Die Konferenz tritt darauf in die Diskussion ein.

Vorstehende **Anned:** Es liegen bereits 31 Wortmeldungen vor. (Bewegung.) Drei Referate haben uns in so ausführlicher Weise die Aufgaben vor Augen geführt, die wir uns in der nächsten Zeit zu stellen haben. Da ist es wohl angebracht, daß die Referenten und Vertreterinnen der einzelnen Bezirke soweit irgend möglich zum Wort kommen. Das ist nur möglich, wenn der einzelne Redner und die Rednerin sich recht beschränkt. Nicht jeder muß seine zehn Minuten voll ausnutzen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

May-Dehau: Wir sind nicht nur hierhergekommen, um drei Referate entgegenzunehmen; ich wünsche, daß morgen vormittag weitergetagt wird.

**Vorsitzende Rhynek:** Wir haben den Wunsch, daß recht viele zu Worte kommen. Darum habe ich gebeten, sich recht kurz zu fassen. Wenn wir die Redezeit nicht beschränken, werden nur wenige sprechen können.

**Franz-Oehmig:** Ich kann nicht einsehen, daß die Diskussion ausnahmslos beschränkt werden muß. Man kann nicht das ganze Material der Referate in zehn Minuten erlebigen. Ich beantrage, daß den Vertretern von Anträgen 20 Minuten gewährt werden.

**Vorsitzende Rhynek:** Uns liegen 23 Anträge vor. (Hört, hört!) Das ist also unmöglich.

Der Antrag **Franz** wird abgelehnt, der Antrag **Rhynek** angenommen.

**Frau Dr. Quark-Frankfurt a. Main:** Ich gebe meiner Freude Ausdruck, daß wir soviel Männer unter uns sehen. Auf der ersten Frauentkonferenz während des Krieges waren es sehr wenige. Ich freue mich, weil ich annehme, daß diese Anwesenheit auf den Willen der Frauen und Männer daheim zurückzuführen ist. So hat z. B. Frankfurt den männlichen Delegierten zum Parteitag die Verpflichtung auferlegt, den Frauentag zu besuchen. Das bedeutet eine Mehrausgabe von zwei Tagen. Dieses finanzielle Opfer für uns Frauen freut uns, und ich hoffe, daß dies gute Beispiel Nachahmung finden wird.

Genossin **Nöhl** hat nun gezeigt, daß die Frauenorganisation hauptsächlich aus Frauen besteht, deren Männer in der Parteiorganisation stehen, also aus Ehefrauen, und daß es schwer ist, an die arbeitenden Frauen heranzukommen. — Mit Hilfe der Ehemänner gelinge die Gewinnung der Frauen. Ich möchte diesen Kreis erweitert sehen und sagen mit Hilfe des Freundes, des Kameraden, gewinnen wir die arbeitenden jungen Frauen. Die Gewerkschaften werden da allerdings auch ihren Teil beitragen müssen und es muß ein Zusammenarbeiten mit ihnen herbeigeführt werden. Erst wenn die jungen Männer der Gewerkschaften die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der politischen Organisation älterer Arbeiterkameradinnen gewonnen haben werden, werden auch diese ein Verständnis dafür gewinnen. Hier gilt es einzusehen.

Genossin **Nöhl** hat mir aus dem Herzen gesprochen, als sie die Verbindung unter den Zentral- und Lokalorganisationen stärken wollte. Wir müssen aber nicht nur von der Provinz her die Spitzenorganisationen informieren, sondern auch umgekehrt. Im Reichstag sind etliche Ausführungsgesetze zur Verfassung gemacht worden, die geeignet gewesen wären, diese Verbindung herzustellen. So ist z. B. die Einteilung der Wahlkreise revidiert worden. Es sind kleinere Wahlkreise geschaffen worden. Ich nehme an, daß sich unsere Frauen in Berlin bewußt gewesen sind, daß das einen außerordentlichen Einfluß auf die Wahl von Frauen haben wird. Wenn wir jetzt kleine Wahlkreise haben, wird es schwer sein, unter den wenigen Mandaten eines einziger Frau vorzubehalten. Hier hätte von der Spitze aus nach der Provinz Weisung ergehen müssen, wie wir die Sache zu behandeln haben und in welcher Weise wir Aufklärung verbreiten und Unterstützung unseren Vertreterinnen in den Zentralgewerkschaften hätten leisten können. Auch bei der Herausnahme der §§ 218, 219 des Strafgesetzbuches aus der gesamten Materie hätte man zunächst die Genossinnen in der Provinz aufmerksam machen müssen. Die bürgerliche Frauenbewegung, die uns heute in ihrer Wirksamkeit geschildert wurde, hat einen großen Fehler gemacht, sie war in ihren Arbeiten selten aktuell. Wollen wir diese Fehler aber vermeiden, so müssen wir von der Spitze, also von Berlin aus, orientiert werden.

Die Rednerin beantragt zur Geschäftsordnung, daß das Referat des Genossen **Caspari** erst am Sonntag diskutiert wird.

**Vorsitzende Rhynek:** Wir können nicht nach der ersten Diskussionsrednerin unseren Beschluß nach der Mittagspause wieder umwerfen.

Der Antrag **Quark** wird abgelehnt.

**May-Dessau:** Die Frauen haben nun seit einem Jahre das Wahlrecht; was haben sie nun erreicht? Gewiß, die Frauen sind in die Versammlungen und in die Armen- und Wohlfahrtspflege gekommen; in der Gemeindeverwaltung haben sie sich weniger bewährt. Es fehlt eben den Frauen an der nötigen Parteileitungen es nicht gern sehen, wenn die Frauen uns Frauen nach Fortbildung an sie herantreten. Deshalb haben wir bei uns kleine Zusammenkünfte veranstaltet zur Weiterbildung. Aber diese Zusammenkünfte zur kommunalpolitischen Ausbildung sind sehr schlecht besucht. (Sehr richtig!) Ich habe daraufhin einen schriftlichen Unterricht eingeführt, aber das bringt uns nicht ans Ziel. Durch Rednerkurse und ähnliches müssen wir auch eine Vortragskammer an tüchtigen Frauen schaffen.

Wenn Genossin **Nöhl** erwähnte, es wäre notwendig, die soziale Bewegung zu stärken, und wenn sie auf der anderen Seite die Anstellung von Sekretarinnen verlangte, so scheint mir das erstere das Wichtigste zu sein; denn wenn nicht eine Vertiefung des sozialen Lebens herbeigeführt wird, dann nützt dieses Mittel auch nichts. Die proletarische Frau muß letzten Endes sozialistisch werden.

**Schradin-Neutlingen:** Genossin **Quark** hat vorher gesagt, daß unsere Versammlungen ganz allmählich mit Männern durchsetzt werden. Es ist erfreulich, daß die Männer unserer Arbeit mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher. In der Wahlbewegung haben wir die Freude gehabt, die Frauen in den Wahlversammlungen zu sehen. Es war das Interesse, die politischen Parteien kennen zu lernen. Da ist es die Aufgabe der Agitatorinnen, die Frau zu fassen. Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß die Frauen nur da zu fassen sind, wo die Gefühle sich konzentrieren, bei ihrer Mütterlichkeit. Von da aus finden sie das Gefühl der Verantwortlichkeit, nun mitzuarbeiten, namentlich soweit es sich um die Schule und ihre Kinder handelt. Ich erinnere an das Jugendfürsorgegesetz. Als wir über das Jugendfürsorgegesetz in unseren Versammlungen sprachen, da hatten wir das Interesse der Frauen. An den Männern liegt es nicht, wenn die Frauen nicht organisiert sind. Die Schuld liegt bei der Frau und zum großen Teil auch bei uns als Agitatorinnen, weil wir es nicht verstanden haben, das Seelenleben der Frau so zu erfassen, daß wir sie zwingen, uns zu folgen. Man darf nicht von der Versammlung weggehen, wenn man einen brausenben Beifall hat. Dann hat die Agitatorin einzusehen, um die Frauen in Rede und Gegenrede zu verantwortungsvollen Müttern zu machen. Von da aus kann die Frau dann zu den großen öffentlichen Aufgaben geführt werden. Wenn wir hinausgehen zur Agitation, müssen wir uns erst die Versammlungen ansehen, wie sie zusammengesetzt sind. Es ist unrichtig, mit fertigen Referaten in die Versammlungen hineinzugehen. Man muß sich das Vertrauen der Frauen erwerben und sie nach ihrer psychologischen Einstellung behandeln. Wir in Württemberg haben schon vor der Revolution in diesem Sinne gearbeitet. Das Jugendfürsorgegesetz ist in Württemberg geschaffen. Wir haben hart um dieses Gesetz gekämpft. Von einer Wohlfahrtspflege konnte vor der Revolution keine Rede sein. Nach der Revolution, als wir im Gemeinderat saßen, haben wir danach getrachtet, die Wohlfahrtspflege dahin auszudehnen, daß an der körperlichen und geistigen Erhaltung des Kindes gearbeitet wird. Durch das Jugendfürsorgegesetz haben wir diese Voraussetzungen geschaffen. Mindestens drei Frauen müssen in den Jugendämtern vertreten sein. Wir

haben die Möglichkeit, mit Hilfe der Gewerkschaften die Sache so auszugestalten, daß die Jugendfürsorge in die Hände der Partei gelegt werden kann. Das ist nur möglich, wenn Interesse vorhanden ist, und dieses Interesse muß erweckt werden.

Dr. Caspari hat von dem Friedensvertrag von Versailles gesprochen mit seinen Folgen für unsere Kinder. Wir haben den Nebel hier anzusehen, indem wir sagen: wer Leben erweckt, hat die Pflicht, das Leben zu erhalten; und wenn der Staat uns zwingt, Leben zu erwecken, ist es seine Pflicht, auch dieses Leben zu erhalten. Wir müssen alle Frauen an ihrem Mutterinstinkt packen, eine Regelung der Geburtenzahl durchführen, damit uns zielflare Kämpferinnen und mutige Menschen ersuchen können. (Bravol)

**Leber-Jena:** In dem Referat der Genossin Röhl und von anderen ist von den Bezirksleitern und Bezirkssekretariaten die Rede gewesen. Man kann manches von dem, was gesagt worden ist, unterschreiben. Vor allem ist sehr unangenehm empfunden worden, daß der Vorstandsbericht uns klarlegte, daß in 16 Bezirken eine Abnahme der weiblichen Mitglieder von 16 756 zu verzeichnen ist. In meinem Bezirk haben wir eine Zunahme der weiblichen Mitglieder gehabt. Wir haben uns im Bezirksvorstand mehr wie einmal mit der Frage beschäftigt, woran es liegt, daß die Frauen nicht prozentual so zugenommen haben wie die Männer. Die Frauenbewegung krankt bei uns zum Teil daran, daß wir nicht genügend weibliche Agitatoren haben. Früher, vor der Parteispaltung, hatten wir wenigstens einige Redner. Wir sind heute wieder auf dem besten Wege, Kräfte zu bekommen, und dann ist vielleicht ein Fortschritt zu verzeichnen.

Die Genossin Röhl hat gesagt, der Verkehr zwischen Parteivorstand und den Bezirkssekretariaten ist nicht so, daß die Frauenbewegung dabei profitieren könnte. Aber wie liegen die Dinge? Der Parteivorstand kommt zuerst mit allerlei Mitteilungen und Mundschreien an die Bezirkssekretäre heran, dann der Jugendhauptvorstand, der von den Bezirkssekretären Mühsicht auf die Jugendbewegung verlangt. Dann kommt die Bildungszentrale, dann die Beamtenzentrale, und neuerdings hat die Genossin Juchacz mit den Fürsorgebestrebungen auch alles mögliche getan, wozu die Bezirkssekretäre Stellung nehmen sollen. Wenn man das alles in Betracht zieht, was die Bezirkssekretäre erledigen sollen, müßten viel mehr Kräfte in Frage kommen. Es gibt keinen anderen Ausweg, als daß die Sekretariate mit weiblichen Sekretären besetzt werden, die dann die Fragen der Frauenbewegung, der Wohlfahrtspflege usw. so bearbeiten, wie sie im Nebenamt nicht bearbeitet werden können. Wir haben in unserem Bezirksvorstand eine Intellektuelle gebeten, sich der Frauenfragen, der Wohlfahrtspflege usw. anzunehmen; aber sie wird auch nicht alle Wünsche befriedigen können. Es scheidet zunächst an der Geldfrage, besoldete Kräfte einzustellen.

Dann ist davon gesprochen worden, daß die Parteigenossinnen in den Gemeindeparlamenten ihren Aufgaben noch nicht überall gewachsen sind. Das selbe trifft auch zum Teil für die Männer zu. Die Schuld tragen zum Teil auch die Männer selbst. Es gibt ja Bezirke, wo die Genossen noch nicht einmal so entgegenkommend waren, daß sie den Genossinnen ein Mandat zu dem Parteitag zugebilligt haben. Wir müssen dafür sorgen, daß hier eine Wendung eintritt. Wenn die sozialdemokratische Frauenbewegung Führerin der Frauenbewegung überhaupt sein soll, dann müssen Frauen und Männer gemeinsam arbeiten und jede Plänkelei beiseite lassen.

**Anfrage:** Wir haben uns schon in früheren Jahren mit denselben Forderungen beschäftigt, wie wir sie heute behandeln. Wir haben aber bei unseren

Berichten in der Heimat bei unseren Genossen heftigen Widerstand gefunden. Als ich in meinem Bezirk die Forderung der Wohlfahrtspflege betrat, wurde mir gesagt: Die Genossen in den Parlamenten werden die Arbeit schon ausführen.

Was die besondere Frauenagitation betrifft, so haben wir leider die Erfahrung machen müssen, daß man in bezug auf Frauenagitation nicht dieselben Mittel anwendet, als wenn man Männerversammlungen abhält. Es scheidet immer an der Kostenfrage. Für die Männerversammlungen läßt man große Plakate drucken, für die Frauenversammlungen müssen einige Zeilen in der Zeitung genügen.

Wenn Genossinnen irgendwie eine Agitationstour unternehmen, so wissen sie, daß diese Agitation Kieselgeldmittel erfordert, und wenn dann plötzlich derartige Touren abgesetzt werden, dann ist das eine Enttäuschung, die nicht nur momentan wirkt, sondern oftmals nicht wieder gut gemacht werden kann. Wir haben in Ostpreußen die Erfahrungen gemacht, daß auch die Bezirksleitung einen großen Teil der Schuld trägt. Es wurde uns oftmals gesagt: Wir haben schon vier-, fünfmal Versammlungen angelegt, aber jedesmal kommen keine Referenten, daher wollen wir jetzt von besonderer Reklame absehen. Die Frauenbewegung darf auch nicht davon abhängen, daß die eine oder andere Genossin glaubt, zurückgesetzt zu sein und dann die Arbeit niederlegt. Wir sind nicht um unserer selbst willen, sondern der Partei willen da, und wir haben unsere persönlichen Wünsche zurückzustellen. (Zustimmung.)

Der Bewegungsfreiheit der Frau werden außerordentliche Hindernisse in den Weg gelegt, auch bezüglich der Anstellung von Parteisekretarinnen. Sekretarinnen müssen aber eingestellt werden.

Während der Wahlen haben wir gesehen, daß die Unabhängigen alle ihre Kandidatinnen an die Spitze der Liste gestellt hatten. Man hat uns immer in den Versammlungen entgegeng gehalten: Seht, ihr Mehrheitssozialdemokraten, das ist die Gleichberechtigung der Frau, eure weiblichen Kandidaten stehen nur als Dekorationsmittel auf der Liste.

Was die bürgerliche Frauenbewegung anbelangt, so haben wir viel zu verächtlich über sie geurteilt. Dieser Wahn hat uns zu einem guten Teil geschadet. Wir zerbrechen uns nun den Kopf, wie wir diese Scharte ausweken sollen. Unsere Genossen sagen uns immer: Ja, Genossinnen, wollt ihr denn Zukunftsmusik? Weker nichts! Wir müssen versuchen, der Zeit vorauszuweichen und unsere Vorlesungen zu treffen, damit wir nicht unvorbereitet sind. Ich wünschte, alle Genossen gingen hinaus, um möglichst viel Zukunftsmusik zu treiben. Dann werden Sie jederzeit Ihre Agitation danach einrichten können zum Nutzen der Partei und der Frauenbewegung.

**Eliaz-Dortmund:** Worauf ich hinweisen muß, ist die Tatsache, die die Genossin Röhl in so wunderbar einfacher Weise heute morgen zu Gemüte geführt hat, die Tatsache, daß wir Bewegungsfreiheit haben müssen, wenn wir etwas leisten sollen. Einige der bestehenden Hemmungen wurden angeführt: Kleinfirmigkeit der Männer, die in so trassem Gegensatz steht zu der Theorie von dem kleinen Gehirn der Frau, die angeblich einer der Gründe für unsere Verflorung war. Gewiß haben die Frauen ein kleineres Gehirn als ein Teil der Männer, aber für die Arbeitsleistung ist nicht die Quantität, sondern die Qualität maßgebend.

Hemmend tritt uns wieder auch der Egoismus der Männer in den Weg, der um so gefährlicher ist, weil er im Unterbewußtsein der Männer wurzelt. Die sozialdemokratische Partei hat von Anfang an die Gleichberechtigung der Frau auf ihre Fahne geschrieben. Aber trotzdem bleibt bei einer großen Zahl

unserer Genossen ein kleiner Vorbehalt. Sie denken: „Selbsterbändlich ist die Frau ein vollwertiger Mensch wie jeder andere; nur meine Frau, die soll da nicht mitmachen.“ Das ist der Grund, warum so viele Frauen unserer Genossen noch nicht einmal organisiert sind.

Aber die Hemmung der Bewegungsfreiheit geht auch von den Frauen aus. Wie lange wird denn auf diesem Gebiet gearbeitet? Vieles ist schon geleistet worden, aber noch lange nicht genug. Unsere Frauen widersehen sich zum Teil noch ihrer Robilmachung. Die Sekretärinnen haben da eine ungeheuer schwierige Arbeit zu leisten. Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir die Gleichberechtigung haben. Aber erst dann, wenn die Männer und wir selbst davon überzeugt sind, daß wir vollwertige Menschen sind, werden wir zum Ziele kommen. Fort mit der Nörgerei gegen unsere Arbeit; wir müssen auch geistige Bewegungsfreiheit haben. Wenn wir Zeitschriften herausgeben und neue Bildungswege einschlagen, dann darf nicht immer gesagt werden: Das verstößt gegen den und jenen Paragraphen. Die Sozialdemokratie ist doch ein lebendiger Organismus, der imstande sein muß, Krankes auszuscheiden, Neues und Gutes aufzunehmen. Hier gilt es, Raum zu schaffen.

Wir müssen das Volk erfüllen mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit alles Guten und Schönen. Wir müssen aber erst den Sinn dafür wecken. Die Frauenwelt in ihrer Mehrheit krankt an einer Vorliebe für feichte, nichts-Jogende, albern: Makulaturliteratur; sie krankt an der Vorliebe für Courtisane-Wähler-Romane. Ich mache den Vorschlag, daß wir beschließen: Es sollen vorzügliche Romane geschaffen werden, die diesem Unterhaltungsbedürfnis entgegenkommen; das, was die Frauen noch nicht fähig sind, mit Verstand aufzufassen, soll ihnen in einwandfreier Weise in diesem Gewande geboten werden.

**Minna Schröder:** Ich hätte gewünscht, daß das Referat von Caspari auf dem Parteitag gehalten worden wäre, weil es genau so gut für die Männer gilt, wie für uns, namentlich, was die Frage der Wohlfahrtspflege betrifft. Eine Frauenkonferenz soll uns doch vor allen Dingen die Aussprache darüber bringen, wie in den einzelnen Orten gearbeitet wird. Wir sehen als Genossinnen in Hamburg, daß wir niemals auf einen anderen Weg kommen können, wenn wir als Sonderorganisation neben unserer Hauptorganisation stehen. So sind die Hamburger Richtlinien auch nicht gemeint. Wir können nur dann etwas schaffen, wenn wir, Männer und Frauen, gemeinsam für den Sozialismus kämpfen. Wir haben zu wenig Kräfte, die sich unserer Arbeit widmen. Selbst wenn wir schon einen weiblichen Redakteur in Hamburg haben, so kann doch diese Genossin nicht das leisten, was sie leisten müßte. In jeder Parteizeitung muß das zusammengetragen werden, was sich auf die Frauenbewegung bezieht. Dazu brauchen wir auch Sekretärinnen. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten wollen wir Arbeit für die Gesamtpartei leisten, und wir wollen darum fordern, daß Frauen, die wirklich Zeit und Verständnis haben für die Fragen, um die es sich handelt, als Parteisekretärinnen eingestellt werden.

Wir müssen weiter fordern, daß unsere Hausfrauenarbeit von unseren Genossen anerkannt wird. Unsere Hausfrauentätigkeit ist ein Beruf, die Ehe nicht eine Versorgungseinrichtung. Wir haben einen großen Teil Schuld daran, daß wir uns immer wieder zurückdrängen lassen von den Genossen. Wir müssen festhalten an der Ueberzeugung, daß die Frauen notwendig sind für die allgemeine Arbeit.

Zu dem Antrag München, der die Internationale betrifft, möchte ich folgendes sagen: Wir haben die internationale Lagung in Genf gehabt, sie ist ein Kumpfparlament gewesen. Wir müssen aber die Forderung erheben, daß Annäherungen versucht werden. Wenn wir gemeinsam mit den Männern

für die Abänderung des Versailler Friedens wirken wollen, können wir es nur auf dem Wege der Internationale.

Ich will genöthigt nicht nörgeln. Aber das eine müssen wir hochhalten: Wenn wir überzeugte Sozialdemokraten sind, wollen wir so sprechen, wie uns unser Herz ist. Daher müssen wir fordern, daß wir uns neben die Männer stellen können. Die Organisation, wie sie in den Hamburger Richtlinien zum Ausdruck kommt, führt uns zum Ziel. Wir wollen die Bildung, die uns bisher vorenthalten ist, nachholen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus sind unsere Richtlinien zu verstehen. Wir müssen zusammen mit den Männern für unsere Ideale kämpfen. So kommen wir zum Sozialismus! (Bravo!)

**Luise Rähler:** Aus dem Vortrag der Genossin Köhlklang heraus, als ob die Abgeordneten der preussischen Landesversammlung nicht genügend mit den Reichstagsabgeordneten zusammengearbeitet hätten. Es wurde das Gebammengesetz erwähnt. Gerade in diesem Punkte haben es sich die preussischen Abgeordneten zur Aufgabe gestellt, da, wo das Reich versagt, voranzugehen. Ich möchte auch an die Abgeordneten im Reichstag die Frage richten, warum die Frauen bei den Kaufmannsgerichten nicht das aktive und passive Wahlrecht bekommen haben. Ich bitte die Abgeordneten, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Frauen dieses Wahlrecht bekommen, ebenso dafür, daß die Hausangestellten die Verkürzung der Arbeitszeit erhalten. Bei der letzten Wahl hat es uns ungeheuer geschadet, daß die Hausangestellten über alle diese Dinge nicht so aufgeklärt waren, wie es notwendig gewesen wäre. Wir wollen weiter dafür eintreten, daß die Hausangestellten unter das Ortskrankenkassengesetz kommen. Heute sind sie noch unter dem Landtrankentassengesetz.

Da augenblicklich das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge vorliegt, möchte ich weiter betonen, daß auch da wieder die Hausangestellten vergessen worden sind. Ich bin immer dafür gewesen, daß die Tätigkeit der Hausangestellten als ein wirklicher Beruf aufgefahrt wird. Aber so lange den Hausangestellten nicht reichsgesetzlich entgegengekommen wird wie allen gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen, solange können wir nicht dafür eintreten, daß die übrigen Arbeiterinnen der Hauswirtschaft zugeführt werden. Daher möchte ich Sie bitten, meinen Antrag zu unterstützen. Wenn die Sache wirklich so geregelt ist, wie es in dem Antrag vorgesehen ist, dann wird es keine Erwerbslosen mehr geben.

Was das uneheliche Kind anbelangt, so können wir uns dem anschließen, was Genossin Pfüll gesagt hat. In der preussischen Landesversammlung ist kürzlich von einer unserer Genossinnen ein Antrag begründet worden, der sich auf das Pölibat der Lehrerinnen bezog. Bei der Debatte über diese Frage war es eine Centrumsfrau, die für Verbeibehaltung des Pölibats der Lehrerinnen sprach. Man muß sich wundern, daß Frauen, die durch das allgemeine Wahlrecht in das Parlament hineingekommen sind, derartig verjährborene Ansichten zum Ausdruck bringen.

Weiter ist gesagt worden, daß wir für alle weiblichen Arbeiter die gleichen Löhne fordern müssen wie für die männlichen. Dann müssen wir aber auch mit allem Nachdruck betonen, daß die gleiche Arbeit dafür geleistet werden muß. (Sehr richtig!) Wenn wir als Gewerkschaftlerinnen eine derartige Forderung erheben, muß auch tatsächlich die gleiche Arbeit geleistet werden. Bei den Tarifverhandlungen wird uns ja auch oft genug gesagt: Die Frau kann nicht so ausdauernd arbeiten wie der Mann. Auch viele Genossen sind heute noch nicht davon überzeugt, daß wir als Frauen gleiche Arbeit leisten können.

Wenn weiter über die Jugenpflege gesprochen wurde, so hätte ich den dringenden Wunsch, daß unsere Jugend so gepflegt werden könnte, wie das

Militär früher gepflegt worden ist. Damit könnten wir alle zufrieden sein. Weiter möchte ich wünschen, daß überall da, wo leere Kasernen bestehen, Jugendämter eingerichtet werden möchten. Damit wäre auch Platz für Kinderheime u. dgl. geschaffen.

Ein Wort zur Schundliteratur. Wir haben in Berlin einen bedeutenden Vorkämpfer gegen die Schundliteratur gehabt, unseren Genossen Cassenbach. Wenn Hunger nicht weh tun würde und wenn man schon immer dafür plädiert hätte, daß die Arbeiter keine Schundliteratur drucken sollten, so glaube ich, hätten wir unsere Genossen schon längst für diese Frage erwärmt. Aber wo soll man anfangen? Wir haben gehört, daß auch die Courts-Mahler schon zur Schundliteratur gerechnet wird. Wenn man so vorgeht, würde umgeheuer viel vom Büchermarkt allein verschwinden. Ich weiß nicht, ob der gegenwärtige Moment dafür geeignet ist.

Frau **Bohm-Schuch**: Zu den ganz vorzüglichen Ausführungen des Genossen Caspari ist sachlich meiner Meinung nach überhaupt nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber anregen, und ein dahingehender Antrag ist von uns Berlinern heute an Stelle des Ihnen vorliegenden Antrages schon gestellt worden, daß, solange ein umfassendes Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nicht vorliegt, eine Reform des bestehenden Kinderschutzgesetzes als eine der dringlichsten Aufgaben betrachtet wird. Gerade die Ausführungen des Genossen Caspari haben die Dringlichkeit der Reform von neuem gezeigt.

Dann möchte ich der Genossin Köhler sagen, daß ebenfalls von Berlin ein Antrag über die weitere Regelung der Hausangestelltenfrage vorliegt, außerdem ein Antrag, der die Fraktion bittet, dahin vorstellig zu werden, daß für die noch nicht stichtgefundenen Kaufmanns- und Gewerbegerichts-wahlen noch eine Verordnung herauskommt, die den Frauen das verfassungsmäßig gemährleistete staatsbürgerliche Wahlrecht nun auch bei den Berufsgerichten gibt. Es schlägt ja einfach der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung ins Gesicht, wenn die Frauen gerade zu den Berufsgerichten nicht das aktive und passive Wahlrecht haben sollten. Seit dem Bestehen der Kaufmannsgerichte hat sich immer wieder erwiesen, wie notwendig es ist, daß Frauen als Beisitzerinnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten tätig sind.

Dann möchte ich gegenüber der Frau Dr. Quark einige Irrtümer richtigstellen. Es ist gesagt worden, es müßte, bevor solche Dinge, wie sie z. B. durch den Antrag zu den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches vorgeschlagen werden, zunächst von der Reichstagsfraktion aus mit den Genossinnen im Lande Fühlung genommen werden. Das ist, wie bei jeder Frage, bei der es sich um eine Gesetzesänderung handelt, geschehen, und zwar durch die „Gleichheit“. Es ist die Pflicht der führenden Genossinnen im Lande, die „Gleichheit“ so zu lesen, wie sie gelesen werden muß, wenn die Genossinnen informiert sein sollen. Ebenso liegt die Sache mit der Wahlkreiseinteilung. Auch da hat die Gleichheit sofort, als der Plan austauchte, ausführlich und eingehend Stellung dazu genommen.

In diesem Zusammenhange noch ein Wort über die „Gleichheit“. Von Berlin liegt ein Antrag vor, wieder das Obligatorium für die „Gleichheit“ einzuführen. Ähnliche Anträge liegen ja auch aus anderen Bezirken vor. Man beantragt, daß entweder der Mitgliedsbeitrag für die Frauen so erhöht wird, daß es möglich ist, die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern, oder daß die „Gleichheit“ als wöchentliche Beilage den Parteizeitungen beigelegt wird. Beide Pläne werden einfach nicht zu verwirklichen sein. Allerdings müssen wir einen Ausweg suchen, um den jetzt bestehenden Zustand abzuändern. Es

nützt uns nichts, wenn wir Frauen für unsere Partei in Riesenversammlungen gewinnen, dann aber nicht die Möglichkeit haben, sie auch zur Erkenntnis des Sozialismus zu führen. (Zustimmung.) Das ist nur möglich durch eine systematische Erziehungsarbeit, die sich nur in kleinen Zusammenkünften leisten läßt und deren Grundlage das geschriebene Wort bilden muß. Wenn alle Genossinnen die „Gleichheit“ lesen würden, so wäre ja weiter nichts notwendig. Aber nur 13 000—14 000 lesen unser Zentralorgan. Alles Neben über unsere Gleichberechtigung ist ein Unfimm, wenn wir nicht dafür sorgen, daß tatsächlich das Bewußtsein der Gleichberechtigung die Frauen durchdringt. Dazu ist es notwendig, daß wir für unser Blatt werben und irgendeine Möglichkeit der Verbreitung suchen.

Von der Genossin Köhl ist vorgeschlagen worden, der „Gleichheit“ eine besondere Beilage für das kommunalpolitische Gebiet beizufügen. Ich kann mich für diesen Vorschlag nicht erwärmen; er würde eine neue finanzielle Belastung der „Gleichheit“ bedeuten. Ein Hauptargument gegen den Bezug unserer Zeitung ist aber immer der Preis. Die „Gleichheit“ enthält ja auch bereits sehr viele Artikel über Kommunalpolitik, Wohlfahrtspflege, Sozialpolitik usw., wenn diese Artikel auch vielleicht nicht immer für die in den Kommunen tätigen Frauen genügen. Da möchte ich aber an Sie alle, die Sie in den Kommunalverwaltungen tätig sind, das dringende Ersuchen richten: schicken Sie mir doch Artikel aus Ihrer eigenen Tätigkeit, sorgen Sie dafür, daß wir praktisch das kommunalpolitische Gebiet anders ausgestalten können. Die gegenseitigen praktischen Erfahrungen müssen ausgetauscht werden. Auf kommunalpolitischem Gebiet ist es so, daß die Theorie nur ein Teil dessen ist, was wir gebrauchen. (Beifall.)

**Blase-Mannheim**: Von der Genossin Köhl haben wir gehört, daß es gut ist, wenn unsere Genossinnen sich allüberall betätigen, ganz besonders aber in allen Körperschaften vertreten sind und Mitarbeiterinnen für unsere Sache zu werben. Ich kann diesen Wunsch nur unterstützen. Manchmal scheuen sich die Genossinnen, beim Vorstände notwendige Anforderungen zu stellen. Wir dürfen nicht zurückhaltend sein, sondern müssen die Forderungen, die wir für nötig halten, in den einzelnen Vertretungen zum Ausdruck bringen. Genossin Köhl hat gesagt, wir sollten mit den Genossinnen in den Parlamenten mehr als bisher zusammenarbeiten, das heißt, die Genossinnen in den Parlamenten sollten Berichte über ihre Tätigkeit einreichen. Dem stimme ich vollständig zu; aber ich muß bemerken, daß ein großer Teil der Genossinnen zwar oftmals den Willen hat, in diesem Sinne zu arbeiten, daß ihnen aber vielfach die notwendige Zeit dazu fehlt. (Zustimmung.)

Genossin Köhl hat auch davon gesprochen, daß die Rundschreiben des Parteivorstandes nicht immer in die richtigen Hände gelangen. Da möchte ich den Vorschlag machen, daß die Genossinnen Zuchacz und Ihnek stets und ständig mit Adressen von den Genossinnen versehen werden, die in den einzelnen Landesteilen in den Vorständen sitzen, und diese beiden Genossinnen sollten dann das notwendige Material den Genossinnen im Lande direkt zuschicken. (Sehr richtig!)

Bezüglich der „Gleichheit“ stehen wir alle auf dem Standpunkt, daß sie eine andere Ausgestaltung erfahren muß. Die Abonnentenzahl hat in Mannheim nicht zu-, sondern abgenommen. Die Genossinnen sagen, es fehle ihnen die notwendige Zeit, sie kämen nicht einmal dazu, die Tageszeitungen genau zu lesen. Außerdem wird von Mannheim der Wunsch geäußert, ob es nicht möglich wäre, der „Gleichheit“ eine illustrierte Zeitung beizulegen, eine Wochezeitung mit Schnittmustern usw. Damit könnten wir noch viele Abonnenten gewinnen.

Was die Wohlfahrtspflege betrifft, so haben wir im Badischen Landtag schon im Jahre 1909 dahin gearbeitet, daß in den einzelnen städtischen Kommissionen Frauen mit teilnehmen. Dort haben unsere Genossinnen ihre ganze Kraft bei der Mitarbeit in den Kommissionen zur Verfügung gestellt. In der Wohlfahrtspflege haben wir in Baden schon sehr Treffliches geleistet. Erst vor wenigen Tagen haben wir zwanzig Genossinnen beauftragt, in der Armenpflege kräftig mitzuwirken. An der Spitze der ganzen Sache steht ein Parteigenosse, ein ehemaliger Arbeitersekretär, der in der Lage ist, die Genossinnen zu allen Arbeiten mit heranzuziehen.

Das Referat der Genossin Pfäffl war uns aus dem Herzen gesprochen, namentlich als sie davon sprach, daß die unehelichen Kinder mit den ehelichen gleichgestellt werden müssen. Hier ist noch vieles zu tun, namentlich von den Genossinnen in den Parlamenten.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß wir in Baden in diesem Winter in unseren sieben Bezirken Frauenkonferenzen einberufen und dort jede einzelne Genossin zur Mitarbeit auffordern werden. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, das, was wir heute gehört haben, nun auch in die Tat umzusetzen.

Die Vorf. Rhoad gibt bekannt, daß Frau Adele Schreiber in einem Telegramm aus Rotterdam der Frauenkonferenz den besten Erfolg wünscht. Es wird beschlossen, Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, mit der Beratung fortzufahren.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

## Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzende Fuchs eröffnet den zweiten Verhandlungstag Sonntag, 9 Uhr 25 Minuten.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Frau Sachtel-Mtenburg: Ich bedauere es sehr, daß unser Bezirk keiner Genossin ein Mandat für den Parteitag gegeben hat. Genossin Schröder betonte gestern, sie hätte lieber auf dem Parteitag das Referat des Genossen Caspari gehört. Wir, die wir nicht am Parteitag teilnehmen können, sind aber erfreut, das Referat hier gehört zu haben. Wir müssen doch diese Anregungen auch unseren Genossinnen draußen übermitteln können. In Groß-Thüringen sind wir mit dem Fortschreiten unserer Bewegung sehr zufrieden. Trotzdem müssen natürlich die Beziehungen unter den Genossinnen noch mehr gepflegt werden, das ist auch unser Verlangen. Leider fehlt es ja immer an dem nötigen Geld.

Unsere Genossinnen im Lande können nicht verstehen, daß Punkt 5 unseres Erfurter Programms immer noch nicht erfüllt ist. Darüber müssen wir die Genossinnen draußen aufklären.

In das Kindergemüt einzudringen, ist unsere Hauptaufgabe. Dafür unsere Genossinnen zu gewinnen, ist außerordentlich schwer. Gewiß fehlen uns noch die nötigen sozialistischen Kenntnisse, Genosse May, aber die Genossinnen selbst haben es ja bis zur Revolution versäumt, uns zu den Arbeiten heranzuziehen. (Zustimmung.) Genossin Wachenheim macht nun in der „Gleichheit“ gute Vorschläge für die Frauenbildung. Solche Unterrichtskurse, wie sie sie vorschlägt, müssen wir überall draußen einrichten. (Beifall.)

Frau Elaff-Kiel: In nächster Zeit sollen die Beiträge für die Frauen bedeutend erhöht werden. Das müssen wir Schleswig-Holsteiner bekämpfen.

Meist geht doch der Beitrag für Mann und Frau aus einer Kasse. (Sehr richtig!) Die Erhöhung würde keinen Vorteil bringen, da uns dann zuviel Mitglieder verlorengehen. Die Bezirke erheben ja außerdem auch noch Zuschläge. Dafür soll die „Gleichheit“ nun umsonst geliefert werden. Das bedeutet aber für viele Genossinnen keinen Vorteil, denn sie lesen bis jetzt die „Gleichheit“ nicht, bezahlen sie also auch nicht, weil sie kein Interesse daran haben. Wir haben in Kiel besondere Frauenabende eingerichtet, namentlich für die Wohlfahrtspflege. Die bürgerlichen Frauen legten plötzlich ihre Ämter nieder, als auch Arbeiter zur Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege herangezogen werden sollten. Da brauchten wir plötzlich etwa 300 neue Kräfte. Es ist auch so gegangen, und unsere tätigen Genossinnen haben viel Freude an der Arbeit erlebt. In Kiel ist die behördliche wie die private Wohlfahrtspflege zusammengefaßt worden, und jetzt sollen auch noch amtliche Helferinnen angestellt werden, die dann bestimmten Familien zugeteilt werden, so daß nicht mehrere Frauen in ein und dieselbe Familie kommen. Das empfehle ich auch andernwärts.

Ich hätte gewünscht, daß der Antrag über die Abtreibung begründet worden wäre, ehe ich das Wort erhielt, weil mir nicht klar ist, ob die Abtreibung etwa bis zum letzten Augenblick gestattet sein soll. Das halte ich für übertrieben.

Dr. Knack-Hamburg: In 10 Minuten kann ich leider nicht einen Antrag von dem Umfange begründen wie den unserigen über das Recht der Frau auf Unterbrechung der Schwangerschaft. Bei der augenblicklichen Geschäftslage denke ich ihn mir übrigens nur als Material für die Diskussion, auch für die Diskussion draußen im Lande. Ich habe es außerordentlich bedauert, daß aus dem Kreise unserer Genossinnen zu dem Antrag unserer Reichstagsaktion bisher so wenig Stellung genommen worden ist. (Sehr richtig!)

Als Arzt muß ich als unerläßliche Vorbedingung jedweder Gesetzesänderung fordern, daß die Gewähr gegeben ist, daß dieser tiefe ärztliche Eingriff so sicher und zuverlässig ausgeführt wird, wie nur irgend möglich. Wir dürfen darum nicht nur gegen die Kurpfuscher vorgehen, sondern wir müssen auch der genügenden Vorbildung der Ärzte unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, da diese keinesfalls ohne weiteres allen Forderungen entspricht. Selbstverständlich müssen wir gegen die gewerblichen Kurpfuscher aufs schärfste vorgehen. Unjüngliches Elend haben sie über die Frauenvwelt gebracht. Aber auch eine Frau selbst kann sich durch die Handhabung der unseligen Mutterstrikte außerordentlich schaden. Darum müssen wir die Frauen auch in ihrem Recht beschränken, gegen ihren eigenen Körper vorzugehen. Denn alles Frauennüchtern ist letzten Endes Staatsnüchtern. Wir müssen dann aber auch selbstverständlich dafür sorgen, daß auch die breiten Massen der minderbemittelten Frauen von dem Recht der Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt wirklich Gebrauch machen können. Das ist nur möglich, wenn wir ihnen die Mittel dazu mit Staatshilfe zur Verfügung stellen. Woher wir diese Mittel nehmen, muß im Reichstag geprüft werden. Dazu wird eine Änderung der Reichsversicherungsordnung nötig sein, da § 192 derselben die Zustimmung enthält, daß die Zahlung der Kasse bei einer durch schuldhafte oder vorsätzliche Handlung des Versicherten bedingten Erkrankung die Krankenhilfe verweigern kann. Die Form der wirtschaftlichen Hilfe können wir hier heute natürlich nicht festlegen. Die Krankenkassen müssen dazu gehört werden, denn sie wissen ja heute vielfach schon nicht, wie sie die nötigen Gelder für ihre Verpflichtungen beschaffen sollen. Die wirtschaftliche Hilfe muß natürlich in dem Geiste geschaffen werden, der durch unsere neuen Reichsgesetze über

die Wöchnerinnenfürsorge gegeben ist, d. h. nicht nur die Versicherten selbst und ihre Angehörigen müssen die Unterstützung empfangen, sondern alle sozial bedürftigen Schwangeren. Jede Frau wird sich klar sein müssen, daß diese Operation eine Gefahr für sie bedeutet. Aber wenn wir durch hinreichende ärztliche und soziale Hilfe alle etwaigen körperlichen Gefahren durch eine künstliche Unterbrechung aufs äußerste beschränkt haben, müssen wir den Unabhängigen folgen, die verlangen, daß eine Grenze der Schwangerschaftsunterbrechung nicht festgelegt wird, bis zu der der Eingriff noch erlaubt ist; das muß vielmehr die Frau mit ihrem Arzt entscheiden. Wenn dieselben sozialen Gründe, die die Frau bei Beginn der Schwangerschaft dazu führen, diese zu unterbrechen, können auch in späteren Monaten eintreten; ich erinnere nur an die Frauen, die im Besitze mehrerer Kinder plötzlich durch Krankheit oder Unfall ihren Gatten verlieren und nun glauben, eine bereits seit mehr als drei Monaten bestehende Schwangerschaft nicht austragen zu können, oder an Bräute, die unter gleichen Schwangerschaftszeiten ihren Verlobten und zukünftigen Gatten verlieren und sich nun nicht nur sozialer Not, sondern auch gesellschaftlicher Achtung ausgesetzt sehen. Wir wollen doch besser die jedesmalige Entscheidung in die Hand von Arzt und Frau legen und nicht neue gesetzliche Komplikationen für die Zukunft schaffen. Diese gesetzlichen Neuerungen werden natürlich auch ihre Rückwirkungen auf den § 217 des St.G.B. ausüben, auf die Bestrafung des Kindesmords, und eine neue Fassung desselben bedingen. Auch müssen wir erstlich überlegen, wie § 220 zu ändern ist. Ihn ganz aufzuheben, wie es die Unabhängigen verlangen, geht nicht an, aber bei geistig Minderwertigen, bei Verbrechern u. dgl. sollte man die Schwangerschaft allerdings unterbrechen dürfen, wenn nach wissenschaftlicher Erkenntnis der genügende Grund dafür vorliegt. Das beabsichtigen wohl auch die Unabhängigen nur; die Unklarheit ihres Antrags ist nach meiner Meinung darauf zurückzuführen, daß sie uns rasch zuvorkommen wollten. Wenn wir aber schon die Unterbrechung der Schwangerschaft erlauben, so müssen erst recht die Empfängnis verhütenden Mittel dem freien Verkehr freigegeben werden und alle noch dagegenstehenden strafrechtlichen Bestimmungen (unter § 184, 3) müssen beseitigt werden, ebenso alle Hindernisse gegen die weitestgehende Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift.

Fallen diese Schranken, so ist damit gleichzeitig ein wichtiges Kampfmittel gegen die Geschlechtskrankheiten. (Sehr richtig!) Darum ist ja auch in dem Gesetzentwurf, der dem Reichsrat bereits seit Monaten vorliegt, eine Veränderung des § 184 vorgesehen. Weil nun einmal das Wort „Geschlechtskrankheiten“ hier wiederholt gefallen ist, so muß ich sagen: die Not, die Gefahr dieser Krankheiten brennt uns so auf den Nägeln, daß es höchste Zeit für die Reichstagsfraktion ist, alles daran zu setzen, alle noch etwa vorliegenden Bedenken fallen zu lassen und dafür zu sorgen, daß das neue Gesetz bald verabschiedet wird. Wir können nicht zusehen, daß von Tag zu Tag Tausende von Menschen mehr dieser Krankheit zum Opfer fallen. Ehe wir kein neues Recht haben in diesem Kampfe, können wir auch nicht mit neuen Mitteln und neuen Formen erfolgreich vorgehen. (Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Adbruch: Den Antrag des Genossen Dr. Knack halte ich sachlich für nicht sehr glücklich und taktisch für sehr unglücklich. (Sehr richtig!) Er geht einerseits über den Antrag unserer Fraktionsgenossen im Reichstag hinaus, andererseits bleibt er dahinter zurück. Wir wollen auch die Frau von Strafe befreit wissen, die ohne Heranziehung eines Arztes eine Abtreibung vornimmt (Sehr richtig!), nicht weil wir die Abtreibung billigen, sondern weil wir Straflosigkeit gerade denen zuteil werden lassen wollen, die sie am meisten

nötig haben. Gerade die törichten, unerfahrenen unehelichen Mütter auf dem Lande, die zu unverständlich sind, den Weg zum Arzt zu finden, gerade diese Kreismen der Armen würde der Antrag Dr. Knacks unter Strafe lassen. Andererseits geht sein Antrag über den unserigen hinaus, weil er die Abtreibung bis in den Geburtsvorgang hinein straflos läßt. Straflos sein würde sogar die Hebamme, die im Anfang des Geburtsvorganges das Kind ins Leben brächte. Das hat Genosse Knack wohl selbst nicht gemollt. Ueber den Zeitpunkt, die Grenze, bis zu der die Abtreibung erlaubt ist, können wir mit den ärztlichen Sachverständigen diskutieren. Wir haben die Dreimonatsgrenze gewählt, weil wir annahmen, daß nach diesen drei Monaten die Gefahr sich so vermehrt, daß man die Abtreibung lieber früher vornehmen soll, andererseits weil wir einen Zeitpunkt wählen wollten, in dem die Schwangerschaft unter allen Umständen schon erkennbar ist. Daß eine Grenze da sein muß, ist klar. Es war eine Uebereilung der Unabhängigen, die uns unseren Antrag wegnehmen wollten, und und nett den § 302 zu streichen. Der Antrag des Genossen Knack ist auch taktisch sehr unglücklich, weil er gerade alle die Fragen so recht vor die Öffentlichkeit und die Gegner rückt, die wir in den Hintergrund gestellt wissen wollten. Wir wollten zunächst einmal Straflosigkeit, das andere kommt später. Unser Antrag wird durch das, was dieser Antrag sagt, in ein ganz falsches Licht gerückt. Unser Antrag ist nicht auf Freigabe der Abtreibung gerichtet, sondern lediglich auf Aufhebung eines Klassenstrafrechts. Im allgemeinen bleibt ja die Abtreibung sowieso straflos, wenn aber Bestrafung eintritt, dann trifft sie nicht wohlhabende Kreise, sondern die Armen, die in irgendeine Höhle der Kurpfuscherei fallen, in der sich später eine Liste der Heringefallenen vorfindet. Nun wird gesagt, die Konsequenz wäre, daß sich die Abtreibung außerordentlich verbreiten würde. Das wird uns immer wieder entgegengehalten von Leuten, die sagen, dann würde jede Frau abtreiben. Wir sollten solche Leute dann einmal ganz lange schweigend ansehen. (Sehr richtig!) Und dann sagen: Wie sehen Sie die Welt an? Ist nach Ihrer Ansicht die Welt so beschaffen, daß die Frau sich lieber das Glück der Mutterschaft versagen will, als in diese Welt und in diese Gesellschaftsordnung hinein Kinder gebären zu wollen? Und wenn Sie die Welt so ansehen, ist es dann wohl das richtige Mittel, einen Gebärzwang auszuüben, oder ist nicht vielmehr das richtige Mittel, diese Welt mit allen Kräften zu verbessern, dahin zu verbessern, daß die Frau es wieder als ein Glück empfindet, Kinder, und zwar viel Kinder zu haben? (Lebhaftes Sehr richtig!) In diesem Sinne müßte die Propaganda getrieben werden, nicht unter dem Gesichtspunkt der Freigabe, wir betrachten es als ein Unglück, daß es etwas geheißen muß, wir wollen nur die Opfer dieser Strafbestimmung retten. Weil der Antrag, der uns hier vorliegt, die ganze Diskussion auf eine falsche Bahn zu drängen geeignet ist, bitte ich Sie, sich in der zukünftigen Agitation, in Versammlungen und in der Presse nicht in den Bahnen dieses Antrages zu bewegen, sondern das den ärztlichen Sachleuten zu überlassen und sich zu beschränken auf die Hauptfrage: die Straflosigkeit. (Lebhafte Beifall.)

Frau Richter-Frankfurt: Die drei Referate haben uns wertvolle Anregungen für die Agitation unter den Frauen gegeben. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, wie schwer es ist, die Frauen zu gewinnen, noch schwerer, sie zu halten. Wir müssen sie für den Sozialismus erziehen, Bildungskurse einrichten. In Frankfurt mußten wir leider erfahren, daß der Besuch reiner Frauenveranstaltungen nicht den Erwartungen entsprach. Prozentual hatten aber an den allgemeinen Bildungskursen die Frauen mehr teilgenommen als

die Männer. Darum nehmen sie nur zu den reinen Frauenfragen in Genossinnenkreisen Stellung. Wir dürfen nicht zu separatistisch sein. In unserer Partei lebt ein Zug, der unsere Frauenbewegung allgütig ins bürgerliche Fahrwasser bringen will. Wir sind eine proletarische Partei, darum müssen wir das bekämpfen. Wir in Frankfurt haben zu den §§ 218 und 220 keine besonderen Anträge gestellt, unterstützen aber die zu ihrer Abänderung eingebrachten Anträge. Wir bedauern, daß sich in der Fraktion noch Widerstände geltend machen. Die Bürgerlichen sind natürlich gegen die Abänderung, weil sie möglichst viel Proletariat brauchen als Kanonenfutter und als Arbeiter, die gegenseitig Lohndrücker spielen. Wir wollen allerdings auch möglichst viel Proletariat haben, denn wenn wir die haben, haben wir die Macht. Aber die Existenzbedingungen müssen dazu vorhanden sein. Wir wollen auch die Freiheit der Abtreibung, aber nur durch die Ärzte, damit die Frauen nicht in die Hände von Kurpfuschern fallen.

Genosse Caspari meinte, es sei schwer, die Mittel für die Wohlfahrtspflege aufzutreiben. Es muß aber mehr wie je heute Wohlfahrt und Jugendpflege getrieben werden. Wir müssen den Wiederaufbau der sittlichen Kräfte des Volkes in Angriff nehmen. Mag auf einer anderen Seite gespart werden. Geseft hat es mich, daß hier Frankfurt gelobt worden ist. Bei uns ist ja die Mitarbeit unserer Genossinnen in der Wohlfahrtspflege schon alt und besonders segensreich. Was uns möglich war, sollte aber auch allercorts möglich sein. Wir Frauen müssen in der Partei ein mitbestimmender Faktor werden. Darum hinaus in die Agitation. (Weifall.)

Frau Wohlgenuth-Danzig: Genosse Caspari hat uns gesagt, daß gerade wir Frauen zur Wohlfahrtspflege berufen sind. Da müssen wir bedauern, daß gerade wir sozialdemokratischen Frauen zu wenig Gelegenheiten hatten, uns für diesen Beruf auszubilden und daß wir auch diese Gelegenheiten noch zu wenig benutzt haben. Das ganze Erziehungspersonal der Fürsorgeanstalten muß planmäßig eine ganz andere Ausbildung bekommen. Gerade diese Leute sind nicht darauf eingestellt, unsere Jugend so zu erziehen, daß sie wirklich drauhen brauchbare Menschen werden. Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß die privaten Fürsorgeanstalten, mit denen Verträge abgeschlossen werden, einer ganz strengen Kontrolle unterworfen werden, und zwar gerade die christlichen Fürsorgeanstalten. Keiner von Ihnen würde es für möglich halten, wenn ich Ihnen die Zustände im Osten schilderte.

Was uns sozialdemokratischen Frauen wird viel zu wenig Stellung genommen zu wichtigen Gesetzentwürfen in den Parlamenten. Dabei werden meistens unsere Genossinnen drauhen im Lande vor den führenden Genossinnen benachteiligt. In solchen Fällen muß doch in den kleinsten Orten Stellung genommen werden. Als der Gesetzentwurf für das neue Wahlgesetz in Preußen herauskam, wollten sich die Frauen in der Landesversammlung mit Minister Seevering in Verbindung setzen. Der Entwurf läuft nämlich darauf hinaus, ein frauenloses Parlament zu schaffen. (Sehr richtig!) Wir sind aber nicht gehört worden. (Hört, hört!) Man hat über unsere Köpfe hinweg beschlossen. Wenn wir Frauen nicht darauf hindwirken, werden wir gar keine Frauen in das Preußenparlament hineinbekommen. Auf dem Gebiete des Hebammenwesens haben wir Parlamentarierinnen wirklich positive Arbeit geleistet und wir hoffen, daß das Hebammengesetz eine gesunde Reform bringt. Wir wünschen übrigens dringend, daß die Frauen im Reichstag sich mit uns bei diesen wichtigen Fragen mehr als bisher in Verbindung setzen.

Die Agitation und Organisation ist ja in den einzelnen Gebieten verschieden. Im Osten ist die Frauenorganisation noch sehr schlecht. (Sehr richtig!)

Das ist auch Schuld der Genossinnen, in deren Händen die Leitung der Organisation drauhen liegt. Wenn unsere Rednerinnen dort hin kommen, sind häufig die Versammlungen gar nicht organisiert. Wir sind uns durchaus darüber im Klaren, daß wir gegen unsere Genossen oft den stärksten Kampf zu führen haben. Auf einer ostpreussischen Konferenz sagte ja ein Parteisekretär, die Frauen sollten erst einmal dafür sorgen, daß die Kaiserbilder aus den Schulen verschwänden, dann könnten sie mitreden. Als ich dagegen auftrat, wurde ich von unseren Genossen nicht unterstützt. (Hört, hört!)

Den Antrag 10 (Hamburg) können wir als Frauen nicht unterstützen, denn wir verlangen die Berufstätigkeit der Frau. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit können wir allerdings darauf hinwirken, daß streng geprüft wird, wo wirklich eine Frau zurücktreten muß hinter einen Mann, niemals aber können wir das in Anträgen ins Land gehen lassen, wie dieser Antrag es fordert. (Zustimmung.)

Frau Loh: Für uns Frauen ist es ganz unmöglich, einen solchen Antrag hinausgehen zu lassen, denn wir Frauen sind uns wohl bewußt, daß wir auch einmal hinter den Männern zurückstehen müssen, sobald unsere Männer guten Verdienst haben. Aber diesen Antrag dürfen wir nicht stellen, sonst wird es uns später unter anderen Verhältnissen auch immer wieder vorgehalten. Unsere Agitation wird uns ja gerade dadurch so sehr erschwert, weil immer gesagt wird, es genügt, wenn der Mann organisiert ist, weil er ja doch die Beiträge für Frau und Töchter zahlt. Leider gilt ja der Beruf der Hausfrau nicht als Erwerb. Darum ist die Frau vom Mann so sehr wirtschaftlich abhängig, das müssen wir bekämpfen.

Wir haben leider zu sehr versäumt, der Jugendbewegung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, namentlich der weiblichen Jugendbewegung. Viele Genossinnen schicken zwar ihre Tungen hin, nicht aber ihre Töchter, weil sie ihren sittlichen Verberb fürchten, oder sich zu gut dünken, sie mit den Proletarierkindern zusammenzubringen. Gätten Sie den Geist der Jugend in Weimar gesehen, so hätten Sie alle Ihre Kreuze gehabt. Dieser Anblick war für uns Alten geradezu eine Steinachse Verjüngungskur. Wir dürfen unsere Jugend nicht auf den Sportplätzen verbürgerlichen lassen. Wir wollen ihr nicht die Freude am Sport rauben, aber wir wollen sie auch zur ernsten Arbeit heranziehen. Wir Alten müssen unseren Nachwuchs heranbilden.

Es ist so viel von der Gleichberechtigung der Frau die Rede. Sollen nicht auch unsere Genossen verabsäumt haben, den nötigen Einfluß auf die Frau auszuüben, sie über diese Frage aufzuklären?

Für die wohlhabenden Kreise hat das Strafrecht wegen Unterbrechung der Schwangerschaft schon früher nicht bestanden. Auch ich fordere Straffreiheit.

Antrag: Als Vertreterin des Niederrheins möchte ich zu dem Reserat der Genossin Köhl bemerken, daß das Streben der Genossinnen dahin gehen muß, eine geschlossene Organisation zu schaffen. Die Frauen müssen eine ebenso festgefügte Organisation bekommen wie die Männer; denn nur dann können wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen, und dann werden auch manche Härten, die uns jetzt die Arbeit so sehr erschweren, verschwinden. In erster Linie müssen wir die Durchsetzung des Parteikörpers mit tüchtigen weiblichen Funktionären anstreben. In der Agitation ist es notwendig, zuerst bei unseren Parteigenossen anzufangen. Eigentlich wäre es selbstverständlich, daß die Frauen der Parteigenossinnen sofort der Partei zugeführt werden, denn die Mitgliedschaft verpflichtet doch, den sozialistischen Gedanken weiterzutragen.

Durch die Einstellung von Sekretarinnen wird nach meiner festen Überzeugung die Frauenbewegung zu einer größeren Selbständigkeit geführt. Es



müß aber verlangt werden, daß dann die Sekretärinnen von den Sekretären auch als vollwertige Arbeitskräfte anerkannt werden. (Sehr richtig!) Auch in der Partei muß unbedingt die wirtschaftliche Gleichstellung durchgeführt werden.

Bezüglich der „Gleichheit“ haben die Genossinnen von Niederrhein den Antrag gestellt, die Reichsfrauenkonferenz möge den Parteitag ersuchen, folgendem Beschluß zuzustimmen:

Die Parteizeitungen werden ersucht, die „Gleichheit“ als wöchentliche Beilage einzuführen. In den Bezirken, in denen aus finanziellen oder technischen Gründen eine derartige Belieferung unmöglich ist, müssen die Frauenbeiträge entsprechend erhöht werden, damit dann eine obligatorische Belieferung der Frauen mit der „Gleichheit“ erfolgt.

Es muß unbedingt gelingen, die „Gleichheit“ wieder zum geistigen Bindemittel der Frauen zu machen, weil wir nicht nur die Frauen gewinnen, sondern erziehen und schulen müssen. Durch die Aufhebung des Obligatoriums haben wir am Niederrhein eine ganze Reihe von Frauen verloren. Die „Gleichheit“ muß den Frauen wieder zugänglich gemacht werden, weil sie tatsächlich das Nichtigste für unsere Frauen bringt. Wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte, so würden wir uns mit dem Groß-Berliner Antrag begnügen.

Mit den Ausführungen des Genossen Caspari bin ich voll und ganz einverstanden. Wir müssen allerorts versuchen, die ganze Wohlfahrtspflege mit sozialistisch gestimmten Männern und Frauen zu durchsetzen; auf diese Weise kommen wir ein gutes Stück weiter auf dem Wege zum Sozialismus. Die Anregungen, die uns auf der diesjährigen Frauenkonferenz gegeben worden sind, werden wir in die Tat umzusetzen versuchen.

Ein Antrag Hans auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

**Berthold-Köln:** Als Vertreterin der Kölner Frauen möchte ich namentlich in bezug auf die Mitarbeit der Frauen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einige Wünsche vorbringen. Genossin Köhl sagte in ihrem Vortrag, es sei den Genossinnen bisher nicht möglich gewesen, sich durchzusetzen. Das trifft auch für Köln zum großen Teil zu. Die Genossen, deren eigene Frauen nicht einmal der Partei angehören, sind die größten Schreier, wenn es gilt, der Frauen nachzusagen, daß die Frauenbewegung ein Hemmschuh des Aufstiegs sei. Wir haben alles mögliche versucht, um uns durchzusetzen. Ich möchte die Genossen, die immer Kritik an der Frauenbewegung üben, bitten, doch auch einmal an die Zeit zurückzudenken, wo sie noch Anfänger in der Parteibewegung waren.

Bezüglich der „Gleichheit“ wünschen die Genossinnen im Rheinland, daß versucht wird, namentlich den politischen Teil der Zeitung allgemeinerverständlich zu gestalten. Wenn auch die „Gleichheit“, namentlich die Beilage „Die Frau und ihr Haus“, sich die Sympathie bei unseren Genossinnen erworben hat, so ist doch die Tatsache vorhanden, daß gerade die politischen Artikel, die unsere Frauen aufklären sollen, zu schwer sind. Auch hätte ich den Wunsch, daß in der „Gleichheit“ kleinere Besprechungen geboten werden, die den Frauen die Dinge schmackhaft machen.

Die Vertreterinnen in den Kommunen bitte ich, dafür zu sorgen, daß dort auch die „Gleichheit“ gehalten wird. Für die bürgerlichen Frauen werden ja auch alle bürgerlichen Zeitungen gehalten. Es ist traurig, zu hören, daß die „Gleichheit“ nur eine Abonnentenzahl von 11 000 hat. (Beifall.)

**Schröder-Altona:** Ich bitte, folgender Entschliebung, die ich zusammen mit mehreren Genossinnen ausgearbeitet habe, zuzustimmen:

Die Reichsfrauenkonferenz richtet das dringende Ersuchen an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit aller Energie dahinzustreben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch vom Eherecht und von den Rechten der unehelichen Kinder.

Es wird ferner beschlossen, diese Entschliebung dem Parteitag mit der Bitte um Unterstützung zur Kenntnis zu bringen.

Von Genossin Pfüll haben wir schon gehört, daß das, was in der Verfassung niedergelegt ist, an und für sich noch kein Recht für die Frauen bedeutet, sondern nur dazu dient, den Weg zu ebnen, damit im bürgerlichen Gesetzbuch, im Strafgesetzbuch usw. eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau durchgeführt wird. Nun ist seit der Verabschiedung der Verfassung über ein Jahr verstrichen. Bisher ist aber, wie wir wissen, noch nichts geschehen, um diese Rechte in die Tat umzusetzen. Wir halten es für notwendig, daß unseren Genossen in der Reichstagsfraktion wie auf dem Parteitage das einmal von Augen geführt wird. Dem letzteren dient der zweite Absatz der Entschliebung. Genossin Pfüll hat gestern gesagt: Die Befreiung der Frau muß das Werk der Frauen selbst sein. Das ist richtig; aber vorläufig brauchen wir dazu auch noch die Männer. Daher bitte ich Sie, meiner Entschliebung sowie dem Antrage, die Entschliebung dem Parteitage vorzulegen, zuzustimmen.

**Zabe-Hamburg:** Wenn wir in Betracht ziehen, daß alle Arbeit, die wir leisten, ehrenamtlich ist, so ist unsere Frauenbewegung geradezu glänzend zu nennen. Sie wird der bürgerlichen Frauenbewegung sehr bald überlegen sein, wenn wir berufsmäßige Politikerinnen haben werden.

Ebenso wie die Männer, die auch nicht gleich hervorragend tüchtig gewesen sind, müssen sich auch die Frauen allmählich einarbeiten. Es ist aber nicht möglich, daß die Frau neben ihrer Wirtschaft daselbe leistet wie der Mann, der berufsmäßiger Politiker ist. Man hat jetzt überall nach Möglichkeit Frauen einzustellen, die sich dann mit aller Kraft der Arbeit widmen sollen. Deshalb bin ich für die Anstellung von Parteisekretärinnen. Man darf nicht sagen, die Frauen seien nicht vorgebildet. Die allertüchtigsten von uns haben eine politische Vorbildung genossen. Wir sind aus unserer Hausfrauentätigkeit herausgegangen und haben mit Eifer für unsere Sache gearbeitet. Da sollte man nicht sagen, daß wir nichts leisten.

Ein Wort zur „Gleichheit“. Die „Gleichheit“ wird meiner Auffassung nach vorzüglich geleitet; sie bringt alles das, was aktuell ist, und zwar nach Möglichkeit auch in ausführlicher Weise. Wir müssen in unseren Frauenversammlungen die einzelnen Artikel besprechen, damit diejenigen, die die „Gleichheit“ noch nicht halten, wißbegierig werden.

Auch ich bin der Meinung, daß die Genossinnen, die im Reichsparlament sitzen, viel intensiver mit den Frauen in den Landesparlamenten zusammenarbeiten müssen. Wir in den Landesparlamenten kennen viel besser die Bedürfnisse der Frauen, die im häuslichen und wirtschaftlichen Glend stecken und können infolgedessen viele Anregungen geben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die heute herrschen, machen uns vielfach die Menschen geistig tot. Wir in den Reichs- und Landesparlamenten müssen uns für eine wirtschaftliche Umstellung einsetzen. Sonst brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unsere Bewegung langsam abirrt. Durch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage kann auch das sittliche Glend allmählich aus der Welt geschafft werden.

Es ist tief bedauerlich, daß die erwerbslosen Frauen weniger bekommen als die erwerbslosen Männer. Man muß auch den Frauen ein Existenzmini-

mum geben und darf nicht sagen: die Frau braucht nicht soviel wie der Mann. Ich bitte Sie daher, den Hamburger Antrag anzunehmen.

Wir Hamburgerinnen haben außerdem den Antrag eingebracht, daß Frauen von Beamten in dieser Zeit der Not nicht arbeiten sollen. Wir wollen kein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterfrau, wie es jetzt besteht. Entweder muß das Demobilisierungsgesetz aufgehoben werden oder aber es muß auch auf die Beamtinnen ausgedehnt werden. Die Beamtinnen sind ja sowieso schon bedeutend besser gestellt als die Arbeiter, und wir können insofern ihren Frauen nicht gestatten, zu arbeiten. Denn größeres Einkommen bedeutet größere Anteilnahme an den Gütern.

Von dem Genossen Dr. Caspari sind viele Fragen angeschwitten worden, aber die aktuellsten Fragen sind zum Teil mit wenigen Sätzen erledigt worden. Ich erinnere nur an die Frage der Prostitution.

(Die Redezeit ist abgelaufen.)

**Franz-Chemnitz:** Durch die ganzen Ausführungen der Rednerinnen auf der Frauenkonferenz zieht sich wie ein roter Faden das tiefe Bedauern darüber, daß die politische Gleichberechtigung der Frauen von den Männern nicht anerkannt wird. Ich möchte nun die Frage aufwerfen: haben Sie etwas getan, um sich diese Machtstellung zu erringen? Haben Sie schon einmal in großzügiger Art und Weise bei Ihren Geschlechtsgenossinnen versucht, sich die Position zu erwerben, die notwendig wäre, um evtl. als Vorkämpferin bei einer Reichs- oder Landtagswahl aufzutreten? Die Dinge liegen so, daß Ihre Tätigkeit wesentlich verschieden ist von der der Männer. Vor allen Dingen kommt in Frage, daß Sie in der gegenwärtigen Zeit die Aufgabe haben, für die Kinder zu sorgen, die durch die Hungerblockade und den Krieg unterernährt sind. Von einem großen Teil der Frauen wird diese Tätigkeit auch bereits ausgeübt, aber noch nicht in zusammenfassender Weise. Sie haben leider viel zu sehr den bürgerlichen Kooperationen, vor allen Dingen dem Roten Kreuz, dieses Gebiet überlassen. Wenn Sie noch lange über die Wohlfahrtspflege reden und nicht handeln, werden Ihre Kinder hungernde verhungern. (Zurufe.) Die Verhältnisse sind viel schlimmer, als man denkt. In einem Ort im Erzgebirge mit 1296 Kindern sind 1090 in Klasse 3 und 4 der Unterernährung; das sind solche, die in allererster Linie der Tuberkulose, der Malaria usw. ausgesetzt sind. In der Amtshauptmannschaft Auerbach sind von 15 000 Kindern 10 274 in Klasse 3 und 4, also schwer unterernährt und tuberkuloseverdächtig; in der Amtshauptmannschaft Chemnitz von 13 730 Kindern 7 658; in der Amtshauptmannschaft Marienberg sind 4000 Kinder von 8000 schwer unterernährt und in Klasse 4; in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sind 6409 Kinder in Klasse 3 und 4. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Berlin, in Oberschlesien und anderen Gebieten. In einzelnen Orten gibt es überhaupt keine Kinder, die nicht unterernährt sind. Diese Zahlen beweisen, wie notwendig es ist, daß man sich mit der Frage der Kinderhilfe mehr beschäftigt. Ich arbeite seit einem Jahr in der Hilfe für die unterernährten Kinder. In Dänemark sind in einem Jahr 17 000 Kinder untergebracht worden. Weiber hat sich das Rote Kreuz in dieses dänische Hilfswerk mit eingeschlichen, das auf diese Weise seinen brüchigen Glanz wiederherstellen will. (Zustimmung.) Ich habe keine Veranlassung, das Rote Kreuz zu schonen. Für uns kann es keine andere Aufgabe geben, als die Hilfe für unsere Kinder in die eigenen Hände zu nehmen. Das Rote Kreuz ist eine Organisation, die lediglich große Bureaus einrichtet, um ihre Leute unterzubringen. Ein Regierungsrat von Schimmelshennig, der während der Kapplage aus dem preussischen Ministerium herausgeworfen wurde, ist jetzt in Breslau in der Wohlfahrtspflege

Schätzmeister geworden. (Hört! hört!) Wir können mit den bürgerlichen Organisationen nicht zusammengehen. Ich habe Ihnen daher eine Resolution vorgelegt, die die Bildung eines Reichsausschusses vorsieht. Aus allen Bezirken des Reiches sollen Vertreter ernannt werden, die selbst die Sorge für die Kinder in die Hand nehmen. Wenn im Erzgebirge 60 000 und in Breslau allein 95 000 Kinder schwer unterernährt sind, so ist das eine Riesensumme von Kindern, für die wir sorgen müssen. Es handelt sich um die Zukunft der Kinder Ihrer Klassengenossen. Wenn Sie diese Hilfsorganisation selbst in die Hand nehmen, dann werden Sie auch den Resonanzboden finden, der es Ihnen ermöglicht, eine politische Machtstellung zu erringen. Nur dann wird auch der Völkersatz, der gegenwärtig noch besteht, beseitigt werden können. Infolge der dänischen Kinderhilfe ist jetzt schon bei den Dänen ein ganz anderer Geist eingezogen. Wenn Sie die Kinderhilfe in die Hand nehmen, und wenn Sie nicht allein für die Kinder der S.P.D. sorgen, sondern auch für die Kinder der U.S.P.D. und R.P.D., dann ist auch das Bindeglied für eine einheitliche Organisation gegeben. (Beifall.)

**Frau Selbert-Rohde:** Ein Gedanke, der sowohl in den beiden ersten Referaten wie auch in den Diskussionsreden zum Ausdruck kam, hat meine besondere Beachtung gefunden: nämlich der, daß wir zwar heute die Gleichberechtigung für unsere Frauen haben, daß aber diese Gleichberechtigung immer noch eine rein papierne ist. Wir müssen nun dahin wirken, daß die Gleichberechtigung in der Praxis bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird. Bei einiger Objektivität muß man zugeben, daß in den letzten zwei Revolutionsjahren die Gleichberechtigung der Frau immer noch reine Theorie geblieben ist. Es liegt mir fern, unseren Parlamentariern und Parlamentarierinnen einen Vorwurf zu machen; aber alle Körperschaften müssen einen mehr subjektiven weiblichen Zug bekommen. Wenn man die statistischen Zahlen im Bericht des Parteivorstandes verfolgt, so muß man mit großem Bedauern feststellen, daß in einem Bezirk überhaupt keine Gemeindevertreterin angegeben ist, namentlich, wenn man bedenkt, daß die Gebiete der kommunalen Arbeit und der sozialen Fragen spezifisch weibliche Gebiete sind. In dieser Beziehung muß es anders werden.

Eine der notwendigsten Aufgaben der Frauenbewegung ist die Auffklärungsarbeit in den Reihen unserer eigenen Parteigenossinnen. Diese Auffklärungsarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn wir sie auf separativem Wege vornehmen, wenn wir an besonderen Frauenabenden Auffklärung in die Köpfe der Frauen hineinhämmern. Einen besonderen Anlaß zur intensiven Auffklärungsarbeit bietet die Tatsache, daß gerade politisch tätige Frauen, auch Arbeiterfrauen, infolge ihrer Schwäche für alles Extreme, eine besondere Neigung für radikale Phrasen und radikale Wäntungen haben. Hier einzugreifen muß eine Hauptaufgabe der Auffklärungsarbeit sein. Man muß den Frauen immer wieder vor Augen führen, daß das rein Wirkliche allein das wahre Ideal ist.

In den Ausführungen des Genossen Caspari möchte ich bemerken, daß jetzt, nachdem unsere Volkskraft durch die fünf Kriegsjahre so verelendet ist, eine ganz intensive Wohlfahrtsarbeit notwendig ist. Ein Unterschied nur besteht: Vor dem Kriege hatte man Geld für diese Arbeit und es geschah nichts; heute sind wir finanziell vollkommen ausgepowert, und trotzdem sehen wir, daß überall eine intensive Wohlfahrtspflege wenn nicht getrieben so doch projiziert wird. Wir Frauen nun müssen dafür sorgen, daß der bisherigen Wohlfahrtspflege der Charakter mitleidiger Wohltätigkeit genommen und zu einer wirklichen Wohlfahrtspflege im sozialistischen Sinne umgestaltet wird. Wir als

Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß Wohlfahrtspflege eine Aufgabe des Staates ist; daher müssen wir endlich einmal mit der alten Heilmittelchemie, mit der privaten und öffentlichen Bettelei Schluss machen. Anstatt jetzt den Gedanken einer großen Reichsammlung, der ich durchaus unsympathisch gegenüberstehe, zu propagieren — und der Arbeiterwohlfahrtsauslöschung hat ja bekanntlich den Aufruf mitunterzeichnet —, sollte vielmehr das Krebsübel bei der Wurzel gefaßt und die auf steuergesetzlichem Wege herangezogen werden, die letzten Endes die Schuldigen an der Verelendung unseres Volkes sind, die kapitalistische Gesellschaft. Es sind dieselben, die heute noch in Bädern und Luftkurorten unseren Kranken die Sonne wegnehmen. Und wenn heute Tuberkulose und Ähnliches unter unserem Volke so furchtbar grassieren, so liegt das daran, daß in Fabrik und Miettaserne die Hauptfeuchtherde zu finden sind. Eine Wohlfahrtssteuer müßte die Mittel schaffen, um unsere Wohlfahrtspflege auf eine gesunde Basis zu bringen.

Zum Schluß möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Früchte dieser Frauenkonferenz sowie auch des kommenden Arbeitertages keine Utopien bleiben, sondern vielmehr in der allernächsten Zukunft zum Wohle der Frauenbewegung zu Realitäten heranreifen. (Beifall.)

**Klara Braun:** Wir haben auf der diesjährigen Frauenkonferenz wieder gesehen, daß die in Aussicht genommene Zeit nicht ausreicht. Ich möchte deshalb anregen, im nächsten Jahre mindestens drei Tage für die Frauenkonferenz vorzusehen.

Man hat viel über Wohlfahrtspflege, Tuberkulosenfürsorge, Jugendpflege und dergleichen gesprochen. Man hat sich aber noch nicht gefragt, wodurch nun die Tuberkulose eigentlich unter die Menschheit getragen wird. Um die Menschheit zur Gesundung zu bringen, müßte meiner Meinung nach beim Viehbestand mit einer scharfen tierärztlichen Kontrolle angefangen werden.

Dem Genossen Mah-Dessau, der sich über die Unfähigkeit der Gemeindevorteuerinnen ausließ, möchte ich zurufen: wer trägt die Schuld daran, wenn die Gemeindevorteuerinnen noch nicht so geschult sind, wie sie sein sollten? Die Schuld tragen zum großen Teil unsere Genossen, die seither immer die Aemter versehen haben; sie sollten uns mehr zur Hand gehen, damit wir gerade in der Gemeindepolitik mehr durchgebildet werden.

Im Gegensatz zu der Genossin Schradin-Meuldingen, die gestern unsere Genossen auch so sehr in Schutz nahm, bin ich nicht der Meinung, daß wir Frauen allein schuld daran sind, wenn unsere Frauenbewegung noch nicht größere Fortschritte gemacht hat. Die Genossen sind daran schuld, namentlich diejenigen Genossen, die es unterlassen, sogar ihre eigenen Frauen mit in die Versammlungen zu bringen.

**Lobenhagen:** Wenn wir das Problem der Frauenfrage auf unseren Tagungen aufrollen, kommen wir immer wieder zu dem Schluß, daß wir andere Wege geben müssen als bisher; zuguterletzt sind es dann aber doch dieselben Wege, die wir bisher gingen. So ist es auch diesmal. Man sagt: wir brauchen eine größere Selbständigkeit. Dem steht auf der anderen Seite die Gefahr des Separatismus gegenüber. Man sagt vor allen Dingen: wir müssen auf die besondere Eigenart der Frau eingehen, sie da pakt, wo sie am besten zu erfassen ist, und daß wir sie in besonderen Zirkeln erfassen müssen bei ihrer Mütterlichkeit. Ich habe das Gefühl, daß wir bei besonderen Veranstaltungen die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit laufen. (Sehr richtig!) In den besonderen Frauenveranstaltungen werden niemals die großen Gesichtspunkte der Politik behandelt. In bezug auf die Frauenfrage müssen wir uns auch an den Mann von anderen Gesichtspunkten aus wenden. Beide sollen zum

Sozialismus erzogen werden. Wir haben den Egoismus des Mannes und den der Frau zu überwinden. Der Egoismus des Mannes ist ein ganz anderer als der der Frau, und beide sehen die Probleme der Politik mit den Augen dieses Egoismus an. Sie müssen miteinander versuchen, ihn zu überwinden. Nun zu unserem Antrag für die Interessen der unehelichen Mütter und Kinder. Wenn man über die Frage der Mutterchaft als Lebige und Kinderlose spricht, begegnet man sehr häufig dem Einwand, daß man dafür nicht kompetent sei. Die Mütterlichkeit, die nur auf physischer Grundlage aufwächst, ist nicht die Mütterlichkeit, die in der höchsten Form einer reinen Menschlichkeit zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig!) Zu dieser reinen Menschlichkeit wollen wir uns durch den Sozialismus erziehen. Es kommt aber auch darauf an, Väterlichkeit beim Manne zu erziehen. Das Problem des unehelichen Kindes konnte nur deshalb so traurig werden, weil man diese Regungen im Manne bei der Erziehung vielfach erlöset hat. Die Frauen haben in der Erziehung Fehler begangen, die sich rächen mußten. Sie haben beispielsweise nie gelitten, daß der Knabe ebenso wie das Mädchen mit der Puppe spielte. Wenn man aber dem Knaben sagt, daß er anders sein muß als das Mädchen, dann ist der Mann in seinem Verhalten zum Kinde so fremd, wie es eben der uneheliche Vater ist. Wir sollten mehr in gemeinsamen Verantwortungen Männer und Frauen für unsere Ideen und für die Bewegung reif machen.

Ich hätte gewünscht, daß wir nicht nur das vorzügliche Referat des Genossen Caspari auf dem Parteitag gehört hätten, sondern auch zu der prinzipiellen Frage der Wohlfahrtspflege überhaupt Stellung genommen hätten. Die Wohlfahrtspflege ist heute viel zu sehr eine Hauptauschubarbeit; sie geht viel zu wenig in die Massen hinein. Die ganzen Beschlüsse werden vom Hauptauschuß ausgearbeitet, und wir müssen uns ihnen anpassen. Ich hätte gewünscht, daß der Hauptauschuß uns über das berichtet hätte, was er auf Grund der Richtlinien getan hat und was er in Zukunft zu tun gedenkt. Eine ganze Reihe von Fragen bedürfen der Klärung.

Den Antrag, der zu dem Verhalten der Amtsstellen der Verwaltung gegenüber den unehelichen Müttern Stellung nimmt, brauche ich vor Ihnen nicht zu begründen. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß die sozialdemokratischen Frauen sich auf alle Fälle dafür einsetzen werden, daß den unehelichen Müttern ihre Mutterrechte gewährt werden.

Die Hamburger Genossinnen haben weiter den Antrag eingebracht, daß die Reichstagsfraktion sich dafür einsetzen soll, auch diejenigen Bestimmungen der Demobilisationskommission, die die Erwerbsarbeit der verheirateten Arbeiterinnen erschweren, möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Es geht nicht an, daß die Arbeiterfrau ihr Kind zum Handeln auf die Straße schicken muß, während man der Beamtin ein doppeltes Einkommen gewährleistet. Das ist ein Unrecht, das beseitigt werden muß. (Beifall.)

Die Vorsitzende Zuchacz gibt bekannt, daß folgende Resolution vom Vorstand vorbereitet worden ist:

Die Sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz beantragt: Der Parteitag wolle beschließen: Ein Reichswohlfahrtsgesetz, das der gegenwärtigen Zersplitterung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein Ende macht und eine planmäßige, umfassende, den Bedürfnissen des gesamten Volkskörpers entsprechende Regelung der Wohlfahrtspflege bringt, ist schleunigst in die Wege zu leiten. Insbesondere ist eine grundlegende gesetzliche Reform der Armenpflege, der Jugendwohlfahrt, zu der auch das Jugendbesserungsgesetz im Sinne eines Jugendzuchtgesetzes

an Stelle des Jugendstrafrechts gehört, sowie des Kinderschutzes vorzunehmen.

Außerdem läuft folgende Entschließung ein:

Die Frauenkonferenz beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilisierungs-kommissare aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht mehr erlassen werden.

Regier.-Hamburg: Den Ausführungen der Genossin Lodenhagen möchte ich mich anschließen. Auch ich bin der Meinung, daß die Frage der Jugendwohlfahrt und der Wohlfahrtspflege außerordentlich wichtig ist und daß wir uns damit eingehend auf dem Parteitag hätten befassen müssen. Gegen die vorgelegte Resolution wird nichts einzuwenden sein.

Ich kann aber nicht umhin, mich gegen einige Äußerungen des Genossen Dr. Caspari zu wenden. Zunächst kann ich nicht einsehen, warum die Volksbildung der Wohlfahrtspflege unterstellt sein soll. Das kann nur in wenigen Nebenpunkten der Fall sein:

Dann wundert es mich außerordentlich, daß ich den Genossen Dr. Caspari erst darüber belehren muß, daß im Buchdruckgewerbe ein Tarifvertrag besteht, nach dem die Buchdrucker verpflichtet sind, alles das zu setzen, was ihnen vom Prinzipal vorgelegt wird. Sonst würde man ja auch dazu kommen, daß die Buchdrucker die Zensoren alles dessen würden, was gedruckt wird. Diese Zensuritätigkeit müßte dann selbstverständlich ebenso auf die politische Literatur ausgebeht werden, wo es auch viel Schundliteratur gibt.

Ich möchte dann auf den Antrag Nr. 7 aufmerksam machen, der im großen und ganzen dieselbe Tendenz verfolgt wie der Antrag der Genossin Schröder-Albana. Nur sind dort die unehelichen Kinder nicht besonders erwähnt worden. Einen Satz aus diesem Antrage möchte ich Ihnen aber ins Gedächtnis zurückrufen. Es heißt in dem Antrag:

Noch heute, zwei Jahre nach der Revolution, werden keine Anstalten gemacht, um die Forderungen des Erfurter Programms auf Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in privatrechtlicher Beziehung benachteiligen, zur Verwirklichung zu bringen.

Das ist die Konstatierung einer allgemein\*bekannten Tatsache. Unsere Frauen in der Reichstagsfraktion sind jetzt über ein Jahr im Parlament tätig. Ich muß schon gestehen: wenn ich als Ihre Geschlechtsgenossin dort anwesend gewesen wäre, würde ich nicht so gebuldig zugehört haben, wie das bisher von den Genossinnen geschehen ist. Ich bin der Meinung, daß die Reichs-verfassung über allen Gesetzen steht. Unsere Genossinnen hätten mit aller Energie verlangen müssen, daß eine kurze Ausführungsbestimmung etwa folgenden Inhalts herausgekommen wäre: „Sämtliche Gesetze, die der Verfassung entgegenstehen, sind aufzuheben.“ (Zuruf: Das steht schon in der Verfassung!) Dann begreife ich erst recht nicht, warum die Frauen es nicht verstanden haben, das in der Praxis durchzusetzen. Es müßte auch längst gesetzlich festgelegt sein, daß die Frauen als Richter, Geschworene und Schöffen in der Rechtsprechung mitwirken können.

Ein anderer Antrag aus Hamburg, Nr. 12, lautet:

Ich beantrage, daß sich die Frauenkonferenz eingehend mit der Frage überall in Deutschland neben der Parteiorganisation und Arbeiterjugendorganisation auch Kinderabteilungen einzurichten, worin Kinder von etwa 6 bis 14 Jahren aufgenommen werden, beschäftigt.

Die Genossinnen werden vielleicht sagen: Nur wollen die Hamburger sogar die Kinder in der Partei organisieren. So ist der Antrag natürlich

nicht aufzufassen. Ich möchte auf die Praxis aufmerksam machen, die in Hamburg schon seit Jahren befolgt wird. In Hamburg besteht der „Ausschuß zur Förderung der Jugendspiele“, in dem die Eltern organisiert sind. Die Eltern haben das Recht, ihre Kinder in alle Veranstellungen zu senden, die dieser Ausschuß abhält, und zwar erstrecken sich diese Veranstellungen auf Turnen, Wandern, Einrichtung von Lesebänden, Handbetätigung usw. Wir sind der Meinung, daß es sehr wichtig für unsere ganze Parteiarbeit wäre, wenn in allen Städten derartige vollständig neutrale, aber von unsern Mitgliedern geleitete Kinderabteilungen vorhanden wären. Wir wollen auf diese Weise die Kinder von jung auf an uns gewöhnen. Nach der Entlassung aus der Schule werden sie dann in unsere Jugendbewegung kommen und so allmählich unserer Partei zugeführt.

Man hat auf der Frauenkonferenz viel über das schlechte Zusammenarbeiten mit den Genossen im Lande beklagt. Ich gebe zu, daß die Genossen einen großen Teil Schuld haben. Aber auch die Genossinnen finden nicht immer den richtigen Weg. Auf beiden Seiten wird gesündigt.

Die sogenannten Hamburger Richtlinien sind von verschiedenen Seiten gelobt worden. Ich kann konstatieren, daß man eine vernünftige Frauennarbeit darauf aufbauen kann. Aber leider ist bei der praktischen Durchführung dieser Richtlinien von den Genossinnen nicht immer der richtige Weg innegehalten worden. Die Genossinnen können zum Teil nicht begreifen, daß sie von allen Veranstellungen auch dem Parteivorstand Mitteilung machen müssen.

Wenn unsere Parteigenossen und -genossinnen fruchtbringende Arbeit leisten wollen, dann müssen sie von vornherein den guten Willen mitbringen, nur auch gegenseitig recht viel Geduld zu üben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß kein Mensch fehlerfrei ist. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann wird die Frauenbewegung mit der Zeit das werden, was sie sein soll: der feste Pfeiler der Sozialdemokratie (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen die Schlußworte der Referenten.

Frau Mühl: Ich kann in meinem Schlußwort nicht jeden Debatteradner erwähnen, im Grunde hat ja auch keiner von ihnen mein Referat so kritisiert, wie ich es gewünscht hätte. So hätte ich gewünscht, daß zu den direkten Vorschlägen, die ich gemacht habe, eine Aussprache stattgefunden hätte. Ich hatte verschiedene Punkte zusammengefaßt und sie als Anregung gegeben, und gerade auf diese Punkte ist nur die Genossin Bohm-Schuch eingegangen, und zwar auf die eine Anregung, daß die „Gleichheit“ eine Kommunalpolitische Beilage bekommen soll. Ich hatte hinzugefügt, daß, wenn die Schwierigkeiten zur Schaffung einer kommunalpolitischen Zeitschrift der Sozialdemokratie so groß sind, dann aber in den einzelnen Bezirken, in denen Gemeindezeitungen herausgegeben würden, eine Frauenrundschau und eine besondere Berichtssede oder dergleichen geschaffen würden. Ich möchte empfehlen, diese Anregung in den Bezirken weiterzugeben und darauf hinzuwirken.

Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Genosse Leber-Jena hier in seinen Ausführungen zum Schluß sagte, daß auch er sich zu der Ansicht bekehrt hat, daß es unbedingt notwendig ist, daß wir weibliche Parteibeamte zur besonderen Pflege der Frauenbewegung bekommen. Dem Genossen Nag aber muß ich sagen, er hat meine Ausführungen über einen regen Gedankenaustausch zwischen den einzelnen Bezirksstellen und der Zentralstelle der Frauenbewegung, die ich machte, um zu einem größeren geistigen Verkehr zu kommen, vollkommen falsch dargestellt und sicherlich auch falsch verstanden. Ich gebe zu, daß man etwas falsch verstehen kann. Ich muß aber doch sagen,

daß er das in einer Weise dargestellt hat, daß ich mich dagegen wehren muß. Er meinte, es käme nur darauf an, recht viel Briefe zu schreiben, damit die Arbeit in den Parteibureaus sich häuft und man neue Kräfte anstellen muß. Das ist eine falsche Darstellung; ich habe nur gesagt, daß die Genossinnen selber von der knappen Zeit sich soviel abringen möchten, um alle diese unter den örtlichen lokalen Verhältnissen gemachten Erfahrungen mitzuteilen, daß sie dann nach Berlin und den einzelnen Ländern verbreitet werden und dort Anregungen schaffen.

Der Genossin Köhler aus der Preussischen Landesversammlung, die hier in der Diskussion geradezu musterträglich gesprochen hat, muß ich sagen, daß sie ihren Einfluß als Führerin einer Gewerkschaft wie alle in der Gewerkschaftsbewegung stehenden Frauen ausbieten muß, um zu einem besseren Zusammenarbeiten mit den in der Partei tätigen Frauen zu kommen. Ich glaube, Genossin Quard brachte die Anregung, daß die in den Gewerkschaften organisierten Frauen, die ja doch zum großen Teil ledige Frauen wären, auf dem Wege über die Gewerkschaften und durch Vermittlung der führenden Frauen in den Gewerkschaften der Parteiorganisation mehr zugeführt werden könnten. Die Ausführungen der Genossin Quard sind durchaus zu unterschätzen. Ich hatte mir für meine Schlussausführungen auch das zurückbehalten, darauf hinzuweisen, daß es, auch wenn wir, wie Genossin Todenhagen sagte, immer wieder den alten Weg gehen, es doch darauf ankommt, in welchem Umfang dieser Weg gegangen wird. Ich wollte auf die zwingende Notwendigkeit hinweisen, daß z. B. die in der Gewerkschaft, in der Arbeiterwohlfahrt, in der Partei tätigen Frauen zu einem engeren Austausch all der Dinge kommen, die in ihrem Umkreis von besonderer Bedeutung sind.

Wir haben ja die verschiedensten Korrespondenzbüros, die Artikel durch die Parteipresse gehen lassen. Eine ausgesprochene Frauenkorrespondenz, die imstande ist, alle die Probleme der Frauenbewegung durch geeignete Schriftstellerinnen an die Zeitungen zu bringen und so durch das ganze Land, fehlt uns aber, eine Korrespondenz, die sich mit all den großen und kleineren Fragen, mit der äußeren Politik, mit der inneren Politik, mit Wirtschaftsfragen, mit sozialen Fragen, mit Kulturfragen, Schulfragen, mit der Hygiene, der Sexualerziehung, der Wohlfahrtsarbeit von Zeit zu Zeit und dauernd beschäftigt. Solche systematische Agitationsarbeit fehlt uns noch in dem Umfang, wie wir es unbedingt erforderlich haben. Ich darf wohl hier an alle die Frauen, die schreiben können, die Aufforderung richten, mit ihren Gedanken zunächst an die „Gleichheit“ zu gehen. Die „Gleichheit“ müßte dann, wenn die Artikel nicht alle untergebracht werden können, sie an eine Stelle weitergeben, die sie weiter vermerkt für unsere gesamte Presse.

Ich möchte jetzt nur noch einige allgemeine Ausführungen machen, und zwar zunächst eine, die mir besonders am Herzen liegt. Was wir in unserer Parteibewegung, in jedem Zweige der Bewegung unbedingt nötig haben, das ist das unbedingte gegenseitige Vertrauen der männlichen und weiblichen Parteigenossen. Darüber hinaus ist ja auch das unbedingte Vertrauen und der Glaube an die guten Absichten jeder einzelnen tätigen Genossin unter den Genossinnen selbst nötig. Wir verfallen in der Bewegung alle leicht in den Fehler, daß einer dem andern oftmals in bestimmten Fragen ein Mißtrauen entgegenbringt, das sich vielleicht sogar menschlich auswirkt; wir haben es nicht nur in der allgemeinen Bewegung, sondern auch in der Frauenbewegung zu verzeichnen, daß Handlungen, Anregungen, ein bestimmter Art, wie der einzelne seine Arbeit leistet, mit Mißtrauen angesehen wird. Es kann nicht alles sich in Harmonie und Wohlgefallen abspielen und entwickeln, aber ich möchte doch

noch einmal den Satz aussprechen, daß überhaupt der Grundbegriff aller sozialistischen Arbeit der ist, daß wir gegenseitig Vertrauen haben zu dieser großen Arbeit. Wir Sozialisten wollen eine Welt erobern, wir wollen die sozialistische Welt schaffen, wir wollen die Entwicklung anschauen, daß eben diese Welt, in der wir leben, in der so furchtbar viel Elend, Not und Verzweiflung ist, mit dem Geist wahren Menschentums und wahrer Menschlichkeit erfüllt wird. Und wenn ich immer wieder sehe, daß man sich über den aller-kleinsten Kram streitet und sogar verleidet, dann muß ich fragen: Seht allen denen das große Ziel vor Augen, für das wir kämpfen wollen? (Zustimmung.) Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, warum wir eigentlich arbeiten. Genosse Begier hat gesagt, was eigentlich die Frauenkonferenz und der Parteitag alles noch für Probleme erörtern müßte. Und zum Schluß kommt man immer zu der Ansicht: wie man es macht, mag es nicht ganz richtig sein, gut gemeint ist es jedenfalls. Vom besten Willen beflügelt ist jedenfalls alles, was zur Erörterung steht. Die Fülle der Probleme ist so groß geworden, daß wir eigentlich nicht wissen, an welchem Ende wir anfangen wollen. Was wir heute nicht erledigt haben, morgen nicht erledigen können, muß lebendig bleiben, muß ein Ansporn sein, es bei künftiger Arbeit ins Auge zu fassen. Wenn sowohl die Referate wie die Aussprache überall die Auswirkung haben, daß wir im Lande wieder mit frischem Mut an die Arbeit gehen, besonders an die zunächstliegende Arbeit, die Frauennarbeit, dann hat die Konferenz ihren Zweck erfüllt. (Lebhafte Beifall.)

Frau Küll: Genosse Franz hat in der Diskussion mit Recht die Frage gestellt: Wo sind denn Ihre Taten, daß Sie Forderungen stellen? Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß unsere Taten noch nicht groß sind. Aber eins möchte ich Ihnen sagen: Vielleicht wäre mehr geschehen von den sozialdemokratischen Frauen, wenn sie ihre Kraft nicht hätten verschwendet und müssen an Hemmungen innerhalb der Partei selbst. (Sehr richtig!) Wenn sie ihre Kraft hätten verwenden können zum Wohle der Partei. Wenn Genossin Todenhagen sagt, daß in den reinen Frauenversammlungen die große Gefahr der Einseitigkeit liege, muß ich ihr darin vollkommen zustimmen. Aber man soll das eine tun und das andere nicht lassen (Zustimmung) und vor allen Dingen den einen pädagogischen Grundsatz festhalten, daß man immer einen Anknüpfungspunkt haben muß, wenn man einen Menschen weiterfördern will, daß man vom Nahen zum Entfernten gehen muß, und das Nahe ist nun einmal das Hausfrauentum und die Mutterchaft. Daran müssen wir anknüpfen, und von hier aus müssen wir den engen Zusammenhang zwischen den ökonomischen, sozialen und politischen Erscheinungen den Frauen klarzumachen versuchen.

Es ist weiter der Vorwurf erhoben worden, daß von oben herunter, von der Zentralstelle der Partei sowohl, als auch von der Reichstagsfraktion, nicht genügend Anregung hinausgehe in die Parteikreise. Es will mir scheinen, als ob wir in diesen Gedankengängen noch zu sehr Mitglieder des Obrigkeitshauses waren, in welchem man erwartet hat, daß alles Gute von oben komme. (Sehr gut!) Wir leben heute in einem demokratischen Staat, und ich denke, es liegt im Sinn und Zweck der Demokratie, daß die Bewegung von unten her einsetzt und von unten her ihr Wille zwingend wird.

Eine andere Genossin hat erklärt, daß sie den Eindruck gewonnen habe, daß eine große Gefahr darin liege, wenn die Frauenbewegung zu sehr in das bürgerliche Fahrwasser gerät. Wenn ich sie recht verstanden habe, hat sie gemeint, daß zu sehr die individuelle Entwicklung betont worden sei und daß

wir damit in den schrankenlosen Individualismus des Bürgertums verfallen. Es wäre mir außerordentlich leid, wenn meine Ausführungen nach dieser Richtung hin verstanden worden wären. Die Frauen haben in der Vergangenheit viel Gingegeben geleistet, aber sie haben Gott darüber vergessen; damit ich gemeint, daß sie ihren Eigennutz vergessen haben, daß sie darüber vergessen haben, was sie als Frauen der Gemeinschaft aller zu geben haben. Wir aber wollen nicht irgendwie die Geschlechtsfeindschaft, die im Unterbewußtsein der Menschheit ruht, vertiefen und verschärfen, sondern die Aufgabe der sozialdemokratischen Frau ist es, die Interessengegenstände von Mann und Frau in einer höheren Einheit zu verschmelzen, in der Einheit sozialen Menschentums. Nicht durch Selbstauflösung werden wir der Gesellschaft am besten dienen, sondern wenn wir unsere Persönlichkeitsentwicklung von dem Standpunkt auffassen, daß wir aus uns das Beste machen müssen, damit der Gesellschaft das Beste zuteil werde, (lebhafter Beifall.) In diesem Sinne, habe ich gemeint, muß auch die Persönlichkeit der Frau entwickelt werden, um ihren Dienst an der sozialistischen Gesellschaft zu leisten.

Lassen Sie mich von diesem reinen Frauenproblem einen Schritt weitergehen! Wir kämpfen gegenwärtig mit unseren eigenen Klassenbrüdern den Kampf um Demokratie oder Diktatur. Wir haben uns unseren Parteigrundsätzen entsprechend für die Demokratie entschieden. Aber das heißt auch nicht Selbstauflösung, um allen gerecht zu werden. Das heißt auch Selbstbehauptung, d. h. auch, den sozialistischen Geist bestärken und pflegen, denn Demokratie bedeutet ein viel schwierigeres Kampfmittel, als es die Gewalt gewesen ist. Politische Bewegung in der Demokratie, die zum Sozialismus führen soll, muß sozialistischen Geist akkumuliert haben. Womit wollen Sie kämpfen, wenn nicht Ihr tägliches Leben diesen sozialistischen Geist atmet? Womit wollen Sie kämpfen, wenn Sie nicht selbst das geworden sind, was Sie durch Ihre Parteizugehörigkeit vorgeben, wenn Sie nicht Sozialisten geworden sind? Auch hier heißt es nur: Weiterentwicklung zum Wohle der Partei und der Gesellschaft.

Lassen Sie mich diesen Gedanken noch weiter hinausverfolgen in die Gemeinschaft der Völker hinein. Ich habe gestern gesagt, daß ich es als eine der vornehmsten Aufgaben der sozialdemokratischen Frauen ansehe, die Verständigung unter den Völkern zu pflegen, die Völkergemeinschaft herbeizuführen, nicht in dem Sinn, wie es von vielen Frauen auch links von uns geschieht, auch hier nicht Selbstauflösung. Glauben Sie, daß wir der Völkergemeinschaft damit dienen, daß wir unsere ganze Volkspersönlichkeit auslöschen, daß wir nur anerkennen, was an den anderen gut und schön ist und in dem eigenen Volke das Gute und Starke nicht pflegen? Wir werden diese Völkergemeinschaft in fruchtbarerem Sinne nur dann bekommen, wenn sich jedes Volk seiner besonderen Kraft bewußt ist und dieser entsprechend in der größten Gemeinschaft der Menschen, in der Völkergemeinschaft, wirkt. In diesem Sinne lassen Sie mich den Schluß damit machen: Laßt uns unsere Arbeiter erkennen und laßt sie uns tun, zum Wohle der sozialistischen Gesellschaft! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dr. Caspari: Auch ich kann mich in Anbetracht der vorgerückten Zeit und der Tatsache, daß die Diskussion naturgemäß nicht viel neues gebracht hat, kurz fassen. Von einem Redner ist gesagt worden, wir sprechen zuviel über die Wohlfahrtspflege und mühten mehr handeln. Wenn wir auf einer solchen Tagung wie hier über die Wohlfahrtspflege sprechen, liegt darin bereits eine Tat. Eine Tat erblicke ich darin, daß wir uns endlich einmal klar werden auf diesem Gebiet, was wir eigentlich wollen, und daß wir klar erkennen, was

die Sozialdemokratische Partei als ihre Aufgabe zu erfassen hat, und nunmehr danach handeln.

Weiter ist hier das Rote Kreuz angegriffen worden usw. Darauf will ich nicht im einzelnen eingehen. Ich möchte nur eins zum Ausdruck bringen: Bei der Forderung, mit aller Entschiedenheit unsere Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zu schaffen, erkenne ich unter keinen Umständen in Anbetracht der heutigen Verhältnisse, daß wir auf das Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Liebestätigkeit heute noch angewiesen sind. (Zurufe: Leider!) Jawohl leider, aber es wäre falsch und entspräche nicht unserer auf das Praktische gerichteten Politik, wenn wir mit ihnen nicht zusammenarbeiten wollten. Wir dürfen uns nicht in das Nebelland verlieren, wir sind noch immer auf diese Kreise angewiesen. Das weiß jeder, der praktisch Wohlfahrtspflege getrieben hat.

An dem Antrage zu § 218 und 219 des St.G.B. habe ich ein besonderes Interesse, weil ich als einer der Begründer der Berliner Schwangerenfürsorgestelle recht tief in das Seelenleben gerade der hilfsbedürftigsten schwangeren Frauen Einblick nehmen konnte. Ich kann mir kaum einen durchdachteren Antrag auf diesem Gebiet denken als den, der jetzt von unserer Reichstagsfraktion gekommen ist, ich kann mir aber nichts Nörrischeres und Unnatürlicheres denken, als nun die Öffentlichkeit gegen unseren eigenen Antrag einzunehmen (Sehr richtig!), so daß nicht nur der von den Hamburger Genossinnen eingebrachte Antrag fällt, sondern auch unser Antrag der Reichstagsfraktion in den Orkus gleitet. Ich möchte als Mann gerade hier unter Frauen auf etwas hinweisen, was ich in der praktischen Tätigkeit richtig kennengelernt habe: das ist die ungeheure heilige Freude der Frau am werdenden Kind. Wenn man so als Mann und Familienvater seine Frau in diesen Monaten beobachtet hat, da möchte ich die Frau sehen, die da sagt: Wenn die Abtreibung ganz straflos ist, lasse ich abtreiben! (Sehr richtig! — Zuruf Dr. Knads: Habe ich denn das gesagt?) Das sind die kranken Frauen, nicht die sozialistischen Frauen, die sich ihre Zukunft bereiten wollen. (Lebhafter Beifall, Zuruf Dr. Knads: Das habe ich ja nicht gesagt!) Das ist aber doch die logische Auswirkung Ihres Antrages. Mag die Versammlung durch ihre Abstimmung beweisen, welchen Gedankengängen zu folgen sie gewillt ist.

Eine der grundsätzlichen Fragen will ich noch einmal hervorheben: die Kostenfrage. Eine der Genossinnen hat gesagt, die Kosten für die Wohlfahrtspflege müssen aufgebracht werden. Ja, die Kosten müssen aufgebracht werden, nur von wem in diesem Augenblick? Auch hier dürfen wir nicht Vogelstrauchpolitik betreiben und uns hinter Dingen verfangen, die anders liegen, als unser Gemüt es will, wie sie aber unser kritischer Verstand nun einmal zu sehen gezwungen ist. Es ist Tatsache, daß die Kommunen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. (Zustimmung.) Der Staat lebt von der Hand in den Mund. Und auf der anderen Seite ist es Tatsache, daß die Wohlfahrtspflege getrieben werden muß. So lautet das Problem, und da müssen wir als Sozialdemokraten Mittel und Wege finden, um von uns aus weiterzukommen, nicht immer das elende Schielen nach oben, aus uns, aus der wertvollen Masse heraus muß die Hilfe kommen. (Sehr richtig!) Die Waldenburger, die Notenhäcker, die Bielefelder Arbeiter sind Pioniere dafür, wie man den Sozialismus durchzuführen hat. Wenn ich auch gesagt habe, daß die Wohlfahrtspflege allen Volksschichten zugute zu kommen hat, so ist doch heute nicht zu verkennen, daß die Wohlfahrtspflege zuerst da ist, um diese verelendete, geistig und körperlich, leider vielfach auch sittlich heruntergekommene Masse wieder aufzurichten, denn wir können den Sozialismus als politische Bewegung nicht weiter betreiben, wenn wir nicht beim Individuum anfangen und es zum Sozialisten machen. Auch das ist einer der Zwecke der Wohlfahrtspflege. Wenn wir das

aber wollen: selbst ist der Mann, selbst ist die Partei! (Beifall.) Die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst. So ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit der Schluss, daß die Befreiung nur geschehen kann mit der Wohlfahrtspflege, also müssen wir auch die Kosten vor uns aus aufbringen, solange der Staat nicht dazu in der Lage ist. Folgen wir also auf dem Wege, der jetzt eingeschlagen worden ist! Es kommt nur darauf an, daß man auch unseren männlichen Genossen einmal klipp und klar zum Bewußtsein bringt, welche Bedeutung die Wohlfahrtspflege nicht bloß für das körperliche Gedeihen, sondern auch für die Stofkraft des Sozialismus besitzt. (Zuruf: Das gehört auf den Parteitag.) Darüber kann man vielleicht verschiedener Ansicht sein. Ich für meinen Teil freue mich, daß ich mein Referat vor den sozialdemokratischen Frauen habe halten können (lebhafter Zustimmung), weil sie auf diesem Gebiete mehr Gemütsstärke aufzuweisen haben, als nun einmal ein Mann aufzubringen imstande ist, weil sie berufen sind, Bannerträgerinnen zu sein. Bringen Sie werktätige Liebe, planmäßige Wohlfahrtspflege zu treiben, in Herz und Köpfe auch unserer sozialistischen Männerwelt. Wenn das der Erfolg der Konferenz ist, dann bin ich froh, daß ich das Referat hier gehalten habe und nicht auf dem Parteitag. (Beifall.) Wenn wir die Wohlfahrtspflege zu dem machen wollen, was sie sein soll, dann müssen wir handeln nach Goethes Wort: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ (Lebhafter Beifall.)

Darauf folgt die Abstimmung über die Anträge.

Zum Ausbau der „Gleichheit“ wird folgender Antrag 4 Groß-Berlin angenommen:

4. Groß-Berlin: Der Parteitag wolle beschließen, je nachdem es zweckmäßig für die Bezirke erscheint, von den Frauen den gleichen Beitrag wie für die Männer zu erheben, ihnen aber dafür die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern, oder aber die „Gleichheit“ den Tageszeitungen als Wochenbeilage beizulegen.

Dadurch ist der folgende Antrag 18 Niederrhein erledigt.

18. Niederrhein: Die Frauentonferenz des Bezirks Niederrhein beantragt: Die Reichsfrauentonferenz möge den Parteitag erjuchen, folgendem Beschluß zuzustimmen: Die Parteizeitungen werden erjucht, die „Gleichheit“ als wöchentliche Beilage einzuführen. In den Bezirken, in denen aus finanziellen oder technischen Gründen eine derartige Belieferung unmöglich ist, müssen die Frauenbeiträge entsprechend erhöht werden, damit dann eine obligatorische Belieferung der Frauen mit der „Gleichheit“ erfolgt.

Die Anfrage Hamburg: Wie denkt sich die Frauenzentrale den weiteren Ausbau der „Gleichheit“? Würde es sich empfehlen, gute, fortlaufende Romane aufzunehmen? wird der Redaktion als Material überwiesen.

Folgender Antrag W a c h e n h e i m wird in getrennter Abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen.

Zur Deduktion der dadurch entstehenden Mehrausgaben werden von allen erhobenen Beiträgen 5 Proz. mehr als bisher an den Parteivorstand abgeführt.

Vorsitzende Zuchacz: Der Antrag „Die Frauentonferenz möge beschließen, das Referat des Genossen Caspari soll als Broschüre gedruckt und unter den Genossinnen zur Aufklärung über unsere Ziele in der Wohlfahrtspflege verbreitet werden“, kann nur dem Parteivorstand überwiesen werden. Wir

müssen bedenken, daß man bei der ungeheuren Papierteuerung und den heutigen Arbeitslöhnen nicht mehr Hunderttausende von Broschüren kostenlos in die Masse werfen kann.

Der Antrag findet gegen wenige Stimmen Annahme.

Folgende Anträge Hamburg (7, 8 und 9) werden auf Vorschlag der Vorsitzenden der Kommission überwiesen, die der Parteitag zur Revision des Programms oder zur Schaffung eines Aktionsprogramms einsehen wird.

7. Die Hamburger Genossinnen richten an die Frauentonferenz die Bitte, energisch für die rechtliche Gleichberechtigung der Frauen einzutreten.

Die politische Gleichberechtigung haben wir erreicht, die wirtschaftliche ist in der Durchführung begriffen. Aber noch heute, zwei Jahre nach der Resolution, werden keine Anstalten gemacht, um die Forderungen des Erfurter Programms auf Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in privatrechtlicher Beziehung benachteiligen, zur Verwirklichung zu bringen.

Nicht nur in den Gesetzen selbst, auch bei der Ausführung der Gesetze durch die Gerichte muß die Gleichberechtigung der Frauen, wie dies in anderen Ländern schon der Fall ist, auch in Deutschland durchgeführt werden.

Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Ausschluß der Frauen vom Amt der Richter, Schöffen usw. stehen im Widerspruch zum Artikel 119 der Verfassung, der festlegt, daß die Ehe auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter beruht, und zum Artikel 128, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied zu den öffentlichen Ämtern zugelassen sind.

Pflicht der sozialdemokratischen Frauen ist es, auch hier, wie im politischen und wirtschaftlichen Kampf, voranzugehen und nicht zu ruhen, bis das Ziel erreicht ist.

8. Wir beantragen, daß die Frauentonferenz der S. P. D. die Gleichstellung der Frau auch bezüglich der Entlohnung fordert, also der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zur Durchführung kommt.

9. Wir beantragen, daß die Frauentonferenz der S. P. D. gleiche Unterstützung für weibliche und männliche Erwerbslose fordert.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag W a c h e n h e i m - T o d e n h a g e n, der die Aufhebung der Demobilisationsverordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen für Männer verlangt:

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion dafür zu sorgen, daß die die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilisationskommission aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht mehr erlassen werden

einstimmig der Reichstagsfraktion überwiesen. Dadurch ist der Antrag 10, Hamburg, erledigt:

10. Hamburg: In Anbetracht der immer mehr um sich greifenden Erwerbslosigkeit und der dadurch bedingten Not ist es unbedingt notwendig, daß die Verordnung des Demobilisationskommissars, nach der die gleichzeitige erwerbstätige Beschäftigung von Mann und Frau verboten ist, streng durchgeführt wird, damit mehr Arbeitsstellen für Erwerbslose frei werden. Wir verlangen, daß das Gesetz auch auf die Beamten angewandt wird, solange die Arbeitslosigkeit es erfordert.

Einstimmige Annahme findet die vom Vorstand vorgeschlagene Entscheidung:

1. Das ganze Gebiet der jugendlichen-Kriminalität muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

2. Das jugendliche Verbrechen ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursache der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

3. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straffälligen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

4. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlicher Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unverzüglich abzuschaffen.

5. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

Ebenso der Antrag 3, München:

Die Generalversammlung wolle die Delegierten beauftragen, bei der Beratung über Jugendwohlfahrt auf der Reichsfrauenkonferenz für folgende Grundsätze einzutreten:

1. Das ganze Gebiet der Jugenddelinquenz muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

2. Das jugendliche Verbrechen ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursachen der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

3. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straffälligen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

4. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlicher Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unverzüglich abzuschaffen.

5. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

Ein Antrag der Genossin Schröder:

Die Reichskonferenz richtet das dringende Ersuchen an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit aller Energie dahin zu streben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch vom Ehrerecht und den Rechten der unehelichen Kinder.

Dieser Antrag wird einstimmig dem Parteitag mit der Bitte um Unterstützung überwiesen.

Zwei andere Anträge, die miteinander im Zusammenhang stehen, finden Annahme mit der Maßgabe, daß der Vorstand im Einvernehmen mit den Antragstellern sie zu einem Antrag formulieren soll. Der Antrag lautet nun:

Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die Regierung über ihre Stellung zu den vielfachen Verstößen der Verwaltungsbehörden gegen Artikel 119 und 121 der Verfassung wie folgt zu befragen:

Ist der Regierung bekannt, daß die Verwaltungsbehörden des Reiches, der Staaten und der Kommunen, insbesondere die Reichspostverwaltung, wiederholt gegen die Bestimmungen der Artikel 119 und 121 der Verfassung, in denen der Mutterschaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates und den unehelichen Kindern die Schaffung der gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung wie den ehelichen gewährleistet wird, und gegen den Artikel 128 der Verfassung, der bestimmt, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden sollen, durch Entlassung unehelicher Mütter aus dem Dienst verstößen haben? Und ist sie bereit, der Verfassung in den Verwaltungen durch Erlass einer Verfügung: Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen, Geltung zu verschaffen?

Zum gesetzlichen Verbot der Kinderarbeit findet der abgeänderte Antrag 6, Groß-Berlin, einstimmige Annahme:

Da die Kinderarbeit in erschreckendem Umfange zugenommen hat, wird die Fraktion ersucht, schleunigst für eine Reform des Kinderschutzgesetzes und für ein Verbot jeder gewerblichen Kinderarbeit einzutreten.

Dadurch sind die Anträge 1, Chemnitz:

Die Reichsfrauenkonferenz ersucht die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit sofort verboten wird, und 13, Hamburg:

Gänzlich Verbot der gewerblichen Kinderarbeit für jedes schulpflichtige Alter, Artikel 122 der Reichsverfassung, erledigt.

Mit Zustimmung des Antragstellers wird folgender Antrag Hamburg (Dr. Anack) der Reichstagsfraktion als Material überwiesen:

Die Reichskonferenz ersucht den Parteitag, zu beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt:

1. In Abänderung und Erweiterung des von ihr betreffend das Recht der Frau auf künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft gestellten Antrages dahin zu wirken, daß das Reichsstrafgesetzbuch, etwa wie folgt, abgeändert wird:

§ 218 (Fruchtabtreibung).

Die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft darf nur durch einen im Deutschen Reiche approbierten, in der Geburtshilfe erfahrenen Arzt bzw. eine Ärztin vorgenommen werden. Schwangere, welche wider besseres Wissen dieser Bestimmung zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu ½ Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Haft nicht unter drei Tagen ein. Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher, ohne im Besitz einer für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation zu sein, mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr angewandt oder ihr beigebracht hat.



## § 219 (Kurzpfuscherei).

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer ohne im Besitz einer für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation zu sein, einer Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getötet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

Wer im Besitz der für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation, aber ohne genügende Erfahrung in der Geburtshilfe die Unterbrechung einer Schwangerschaft vornimmt, wird, falls dadurch eine bleibende Schädigung der Schwangeren statt hat, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, falls dadurch der Tod der Schwangeren verursacht wird, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein; sie erlischt nach einem halben Jahr.

Als in der Geburtshilfe erfahrener Arzt gilt:

- Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nach erfolgter Approbation mindestens fünf Jahre lang eine allgemein ärztliche Praxis mit geburtshilflicher Tätigkeit unbeanstandet ausgeübt hat;
- Wer nach erfolgter Approbation mindestens ½ Jahr lang an einer geburtshilflichen Klinik oder einer dieser gleichwertigen Anstalt unter Leitung eines anerkannten Spezialarztes für Frauenkrankheiten tätig gewesen ist;
- Wer, ohne die unter a und b aufgeführten Vorbedingungen erfüllt zu haben, vor einer aus mindestens einem beamteten Arzte der regionalen Gesundheitsbehörde und einem staatlich beauftragten Spezialarzt für Geburtshilfe bestehenden Kommission den Befähigungsnachweis zur künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft erbracht hat.

## § 220 (Fruchtabtreibung wider Willen der Schwangeren).

Wer die Leibesfrucht einer Schwangeren ohne deren Wissen oder Willen vorsätzlich abtreibt oder tötet, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Ist durch die Handlung der Tod der Schwangeren verursacht, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein. Ausgenommen von dieser Strafbestimmung sind diejenigen Fälle, in denen nach Entscheidung einer aus mindestens vier ärztlichen und rechtsgelehrten Sachverständigen bestehenden Kommission aus Gründen Körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit der Eltern im öffentlichen Interesse die Unterbrechung der Schwangerschaft vorgenommen wird.

2. Dafür Sorge zu tragen, daß die von einer Schwangeren gewollte Unterbrechung ihrer Schwangerschaft als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen ist, und daß derartige Frauen ähnlicher ärztlicher und wirtschaftlicher Hilfe teilhaftig werden, wie sie in den reichsgesetzlichen Bestimmungen über Wöchnerinnenfürsorge vom 26. September 1919 und 30. April 1920 vorgesehen ist.

3. Das in § 184, 3 des Reichsstrafgesetzbuches zu beseitigen, die den Verkehr mit empfängnisverhütenden Mitteln zurzeit noch entgegenstehen.

Ebenso der Antrag 14, Hamburg:

Auch Witwen, die ihren Mann infolge von Krankheit verloren haben, erhalten eine Unterstützung, also Erweiterung und Ausbau der Alters-, Invaliden- und Unfallversicherungs-gesetze,

und folgender Antrag Wachenheim:

Die Frauenkonferenz beauftragt die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß gleichzeitig mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit der

Hausangestellten, die von der Fraktion beantragt ist, die übrigen Fragen des Arbeitsverhältnisses der Hausangestellten gesetzlich geregelt werden.

Dazu gehören besonders: Regelung der Arbeitszeit, des Urlaubs, der Kündigungsschutz, der Wohn- und Ernährungsbedingungen, Einbeziehung in die Unfallversicherung, Krankenversicherung der Ortskrankenassen überall dort, wo solche bestehen, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Ausschaltung der privaten Stellenvermittlung.

Der Antrag 5, Groß-Berlin:

Die Frauenkonferenz von Groß-Berlin beauftragt ihre Delegierten, auf dem Frauentag in Kassel dahin zu wirken, daß Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, die es ermöglichen, daß die ihren Haushalt ohne fremde Hilfe versiehenden Frauen als werkschaffend und werterhaltend für das Volksganze von der Gesetzgebung anerkannt werden und ihnen gleich bei anderen freien Berufen eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat zugestanden wird,

wird dem Frauensekretariat und den weiblichen Mitgliedern der Parlamente überwiesen, damit sie sich mit diesem Gedanken beschäftigen.

Dem Hauptausflug für Arbeiterwohlfahrt wird folgender Antrag 17, Niederrhein, zur Berücksichtigung überwiesen:

Da die Mütterausbildung als ein wichtiger Faktor zur Gesundung des deutschen Volkes (der deutschen Familie) und zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens angesprochen werden muß, sind Mittel zur Errichtung von entsprechenden Ausbildungskursen verfügbar zu machen.

Die theoretische Seite würde die wissenschaftliche Schulung der Mütter durch gemeinverständliche Vorträge aus dem Gebiete der Haushaltungswissenschaften, der Kinderpsychologie usw., durch belehrende Besichtigungen von heilpädagogischen, hauswirtschaftlichen usw. Instituten vorziehen.

Die praktische Seite würde eine gründliche Aus- und Fortbildung in Koch-, Fließ-, Einmach-, Säuglingspflege usw. Kursen gewährleisten, ebenso folgender Antrag 16, Niederrhein:

Die Frauenausschüsse der Gewerkschaften des neutralen Auslands (Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz) sind aufzurufen, sich einzusetzen: 1. für einwandfreie berufliche Unterbringung erwerbsloser deutscher Mädchen, 2. für gute pflegerische Aufnahme unterernährter, erholungsbedürftiger deutscher Kinder,

und der Antrag 12, Hamburg:

Ist beantragt, daß sich die Frauenkonferenz eingehend mit der Frage, überall in Deutschland neben der Parteioorganisation und Arbeiterjugendorganisation auch Kinderabteilungen einzurichten, worin Kinder von etwa 6 bis 14 Jahren aufgenommen werden, beschäftigt.

Ferner liegt die Resolution Franz-Chemnitz vor:

Die am 9. Oktober in Kassel tagende Reichskonferenz der Frauen erblickt in der Fürsorge für die hungernden und leidenden Kinder eine ihrer wesentlichsten Aufgaben.

Furchtbar ist das Elend, welches durch den Krieg und die Hungerblockade über die deutschen Kinder hereingebrochen ist. Zu Tausenden und aber Tausenden werden sie Opfer der Tuberkulose, und die Zukunft eines großen Kulturvolkes steht durch die Unterernährung auf dem Spiel.

Betroffen werden von diesem Schicksal hauptsächlich die Kinder der Hand- und Kopfarbeiter, die nichts tun können, um das grausame Schicksal ihrer Kinder abzuwenden.

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen erachtet es deshalb als ihre Pflicht, zu fordern, daß die Arbeiterklasse ausgerüstet wird, in dieser Frage einig und geschlossen zu handeln. Die Hilfe des Staates allein ist hier zu schwach, durchgreifend zu helfen, deshalb müssen alle Kräfte gelöst werden, die helfen an diesem großen Werk der Kinderrettung. Rettung kann aber nur eine umfassende Organisation der Kräfte bringen. Die bürgerlichen Klassen Deutschlands haben seit der Revolution es vielfach an dem Opfer-sinn mangeln lassen, der notwendig wäre, umfassende Hilfe leisten zu können, vielmehr haben die Großproduzenten die Ausshungerung der Bevölkerung durch schamlosesten Wucher fortgesetzt.

Die Arbeiterklasse muß deshalb selbst dieses Rettungswerk organisieren.

Diese Organisation besteht in der Bildung eines Reichsausschusses aus Vertretern aller Bezirke. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, diesen Reichsausschuß zu bilden und die Führung bewährten organisatorischen Kräften zu übertragen. Parteivorstand und Gewerkschaftsbund haben die Aufgabe, mit allen Kräften die Tätigkeit des Reichsausschusses zu unterstützen.

Aufgabe des Ausschusses ist es, durch Sammlungen und Veröffentlichung von Berichten die Arbeiterklasse der ganzen Welt von der Gefahr zu unterrichten, die dem deutschen Volke droht und an ihr soziales Gewissen zu appellieren.

Aufgabe des Ausschusses ist es, auch in Deutschland den bestehenden Kreisen, besonders den Landwirten, das Gewissen zu schärfen für ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber den Kindern.

Aufgabe des Reichsausschusses ist es, durch Aufrufe an die organisierte Arbeiterschaft Mittel zu schaffen zur Erholung der Kinder, denn nur durch zusammenfassende Arbeit wird es möglich sein, in großem Maße zu helfen.

Die Reichskonferenz sozialdemokratischer Frauen dankt den ausländischen Genossen und Freunden deutscher Kinder, besonders den dänischen Parteigenossen, für ihr bisheriges Liebeswerk und hofft, daß es auch möglich sein wird, durch dieses Liebes- und Aufklärungswerk den Haß und die Voreingenommenheit der Völker untereinander zu beseitigen und diese einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Die Resolution wird dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt als Anregung überwiesen.

Vorsitzende **Juchacz** stellt fest, daß sich die Antragsteller selbst hierbei der Stimme enthalten haben. (Hört, hört!)

Zur Friedensfrage liegen die beiden Anträge 2, München:

Der Frauentag möge an die Internationale den Antrag stellen, dieselbe möchte in kürzester Zeit einen internationalen Frauentag einberufen. Dieser soll für den allgemeinen Weltfrieden eintreten. Die Frauen aller Länder mit ihren Kindern mögen sich im Geiste möglichst zur gleichen Stunde in dem Gedanken für dieses Ziel vereinen,

und 11, Hamburg, vor:

Die Frauenkonferenz wird ersucht, ganz energisch Stellung zu nehmen gegen jeden Krieg und für strikteste Innehaltung der Neutralität im Krieg zwischen Rußland und Polen.

Dazu bemerkt Vorsitzende **Juchacz**: Eine beratige Aktion ist nur möglich, wenn die Initiative von anderer Seite, d. h. von außenstehender Seite, ergriffen würde. Ich möchte bitten, daß über die Anregung München, ohne daß ich dem Gedanken des Weltfriedens ins Gesicht schlagen will, zur Tagesordnung

übergegangen wird. Dem Antrage 11, Hamburg, entsprechend hätte eine Resolution verfaßt werden können.

Die Konferenz ist damit einverstanden.

Einstimmige Annahme findet folgende Resolution Bremen:

Die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands protestiert ganz entschieden gegen das wucherische Treiben der Lebensmittelhändler, welche die notwendigsten Lebensmittel und Schlachtvieh ins Ausland verschleppen, während große Massen der deutschen minderbemittelten Bevölkerung, vor allem deren Kinder, an Unterernährung zugrunde gehen. Die Frauenkonferenz fordert von allen Genossinnen und Genossen, die in Kommunen, Staat oder Reich als Parlamentsvertreter tätig sind, daß sie sich mit aller Kraft gegen dieses volksvernichtende Treiben der Lebensmittelverteuerung zur Wehr setzen. Ueberall sind unverzüglich Schritte einzuleiten, um das schlimmste, eine katastrophale Hungersnot in den Städten, zu verhüten.

Die Frauenkonferenz überreicht diesen Protest dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorsitzende **Juchacz**: Ich bitte, dem Vorstand der Frauenkonferenz Vollmacht zu geben, die Anträge zu sortieren, drucken zu lassen und dem Parteitag, dem Parteivorstand oder den Körperschaften, für die sie bestimmt sind, zu übergeben. (Zustimmung.)

**Franz-Chernik** (persönlich): Nach der Art der Behandlung der Resolution habe ich darauf verzichtet, für die Resolution zu stimmen, weil ich nicht mehr das Vertrauen habe, daß sie zu einer praktischen Tat wird.

**Frau Steinhäuser** (außerhalb der Tagesordnung): Genossen und Genossinnen! Ich kann es nicht unterlassen, am Schluß unserer Frauentagung auch auf jene Frauen hinzuweisen, die unter der Bezeichnung so unendlich viel zu leiden haben. (Weißfall.) Wir wollen von dieser Stelle aus die Versicherung abgeben, daß wir mit ihnen fühlen und leiden und alles daran setzen werden, die schwarze Schmach im besetzten Gebiet sobald wie möglich zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Juchacz**: Wir sind nun am Schluß der Reichsfrauenkonferenz angelangt und viele von Ihnen werden ja noch weitere Tage hier bleiben, um an den Beratungen des Parteitages teilzunehmen. Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß Sie mit dem allergrößten Ernst sich mit den Problemen befaßt haben, die die heutige sozialistische Frauenwelt überhaupt beschäftigen. Diese Konferenz hat uns drei ganz vorzügliche Referate gebracht. Von allen drei Referaten möchte ich hoffen, daß die Genossinnen und Genossen sie so in sich aufgenommen haben, daß sie sie so verarbeiten werden, daß es ihnen möglich sein wird, bei alledem, was sie nun und in nächster oder fernerer Zukunft tun, die Nutzenwendung daraus ziehen zu können zum Besten der Partei — ich sage mit Absicht der Partei — und zum Besten des Sozialismus, nicht allein der Frauenbewegung als solche. (Sehr richtig!) Denn die Frauenbewegung ist nur ein Glied des großen Ganzen. Sie strebt wie die Sozialdemokratische Partei in ihrer Gesamtheit zum Sozialismus und sie will dem Sozialismus dienen. Die sozialdemokratische Frauenbewegung, also alle in ihr organisierten Frauen, haben das Bestreben, ihre Kräfte so zur Entfaltung und Anwendung zu bringen, daß damit dem Sozialismus und der Partei am allerbesten gedient wird. Daß dieses Bestreben vorhanden ist, das haben die Referate, das hat aber auch die nachfolgende Aussprache bewiesen. Alle, die sich in den Dienst der großen Arbeiterbewegung gestellt haben, sind befeelt von dem großen schöpferischen und

fortschrittlichen Geist, von dem Gefühl, daß wir alle dem Sozialismus zu dienen verpflichtet sind. Das ist das, was ich am Schluß dieser Konferenz zum Ausdruck bringen muß.

Und nun möchte ich eine Schlussfolgerung daran knüpfen, nämlich die, daß Sie alle, wenn Sie hinausgehen, nicht dem Buchstaben getreu das, was Sie hier gehört haben, auf die Bewegung antworten, sondern daß Sie über das Gehörte hinaus selbst denken, selbst Ihre Erfahrungen sammeln und dann weiterleiten an die Stellen, die ihrerseits nun weiterverarbeiten müssen. Dann werden wir, wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, uns wieder gegenseitig gereifter, fertiger, vollwertiger gegenübersehen. Noch eins möchte ich sagen: Wir müssen die Zahl der sozialistischen Kämpfer und Kämpferinnen vermehren. Dazu ist jeder einzelne, der selbst den sozialistischen Gedanken in sich aufgenommen hat, verpflichtet, überall dort, wo sich Gelegenheit dazu bietet — und die bietet sich täglich und stündlich —, dafür zu sorgen, daß die Reihen der Kämpfer und Kämpferinnen für den Sozialismus vermehrt werden, daß aber auch das Wissen und Können der einzelnen vertieft wird. Vor allen Dingen möchte ich, daß die alten, schon lange in der Bewegung stehenden Genossen und Genossinnen ihr Augenmerk darauf richten, die jungen, elastischen, aufnahmefähigen Elemente beiderlei Geschlechts zu uns herüberzuziehen, ihre Kraft und Fähigkeiten in den Dienst des Ganzen zu stellen. Das ist die größte Hauptfache, daß wir nicht allein treu unsere Pflicht erfüllen, sondern auch darüber hinaus, wo es notwendig ist, uns selbst verleugnen können und den vielen, die nur danach hungern und sechzen, auch etwas mitzuarbeiten an den großen Kulturaufgaben, die die Partei sich gestellt hat, dazu Gelegenheit zu geben, sie freundschaftlich zu stützen, ihnen zu helfen, hineinzubringen in die Bewegung, ihnen mit dem freundschaftlichen Rat zur Seite zu stehen. Wenn wir diesen Gedanken, der letzten Endes doch auch wieder in der großen Idee der Solidarität und des Sozialismus wurzelt, praktisch draußen in der Bewegung zur Anwendung bringen, dann kann es uns nicht fehlen, dann werden wir im nächsten Jahre über einen zahlenmäßigen und ideellen Fortschritt berichten können. Deshalb wünsche ich, daß Sie alle über den Dingen stehen, daß Sie ohne die Kleinlichkeiten des täglichen Lebens und die Kleinarbeiten in der Parteiorganisation zu untergehen, es doch verstehen, sich selbst persönlich über die Dinge zu stellen und immer die Sache als das Große, als das Erstrebenswerte anzusehen. Ich glaube am Schluß dieser Konferenz ganz bestimmt sagen zu können, daß wir wieder einmal nicht umsonst zusammengewesen sind, daß es vorwärts gehen wird bis zum nächsten Jahre. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Frau Dr. Quard: Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich unseren beiden verehrten Vorsitzenden den herzlichsten Dank für die Leitung der Geschäfte ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Frauenkonferenz um 1 Uhr 25 Minuten mittags.

## Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kiermann, Friedrich	Augsburg	Oberbayerisch-Schwaben
Albrecht, Aug. Friedrich	Berlin	Verb. der Arbeiterjugendvereine
Andree, Ernst	Hannover	Hannover
Arning, Marie	Eberfeld	Richter Niederrhein
Auer, Erhard	München	Oberbayerisch-Schwaben
Bar, Luise	München	Oberbayerisch-Schwaben
Baer, Otto	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bartels, Elise	Sildesheim	Hannover
Bartels, Friedrich	Berlin-Zempelhof	Mitglied des Parteivorstandes
Barth, Josef	Reinhausen	Oberpfalz-Niederbayerisch
Barosch, Karl	Kreuzstett	Regensburg-Streßig
Bargolini, Ludwlg	Ladenburg	Waben
Bauer, Albert	Schramberg	Schramberg
Bauer, Gustav	Berlin	Reichstagsfraktion
Bauer, Paul	Merseburg	Halle
Baumann, Andreas	Kienburg	Hannover
Bayerer, Alfons	Regensburg	Mitglied des Partiausschusses
Bed, Elise	Gleiwitz	Oberschlesien
Beder, Artur, Gutbes.	Barthmannshagen	Pommern
Begier, Johs.	Hamburg 21	Hamburg-Nordwest
Berg, August v. d.	Kirschau, Sa.	Sachsen
Bernas, Hermann	Bad Dürkheim	Platz
Bernstein, Eduard	Schöneberg-Berlin	Reichstagsfraktion
Beigle, Karl	Freiburg	Sachsen
Biesler, Louis	Hotzbüttel	Schleswig-Holstein
Birmaß, Frau Anna	Breslau	Mittelschlesien
Blase, Therese	Mannheim	Waben
Bohm-Schuch, Frau Klara	Berlin-Weitz	Rebaktion „Gleichheit“
Bollmann, Minna	Halberstadt	Mitglied des Partiausschusses
Bombach, Richard	Wilsdruff	Sachsen
Brandenburg, Ernst	Siebnach	Magdeburg-Anhalt
Brauer, Heinrich	Eisenach	Groß-Hüringen
Brauer, Max	Altona	Schleswig-Holstein
Braun, Dr. Adolf	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Braun, Otto	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Bremer, Karl	Hofrod	Regensburg-Südbad
Breitkopf, Heinrich	Brieg	Mittelschlesien
Breb, August	Hannover	Mitglied der Kontrollkommission
Brosat, Frtz	Berlin	Groß-Berlin
Broschwig, Konrad	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Mitglied der Kontrollkommission
Brumme, Otto	Leipzig	Leipzig
Brunß, Bernhard	Berlin	Groß-Berlin
Bubert, Walter	Osnabrück	Odenburg-Ostfriesland
Buchwig, Otto	Gößitz	Niederschlesien
Buhl, C.	Leipzig	Mitglied des Partiausschusses
Castan, Ernst	Chemnitz	Chemnitz
Castlen, Hermann	Bielefeld	Westf. Westfalen
Castrop, Wilhelm	Bielefeld	Westf. Westfalen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Cohen (Neuh) Conrads, Wilhelm Cunow, Heinrich	Neubabelsberg Hohememich Berlin	Groß-Berlin Linker Niederrhein Redaktion "Neue Zeit"
Daemisch, Fritz Dehne, Heinrich Demmer, Karl Deusch, Emil Dewald, Georg Dichl, Adolf Dietrich, Otto Dieß, Dr. Drauß, Karl Dreger, Alfred Drescher, Heinrich	Höchst a. M. Stadthagen Wiesbaden Dela Hamburg München München Fallenberg Karlsruhe Senftenberg Lübeck Halle a. S.	Hessen-Nassau Deft. Weßfalen Hessen-Nassau Mittelschlesien Franken Oberbavern-Schwaben Halle Baden Brandenburg Mecklenburg-Lübeck Mitglied des Parteiausschusses
Eberhard, Konrad Eberle, Hugo Eder, Fritz Eckstein, Ernst Eggerstedt, Otto Eggert, Willi Eldner, Conrad Eisenhardt, Heinrich Eitaa, Luise Elsner, Georg Engler, Wilhelm Evers, Elise	Airndorf Görlitz Weiden Breslau Niel Stuttgart Brandenburg Hamburg 19 Dortmund Dresden-N. Freiburg Hannover-Linden	Franken Mitglied des Parteiausschusses Oberpfalz-Niederbavern Mittelschlesien Schleswig-Holstein Württemberg Brandenburg Hamburg-Nordwest Weßf. Weßfalen Ostschlesien Hannover
Fauth, Gottlob Fehlich, Bruno Feller, Hermann Fellisch, Alfred Fengler, Julius Ferk, Gustav Fianke, Reinhold Fischer, Friedrich Fischer, Richard Fischer, Theodor Frank, Julius Frank, Otto Frang, Alfred Frederich, Fritz Freudenberger, Frau Marie Freudenberger, Felix Freundebahl, Frau Friedla, Frau Friedrich, Otto Fritsch, Arno Fritsch, Eugen Funt, Waldemar Fürst, Walter	Bremen Liegnitz Hildesheim Chemnitz Korbheim Magdeburg Schwelmbrüg Stuttgart Berlin Berlin Kattowitz Berlin Chemnitz Kütringen Kütringen Würzburg Altona-Wahrenfeld Dunzlau Lübeck Eimsbath Blauen i. B. Köln Königsberg	Hamburg Niederschlesien Hannover Chemnitz Hannover Magdeburg-Anhalt Mittelschlesien Mitglied der Kontrollkommission Mitglied des Parteivorstandes Mitglied des Parteiausschusses Oberschlesien Mitglied des Parteivorstandes Chemnitz Odenburg-Ostfriesland Odenburg-Ostfriesland Franken Schleswig-Holstein Niederschlesien Mecklenburg-Lübeck Chemnitz Chemnitz Obere Rheinprovinz Ostpreußen
Garlipp, Wilhelm Gebhardt, Magnus Gegner, Gustav Gehrlt, Ernst Gehrmann, Karl Gentner, Hans Gerlach, Paul Gottrecht, Willi	Essen Burg Stolz Straßfurt Harburg Bergisch Düsseldorf Bismar	Rechter Niederrhein Magdeburg-Anhalt Pommern Pommern Hannover Franken Rechter Niederrhein Mecklenburg-Lübeck

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Gottwald, Frau Graeger, Fritz Graf, Frau Gertrud Graf, Oskar Grein, Dr. Sch. Groll, Oskar Grosse, Berthold Gruenwald, L. Grünberg, Helene Grund, Paul Gruschke, Otto Günther, Max	Hirschberg Odenburg Köslin Forzheim Neunkirchen Lindau Hamburg 19 Hamburg München Marburg München Schwarzenberg	Niederschlesien Odenburg-Ostfriesland Pommern Baden Oberschlesien Oberbavern-Schwaben Hamburg-Nordwest Mitglied der Kontrollkommission Mitglied der Kontrollkommission Hessen-Nassau Franken Chemnitz
Haberland, Karl Haberlandt, Wilh. Hadelberg, Rudolf Hagen, Anton Hahn, Karl Hähnlein, Louis Hammer, Richard Hänisch, Hermann Hansch, Erwin Hartwig, Theodor Hänlein, Konrad Haute, Frau Frieda Haute, Paul Haus, Berta Hauschild, Richard Hansen, F.	Elberfeld Hrensburg Niel Leipzig Mannheim Magdeburg Ludwigshafen Kittau Mylau i. B. Stettin Haußham (Oberbah.) Kattowitz Kattowitz Gregsersdorf b. Arns Kassel Bries-Friedrichsdorf, Holstein Böckum Charlottenburg Stiemensstadt-Spand. Odenburg Hamelu a. B. Köln Dortmund Hirschberg, Schles. Schwabach Berlin Lütgendortmund Charlottenburg Hannau Herford München Frankfurt a. D. Guben Mugsburg Reumünster Hamburg Landsbüt Hemelingen b. Bremen Berlin Schwege Hamburg-Fußlabüttel Kütringen	Mitglied des Parteiausschusses Schleswig-Holstein Mitglied des Parteiausschusses Leipzig Mitglied des Parteiausschusses Mitglied des Parteiausschusses Hals Ostschlesien Chemnitz Pommern Oberbavern-Schwaben Reichstagsfraktion Oberschlesien Ostpreußen Hessen-Nassau Schleswig-Holstein Weßf. Weßfalen Mitglied des Parteivorstandes Mitglied des Parteivorstandes Weßf. Weßfalen Referent Reichstagsfraktion Weßf. Weßfalen Franken Brandenburg Brandenburg Oberbavern-Schwaben Schleswig-Holstein Hessen-Nassau Oberpfalz-Niederbavern Hamburg-Nordwest Groß-Berlin Kassel Hamburg-Nordwest Odenburg-Ostfriesland Mitglied des Parteiausschusses
Haberkamp, J. Heilmann, Ernst Heinrich, Otto Heilmann, Karl Helfer, Rosa Hengsbach, Altemens Hensler, Fritz Hiescher, Paul Hirt, Michael Hübendrand, Karl Hübel, Julius Hirch, Paul Hoch, Gustav Höcker, Heinrich Horetz-Menge, Edith Hoffmann, Hugo Hoffmann, Max Högg, Altemens Hohndehnen, Gustav Hoin, Richard Holl, Urban Höpfer, Franz Hoppe, Mariha Hosbach, Friedr. Hüfmeier, Emil Hug, Paul Hünlich, Oskar	Schleswig-Holstein Weßf. Weßfalen Groß-Berlin Mitglied des Parteivorstandes Odenburg-Ostfriesland Mitglied des Parteiausschusses Mitglied der Kontrollkommission Weßf. Weßfalen Niederschlesien Franken Mitglied des Parteivorstandes Weßf. Weßfalen Referent Reichstagsfraktion Weßf. Weßfalen Franken Brandenburg Brandenburg Oberbavern-Schwaben Schleswig-Holstein Hessen-Nassau Oberpfalz-Niederbavern Hamburg-Nordwest Groß-Berlin Kassel Hamburg-Nordwest Odenburg-Ostfriesland Mitglied des Parteiausschusses	
Jakobs, Heinrich Jakobsen, Johann Jakubowicz, Michael Janotta, Erhard	Niel Vöbhe Berlin Breslau	Schleswig-Holstein Schleswig-Holstein Buchhandlung Bortwäris Mittelschlesien

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Jensen, Toni Koziorowski, G. Suchacz, Marie	Riel Löben Berlin	Schleswig-Holstein Dänemark Mitglied des Parteivorstandes
Kahmann, Hermann Kähler, Wilhelmine Kaifen, Wilh. Kaspar, Adolf Kasjer, Richard Kell, W. Kieß, Paul Kirchner, Georg Kirchner, Johanna Kirchmann, Emil Klauber, Karl Kleemann, Wilh. Klingner, Franz Klupich, Fr. Knack, Dr. Andreas Koch, Richard Kößler, Hermann Köhrich, Paul Körner, Bruno Kraft, Beigeordneter Kraft, Ernst Kragja, Hermann Krdger, Wilh. Krüger, Franz Kummer, Fritz Kunde, Artur Kunzmann, Theodor	Dresden Berlin-Steglitz Bremen Fahranu Landenberg a. W. Ludwigsburg Jena Altona Frankfurt a. M. Röln Saalfeld a. S. Bremervaden Coburg Dortmund Hamburg 20 Zwickau Göppingen Ochtersleben Ludwigsbaben Fechenheim Wannheim Berlin Koslow Cöpenick-Plthenhorst Hessenbach a. W. Schlöttern Döbeln	Reichstagsfraktion Dänemark Samburg-Nordwest Baden Brandenburg Reichstagsfraktion Groß-Ähringen Schleswig-Holstein Hessen-Nassau Obere Rheinprovinz Groß-Ähringen Samburg-Nordwest Franken Mitglied des Parteiaussschusses Samburg-Nordwest Chemnitz Württemberg Magdeburg-Anhalt Mitglied des Parteiaussschusses Hessen-Nassau Baden Reichstagsfraktion Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteivorstandes Hessen Hessen-Nassau Leipzig
Lacher, Hans Landauer, Dr. Otto Landgraf, Emil Lau, Joh. Lauftötter, Franz Laußner, Kurt Lawaßsch, Berta Leber, Herm. Lehner, Walh Leuterich, Max Leberens, Fr. Lieber, Heinrich Lindinger, Alois Loeb, Walter Löbe, Paul Lohmann, Richard Lübke, Friedrich Lübbing, Jos. Ludwig, Alfred Ludwig, Pauline Luz, W. Lützner, Otto	Walchshofen b. Michach München Glauchau Hannover Samburg 19 Königshütte Dreslau Weimar Regensburg Samburg Erfeld Pomburg (Saarb.) Paffau Frankfurt a. M. Breslau Berlin Nelzen Rödnisberg i. Pr. Meißen Reichenbach Worms Dresden-A.	Oberbayern-Schwaben Oberbayern-Schwaben Chemnitz Mitglied des Parteiaussschusses Samburg-Nordwest Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteiaussschusses Oberpfalz-Niederbayern Mitglied des Parteiaussschusses Hals Oberpfalz-Niederbayern Hessen-Nassau Mitglied der Kontrollkommission Arbeitsgemeinschaft sozial. Lehret Hannover Reichstagsfraktion Hachsen Chemnitz Hessen Hachsen
Maab, Bruno Maack, Karl Marbente, Wilhelm Markwardt, Karl Marz, Franz Matzke, Frau Anna	Chron-Geesack Breslau Hannover-Linden Lüneburg Bonn Berlin	Samburg-Nordwest Mittelsachsen Hannover Hannover Obere Rheinprovinz Mitglied des Parteiaussschusses

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Matth, Franz Matzke, Roman May, Otto Maier, Emil Meerfeld, Jean Meinert, Bruno Meier, Richard Meier, Wilhelm Meißel, Edmund Merck, Hubert Meier, Hermann Mielch, Willi Meiß, Konrad Mollenbuhr, Hermann Mollmann, Karl Moosdorf, Kurt Müller, Ernst Müller, Hermann Müller, Hermann Müller, Max Müller, Otto	Cottbus Oberhessen Magdeburg-Anhalt Baden Hessen Chemnitz Widau Detmold Crimmitschau Kaiserlautern Solingen Minden i. W. Röln Berlin-Schöneberg Schwerin Gießen Luisburg Berlin-Tempelhof Sachsenberg München Neuhaldensleben	Brandenburg Oberhessen Magdeburg-Anhalt Baden Hessen Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteiaussschusses Westf. Westfalen Chemnitz Hals Niederrhein Solingen Westf. Westfalen Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteivorstandes Mecklenburg-Lübeck Hessen Niederrhein Mitglied des Parteivorstandes Mitglied der Kontrollkommission Chemnitz Magdeburg-Anhalt
Metzke, Dr. Siegfried Neue, Paul Neumann, Bruno Kimmerfall, Hans	Wilmersdorf Emden München München	Groß-Berlin Ostenburg-Dänemark Dänemark Mitglied des Parteiaussschusses
Odenhof, Fritz Ophall, Wilhelm Ossowski, Waldemar	Braunschweig Leipzig Sachsenburg	Hannover Leipzig Oberhessen
Pagels, Max Parsch, Wilh. Pauer, Rudolf Pantusch, Wilhelm Pflüger, Albert Pflüger, Georg Pflüß, Antonie Pflard, Emil Pintau, Karl Pintter, W. Pöschel, Guao Pohlmeier, P. Poppen, Georg Pollender, Berta	Berlin Großhansdorf Prachtweide Berlin Stuttgart Köln München Koblenz Leipzig Dresden-A. Berlin Münster Schönebeck Leipzig	Groß-Berlin Chemnitz Westf. Westfalen Mitglied des Parteivorstandes Württemberg Franken Franken Reichstagsfraktion Obere Rheinprovinz Mitglied der Kontrollkommission Mitglied des Parteiaussschusses Mitglied des Parteiaussschusses Westf. Westfalen Magdeburg-Anhalt Leipzig
Quard, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Rabbruch, Prof. Dr. G. Rademacher, Jos. Rahmig, Ludwig Ramm, Otto Ranft, Heinrich Riese, Gottlieb Reichardt, Hermann Reimann, Max Reimann, Wilhelm Reiß, Karl Reise, Frau Johanna Rennert, Louis Riegel, Heinrich Rinke, Karl	Riel Düren Hoyerswerda Kassel Kassel Erier Salverstadt Rathenow Dittersbach Nürnberg Samburg Meiningen Darmstadt Neuß	Reichstagsfraktion Obere Rheinprovinz Niederschlesien Kassel Kassel Hals Obere Rheinprovinz Magdeburg-Anhalt Brandenburg Mittelsachsen Franken Mitglied des Parteiaussschusses Groß-Ähringen Hessen Niederrhein

N a m e	B o h n o r t	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Ritter, Adolf Nöhl, Frau Elisabeth Nöhl, Paul Ruggaber, Karl Ryneck, Efriede	Berlin Kön Frankfurt a. M. Ulm a. D. Wln.-Baumschulenvveg	Mitglied des Parteivorstandes Obere Rheinproving Mitglied des Parteiausschusses Württemberg Mitglied des Parteivorstandes
Sachs, Dr. Max Sachjenröder, Florus Sander, August Scheidemann, Philipp Schiller, Artur Schilling, Frau Minna Schistowski, Aug. Schlebusch, Hubert Schlegel, Friedrich Schlichtinger, Rudolf Schlode, Alexander Schmidt, Fritz Schmidt, Georg Schmidt, Gustav Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmidt, Michel Schneiber, Karl Schneiber, August Scholich, Gustav Scholz, Gertrud Schönfelder, Adolf Schöpfkin, Georg Schrablin, Laura Schred, Karl Schrüder, Luise Schubarth, Wilh. Schubert, A. D. Schubard, Max Schumann, Frau Elifab. Schumann, Oswald Schulz, Adolf Schulz, Berta Schulz, Heinrich Schulz, Hermann Schulz, Albert Seibel, Berta Selbert, Elisabeth Sebering, Karl Siering, Willi Silberschmidt, Hermann Simon Stuhr, Max Sollmann, Wilhelm Srovia, Georg Stahl, Emil Stahlberg, Heinrich Stahmann, Heinrich Stampfer, Friedrich Steinmeyer, Otto Steinläufer, Marg. Stelling, Joh. Stenzel, Otto Strobel, Robert Strube, Johannes	Briesnig Schmölln, S.-A. Wiesena u. Hann. Kassel Sprottau Döbeln, Sa. Hamm i. W. München-Glabbad Berlin Regensburg Wln.-Grünevald Siegen i. W. Cöpenick Kön.-Ehrenfeld Berlin Karlshorst Hersfeld Marlow Mainz Breslau Neustün Hamburg 22 Schöpskin, Georg Keutlingen Hiesfeld Mitteln Gummersbach Mühlhausen i. Thür. Uedermünbe Stettin Nahlsdorf Berlin Herne Berlin Elbing Hofstad Herne Niederzwehren Hiesfeld Berlin Cöpenick Neufalz (Ober) Einsal b. Aitena i. W. Kön Klettendorf Spanbau Pabersborn Dessau Berlin Stuttgart Offenbach a. M. Schwerin Ebersbach Bernburg Kassel	Ostfachsen Groß-Thüringen Hannover Kassel Niederschlesien Reichstagsfraktion Westf. Westfalen Ostf. Niederrhein Groß-Berlin Oberpfalz-Niederbayern Reichstagsfraktion Westf. Westfalen Referent Obere Rheinpfalz Mitglied des Parteiausschusses Reichstagsfraktion Kassel Mecklenburg-Lübeck Essen Mitglied des Parteiausschusses Groß-Berlin Hamburg-Nordwest Reichstagsfraktion Württemberg Reichstagsfraktion Mitglied des Parteiausschusses Obere Rheinproving Groß-Thüringen Pommern Stettin Reichstagsfraktion Druckereirevisor Mitglied des Parteiausschusses Mitglied des Parteivorstandes Ostpreußen Mecklenburg-Lübeck Westf. Westfalen Kassel Mitglied des Parteiausschusses Brandenburg Reichstagsfraktion Niederschlesien Westf. Westfalen Reichstagsfraktion Mittelschlesien Brandenburg Westf. Westfalen Magdeburg-Anhalt Redakteur des „Vorwärts“ Mitglied des Parteiausschusses Essen Mecklenburg-Lübeck Ostfachsen Magdeburg-Anhalt Kassel

N a m e	B o h n o r t	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Suhomel, Ottomar Süßlein, Dr. Max	Werne Nürnberg	Hannover Franken
Tekloff, Ernst Thiele, Adolf Thielicke, Karl Thomas, Hermann Tobenhagen, Minna Thöne, Georg Tönebögn, Heinrich	Stade Halle Utenburg, S.-A. Heidenau Berlin Wegenhäusen Niedlinghausen-Süd	Hamburg-Nordwest Halle Groß-Thüringen Ostfachsen Mitglied des Parteiausschusses Mitglied des Parteiausschusses Westf. Westfalen
Ullensbaum, Wilhelm Ulrich, Fritz	Eiberfeld Heilbronn	Nechter Niederrhein Württemberg
Verdieck, Willi Vodenroth,	Riel Wödinghausen bei Lütgendorfmund Nürnberg Hamburg 36	Schleswig-Holstein Westf. Westfalen Mitglied des Parteiausschusses Hamburg-Nordwest
Woenig, Heinrich Wagner, Friedrich Wagner, Frau Dr. Wagand, Ludwig Wanke, Marie Weber, Frau Magdalene Wegener, Kurt Weike, Karl Weimann, Richard Wels, Otto Wendemuth, Karl Wermuth, Karl Westphäliger, Karl Weyers, Casar Wibmann, W. Wiegand, Gustav Wienbl, Josef Wimmer, Thomas Winger, Otto Winger, Wilhelm Wissel, Rudolf Wittich, Bruno Wittrod, Christ. Wohlgemuth, Toni Wolff, Theodor Wuschid, Adolf	Halle Ludwigshafen Stendal Bremen Schwerin Hiesfeld Berlin Nachen Berlin Wln.-Friedrichshagen Waldburg Neufölln Danabrück Krefeld Hiesbach a. M. Hieserich Traunstein München Magdeburg Breslau Berlin Wuzbach-Oberhessen Kassel Danzig Lüft Berlin	Halle Wfalz Magdeburg-Anhalt Mitglied des Parteiausschusses Mecklenburg-Lübeck Westf. Westfalen Bildungsausschuß Obere Rheinproving Bildungsausschuß Mitglied des Parteivorstandes Mittelschlesien Groß-Berlin Oldenburg-Ostfriesland Ostf. Niederrhein Mitglied des Parteiausschusses Halle Oberbayern-Schwaben Oberbayern-Schwaben Magdeburg-Anhalt Mittelschlesien Reichstagsfraktion Essen Kassel Ostpreußen Ostpreußen Groß-Berlin
Zabe, Grete Zann, Jakob Zimmer, Hugo Zimmermann, Paul Zuntobel, Reinhold	Hamburg 21 Frankenthal Wesendorf a. d. E. Niederlöhrzig Freiburg i. Br.	Hamburg-Nordwest Wfalz Schleswig-Holstein Ostfachsen Waben

Vor Schluß der Verhandlungen sind abgereist die Genossen: Oskar Groll, Lindau; Alois Lindinger, Rastau; Josef Barth, Reinhausen; Wally Lehner, Regensburg; Urban Holl, Landshut; Fritz Uder, Weiden; Rudolf Schlichting, Regensburg; Nimmerfall, München.

## Sachregister des Parteitagcs.

### Sprechregister des Parteitagcs.

- Auer 16, 109, 210.
- Bartels 43, 84.  
Bauer 152.  
Begier 183.  
Bernack 161.  
Bernstein, Eduard 53, 104, 216.  
Bießer 15, 80, 100, 222.  
Bohm-Schuch 60.  
Braun, Ad. 65, 143, 162, 187, 222.  
Braun, Otto 120, 145.  
Bretthorst 79.  
Brolat 70, 258, 259.  
Broßwitz 53.  
Brühne 51.  
Buchwitz 71.
- Cohen 56.
- Demmer 263.  
Dieß, Dr. 218.  
Dräger 16.
- Eberhard 162.  
Edstein 107.  
Eggerstedt 72.  
Eilenbarth 67, 179.  
Engbera 19.  
Engler 238.
- Fellisch 14, 62, 143, 164, 260.  
Franz (Rattowitz) 74, 114.
- Gerlach 267.  
Graf 116.  
Grein 264.
- Große 99.  
Grünberg 115.  
Grünwald 10.
- Heilmann 68, 150.  
Hildenbrand 86, 168.  
Hirsch 225, 265.  
Hoch 16, 152.  
Hug 80.
- Jakob 267.  
Jensen 117.  
Juchacz 68.
- Kohmann 16.  
Keil 111.  
Kirchner 117, 268.  
Knaß 215.  
Krain 20.  
Kummer 181.
- Landauer 159.  
Lauffötter 211.  
Leber 74, 268.  
Leuterich 113, 184, 186.  
Lieber 119.  
Löhe 14.  
Loeb 106, 182.
- Maier 268.  
Meerfeld, 174, 184.  
Meier (Sachsen) 13.  
Mollenbühr 215.  
Müller, Hermann 10, 13, 14, 16, 21, 22, 24, 51, 52, 71, 80, 97, 114, 119, 120, 143, 148, 151, 171, 179, 184, 186, 187, 210, 258, 265, 266, 268.
- Nestripte 148, 258.  
Neue 268.  
Nimmerfall 52.
- Pfannkuch 8, 10.  
Püßl 108. **108**  
Pollender 13.
- Quard 52.
- Röhle 184.
- Sachs 220.  
Scheidemann 5, 52, 70, 114, 164, 168, 220, 222.  
Schinabrich 55, 265.  
Schlich 13.  
Schönfelder 75.  
Schöpffin 103, 224.  
Schmidt, Georg 197.  
Schmidt, Robert 132, 166.  
Schulz, Heinrich 76.  
Schumann 263.  
Silberichmidt 262.  
Sollmann 101.  
Srowig 99.  
Süßheim 69.  
Stanning 17.
- Todenhagen 118.
- Wliegen 22.
- Waentig 143, 212.  
Weis 15, 24, 81.  
Wiffell 14, 120, 164.  
Wohlgemuth 20.
- Zabe 221.

- Anträge zur Tagesordnung des Parteitagcs 274, 315.  
— zum Bericht des Parteivorstandes 274, 315.  
— zur Organisation und Agitation 277.  
— zum Bericht der Reichstagsfraktion 280, 315.  
— zum Bericht vom Internationalen sozialist. Kongreß 295.  
— zur Wohnungsfrage 301, 316.  
— zum Parteiprogramm 304, 317.  
— Sontige 314, 318.
- Agrarpolitik, Referat über die Richtlinien der — 197.  
Agrarprogramm, Wahl der Kommission für das — 186.  
Auswärtige Politik 31, 56, 61, 75, 81.
- Bayerns Separatismus 69, 110.  
„Beamte. Der freie“ — 47.  
Beamtenagitation, Zentrale für — 47.  
Beitragsfrage 45, 74, 85.  
Bericht der Mandatsprüfungskommission 70, 259.  
— der Kontrollkommission 51.  
— des Parteivorstandes 24. Debatte 52.  
— der Reichstagsfraktion 86. Debatte 99.  
— vom Internationalen Sozialistenkongreß in Genf 174. Debatte 179.
- Betriebsrätegesetz 90.  
Bildungsfrage 77.  
Bureau des Parteitagcs 4. Wahl 13.
- Einigung 59.  
Entwaffnungsgesetz 95.  
Ernährungsfragen 95, 101, 120.  
Erwerbslosigkeit 95, 109.
- Frauenagitation 61, 68.  
Frauenfrage 115, 117.  
Friedensvertrag 32, 67, 87.  
„Gleichheit“ 49, 61, 85.  
Geereswesen 92.
- Jugendbewegung 77.  
Jungsozialisten 78.
- Kapp-Butsch 94, 100.  
Kasse 43, 50.
- Landwirtschaft, D. Braun über — 146.  
Lehrer, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrat. — 47.  
„Lehrer, Der freie“ — 47.
- Mitgliederstand 44.
- „Neue Welt“ 48.  
„Neue Zeit“ 48.
- Oberhessien 80, 114.  
Organisation 43.
- Parteigeschäfte 49.  
Parteioreipondenz 84.  
Parteiprogramm, Referat über das — 187. Debatte 210. Schlußwort 222.
- Parteitag, Nächster — 268.  
Planwirtschaft 125, 153.  
Presse 47.
- Rechtspflege 93.  
Reichstagsfrage 113.  
Reichswehr 99, 103.  
Reichstagswahlen 35.
- Saargebiet 119.  
Schulfrage 108.  
Schulgesetzgebung 92.  
Siebungspolitik 203.  
Sozialisierung 91, 120, 144.  
Steuer 93, 106, 112, 116.
- Tagesordnung 3, 13.
- Valuta 41.  
Verfassung 89.  
„Volk und Zeit“ 43.  
Volkshochschulen 77.
- „Wahrer Jacob“ 49.  
Wahl d. Parteivorstandes 258.  
— der Kontrollkommission 258.  
— des Bildungsausschusses 213.  
— der Programmkommission 225.  
Wirtschaftspolitik, Referat Wiffell über — 120.  
Schlußwort 164.  
— Referat Rob. Schmidt 132. Schlußwort 166.  
— Debatte 143.  
Wohnungsfrage, Die — Referat Hirsch 225. Schlußwort 265.  
— Referat Engler 238.  
— Debatte 260.

## Ergebnis der Abstimmungen über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 274—335.)

### Nicht genügend unterstützte Anträge:

**20, 24, 65, 66, 69, 70, 74 (52), 120 (98), 123 (99), 176 (98), 222 (52), 295 (220), 308 a (52).**

### Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

**1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 (17), 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64 (86), 77, 78, 79, 80 (171), 81, 87 (172), 88 (86), 89 (172), 91, 93 (171), 101 (173), 103, 112 (210), 113, 121 (86), 124 Ziffer 2 (171), 125 (173), 132 (172), 133 (173), 134 (86), 135, 137, 138 Abs. 3, 141 (173), 142, 144 Ziffer 2, 145 (172), 146 (173), 147 (172), 150 (173), 151 (172), 152, 153 (173), 154, 155 (171), 156, 157, 158 (172), 160 (171), 164 (173), 166 (172), 172 (173), 175 Abs. 1 und 3 (171), Abs. 2 (172), 179 (173), 180 (86), 184, 185 (171), 186, 187 (173), 192 (86), 194 (173), 196 (86), 201 (186), 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 215, 216, 217 (86), 220, 221 (173), 223 (86), 224, 225, 227, 228, (173), 229, 230, 231 (86), 232, 233 (173), 234, 235, 236 (86), 252 (173), 254 (210), 258 (17), 260 (173), 269, 271, 273, 279 (210), 282 (173), 284, 285, 286 (210), 287 (86), 289 (210), 292 (173), 293 (171), 294 (210), 302, 305, 306 (86), 307 (17), 313 (173), 315, 316 (86), 317 (192), 327 (86), 327 a (86), 333 (173), 336 (86), 349 (171), 354 (86), 364, 374, 384, 385 (210).**

### Abgelehnte Anträge:

**23, 30, 68, 72 (86), 163 (172), 177, 178, 299, 300 (174).**

### An den Parteivorstand überwiesene Anträge:

**13, 14, 15, 16, 17, 19, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 62, 67, 71, 73, 86, 138 Abs. 2, 173 (86), 199, 200, 202, 203, 204 (186), 214, 218, 219, 226 (267), 298 (174), 301 (267), 328 (173), 332 (267), 335 (86), 339 (172), 343, 344, 353 (86), 369 (268), 383, 387 (267).**

### Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge:

**76 (174), 82, 83 (173), 84, 85, 90, 92 (171), 94 (172), 95 (171), 96, 97, 98, 99, 100, 102, 104, 105 (172), 106, 107 (173), 108, 109 (172), 110, 111 (173), 114 (172), 115 (173), 118 (172), 119 (171), 122 (172), 124 Abs. 1 (171), 126 (173), 127, 128, 129 Abs. 3, 130 (172), 131 (174), 136 (171), 138 Abs. 1 (173), Abs. 4 (171), 139, 140, 143 (173), 144 Ziffer 1 (172), 148 (171), 149, 159, 161 (172), 162 (86), 165 (171), 167**

**168 (173), 169, 170, 171 (172), 174 (171), 181, 182 (173), 183, 188 (172), 189 (173), 190, 191 (172), 193, 195 (173), 197, 296 (172), 298 (174), 309 (172), 310 (171), 311 (172), 312, 314, 323, 329 (173), 330, 334, 345 (172), 347, 348 (171), 350 (172), 351 (171), 356 (172), 358 (171), 363, 365 (173), 369 a (171), 370 (173), 372, 377 (171), 379 (172).**

### Zurückgezogene Anträge:

**117 (172), 198 (186), 326 (97).**

### Dem Parteiausschuß überwiesen:

**301, 332 (267), 369 (268), 383, 387 (267).**

### Anträge, die der Programmkommission überwiesen wurden:

**253, 255, 256, 257, 259, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 270, 272, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 281, 283, 288, 290, 291, 308, 320 (225).**

### Der Wohnungskommission überwiesen:

**237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 318, 337, 360, 382, 386 (267).**

### Angenommene Anträge:

**12 18 (85) Presse, 75 (85) Mitgliedschaft, 116 (174) Anwesenheitspflicht der Parlamentarier, 319 (225) Richtlinien der Agrarpolitik, 321 (85) Bildung der Jungsozialisten, 322 (85) Mitgliederbeitrag, 324 (85) Regierungsbildung, 325 (173) Einheit der Republik, 331 (173) Ernährungsminister, 338 (85) Zusatz zu 824, 340 (173) Kriegsgefangene, 341 (85) Dieselmotoren, 342 (173) Knappverbrecher, 346 (171) Jugendwohlfahrt, 352 (86) Kultur und Schule, 355 (86) Lehrer, 357 (173) Ententeimilitarismus, 359 (173) Düngemittel, 361 (173) Oberschlesien, 362 (171) Reform der Arbeiterversicherung, 366 (97) Gegen Massenbeze, 367 (173) Sozialfierung, Ernährung, 368 (172) Steuerwesen, 371 (173) Schule, 373 (225) Auswärtige Politik, 375 (267) Zeitungstreif, 376 (186) Internationale, 378 (173) Zusatz zu 367, 380 (267) Genossenschaften, 381 (225) Programmkommission, 381 a (186) Ententeforderung, 388 (268) Sozialfierung des Baugewerbes, 389 (267) Wohnungskommission.**

### Der Parteigenossenschaft zur Berücksichtigung empfohlen:

**297, 303, 304 (267).**



## Anwesenheitsliste der Frauenkonferenz.

Ansförge, Marie, Neusalzbrunn  
Arning, Marie, Elberfeld  
Azor, Luise, München

Bartels, Elise, Hildesheim  
Beck, Elise, Gleiwitz, Ob.-Schl.  
Begler, Joh., Hamburg  
Berust, Minna, Kassel  
Berthold, Köln-Kaffel  
Bielstein, Crefeld  
Birnst, Anna, Breslau  
Blase, Therese, Mannheim  
Bohm-Schuch, Berlin  
Bollmann, Minna, Halberstadt  
Braun, Frau Klara, Weiburg a. Rahn  
Brehmer, Karl, Rostock  
Brethorst, Heinrich, Briesg

Caspari, Dr., Brandenburg a. H.

Dettmer, Lina, Minden i. W.  
Dreger, Alfred, Lübeck

Eberhard, K., Nürnberg  
Elias, Luise, Dortmund  
Evers, Elise, Linden b. Hannover

Franz, Alfred, Chemnitz  
Freundenberg, Marie, Rüstingen  
Freundenthal, Altona  
Friedla, Bunzlau

Gier, Rosa, München  
Goldberg, Luise, Hartau  
Gottwald, Friedrichberg i. Schl.  
Graf, Gertrud, Köslin  
Grünberg, Helene, Nürnberg

Gause, Frieda, Rattewitz  
Gaus, Bertha, Regersdorf  
Gellers, Rosa, Hameln  
Geymann, Johanna, Berlin  
Gilder, Emilie, Heilbronn

Goereth-Menge, München  
Goffmann, Frau, Geestemünde  
Goppe, Martha, Berlin

Janotta, Erhard, Breslau  
Jensen, Toni, Kiel  
Juchacz, Marie, Berlin  
Jungmittag, Clara, Bremen

Kähler, Luise, Berlin  
Kähler, Wilhelmine, Berlin-Steglitz  
Kaplonek, Gize, Laurabütte, D.-S.  
Kiesel, Ernestine, Würzburg  
Kirchner, Johanna, Frankfurt a. M.  
Kloiber, Therese, Fürth i. B.  
Knack, Andreas, Hamburg  
Koch, Richard, Zwickau  
Krämer, Maria, Saarbrücken

Lawatsch, Breslau  
Leber, Hermann, Jena  
Lehmann, Jenni, Göttingen  
Lehner, Walz, Regensburg  
Lieser, Heinrich, Homburg  
Lubitz, Minna, Rinteln  
Ludwig, Pauline, Reichenbach i. U.

Mache, Karl, Breslau  
Marcksle, Anna, Berlin  
May, Otto, Dessau  
Meyer, Dora, Altona  
Müller, Albert, Frankfurt a. M.  
Müller, Frieda, Berlin  
Müller, Mag., Chemnitz

Noack, Clara, Dresden-N.

Oblatschauser, Ottilie, München

Reisacke, El-beth, Cotibus  
Röderer, Fürth  
Rühl, Toni, München  
Pollender, Bertha, Leipzig

Quard-Hammerschlag, Meta, Frankfurt a. M.

Raul, Anna, Darmstadt  
Reiß, Karl, Nürnberg  
Reize, Johanna, Hamburg  
Rhode, Elisabeth, Niederzwehren bei  
Kassel  
Rühl, Elisabeth, Köln-Klettenberg  
Röbert, Marie, Halle a. S.  
Rynck, Elfriede, Berlin-Baumshulen-  
weg

Sacke, Emma, Altenburg  
Seidel, Bertha, Herne i. W.  
Silloff, J., Kiel  
Scheibenhuber, Else, Richtenberg  
Schilling, Minna, Döbeln i. S.  
Scholich, Gustav, Breslau  
Scholich, Marie, Breslau  
Schlichtinger, Rud., Regensburg  
Scholz, Gertrud, Berlin-Neuföln  
Schradin, Laura, Neuffingen  
Schröder, Luise, Altona-Ottensen

Schröder, Minna, Hamburg  
Schulz, Bertha, Herne i. W.  
Schumann, Elisabeth, Steintin  
Steinhäuser, Marg., Offenbach a. M.

Teich, Johanna, Frankfurt a. M.  
Tobenhagen, Minna, Berlin  
Töneböhn, Heinrich, Reddinghausen

Wodentoth, Döbvinghausen

Wadenheim, Hedwig, Berlin  
Wagner, Helene, Chemnitz  
Wagner, Frau Dr., Stendal  
Warte, Marie, Schwerin i. M.  
Weber, Magdalene, Viefelsfeld  
Webers, Cälar, Crefeld  
Windisch, Amalie, Kassel  
Winger, Otto, Magdeburg  
Wohlgemuth, Toni, Berlin

Zabe, Grete, Hamburg

## Sprechregister der Frauenkonferenz.

Anforge 374.  
Arning 385.

Begier 392.  
Berthold 386.  
Blase 379.

Bohm-Schuch 378.  
Braun, Klara 390.

Caspari 357, 396.

Elias 375.

Franz 372, 388, 405.

Juchacz 388, 357, 380,  
391, 398, 404.

Kähler, Luise 377.  
Kirchner 357, 383.  
Knaak 381.

Leber 374.

Mah 371, 373.

Pfütz 348, 395.

Quard 372, 408.

Rabbruch 382.  
Rühl 388, 393.

Rhned 357, 371, 372, 380.

Sache 380.  
Schilling 370.  
Schrobin 373.  
Schroder 376, 386.  
Selbert-Rohde 389.  
Siloff 380.  
Steinhäuser 405.

Tesch 385.  
Lodenhagen 380.

Wels 386.  
Windisch 388.  
Wohlgemuth 384.

Zabe 387.

## Sachregister der Frauenkonferenz.

Agitation 389.  
Anträge 386, 387, 388,  
392.

— Abstimmung über —  
398—404.

Bericht der Mandatsprü-  
fungskommission 370.  
Bürgerliche Frauenbewe-  
gung 347.

Debatte, Beginn der —  
372.

Ehescheidung 352.

Eröffnung der Konferenz  
336.

„Gleichheit“ 346, 373, 381,  
386, 387, 394, 398.

Organisation 339.

Resolution betr. Reichs-  
wohlfahrtsgesetz 391.

Schwangerschaft, Unter-  
brechung der — 381.

Unheilige Kinder 353,  
365, 387.

Wahl des Bureaus 338.  
— der Mandatsprüfung-  
kommission 338.

Wirksamkeit der Frauen  
in der Partei, Die  
politische und organi-  
satorische — Referat  
Frau Rühl 388. Kor-  
referat Frau Pfütz 348.  
Wohlfahrtspflege und Ju-  
gendwohlfahrt — Re-  
ferat Dr. Caspari 357.

# Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919



Berlin 1920

# Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Kassel 1920.

## Allgemeines.

Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges ist der Parteivorstand wieder in der Lage, der Partei einen jährlichen Bericht zu erstatten. Dem Parteitag zu Würzburg mußte er über eine vierjährige, und dem zu Weimar über eine zweijährige Tätigkeitsperiode berichten. Der Parteitag zu Weimar, der erste nach der Revolution, tagte noch unter dem Zeichen des Waffenstillstandes. Erst wenige Tage später beschloß die Nationalversammlung, den Friedensbedingungen ihre Zustimmung zu geben. Würzburg und Weimar waren Kriegstagungen, in Kassel findet der erste Friedensparteitag statt.

Seit dem 20. Juni 1919 steht die Politik der Partei dauernd unter dem Zeichen ihrer Zustimmung zur Unterschrift des Friedensvertrages, die nicht ohne nachhaltige Auseinandersetzungen in den verantwortlichen Körperschaften und der Parteipresse erfolgte. Genosse Scheidemann stand auch am entscheidenden Tage zu seiner ursprünglichen Ansicht, der Vertrag sei „undurchführbar und unerfüllbar“, und trat deshalb von seinem Posten als Ministerpräsident zurück. Mit ihm schied Genosse Landsberg aus dem Kabinett. Andere Parteigenossen, vor allem auch solche, die im Auslande lebten, teilten ihre Auffassung. Diese Tatsachen, mehr aber noch die Geze der Rechtsparteien, die sich bis auf den heutigen Tag nicht entblöden, die Unterzeichnung als das größte Verbrechen am deutschen Volke zu bezeichnen, machen es nötig, hier kurz noch einmal die Gründe darzulegen, die die Mehrheit der Partei von der schmerzlichen Notwendigkeit der Unterzeichnung überzeugten und nachzuweisen, daß sich diese Gründe auch weiter als stichhaltig erwiesen haben. Diese Darstellung wird auch die gesamte auswärtige Politik der Partei rechtfertigen.

In den Junitagen 1919 bezweifelten viele Gegner der Unterschrift, daß ein feindlicher Einmarsch erfolgen werde. Heute besteht wohl Einmütigkeit über seine absolute Gewißheit. Heute kennen wir die bis ins Kleinste gehenden Vorbereitungen, die damals getroffen waren, und an einzelnen Stellen, wohin der Gegenbefehl nicht rechtzeitig gelangte, wurden tatsächlich durch französische Truppen deutsche Dörfer und Flecken besetzt. Wir haben in der Zwischenzeit den rechtswidrigen, sogar von den anderen Alliierten nicht gebilligten Einmarsch der Franzosen in den Maingau erlebt und in Spa gar die Uebereinstimmung der Entente darin, daß ein Vormarsch und eine Besetzung bei einem Verzug in der Wiedergutmachung berechtigt sein könnten.

Dazu befanden wir uns damals im Stadium des jeweils lösbaren Waffenstillstands, nach dessen Kündigung kriegerische Handlungen nach Kriegsrecht vorgenommen werden konnten, und weiter ging es damals um den ganzen Vertrag mit all den darin enthaltenen Rechten und Ansprüchen, während es bei

dem später vollzogenen Einmarsch in Frankfurt a. M., wie bei der angedrohten Besetzung des Ruhrgebiets, jeweils um eine einzige Klausel und ihre Nichterfüllung ging. Schließlich aber haben der vollzogene und der angedrohte Einmarsch uns die zwei Punkte gezeigt, an denen die Entente uns am Leben fassen zu können glaubt und an denen — das haben uns auch die frankösischen Veröffentlichungen bewiesen — nicht nur der Vormarsch zur Erzwingung der Unterschrift, sondern zur Zertrümmerung Deutschlands einsehen sollte.

Der Einmarsch an diesen beiden Stellen bedeutete das Ende des Reichs als zusammenhängendes und als wirtschaftlich lebensfähiges Staatsgebilde. Die Mainlinie rich Süd- von Norddeutschland, die Besetzung des Ruhrgebietes rich West- von Nord- und Ostdeutschland, welches letztere insbesondere Oberschlesien und Ostpreußen selber von einer Invasion, wie sie die Provinz Posen erfahren hat, bedroht war. Geblieben wäre, wenn der Vormarsch sich nicht bis Berlin erstreckt hätte, der Teil von Preußen und Mitteldeutschland, der weder landwirtschaftlich noch wirtschaftlich sich erhalten kann, während alle wertvollen Uebersehungsgebiete dem Vormarsch zum Opfer gefallen wären. Nimmt man dazu die — nach dem Urteil aller süddeutschen Ministerpräsidenten, die am 22. Juni 1919 in Weimar versammelt waren — damals überall vorhandenen Separationsbestrebungen, die noch nicht in der klaren Erkenntnis von der Notwendigkeit der Reichseinheit, die vor Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen für alle Teile, ein Gegengewicht gefunden hatten, so erkennt man, was auf dem Spiele stand, wenn man es auf den absolut sicheren Einmarsch ankommen ließ. Dabei kann von einer Aufzählung der möglichen Kriegshandlungen — der Gefangennahme der Wehrfähigen, der Erhebung von Kontributionen, der Festnahme von Geiseln usw. — abgesehen werden, obwohl sie in den besetzten Gebieten sogar während des Waffenstillstandes und nach dem Friedensschluß, also nicht während des Kriegszustandes, vorgekommen sind.

Das war die Lage und waren die Erwägungen, die zum Unterschreiben des Friedensvertrages zwangen. Die damalige Haltung der Partei ist jetzt restlos gerechtfertigt worden durch die Stellungnahme der rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach in Spa, die dort unter der Zustimmung auch all derer — mit Ausnahme der Deutschnationalen — die gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages waren, das Kohlenabkommen unterschrieben hat, um, wie der volksparteiliche Justizminister Heinke im Reichstage ausführte, das Ruhrgebiet vor der Besetzung zu retten. Es waren genau dieselben Erwägungen, die in Spa wie in Versailles zur Unterschrift führten:

daß die Einheit Deutschlands über allem stehen müsse, daß keinerlei Politik einen Sinn habe, wenn das Objekt, für das man Politik treibt, nämlich das Reich, dabei zertrümmert werde und verschwinde.

Gegen die Nationalisten, welche in der Unterzeichnung nicht den Ausdruck abweichender Ansicht, sondern ein „Verbrechen“ zu sehen vorgeben, kann zur Haltung der Partei festgesetzt werden:

Die politisch Konsequenten haben schon in Versailles, die Inkonsequenten erst in Spa unterschrieben.

Vermieden wurde durch beide Unterschriften das gleiche: die Zertrümmerung des Reichs, nur daß diese in der Zeit von Versailles sicherer, gründlicher und umfassender vorgenommen worden wäre als bei einer Weigerung in Spa. In beiden Fällen waren wir zum Lode verurteilt. Ob einmal oder mehrmals, ist für den Verurteilten einerlei. Die auswärtige Politik der Partei konnte in dem laufenden Berichtsjahr nur eingestellt sein auf die Auffassung:

1. Der Vertrag von Versailles ist ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Er ist ein Werk von Staatsmännern, die dem Siegestaumel und den von ihnen selbst geschaffenen unerlösten Ansprüchen der öffentlichen Meinung ihrer Länder nichts entgegenstellen konnten und wollten, sondern die durch den Sieg erzeugte Besinnungslosigkeit schrankenlos waltten ließen.

2. Unsere Aufgabe muß sein, den Völkern der Entente Zeit zu geben, zur Besinnung zu kommen, alles zu unterlassen — vor allem Neuangehörigkeit, Säbelraffeln usw. —, was das Zurückkommens der Völker verzögern könnte und weiter alles zu tun — vor allem Erfüllung des Vertrages bis an die Grenze der Möglichkeit —, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

3. Deutschland für die Dauer dieses Prozesses bis zur Wiederkehr der Besinnung, der Erkenntnis von der notwendigen wirtschaftlichen Solidarität der Völker als Ganzes und am Leben zu erhalten.

Von diesen Auffassungen hat die Partei sich bei ihrer Stellungnahme zu Spa Flow, zur Liquidierung des Baltikum-Abenteuers, zur Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen und schließlich auch zu Spa leiten lassen.

Die Partei konnte sich aber mit einer passiven Politik des Abwartens unter Vermeidung jeder neuen Aufspaltung allein nicht zufriedengeben. Die Zeit verlangt aktive Politik, und eine täglich vor neue Fragen gestellte Partei kann sich nicht mit allgemeinen Schlagworten wie Weltrevolution, Völkerbund, Pazifismus, Internationale behelfen, sie bedarf konkreter Richtlinien. Deshalb tat die Partei alles, um zunächst die Beziehungen zu der zweiten Internationale zu pflegen. Diese ist das Forum, vor dem sie immer von neuem die Verletzungen und Beeinträchtigungen vorzubringen haben wird, welche die Sache der internationalen Arbeiterschaft durch den Versailler Frieden erfährt. Heute schon ist die zweite Internationale in seiner Verurteilung einig. Im eigenen Lande hat die Sozialdemokratie alles getan, was in ihrer Kraft stand, um Deutschland völkerbunds-fähig und als wirtschaftlichen Partner begehrenswert machen kann. Je mehr die Arbeiterschaft der Welt in Deutschland ihre Forderungen erfüllt sieht, je mehr die Forderungen des Sozialismus und der Demokratie hier zu Fleisch und Blut werden, desto schwerer wird den kapitalistischen Regierungen der Entente jede neue Vergewaltigung Deutschlands, desto reger wird auch das Bestreben der Arbeiter der Entente-länder sein, sich die Erzeugnisse zu erkämpfen, deren sich der deutsche Arbeiter in politischer Beziehung erfreut. Die Partei setzte alles daran, um dem Wort von der Propaganda der Lat einen neuen menschlicheren Sinn zu geben, indem sie durch die Ausgestaltung der deutschen Republik und ihre Festigung für immer den sichersten Beweis dafür zu erbringen suchte, daß ein neues Deutschland als Friedensstärkung entstanden ist. Damit war auch unsere Stellung zu Sowjetrußland gegeben. Die Partei war es, die vor allen Dingen dafür Sorge trug, daß in der auswärtigen Politik der Fehler vermieden wurde, den in der Vorkriegszeit fast alle Parteien machten: unsere außenpolitischen Handlungen nach innerpolitischen Erwägungen zu bestimmen. Die Partei ist Gegner des Volksschwärmens, nicht aus kapitalistischen, sondern aus sozialistischen Gründen. Sie lehnt Diktatur, Terror und roten wie weißen Militarismus ab, ebenso aber auch die Verpflanzung von überstürzten wirtschaftlichen Experimenten auf unser Land, wo die Fortführung der Sowjetmethode verheerend sich wiederholen müßte. Aber noch schärfer und in wohlverstandener, eigenem und sozialistischem Interesse lehnt sie es ab, daß von außen her irgendeinem Volke eine Staatsform aufgebrängt oder genommen werden soll. Innerpolitische Kämpfe dürfen nur im Innern jeden Landes ohne jede Einmischung von Dritten ausgefochten

werden. Selbst der augenfälligsten Diktatur einer Minderheit darf keine außenstehende Macht entgegenreten; die eigene Kraft eines Volkes muß solche anormalen Zustände forrignieren und der Demokratie zum Siege verhelfen. Deshalb lehnte die Partei jedes internationale Einschreiten gegen Sowjetrußland nicht nur ab, sondern hat es mit jedem legalen Mittel bekämpft.

Deshalb hat sie sich auch nicht durch die Staatsform Rußlands abhalten lassen, den weltpolitischen Zusammenhang Rußlands und Deutschlands, die wie keine anderen Länder aufeinander angewiesen sind, zu betonen und alles zu tun, um die zwei Völker in geistige und wirtschaftliche Verbindung zu bringen. Deshalb hat die Partei sich als erste gegen die von der Entente geforderte Teilnahme Deutschlands an der Blockade gegen Rußland erklärt. Die Partei hat alles getan, um der möglichsten Beschleunigung der Wiederaufnahme nicht nur der Handels-, sondern auch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland zu dienen. Irgendeine Angst vor „Infiltrierung“ durch Propaganda darf davon nicht zurückhalten, denn Ideen kommen nicht mit einem beglaubigten Gesandten, sondern dringen auf tausendfältigen, nicht zu sperrenden Wegen von Volk zu Volk. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, in einem geistigen, nicht zu vermeidenden Kampf dem Sozialismus über den Volkshewismus zum Siege zu verhelfen.

Wie in das erste Friedensjahr hinein aber währten die Beunruhigungen des öffentlichen Lebens, die von politisch rechts wie links orientierter Seite unternommenen Versuche auf den gewaltsamen Umsturz der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse. Die Partei stimmte am 11. August 1919 endgültig den staatsrechtlichen Auffassungen zu, die in der Reichsverfassung niedergelegt sind, die Deutschland durch den Willen seiner Bevölkerung im demokratischen Staatswesen den Weg zur sozialistischen Wirtschaftsordnung in friedlicher Arbeit freimacht. Durch die Partei wurde der Arbeiterschaft in erbitterten monatelangen Kämpfen mit dem Unternehmertum und bei völliger Abstinenz der Unabhängigen das wirtschaftliche Betriebsrätesystem, und damit eine Waffe in die Hand gegeben, die ihr trotz mancher Mängel gegenüber dem Zustand von 1914 ungeheure Vorteile bringt; eine Waffe, die durch die in der Verfassung gegebenen Rechte jederzeit geschärft und verstärkt werden kann.

Die Unabhängigen und Kommunisten benutzten jene Zeit, in der das Leben Deutschlands mehr als einmal an einem Zwirnsfaden hing, durch Propagierung des politischen Rätesystems zu einer heillosen verantwortungslosen Hebe. Die Unabhängigen hatten seit dem Leipziger Parteitag den ihnen nahestehenden Arbeitern immer wieder das Wort eingehämmert: „Alle Macht den Arbeiterräten“. Systematisch peitschten sie die Arbeitermassen unter der Behauptung auf, daß sie durch das von der Sozialdemokratie geforderte Betriebsrätegesetz endgültig verflacht werden sollten, wiewohl die deutschen Unternehmer in vertraulichen Rundschreiben die Frage prüften, ob es nicht zweckmäßiger sei, bei Annahme des Betriebsrätegesetzes die Betriebe zu schließen und damit dokumentierten, wie ganz anders sie die Rechte bewerteten, die den Arbeitern hier erneut gegeben werden sollten. Man trieb, nachdem das Feuer angebrannt und die Massen erhitzt waren, in sinnloser Weise zum Streik! Dazu kam die den Verfehr lahmlegende Streikbewegung der Eisenbahner, die stetig sinkende deutsche Valuta, die dadurch verursachte Preissteigerung und Not. Man suchte auch die Bergarbeiter in den Ausstand zu treiben, um so alle Arbeiter der Industriezweige, die die „Hand an die Gurgel des Staats legen konnten“, in Verbindung mit dem Kampf zu bringen, der in Berlin gegen das Betriebsrätegesetz geführt werden sollte. Der 13. Januar wird stets einer der schwärzesten Tage der deutschen Arbeiterbewegung sein und bleiben-

An ihm offenbarte sich die ganze Gewissenlosigkeit der kommunistischen und unabhängigen Räteapostel. Obwohl in jenen Tagen Gaswerke, große Gütenwerke, ganze Industrien wegen Kohlenmangels feierten, die arme Bevölkerung in ihren Wohnungen vor Kälte zitternd erschauerte, Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene dem Rücktransport in die Heimat entgegenliefen, veranlaßten die Unabhängigen und Kommunisten die Eisenbahner zum Streik und warfen so Millionen deutscher Volksgenossen in die Qualen weiterer Trennung von ihren Angehörigen in Feindesland. Gerade jetzt hielt man den Augenblick für gekommen, um den gewalttätigen Umsturz, der am 6. Januar 1919 mißglückte, und damals zu Schöpfung des „Neuen Militarismus“ zwang, zu versuchen. Der Angriff erfolgte gegen den Reichstag, das Sinnbild der Selbstregierung des deutschen Volkes und der Republik, der die Nationalversammlung beherbergte, die zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes auf Drängen der sozialdemokratischen Partei zu besonderer Sitzung zusammengetreten war. Zu Zehntausenden wurden die Massen aufgerufen und auf den Kampfplatz geführt. Mochten auch Tausende von Arbeitern nur durch brutalen Terror aus den Fabriken herausgetrieben sein, der Zweck war erreicht. Die Massen umlagerten das Reichstagsgebäude, aber kein Ordner, kein Führer war bei ihnen. Unabhängige Reichs- und Landtagsabgeordnete beobachteten in Sicherheit von den Fenstern des Reichstages aus die Entwicklung. Immer deutlicher zeigte sich, daß bestimmte Gruppen die Massen zum Sturm auf das Haus und gegen die Sicherheitswehr drängten, die lebiglich den Zugang zum Hause freiließ, um die Versammlungsfreiheit der Nationalversammlung zu schützen. Erst als mehrere Soldaten blutüberströmt in das Haus gebracht wurden, die Massen zum Sturm ansetzten, als die Flügeltüren des Einganges zusammengebrochen waren und der Weg für eine „Bartholomäusnacht“ im Reichstage freistand, als die Auseinanderporengung der Nationalversammlung nur eine Frage von wenigen Minuten als erster siegreicher Auftakt der Revolte zum Sturz der Regierung war, wurde von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Keine fünf Minuten später, und die Nationalversammlung wäre gewesen. Es gab kein anderes Mittel, um das Leben derer zu schützen, die das deutsche Volk in den Reichstag entsandte, um seine Interessen wahrzunehmen und Deutschland der politischen und wirtschaftlichen Gesundung entgegenzuführen. 42 Tote und über 100 Verwundete waren das Opfer des furchtbaren Entschlusses, und während draußen zum Teil Unschuldige mit ihrem Blut das Straßenpflaster färbten, standen die Führer der Unabhängigen im Reichstage in Sicherheit. Niemand in der Welt wird sie von der Blutschuld freisprechen, Zehntausende von Menschen vor die Maschinengewehre beordert zu haben, um dann verbrecherischen Elementen die Führung zu überlassen, sich selbst aber in sicherem Schutz zu begeben. In der Tat ist die putschistische Taktik der Kommunisten seit dem Leipziger Parteitag in rasender Eile Eigentum der Unabhängigen geworden, und die wenigen demokratischen Elemente stehen machtlos den Diktatoren gegenüber. Die sozialdemokratische Partei war in dieser Situation gezwungen, klar und scharf gegen solche Gemischtpolitik Stellung zu nehmen. Das war notwendig, weil sonst das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerschlagen, das Volk und zunächst die Arbeiterschaft in unermeßliche Not hineingetrieben worden wäre. Zugleich aber hätte sie sich selbst das Grab gegraben, weil alle ruhigen, besonnenen Elemente im Volke den Glauben an die Demokratie und insbesondere den Glauben an den Sozialismus verlieren mußten. Die Stimmung im Lande wurde ohnehin den Konterrevolutionären immer günstiger, weil hoffnungsvolle wirtschaftliche Verhandlungen, die große Hilfe für das Reich versprochen, in dem Augenblick scheiterten, als die Aufstandsbewegung im Ruhrrevier sich wiederum zeigte, und sie zerschlugen

sich völlig, als die Vorgänge in Berlin dem Wahnsinn die Krone aufsetzten. Allerdings haben die Unabhängigen, genau wie am 6. Januar 1919, die Absicht der gewaltsamen Erhebung bestritten, aber ebenso sicher, wie es heute feststeht, daß am 5. Januar 1919, nach der eigenen Erklärung Ledebours, die revolutionären Elemente die gewaltsame Erhebung mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen hatten, so steht die Absicht des gewaltsamen Umsturzes fest bei jener Aktion gegen die Nationalversammlung, die als einzige Folge eine Erklarung der reaktionären Kräfte hatte. — Die Partei ist während des Berichtsjahres Gegenstand heftigster Angriffe gewesen, weil sie die Bildung der Reichswehr als notwendig vertrat und trotz zahlloser Uebergriffe einzelner Organe immer wieder zu verteidigen verpflichtet war. Es ist kein anderer, als der ehemalige unabhängige Volksbeauftragte Emil Barth, der in seinem Buch „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“ darauf hinweist, daß gerade jene verbrecherische Januarbewegung es war, die uns mit dem von den Unabhängigen dreimal verfluchten neuen Militarismus segnete. Er sagt von jener Aktion am 6. Januar:

„In Berlin wurde Verführer gespielt. Daß man dreißig und tollpatschig spielte, man spielte mit Menschenleben und mit der Revolution, das zeigte sich schnell . . .“

„Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnerwehren, der Antibolschewistenliga, mit ihren die Städte verschandelnden Plakaten, der wilden Heße zu Judenpogromen, der Restauration des Heeres und des Herr-im-Haus-Standpunktes der Schloßbarone, der Löhnen- und gewalttätigen Auseinandersetzung innerhalb des Proletariats.“

Die Gewaltpolitik der Unabhängigen und Kommunisten, die immer häufiger werdenden Putschs, zwangen dazu, die Reichswehr immer wieder gegen sie einzusetzen. Dieser Umstand trug die Hauptschuld, daß Teile derselben sich immer stärker allein auf den Kampf gegen links einstellen und ständig reaktionärer wurden. Immer wieder betonte die Partei ihren Willen zur politischen Einigung der Arbeiterschaft, denn immer stärker traten die reaktionären Tendenzen nicht nur in der Reichswehr, sondern auch bei den Zeitfreiwilligenformationen und der Einwohnerwehr hervor. In all diesen Organisationen war die sozialdemokratische Arbeiterschaft in vielen Landesteilen leider nur schwach vertreten, trotz der wiederholten Aufforderungen der Parteileitung.

In einem großen Teile des Offizierkorps und der Beamtenschaft wurde trotz der Eidesleistung auf die republikanische Verfassung eine immer dreistere konservativ-monarchistische Agitation betrieben, der man leider nicht in allen Regierungskreisen mit dem notwendigen Mißtrauen gegenüberstand. Man vertraute vielmehr der oftmals abgegebenen Erklärung, daß Offiziere der Reichswehr trotz ihrer abweichenden Gesinnung niemals eiddrückig werden würden.

Dazu kam der immer schroffer zutage tretende Gegensatz zwischen Stadt und Land. Großgrundbesitzer und Bauern verstanden es, in immer steigendem Umfange Waffen auf das Land zu verschieben. In Pommern kam es geradezu zu einer garnisonartigen Besetzung der Güter und Dörfer mit Angehörigen aufgelöster Baltikumformationen und die Landbünde erwiesen sich als ausgesprochen konterrevolutionäre Organisationen.

Die Parteileitung hatte der Regierung aus ihrer Besorgnis, daß der Ausbruch eines reaktionären Putsches nur eine Frage kürzester Zeit sein könne, kein Gehl gemacht, sondern ihr in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen immer wieder Ausdruck gegeben.

In der Tat waren denn auch die Vorbereitungen für den gewaltsamen Umsturz seit Monaten betrieben worden, doch obwohl in der Umgebung der Regierung zahlreiche unterrichtete Beamte und Offiziere waren, blieb sie ungewarnt. Am 3. März wurden die parlamentarischen Führer der Rechtsparteien bereits von den Absichten der Rapp und Lüttwits unterrichtet. Auch sie hüllten sich in Schweigen, um den Verlauf der Aktion abzuwarten, und sich dann „auf den Boden der Tatsachen“ stellen zu können. Spätere Auftrufe, die Haltung der Presse und das Vorgehen ihrer Organisationen im Reich bewiesen die völlige Uebereinstimmung der Rechtsparteien mit den Rutschisten. Als am 11. März die Regierung endlich sichere Informationen erhielt und zur Verhaftung der Haupttäbelsführer schreiten wollte, wurden diese rechtzeitig gewarnt und entflohen zu den, für den Einmarsch in Berlin bestimmten Truppen nach Döberitz. Fast alle verantwortlichen Offiziere der Reichswehrtruppen in Berlin aber lehnten es in der Nacht vom 12. zum 13. März ab, die heranziehenden Meuterer mit Feuer zu empfangen und die Führer der Sicherheitswehr stellten sich nach dem Einmarsch mit größter Eile den Usurpatoren mit ihren Truppen zur Verfügung.

Die Regierung durfte sich den Rebellen nicht ausliefern. Sie war zur Organisation des Widerstandes verpflichtet und verließ zu diesem Zwecke Berlin im Einverständnis mit den anwesenden Vertretern der Partei. Für diese war es klar, daß das ganze Volk zum erbitterten Kampfe für die Demokratie, für die Sicherung der Reichseinheit und des zugleich schwer bedrohten Friedens aufgerufen werden müsse.

Das geschah durch folgenden Aufruf, der in den frühesten Morgenstunden des 13. März zunächst telephonisch an 20 der größten deutschen Städte hinausgegeben wurde und den allgemeinen Generallstreik einleitete:

Bürger, Arbeiter, Parteigenossen!

Der Militärputsch ist da! Die Baltikumlandskschichte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden mit Lüttwitz und Rapp an der Spitze!

Bürger der Republik, Arbeiter und Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landskschicht-Regiment zu unterwerfen. Wir passieren nicht mit den Baltikumverbrechern!

Deutsche Bürger, Arbeiter und Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht! Deshalb:

Legt die Arbeit nieder! Streift!

Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab!

Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Mißtrau beiseite! Es gibt nur dieses eine Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.

Nachlegung des gesamten Wirtschaftslebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletariat darf der Militärdiktatur helfen!

Generallstreik auf der ganzen Linie!

Proletariat vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung.  
Ebert. Bauer. Noske. Schlie. Schmidt. David. Müller.  
Der Parteivorstand der S. P. D. Otto Wels.“

Gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war die Parteileitung nunmehr bemüht, eine einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft zu schaffen und einen einheitlichen Aufruf der sozialistischen Parteien und der verschiedenen Gewerkschafts-, Angeestellten- und Beamtenorganisationen an die Bevölkerung zu erlassen. Das scheiterte an dem doktrinären Verhalten der unabhängigen Parteileitung. Während im ganzen Reiche die Arbeiter erkannten, daß nur in gemeinsamer Aktion der Feind bezwungen werden könne und sich Schulter an Schulter der Reaktion entgegenwarfen, glaubte der unabhängige Parteivorstand in Berlin vor seiner Zustimmung zu dem schon zur Tat gewordenen Zusammengehen Garantien für die zukünftige Politik der S. P. D. verlangen zu sollen. Wir sollten uns erst gegen die Regierung Ebert-Bauer erklären, gegen die der Kampf zu gleicher Zeit geführt werden müsse. Es könne keinem Arbeiter zugemutet werden, für sie in den Generalstreik zu treten.

Sobann sollten wir uns unbedingt für die sofortige allgemeine Bewaffnung der Arbeiter aussprechen, der selbst von unabhängiger Seite widerraten wurde, und schließlich forderte man, daß die Partei sich von ihrer Stellung zur Demokratie abwende und zur Diktatur des Proletariats bekenne.

Die Vertreter der Partei betonten demgegenüber, daß die Ausrufung der Diktatur des Proletariats in diesem Augenblick die stärkste Hilfestellung für die Roten wäre und ihnen das gesamte Bürgertum in die Arme triebe, daß eine solche Aktion nur einen wochenlangen Kampf mit der endgültigen blutigen Niederwerfung der Arbeiterschaft zur Folge haben könne. Die Bewaffnung der Arbeiter und die Anwendung der Waffen müßten unter Kontrolle der Organisationen stattfinden. Das aber sei unmöglich. Es gelte, nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Bürgertum und die evtl. treugebliebenen Truppen zum Kampf zu vereinen. Sei der Rutsch niedergeschlagen, so sei eine Neubildung der Regierung unter Teilnahme der Unabhängigen unbedingt erforderlich. Ein Vertreter der Kommunisten gab die Erklärung ab, daß sie es überhaupt ablehnten, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Generalstreik teilzunehmen. Die Arbeiterschaft sei jetzt nicht in der Lage, den Entscheidungskampf für die kommunistische Rätediktatur aufzunehmen. — Die unabhängige Parteileitung konnte dieser Höhe prinzipieller Unfähigkeit allerdings nicht mehr folgen, der kommunistische Flügel hatte aber doch Einfluß genug, um es abzulehnen, mit der S. P. D. gemeinsam den Streikaufruf zu unterzeichnen, der denn auch unterblieb. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die „Afa“ fügten den Aufrufen der S. P. D. und U. S. P. D. den dritten Aufruf hinzu, zu dem sich später noch der Aufruf der Demokraten zum allgemeinen Volksstreik gesellte.

Das Bestreben der Unabhängigen Parteileitung war ganz offenbar, die Gelegenheit zu einem vernichtenden Schlag gegen die S. P. D. zu benutzen. Sie kam dabei immer stärker in Gegensatz zu dem Verhalten der unabhängigen Organisationen im Reiche wie zu den Gewerkschaften. Obwohl sie einen auf „unabhängige“ Anregung unternommenen Einigungsversuch der zum Studium der politischen Verhältnisse Deutschlands in Berlin weilenden internationalen Kommission, ohne mit dieser zu verhandeln, mit den Worten zurückwies, sie könne sich mit der S. P. D. nicht an einen Tisch setzen, zwang der Verlauf der Bewegung sie doch bald zu einer anderen Stellung.

Glänzend wurde der Generalstreik durchgeführt. Das Volk eroberte sich in ihm das Recht auf die Demokratie, die ihm die Revolution mühelos in den Schoß geworfen hatte. Immer würgender wurde der Druck auf die verbrecherischen Gewalttäter in der Wilhelmstraße. Der Mordverlaß, durch den die Rapp-Lüttwisch ihre schon nach einigen Tagen erschütterte Stellung befestigen

sollte, zeigte ihre ganze Hilflosigkeit in der hier zum ersten Male in solcher Furchtbarkeit zur Anwendung gekommenen Waffe des politischen Streits:

§ 1. Die Rädelshführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 16. März 1920, nachmittags 4 Uhr, in Kraft.

„Glaubte man durch die Bedrohung mit gemeinem Mord die Arbeiterschaft einzuschüchtern, so zeigte sich nur zu bald, daß das Volk richtig zu lesen verstand. Mit lachendem Hohn, einem trohigen: Nun erst recht, das ist das Ende! wurde die Proklamation aufgenommen. So also sah die von Rapp und Genossen versprochene „Sicherung und Erweiterung der Arbeiterrechte“ aus!

Ludendorffs, ihres Hauptberaters Bemühungen gelang es, Rapp und Lüttwisch noch einige Tage länger auf ihren Plätzen festzuhalten, als es ihrer eigenen Ueberzeugung von der unabwendbaren Niederlage gegen die vom Jotn des ganzen Volkes getragene Streikbewegung entsprach. Und in der höchsten Not griff man wieder zu dem so oft bewährten Mittel, die Volkswut durch des Bürgertums als Rettungsanker zu benutzen. Man verbreitete die Nachricht:

„In Berlin solle am 16. März, abends 6 Uhr, die Räterepublik ausgerufen werden. Die Kommunisten hätten Rapp und seinen Leuten ein Ultimatum gestellt.“ In dieser Notlage sei Rapp zum Rücktritt bereit und Lüttwisch stelle die ihm unterstehenden Truppen der alten Regierung zum Kampf gegen den Bolschewismus zur Verfügung.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wiesen scharf ein solches Anerbieten zurück, sie verlangten die sofortige Zurückziehung der Truppen und erklärten, wenn die meuterischen Soldaten zum Kampf, auch gegen kommunistische Arbeiter, verwendet würden, werde die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Kampf gegen diese Militär auf die Seite der Unabhängigen und Kommunisten treten. Die Parteileitung lehnte jede Verhandlung mit den Verschwörern ab und brachte das auch dem in Berlin anwesenden Reichsminister Schiffer, an den die Kapplente sich gewandt hatten, durch folgende Formulierung zur Kenntnis.

1. Keine Verhandlungen, sondern bedingungslose Kapitulation von Rapp-Lüttwisch.

2. Keine Zusagen in politischen Fragen, keine Amnestie in irgendeiner Form.

3. Sofortige Entfernung der aufrührerischen Truppen aus Berlin, Entwaffnung und Bestrafung. Ausschluß jeder weiteren Verwendung dieser Truppen.

Diese Forderungen entsprachen auch den Auffassungen der in Stuttgart weilenden Mitglieder der Reichsregierung, mit denen die Parteileitung in ständiger Verbindung stand.

So in die Enge gedrängt, traten zunächst Rapp und dann Lüttwisch zurück und der Höhe Spuk hatte sein vorläufiges Ende erreicht. Es bedurfte aber noch wiederholten und starken Drängens der Arbeiterschaft, ehe die meuterischen Truppen Berlin verließen.

Der Abbruch des Generalstreiks für das Reich erfolgte sodann nach langwierigen Verhandlungen, durch welche die notwendigen Sicherheiten gegen eine Wiederholung derartiger Rutsche geschaffen und andere als dringend empfundene demokratische und sozialistische Maßnahmen zur Durchführung kommen sollten. Allgemein war das Empfinden, daß der Sieg des Volkes über

die konservativ-militaristische Reaktion durch eine sichtbare Steigerung des Einflusses der Arbeiterschaft im Sinne einer demokratischen und sozialen Politik seinen Ausdruck finden müßte.

Als Grundlage hierfür sollten die in der Vereinbarung zwischen den Vertretern der Regierung und der Parteien sowie der Gewerkschaftsvertretungen formulierten 8 Punkte dienen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personensfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generallstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Beamten gelöst wird und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.
2. Sofortige Entwaffnung und Verstrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.
3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemahrgestellten Organisationsvertreter.
4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schnellige Einführung eines freiherrlichen Beamtenrechts.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Kohlenyndikate und des Kalihyndikats durch das Reich.
7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.
8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der in Schutzhaft Befindlichen zu dringen.

Der Zentralvorstand der Unabhängigen war bei den entscheidenden Verhandlungen nicht vertreten. Er spielte beim Abbruch des Streiks eine ebenso sonderbare Rolle wie beim Eintritt in denselben. Wieder erklärte Erspjenn, er habe keine Vollmacht, den Vereinbarungen zuzustimmen, weil er nicht wisse, ob die Abmachungen dem Zentralvorstand seiner Partei genügen würden. In der Tat protestierte dann auch diese im letzten Stadium des Streiks gebildete „Berliner Zentralstreikleitung“, die sich aus Anhängern des linken Flügels der U. S. P., der R. P. D. und des roten Vollzugsrats zusammensetzte, gegen den durch Abbruch des Streiks an der Arbeiterklasse geübten „Verrat“ und gefährdeten den gleichzeitigen Abbruch des bisher in glänzender Einmütigkeit geführten Kampfes.

In erneuten Verhandlungen schlugen die Unabhängigen sodann die Bildung einer reinen Arbeiterregierung, unter Anerkennung der Notwendigkeit einer Koalitionsregierung, vor. Die Forderung der Diktatur des Proletariats wurde von ihnen nicht mehr erhoben. Sie verbanden darunter die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Regierung durch Heranziehung von Vertretern der christlichen und kirchlich-Dunkerischen Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Partei erklärte sich bereit auf diesen Grundlagen zu verhandeln. Die Arbeiterregierung scheiterte jedoch an dem Widerstand der Demokraten und des Zentrums, ohne die eine Mehrheit im Parlament nicht erreichbar war.

Die Verschönerung der Kapp-Diktatur war von langer Hand vorbereitet, wenn sie auch vielleicht in Berlin verfrüht ausbrach. Nach der Erklärung des Kapitänleutnants Erhardt sollte an 30 Stellen im Reich zu gleicher Zeit losgeschlagen werden. Besonders waren es jedoch Ostpreußen, Pommern und Schlesien, die in die aufständische Bewegung hineingezogen wurden. In Ostpreußen trat auch der bisher sozialdemokratische Oberpräsident Winnig auf die Seite der Kappregierung und gestaltete dadurch die Situation zu einer besonders günstigen. Dem festen Auftreten der Königsberger Sicherheitswehr unter dem Genossen Lübbing war es in erster Linie mit zu danken, daß der Spieß in Ostpreußen mit der Niederwerfung der Putschisten in Berlin ebenfalls zerfiel.

Mit größter Brutalität herrschten die Putschisten in Schlesien und besonders in Breslau. Hier wütete tatsächlich der weiße Schrecken. Die Druckerei der „Volksmacht“ wurde durch Handgranaten zerstört, Verhaftungen zu Dutzenden vorgenommen, die Gefangenen auf das schwerste mißhandelt, Versammlungen durch Soldaten auseinander getrieben. Als am Donnerstag die ersten Meldungen von dem Erbe der Kapp-Herrschaft in Berlin eintrafen, suchte das Generalkommando Verhandlungen nach, für welche die Arbeiterschaft als Voraussetzung den Abzug der Truppen forderte. Am selben Tage erfolgte der Abmarsch, bei dem es noch zu ernsthaften Zusammenstößen und wilden Schießereien kam, die zahlreiche Opfer forderten.

Die schlimmsten Auswirkungen hatte der Putsch jedoch im Ruhrrevier, in dem die linksradikalen Gruppen über einen starken Anhang verfügten. Hier schlug der Gedanke durch: Eine Kätebiktatur der in Berlin ausgerichteten reaktionären militärischen Diktatur gegenüberzustellen. Hier war in der ersten Empörung die Stimmung für die proletarische Diktatur mächtig emporgeschlagen. An vielen Orten wurden Arbeiterräte gebildet, denen sich nicht nur S. P. D., U. S. P. und R. P. D., sondern vielfach auch Demokraten und christliche Arbeiter eingliederten. Das Auftreten verschiedener Freikorps führte zur Bewaffnung der Arbeiter, zur Bildung der roten Armee. Am 16. März fanden dann Verhandlungen unter Leitung des Genossen Severing statt, auf Grund deren die Mehrzahl der Bergarbeiter die Arbeit wieder aufnahm.



Indessen war die Entwicklung im Ruhrgebiet aber leider eine verhängnisvolle geworden. Es kam zu blutigen Kämpfen zwischen der Reichswehr und der roten Armee, in der nach dem Ausschneiden unserer Parteigenossen und eines Teiles der Unabhängigen die kommunistischen Elemente immer mehr die Oberhand gewonnen hatten. Diese aber wollen, auf die „roten Truppen“ gestützt, den Kampf bis zur Errichtung der Räterepublik weiterführen. Verhandlungen führten am 23. März zu einem Waffenstillstand und am kommenden Tage zu dem sogenannten Viefesfelder Abkommen, das neben den Berliner acht Punkten folgende Vereinbarungen enthält:

#### Viefesfelder Abkommen.

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Rapp-Kutsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarungen in Einklang bringen wollen:

1. Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.
2. Unter die aufzulösenden konterrevolutionären Truppen (Punkt 7 der Berliner Vereinbarungen) fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lüchow, Lichtschlag und Schulz.
3. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und der Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsabienstes mitwirkt.
4. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.
5. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.
6. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.
7. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.
8. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos 6 und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärte der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen

werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

9. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 3 bis 6 festgesetzte Regelung erfolgt ist.
10. Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Verzorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Vertreter, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.
11. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Indessen hatten neben den Kommunisten allerhand dunkle Elemente bei den roten Armeen immer mehr das Szepter in die Hand bekommen. Klünderungen und Gewalttätigkeiten waren an der Tagesordnung. Die Arbeiterschaft wurde durch Bedrohung mit dem Tode gehindert, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen die Arbeit aufzunehmen. Den Gemeindeverwaltungen wurden Kontributionen erpreßt, unsere Zeitungen in Duisburg und Essen wurden unterdrückt. Jetzt verlangten Gemeindeverwaltungen und Organisationen aller Art, auch Vertretungen der U. S. K., von der Regierung die Herstellung der Ordnung, sei es auch durch den Einmarsch der Reichswehr. Einem von der Regierung gestellten Ultimatum an die noch Bewaffneten ließ jedoch der kommandierende General Watter derartig kurzfristige Ausführungsbestimmungen folgen, daß ein neuer Generalkrieg im Ruhrrevier nicht zu vermeiden war. Seine Uebertragung auf Berlin und das Reich konnten jedoch in Verhandlungen verhindert werden, die von der Regierung mit den Gewerkschaften und den Vorständen der sozialistischen Parteien geführt wurden. Die Regierung erkannte das Viefesfelder Abkommen als bindend für sich an und verlängerte die von General Watter gestellte Frist um 48 Stunden. Leider hatten sich die roten Truppen indessen in zahlreiche einzelne plündernde Haufen aufgelöst, die jeder friedlichen Einwirkung unzugänglich waren und mit der organisierten Arbeiterschaft längst nichts mehr zu tun hatten. So wurde der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrrevier dennoch notwendig und erst unter schweren Kämpfen konnte die Ordnung hergestellt werden.

Das gleichzeitige Ergebnis des verbrecherischen Kutschs war sodann die Forderung der Entente auf sofortige Entfernung der überzähligen Reichswehrruppen aus dem Ruhrrevier, und als dies aus den oben dargelegten Gründen sich nicht so schnell als möglich erwies, erfolgte die Befegung des Raingaus und die Androhung des Einmarsches in das Ruhrrevier durch die Franzosen.

Die gewaltige Abwehrbewegung des Volkes gegen die Wiederkehr des alten monarchistisch-militaristischen Regiments zeigte den unverbesserlichen Reaktionsären, daß gegen den geschlossenen Willen der Arbeiterklasse in Deutschland keine Herrschaft bestehen kann. Es war ein Sieg des republikanischen Gedankens und ein Bekenntnis zur Demokratie gegen jede, wie auch immer geartete Diktatur. Die Partei hat in jenen Tagen Großes geleistet. Sie war das Zentrum des Widerstandes. Trotz der unterbrochenen telegraphischen, postalischen und Eisenbahnverbindungen, des oft geradezu verhängnisvoll wirkenden Mangels der Verständigung durch die Presse zeigte sich durch ihre organisatorische Schulung gerade die sozialdemokratischen Arbeiter fast allerorts in vorbild-

licher Weise allen Anforderungen, die auch die schwierigsten Situationen an sie stellen, gewachsen. Dennoch wollen wir nicht verkennen, daß die Hauptlehre, die wir aus diesem Kampfe gezogen haben, die ist: Bereit zu sein zu neuem Kampf, mit gesteigerter Energie und Eingebung.

Wir halten die Waffen bereit, sie dürfen nicht rosten, denn wir wissen nicht, wie bald wir sie wieder gebrauchen.

Der Bericht umfaßt organisatorisch die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920. Es erschien jedoch erforderlich, ihm ein Kapitel über die am 6. Juni stattgefundene Reichstagswahl einzugliedern, das sich an anderer Stelle befindet. Wir beschränken uns deshalb hier auf eine kurze Schilderung der durch den Wahlausfall veranlaßten Politik der Partei.

Die Wahlen brachten das wohl allgemein erwartete Ergebnis einer Stärkung der Opposition von rechts und links. Die laut hinausgeschrien Hoffnungen der Unabhängigen, unsere Partei zu übersflügeln, sind dennoch zu Wasser geworden. Wir blieben mit starkem Stimmenvorsprung die stärkste Partei im Reich und dementsprechend auch im Reichstag. Immerhin hatten die Koalitionsparteien einen großen Stimmenverlust zugunsten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen zu konstatieren. Hand in Hand mit der Stärkung der Unabhängigen ging eine Stärkung der Reaktion. Die strupellose Agitation der bisherigen Opposition machte insbesondere die Sozialdemokratie für alles verantwortlich, wozüber bei irgendeiner Bevölkerungsgruppe Unzufriedenheit bestand. Daran war bei den durch den Vertrag von Versailles bedingten Zwangsläufigkeiten des wirtschaftlichen Lebens kein Mangel. Sehr bald zeigte sich, daß die „Sieger“ mit ihrem angeblich glänzenden Erfolge nichts anzufangen wußten. Obwohl die beiden sozialistischen Parteien zusammen mit 190 Mandaten den beiden Rechtsparteien mit 126 Mandaten weit überlegen waren, erklärte das Zentralorgan der U. S. P., die „Freiheit“, noch ehe das genaue Wahlergebnis bekannt war, die einzige Lösung der durch die Niederlage der Koalition verursachten Krise sei eine Regierung der Rechten mit Helfern an der Spitze. Die Partei stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß der Erfolg der Rechten allein die Koalition nicht erschüttert hätte. Eine einzige Sozialdemokratie hätte die Koalition ohne weiteres aufrechterhalten können. Erst der Erfolg der Unabhängigen machte die Koalition unhaltbar, deshalb lag der Schlüssel zur Lösung der Krise zunächst bei ihnen. Nur die Unabhängigen konnten, indem sie sich zur positiven Mitarbeit bereit erklärten, die Notwendigkeit, eine Regierung der Rechten zu bilden, beseitigen. Verlangten die Unabhängigen ihre Mitarbeit zu dem Zweck, eine Reichsregierung zu verhindern, so waren Zentrum und Demokraten zum Anschluß nach rechts gezwungen. Für die Partei war eine Beteiligung an einer weiter nach rechts tendierenden Regierung unmöglich. Sie mußte, entsprechend den von ihren Vorführern schon im Wahlkampf abgegebenen Erklärungen, zu ihr in Opposition treten. Es wäre nach einem Wort von Karl Rauischy „politischer Selbstmord“ gewesen, wenn sie allein in die Koalitionsregierung eingetreten wäre. Die Unabhängigen nehmen die Auslieferung des ganzen Staatsapparates an die bürgerlichen Parteien, die Aufgabe der von ihnen zu besetzenden Mandatspositionen scheinbar leicht, weil sie unter dem Druck ihres linken Flügels jede gemeinsame Arbeit mit uns abzulehnen gezwungen waren, wie schwer auch die Schädigung der Arbeitermassen durch die so herbeigeführte Erweiterung der Mandatsposition der bürgerlichen Parteien werden konnte. Das erweist der Briefwechsel zwischen den mit der Kabinettsbildung beauftragten Genossen Hermann Müller und Crispian, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Hermann Müller schrieb:

„Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der U. S. P. D. 80 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der U. S. P. D. an der Regierung ist deshalb das Nächstliegende.

Im unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. an der Regierung aber deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht.“

Anschließend hat er Crispian zu einer Besprechung, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hinwies.

Auf dieses Schreiben ist am 11. Juni nachmittags sofort nach Eingang eine Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie, gezeichnet Crispian, eingegangen, die die Ablehnung der U. S. P. mit dem folgenden Wortschwall begründet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat.

Der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine solche Regierung würde eine Untergründung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben, für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Zur Erläuterung dieses Zieles ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bürokratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitschuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu

geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vorkampf zu behindern.

Das Erstarren der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Uebergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Ueberzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein."

Dieser Brief enthält nahezu soviel Worte wie Unwahrheiten und falsche Voraussetzungen. Um angeblich keinen „Verrat“ an den Arbeitern zu begehen, übten sie ihn tatsächlich, indem sie die politische Macht an die Rechtsparteien auszuliefern bereit waren, wie der linke Flügel der Unabhängigen durch sein Spielen mit dem Bolschewismus, durch seine putschistische Taktik schon vorher das Menschenmögliche zur Stärkung der Reaktion getan hatte. Auch in einer rein sozialistischen Regierung wollten sie unserer Partei nicht einmal gleiches Recht gemähren, obwohl für uns fast 6 Millionen Stimmen abgegeben wurden gegen 48 Millionen der Unabhängigen.

Trotzdem hatten wir diese Antwort vorhergesehen und die Parteipresse bereits am 9. Juli darauf in vertraulichem Rundschreiben vorbereitet, ebenso wie wir für diesen Fall die Verantwortlichkeit der Rechtsparteien für die Regierungsbildung festgestellt hatten. Diese bemühten sich krampfhaft, die Partei zur Teilnahme an derselben zu bewegen. Selbst die „Deutschnationale Volkspartei“ erklärte nach all den ungeheuerlichen Verunglimpfungen unserer Partei in einem ebenso unwahrhaftigen wie schweinischen Schreiben:

„Es kann also festgestellt werden, daß die Deutschnationalen bereit sind, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für die praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt.“

Die Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei zum Eintritt in eine von ihm zu bildende Regierung lehnte die Partei unter Hinweis auf ihre nationalistische, den Frieden gefährdende Tendenz mit der Motivierung ab, daß es der Sozialdemokratie schon in der alten Koalition in vielen Fragen schwer möglich gewesen sei, eine Mittellinie zu finden, so beim Betriebsrätegesetz, der Steuerpolitik, und der Beratung der Verfassungsvorlage. In Zukunft würde das ganz unmöglich sein, besonders in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es sei überhaupt merkwürdig, wie die Deutsche Volkspartei, die während der Wahl unter dem Feldgeschrei kämpfte:

„Von roten Fesseln macht Euch frei  
Allein die Deutsche Volkspartei“

jetzt eine Regierungsbildung ohne diese „roten Fesseln“ für sich als unmöglich erklärte. Auch gegenüber den Bemühungen der Zentrumspartei in ein Kabinett Trimborn oder Fehrenbach einzutreten, beharrte die Partei auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Damit war nicht gesagt, daß die Partei nunmehr in eine den Unabhängigen gleichgeartete grundsätzliche Opposition gegen jede Handlung der neugebildeten Regierung einreten würde, sie hat vielmehr, auf dem Boden der Tatsachen stehend, jede einzelne Aktion derselben geprüft in voller Objektivität und als einziges Motiv ihres Handelns das Wohlergehen der breiten Masse des arbeitenden Volkes im Auge gehabt.

In dem Berichtsjahr hatten sich in vier Fällen die zuständigen Bezirksvorstände mit Ausschlußanträgen zu befassen.

In einem Fall wurde die Abhaltung des Schiedsgerichts gegenstandslos. Die auf Anregung des Parteivorstandes herbeigeführte Aussprache der Beteiligten ergab eine Ausgleichung der bestandenen Differenzen. Ein anderer Fall fand seine Erledigung dadurch, daß der Antragsteller es ausdrücklich ablehnte, Schiedsrichter zu ernennen. Im dritten Fall ist das Verfahren noch in der Schwebe. Dagegen wird sich mit dem vierten Fall die Beschwerdekommision zu beschäftigen haben.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts, die auf Berufung des Beschuldigten gegen den Entscheid des zuständigen Bezirksvorstandes eingelegt war, hat der Kreisvorstand des Kreisverbandes Aachen durch einstimmigen Beschluß Berufung an den Parteitag eingelegt.

Auf Beschluß des Parteiausschusses wurde der Parteivorstand seit März 1920 durch die Genossen Dr. A. Braun, Hidenbrand, Fr. Krüger und R. Fischer als Beisitzer verstärkt.

## Organisation.

Der rapide Aufschwung der Mitgliederzahlen unserer Parteiorganisationen, der nach der Revolution zu verzeichnen war, ließ oft die Befürchtung laut werden, daß ein Zurückgehen des Mitgliederstandes eintreten würde, wenn das politische Leben weniger stürmische Wellen schlagen würde. Bis jetzt ist davon nichts zu spüren. Wohl sind Austritte wie Uebertritte nach links zu verzeichnen, aber das Gesamtbild zeigt, daß die Organisation nicht nur durchaus stabil geblieben ist, sondern eine kräftige Wachstumsbewegung aufweist. Die Gesamtmitgliederszahl steigerte sich gegen die Ziffer des Vorjahres um etwa 168 000 oder 15,6 Proz., eine Steigerung, die wir vor dem Kriege als überaus günstig ansehen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die vorjährigen Angaben über den Mitgliederstand unvollständig waren. Eine reiflose Erfassung ist auch in diesem Jahre nicht zu verzeichnen, doch sind die Lücken erheblich geringer. Der tatsächliche Steigerungssatz ist daher niedriger wie bei auf Grund der vorliegenden Zahlen errechnete. Ein Vergleich, wie sich in den einzelnen Bezirken die Mitgliederbewegung gestaltete, läßt sich wegen der unten erwähnten teilweisen Abänderung der Bezirksgrenzen nicht geben. Berücksichtigt man diese und in 17 Bezirken die weiblichen Mitglieder von den 32 Bezirken 25 einen Zugang von 181 854 männlichen und 14 einen solchen von 20 122 weiblichen Mitgliedern aufweisen. In 7 Bezirken sind die männlichen um 44 737 und in 17 Bezirken die weiblichen Mitglieder um 36 878 zurückgegangen. Daraus ergibt sich, daß der Zuwachs sich nur auf die männlichen Mitglieder erstreckt, bei den weiblichen dagegen ein Rückgang von etwa 18 000 zu verzeichnen ist, was für unsere Organisationsanlässe sehr wichtig ist, der Agitation unter den Frauen besondere Beachtung zu schenken. — Die Entwicklung der Mitgliederbewegung in den letzten 15 Jahren zeigt die umstehende Tabelle, aus der die Wirkungen des Krieges und der Revolution klar ersichtlich sind.

### Mitgliederbewegung in den Geschäftsjahren 1906—1920.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme		Abnahme	
		%	%	%	%
1906	884 327	—	—	—	—
1907	530 446	38,0	—	—	—
1908	587 336	10,7	—	—	—
1909	633 809	7,8	—	—	—
1910	720 088	13,6	—	—	—
1911	836 562	16,1	—	—	—
1912	970 112	15,9	—	—	—
1913	982 850	1,3	—	—	—
1914	1 085 905	10,50	—	—	—
1915	515 898	—	—	47,5	—
1916	432 618	—	—	16,0	—
1917	243 061	—	—	44,3	—
1918	249 411	—	—	—	—
1919	1 012 299	305,9	—	—	—
1920	1 180 208	15,6	—	—	—

Die Zahl der Ortsvereine beträgt nach den Berichten 9236 gegen 6673 in der umbollständigen vorjährigen Zusammenstellung.

Die Umbildung der Wahlkreise zu den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 ließ eine Neueinteilung unserer Agitationsbezirke notwendig erscheinen, da die neuen Wahlkreise vielfach über die bisherigen Bezirksgrenzen hinausgingen, wodurch die Wahlarbeiten erheblich erschwert wurden. Obgleich die Wahlkreiseinteilung noch nicht als feststehend betrachtet werden konnte, haben wir im Berichtsjahre unsere Bezirke dieser angepaßt, was sich bei der diesjährigen Reichstagswahl als vorteilhaft erwies.

Neben dem Bezirk Elsaß-Lothringen, der mit dem Waffenstillstand von Deutschland abgetrennt wurde, verloren wir im letzten Jahre die Bezirke Westpreußen und Posen, die gegen den Willen des größten Teiles der Bevölkerung von den Siegern Deutschland entrissen und dem neuen Staate Polen angegliedert wurden. Nur Randstreifen dieser ehemaligen Provinzen entgingen diesem Schicksal und blieben bei Deutschland. Wir haben diese Reststücke den nächstgelegenen Parteibezirken angegliedert. — Entsprechend den Bestimmungen des vom Weimarer Parteitag beschlossenen Organisationsstatuts wurde unter Begutachtung der Bezirksvorstände einheitliches Verwaltungsmaterial vom Parteivorstand herausgegeben und in den Bezirken eingeführt. Wenn auch der Uebergang stellenweise einige Schwierigkeiten bereitete, läßt sich doch schon jetzt sagen, daß sich die Neueinrichtung bewähren wird und das Zusammenarbeiten des gesamten Verwaltungsapparates dadurch eine wesentliche Förderung erhalten hat, mit deren weiterer Auswirkung zu rechnen ist. Auch die Beitragsmarken werden jetzt einheitlich vom Parteivorstand geliefert. Damit sind zugleich die Wochenbeiträge überall eingeführt worden. Nach dem Organisationsstatut beträgt der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 20 Pf., für weibliche 15 Pf. pro Woche. Erhoben wurden am Jahres-schluß von männlichen Mitgliedern in 3 Bezirken 40 Pf., in 3 Bezirken 25 Pf., in 25 Bezirken 20 Pf. Wochenbeitrag. Von den weiblichen Mitgliedern wurden in einem Bezirk 25 Pf., in 3 Bezirken 20 Pf., in 26 Bezirken 15 Pf. und in einem Bezirk 10 Pf. die Woche erhoben. In den meisten Bezirken wurde außerdem für den Wochenschein ein monatlicher Extrabeitrag in Höhe von 1 Mk. gezahlt. Die außerordentliche Steigerung der Agitations-, Wahl- wie Verwaltungskosten macht eine Erhöhung des Mindestbeitrags unumgänglich nötig, da diese mit den jetzigen Beiträgen nicht zu decken sind.

Durch den neuen Organisationsaufbau sind die alten Wahlkreisorganisationen, die früher die Grundlage der Parteioorganisationen bildeten, in Wegfall gekommen. Die früheren Kreisorganisationen haben für den Aufbau der Partei stark beigetragen. Manche älteren Parteigenossen haben das Aufgeben dieser bewährten Gliederung deshalb bedauert. Sie hatte jedoch mit der neuen Wahlkreiseinteilung ihre Existenzberechtigung verloren und mußte daher dem Zweckmäßigeren weichen. — Das Schwergewicht, sowohl für die Agitation wie für die Verwaltung des Bezirks, liegt nunmehr in den Bezirksvorständen. Als Bindeglied zwischen diesen und den Ortsvereinen sind Unterbezirkssekretariate geschaffen. Die durch diese Umwandlung den Bezirksvorständen übertragenen neuen Tätigkeitsgebiete machten jedoch eine Vermehrung der Sekretäre unumgänglich nötig. Es wurde daher beschlossen, daß in der Regel für jeden Bezirk zwei Sekretäre von der Hauptkasse besoldet werden sollten, von denen einer die Agitation, der zweite die Verwaltungsangelegenheiten bearbeiten sollte. In den größeren Bezirken sind neben diesen noch weitere Sekretäre aus Bezirksmitteln angestellt, von denen zum Teil besondere Gebiete, wie Kommunalpolitik, Beamten-, Frauen-, Landagitation u. a. bearbeitet werden. Einschließlich der Untersekretäre wie des Bureauhilfspersonals beträgt die Zahl der Angestellten in den Bezirken zurzeit 311, davon 53 weibliche. Die Zahl der aus der Parteikasse besoldeten Bezirkssekretäre beträgt gegenwärtig 58.

Das Bestehen von Bildungsausschüssen wird aus 488 Orten gemeldet. Jugendausschüsse befanden sich in 561 Orten; Kinderchulskommissionen in 93 Orten. Aus 287 Orten wird berichtet, daß dort regelmäßige Zusammenkünfte weiblicher Mitglieder stattfinden, die der Agitations- und Aufklärungsarbeit dienen. Dazu die Tabellen auf Seite 71 und 72.

### An den Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die Anträge 9, 10, 11, 25, 54, 69, 81, 160, 165, 170, 187 (1), 189 enthalten Anregungen für eine Revision des Parteiprogramms, die Schaffung eines Agrarprogramms bzw. Einsetzung einer Kommission zur Beratung desselben und Forderungen, die nur in Verbindung mit der eventuellen Revision des Parteiprogramms zum Gegenstand der Beratung gemacht werden können. Durch die Maßnahmen zur Diskuffion und Erneuerung des Parteiprogramms, die einen besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages zu stellen bilden, hat der Parteivorstand den Ueberweisungsbeschlüssen des Weimarer Parteitags Rechnung getragen.

Die Anträge 12, 60, 96 verlangten vom Parteivorstand die Einrichtung von Kursen zur Ausbildung von politischen Beamten, ferner die Errichtung einer Zentralstelle, durch welche für politische Beamtenstellen geeignete Parteigenossen ermittelt und sichtlich geführt werden sollten.

Der Parteivorstand hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten auf eine stärkere Durchziehung des Beamtenkörpers mit Parteigenossen gedrungen und war für eine schnelle Demokratisierung der Verwaltung im Reich, in Staat und Gemeinde unausgesetzt tätig. Die Einrichtung von Kursen oder eine als politische Arbeitsvermittlungstelle fungierende Zentrale erschien ihm jedoch völlig ungewinnlich. Die wörtliche Ausführung der in den Anträgen gegebenen Anregungen ist deshalb unterblieben.

Die Anträge 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 172 betreffen meist die Agitation durch die Presse. Sie fordern u. a. eine Feuilletonzentrale für die kleineren Blätter, ein Buntsch, dem durch die Lieferung von Romanen

auf Matrizen durch die Buchhandlung Vorwärts entgegengekommen ist. Der geforderten Schaffung einer lokalen kleinen Presse hat der Parteivorstand große Geldmittel geopfert. Die Klagen über ungenügende Berücksichtigung bei der Papierzuweisung haben ihm Grund zu häufigen Besprechungen mit den betreffenden Reichsstellen gegeben, als deren Ergebnis in vielen Fällen eine Abstellung der gerügten Mängel zu verzeichnen war.

Der Antrag verlangt vom Parteivorstand ein Eintreten bei der preussischen Staatsregierung zugunsten einer schnellen Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse in dem ehemaligen Fürstentum Hohenzollern. Dem ist der Vorstand durch Übermittlung der Resolution an den preussischen Ministerpräsidenten nachgekommen.

Die Anträge 232 und 246 verlangen die Anstellung ständiger Auslands-korrespondenten, damit die sozialdemokratische Presse in ihren Berichten über die politischen Vorgänge im Auslande nicht mehr auf die Nachrichten der bürgerlichen Presse angewiesen ist. Der Parteivorstand hat über diese Frage wiederholt beraten, doch ist die Aufnahme eines wirklich erfolgreichen Auslandsdienstes für die Parteipresse im Berichtsjahre — sowohl durch den geringen Wert des deutschen Geldes im Auslande, als den Mangel an geeigneten Personen nicht durchführbar gewesen.

Der Anregung des Antrags 238, der Parteivorstand möge einen sozialdemokratischen Bauernverein ins Leben rufen, beschäftigte den Parteivorstand gelegentlich der Gründung berartiger Vereine in Bayern, dem Rheinland und anderen Gegenden. Der Vorstand beabsichtigt die Einberufung einer Konferenz unter Teilnahme von Vertretern dieser Bauernvereine, um über die zweedmäßigste Art der Tätigkeit für diese Organisationen geeignete Unterlagen zu erhalten.

Der Antrag 240: Zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten im sozialistischen Sinne ist eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen, ist vom Vorstand durchgeführt. Der Bericht der Zentralstelle für Beamtenagitation findet sich an anderer Stelle.

## Frauenbewegung.

Nach dem zahlenmäßigen Bericht ist in 15 Bezirken die Zahl der organisierten Frauen gestiegen, während in 17 eine Abnahme zu verzeichnen ist. Besonders stark sind an dem Verlust die Bezirke beteiligt, bei denen der Bericht von 1919 eine sprunghaft starke Zunahme zeigte. Das ist ein Beweis, daß es schwieriger ist, weibliche Mitglieder zu halten als zu gewinnen. Ist das bei männlichen Genossen schon schwer, so vollends bei den erst seit kurzer Zeit gleichberechtigt im politischen Leben stehenden Frauen, bei denen noch alle in der zeitlichen Entwicklung wurzelnden Vorbedingungen hierfür fehlen. Die Politik enttäuschte manche Frau. Die Bruderkämpfe, die wirtschaftliche Not sowohl auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkt, die Demagogie der gegnerischen Parteien von rechts und links, die es verstanden, auf die sich politisch unsicher fühlenden Frauen einzuwirken, machte der Partei auch bei den Wahlen Abbruch. Um so erfreulicher ist die verstärkte Anteilnahme der politisch gefestigten Genossinnen an der Arbeit innerhalb der Partei und in der öffentlichen Tätigkeit.

Die planmäßig betriebene Schulungsarbeit in Frauenabenden und Kursen unter der Leitung von Frauen nimmt ständig zu, die Zahl der Rednerinnen wächst. Noch nicht überall sitzen in den Bezirksleitungen und noch weniger in den örtlichen Vorständen Genossinnen. Doch mehr als früher achten die Ge-

nossinnen darauf, daß ihnen dort und in den Bildungsausschüssen, Preßkommissionen usw. Plätze eingeräumt werden. In einzelnen Bezirken hat man Genossinnen als Sekretäre mit der besonderen Aufgabe, die Frauenbewegung zu fördern, angestellt, auch in die Redaktionsrunden der Tagespresse sind schon vereinzelt Genossinnen eingezogen. Um die Bewegung zu heben, hat man vielfach Frauengruppen (auch Agitationsauschüsse) gebildet, die in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei eine eigene Wirksamkeit entfalten. Die Gefahr einer Sonderorganisation ist nicht vorhanden, weil unsere Parteibewegung in sich gesund ist und das Bestreben zeigt, der Frauenbewegung in ihren berechtigten Forderungen entgegenzukommen, und sie in ihren daraus resultierenden Forderungen zu unterstützen. Wie die Frauen am besten zum Vorteil der Gesamtpartei in der Organisation tätig sind, das lehrt am besten das unter den Druckschriften angegebene Büchlein: „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung“.

Neben zahlreichen Kreis-konferenzen tagten im laufenden Jahre nach den Berichten in den Bezirken: Brandenburg, Groß-Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Oberhein, Baden, Schleswig-Holstein, Zwickau, Franken, Oberpfalz-Niederbayern, Oberbayern-Schwaben, Kassel und Breslau Bezirksfrauenkonferenzen, die sich mit Organisation und Aufbau, ebenso mit den die Frauen besonders interessierenden Spezialfragen: Erziehung in Schule und Haus, Wohlfahrtspflege und anderen Spezialfragen beschäftigten. Die meisten dieser Konferenzen hat der Parteivorstand beschickt. Hierbei ist zu bemerken, daß auf allen Konferenzen noch immer über mangelndes Interesse seitens der Vorstände und der Gesamtbewegung geklagt wurde. Läßt sich auch ein Teil der Klagen in ihren Ursachen auf die mangelnde Kenntnis des organisatorischen und politischen Lebens zurückführen, so müssen und trotzdem die übrigbleibenden berechtigten Klagen zu denken geben. Die gegnerischen Parteien werden jetzt um ihrer Selbsterhaltung willen sehr interessiert und mit unseugbarem Geschick und Erfolg um die Stimmen der Frauen, wieviel mehr aber hat die Partei es nötig, die den Frauen das Wahlrecht erkämpft hat und die um ihrer Ideale und Zukunftsziele willen an dem geistigen Aufstieg der Frauen interessiert ist. In jeder Konferenz fand ein reger Meinungsaustausch statt. Ganz unseugbar hat sich nachher stets ein regerer Arbeitseifer unter den Genossinnen gezeigt. Das sollte für die Bezirksleitungen Anlaß genug sein, mindestens einmal im Jahre, vielleicht im Anschluß an den Bezirksparteitag auch eine Frauenkonferenz abzuhalten.

An Schriften zur Belehrung und zur Agitation sind im laufenden Jahre vom Parteivorstand herausgegeben:

1. Marie Juchacz: „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung“;
2. Adele Schreiber: „Schutz unsern Frauen und Mädchen“;
3. Gertrud Hanna: „Frauenarbeit und Frauenorganisation“;
4. Henriette Fürth: „Die Sozialisierung der Wohlfahrtspflege“.

Zur Reichstagswahl sind sieben besondere Frauenflugblätter herausgegeben. Drei Nummern der „Gleichheit“ wurden besonders zu Werbezwecken ausgeteilt und den Bezirken zum Massenbezug angeboten. Dabei ist zu bedenken, daß sich außerdem fast sämtliche von der Partei herausgegebenen Schriften und Flugblätter gleichmäßig an Männer und Frauen wenden, letzteren also ebenfalls Aufklärung und Belehrung geben. Das beste Aufklärungsmaterial für die Frauen, in der Schulungs- und Agitationsarbeit noch immer zu wenig ausgenutzt, ist die „Gleichheit“. Aus den schriftlichen und mündlichen Berichten der Genossinnen geht hervor, daß die regelmäßige

Zustellung der Frauenzeitschrift sehr zu wünschen übrig läßt, wodurch naturgemäß die Weiterbildung für die Zeitschrift erlahmen muß. Die „Gleichheit“ gibt Anregungen für die praktische Frauenbewegung, nimmt Stellung vom Frauenstandpunkt zu den politischen Tagesfragen und Zeitskrömungen und gibt dem Kreis der geistig und praktisch arbeitenden Genossinnen Gelegenheit, sich zu den Problemen der Zeit und den schwebenden Tagesfragen zu äußern; sie berichtet über die Vorkommnisse und den jeweiligen Stand der Frauenbewegung, sie ist das geistige Band, das die Frauenbewegung umschlingt. So ist aus vielen Orten von Genossinnen berichtet worden, daß die „Gleichheit“ regelmäßig und mit gutem Erfolg zur Unterlage für Diskussionen in Frauenabenden gemacht worden ist. Die als Beilage der „Gleichheit“ erscheinende Zeitschrift „Die Frau und ihr Haus“ ergänzt die politische Zeitschrift auf das trefflichste. Sie ist nicht etwa eine „Modobeilage“ schlechthin, wie immer fälschlich angenommen wird, sondern sie ist, wie man schon ihrem Titel entnehmen kann, in allen den Kulturfragen, die die Frau der heutigen Zeit als Mutter und Hausfrau lösen soll, in allen Fragen, die Kleidung, Hygiene, Gesundheit, Heim betreffen, ein verständiger Ratgeber.

Die Verbreitung der Zeitschrift sollte deshalb aus den angeführten Gründen mehr als bisher gefördert werden.

Eine Zahl von Frauen sind außer in Reichs- und den Landesparlamenten in den Kommunen als Stadtverordnete und Bürgerdeputierte tätig. Ganz unbekannt ist der Einfluß der Frauen auf die Gesetzgebung und das ganze öffentliche Leben. Ihre Lieblingswünsche: Umgestaltung des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts, grundlegende Änderungen auf dem Gebiete des Jugendlichen-Strafrechts u. a. sehen die Frauen noch nicht erfüllt. Nach dem geistigen Leben in der Organisation und den Neuerungen der Genossinnen in der Presse wird man auch die außerhalb der Parlamente stehenden auf dem Posten finden, wenn die Fragen gesetzgeberisch in Angriff genommen werden. Dieselbe Aufgabe erblüht den Frauen bei der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das Jugendwohlfahrtsgesetz muß uns gewappnet finden; bei dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gilt es, schlimme Ausnahmegesetze gegen die Frauen zu beseitigen. Der Ausbau der Sozialversicherung muß so gestaltet werden, daß die Mutterschaft zu einer reinen Quelle der Freude und des Glücks für alle Frauen wird. Im Wochenfürsorgegesetz ist ein sehr beschleunigter Anfang dazu gemacht worden.

Eine Quelle der Unzufriedenheit für die Frauen ist ihre wirtschaftliche Gebundenheit, hervorgerufen durch die schlechte Lage des Arbeitsmarktes, verschärft durch die Verzerrungen des Demobilisationsamtes. Wohl ist durch die Gesetzgebung für die weiblichen Beamten gesorgt worden. Aber die Frauen der Industriearbeiterschaft, ebenso die in Handel und Gewerbe tätigen, leiden wirtschaftlich und in ihrer freien Selbstbestimmung unter den Verhältnissen. Die Befreiung unseres Wirtschaftslebens muß und hier auf dem Plan finden, um die errichteten Schranken wieder abzubauen.

Wir können in diesem Jahr über eine organisatorische Neugründung, den

### Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt,

berichten, dessen vorläufige Satzungen wir weiter unten folgen lassen.

Die organisatorische Zusammenfassung (darin liegt der Hauptwert) unter dem Namen Arbeiterwohlfahrt machte sich notwendig aus der Entwicklung der allgemeinen sozialen Arbeit innerhalb der Partei. Die Gründung ist keine rein weibliche, doch kann man wohl sagen, daß im Gegensatz zu der sonstigen Beteiligung an den Spezialaufgaben der Partei die Frauen nicht nur Mitwirkende, sondern Hauptträgerinnen der Bewegung sind.

Schon vor dem Kriege hatten wir in der Partei kräftige Ansätze zur sozialen Arbeit, während des Krieges, unter der Einwirkung der sozialen Not, wurden die Männer und Frauen der arbeitenden Klasse mehr als bisher zur sozialpflegerischen und -fürsorgertischen Tätigkeit herangezogen. Die Demokratisierung unseres gesamten Verfassungswesens gab die Möglichkeit der verstärkten Teilnahme an der sozialen Arbeit, die aus Lebensmitteln und Feuerung, aus Arbeitslosigkeit, Krankheit und den vielen Kriegsfolgen gesteigerten sozialen Bedürfnisse erheischten eine starke aktive Anteilnahme auf diesem Arbeitsgebiet. Dazu kommt noch, daß sehr viele Frauen für die praktische soziale Arbeit in ganz hervorragendem Maße geeignet sind.

Bis jetzt ist seit Bestehen des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt die Gründung von 18 Bezirksauschüssen und 49 Ortsauschüssen gemeldet. Die Zahl der letzteren ist größer, weil einige Bezirksauschüsse, die geographisch günstig liegen, gleich selbst den Verkehr mit den Ortsgruppen übernommen haben. Mit den anderen geschieht vorläufig der Verkehr noch durch die Zentralfstelle. Publikationsorgan für den Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt ist „Die Gleichheit“.

### Richtlinien.

§ 1. Der „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“ bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung fördern.

§ 2. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer;
2. die Gewinnung neuer Kräfte;
3. die Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte;
4. Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung;
5. die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege;
6. die Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat sich der „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“ gebildet. Er setzt sich zusammen aus einem geschäftsführenden Ausschuß von 7 Mitgliedern mit dem Sitz in Berlin und einem Beirat aus allen Teilen des Reiches und in der Wohlfahrtspflege erfahrenen Personen. Der Beirat kann durch Vertreter von Arbeiterorganisationen ergänzt werden.

§ 4. In den Ländern, Bezirken und Gemeinden werden „Unterauschnisse für Arbeiterwohlfahrt“ (Landes-, Bezirks- und Ortsauschnisse) gebildet. Der Hauptauschuß ist gleichzeitig Landesauschuß für Preußen. Die Unterauschnisse haben die in § 2 genannten Aufgaben innerhalb ihres Bezirkes zu erfüllen, der Hauptauschuß hat sie dabei durch Richtlinien zu unterstützen.

§ 5. Der Hauptauschuß ist verpflichtet, mindestens einmal jährlich mit Vertretern der Unterauschnisse eine gemeinsame Besprechung abzuhalten. Im ersten Jahre des Bestehens des Hauptauschusses soll die Besprechung besonders der Prüfung von Satzungen und Richtlinien der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt dienen.

Zu Punkt 3 und 4 der Zeitsäbe ist zu berichten, daß es unserer noch jungen Organisation möglich gewesen ist, zu erreichen, daß das Reichsministerium des Innern einen großen Geldbetrag für die Ausbildung von Arbeiterinnen zur berufsmäßigen Ausübung der Wohlfahrtspflege bewilligt hat. Die sozialen Frauenschulen in Berlin-Schöneberg, Hamburg, München und Köln teilten sich in die Aufgabe, in halbjährigen Sonderlehrgängen Frauen und Mädchen mit Volksschulbildung für den sozialen Beruf zu schulen. Unsere Aufgabe muß es weiter sein, darauf zu drängen, daß es möglich wird, befähigten Arbeiterinnen die Möglichkeit zur Teilnahme an den ordentlichen Lehrgängen zu geben. Für die Schulung ehrenamtlicher Kräfte sind ebenfalls Mittel gegeben worden. Aus den über 50 000 Einwohner zählenden Städten versammelten sich die Teilnehmerinnen — die überwiegende Zahl bestand aus Sozialdemokratinnen — im Jugendheim zu Charlottenburg, um dort an einem kurzen praktischen Kursus, der nach der Aussage der sozialistischen Teilnehmerinnen sehr fruchtbar war, teilzunehmen. Außerdem ist dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt zur selbständigen Abhaltung eines Kurses über Jugendwohlfahrt ebenfalls eine Geldsumme bewilligt worden. Er wird voraussichtlich Ende Oktober stattfinden.

Der Hauptauschuß besteht aus einigen Mitgliedern des Parteivorstandes und einer größeren Zahl von Sachverständigen, die ihrerseits den Ortsauschuß in den verschiedensten zentralen Wohlfahrtsveranstaltungen vertreten. Die Beschlußfassung über Teilnahme geschieht von Fall zu Fall. Es kann gesagt werden, daß dieser jüngste Zweig unseres großen Arbeitsgebietes einen vielversprechenden Anfang genommen hat.

## Jugendbewegung.

Das Geschäftsjahr vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 stand im Zeichen des Wiederaufbaus. Die Beschlüsse des Parteitages in Weimar vom Juni 1919 dienten dabei als Grundlage. Die Zentralkstelle für die arbeitende Jugend löste sich auf; an ihre Stelle trat: Der Hauptvorstand des „Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands“. Das während des Krieges verwaiste Sekretariat wurde mit dem Genossen Aug. Abrecht-Hamburg neu besetzt und im Laufe des Jahres den wachsenden Arbeiter-entsprechend durch Hilfskräfte erweitert. Dem Hauptvorstand gehören fünf von dem Berliner Arbeiterjugendverein gewählte Jugendgenossen und -genossinnen an; vom Parteivorstand wurden ebenfalls fünf Genossen gewählt, und zwar Genossin Fuchatz sowie die Genossen Fr. Bartels, J. Sassenbach, Heinrich Schulz und R. Weimann. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Genosse Heinrich Schulz, zu seinem Stellvertreter Jugendgenosse Mübiger, als Kassierer Genosse Fr. Bartels gewählt.

Der Hauptvorstand sah seine wichtigste Aufgabe darin, die durch den Krieg erschütterte Bewegung überall wieder mit neuem Leben zu erfüllen und neu aufzubauen. Zu diesem Zwecke wurde eine Anzahl Flugblätter neu herausgegeben („Organisiert Euch“, „Jugend und Bildung“, „An die Eltern der arbeitenden Jugend“) und die älteren neu bearbeitet, so daß zurzeit neun Flugblätter für die Agitation zur Verfügung stehen. Ferner wurde das „Erziehungs- und Jugendschutzprogramm der Arbeiterjugend“, unsere Denkschrift an die Nationalversammlung und die Reichsregierung neu aufgelegt. Von den alten Schriften wurden weiter vertrieben: Heinrich Schulz „Gehört Du zu uns?“ (20 Pf.), „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche“ von Rob. Schmidt (25 Pf.), das „Volkstiederbuch“ von Böse

(750 Mk.) und ältere „Jugend-Kalender“ (1 Mk.). An neuen Schriften gab der Hauptvorstand eine Neubearbeitung unseres „Jugendliederbuches“ (150 Mk.) heraus, ebenso den „Jugend-Kalender“ für 1920 (3 Mk.). Vor allem begannen wir aber mit der Herausgabe der bereits vor dem Kriege beschlossenen „Jugend-Bücherei“. Als erstes Buch erschien „Sonnige Jugend, Festgedanken und Feiertunden“ von E. R. Müller (240 Mk.). Es folgten „Der junge Arbeiter, ein Ratgeber für sozialistische Jugendarbeit“ von E. R. Müller (3 Mk.), „Großes Wandern“ von E. Schred und eine kleine Agitationsbroschüre „Willst Du mich hören?“ als Beitrag an die weibliche Jugend von Frau Clara Bohm-Schuch.

Um die Verwaltung in dem neugeschaffenen Verband der Arbeiterjugend-Vereine zu vereinheitlichen, ließ der Hauptvorstand Verwaltungs-material zum Gebrauch in allen Jugendvereinen herstellen, das zum Selbstkostenpreis an die Vereine abgegeben wurde. (Mitgliedsbücher für vierzehntägliche oder monatliche Beitragszahlung, Mitgliedsmarken von 20 bis 100 Pf., Fördererkarten, Förderermarken zu 50 und 100 Pf., Spartatten, Sparmarken zu 25, 50 und 100 Pf., Kartothekarten für monatliche und vierzehntägliche Beitragszahlung, Kartothekarten für den Vertrieb der „Arbeiter-Jugend“; ferner „Berichtsbogen des Ortsvereins“ für die vierteljährliche Berichterstattung an den Bezirk und „Berichtsbogen des Bezirks“ zur vierteljährlichen Berichterstattung an den Hauptvorstand.)

Die „Arbeiter-Jugend“ wurde entsprechend dem Beschlusse des Parteitages von 8 auf 12 Seiten erweitert. Der vierteljährliche Bezugspreis mußte leider im Laufe des Jahres von 1 Mk. auf 2 Mk. für ein Exemplar erhöht werden. Die Auflage betrug am Anfang des Berichtsjahres 38 000, sie stieg im Laufe des Jahres auf 58 000. Ein guter Fortschritt, wenn man bedenkt, daß bis in den Hochsommer 1919 hinein noch fortwährend Abplünderungen zur linksradikalen Jugendbewegung stattfanden.

Das „Mundschreiben“ des Hauptvorstandes erschien im Berichtsjahre in sieben Nummern in Auflagen von 5—6000. Es erscheint nunmehr als Monatschrift für die Vorstände, Funktionäre und Mitarbeiter der Arbeiterjugendbewegung. Bezugspreis 8 Mk. für ein Jahr. (Durch alle Postanstalten oder direkt vom Hauptvorstand zu beziehen.)

Für unsere Mitglieder wurde auf vielfach geäußerten Wunsch der Jugendlichen ein einfaches Verbandsabzeichen eingeführt. Ferner wurden zwei große, zweifarbige Plakate herausgegeben; das erste enthält unsere Jugendforderungen, das zweite die Vereinsaufgaben.

\*

Die linksradikale Jugendbewegung, die sich während des Krieges und besonders nach der Revolution von uns trennte, ist im Laufe der Zeit in sich zerfallen. Als Hauptströmungen sind hervorzuheben: Die „sozialistische Proletarierjugend“ (U. S. P. D.), die „freie sozialistische Jugend“ (R. P. D.), dazu neuerdings noch kleine kommunistische Sondergruppen, die anarchistische „freie Jugend“ und eine syndikalistische Jugendorganisation. Im Reich gibt es hier und da noch kleine Gruppen, die über oder „zwischen den Parteien“ stehen wollen und meistens von U. S. P.-Idealisten geführt werden. Alle Jugendorganisationen links von uns besitzen zusammen wohl kaum die Hälfte der Mitglieder unseres Verbandes.

Die bürgerlichen Jugendpflege-Vereine rechts von uns haben im allgemeinen ihren Stand gehalten. Dort macht sich ein immer stärkerer Drang bemerkbar, in ihrem Vereinsleben der Jugend selbst mehr Rechte einzuräumen, weil man fürchtet, daß die Jugend sonst nicht kommt. So

wird das „Führer-Problem“, die Loslösung von der Jugendpflege und die Selbstverwaltung der Jugend in wachsendem Maße in den bürgerlichen Jugendzeitschriften und auf den Tagungen erörtert.

Die Jugendbewegung der intellektuellen Jugend krankt an innerer Zerrissenheit. Zwei Gruppen sind dort besonders hart: die „Älterenbewegung“, die hauptsächlich die Jugend über 20 Jahre sammelt, und die Wandervogelbewegung, die vornehmlich die Jugend der gleichen Jahrgänge umfaßt wie die Arbeiterjugendbewegung. Die „Älterenbewegung“ ist in viele Gruppen und Klüppchen geteilt wie: „Freideutsche Jugend“, „Älterenbewegung der Wandervogel aller Bünde“, den deutsch-völkischen „Jungdeutschen Bund“ u. a. Der einstmalige stolze Wandervogel E. V. ist zerfallen in einen radikalen, sozialistischen Teil und einen deutsch-völkischen. Daneben bestehen noch ein „Alt-Wandervogel“, ein „Jung-Wandervogel“ und viele kleinere Gruppen. Hier sehen wir in der Nachkriegszeit eine ähnliche Neugruppierung wie in der Arbeiterjugendbewegung.

Als politische Jugendorganisationen mit starker Unterstützung ihrer Parteien sind entstanden die Demokratische Jugend, die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationale Jugendbund, endlich die Windthorstbünde des Zentrums.

\*

Die Entwicklung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands kann zahlenmäßig leider nur sehr ungenau angegeben werden. Eine regelmäßige Berichterstattung für jedes Quartal wurde erst seit dem 3. Quartal unseres Geschäftsjahres, 1. Oktober 1919, eingeführt. Bis jetzt liegen nur die Zahlen dieses Quartals vor. Von 35 Jugendbezirksleitungen berichteten aber bis jetzt (Ende Juli) nur 26. Acht Bezirke verlagerten in der Berichterstattung vollständig, sie haben über ihre Tätigkeit dem Hauptvorstand keinerlei Angaben gemacht. Da es sich dabei teils um sehr große Bezirke mit vielen Arbeiterjugendvereinen handelt, ist es sehr zu bedauern, daß trotz mehrfacher Mahnungen kein Bericht zu erlangen war. In Zukunft werden solche säumigen Bezirke im Jahresbericht namhaft gemacht werden.

Die berichtenden 26 Bezirke hatten am Anfang des Quartals (1. Oktober 1919) insgesamt 361 Vereine. Am Ende des Quartals berichteten die gleichen Bezirke bereits über 446 angeschlossene Vereine. Die 361 Vereine hatten am 1. Oktober 19256 männliche, 9185 weibliche, insgesamt 28 443 Mitglieder, die 446 Vereine am 31. Dezember hatten 29 814 männliche, 9925 weibliche, insgesamt 31 739 Mitglieder. An Neuaufnahmen erfolgten im 3. Quartal 3641 männliche, 1424 weibliche gleich 5065 Mitglieder, an Austritten wurden im 3. Quartal gemeldet 2166 männliche, 1350 weibliche, gleich 3516 Mitglieder.

Ueber das Alter der Funktionäre berichteten die obigen 446 Vereine wie folgt:

von 14—16 Jahren 562 männliche, 204 weibliche = 766 Funktionäre,

von 16—18 Jahren 587 männliche, 206 weibliche = 793 Funktionäre,

über 18jährige und Erwachsene 486 männliche, 123 weibliche = 609 Funktionäre.

Diese Zahlen gestalten einen Rückschluß auf die Arbeit in der Bewegung. Die Jugend stellt erfreulicherweise den überwiegenden Teil der Funktionäre. Interessant ist ferner, daß die Zahl der weiblichen Funktionäre, die im Jugendalter stehen, im Verhältnis zu den gleichaltrigen männlichen bedeutend höher ist als bei den älteren und erwachsenen Mitarbeitern sowie Selsern.

Ueber die Veranstaltungen im 3. Quartal berichten die 446 Vereine:

1. Einzelvorträge aus allen Wissensgebieten . . . . .	1329 mit	41 272	Teilnehmern
2. Unterrichts- und Vortragstafel . . . . .	107	9 473	„
3. Lese- und Diskussionsabende . . . . .	636	22 081	„
4. Wanderungen . . . . .	713	14 636	„
5. Aufspiele und Volkstänze . . . . .	481	11 290	„
6. Unterhaltung und Geselligkeit . . . . .	2226	61 084	„
7. Künstlerische Feste (Jugendfeiern, Elternabende usw.) . . . . .	351	43 539	„
8. Führungen (Museen, Ausstellungen, technische Betriebe usw.) . . . . .	167	3 658	„
9. Theater- und Konzertbesuche . . . . .	192	7 604	„
10. Mitgliederversammlungen . . . . .	1012	30 298	„
11. Öffentliche Versammlungen . . . . .	117	16 239	„
12. Jugendkonzertreisen . . . . .	9	429	„

Veranstaltungen insgesamt . . . . . **7240 mit 280 603 Teilnehmern**

(und zwar Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren).

Es ist zu beachten, daß das 3. Quartal (Oktober bis Dezember) ein Winterquartal ist, in dem die körperliche Betätigung, wie Wanderungen und Spiele stark zurücktritt. Ungefragt tritt „Unterhaltung und Geselligkeit“ hervor. „Führungen“ wie „Konzert und Theaterbesuche“ müßten mehr gepflegt werden.

Ueber ihren Kassenbestand berichteten etwa 300 Vereine; sie besaßen zusammen am Anfang des Quartals die Summe von 53 949,44 Mk. und am Ende 59 170,06 Mk. — Die 300 Vereine hatten eine Einnahme von 205 561,60 Mark und eine Ausgabe von 200 340,38 Mk. Das ist eine erhebliche Summe, wenn man bedenkt, daß von 650 bestehenden Vereinen nur 300 berichteten, also die wirkliche Summe mindestens doppelt so hoch sein wird. Von den 26 berichtenden Bezirken machten 12 Bezirksvorstände Angaben über ihre Kassen: Der Gesamtbetrag betrug danach am 1. Oktober 19 971,79 Mk., am 31. Dezember 1919 29 380,87 Mk. Die Ausgaben beliefen sich in derselben Zeit auf 38 120,38 Mk., die Einnahmen auf 33 206,16 Mk. 23 Bezirke berichteten nicht, was seinen Grund darin hat, daß die Ausgaben vom Verein des Hauptortes übernommen und dort verbucht wurden; meistens aber übernehmen die Bezirksvorstände der S. P. D. die laufenden Ausgaben, so daß unsere Bezirksvorstände oft keine eigentlichen Kassen besitzen. Bestimmte Zeiträume der Arbeiterjugendvereine an ihre Bezirksleitung wurden nur in wenigen Fällen abgeführt; im Laufe des Jahres setzte in vielen Bezirken hierzu eine Bewegung ein, die darauf hinging, daß die Ortsvereine regelmäßig kleine Beträge (pro Mitglied etwa 10 Pf im Quartal) an die Bezirke abführen.

Man bedenke, daß zu Anfang des Berichtsjahres noch zahlreiche Abspaltungen erfolgten und oft ganze Vereine sich von uns löstigten, um im Radikalismus ihr Heil zu versuchen. Mit vieler Mühe und großen Opfern mußten wir wieder in diese Orte eindringen. Wo dies noch nicht gelungen ist, ist es eine Pflicht der Parteigenossen und -genossinnen, uns dabei zu helfen, die entstandenen Lücken baldigt wieder auszufüllen. Die beste Waffe bei Abspaltungen nach links ist immer der sofortige Gegenstoß durch die Neugründung eines Arbeiterjugendvereins.

Am inneren Aufbau unseres Verbandes arbeiteten wir kräftig durch die Erweiterung des „Rundschreibens“ in eine Monatschrift. Aber auch unsere



Jugendbezirksleitungen arbeiteten in dieser Richtung durch Abhaltung von Jugendkonferenzen und Jugendleiterkursen, an denen die Jugend sich stark beteiligte.

Jugendkonferenzen fanden statt: in Hessen-Darmstadt, Cassel (2), Schleswig-Holstein, Hamburg (2), Danzig, Jüdau, Ostpreußen, Hannover, Unterfranken, Breslau, Mittelfranken, im westlichen Westfalen, in Ostfriesland, im östlichen Westfalen, in Sörbitz, Magdeburg-Anhalt, Chemnitz, Mecklenburg-Lübeck, Württemberg-Brandenburg (2), Niederrhein, Halle, Thüringen, Hessen-Frankfurt und Oldenburg. — Der Hauptvorstand unterstützte die meisten Konferenzen durch Entsendung eines Referenten. In der Regel nahm der Geschäftsführer des Verbandes an den Konferenzen teil.

Jugendleiterkurse hielten ab die Bezirke: Groß-Berlin, Brandenburg, Magdeburg-Anhalt, Württemberg, Hamburg. Daneben fanden in einigen Bezirken und Unterbezirken Funktionärskurse für Jugendliche statt, die sich allgemein behaupteten.

So sind die Hoffnungen, die im letzten Parteitagbericht ausgesprochen wurden, zum Teil bereits in Erfüllung gegangen. Mögen alle Genossen und Genossinnen am weiteren Wachstum der Arbeiterjugendbewegung mitarbeiten! Noch gehören weite Kreise unserer Arbeiterjugend den bürgerlichen Vereinen an, noch ist die große Masse der Arbeiterjugend unorganisiert und lebt dumpf in den Tag hinein. Helfen wir unserer Jugend, so helfen wir uns und der Gesamtheit!

## Zentralbildungsausschuß. (Dreizehnter Jahresbericht 1919/20.)

Mit Beginn des Geschäftsjahres nahm der Zentralbildungsausschuß seine Tätigkeit, die er in den letzten Kriegsjahren fast gänzlich hatte einstellen müssen, wieder auf. Zum Geschäftsführer wurde Genosse Richard Weimann bestellt, da der bisherige Geschäftsführer Genosse Heinrich Schulz in den Parteivorstand und später zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern berufen wurde. Der Parteitag zu Weimar wählte die folgenden Genossen in den Zentralbildungsausschuß: Heinrich Cunow, Dr. Franz Diederich, Hugo Heimann, Max Hellmann, Karl Korn, Paul Löbe, Karl Schred, Heinrich Schulz, Frau Bohm-Schuch; zu seinem Vorsitzenden wählte der Zentralbildungsausschuß in seiner ersten Sitzung den Genossen Heinrich Schulz.

Zunächst mußten die Bildungsausschüsse in den einzelnen Orten, die zum großen Teil eingegangen waren, wieder ins Leben gerufen werden. Den ersten Anstoß dazu gab ein Aufruf durch die Presse und ein besonderes Rundschreiben an die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Zahl der gegen Ende des Geschäftsjahres beim Zentralbildungsausschuß angemeldeten örtlichen Bildungsausschüsse betrug ungefähr 400.

Die Bildungsausschüsse fanden eine völlig veränderte politische und gesellschaftliche Situation gegenüber der Zeit vor dem Kriege vor, die auch auf die Bildungsarbeit zurückwirkte und ihr zum Teil neue Wege vorschrieb. Der alte Obrigkeitstaat war verschwunden, an seine Stelle war der demokratische Volksstaat getreten. In ihm nahm die Partei nicht mehr die isolierte Oppositionsstellung von einst ein, sie befand sich nun mit entscheidender Bedeutung in der Regierung und nahm an dem Aufbau des neuen Staates hervorragenden Anteil. Damit war ihr die Gemeinschaftsarbeit im Staat mit allen für die junge Republik positiv schaffenden Kräften zur Pflicht

geworden, sie konnte sich diesem Gebot der neuen Zeit auch auf dem Gebiete des BildungsweSENS nicht entziehen, hier um so weniger, als die Revolution neue geistige Kräfte im Volke geweckt und einen regen Bildungsdrang hervorgerufen hatte. An dieser geistigen Neueinstellung des Volkes, die in der Einrichtung zahlreicher neuer Bildungsstätten ihren sichtbaren Ausdruck fand, durfte die Partei nicht achtlos vorübergehen. Als eigentliche Trägerin der maßgebenden sozialistischen Idee und als die jahrzehntelange Erziehungsparthei der deutschen Arbeiterklasse war gerade sie berufen, vorwärtstreibend und zielweisend mitzuarbeiten.

So nahm denn auch das erste Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses Anfang Mai 1919 zu den neuen Fragen Stellung und richtete an die Bildungsausschüsse die Aufforderung, sich so weit als möglich an der gemeinsamen Arbeit auf kulturellem Gebiete zu beteiligen. Besonders galt dies für die Mitarbeit an der neu aufkommenden Volkshochschule, die zu einer wertvollen Bildungsstätte des Volkes werden kann. In manchen Gemeinden sind auch bereits Volkshilfsämter eingerichtet worden, an denen unsere Bildungsausschüsse hervorragend mitwirken.

Der Zentralbildungsausschuß betätigte sich gleichfalls in diesem Sinne und nahm an den Beratungen des „Ausschusses der deutschen Volkshilfsvereinigungen“, dem alle großen zentralen Volkshilfsorganisationen angehören und dessen Mitglied er bereits während des Krieges geworden war, lebhaften Anteil. Inzwischen ist ein engerer Zusammenschluß der beteiligten Organisationen zum „Verband der deutschen Volkshilfsvereinigungen“ erfolgt. Ferner trat der Zentralbildungsausschuß der „Gesellschaft zur Förderung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ sowie dem „Deutschen Volkshilfsbund“ bei.

Die Gemeinschaftsarbeit hat zwei natürliche Grenzen. Einmal ist sie nur möglich mit Organisationen, die wirklich ernsthafte Volkshilfsarbeit leisten. In dieser Beziehung ist eine gewisse Vorsicht am Platze, da sich mit dem Neuberleben der Bildungsbewegung seit der Revolution vielfach Leute und Organisationen recht zweifelhafter Natur auf diesem Gebiete betätigen. Man wende sich daher in Zweifelsfällen stets an den Zentralbildungsausschuß. Zum anderen kommt die Gemeinschaftsarbeit nur in Betracht für Gebiete, bei denen die weltanschaulichen und parteipolitischen Gegensätze nicht die entscheidende Rolle spielen, also für die meisten Gebiete der Kunst, für Volkshilfsbibliotheken, für Wissensvermittlung, besonders soweit es sich um die naturwissenschaftlichen Kenntnisse handelt, ferner für die Organisation und Technik der Bildungsarbeit. Hier kann uns durch die Gemeinschaftsarbeit ein gut Teil unserer eigenen Veranstaltungen abgenommen oder erleichtert oder verbilligt werden, so daß diese Entlastung die Bildungsausschüsse in den Stand setzt, sich um so mehr ihrer eigentlichen Aufgabe zu widmen: der besonderen sozialistischen Bildungsarbeit und der parteipolitischen Schulung unserer Anhänger.

Bei seiner praktischen Arbeit hat der Zentralbildungsausschuß das Hauptgewicht auf die Förderung der örtlichen Bildungsausschüsse gelegt. Weiter konnten die vor dem Kriege erfolgreich durchgeführten Wanderkurse nicht wieder aufgenommen werden; die gegenwärtig damit verbundenen hohen Kosten sowie die schwierigen Verkehrsverhältnisse stehen dem im Wege. Die Bildungsarbeit mußte daher organisatorisch auf eine neue Grundlage gestellt werden, indem auf die Bezirksenteilung und die Betätigung der Bezirksbildungsausschüsse größeres Gewicht als früher gelegt wurde. An die Stelle der Reichszentrale müssen — soweit es sich um Wanderkurse und andere Ver-

anstellungen dieser Art handelt — die Bezirkszentralen treten. In den räumlich kleineren und daher viel leichter zu bearbeitenden Bezirken lassen sich die vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten besser übersehen und zweckmäßiger ausnutzen; viele der für das Reich damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten fallen zum guten Teil fort.

Leider hat vorläufig nur ein geringer Teil der Bezirksbildungsausschüsse — davon drei mit eigenen Bildungssekretariaten (Berlin, Schleswig-Holstein, Magdeburg-Anhalt) — eine nennenswerte Tätigkeit nach dieser Richtung ausübt. In den meisten Bezirken hat man sich lediglich darauf beschränkt, das von der Zentrale herausgegebene Material an die Ortsauschüsse weiterzugeben. Dies ist vielfach darauf zurückzuführen, daß in manchen Bezirken besondere Bezirksbildungsausschüsse noch nicht bestehen, sondern die Parteisekretariate die Bildungsangelegenheiten nebstbei mit erledigen müssen, ein Notbehelf, von dem die intensive Wiederbelebung des parteieigenen Bildungswezens in den Bezirken nicht erwartet werden kann.

Auf vielfache Anregung aus dem Reich und auf Wunsch des Parteitages veranstaltete der Zentralbildungsausschuß im Einvernehmen mit dem Parteivorstand in der Zeit vom 24. November bis zum 20. Dezember 1919 einen vierwöchigen Auszubildungskursus, an dem 30 Parteigenossen aus verschiedenen Bezirken des Reiches teilnahmen. Leider hatten gerade einige Bezirke mit vorwiegend ländlichem Einschlag darauf verzichtet, einen Teilnehmer zu entsenden, obwohl es in diesen Fällen besonders notwendig gewesen wäre. (Nichtvertreten waren die Bezirke: Ostpreußen, Oberschlesien, Halle, Oberrhein, Niederrhein, Unterfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberfranken, Ostsaßen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern). Der Kursus war seiner ganzen Anlage nach vornehmlich auf Lehrer und andere intellektuelle zugeschnitten, die denn auch zwei Drittel der Teilnehmer bildeten. Behandelt wurden folgende Gebiete: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus; Lektüre ausgewählter Kapitel aus Marx' Schriften (Lehrer: Konrad Schmidt), Geschichte des Sozialismus (Paul Lenich), Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie (Max Grünwald), die Theorie und Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung (Rudo Hartmann), Grundzüge der Marxschen Soziologie (Heinrich Cunow), Kommunalkommunismus (Simon Kapstein), die Organisation der Partei (Otto Wels), die Bildungsarbeit der Partei (Heinrich Schulz), die Jugendbewegung (Karl Kohn), außerdem fanden noch einige Einzelvorträge statt.

Der Hauptzweck des Kursus war, den Teilnehmern eine Einführung in den theoretischen und praktischen Sozialismus und damit die notwendigen geistigen Voraussetzungen für eine rege Mitarbeit in der parteieigenen Bildungs- und Jugendbewegung zu geben. Insbesondere sollte dieser Kursus dazu dienen, die Lücke, die durch das Fehlen unserer früheren Wanderkurse entstanden ist, mit ausfüllen zu helfen. Es wurde darum Gewicht darauf gelegt, die Teilnehmer an die Quellen des sozialistischen Wissens heranzuführen und sie mit den praktischen Fragen unserer Bildungs- und Jugendarbeit vertraut zu machen, damit sie den Bildungsausschüssen und Jugendbereichen als Vortragende und Kursusredner wertvolle Dienste leisten können. Der Kursus verursachte dem Parteivorstand eine Ausgabe von rund 18 000 Mk.

Vom Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses erschienen drei Nummern: Nr. 1 im Umfang von 8, Nr. 2 und 3 im Umfang von je 16 Seiten. Die Auflage betrug jedesmal etwa 5000. Während die ersten beiden Nummern unentgeltlich abgegeben wurden, mußte für die Nummer 3 im Ein-

blick auf die gestiegenen Druckkosten eine Gebühr von 50 Pf. für das Exemplar erhoben werden.

Zur Unterstützung der örtlichen Bildungsarbeit gab der Zentralbildungsausschuß ferner gegen Berechnung einer geringen Gebühr verschickte Materialien heraus, so zur Revolutionsfeier zwei Prologe von Bröger, zur Mai-feier ein Programmheft nebst einer Vortragsdisposition von Adolf Braun, für die Weihnachtzeit ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften, außerdem zwei Kursumdispositionen: Meines, Wirtschaftsgeschichte, und Lauffötter, Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens. Da diese Materialien gute Aufnahme fanden, ist der weitere Ausbau dieser Abteilung des Zentralbildungsausschusses geplant.

Das Lichtbilderverzeichnis wurde neu zusammengestellt und, als Broschüre „Anleitung zu Vorträgen mit Lichtbildern und einem Verzeichnis von Lichtbildereien“ herausgegeben. Die Lichtbildzentrale erfreute sich einer regen Benutzung. Die Entleiherung einzelner Serien für eine einmalige Vorführung erfolgte 190mal. Ferner wurden 17 Vierteljahres-, 31 Monats- und 7 Wochenabonnements vergeben. Das Sekretariat hatte 2359 Eingänge und 5536 Ausgänge zu verzeichnen.

Ueber die Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse liegen etwa 220 Berichte vor, von denen aber nur ein geringer Teil sich auf das ganze Geschäftsjahr bezieht. Der größere Teil der Bildungsausschüsse hat seine Tätigkeit erst im Laufe des Geschäftsjahres aufgenommen und infolgedessen überhaupt nicht oder nur sehr unvollkommen berichtet. 64 Ausschüsse berichten über 1112 Vorträge (darunter 26 mit Lichtbildern). Die Besucherzahl wird angegeben mit 25 322. In 21 Orten wurden 94 Vortragskurse veranstaltet mit 488 Vorträgen, die 2128 Besucher aufwiesen. 42 Orte veranstalteten 702 Theatervorstellungen mit 125 635 Besuchern. Feiern und sonstige künstlerische Veranstaltungen fanden in 60 Orten mit 180 Veranstaltungen statt, die 75 730 Besucher zählten. Ihre Gesamteinnahmen und Ausgaben gaben 183 Orte an, und zwar Einnahmen: 913 746,46 Mk., Ausgaben 833 098,20 Mk.

Die Berichte spiegeln die veränderten Zeitverhältnisse wider. Verständlich wird mitgeteilt, daß durch die Tätigkeit der Volkshochschule und der Volksbildungskämter die Ausschüsse stark entlastet sind. In anderen Fällen wird wieder die Bildungsarbeit beeinträchtigt durch die politische Zerklüftung der Arbeiterbewegung. Es besteht dann der wenig ideale Zustand, daß die beiden sozialistischen Parteien sowie die Gewerkschaften eigene Bildungsausschüsse haben. Berücksichtigt man noch die hochgespannte politische Situation, die die Kraft und den Opfermut der Parteigenossen in noch nie dagewesener Weise in Anspruch nahm, dann kann man verstehen, um wieviel schwieriger heute die Durchführung unserer Bildungsarbeit gegenüber früheren Jahren ist.

Wenn trotzdem unsere Bildungstätigkeit im vergangenen Jahre in erheblichem Umfang wieder aufgenommen wurde, kann ist das ein Zeichen von der gesunden inneren Kraft der Partei, die ihr die Möglichkeit gab, trotz der gewaltigen politischen Aufgaben der Gegenwart, die sie in besonderem Maße zu erfüllen berufen ist, auch noch ein Stück wichtiger Kulturarbeit zu leisten. Am deutlichsten kommt dies zum Ausdruck in der Tatsache, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse der Zentralbildungsausschuß mit Zustimmung des Parteivorstandes sich entschlossen hat, sein bisheriges Mitteilungsblatt unter dem Titel „Arbeiter-Bildung“ zu einer Monatschrift für die Bildungsausschüsse und die Jungsozialisten zu erweitern. Die erste Nummer ist bereits am 1. Juli 1920 erschienen. Die neue Schrift soll für die in unserem Bildungswezen tätigen Genossen ein Wegweiser sein und ihnen das notwendige geistige Rüstzeug für ihre Tätigkeit im Interesse der Partei geben. Dar-

über hinaus ist sie ein Bildungsorgan für die jüngeren Parteigenossen und überhaupt für alle, die den Sozialismus nicht nur als Gefühlsache, sondern zugleich als Sache innerer Ueberzeugung und eigener wissenschaftlicher Erkenntnis ansehen.

Mögen daher unsere Parteiorganisationen für die weiteste Verbreitung der „Arbeiter-Bildung“ wirken und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die sozialistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit überall Wurzel schlägt, die Köpfe erleuchtet und damit die geistigen Voraussetzungen für die aufbauende Tätigkeit der Sozialdemokratie schafft.

## Parteiarchiv.

In dem vorjährigen Bericht wurde auf die erschwerten Umstände bei der Beschaffung der Literatur während des Krieges hingewiesen. Die dadurch entstandenen Lücken konnten inzwischen, trotz größter Mühe, nur zum Teil ausgefüllt werden. Die anfangs schier unübersehbare Kriegs- und Revolutionsliteratur ist nunmehr gesichtet und katalogisiert worden; damit ist aber die Sammlung keineswegs abgeschlossen. Auch die Plakate und Flugblätter aus dem Reichstagswahlkampf 1920, wie die des geistigen Materials über den Rapp-Lüttwitz-Putsch sind gesammelt und dem Archiv einverleibt.

Die Reichhaltigkeit und Vollständigkeit dieser Dokumente der Zeitereignisse dürften dem späteren Geschichtschreiber wertvolle Dienste leisten. Das Forschen und Suchen des Archivs nach Parteidokumenten, seien es Briefe, Photographien, ältere Prozeszkarten, Broschüren und Flugblätter aus den Anfängen der Parteibewegung, wird von den Genossen vielfach unterschätzt oder gar nicht gewürdigt. Da das Archiv fast ausschließlich auf Einbindungen und Vermächtnisse der Parteigenossen angewiesen ist, wäre es wünschenswert, daß die Genossen der Vereicherung und Verbollständigung des Parteiarchivs größeres Interesse zeigen würden. Das Interesse für ältere Parteischriften, noch mehr für Briefe und Dokumente aus der Geschichte unserer Partei nimmt erfreulich zu. Auch die sprunghafte Steigerung der Bücherpreise führt zu einer fast wachsenden Inanspruchnahme des Archivs. Die Bedeutung unseres Parteiarchivs findet allgemeine Anerkennung und Wertschätzung.

Die Bücherei des Archivs wurde während der Berichtszeit um rund 1100 Werke durch Neuerwerbungen vermehrt. Dieser Zugang verteilt sich auf folgende Abteilungen: Volkswirtschaft (Sozialisierung) 67, Sozialwissenschaft 119, Sozialismus und Sozialdemokratie 96, Geschichte 145, Staatswissenschaft 197, Rechtswissenschaft 45, Kriegs- und Heerwesen 77, Bildungs- und Erziehungswesen 49, Religion und Philosophie 45, Geographie, Naturwissenschaften, Medizin 57, Sprach- und Literaturwissenschaft 61, Lexika, Bibliographie und Biographie 85 und Periodica 117.

Nicht mit eingerechnet sind die Eingänge zur Verbollständigung der Zeitschriften früherer Jahrgänge. Ueber die Zahl der Neuerwerbungen und über den Verkehr im Archiv wird nach jedem Vierteljahre im „Vorwärts“ berichtet.

Das Archiv blickt heute auf eine 33jährige Tätigkeit zurück. Aus den denkbar bescheidensten Anfängen heraus sind die Bestände auf 16 000 laufende Nummern angewachsen. Die Erwartungen der Begründer des Archivs (Behel und Schüller) haben sich vielfach erfüllt. Diese Entwicklung verpflichtet uns aber auch, das Parteiarchiv immer weiter auszugestalten, um den ständig wachsenden Anforderungen an unsere Sammlung von parteigeschichtlicher Literatur und Dokumenten entsprechen zu können.

## Reichstagswahlen.

Früher als allgemein erwartet, fanden die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik statt. Bevor die Grenzen der Republik feststehen, mußten die Wahlen zum Reichstage stattfinden. Das hatte zur Folge, daß die Bezirke, in denen erst durch Abstimmung entschieden werden soll, ob sie ganz oder teilweise Glieder der deutschen Republik bleiben, jetzt an den Wahlen nicht teilnehmen konnten. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung nach Westpreußen und Posen, sowie das Saarrevier mitwählten, schieden bei der Reichstagswahl nicht nur die bereits abgetretenen Gebiete aus, sondern es konnten auch jene Gebiete nicht mitwählen, wo in einzelnen Teilen über die fernere Zugehörigkeit zu Deutschland abgestimmt werden sollte. Nicht gewählt wurde in Ostpreußen und den Teil von Westpreußen, der beim Reiche verblieben ist, ferner wurde nicht gewählt in Oberschlesien und Schleswig-Holstein. Auch die aktiven Soldaten, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung mitwählten, haben zum Reichstag nicht mitgewählt. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung 87 828 000 Wähler in den Wählerlisten eingetragen waren, waren in den Wählerlisten der Gebiete, die nun an der Reichstagswahl teilnahmen, nur 32 587 000 Namen in den Listen verzeichnet. Die Ziffern, das Ergebnis der Wahl, sind daher wenig vergleichbar. Die Wahlbeteiligung war annähernd die gleiche. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 100 eingeschriebenen Wählern 80,4 gültige Stimmen abgegeben wurden, wurden nun von 100 eingeschriebenen Wählern 79,8 gültige Stimmen abgegeben.

Starke Stimmenverlust hatten die drei Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und die Deutschen Demokraten. Der Stimmenverlust erscheint bei einzelnen Parteien größer als er in Wirklichkeit ist, indem die scheinbar verlorenen Stimmen als Stimmen einer Partei wieder erscheinen, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht als selbständige Partei auftraten. So waren z. B. bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit als Zentrumstimmen verzeichnet. Rechnet man die Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit als Zentrumstimmen, dann bleibt ein Rückgang von 19,7 Proz. auf 18,1 Proz. Ferner wirkt mit, daß Oberschlesien, wo das Zentrum bei den Wahlen zur Nationalversammlung 48,4 Proz. der Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen nicht mitwählte.

Bedenklich für uns ist der Stimmenrückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Wenn auch der größte Teil des Verlustes darauf zurückzuführen ist, daß proletarische Wähler, die sonst für unsere Partei stimmten, nun für Unabhängige und Kommunisten ihre Stimme abgaben, indem sie glaubten, dadurch ihre sozialdemokratische Gesinnung schärfer zum Ausdruck bringen zu können, so zeigt sich doch, daß der Bruderzwist einen Verlust für die gesamte proletarische Bewegung gebracht hat. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung die beiden sozialdemokratischen Parteien trotz des schon damals todbenden Bruderzwistes noch 45,5 von 100 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten, brachten es jetzt die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur auf 42,1 v. H. Es ist dieses seit 1881 das erstemal, daß bei einer allgemeinen Wahl die Sozialdemokraten nicht nur keinen Gewinn, sondern einen Verlust zu verzeichnen haben. Ein prozentualer Rückgang war auch 1907 zu verzeichnen. Während wir 1903 schon 31,71 v. H. Stimmen gehabt hatten, hatten wir 1907 nur 28,94. Dieser relative Rückgang war auf die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen, denn während 1903 nur 76,1 v. H. der eingeschriebenen Wähler sich an der Wahl beteiligt hatten, stimmten 1907

84,9 v. H. eingeschriebene Wähler. Unsere Stimmengahl war von 8 010 771 Stimmen im Jahre 1903 auf 8 259 029 im Jahre 1907 gestiegen.

Den stärksten Verlust hatte die Deutsche Demokratische Partei, deren Stimmenanteil von 18,5 v. H. auf 8,5 v. H. zurückging. Was die Mittel- und Linksparteien als Verlust hatten, konnten die Rechtsparteien als Gewinn buchen. Die früheren Nationalliberalen, jetzt Deutsche Volkspartei, hatten einen Stimmenzuwachs von 1 345 633 auf 3 606 316 und stieg damit ihr Stimmenanteil von 4,4 v. H. auf 13,9, und der Anteil der früheren Konserverativen, jetzt Deutschnationale Volkspartei, stieg von 10,3 auf 14,3 v. H. Der Anteil der beiden Rechtsparteien stieg also von 14,7 auf 28,2 v. H. Die Tatsache sollte ein Ansporn sein zu verstärkter Propaganda. Wie wir früher aus den politischen Fehlern der Gegner immer den größten Nutzen hatten, so daß man von dem Schweineglück der Sozialdemokraten sprach, so haben jetzt die Reaktionen das Schweineglück, daß in dem Augenblick, in dem die Arbeiter die Früchte des Kampfes einheimen könnten, durch den Bruderkampf große Massen in die Reihen der Reaktion getrieben werden. Hoffentlich erkennen die Arbeiter rechtzeitig die Wirkungen des Bruderkampfes und bringen es dahin, daß das diesjährige Wahlergebnis die einzige Ausnahme in der Siegesgeschichte der Sozialdemokratie bleibt.

Die Wahlergebnisse der beiden Wahlen nebeneinander gestellt, geben folgendes Bild:

	Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919		Bei der Reichstagswahl 1920	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Sozialdemokraten	11 509 048	37,9	5 614 456	21,6
Unabhängige	2 317 290	7,6	4 895 317	18,8
Kommunisten	—	—	441 995	1,7
Sozialdemokraten und Kommunisten	13 826 338	45,5	10 951 768	42,1
Zentrum	5 980 216	19,7	3 540 830	13,6
Bayerische Volkspartei	—	—	1 171 722	4,5
Demokraten	5 641 825	18,5	2 202 334	8,5
Deutschnationale Volkspartei	3 121 479	10,3	3 736 778	14,3
Deutsche Volkspartei	1 345 633	4,4	3 606 316	13,9
Anderer Parteien	484 843	1,6	807 842	3,1
	30 400 844		26 017 590	

## Landtagswahlen.

Der Sturmwind der Revolution hatte in den Novembertagen des Jahres 1918 die Mutterkarte reaktionärer Wahlsiege für die Landtagswahlen der deutschen Bundesstaaten hinweggefegt. Die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts brachten denn auch ein für die Sozialdemokratie günstiges Resultat. Von den insgesamt 1897 Mandaten wurden 755 von der sozialdemokratischen Partei, 146 von den Unabhängigen, 15 von den Kommunisten und 981 von den bürgerlichen Parteien erobert. Es standen also den 916 Vertretern proletarischer Parteien 981 Vertreter bürgerlicher Parteien gegenüber. In einer Anzahl Klein- und Mittelstaaten hatten die Arbeitervertreter die Mehrheit. Neuwahlen fanden im Laufe des Jahres in Bayern, Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und den thüringischen Staaten statt. Das Ergebnis der Neuwahlen war durchweg wenig befriedigend. In den Ländern, wo die

Arbeiter sich am heftigsten bekämpften, hatten die bürgerlichen Parteien den größten Stimmenzuwachs und Mandatsgewinn. Die Ziffern sind aber wenig vergleichbar. So ist z. B. Coburg an Bayern angeschlossen, und die acht thüringischen Staaten haben ihre Selbständigkeit aufgegeben und einen gemeinsamen Landtag gewählt. Erheblichen Mandatsverlust hatten wir in Bayern und Württemberg. Ein Teil der verlorenen Mandate fiel den Unabhängigen und den Kommunisten zu. In beiden Ländern war eine bedeutend schwächere Wahlbeteiligung als im Vorjahr. Während in Bayern 1919 3 354 424 Wähler gestimmt hatten, erschienen 1920 nur 2 967 969 Wähler an der Wahlurne. In Württemberg sank die Wahlbeteiligung von 1 314 234 auf 1 096 286. Es scheint aber ein Umschwung in der Stimmung einzutreten. Dieses geht aus dem Wahlergebnis von Mecklenburg-Schwerin hervor. Freilich ist auch ein allgemeiner Stimmenrückgang von 321 155 auf 302 773 zu verzeichnen. Auffällig aber ist der Umschwung im Vergleich zu den Reichstagswahlen, die eine Woche früher stattfanden. An Stimmen wurden abgegeben:

	Reichstagswahlen	Landtagswahlen
für Sozialdemokraten	119 823	128 473 (+ 8 650)
„ Unabhängige	36 062	24 567 (— 11 495)
„ Kommunisten	2 688	1 178 (— 1 490)
„ Deutschnationale	74 051	71 840 (— 2 214)
„ Volkspartei	51 593	48 717 (— 2 876)
„ Dorfbund	27 845	24 188 (— 3 647)
„ Demokraten	28 265	22 202 (— 6 063)

Während alle anderen Parteien einen erheblichen Stimmenverlust hatten, hatte die sozialdemokratische Partei einen Gewinn von 8650. Unser Stimmenanteil stieg von 38,6 Proz. auf 40 Proz.

In den neugebildeten Landtag des Freistaates Thüringen wurden gewählt: 11 Sozialdemokraten, 15 Unabhängige, 4 Demokraten, 8 Deutsche Volkspartei, 4 Deutschnationale und 11 Bauernbündler. In allen Landtagen, die neu gewählt wurden, ist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten etwas kleiner als sie in den zuerst gewählten Landtagen war.

## Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreis- und Provinziallandtagen.

Im Bericht an den vorjährigen Parteitag konnte eine genauere Uebersicht über die Anzahl der Parteigenossen und Parteigenossinnen, welche in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen, wegen der kurzen Zeit, die zwischen den gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesen Gebieten und der Berichterstattung lag, nicht gegeben werden. Eine genaue Aufstellung ist letztmalig an den Parteitag zu Jena 1913 berichtet worden. Damals wirkten in 509 Städten 2753, in 2973 Landgemeinden 8928 Parteigenossen als Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Außerdem amtierten als Magistratsmitglieder in 65 Städten 133 und als Beisitzer in 120 Gemeindevorständen 187 Mitglieder unserer Partei.

Durch die politische Umwälzung ist auch ein frischer Luftzug durch die Kreis- und Gemeindestuben gegangen, die früher zum großen Teil mit Vertretern bestimmter Interessenslängen angefüllt waren. Auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik sieht sich unsere Partei und ihre Vertreter vor neue und nicht immer leichte Aufgaben gestellt.

Als Folge der einschneidenden Veränderungen des Kommunalwahlrechts in allen Ländern, ist daher ein starkes Anschwellen der Ziffern sozialdemokratischer Kommunalvertreter verständlich. Dabei muß der Umstand in Berücksichtigung gezogen werden, daß durch die Spaltung der Partei auch die Unabhängigen eine nicht unerhebliche Zahl von Gemeindevertretern in den einzelnen hier in Betracht kommenden Körperschaften stellen. Der sozialdemokratische Einfluß macht sich daher in stärkerem Maße geltend, als dies in unseren Zahlen zum Ausdruck kommt. Durch die Veränderung der wahlrechtlichen Bestimmungen ist den weiblichen Personen über 20 Jahre das Wahlrecht zugestanden; dieser Umstand ist in unserer Aufstellung besonders berücksichtigt. Leider können diese Zahlen auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Ein nicht unerheblicher Teil der Ortsvereine hat an die zuständige Bezirksorganisation nicht berichtet. Es kommt hinzu, daß selbst Bezirksorganisationen teilweise nur lückenhaft berichtet haben. So haben über die Zahl der sozialdemokratischen Stadtbezordneten keine Angaben gemacht: Ostpreußen und Württemberg, über Gemeindevertreter Ostpreußen und Oberpfalz-Niederbayern.

Angaben über die Zahl sozialdemokratischer Magistratsvertreter fehlen aus den Bezirken Ostpreußen, Oresfeld, Württemberg, Franken, Oberpfalz-Niederbayern, Oberbayern und Schwaben. Ueber Vertretung in den Gemeindevorständen fehlen die Angaben aus den Bezirken Ostpreußen, Leipzig, Oresfeld, Württemberg, Oberbayern und Schwaben. Wir richten an die Bezirksorganisationen hiermit das dringende Ersuchen, in Zukunft sich dieser Unterlassungen nicht schuldig zu machen, wenn einigermaßen ein vollständiges Bild dieser doch immerhin nicht unwichtigen Zusammenstellung gegeben werden soll.

Aus den gemachten Angaben ist zu entnehmen, daß unsere Partei in 1041 Städten durch 7592 männliche und 386 weibliche, in 5682 Landgemeinden durch 28 570 männliche und 413 weibliche Vertreter an der Gestaltung des öffentlichen Gemeindelebens teilnimmt.

Als Magistratsmitglieder, teils befehdt, zum großen Teil teils unbesohdet, wirkten in 523 Städten Parteigenossen. In den 2506 Gemeindevorständen sind wir mit 4045 männlichen und 24 weiblichen Besitzern und Schöffen vertreten.

Ein völlig neues Gepräge haben insbesondere in Preußen die Kreisaußschüsse und Provinziallandtage erhalten. Früher Gebilde ausschließlich agrarischer und kapitalistischer Inzucht, haben diese Kreise der Sozialdemokratie Platz machen müssen.

In 304 Kreisräten zählen wir 3262 Vertreter, darunter einen weiblichen; in den Provinziallandtagen vertreten 448 Parteimitglieder, darunter 2 Frauen, die Grundzüge sozialdemokratischer Parteipolitik. Die als Anlage angefügte Tabelle gibt über die weiteren Einzelheiten über die Verteilung in den verschiedensten Landesteilen Auskunft.

Bei der Neugestaltung der Dinge auch im kommunalen Leben Deutschlands konnte nicht ausbleiben, daß Parteigenossen als Stadtbezordnete und Gemeindevertreter gewählt wurden, die bis dahin keine Möglichkeit hatten, sich besonders kommunalpolitische Kenntnisse anzueignen und sich daher vor völlig neue Aufgaben gestellt haben. Dieser Kreis unter unseren Parteigenossen ist nicht klein. Es hat sich deshalb bald das Bedürfnis des Gedankenaustausches und der gegenseitigen Belehrung herausgestellt. Wo sich dieses Bedürfnis noch weiter zeigt oder wo solche gegenseitigen Aussprachen namentlich für einheitliche Wirtschaftsgebiete oder bestimmte Landesgebiete sich notwendig machen, sollten die Bezirksorganisationen ihr Augenmerk darauf richten, diesen Wünschen helfend zur Seite zu stehen.

Uebersicht über die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen 1919/1920.

Bezirk	Stadtbezordnete		Gemeindevertreter		Magistrate		Gemeindevorstände		Kreisräte		Provinziallandtage						
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	Sitze	männlich	weiblich	Dirigenten	männlich	weiblich	männlich	weiblich					
Ostpreußen	48	—	19	—	4	—	64	104	2	42	19	—					
Pommern	74	18	568	—	67	88	108	170	11	72	13	—					
Brandenburg	15	205	854	5	14	117	109	170	22	188	47	—					
Groß-Berlin	22	195	699	80	14	58	120	172	4	80	10	—					
Brandenburg	40	255	895	58	40	91	255	458	20	172	1	—					
Brandenburg	47	376	1623	39	47	67	344	863	23	216	2	—					
Brandenburg	12	43	1	212	6	6	80	90	—	—	2	—					
Brandenburg	23	88	2	89	149	—	29	35	13	25	—	—					
Brandenburg	45	455	2	245	1834	11	15	872	14	198	—	—					
Brandenburg	49	320	7	20	137	—	4	4	—	—	29	—					
Brandenburg	38	887	11	178	969	3	17	14	—	17	115	32					
Brandenburg	11	75	7	105	210	10	10	21	29	15	62	1					
Brandenburg	47	415	81	867	2175	85	19	40	60	40	384	27					
Brandenburg	41	228	13	286	1456	15	22	90	258	3	19	1					
Brandenburg	12	107	—	21	95	—	—	—	—	6	10	—					
Brandenburg	32	232	14	431	1720	12	26	62	73	7	84	—					
Brandenburg	54	515	27	836	1815	62	41	134	161	6	103	—					
Brandenburg	27	175	5	146	743	—	4	92	48	12	72	19					
Brandenburg	29	190	7	206	955	—	21	149	19	19	100	—					
Brandenburg	24	156	11	197	755	—	15	54	8	8	26	—					
Brandenburg	7	67	18	18	148	—	6	4	—	—	—	—					
Brandenburg	53	411	15	255	1052	—	29	118	17	197	28	—					
Brandenburg	33	275	17	31	93	10	11	1	6	84	—	—					
Brandenburg	11	97	4	60	176	4	—	—	—	—	—	—					
Brandenburg	26	159	12	199	930	6	10	4	7	93	1	—					
Brandenburg	15	148	—	282	1385	—	8	50	18	123	87	—					
Brandenburg	16	94	—	56	171	—	13	885	—	—	—	—					
Brandenburg	30	225	—	280	5594	—	34	421	8	65	63	—					
Brandenburg	?	?	—	121	1711	11	—	—	—	—	—	—					
Brandenburg	22	178	12	290	828	15	—	—	—	—	—	—					
Brandenburg	141	553	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
Brandenburg	20	96	—	241	1046	—	—	—	—	—	—	—					
<b>Gesamt</b>	<b>1041</b>	<b>7592</b>	<b>386</b>	<b>5682</b>	<b>28570</b>	<b>413</b>	<b>523</b>	<b>1308</b>	<b>1</b>	<b>2506</b>	<b>4045</b>	<b>24</b>	<b>304</b>	<b>2381</b>	<b>1</b>	<b>446</b>	<b>2</b>

Insbepondere kann durch derartige Aussprachen erreicht werden, daß bei unseren in der Gemeindepolitik tätigen Genossen kirchumpolitische Gesichtspunkte, vom engen Standpunkt ihrer örtlichen Verhältnisse distinkte Politik von vornherein soweit als möglich oder überhaupt ausgeschaltet werden. In die Fehler bürgerlicher Gemeindepolitiker, die wir früher sehr oft und mit Recht bekämpft haben, dürfen unsere Parteigenossen nicht verfallen.

Zudem bietet die kommunalpolitische Literatur und die aufmerksame Lektüre des kommunalen Parteiorgans die „Kommunale Praxis“ den Gemeindepolitikern ausgiebiges Material, um sich theoretisch und praktisch weiterzubilden. Auf Einzelheiten, die sich bemerkbar machen, für bestimmte Landes- teile besondere Unterorgane für Kommunalpolitik zu gründen, kann hier nicht näher eingegangen werden.

Auch im Berichtsjahre sind leitende kommunale Stellen von Parteigenossen besetzt worden, so der Posten des Oberbürgermeisters in Caspel durch den Genossen Scheidemann. Die Wahl des Genossen Ritter, Mitglied des Parteivorstandes, als zweiter Bürgermeister des zukünftigen Groß-Berlin, ist von dem Ausschuß zur Wahl des neuen Magistrats kürzlich beschlossen und dürfte demnächst definitiv erfolgen.

## Parteipresse.

Auch diesmal sind wir in der angenehmen Lage, von einer erfreulichen Zunahme der Parteiblätter berichten zu können.

Im Vorjahre zählten wir 95 Parteizeitungen, zurzeit verfügt die Partei über 147 Zeitungen, die zum großen Teil in eigenen Druckereien hergestellt werden. Nach Provinzen und Landesteilen geordnet verteilt sich die Parteipresse wie folgt:

Anhalt 2, Baden 7, Bayern 14, Braunschweig 2, Freie Städte 5, Hessen 4, Mecklenburg 2, Oldenburg 4, Brandenburg 12, Hannover 11, Hessen-Nassau 5, Ostpreußen 5, Westpreußen 2, Lippe 1, Pommern 6, Posen 1, Rheinprovinz 11, Provinz Sachsen 8, Schlesien 10, Schleswig-Holstein 3, Westfalen 9, Sachsen 9, Sachsen-Altenburg 1, Sachsen-Koburg-Gotha 1, Sachsen-Meiningen 3, Sachsen-Weimar-Eisenach 2, Württemberg 7.

Leider ist wie kaum ein anderes Gewerbe das Zeitungs-gewerbe den außerordentlich ungünstigen Wirkungen der anhaltenden Wirtschaftskrise unterworfen. Insbesondere trifft das für eine Presse mit einer bestimmten politischen Tendenz wie die unsere zu. Die wahnsinnig gestiegenen Preise für Rohmaterialien, Maschinen und Papier zwangen immer wieder zu einer Erhöhung der Preise für Abonnement und Inserate. Daß unter diesen Umständen die im vorigen Jahr dank der politischen Umwälzung sprunghaft gestiegene Abonentenziffer relativ eine Senkung erfahren hat, versteht sich am Rande.

Leider ist bei der Gründung einzelner Parteiblätter nicht immer mit der nötigen Sorgfalt verfahren und die gehörige Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse genommen worden. Die Folge davon war, daß einige Kapblätter, die nicht genügend fundiert waren, sich nicht halten konnten. Es muß deshalb auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betont werden, daß Neugründungen zu vermeiden sind, solange nicht alle beteiligten kompetenten Instanzen unterrichtet sind und sich von der Lebensfähigkeit überzeugt haben.

Revisionen der Parteigeschäfte fanden im Berichtsjahr 44 statt. Und zwar wurden 29 Geschäfte einmal, 9 zweimal, 2 dreimal, 2 viermal, 1 Geschäft sechsmal und 1 Geschäft siebenmal revidiert.

Konferenzen der Geschäftsführer fanden zwei statt: im Juni und im Dezember 1919.

Der Gedanke der Gründung einer Einkaufszentrale, der seit Jahren die Geschäftsführerkonferenzen beschäftigte, geht jetzt seiner Verwirklichung entgegen. Die Einkaufszentrale wird noch im Laufe dieses Jahres errichtet werden.

## „Vorwärts“.

Das verfloßene Geschäftsjahr stand im Zeichen fortgesetzt steigender Druck- und Papierpreise.

Während es dem Verlag in der ersten Hälfte des Jahres noch möglich war, die Ausgestaltung des „Vorwärts“ durch Herausgabe der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ zu fördern, mußte er in den darauffolgenden Monaten, infolge der ununterbrochenen Preissteigerungen der Herstellungsmaterialien sowie der Lohn- und Gehalts erhöhungen, der größten Mäßigung in bezug auf Erweiterung und Ausgestaltung des „Vorwärts“ sich befleißigen.

Um so mehr, da auch die sich aus den allgemeinen Preissteigerungen notwendig machende Erhöhung des Abonnementpreises in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage unseres Leserkreises nicht im Verhältnis zu den sprunghaft steigenden Druck- und Papierpreisen erfolgen konnte. Auch die Erhöhung der Inseratenpreise mußte im Rahmen des Möglichen gehalten werden.

Die Papierpreise sind um das Zwanzigfache des Friedenspreises gestiegen, dagegen der Abonnementpreis nur um zirka das Neunfache erhöht wurde. Unter dem Druck der sich allmonatlich wiederholten Preis erhöhungen der Materialpreise stand die gesamte Presse und beeinflusste naturgemäß auch sehr merkbar den Etat des „Vorwärts“.

Die Zustellung des „Vorwärts“ an die Abonnenten wurde am 1. Dezember 1919 einer Zeitungsvertriebsgesellschaft, der „Zeitungs-Zentrale“, übertragen, die sich gegründet hatte mit dem Ziel, durch Zusammenlegen der Bestellung möglichst aller Berliner Zeitungen die Zustellung rationeller zu gestalten, insbesondere Kräfte zu sparen, die Bestellbezirke zu verkleinern und durch Zahlung höherer Löhne an die Austräger den sich nach der Revolution in allen Berliner Zeitungen stark fühlbar machenden Mangel an Botenfrauen zu beheben.

Die Postbehörde, die bereits im Anfang des vorigen Jahres erfucht worden war, die Zeitungsbestellungen örtlich zu organisieren, hatte die Uebernahme der Bestellung der gesamten Zeitungen durch Zeitungsboten abgelehnt.

Der von der „Zeitungs-Zentrale“ übernommene Straßenverkauf wird vom Verlag durch von ihm selbst angestellte Händler nachdrücklich gefördert.

Der Inseratenumfang des „Vorwärts“ hat, da er als Zentralorgan der Partei in allen Kreisen der Bevölkerung gelesen und dadurch als Publikationsmittel für Anzeigen aller Art von den Inserenten geschätzt wird, wesentlich zugenommen.

Der „Vorwärts“ hat auch im vergangenen Jahre den Kampf für den Sozialismus auf demokratischer Grundlage mit Entschiedenheit geführt. Seine

besondere Aufmerksamkeit galt der Verteidigung der Republik und der Erregenschaften des 9. November. Der „Vorwärts“ bekämpfte nach wie vor Diktaturgefühle und Putzschismus der äußersten Linken, deren Treiben nur der Wiedererstarkung der Reaktion dienen mußte. Als auf der andern Seite die Reaktion, durch die Putzsch von links geträgt, fühner ihr Haupt zu erheben begann und namentlich in der Reichswehr sich ein Bollwerk schuf, hat der „Vorwärts“ rechtzeitig und nachdrücklich auf die drohende Gefahr hingewiesen und vor ihr gewarnt, leider ohne daß seine Warnungen allorts die genügende Beachtung gefunden hätten.

Unmittelbar nach dem Friedensschluß von Versailles machte sich ein Wechsel in der Chefredaktion des „Vorwärts“ notwendig, weil Genosse Stampfer, der bis zuletzt Gegner der Unterzeichnung gewesen war, in Konsequenz seiner von dem Beschluß der Fraktionmehrheit abweichenden Anschauung sein Amt niederlegte. Nach längeren Verhandlungen gelang es, als seinen Nachfolger den bisherigen Chefredakteur der Magdeburger „Volkstimme“, Genossen W a d e r, zu gewinnen, der sich jedoch nur auf ein Provisorium von sechs Monaten verpflichtete. Nach Ablauf dieser Zeit wünschte Genosse Wader nach Magdeburg zurückzukehren, worauf Genosse S t a m p f e r wiederum die Chefredaktion übernahm. Am 15. Mai trat Genosse Franz K l ü ß - Magdeburg in die Redaktion ein.

Hatte das vergangene Berichtsjahr dem „Vorwärts“ zwei Besetzungen durch Linksputschisten gebracht, so sollte er in diesem Jahr eine Besetzung durch Rechtsputschisten erleben. Eine der ersten Handlungen der in Berlin einziehenden Kappisten bestand in der Nacht vom 12. zum 13. März darin, daß sie sich des „Vorwärts“-Gebäudes bemächtigten. Die morgens ihren Dienst antretenden Redakteure fanden die Eingänge des Gebäudes von Truppen besetzt, die ihnen zwar den Eintritt gestatteten, aber erklärten, den Auftrag zu haben, jede Herausgabe der Zeitung zu unterbinden. Ein normales Erscheinen des „Vorwärts“ war damit unmöglich gemacht. Trotzdem haben Redaktion und Geschäftsleitung des „Vorwärts“ keine Anstrengungen unterlassen, um in den kritischen Tagen an ihre Leser und die Bevölkerung heranzukommen. Leider entsprach der Erfolg nicht der angewandten Mühe. Am 14. März stellten zwei Redakteure mit Hilfe von freiwilligem Personal im „Vorwärts“-Gebäude selber hinter dem Rücken der Besetzung eine Extraausgabe her. Diese konnte gerade noch über die hintere Mauer hinausgeschleppt werden, ehe der überwachende Hauptmann Lunte noch und einschritt. Es waren aber nur 15 000 Exemplare, weitere 20 000 wurden dann noch in einer kleinen Druckerei der Nachbarschaft hergestellt, für Groß-Berlin ein Tropfen.

Nach dem Sturz der Kappregierung erschwertes Generallotter und Strommangel das weitere Erscheinen. Trotzdem gelang es, noch zwei weitere Extraausgaben herauszubringen. Am Montag, den 22. März, wurde die erste regelmäßige Abendausgabe hergestellt. Der Druck mußte jedoch außerhalb Berlins in Spandau und Ludenwalde erfolgen. Die Anfuhr der dort hergestellten Exemplare verzögerte sich jedoch unerträglich. Am Dienstag verhinderte wieder der Strommangel jede Tätigkeit. Erst von Mittwoch, den 24. März, ab war das ungeforderte und regelmäßige Erscheinen des „Vorwärts“ möglich.

Infolge eines Abkommens mit der Austrägerinnen, die einen freien Tag für sich wünschten, mußte die Montag-Morgenausgabe des „Vorwärts“ von Mai 1920 ab in Fortfall kommen, so daß der „Vorwärts“ jetzt nur noch 12mal wöchentlich erscheint.

## „Neue Zeit“ „Gleichheit“ und „Der wahre Jacob“.

Nachdem die Frauen durch die Revolution gleichberechtigte Staatsbürgerinnen geworden sind, und sie somit einen politischen Machtfaktor bilden, muß besonderes Gewicht darauf gelegt werden, dieselben zu uns heranzuziehen. Die mündliche Agitationsarbeit unter den Frauen aber tut es allein nicht. Sie wird zum großen Teil unwirksam bleiben, wenn sie nicht durch fortlaufende schriftliche Aufklärungsarbeit unterstützt wird. Es müssen aus den Begeisterten Wissende und Erkennende herangebildet werden. Für jede Partei bildet die Heranziehung der Frauen eine Lebensnotwendigkeit. Aus diesen Erwägungen heraus wurde vom Parteivorstand beschlossen, unser Frauenblatt „Die Gleichheit“ ab 1. Juli v. J. wöchentlich, anstatt zweimal monatlich, erscheinen zu lassen. Gleichzeitig wurde, einem Bedürfnis entsprechend, der „Gleichheit“ die Kultur- und Modebeilage „Die Frau und ihr Haus“ beigelegt. Durch diese Ausgestaltung erhöhte sich natürlich der Bezugspreis unseres Blattes. Er blieb an sich mit 30 Pf. für die Nummer und 1,20 Mk. im Monat gewiß sehr niedrig, aber viele der bisherigen Leserinnen glaubten doch, den erhöhten Preis nicht zahlen zu können und die Abonnentenzahl sank. Vor allen Dingen wurde das Obligatorium in den Bezirken, wo es bis dahin noch bestand, aufgehoben, weil dieselben den Frauen nicht zumuten wollten, einen erhöhten Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Dieser Rückgang der Leserinnen ist im Interesse unserer Partei sowohl wie der gesamten politischen Entwicklung außerordentlich zu bedauern. Die Gesetzgebung ist so ungeheuer reich an Material, welches unbedingt zur Kenntnis der Frauen kommen muß, daß es gar nicht möglich ist, es in einem vierzehntäglichen erscheinenden Blatt unterzubringen. Es würde dann für die systematische sozialistische Begründungsarbeit überhaupt kein Raum übrig bleiben. Notwendig ist aber beides, die Schulung im Sozialismus wie die Schulung zur politischen Mitarbeit an der Gesetzgebung und an der Durchführung der geschaffenen Gesetze.

Das System der Einzelabonnements, wie wir es haben, hat den Vorteil, daß das Blatt von jeder Bezückerin wirklich gelesen wird. Andererseits bleibt natürlich der Nachteil, daß der Preis der Leserinnen ein verhältnismäßig enger ist.

Der kommende Parteitag wird sich deshalb mit der Frage zu beschäftigen haben, ob es einen Weg gibt, die Gleichheit allen sozialistisch denkenden Frauen zugänglich zu machen. Die Lösung der Frauenfrage schließlich ist eine Forderung des Kulturfortschrittes, der Menschheitsentwicklung geworden. Für die Partei aber bedeutet die Organisierung der Frauen und ihre politische Schulung die Lebensmöglichkeit.

Auch im letzten Geschäftsjahr hatten „Neue Zeit“ und „Wahrer Jacob“ einen Rückgang des Abonnentenstandes zu verzeichnen.

Die fortwährenden Erhöhungen des Abonnements hatten zur Folge, daß ein Teil der Leser, in der Annahme, „Neue Zeit“ und „Wahrer Jacob“ gehörten nicht unbedingt zu den lebensnotwendigen Dingen, das Abonnement abbestellten. Durch die verringerten Abnahmlichkeiten gestaltete sich der Etat der Zeitchriften passiv. Deckte der „Wahrer Jacob“ bisher aus seinen Ueberprüffen das Defizit der „Neuen Zeit“, so war er im letzten Geschäftsjahr dazu nicht in der Lage.

Eine Besserung dürfte erst mit Sinken des Papierpreises eintreten.

# Buchhandlung Vorwärts.

Im Berichtsjahre gelangten 42 Neuerscheinungen mit insgesamt 647 200 Exemplaren und 23 Nachdrucke alter Verlagswerke mit 226 900 Exemplaren zur Ausgabe, wie folgt:

Neuerscheinungen:			
	Auflage	Auflage	
Apel, Die Volkshochschule . . .	5 000	Friedr. Krasser, Antihklabus . . .	15 000
Volkshochschule, Einheitschule . . .	5 000	Kuttner, Erdvolke Front . . .	20 000
Arbeiter-Kotizkalender 1920 . . .	5 000	Kobmann, Die Arbeit im Elternbeirat . . .	10 000
Wahle, Weltliche Schule . . .	5 000	Programm und Organisation der sozialdemokrat. Partei . . .	20 000
Bernstein, Wirtschaftsweisen . . .	10 000	Protokolle der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1919 . . .	10 000
Bischoff, Die Entlarbung der deutsch-bolschewistischen Verschwörung . . .	3 000	Duarr, Reichsverfassung . . .	5 000
Böse, Volkslieder . . .	5 000	Menner, Was ist Klassenkampf . . .	5 000
Ab. Braun, Der Ententefrieden und die Arbeiterklasse . . .	23 000	Smilg, Quintessenz des Bolschewismus . . .	5 000
Sturmögel der Revolution . . .	23 000	Stämpfer, Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus . . .	45 000
Geldrevolution und Arbeiterlohn . . .	20 000	Striemer, Zur Kritik der freien Wirtschaft . . .	5 000
Gleinow, Erlebnisse im sterbenden Rußland . . .	100 000	Verbrechergeschichten II . . .	10 000
A. Conrady, Reichsgründung u. Kommune . . .	3 000	Steiner-Jullien, Wilh. Picard . . .	20 000
Demokratie in England . . .	5 000	Osteroth, Vom Peter zum Kämpfer . . .	20 000
Donat, Gott, Glauben, Freiheit . . .	5 000	Tsurow, Wutu Simbas Mission . . .	20 000
Felden, Kirche, Religion und Sozialdemokratie . . .	15 000	Arthur Hidler, Im Zollhause . . .	15 000
Flatau, Kommentar zum Vertriebsrätegesetz . . .	60 000	Die Brotwinfel . . .	10 000
Was ist der Sozialismus . . .	10 000	Berliner Putzge . . .	4 000
Für Republik und Demokratie . . .	20 000	Schmidt, Sozialdemokratie und Landwirtschaft . . .	20 000
Frauenstimmen . . .	5 000	Schiff, Stimme aus dem Grabe deutsch . . .	5 000
Vertriebsrätegesetz . . .	20 000	französisch . . .	15 000
Gemeindewahlen . . .	20 000		
Keil, Kriegsteuer 1918 . . .	1 200		

Nachdrucke:			
	Auflage	Auflage	
Barth, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot . . .	10 000	Gausenstein, Die großen Utopisten . . .	5 000
Bebel, Aitenate und Sozialdemokratie . . .	5 000	Skautsky, Die historische Leistung von Karl Marx . . .	5 000
Christentum u. Sozialismus . . .	25 000	Ferdinand Lassalle, Ueber Verfassungswesen . . .	5 000
Bernstein, Ferdinand Lassalle . . .	5 000	Die Wissenschaft der Arbeiter . . .	5 000
Böse, Volkslieder . . .	15 000	Wilhelm Liebknecht, Wissen ist Macht . . .	5 000
Brade, Ueber mit den Sozialdemokraten . . .	30 000	Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital . . .	15 000
Braun, Zeitungsfremdwörter . . .	15 000	Engels kommunist. Manifest . . .	10 000
David, Referentenführer . . .	10 000	Mehring, Deutsche Geschichte . . .	4 500
Diederich, Marx-Predier . . .	5 000	Breckang, Lächler der Arbeit . . .	1 200
Engels, Grundzüge des Kommunismus . . .	15 000	Der verlorene Sohn . . .	1 200
Entwicklung des Sozialismus . . .	25 000	Schulz, Sozialdemokratie und Schule . . .	5 000
Die Verfolgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen . . .	5 000		

Die Raizeitung fand in 150 000 Exemplaren Verbreitung.

Der Abschluß des Geschäftsjahres zeigt nachstehendes Ergebnis:

Aktiva.		Bilanz am 31. März 1920.		Passiva.	
	RM.	Fl.		RM.	Fl.
Kassenbestand . . . . .	18 099	96	Postkchekkonto . . . . .	322	80
Warenbestand . . . . .	327 766	50	Kreditoren . . . . .	546 100	59
Debitoren . . . . .	580 814	—	Stammkapital . . . . .	21 000	—
Inventarbestand . . . . .	10 000	—	Refervefonds . . . . .	968 757	07
Summa . . . . .	936 180	46	Summa . . . . .	936 180	46

Debet.		Gewinn- und Verlustrechnung.		Credit.	
	RM.	Fl.		RM.	Fl.
Inventarkonto: Wertabfchreibung . . . . .	3 564	15	Dubiofentkonto . . . . .	6 784	18
Steuerkonto . . . . .	5 562	10	Warenkonto . . . . .	512 787	79
Lohn- und Gehaltskonto . . . . .	149 661	63			
Personalversicherungs-konto . . . . .	8 421	41			
Unkostenkonto . . . . .	48 811	79			
Vertriebsspesenkonto . . . . .	24 558	82			
Rinienkonto . . . . .	17 924	50			
Gewinn . . . . .	261 067	57			
Summa . . . . .	519 571	97	Summa . . . . .	519 571	97

Ueber den Stand der im Vertrieb der Buchhandlung befindlichen Zeitschriften „Gleichheit“, „Der freie Lehrer“, „Kommunale Praxis“, „Arbeiterjugend“, gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Zeitschrift	Abonnementstand am 31. März 1920	Gewinn und Verlust				Bemerkungen		
		von	bis	Ueberschuß RM.	Verlust Fl.			
Gleichheit . . . . .	13 000	1. 7. 19	31. 3. 20	—	—	37 368	—	am 1. 7. 1919 in Betrieb genommen
Der freie Lehrer . . . . .	1 900	1. 7. 19	31. 3. 20	—	—	22 041	87	
Kommunale Praxis . . . . .	6 000	1. 4. 19	31. 3. 20	3 064	36	—	—	
Arbeiterjugend . . . . .	80 000	1. 4. 19	31. 3. 20	—	—	27 954	47	

Am 1. Januar 1920 trat Genosse Michael Zalusowicz in die Geschäftseitung ein. Erfreulicherweise nehmen die Geschäfte trotz der allgemeinen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse einen guten Aufschwung.

## Agitation.

Trotz der vielfachen Erschwerungen ist die Agitation für die Partei ununterbrochen und mit befriedigendem Erfolge betrieben worden. Erschwerend wirken die schlechten Verkehrsverhältnisse im allgemeinen, die Besetzung erheblicher Landesteile, die fortgeschrittene Abberufung eingearbeiteter Funktionäre in amtliche Stellen und die gegen unsere Partei von der U. S. P. D., K. P. D. und K. V. P. D. betriebene wüste Agitation. Auch die reaktionären Parteien haben es an Gefäßigkeiten und Verleumdungen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten gegen unsere Partei nicht fehlen lassen. Mit dem Kapp-Putsch in den Märztagen 1920 hat diese Heße ihren Höhepunkt erreicht und sich bis zur Propaganda für die Reichstagswahlen gehalten. Wenn trotz alledem die Sozialdemokratische Partei bei den Wahlen noch verhältnismäßig



gut abgegrenzt hat, die Zahl der organisierten Mitglieder und der Ortsvereine beträchtlich zunahm, so sind das die untrüglichen Beweise für die Werbekraft unserer Weltanschauung, der zu ihrer Durchführung eingeschlagene Taktik und, das darf mit Genugtuung gesagt werden, für die unerermüdliche Tätigkeit in der Klein- und Aufklärungsarbeit der Parteigenossen. Gerade die letzten Vorgänge in der Politik bestätigen die von uns vertretenen Auffassungen.

Der Parteivorstand hat alle Maßnahmen getroffen und Anregungen unterstützt, die ihm geeignet erschienen, für die Sozialdemokratische Partei neue Anhänger zu gewinnen und sie mit dem Rüstzeug sozialistischer Literatur, in die Denkweise des proletarischen Klassenkampfes einzuführen. Wir erinnern hier nur an die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen, deren erste Konferenz am 21. April in Berlin stattfand; die geschaffene Zentralstelle für die Beamtenagitation, für die ein fast unübersehbares Agitationsfeld noch zu beackern ist. In verschiedenen Landesteilen haben sich Bawern-, Winger- und Handwerkerorganisationen auf sozialdemokratischer Grundlage gebildet. Zur Zusammenfassung der taubstummen Genossen werden für den Taubstummen Parteibund besondere Beitragsmarken verausgabt, deren Verrechnung nach Verhandlung mit den in Betracht kommenden Bezirksleitungen direkt mit dem Parteivorstand geschieht, um so in ständiger Fühlung mit diesen Genossen zu bleiben. Ihr Publikationsorgan „Wochenschrift des Taubstummenbundes“ wurde aus Parteimitteln finanziell unterstützt.

Die Einrichtung der besonderen Marken und Bücher für die Binnenschiffer wurde aufgehoben, da bei der jetzigen Organisationsform es den Genossen möglich ist, einheitliche Agitation zu betreiben und die regelmäßigen Beiträge abzuführen.

Gut bewährt haben sich die Betriebsvertrauensleute. Wo solche noch nicht ernannt sind, ist zu empfehlen, das Versäumte nachzuholen.

Die an das wöchentliche Erscheinen der „Gleichheit“ mit der Beilage „Die Frau und ihr Haus“ geknüpften Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Frauen gelangten in Massenaufgaben zur Verbreitung die Broschüren „Schutz der Frauenarbeit“, „Frauenarbeit und Frauenorganisation“, „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung“. Weiter wurde verbreitet die Agitationschrift: „Sozialdiktatur oder Sozialdemokratie?“. Die Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?“ behandelt in leicht verständlicher Form einige Grundthesen des Sozialismus.

Zur Aufklärung des Betriebsrätegesetzes wurden die Parlamentsreden der Genossen Bender und Osterroth als Broschüre verteilt.

In Massenaufgaben gedruckt und zur Verteilung gelangten die Flugblätter: „Deutsches Volk, schmiede dein eigenes Schicksal!“, „Der 13. Januar 1920“ u. a. Bei den verschiedensten Gelegenheiten wurden Redebildpositionen für Referenten betrausgegeben.

Eine Reihe von Flugblättern fanden anlässlich des Kapp-Putsch, ein Flugblatt fand für die heimkehrenden Krieger und eines für die Eisenbahner weiteste Verbreitung. Die Höhe der Auflagen sind nicht genau festzustellen, da die Bezirksleitungen vielfach wegen der Versandschwierigkeiten die Matern von der Zentrale bezogen und den Druck selbst besorgen ließen. Dadurch ermöglichte sich eine schnellere Verteilung, außerdem wurden auch Kosten erspart.

Die Revolutionsfeier am 9. November wurde, hauptsächlich in den Städten, durch besondere Veranstaltungen agitatorisch ausgenützt.

Die sozialdemokratische Fraktion, angeregt durch den Parteivorstand, stellte in der Nationalversammlung den Antrag, den 1. Mai wie im Vorjahre als gesetzlichen Feiertag festzulegen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diesen Antrag ab. Dem Aufrufe des Parteivorstandes, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu begehen, leistete die Arbeiterschaft unter reger Beteiligung Folge. Die Maifeier selbst galt auch als Auftakt zu den Reichstagswahlen.

Vielach sind an den Parteivorstand Anforderungen herangetreten, aus seinen Reihen und Abgeordnetekreisen zugkräftige Versammlungsredner den einzelnen Landesteilen zur Verfügung zu stellen. Soweit irgend möglich, wurde dem entsprochen, jedoch ließen sich nicht alle Wünsche realisieren. Dem Referentenmangel kann zum Teil dadurch abgeholfen werden, daß die Bezirke Redner austauschen. Durch die Zentrale läßt sich erfahrungsgemäß nicht immer dem Rednermangel abhelfen.

Die Versammlungstätigkeit war äußerst rege. Die außerordentlich harten Friedensbedingungen, die an vielen Orten eifrig diskutierte Frage der Einigung mit der U. S. P. D., die Forderung der Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Betriebsräte, die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften und Elternratswahlen, die Stellungnahme zu den Steuergesetzen u. v. a. m. boten Gelegenheiten, daß die Volksgenossen ihre Meinungen in Versammlungen auszusprechen. All das hat mit dazu beigetragen, die Massen in die sozialistische Gedankenwelt einzuführen und sich in deren Ideen zu vertiefen.

## Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands. Jahresbericht 1919-20.

Am 21. April 1919 hatte der Parteivorstand eine Konferenz von parteigenössischen Lehrern nach Berlin zusammenberufen, um über den Zusammenschluß aller in der Partei organisierten Lehrer zu beraten. Das Ergebnis war die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“, deren Förderung durch Beschluß des Weimarer Parteitagés zur Parteifache erklärt wurde. Zweck und Ziel dieser Organisation im Rahmen der Partei lagen von vornherein in zwei Richtungen: erstlich in der Förderung derjenigen Arbeiten innerhalb der Partei, für die der Lehrer auf Grund seines Berufes besonders geeignet erscheint, in erster Linie der Bildungsarbeit und der Jugendbewegung, und zweitens in der Unterstützung und Förderung der Schulpolitik der Partei.

Beide Aufgaben können natürlich nur im engsten Anschluß an die Partei und im stetigen Einvernehmen mit ihr gelöst werden. Ein großer Teil der in der Partei organisierten Lehrer gehörte aber bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft bereits jenen Vereinigungen an, die sich aus Lehrern aller sozialistischen Richtungen zusammensezten und sich zu einem „Verbande sozialistischer Lehrer“ zusammengeschlossen hatten. Die Haltung dieses Verbandes zwang unsere Arbeitsgemeinschaft leider bald nach ihrer Gründung zu einem Abwehrkampf, in dem wir das Ziel einer Klärung der verschiedenen Anschauungen allmählich erreichen konnten. Anfänglich stand dieser Verband sozialistischer Lehrer, in dem die radikalen Parteien immer mehr das Uebergewicht erhielten, der Ausbreitung unserer Arbeitsgemeinschaft recht hinderlich im Wege und noch jetzt ist beispielsweise in Bayern die Bewegung deshalb

nicht zu ihrer vollen Auswirkung gekommen. In den übrigen Bezirken des Reiches konnte im Laufe des Jahres die Organisation, häufig unter heftigen Kämpfen gegen rechts und links, gefestigt und ausgebaut werden.

Nach dem im Mai dieses Jahres beschlossenen Organisationsplan, der sich auf engste an die Bezirkseinteilung der Partei anschließt, umfaßt die Arbeitsgemeinschaft 30 Bezirksgruppen mit rund 2500 Mitgliedern. Die notwendige Verbindung mit der Partei ist in fast allen Bezirken dadurch hergestellt, daß der Vorsitzende der Bezirksgruppe gleichzeitig dem Bezirksvorstande der Partei angehört; auch in größeren Städten besteht eine ähnliche Verbindung unserer Ortsgruppen mit der lokalen Parteioorganisation. Im allgemeinen ist die Mitarbeit der Lehrerschaft überall in der Partei mit Freuden begrüßt worden, und die einzelnen Bezirke haben es bereits im ersten Jahre verstanden, sich die Vorteile der besonderen Lehrerorganisation zunutze zu machen. Nur vereinzelt stand anfangs ein gewisses Mißtrauen einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Wege, an dessen Beseitigung von beiden Seiten im Interesse der Partei gearbeitet worden ist und auch weiterhin gearbeitet werden muß. Daß die Hilfe, die die Arbeitsgemeinschaft bei der Aufklärungsarbeit der Partei leisten kann, nicht gering angeschlagen werden darf, erhellt man schon jetzt am Schluß des ersten Berichtsjahres aus folgenden noch nicht vollständigen Zahlenreihen. Von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft waren tätig:

in der Jugendbewegung	410
in der Bildungsarbeit	638
in der Wahlagitation	694

Gerade die Kleinarbeit auf dem Lande kann durch die Mithilfe der parteigenössischen Lehrerschaft ganz erheblich gefördert werden; haben doch schon bei der letzten Reichstagswahl die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft hier weit über 2000 Versammlungen abgehalten. Auch in der Jugend- und Bildungsarbeit, wo es überall noch an Kräften fehlt, ist die Mithilfe der Lehrerschaft da gern angenommen worden, wo sie sich bereits auf den besonderen Charakter dieser Arbeit eingestellt hatte. Die Vorträge für diese Aufgaben wurde in den Orts- und Bezirksgruppen der Arbeitsgemeinschaft geleistet, die ihrerseits durch Vorträge und Kurse für die Schulung ihrer Mitglieder und ihre Vorbereitung für die Aufklärungsarbeit Sorge trugen. An dem Ausbildungskursus, den der Parteivorstand im November und Dezember 1919 in Berlin zur Einführung in den theoretischen und praktischen Sozialismus veranstaltete, nahmen gegen 20 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft teil, um die dort erhaltenen Anregungen als Kursusredner und Agitatoren in ihren Bezirken praktisch zu verwerten.

Auf dem eigentlich schulpolitischen Gebiete konnten für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch Unterstützung der Arbeit unserer Fraktionen in den Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen und namentlich bei den Wahlen zu den Elternbeiräten im Frühjahr 1920 betätigen. Hier zeigte es sich, daß die Partei sich in ihrer Lehrerorganisation ein Instrument geschaffen hat, durch das jederzeit besondere Aufgaben auf schulpolitischen Gebieten geleistet werden können, wenn die Parteioorganisationen selber den nötigen Wert auf diese Mitarbeit legen. Die Arbeitsgemeinschaft ihrerseits ist überall bereit, Rat schläge und Gutachten in sachlichen und persönlichen Fragen, die die Schulpolitik der Partei betreffen, abzugeben.

Als inneres Band der Arbeitsgemeinschaft erscheint seit Juli 1919 eine besondere Wochenzeitschrift „Der freie Lehrer“. Bei der schwierigen Lage der gesamten Presse mußte dieses Organ von vornherein mit starken Zuschüssen durch den Parteivorstand rechnen. Der Parteivorstand hat dieses

Opfer gebracht in der klaren Erkenntnis, daß die eigene Zeitschrift den festesten Rückhalt jener neuen Organisation bildet, und daß es für die Partei von außerordentlich großer Bedeutung ist, wenn gerade die vereinzelt sozialistischen Lehrer auf dem flachen Lande, die Vorposten unserer Bewegung, in stetiger Fühlung mit der Partei gehalten werden. Nachdem die Abonnentenzahl auf 2500 gestiegen und der Abonnementpreis auf 6 Mk. für das Vierteljahr erhöht ist, wird sich der erforderliche Zuschuß schnell verringern, um so mehr, als die Mitgliederzahl und damit auch die Zahl der Dauerbezieher der Zeitschrift beständig weiter wächst.

Als Redakteur der Zeitschrift und zugleich als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft wurde Richard Lohmann-Berlin vom Parteivorstand bestellt. Ihm liegt damit zugleich die Leitung der Zentralfstelle der Arbeitsgemeinschaft ob, die sich in Berlin im Vorwärts-Hause befindet. Den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft führt Heinrich Schulz, dem als Mitglieder des Hauptvorstandes Heinrich Cunow, Hugo Sennicke, Udo Meyer, Elfriede Bödel und Erich Thaus zur Seite stehen.

Der Hauptausschuß besteht aus 15 Mitgliedern, die als Vertreter der einzelnen Bezirke aus allen Teilen des Reiches gewählt sind. Er trat im ersten Jahre dreimal in Berlin auf Einladung des Parteivorstandes zusammen. In seiner ersten Sitzung am 29. Mai 1919 beschäftigte er sich namentlich mit den Schwierigkeiten, die durch das Verhalten des „Verbandes sozialistischer Lehrer“ zur Arbeitsgemeinschaft entstanden waren und erklärte den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft für die Pflicht jedes parteigenössischen Lehrers. Die zweite Sitzung am 24. August legte die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zum Schulkompromiß fest und erörterte die Aufgaben, die daraus für die Bewegung gestellt sind. Die letzte Tagung am 26. bis 27. Mai diente der Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft auf Grund der Erfahrungen des ersten Jahres sowie der Vorbereitung der Reichsschulkonferenz.

Die laufenden Geschäfte wurden im Eilvernehmen mit dem Hauptvorstand, der häufig zusammentrat, durch die Geschäftsstelle erledigt.

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft deckt ihre laufenden Ausgaben durch einen Sonderbeitrag von 3 Mk., der von jedem Mitglied erhoben wird. Der Eingang dieser Mitgliederbeiträge seitens der Bezirksgruppen ließ im ersten Jahre noch viel zu wünschen übrig, da die Bezirksgruppen selbst bei ihrer Gründungsarbeit mit erheblichen Kosten zu rechnen hatten. Die hohen Druck- und Papierkosten legten überdies der Geschäftsstelle auch an und für sich die Pflicht zu besonderer Sparsamkeit auf. Gleichwohl konnten im Laufe des Jahres drei allgemeine Flugblätter zur Agitation unter der Lehrerschaft herausgegeben werden, und es wurden während der Wahlbewegung fünf Sonderflugblätter den einzelnen Parteibezirken für die Agitation unter der Lehrerschaft zur Verfügung gestellt.

Der Briefwechsel der Geschäftsstelle war gleich von Anfang an äußerst rege; im ersten Jahre wurden bereits 2207 Eingänge und 2797 Ausgänge verbucht. Einen großen Teil dieses Schriftwechsels bildeten die Beschwerden von parteigenössischen Lehrern über Drangsalierung aus politischen Beweggründen. Die Geschäftsstelle hat diese Beschwerden persönlich bei den zuständigen Behörden vertreten und kann zu ihrer Freude feststellen, daß überall da, wo sie sich für den Beschwerdeführer aus persönlichen und sachlichen Gründen einsetzen konnte, ein Erfolg zu erzielen war, wenn auch der maßlose langsame Geschäftsgang bei unseren Ministerien und Regierungen die Geduld der Beteiligten häufig auf eine allzu harte Probe stellte.

Die aus allen Teilen der Republik mit Nachdruck geforderte Demokratisierung der Schulverwaltungen konnte im Berichtsjahre nur in ihren allerersten Anfängen durchgeführt werden. Der rückständige Geist in den mittleren und höheren Verwaltungsjstellen bildet eins der stärksten Hemmnisse für den Fortgang der Bewegung. Auch hier kann nur durch enge Zusammenarbeit der Partei, der Fraktionen usw. mit der Arbeitsgemeinschaft Wandel geschaffen werden.

## Zentralstelle für Beamtenagitation.

Dem Parteivorstand ist von dem Parteitag zu Weimar der Antrag 240 überwiesen worden, der diesen Wortlaut hat: Zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten im sozialistischen Sinne ist schleunigst eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen.

In Verfolg dieses Beschlusses hat sich der Parteivorstand in mehreren Sitzungen mit dem Inhalt des ihm überwiesenen Antrages beschäftigt und beschlossen, der Errichtung einer solchen Zentralstelle seine Zustimmung zu erteilen.

Soweit Vorarbeiten zur Gründung dieser Zentralstelle nötig waren und soweit es sich um die Erledigung der Reichsgeschäfte bis zur Einrichtung der Zentralstelle handelte, ist ihr von dem örtlichen Werbeausschuß Berlin anerkanntswerte Unterstützung zuteil geworden.

Der aufgestellte Organisationsplan geht dahin, daß an jedem Ort, an dem die Voraussetzungen gegeben sind, sogenannte Werbeausschüsse zur Gewinnung sozialdemokratischer Mitglieder unter den Beamten zu errichten sind.

Die Ausgestaltung der Werbeausschüsse kann sehr verschieden sein und muß den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt sein.

In kleineren Städten bzw. Distrikten wird mit der Bildung eines Werbeausschusses den Ansprüchen genügt werden. Die Zahl der Beamten, die für die Agitation in Betracht kommen, ist dort nicht so erheblich, daß den Leitern der Werbeausschüsse der notwendige Überblick verloren geht und ihre physische und geistige Arbeitskraft nicht über Gebühr in Anspruch genommen wird.

Die Werbeausschüsse in diesen Orten oder Distrikten werden die Beamten aller Kategorien, ob Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamte oder anderer Beamten öffentlich-rechtlicher Körperschaften, gemeinsam propagandistisch zu bearbeiten haben. Anders ist die Tätigkeit des oder der Werbeausschüsse in großen einheitlichen Wirtschaftsgebieten und Großstädten. In diesen Gebieten muß, wenn die Agitationsarbeit praktischen Erfolg haben soll, zur Spezialisierung bzw. Dezentralisation geschritten werden. In Großstädten und in großen einheitlichen Wirtschaftsgebieten muß für jede Beamtenkategorie ein besonderer Werbeausschuß unter den in Betracht kommenden Beamten seine Tätigkeit entfalten. Diese Werbeausschüsse können der Einheitlichkeit der Agitation und der Kosten wegen in einem losen Kartellverhältnis, vielleicht in einer Arbeitsgemeinschaft zueinander stehen, die praktische Agitationsarbeit wird aber ihren Schwerpunkt in einer bestimmten Beamtenkategorie finden müssen.

Allen diesen Werbeausschüssen steht die Zentralstelle für Beamtenagitation in Berlin, als einer vom Parteivorstand unterhaltenen Einrichtung zur Seite. Neben dieser Zentralstelle sind außerdem als Stützpunkte für die Agitation zwei weitere Stellen geschaffen, die teils einen organisatorisch-agitatorisch, teils kontrollierenden Charakter tragen: Die Einteilung des Reichs in acht Bezirke und der der Zentralstelle beigeordnete Reichsbeamtenbeirat. Die Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats haben in den einzelnen Bezirken wiederum ihren

Sitz und bilden die Verbindungslinie zwischen der Zentralstelle in Berlin und den örtlichen Werbeausschüssen im Reich. Die Einteilung der Bezirke ist diese: Groß-Berlin, Ostpreußen, Mittelrhen, Schlesien-Breslau, Pommern, Hamburg, Dresden, Hessen-Nassau.

Dieser Organisationsplan wurde in der Parteausschussführung vom 14. Dezember 1919 zum Vortrag gebracht und einstimmig gutgeheißen. Entsprechend der Bezirkseinteilung wurden vom Parteausschuß folgende Parteigenossen als Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats gewählt:

1. M. Gronefeldt, Obertelegraphenassistent, R. Herrmann, Stadtschreiber, W. Thureau, Eisenbahnassistent, E. Kuben, Landrichter, sämtlich zu Berlin;
2. F. Legatis, Eisenbahnsekretär, Königsberg;
3. G. Köhler, Eisenbahnsekretär, Fürth i. Bayern;
4. J. Fiedler, Oberpostschaffner, Dortmund;
5. F. Seppel, Postschaffner, Breslau;
6. R. Cohn, Strommeister, Stettin;
7. R. Viebrach, Landesversicherungssekretär, Dresden;
8. F. Tornemann, Stadtschreiber, Frankfurt a. M.

Die Berliner Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats bilden in Gemeinschaft mit dem Sekretär der Zentrale und dem von dem Parteivorstand abgeordneten Mitgliede des Arbeitsausschuß der Reichsbeamtenzentrale.

In wiederholten Rundschreiben sind örtliche Werbe- und Bezirksvorstände auf die Pflicht gegenseitiger Hilfe bei den Agitationsarbeiten hingewiesen worden. Die parteigenösslichen Beamten und solche, die zur Partei stehen, müssen stets des Umfanges eingedenk sein, daß sie als Beamte und Parteigenossen keinen besonderen „Staat im Staate“ bilden, sondern Parteigenossen sind, die in Reich und Glied mit anderen gleichgesinnten im Volke zu marschieren haben.

Wenn dieser Gedanke bei den Beamten mehr und mehr Durchbruch findet, werden auch die Klagen, daß Beamten-Parteigenossen mit minderem Recht behandelt werden, allmählich verstummen.

Der Apparat der Zentralstelle sowie der örtlichen Werbeausschüsse und Arbeitsgemeinschaften hatte gelegentlich der letzten Reichstagswahlen zum ersten Male Gelegenheit, in praktische Wirksamkeit zu treten und dürfte sich im allgemeinen bewährt haben. Zur Massenverbreitung unter den Beamten gelangten im ersten Vierteljahr 1920 an Flugblättern vier Ausgaben in Gesamtauflage von 140 000 Stück; an sechs verschiedenen Broschüren 180 000 Stück zur Ausgabe. Zur Verbreitung an die in der Beamtenagitation tätigen Funktionäre kamen zur Verteilung elf verschiedene Broschüren verschiedenen Inhalts in einer Auflage von 39 500 Stück.

Von der Zentralstelle mußte verschiedentlich über nicht genügende oder ungenügende Unterstützung durch die Bezirksorganisationen bei dem Parteivorstande Klage geführt werden.

Wir bitten die Parteigenossen auch an dieser Stelle dringend, den Vorkäufen in der deutschen Beamtenbewegung im allgemeinen größere Beachtung zu schenken sowie auf die Wünsche der Zentralstelle die weitgehendste Rücksicht zu nehmen.

Nur wenn die Bezirksvorstände sich dieser Pflicht voll und ganz bewußt sind, wird es gelingen, die Beamten jenen Konventionen zu entziehen, die bestrebt sind, sie an ihren früheren heimlichen Anschauungen festzuhalten, um damit reaktionär-politische Geschäfte zu betreiben. Die Ideenwelt des Sozialismus auch in diesen Kreisen zu verbreiten, ist geradezu ein Volkswerk in

dem unter der Oberfläche sich abspielenden Kampfe um die Existenz der deutschen demokratischen Republik. Bei der Gewinnung dieser Kreise muß in maß- und taktvoller Weise auf Anschauungen, mit denen das gegenwärtige Beamtentum noch groß geworden ist, die gebührende Rücksicht genommen werden, ohne parteiprogrammatische Grundsätze zu verlassen.

Seit der Gründung der Zentralkstelle ist der Reichsbeamtenbeirat zweimal zur Beratung zusammengezogen worden: Einmal im Monat Januar d. J., um verschiedene Wünsche aus den Kreisen der Beamten zu beraten und sie den zuständigen Körperschaften zu übermitteln, zum zweiten Male kurz vor den Reichstagswahlen, um zu dieser Stellung zu nehmen. Bezüglich der näheren Ausführungen sei auf die betreffenden Protokolle verwiesen, die den Bezirksorganisationen zugegangen sind.

In geschäftlicher Beziehung waren bis zum Schluß des ersten Halbjahres dieses Jahres an Eingängen 425, an Ausgängen 3963 Briefe, Drucksachen, Telegramme usw. zu verzeichnen.

## Der Parteiausschuß

trat Ende August zu einer zweitägigen Sitzung zusammen, um sich in längeren Diskussionen mit der politischen Lage zu beschäftigen. Außerdem gab Weisz in dieser Sitzung einen Bericht über die internationale Konferenz in Luzern. Eine kurze Debatte über die Bezirkseinteilung, Organisationsfragen und neues vom Parteivorstand vorgelegtes Organisationsmaterial beschloß die Beratungen der Konferenz.

In einer Sitzung vom 13. Dezember 1919 wurde kurz die parteipolitische Organisation besprochen und dann einige organisatorische Fragen zur Bescheidung des Internationalen Kongresses in Genf. Weiter wurde der Parteiausschuß über die Skandalaffäre Klarz durch Scheidemann unterrichtet. Nicht weil auch nur der leiseste Verdacht aufkam, daß einer der angeschuldigten Parteigenossen in der Sache nicht rein dastände, sondern nur um durch ein Kollegium von Unparteiischen einwandfrei auch der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, daß alle ominösen Anschuldigungen gegen einzelne unserer bekannten Genossen Kombinationen sind. Ein vom Parteiausschuß eingesetzter Untersuchungsausschuß, dem die Genossen Siedermann, Sollmann, Vogel, Kluppisch, Th. Fischer, Taubadel und Weims angehörten, kam denn auch nach eingehender Prüfung zu der Erkenntnis, daß von den erhobenen Anschuldigungen auch nicht das geringste bestehen blieb.

Eine kombinierte Sitzung des Parteiausschusses, an der die politischen Redakteure unserer Parteipresse und auch die parteigenösslichen Mitglieder der Regierung teilnahmen, tagte am 27. Januar 1920 im Reichstagsgebäude. Gegenstand der Erörterung war in der Hauptsache das Treiben einzelner reaktionärer Offiziere, und vom Parteivorstand wurde insbesondere bekanntgegeben, daß seiner Ansicht nach die Aufhebung des Belagerungszustandes am Plage sei. Genosse Roste besprach in längeren Ausführungen diese Situation und glaubte sagen zu können, daß die Putzschlacht von rechts im Lande vielfach zu gefährdend angesehen würde, nicht ahnend, daß bald darauf Kapp und seine Spießgesellen seine Vertrauenseligkeit arg zerstörten und das deutsche Volk in die größte Gefahr brachten. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt sprach über die wirtschaftlichen Fragen, insbesondere über die Lebensmittelversorgung. Seinem Meistert folgte eine ausgedehnte sachliche Debatte, in der die Vertreter der verschiedenen Landesparteien über die Lebensmittelverteilung vorbrachten. Die Beratungen der Konferenz dienten im wesentlichen der Information unserer Parteiredakteure. In einer einstimmig angenom-

menen Erklärung sprachen die Teilnehmer der Konferenz den Parteigenossen in der Reichsregierung ihr Vertrauen aus. Mit einem Appell an die Opferfreudigkeit der Genossen in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen schloß die Tagung.

Bald nach dem Kapp-Putsch trat der Parteiausschuß am 30. und 31. März 1920 zur Beratung zusammen. Nach eingehender Diskussion und Berichterstattung über die Vorgänge im Lande anlässlich des Putsches beschäftigte sich die Sitzung mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl und beschloß, an Stelle eines außerordentlichen Parteitagcs eine Reichskonferenz für Anfang Mai einzuberufen.

## Die Internationale.

Zum Bericht an den Parteitag zu Weimar konnte der Parteivorstand über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen berichten, die seit den Konferenzen zu Bern und Amsterdam auch im Berichtsjahr fortgesetzt wurden und zu einer steigenden Annäherung und Verständigung über die gemeinsamen Aufgaben des internationalen Proletariats führten. Das in Bern eingesezte internationale Exekutivkomitee berief die Vertreter der internationalen angeschlossenen Parteien zur Beratung über die internationale Situation und des Organisationsstatus nach Luzern. An der vom 1. bis zum 10. August 1919 tagenden Konferenz nahmen auch zum letzten Male Vertreter der deutschen Unabhängigen teil. Die Beratungen über die allgemeine Politik führten sowohl in den sehr ausgedehnten Kommissionsverhandlungen wie im Plenum zu gründlichen Auseinandersetzungen über die parteipolitischen Differenzen in Deutschland. Der Gegensatz, der auch in der französischen Delegation offen zutage trat, führte zur Feststellung von besonderen Resolutionen der Mehrheit und der Minderheit über die allgemeine Politik, während über die Einzelfragen innerhalb derselben ein gemeinsamer Text festgesetzt werden konnte. Die Vertreter unserer Partei erklärten, sowohl der Resolution der Mehrheit wie der der Minderheit zustimmen zu können. Bei der geschichtlichen Bedeutung, die diese Auslassungen erlangen werden, geben wir sie hier im Wortlaut wieder:

### I. Resolution über die allgemeine Politik.

#### A. Text der Mehrheit:

Die in Luzern tagende sozialistische Internationale fordert die Sozialisten aller Länder zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Fragen über die durch den Krieg geschaffene Lage auf, im Hinblick auf eine entscheidende Aktion.

Es werden gegenwärtig in der ganzen Welt vom Kapitalismus große Anstrengungen gemacht, um eine beherrschende Macht in Politik und Wirtschaft herzubekommen. Die Tragweite dieses Konfliktes zeigt sich in allen großen Ereignissen der Gegenwart: in der Pariser Konferenz, der Intervention in Rußland, der Finanzpolitik der Regierungen, der hohen Lebensmittelpreuerung.

Die Internationale begrüßt die bewundernswerten Anstrengungen der Arbeiterklasse, an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus zu setzen und zu verhindern, daß die alte Ausbeutungspolitik noch weiter die Welt beherrsche. Sie begrüßt besonders mit Begeisterung die neuen sozialistischen Regierungen. Sie verlangt für sie von den assoziierten Regierungen die Freiheit der inneren politischen Aktion und das Recht der Selbstbestimmung und verspricht den sozialistischen Regierungen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Internationale weiß, daß in einer Welt, welche durch die revolutionäre Lage beherrscht wird, die notwendig dem Kriege folgt, neue Probleme aufstauden und die alten Probleme an Wichtigkeit zunehmen. Somit sieht sich die Internationale genötigt, ihren Standpunkt, den sie diesen Fragen gegenüber einnimmt, näher zu bestimmen.

Insbondere wird sie die Formen der Demokratie und der Vertretungseinrichtungen, die Rolle der Revolutionen in der sozialen Umwälzung, sowie die Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Organisationen und der Aktion der Massen einer Prüfung unterziehen müssen. Sie wird ferner sich mit Plänen der Sozialisation befassen, angesichts des nun begonnenen entscheidenden Weltkampfes zwischen dem Proletariat und der kapitalistischen Macht.

Die Konferenz gibt dem Aktionskomitee den Auftrag, die Berichte zu entwerfen und sie den angegliederten Sektionen spätestens einen Monat vor der Abhaltung des Kongresses in Genf auszustellen.

Die Arbeiterklasse aller Länder weiß, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangt. Sie weiß, daß ein wirklicher internationaler Friede nie errichtet und gesichert werden kann, solange die nationale Politik der großen Länder von den reaktionären Elementen beherrscht wird.

Auf der anderen Seite erweist sich der Kapitalismus als ohnmächtig, die Schwierigkeiten, die aus seiner wirtschaftlichen Zerrüttung folgen und durch den Krieg noch verschlimmert wurden, zu lösen.

Wie war somit eine Lage in ihrem Wesen so tief revolutionär, nie war die Gelegenheit günstiger, eine sozialistische Organisation aufzubauen, um die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen, um die normale Produktion sowie die gerechte Verteilung der Naturschätze und der Arbeitsprodukte zu sichern.

Die Völker müssen daher die sich ihnen bietende Atempause zunutze machen, um in der ganzen Welt einen derartigen Zustand von Sozialismus und Demokratie herbeizuführen, damit die Wiederkehr des Krieges ausgeschlossen wird.

\* \* \*

Die Konferenz begrüßt es mit Freuden, daß endlich der Friede unterzeichnet ist, bedauert aber, daß die durch die Diskussion herbeigeführte Verzögerung eine so große gewesen ist.

Nur wenn alle zur Kriegsbeendigung nötigen Verträge unterschrieben sind, wird die Internationale daran gehen können, die neuen internationalen Ungerechtigkeiten gutzumachen, die sich aus gewissen Klauseln dieser Verträge ergeben. Vor allem aber muß man aus dem Krieg herauskommen.

Die Internationale glaubt nicht, daß alle hartnäckigen Kriegsherde nur durch die Unterzeichnung der Verträge zu Wäcken sind; aber die Völker hören auf von der brutalen Waffengewalt bedroht zu werden, können ihre Selbstständigkeit festigen und endlich das durch den Krieg unterbrochene wirtschaftliche Gleichgewicht wiederfinden.

Es wird dann Sache der zähen und beharrlichen Arbeit des Sozialismus in allen Ländern sein, die diplomatische Atmosphäre zu reinigen, und zwar durch die Einführung einer freimütigen und offenen Diplomatie, durch die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen, die nicht dazu bestimmt sein sollen, sich nationalen Interessen zu widersetzen oder Erbitterung auszulösen, sondern sie in Einklang zu bringen, damit alle Völker der Erde an den Welterschätzen in vollem Maße teilnehmen können.

Die Internationale stellt wiederholt fest, daß die vorliegenden Friedensverträge nicht so beschaffen sind, diese Arbeit zu ermöglichen und empfiehlt da-

her allen angeschlossenen Parteien, mit aller Energie für eine Aenderung dieser Verträge einzutreten in einem für die Versöhnung der Völker günstigen Sinne.

Sie richtet sich in erster Linie an die siegreichen Völker, daß sie ihre Regierungen in diesem Sinne beeinflussen.

Diese Regierungen haben in der Tat mächtig organisierte Armeen beibehalten. Sie haben somit keine unmittelbare Aktion ihrer ehemaligen Gegner zu befürchten. Wenn sie gewillt sind, können sie den durch sie ins Leben gerufenen Völkerbund zu friedlichen Zwecken und nicht zu denen der Herrschaft benutzen.

Fehlt ihnen der gute Wille, so werden die Völker sie dazu zwingen. Durch seinen Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, hat sich Deutschland bereit erklärt, alle Anstrengungen zu machen, um in lokaler Weise in den Grenzen der Möglichkeit dem unterzeichneten Friedensvertrag nachzukommen. Die Internationale betrachtet diese Worte als den nötigen Ausgangspunkt zum Aufbau der neuen Beziehungen zwischen den Völkern der Welt.

Diese Worte sind geeignet, das durch die kaiserlichen Herren geschaffene Mißtrauen gegen Deutschland zu zerstreuen, die die Mittelmächte ins Verderben brachten.

Die Internationale betont, daß diese fortdauernde Haltung geeignet ist, die siegreichen Regierungen zu einer Politik der Wäbigung zu verpflichten und die Bemühungen der Internationale selbst zugunsten der Revision der Verträge zu erleichtern.

\* \* \*

Die Internationale erklärt, daß der Völkerbund einen Zusammenschluß kapitalistischer und bürgerlicher Staaten darstellt. Vorrst ist er aber der erste wirkliche internationale Organismus. Er ist ein Keim der Rechtsorganisation der Welt, die bestimmt ist, bei Erweitigkeiten zwischen Völkern die Anwendung von Waffengewalt auszuschließen.

Je mehr sich der Sozialismus durchdringt, wird seine Rolle wirksamer werden. In gleicher Weise wie die Anstrengung des Proletariats auf die Umwandlung eines jeden kapitalistischen Staates in einen sozialistischen gerichtet ist, soll die Internationale danach streben, diesen durch die kapitalistischen Nationen gebildeten internationalen Kapitalistenstaat in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln.

So wird der Völkerbund um so mehr seinem Zweck entsprechen, je mehr jeder Staat, der ihm angehört, von dem Geiste der Demokratie und des Sozialismus durchdrungen ist.

Aber der gegenwärtige Völkerbund muß sofortigen tiefgehenden Aenderungen unterzogen werden:

1. Der Völkerbund muß alle Völker einschließen in dem Maße, als sie sich dank ihrer demokratischen Verfassung als fähig erweisen, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; es ist dies unerlässlich, damit seine Autorität eine wirkliche sei und seine Entschlüsse allgemeine Anerkennung finden, damit er nicht zu einem Organismus im Dienste großer, herrschender Mächte werde, sondern damit er in Wirklichkeit ein Bund freier Nationen, mit gleichen Rechten und Pflichten sei.

2. Der gegenwärtige Völkerbund ist eine Allianz von Regierungen, in der die Völker kein direktes Mitbestimmungsrecht haben.

Die Verfassung des Völkerbundes muß abgeändert werden, damit ein wirkliches „Weltparlament“ gebildet wird.

3. Die Verfassung hält noch das Recht zum Kriege aufrecht. Sie muß so revidiert werden, daß sich kein Staat den schiedsrichterlichen Entscheidungen eines normal konstruierten Völkerbundes entziehen kann, der das Recht haben muß, strenge Maßnahmen gegen jene Völker zu ergreifen, die die eingegangenen Verpflichtungen verletzen.

4. Die bestehende Verfassung, indem sie die private Rüstungsindustrie nicht verbietet und keine eigentliche allgemeine Kontrolle der Rüstungen schafft, sondern sich auf eine Ueberwachung Deutschlands beschränkt, ermöglicht dadurch die unumschränkte Erhaltung dieser Industrien auf unbestimmte Zeit.

Die Verfassung muß daher revidiert werden, um zur vollständigen Abrüstung zu führen.

Der Völkerbund muß sogleich auf das genaueste das möglichst niedrig gehaltene Maximum an Rüstungen bestimmen, das jeder Nation zu Lande und zu Wasser gestattet wird.

Der Völkerbund muß in weiterer Konsequenz die Perioden der militärischen Besetzung verkürzen.

5. Die Verfassung organisiert in keiner Weise die Mittel zur Internationalisierung der Stohmataterialien, des Schiffsraumes, der Verkehrsmittel, des Valuta- und Münzwesens und der Zahlung der Kriegsschulden.

Es ist daher wichtig, daß der oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in einen Wirtschaftsrat des Völkerbundes umgewandelt wird, der alle Nationen einschließt, konstituiert in gleicher Weise, wie die allgemeine Konferenz für Arbeitsorganisation, die in Washington tagen wird.

Dieser Rat müßte den raschen Aufbau des Wirtschaftslebens der Welt durch Ausschaltung des Protektionismus und durch die internationale Organisation des Kredits und der Liquidation der Kriegsschulden in die Hand nehmen. Er müßte ferner dafür sorgen, daß die alten wirtschaftlichen Gegensätze verschwinden, denn eine Wiederholung derselben würde eine ständige Gefahr neuer Konflikte bedeuten und wäre ein Hindernis für die Entwicklung eines wahren Völkerbundes.

Die Internationale verlangt endlich eine sofortige Einberufung des Völkerbundes, damit er sofort in Aktion treten könne.

## B. Text der Minderheit.

Die Internationale Sozialistenkonferenz, die in Luzern tagt, erklärt, daß die wieder aufgebaute Internationale nach den durch den Imperialismus hervorgerufenen Kriegen die Pflicht hat, die proletarischen und revolutionären Kräfte der ganzen Welt im Denken und Handeln zusammenzuschließen.

Sie begrüßt die bewundernswürdigen Anstrengungen der Arbeiterklassen, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln und um die Wiederherstellung des alten Arbeitsverhältnisses zu verhindern; sie begrüßt insbesondere mit Begeisterung die Siege der Arbeiterklasse, die dadurch die ausübende Macht erworben hat, und verlangt für die von ihr neugebildeten Regierungen Handlungs- und Bestimmungsfreiheit.

Ihr Zweck ist, die durch den Krieg geschaffenen revolutionären Situationen auszunützen, um überall die politische Macht zu erobern und auszuüben, um zur Realisierung des Sozialismus und der Abschaffung der Klassen zu gelangen. Die Konferenz stellt die Pflichten fest, die sich dem Proletariat aufdrängen angesichts der gegenwärtigen großen Ereignisse: der Friedenskonferenz, der Intervention in Rußland, der Finanzpolitik der Regierungen, der hohen Preise für den Lebensunterhalt.

Während die allgemeinen Fragen der sozialistischen Taktik über den Wert von Demokratie und Diktatur, sowie die Beziehungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats dem nächsten internationalen Kongreß vorbehalten sein sollen, erklärt sie, daß sich ein fruchtbares Einverständnis zwischen allen Sozialisten der Welt nur dann herbeiführen läßt, wenn es auf der festeren Grundlage der standhaften Prinzipien der Internationale, d. h. dem Klassenkampf, der ohne Kompromiß mit den Bourgeoisparteien weiterzuführen ist, und der je nach den Bedingungen energisch geführten Aktion aufgebaut ist.

Sie erklärt, daß die strenge Befolgung aller dieser Prinzipien hauptsächlich in revolutionären Perioden durchaus nötig ist, um die Entwicklung der proletarischen Kräfte durch Kompromisse mit der Bourgeoisie nicht zu schwächen.

Sie beauftragt die permanente Kommission und das Aktionskomitee, die Berichte über diese Fragen vorzubereiten und sie wenigstens einen Monat vor Abhaltung des Genfer Kongresses den angegliederten Organisationen zuzustellen und gleichzeitig auch die Mandate aufzustellen, um je nach den Umständen mit der Schärfe, welche die revolutionären Bedingungen verlangen, handeln zu können, und endlich, wenn es die Lage fördert, sich nicht an die Regierungen, sondern an die Völker selbst zu wenden.

Die Konferenz ist der Meinung, daß sie schon jetzt die absolute Pflicht hat, sich über zwei Fragen klar und energisch auszusprechen: über den Friedensvertrag und die Politik, welche von den siegreichen Nationen gegenüber Rußland und Ungarn, sowie anderen Nationen, die bereits sozialistische Regierungen haben, oder solche schaffen, befolgt wird.

Angesichts des Friedensabtrages erneuert die Konferenz ihre Erklärungen, die in Bern und Amsterdam gemacht wurden. Es ist dies ein von Siegern den Besiegten aufgezwungener Vertrag. Die siegreichen Staaten der Entente haben dem Kriege einen kapitalistischen und nationalistischen Schluß verliehen, ein Gepräge, wie es durch die Zentralmächte gegeben worden wäre, falls diese triumphiert hätten. In dem Maße, in welchem der Vertrag die Forderungen der Demokratie befriedigt, geschieht dies in einer solchen Weise, daß es ihnen nicht die verlangte Freiheit gibt. Die Wiederherstellung und der gerechte nationale Wiederaufbau gewähren nicht einmal eine oberflächliche Sicherheit. Die kapitalistischen Siegerstaaten haben keinen anderen Wunsch gehabt, als den Sieg auszuüben und für ihre führenden Klassen Luxus und Gewinnquellen zu vermehren.

Die Konferenz denunziert die durch den Vertrag geschaffene Bergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Politik, trait welcher die Befreiung der neuen Nationalitäten darin endet, daß Faß und nationale Kämpfe sich vermehren, wodurch die allgemeine Unsicherheit und der Weltmilitarismus sich weiter erholt.

Sie widersetzt sich dem Ausschluss Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands, ohne welche Staaten kein Völkerbund existieren kann; sie sieht in dem geschaffenen Bund nur eine Allianz von Regierungen und fordert Völker und Parlament dringend zur Umänderung dieser Klausel auf. Die abscheulichen Bestimmungen in bezug auf einseitige Entwaffnung beweisen, daß der Kapitalismus nicht auf die Vernichtung des Krieges hinarbeitet, sondern nach dem Weltbrand genau die gleichen Ansichten vertritt wie vordem. Die Konferenz sieht sich jedoch veranlaßt zu erklären, daß, wie dringend und nötig auch für die durch den Versailler Friedensvertrag gescherten und zu opfernden Völker eine Revision der Bestimmungen ist, welche am schroffsten gegen die Gerechtigkeit verstoßen, so kann sie doch den Völkern keine täuschenden Hoffnungen vorpiegeln. Der einzig bestehende Zusammenbruch der Thesen Wilsons auf der

Pariser Konferenz genügt, um zu beweisen, daß der Kapitalismus der Entente völlig entschlossen ist, sich die Siegesfrüchte nicht nehmen zu lassen. Die Konferenz ist entschlossen, mit vollen Kräften an der Revision des Vertrages nach den angegebenen Prinzipien zu arbeiten und zu diesem Zweck alle Mittel anzuwenden, die ihr die wachsende Macht der in der ganzen Welt organisierten Arbeiterklasse gewährliefern; aber sie erinnert doch alle Unterdrückten der Klasse, der Nationalität oder der Rasse daran, daß einzig der Weltfriede des Sozialismus es ermöglichen wird, Gerechtigkeit zwischen den Nationen und den Nationen und den Individuen malten zu laßen.

Sie erklärt, daß je mehr das Proletariat sich zur Macht emporschwingen und sozialistische Regierungen einsetzen wird, desto sicherer den verschiedenen Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren wird.

Um diese Möglichkeit zu beschleunigen, fordert sie die Organisationen der Arbeiterklasse aller Länder auf, sich zu einigen. Sie bedauert aufs tiefste die durch die gegenwärtigen revolutionären Bedingungen geschaffenen Spaltungen und bietet ihre Dienste zur Beratung und Versöhnung an, damit der geeinigten Kapitalistenfront sich überall eine einzige Front des Proletariats gegenüberstellt, gebildet auf der Basis der in dieser Resolution enthaltenen Prinzipien der Internationale.

Die Konferenz hat die Verichte zahlreicher neuer Nationalitäten, die sich auf ihr Unabhängigkeitsrecht berufen, angehört. Sie erinnert daran, daß die Internationale dieses Recht stets anerkannt hat, vorausgesetzt, daß es die in regelrechter Weise zu Rate gezogenen Einwohner klar ausgesprochen haben.

Während sich die Konferenz zum Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes oder Volksteiles bekennt, hat sie doch die Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die eine Balkanisierung Europas und der Welt mit sich bringen könnte; diese übermäßige Vermehrung kleiner Staaten ohne wirtschaftliche Kraft, ohne Kulturmittel, ohne Hilfsquellen für den sozialen Fortschritt, würde diese Staaten den Begierden großer kapitalistischer Länder in unheilbringender Weise ausliefern.

Sie erinnert daran, daß nach Marxschen Prinzipien der Triumph des Sozialismus nur bei höchster Entwicklung aller produktiven Kräfte möglich ist. In dieser Beziehung kann eine Lehre aus den Schlussfolgerungen gezogen werden, zu denen im Jahre 1912 die Balkansozialisten gelangten, indem sie als nötige Ergänzung zu ihrer Unabhängigkeit und unerlässlichen Friedensgarantie die Schaffung einer republikanischen Balkanföderation verlangten.

Die Konferenz erinnert an die letzten getroffenen gemeinsamen Vereinbarungen der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands und Italiens und erhebt ihre Stimme zum energischen Protest gegen die von den Alliierten befolgte Politik in bezug auf Rußland und Ungarn.

Ohne über die Methoden der russischen Bolschewisten ein Urteil zu fällen, erklärt sie, daß der Haß, mit dem sie durch die kapitalistischen Regierungen verfolgt werden, ohne jeden Zweifel seinen Ursprung in den bolschewistischen Anstrengungen hat, um soziale Umwälzungen herbeizuführen; ein Ziel, das ja allen Sozialisten gemeinsam ist. Wenn sich die Internationale die Debatten über die taktischen Fragen vorbehält, ist es somit ihre Pflicht, die russische Revolution zu verteidigen, welche erst die Gewalttaten des Kaiserismus und Bangermanismus in West-Europa über sich ergehen lassen mußte und hernach jene der kapitalistischen Ententestaaten.

Die Konferenz protestiert gegen die militärische und finanzielle Unterstützung der Gegenrevolution durch die alliierten Mächte, hat die doch zaristische Agenten wie Denikin und Koltschak an der Spitze, gegen deren Herrschaft sich die russischen Arbeiter- und Sozialistenorganisationen einstimmig auflehnen.

Sie betrachtet diese Unterstützung als eine Herausforderung an die Demokratie und als eine Bedrohung aller Formen sozialistischer Regierungen durch kapitalistische Regierungen.

Sie erhebt sich mit der gleichen Stärke gegen das Attentat, dem das ungarische Volk zum Opfer fiel, brandmarkt die Erdrosselung seiner sozialistischen Republik durch die von der Entente unterstützte rumänische Oligarchie und die Besetzung Budapests, welche ohne den Schatten eines Vorwandes durch die neue heilige Kapitalisten-Allianz ins Werk gesetzt wurde.

Die Konferenz stellt daher ihre ganze moralische Kraft zur Verfügung der durch das Ausland bergewalligten russischen und ungarischen Völker. Sie wiederholt ihre Forderung, von ihrem Rechte, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden, Gebrauch machen zu dürfen, damit diese den internationalen Sozialismus und die öffentliche Meinung über alle Tatsachen der Revolution aufklären kann, sowie auch über die Schritte der Gegenrevolution, des ausländischen Militarismus in Rußland, des deutschen Militarismus und jenem der Entente.

Sie fordert alle proletarischen Organisationen der Welt auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeiterrevolution gegen die reaktionären Unternehmungen zu verteidigen.

Es wird wohl kein Mitglied der Partei geben, das nicht gleich unseren Delegierten beiden Teilen zustimmen kann. Das geht auch aus dem Studium der einheitlich festgestellten Resolutionen zu den Einzelfragen hervor. So beschloß die Konferenz zu dem Kapitel

#### Territoriale Fragen:

Die Internationale stellt fest, daß der Friedensvertrag in gewissen Beziehungen die an Völkern, wie z. B. jenen von Estland-Lithuening, Schleswig und Polen, verübten Vergewaltigungen gutgemacht hat.

Jedoch betont die Internationale, daß die alliierten Regierungen in dem diktierten Frieden zu oft demokratische Beratungsformen beiseite geschoben haben, die anwendbar wären, sei es, um berechnete Lösungen feierlich zu bestätigen, sei es, um sich über Fragen auszusprechen, die vom historischen oder ethischen Standpunkt aus beanstandet werden.

Die Alliierten haben sich sogar dazu hinreizen lassen, neue Ungerechtigkeiten zu begehen, indem sie vorzüglich Völkern das Recht entzogen, ihren Willen bekanntzugeben. Dadurch sind bereits die Keime da zu neuen Konflikten, die sich entwickeln werden, wenn der Völkerbund untätig bleibt oder von imperialistischen oder nationalistischen Motiven geleitet wird.

Dies trifft zu für folgende Fragen, welche bereits durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Deutschlands definitive Formen angenommen haben und die eine Revision erheischen:

1. Die Entschädigung Frankreichs mit der Kohle des Saartales ist gerecht, aber nichts rechtfertigt das Regime, welches die Einwohner des Saartales des Rechtes ihrer politischen Souveränität beraubt, noch die Ankündigung einer nachträglichen Abstimmung, um die endgültige Los-trennung von Deutschland vorzubereiten und die Annexion durch eine lange Okkupation zu verhindern.

2. Alle Einschränkungen, welche auf die Rechte Deutschösterreichs Bezug nehmen, die künftigen Beziehungen mit Deutschland zu bestimmen, sollen fallen gelassen werden.

3. Den vorherrschend deutschen und ukrainischen Gegenden der Tschekoslowakei soll Bewilligung erteilt werden, ihre politische Zukunft zu bestimmen.

4. Das gleiche Recht soll den deutschen Öggenben Tirols gewährt werden, die man dem italienischen Staate einverleibt.

Die vorwiegend deutschen westpreussischen Öggenben sollen das Recht haben, deutsch zu bleiben. Polen soll der Zugang zum Baltischen Meere zugesichert werden durch die Internationalisierung der Weichsel und durch die Schaffung des Freihafens Danzig; die auswärtigen Beziehungen dieser Stadt sollen nicht unter der Kontrolle Polens stehen, sondern des Völkerebundes, während ihre interne Politik von ihr selbst kontrolliert werden soll, aber nicht von Polen.

6. Die Volksabstimmungen in Schlesien und Ostpreußen sollen unter der Ueberwachung des Völkerebundes und nicht einer interalliierten Kommission stehen. Alle Vorschriften wie jene des Zusatzes zu Art. 88 des Vertrages, welche die Auslösung von Arbeiter- und Soldatenräten vor der Volksabstimmung verlangt, sollen gestrichen werden.

7. Die souveränen Rechte Chinas sollen in der Provinz Schantung völlig anerkannt und beschützt werden und die Abkommen, welche die Alliierten zu Mitschuldigen der ärgsten Art von Imperialismus stempeln und welche dem Völkerebund zur Annahme vorgelegt werden sollen, müssen aufgehoben werden.

#### Die Nationalitätenfrage

zeitigte folgenden Beschluß:

Die Internationale begrüßt die Wiederaufstehung zur Selbständigkeit neuer Nationen, welche gewaltsam dem Joch gewisser Staaten (z. B. Oesterreich und Rußland) unterworfen waren.

Aber die Internationale ist der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag, noch die Gesetzgebung des Völkerebundes die Unabhängigkeit dieser neuen Staatengebilde anerkennt, die indessen auf Grund des Volkswillens entstanden sind.

Alle politischen und sozialen Einrichtungen, die durch die neuen Republiken wie Armenien, Estland, Georgien, Lettland, Litauen, Ukraine, Kaukasus, ins Leben gerufen wurden, stehen auf breiten demokratischen Grundlagen.

Die Regierungen dieser Republiken wurzeln so tief und untrennbar in der Bevölkerung, daß diese Tatsache sogar von der Friedenskonferenz anerkannt werden mußte.

Aber die offizielle Anerkennung fehlt diesen Republiken immer noch und es ist ihnen unmöglich, normale internationale Beziehungen anzuknüpfen. Dadurch setzen sie sich beständig der Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs aus und sehen sich überdies fortwährend bedroht, ihrer politischen Prinzipien durch gegenrevolutionäre Mächte beraubt zu werden.

In Rußland drohen Kolttschak und Denikin und zu ihrem tiefsten Schmerz sehen diese Republiken, wie die großen alliierten Demokratien solche verruchten Unternehmungen mit Geld, Lebensmitteln und Munition ausstatten.

Es gibt jedoch keine andere sichere Politik für die Zukunft, als den demokratischen Kräften überall Vertrauen einzufloßen und der Unabhängigkeit der Völker zu dienen.

Zweifellos mag in der großen Bewegung der modernen wirtschaftlichen Konzentration sich das Leben für die kleinen Völker schwierig stellen, ebenso wie die großen zusammengeschlossenen Reiche sich nicht erhalten können. Aber die Staatenbunde schon unabhängiger Völker mit gleichen oder ähnlichen Inter-

essen werden sich in freier Weise konstituieren können und die Internationale sieht in der Föderation das Mittel, viele Mißverständnisse zu beseitigen und sich in vielen Ansichten zu einigen. Die Internationale empfahl feinerzeit, den Balkan in einen Staatenbund zu einigen. Es ist durch ähnliche Verfahren, daß die kleinen Nationen der Absorbierung durch große Staaten entgehen und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in freundschaftlicher Weise entwickeln können.

Im Völkerebund, der in seiner perfekten Form die höchste Bürgerschaft für den Frieden bietet, können diese Föderationen selbst zu ausgleichenden Elementen zwischen den großen Mächten werden, die sich bis jetzt die Welt streitig machten, und sie sichern kleinen Völkern die Gleichheit zu, die früher zu oft durch ehrgeizige Rivalen angetastet wurde, in deren Grenzgebiet solche Völker lagen.

In diesem Sinne eruchtet die Internationale die alliierten Regierungen dringend, die Unabhängigkeit aller jener Völker sofort und offiziell anzugenerken, die ihren Wunsch ausgedrückt haben, frei sein zu wollen, und sie als freie Staaten in den Völkerebund aufzunehmen.

Die Internationale verlangt, daß die alliierten Regierungen die Politik aufgeben, welche darin besteht, kleine Völker der Allianz von europäischer und russischer Gegenrevolution zu opfern.

Die Internationale fordert endlich das Proletariat und ihre Vertreter im Parlament, hauptsächlich der Ententeländer, auf, die Regierungen zu veranlassen, diese Ansichten zu verwirklichen.

Wichtig ist auch die Stellung zu dem Kapitel:

#### Wirtschaftliche Fragen.

Die Revision der Verträge mit Deutschland und Oesterreich muß auch folgenden Punkten gerecht werden:

1. Die von Deutschland geforderte Entschädigungssumme soll in kürzester Zeit fixiert werden.

2. Die Summe darf nicht eine Höhe erreichen, die die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dauernd unter die der andern Nationen herabdrückt, da dadurch die Gefahr deutscher Lohnrückerei hervorgerufen würde.

3. Entschädigungsabkommen sollen nicht zu verjährten Annexionen mißbraucht werden, oder um dadurch Arbeiter unter eine Regierung zu stellen, an der sie keinen Anteil haben. Das Saartabkommen soll so umgeändert werden, daß Frankreich die nötige Kohle zugesichert wird, ohne die Bevölkerung französischer Herrschaft auszusetzen oder sie sonst von einem durch sie gewählten Anschluß zu trennen.

4. Das Abkommen in bezug auf die Sicherstellung der Zahlung (Entschädigungskommission) soll durch den Völkerebund getroffen werden und nicht durch die Alliierten.

5. Der Zugang zu Rohmaterialien und die Möglichkeit ökonomischer Entwicklung sollen Deutschland und Deutschösterreich durch definitive Bestimmungen gesichert werden unter Garantie des Völkerebundes, und nicht einfach der Willkür der ehemaligen Gegner und gegenwärtigen wirtschaftlichen Rivalen Deutschlands überlassen werden.

6. Die Abkommen über die Ueberwachung von Kredit, Schifffahrt, Rahmungsmittein, Rohmaterialien, sollen endgültig Körperlichkeiten überwiesen



werden, in denen die ehemaligen feindlichen Staaten innerhalb des Völkerbundes eine Vertretung erhalten, anstatt daß sie (wie dies der Fall ist), in den Händen von Minderheiten sind, die von zwei oder drei der Hauptalliierten dominiert werden.

Als leitendes Prinzip bei der Zuteilung von Lebensmitteln soll der Grad des dringenden Bedarfs und nicht der der Zahlungsfähigkeit gelten.

7. Alle ökonomischen Bestimmungen im Vertrage bezüglich Meißbegünstigung, Eisenbahnverkehr, Internationalisierung von Flüssen und Kanälen sollen auf Gegenseitigkeit aller Staaten beruhen, d. h. alle Staaten sollen an ihren Vorteilen und Verpflichtungen beteiligt sein.

### Kolonien.

Die Internationale erklärt, daß sie sich, was die Prinzipienfrage wegen der Kolonien anbelangt, auf den Standpunkt der ehemaligen internationalen Kongresse in bezug auf die Rechte der Eingeborenen und der Ungerechtigkeit der kolonialen Ausbeutung durch den Kapitalismus der großen Mächte stellt.

Da jedoch das Koloniesystem aufrechterhalten bleibt, erklärt die Internationale, daß die Friedenskonferenz Deutschland seine Kolonien nicht hätte wegnehmen sollen. Dies ist gleichzeitig eine Ungerechtigkeit und ein Fehler.

Eine Ungerechtigkeit, weil die übrigen Nationen sich kaum auf eine höhere moralische koloniale Verwaltung beziehen können.

Ein Fehler, weil dadurch Deutschland einer Möglichkeit beraubt wird, sein Wirtschaftsleben aufzubauen im Augenblick, wo ihm nach gerechten Normen gewisse Teile des Landes abgetrennt werden, die zu ihrer früheren nationalen Gemeinschaft übertraten und im Augenblick, wo an Deutschland schwere Entschädigungsansprüche gestellt werden zur Gutmachung verursachten Schadens.

Aber in Anbetracht der Lage, die durch die Mandatssysteme, welche von der Friedenskonferenz angenommen wurden, entstanden ist, erklärt die Internationale, daß auf jeden Fall folgende Grundsätze beachtet werden müssen bei der Revision des Art. 19 des Vertrages:

1. Gleichheit ökonomischer Möglichkeiten in allen Kolonien ohne Selbstverwaltung soll durch den Völkerbund verbürgt werden.
2. Alle derartigen Kolonien und nicht nur die eroberten deutschen Kolonien sollen dem Mandatprinzip unterworfen sein.
3. Die Mandate dürfen nur von dem Völkerbund und nicht von den Alliierten abgetreten werden. Die eroberten Kolonien müssen an den Völkerbund und nicht an die Alliierten abgetreten werden.
4. Deutschland muß die Möglichkeit gegeben werden, ein Mandatar des Bundes zu werden.

Wir hatten der Konferenz eine besondere Denkschrift über die Kriegsgefangenenfrage überreicht, die folgende Resolution über die Kriegsgefangenen zeitigte:

In Erwägung, daß zehn Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch alle Kriegführenden und mehrere Wochen nach der Friedensunterzeichnung in verschiedenen Ländern Europas noch fast anderthalb Millionen Krieger als Gefangene oder Internierte zurückgehalten werden;

daß Deutschland allein über 800 000 Gefangene hat, wovon 345 000 durch Frankreich, 200 000 durch England, 50 000 durch Amerika, 50 000 durch Belgien und fast 50 000 sowohl in Serbien als in Rumänien und Sibirien zurückgehalten werden;

in Erwägung, daß Rußland noch über 300 000 kriegsgefangene Soldaten hat, wovon 240 000 in Deutschland sind, welche allem Anschein nach durch die Entente Demitio und Koltshaf für ihre reaktionären Unternehmen ausgeliefert werden sollen, und 72 000 sich in Frankreich befinden, und daß der größte Teil dieser Soldaten Freiwillige sind, die sich anboten, für die Sache der Alliierten zu kämpfen, für welche sie ihr Blut vergossen, und trotzdem als eigentliche Gefangene behandelt werden; daß unter diesen als Russen klassifizierten Gefangenen eine gewisse Zahl von neuen Staaten gehören, die durch die fremdstämmigen Bevölkerungen des alten Rußlands ins Leben gerufen worden sind;

in Erwägung, daß noch über 110 000 bulgarische Soldaten gefangen sind, wovon sich 80 000 auf Mazedonien und 30 000 auf Frankreich, Serbien und Griechenland verteilen, daß somit dieses durch drei aufeinanderfolgende Kriege erschöpfte Land auf grausame Art seit fast einem Jahre eines großen Teiles seiner männlichen Arbeitskraft beraubt ist;

erhebt sich die Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern mit Enttäuschung gegen eine eigentliche Verflutung von 1 500 000 Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich seit dem Waffenstillstand in beängstigender Weise verschlimmert haben, die es ihnen oft verunmöglichlichen, mit ihren sich ängstigenden Familien in Verbindung zu kommen und manchmal nicht einmal wissen, ob ihre Eltern, Söhne oder Frauen gesund oder krank oder überhaupt noch am Leben sind; daß eine derartige Lage nur den furchtbaren nationalen und dem Krieg entsprungene Haß weiter fortpflanzt. In Erwägung, daß die nötige Wiederherstellung der durch den deutschen Militarismus in schrecklicher Weise zerstörten Gebiete in Frankreich keine so schändliche Verflutung von Hunderttausenden von Männern zulassen dürfte, die als Krieger ihre Pflicht getan haben und die der Kapitalismus als Streiftrecker gegen die französischen Arbeiter verwenden möchte, sondern daß dieser Aufbau sofort und wirkungsvoll durch freie Arbeiter gesichert werden müsse, deren Arbeit übrigens der schwer geprüften Bevölkerung der zerstörten Gegenden das Brot nicht wegnehmen soll; und

in Erwägung, daß ohne jedes Recht und Billigkeit viele Tausende von Zivilinternierten noch in Konzentrationslagern zurückgehalten werden,

erklärt die Konferenz, daß

1. die Gefangenen und Zivilinternierten sofort in ihre Heimat zu entlassen sind;
2. daß die Sozialisten aller Länder die dringende Pflicht haben, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ihre einzelnen Regierungen einzuwirken, damit diese Heimbeförderung an die Hand genommen werde;
3. für die Länder, in denen die Beziehungen zwischen den Regierungen noch nicht hergestellt sind, das Internationale Rote Kreuz und seine verschiedenen lokalen Ausschüsse sich mit dem Abtransport der Gefangenen beschäftigen sollen, und daß zu diesem Zweck die Regierungen alle nötigen Erleichterungen gewähren;
4. daß die freie Willensäußerung peinlich genau respektiert werden soll in bezug auf ihren Wunsch, in ihre Länder, gleichgültig welche Regierungsform sie haben, zurückzukehren, oder daß ihnen, unter dem Schutze des Roten Kreuzes, die Möglichkeit gewährt wird, vorläufig in den Ländern zu bleiben, in denen sie bereits sind; daß kein Druck ausgeübt werden soll, um sie zu veranlassen, sich für irgendwelche Truppenkörper anwerben zu lassen.

Die Konferenz zu Luzern beschloß, den Internationalen Kongreß zum 1. Februar 1920 nach Genf einzuberufen. Sein Zusammentritt wurde jedoch auf Veranlassung verschiedener Glieder der Internationale bis zum 31. Juli hinausgeschoben. Die Partei war in Genf durch die Genossen Bernstein, Bud. Dr. Braun, Frau Fuchs, Meerfeld, Mollenbush, Scheidemann, Stämpfer und Wels vertreten. Die ebenfalls als Delegierte gewählten Genossen Loebe und Müller waren durch die Tagung des Reichstags an der Reise nach Genf verhindert. Der Internationale Kongreß stimmte dem Entwurf für das neue Statut der Internationale zu, der von der Luzerner Konferenz beraten und den einzelnen Sektionen der Internationale zur Begutachtung vorgelegt war. In steigendem Maße wuchsen die herzlichen Beziehungen zwischen den Vertretern der einzelnen Länder. Waren in Bern in persönlichen Verkehr besonders zwischen den Vertretern Frankreichs auf der einen Seite, sowie denen Deutschlands und Oesterreichs auf der anderen, noch starke Hemmungen vorhanden, so schwanden diese insbesondere nach der Erledigung des Kapitels der Verantwortlichkeit am Kriege und machten einem durchaus herzlichen Verkehr Platz, der sich in nichts von dem vor dem Kriege üblichen unterschied. In Bern und Luzern war dem Internationalen Kongreß die ebengültige Stellung zu dieser Frage überwiesen worden. Alle bisherigen Beschlüsse konnten nur als vorläufige bezeichnet werden. Es ist bezeichnend für den Geist von Genf, daß die englische Delegation mit großem Nachdruck darauf drang, eine Beschlusfassung über die Schuldfrage überhaupt aufzugeben, und sich lediglich aufbauender Zukunftsarbeit zuzuwenden. Es waren die Vertreter der neutralen Staaten, denen sich auch der zunächst allein anwesende deutsche Delegierte Dr. Braun angeschlossen, die durch einen Beschluß in der Frage der Verantwortlichkeit einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen empfahlen, um so nicht eine bisher unausgetragene Streitfrage fernerhin als Pfahl im Fleisch der Internationale zu wissen. Die Resolution über die Schuldfrage ist stark angegriffen worden. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß sie mit keinem Wort das enthält, was ursprünglich in ihr zum Ausdruck kommen sollte: eine Schuld der deutschen Sozialdemokratie. Die in der ursprünglichen Kommissionsfassung enthaltene Bemerkung, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht frühzeitig und energisch genug den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus geführt habe, wurde von der deutschen Delegation abgelehnt, weil die deutsche Sozialdemokratie unter Hinweis auf die Lebensarbeit eines Bebel und Wilhelm Liebknecht mit Recht von sich sagen konnte, daß sie sich in der Intensivität ihres Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus von der Partei keines anderen Landes habe übertreffen lassen. Die Delegation hatte aber keine Veranlassung, sich gegen Feststellungen in der Resolution zu wehren, die sie selbst schriftlich und nach dem Kriege durch ihre Redner im Deutschen Reichstag borgenommen hatte. Das bezog sich sowohl auf die jetzige Stellung der Partei zur elsäß-lothringischen Frage, wie zur Verletzung der belgischen Neutralität. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Resolution nicht einseitlich von einer deutschen Schuld am Kriege spricht, sondern mit scharfer Präzision das kapitalistische System mit seiner Nachsucht und Uebertreibung seiner Interessenpolitik als eine der tiefsten Ursachen des Krieges bezeichnet. Die Resolution lautet in ihrem Wortlaut wie folgt:

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und ganz besonders des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner, daß sie bedauert, daß sie im Kriege den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat, vor allem

hinsichtlich der Beilegung der auswärtigen Politik, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben hat:

„1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erkannt haben, den Weltfrieden auf das schwerste erschütterzt, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat. Für Deutschland darf es keine elsäß-lothringische Frage mehr geben.

2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens verletzte und sich durch die Mißhandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Gesetze der Menschlichkeit verging.

3. Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffs, die das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konflikts mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.“

nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der alliierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Raubbaut eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig, mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift,

„daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopfschütteln gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag.“

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schlächtereien, die Europa und die Welt mit Blut gebadet haben, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, all seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Die Bedeutung dieser Resolution wird aber erst allgemein verständlich durch die einmütige Feststellung des Kongresses, daß sie als einseitliche Auffassung zugleich mit der über den Friedensvertrag zu Versailles getroffenen Entschließung zu betrachten ist. Der Versailler Friedensvertrag wurde in Luzern bereits scharf kritisiert. Die Genfer Resolution aber stellt die denkbar schärfste Kritik des allgemein als unheilbar betrachteten Vertrags dar. Es ist nicht ohne Interesse hier festzustellen, daß der eigentliche Verfasser derselben ein Franzose war, und als Berichterstatter im Plenum des Kongresses der belgische Genosse Lafontaine fungierte. Er wies darauf hin, daß der Versailler Friedensvertrag völlig unbrauchbar als Ausgangspunkt dauernden Friedens wäre, daß durch ihn vielmehr der Militarismus zu einer stärkeren Macht und gefährlicheren Provokation geworden ist, als er es selbst vor dem Kriege gewesen sei. Die nachstehende Resolution fand die einstimmige Zustimmung des Kongresses.

„Der Internationale Sozialistenkongreß stellt fest, daß der Krieg, der Europa dem wirtschaftlichen Untergang zugeführt hat, mit einem Frieden beschlossen worden ist, der die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit beläßt.

Im Namen der nach Frieden und Neuorganisation des desorganisierten politischen und wirtschaftlichen Lebens verlangenden Menschheit protestiert der Kongreß gegen jene Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Ver-

träge, die ihm gefolgt sind, deren einseitiger Charakter für die Aufrichtung eines dauernden endgültigen Friedens ein Hindernis bildet. Der Geist des Imperialismus, der die Vorbereitung des Krieges beherrschte und die Verfassung der Friedensabträge erfüllte, fährt fort, einen verhängnisvollen Einfluß auszuüben. Er legt in einer Zeit, wo sozialer Wiederaufbau und Tilgung der Kriegsschuld die schwersten Anforderungen stellen, den Völkern immer neue Lasten auf. Die Unerträglichkeit der mit Recht zu kritisierenden Verträge hat bei den besiegten Völkern Proteste hervorgerufen und dadurch wiederum bei den Siegervölkern Angstgefühle geweckt, die von den führenden imperialistischen Kreisen zur Fortsetzung und Stärkung des Militarismus ausgenützt werden. Die Verteilung verschiedener Teile der Erde zu ausschließlichem Nutzen der Kapitalisten verschiedener Länder ruft Schwierigkeiten und in ihrem Gefolge militärische Vorbereitungen und Operationen hervor, die neue Millionen verschlingen.

Im gleichen Sinne protestiert der Kongreß gegen die Ausdehnung des Militarismus in den gegenwärtig besetzten Gebieten. Er warnt vor jeder Verletzung der Neutralität und vor weiteren Besetzungen. Daneben ist es die Angst vor der russischen Revolution, die den Kriegszustand aufrechterhält. Das bringt mit sich, daß die russischen Randstaaten immer wieder in neue militärische Aktionen hineingeführt werden. Gegen diese offene oder verdeckte Intervention fremder Regierungen in Rußland erhebt der Kongreß energisch Protest. Der Zustand, der durch diese Wühlarbeit des Imperialismus geschaffen wird, droht die Politik des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus um ihre Früchte zu bringen.

Der Untergang der russischen, deutschen und österreichischen Kaiserreiche hat die verderblichsten Kriegsverursacher verschwinden lassen. Die Aufrichtung der Demokratie in den vordem der Autokratie und dem persönlichen Regiment unterworfenen Ländern gibt der Welt eine neue Friedenshoffnung, die der Kongreß mit Freuden begrüßt. Aber diese Hoffnung würde getäuscht werden, wenn das Proletariat nicht seine unermüdlichen Anstrengungen fortsetzen würde, um seine Rechte auf Kontrolle der auswärtigen Politik sicherzustellen und seine Friedensaktionen je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes Landes zu verstärken. Darum fordert der Kongreß das Proletariat auf, sich seiner geschichtlichen Aufgabe in dem gegenwärtigen Augenblick bewußt zu sein. Diese Aufgabe besteht darin, sich an die Spitze aller auf Erhaltung des Friedens gerichteter Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung zu stellen, um gegen Imperialismus und Militarismus den Kampf entscheidener und rücksichtsloser als je zuvor aufzunehmen mit allen verfügbaren politischen und gewerkschaftlichen Mitteln. Dieser Kampf soll nicht wider den Völkerbund, vielmehr zu dessen Beeinflussung und Eroberung geführt werden. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln können. Aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und die Fehler dieses Völkerbundes klarzustellen, deren Verdammungswürdigster die durch Artikel 12 des Vertrages erfolgte Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist. Der Völkerbund kann nur dann eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, der alle Völker ohne jede Ausnahme zusammenfaßt. Und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Meere durchzusetzen. Es genügt nicht, daß der Völkerbund eine demo-

kratische Verfassung erhält, vor allem durch die Wahl des ausführenden Rates im Schoße der Versammlung aller Delegierten. Es ist außerdem die Ausdehnung seiner Befugnisse zu wünschigen hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Lebensmittel und des Kredits und auch der finanziellen Kriegslasten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teile zur Last der Nationen verbleiben können, die am meisten unter der Geißel des Krieges gelitten haben.

Der Völkerbund wird so vervollständigt und verbessert das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend am Grundsatz der Wiedergutmachung wird er deren gerechte Anwendung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Vertrag willkürlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtigen Organisationen des Völkerbundes Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantie zu verschaffen für die Sicherheit und die Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Der Kongreß fordert, daß die Delegiertenversammlung des Völkerbundes sofort in ihren ersten Sitzungen die Zulassung der Zentralmächte und der anderen den Anschlag verhängenden Republiken verkündet.

Durch diese Beschlüsse hat der Genfer Kongreß mit Erfolg zur Beilegung des Streites zwischen den Mitgliedern der Internationale gearbeitet. Die Tatsache, daß eine Reihe Sektionen der Internationale in Genf nicht vertreten waren, die anerkannten Schwierigkeiten, zu einer Einigung des Proletariats angesichts seiner Zerreißen in mehrere feindliche Lager zu kommen, führten zur Annahme einer Resolution, die der englischen Labour Party die Aufgabe zuweist, die zerrissenen Fäden nach Möglichkeit wieder zu knüpfen. Der Text der Entschlüsse über die Einigung wurde wie folgt festgestellt:

„Zu dem Zweck, alle Möglichkeiten, eine umfassende Internationale herzustellen, voll anzuwenden, beschließt der Kongreß, daß die britische Sektion die Verantwortung übernimmt, als Vermittler aufzutreten, mit der Aufgabe, Fühlung zu nehmen mit den sozialistischen und Arbeiterorganisationen der Länder, welche auf dieser Konferenz nicht vertreten sind, und die nötigen Schritte einzuleiten, um ihren Entschluß zu bewerkstelligen, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kongresses.“

Zur Frage der Unterstützung des hungernden Mitteleuropas kam der Kongreß zur Annahme einer Resolution, welche von der englischen Regierung Erleichterung für die Durchführung der Nahrungsmitteltransporte für die von Amerika zu liefernden Milchkuhe mit den zu ihrer Ernährung nötigen Futtermitteln nach Deutschland verlangt. Eingehende Entschlüsse wurden zur Frage der Sozialisierung gefaßt, und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nahm das vom Kongreß gebildete Exekutivkomitee Stellung, ebenso zur Frage des russisch-polnischen Krieges, wie auch gegen die verbrecherischen Umtriebe der ungarischen Reaktion.

Alle Arbeiten des Kongresses waren von dem einen Gedanken geleitet, den Krieg in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft zu über-

winden, gegenseitige Duldsamkeit und Toleranz waren das Zeichen, unter dem er tagte. Ganz anders verlief die fast zu gleicher Zeit tagende Konferenz der Dritten Internationale zu Moskau. Dort strengte Prüfung der aufnahmefähigen Parteien auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, der Geist der Exkommunizierung und Verdammung, Unduldsamkeit und hochmütiges Aburteilen über andere Parteien. Dort die Forderung unbedingter Unterwerfung unter den Willen eines der breiten Masse der Arbeiter unbekanntem Exekutivkomitees, in Genf dagegen das alte Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus, dort das Bekenntnis zur Gewalt, und hier der unbegleibte Friedenswille, entsprechend den Traditionen des Sozialismus, der den Kampf der Geister über alles stellt, während der Bolschewismus im bewaffneten Aufstand sein Ziel zu erreichen sucht. Klar kam bei der Erörterung über „Demokratie und Diktatur des Proletariats“ zum Ausdruck, daß die Zweite Internationale von der Notwendigkeit durchdrungen ist, alle die wirtschaftlichen Kräfte, die die Entwicklung Europas bestimmen werden, zu erkennen, und in diesem Sinne praktische, für die Arbeiterschaft der Welt nützliche Politik zu leisten, die vor Illusionen und schlimmen Enttäuschungen bewahrt.

## Rassenbericht.

Der starke Mitgliederzuwachs, der nach der Revolution eintrat und, wie unter „Organisation“ berichtet ist, im letzten Geschäftsjahr weiter sich entwickelte, kam natürlich auch in den Beitragseinnahmen der Hauptkasse zur Geltung. Diese haben sich mehr als verdreifacht und stiegen von 298 546,13 M. auf 1 433 956,68 M. Das ist die sprunghafte Steigerung der Beitragsabführung, die bis jetzt zu verzeichnen war! — Auch die „Sonstigen Beiträge“ haben sich mehr als verdoppelt. Letzteres ist in der Hauptsache auf den Beschluß des letzten Parteitages zurückzuführen, der die Parteigeschäfte verpflichtet, von ihren Reingewinnen 20 Proz. an die Parteikasse abzuführen. 25 Geschäfte sind im Berichtsjahre dieser Parteipflicht nachgekommen und haben zusammen 458 522,90 M. abgeführt. Eine restlose Erfassung dieses Pflichtbeitrages bedeutet dieser Betrag nicht. Wenngleich die schwierige Lage der meisten Parteiunternehmen, die infolge der Teuerung trotz beträchtlichen Reingewinns Mangel an Betriebsmitteln hatten, in Betracht zu ziehen ist, muß auf Erfüllung des Parteitagsbeschlusses gedrängt werden, da die Parteikasse diesen Beitrag dringend benötigt.

Erklärlicherweise haben sich auch fast alle Ausgabepositionen erheblich erhöht. Die Wahlausgaben sind nur deshalb niedriger, weil die Aufwendungen für die Reichstagswahl erst nach Abschluß des Rassenberichtes in Erscheinung traten. Die für Wahlzwecke verausgabten 212 247,79 M. sind zum größten Teil nachträgliche Ausgaben von den Wahlen des Vorjahres. Stark angewachsen sind die Ausgaben des Darlehenskontos, die auf die Schwierigkeiten unserer weniger gut fundierten Presseunternehmen zurückzuführen sind.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Ueberschuß ab, was seit Jahren nicht mehr der Fall war. Dieses günstige Bild ist jedoch lediglich dadurch entstanden, daß, wie bereits erwähnt, Ausgaben für die Reichstagswahl in dem Abschluß noch nicht enthalten sind. Immerhin läßt der Abschluß hoffen, daß die Finanzgebarung der Partei die schwierigste Zeit überwunden hat und nunmehr wieder eine gesündere Grundlage bekommen wird.

Außer den Darlehen wurden nachstehende Beträge der Parteipresse als Zuschüsse gegeben:

Ort und Name der Zeitung	1918/19		1919/20	
	Mk.	Ps.	Mk.	Ps.
Arnstadt, „Volkszeitung“ . . . . .	480	—	—	—
Coburg, „Volksblatt“ . . . . .	100	—	—	—
Danzig, „Volkswacht“ . . . . .	560	—	2 000	—
Delmenhorst, „Volksmacht“ . . . . .	—	—	1 500	—
Elbing, „Volkszeitung“ . . . . .	—	—	10 000	—
Elbing, „Volkszeitung“ . . . . .	1 000	—	—	—
Esslingen, „Volkszeitung“ . . . . .	2 600	—	2 400	—
Gießen, „Volkszeitung“ . . . . .	2 400	—	2 000	—
Lüdenscheid, „Volksstimme“ . . . . .	1 000	—	—	—
Reutlingen, „Freie Presse“ . . . . .	—	—	2 000	—
Stade, „Volksblatt“ . . . . .	—	—	—	—
Ulm, „Donauwacht“ . . . . .	1 000	—	—	—
Summa . . . . .	9 140	—	19 900	—
Die Revisionskosten betragen . . . . .	13 772	45	32 471	90

# Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920

mit den Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme. 1918/19 1919/20

Ausgabe.

1918/19 1919/20

Beiträge:	Mart	Mai	Mart
a) Von den Organisationen	208 546	18	1 498 956
b) Sonstige	808 646	74	640 000
"Korwars"-Ueberfluß.	37 709	72	10 571
Buchhaltung Korwars	—	—	—
Kartellkonto	239 886	92	158 620
Zinsen	72 415	02	67 894
Pressebüro	15 027	27	—
Diverse	28 880	59	29 958
Gesamteinnahme	1 000 611	89	2 885 802
Dem Vermögen entnommen	188 808	16	—
Bestand am Jahresbeginn.	20 878	86	171 785
Summa	1 215 798	41	2 507 588

Berlin, den 28. Juni 1920.

Kug. Breh. Hr. Brühne. Hr. Richter. Sefene Grünberg. S. Gruenwath. St. Frenschöck. P. Eber. S. Wähler. S. Winau.

Revidiert und für richtig befunden

Die Kontrollkommission.

	Mart	Mai	Mart	Mai
Allgemeine Agitation	—	—	—	—
Pressebüro	382 067	43	771 789	08
Zentrale für Gemeindegitation	24 829	82	84	95
"Kartei"-Correspondenz	—	—	10 160	50
Schreibers Sozial-Bureau	40 425	08	68 464	56
Büro für Rheinland-Bureau	14 881	28	4 705	—
Archiv	7 796	70	15 827	50
Widowsquästions (abonnt 1918/19)	—	—	—	—
Arbeitsgem. sozial. Lehrer Jugendagitation	5 468	92	40 556	54
Pressefluß und Revision der Parteipresse	—	—	16 882	80
Wahlagitation	23 187	45	52 971	80
Projektkosten und Anwaltsgebühren	926 728	72	212 247	70
Unterstützungen	2 097	26	5 698	24
Kartellkonto	8 000	—	4 700	—
Gebälter und Verwaltung.	148 235	61	644 075	75
Diverse	98 841	—	146 789	86
Summa	22 138	28	59 938	12
Gesamtausgabe	1 044 057	44	2 112 952	16
Dem Vermögen entnommen	—	—	179 087	47
Bestand am Jahresbeginn.	171 785	97	215 548	92
Summa	1 215 798	41	2 507 588	55

	Männliche		Weibliche		Zu- nahmen	Zu- nahmen	Zu- nahmen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.			
Dresden	81	248	20	20	—	—	6 689
Chemnitz	210	271	25	25	—	—	826
Wittenberg	498	545	20	20	—	—	—
Leipzig	140	226	60	60	7 410	1 957	4 778
Magdeburg	121	298	20	20	15 153	40	2 760
Stettin	119	276	20	20	18 896	—	1 780
Frankfurt	108	112	20	20	2 681	—	2 980
Wuppertal	98	104	20	20	1 660	—	1 112
Worms	262	302	20	20	552	—	67
Wiesbaden	982	404	20	20	21 744	—	4 469
Wiesbaden	119	140	20	20	6 766	—	1 931
Wiesbaden	256	282	20	20	21 058	—	4 193
Wiesbaden	91	108	20	20	23 202	—	8 670
Wiesbaden	401	608	20	20	13 450	—	—
Wiesbaden	350	447	20	20	8 524	—	—
Wiesbaden	19	53	20	20	1 192	—	—
Wiesbaden	246	257	20	20	6 162	—	560
Wiesbaden	285	310	20	20	8 292	—	1 423
Wiesbaden	282	318	20	20	1 220	—	1 165
Wiesbaden	850	555	40	40	3 268	—	—
Wiesbaden	225	244	20	20	4 347	—	484
Wiesbaden	62	86	25	25	763	—	—
Wiesbaden	233	391	25	25	15 256	—	8 083
Wiesbaden	100	69	40	40	8 260	—	4 814
Wiesbaden	64	40	20	20	1 314	—	—
Wiesbaden	140	259	25	25	4 847	—	469
Wiesbaden	948	404	20	20	1 819	—	—
Wiesbaden	109	267	20	20	5 600	—	—
Wiesbaden	313	369	20	20	6 446	—	—
Wiesbaden	502	520	20	20	5 483	—	—
Wiesbaden	288	438	20	20	6 222	—	1 557
Wiesbaden	192	264	20	20	8 600	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	1 026	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	6 051	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	9 152	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	228 768	—	207 007
Wiesbaden	6 673	9 236	—	—	181 854	—	44 787
Wiesbaden	—	—	—	—	978 201	—	181 854
Wiesbaden	—	—	—	—	44 787	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	20 122	—	86 878

	Verkaufte Wahlstimmen		Verkaufte Wahlstimmen		Verkaufte Wahlstimmen		Stimmen	Anteil	Prozent	Stimmen	Anteil	Prozent
	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ						
Dillingen	1 516 672	148 480	9 798	78 245	81 661	174 540	20.4	15.9	81 661	20.4	15.9	
Worms	888 184	—	—	301 661	—	174 540	30.0	9.2	301 661	30.0	9.2	
Frankfurt	869 608	—	—	—	—	511 069	17.5	29.2	511 069	17.5	29.2	
Stettin	869 608	—	—	—	—	187 474	32.2	16.6	187 474	32.2	16.6	
Wiesbaden	869 608	—	—	—	—	194 631	89.0	17.5	194 631	89.0	17.5	
Wuppertal	869 608	—	—	—	—	317 889	60.8	8.1	317 889	60.8	8.1	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	60 870	28.5	8.1	60 870	28.5	8.1	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	276 844	31.0	28.5	276 844	31.0	28.5	
Wuppertal	869 608	—	—	—	—	172 848	48.9	21.5	172 848	48.9	21.5	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	407 848	88.9	21.5	407 848	88.9	21.5	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	162 667	15.3	18.1	162 667	15.3	18.1	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	57 749	9.0	12.8	57 749	9.0	12.8	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	288 052	81.7	19.0	288 052	81.7	19.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	310 785	27.3	17.8	310 785	27.3	17.8	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	219 434	21.9	11.0	219 434	21.9	11.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	112 924	17.4	15.0	112 924	17.4	15.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	248 920	12.8	21.6	248 920	12.8	21.6	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	188 255	11.4	16.0	188 255	11.4	16.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	284 794	17.0	18.0	284 794	17.0	18.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	179 800	30.3	18.0	179 800	30.3	18.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	88 197	24.4	21.6	88 197	24.4	21.6	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	160 388	21.0	24.6	160 388	21.0	24.6	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	179 932	16.8	20.2	179 932	16.8	20.2	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	184 089	17.4	24.6	184 089	17.4	24.6	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	492 889	10.1	28.0	492 889	10.1	28.0	
Düsseldorf	869 608	—	—	—	—	1 107 203	16.6	28.0	1 107 203	16.6	28.0	

# Die Reichstagswahl.

Die Sozialdemokratie mußte, als 1918 der Krieg verloren war und die Revolution als unausweichliche Folge ausbrach, die Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen und sie mußte, als die Wahlen zur Nationalversammlung ihr 166 von insgesamt 428 Abgeordnetenstimmen brachten, die führende Partei im Reichsparlament und in der Regierung bleiben. Hatte sie damals die bequeme Taktik der Unabhängigen eingeschlagen und sich nicht an der Regierungsbildung beteiligt, dann wäre der demokratische Aufbau, der sich in der Verfassung trotz mancher Mängel zeigt, stark verflümmert und die durch den Krieg arg getrübbte Volkswirtschaft wäre völlig zugrunde gerichtet worden.

Durch die Mitarbeit in der Regierung hat die Sozialdemokratie eine ungeheure Verantwortung übernommen; aber sie hat es tun müssen unbekümmert über die Schädigungen, die sich daraus für die Parteiorganisation ergeben mußten. Denn in dieser schweren Zeit galt für die einflussreiche Sozialdemokratie mehr denn je der Grundsatz: Das Wohl des Volkes steht über der Partei.

Es war voraussehen, daß durch die Regierungsarbeit die Zufriedenheit der mehr als 11 Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht ausgelöst werden konnte und darum war es selbstverständlich, daß ein großer Prozentsatz der Wähler, die nach Beendigung des furchtbaren Weltkrieges zum ersten Male in politischer Begeisterung sozialdemokratisch gewählt hatten, entweder weiter nach links oder wieder nach rechts einschwenkten.

Die Sozialdemokratie hat in dem Kampfe zur Nationalversammlung keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht; sie hat vielmehr immer mit aller Deutlichkeit erklärt, daß, wenn die Sieger im Weltkriege dem deutschen Volke einen drückenden Friedensvertrag aufzwingen, die Gesamttheit des deutschen Volkes einer sorgereichen Zukunft entgegenseht.

Der Krieg hat die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden völlig gerüttelt, er hat schwere soziale Lasten im Gefolge, er hat den blühenden Außenhandel vernichtet und damit die Volkswirtschaft aufs allerschwerste geschädigt, er hat die Verkehrsmittel und -wege verwüstet und er hat einen Friedensvertrag gezeitigt, der die Auspressung des deutschen Volkes für die Zwecke der Sieger im Weltkriege zur traurigen Tatsache macht.

Damit war die Möglichkeit geraubt, nach Kriegsschluss schnell finanziell zu genesen und die Volkswirtschaft, das Fundament, auf dem der Volkswohlfstand aufgebaut werden kann, schwer erschüttert. Damit zugleich war der Grund zur Radikalisierung der Wählermassen gegeben. Denn große Wählermassen überschauen ganz die gewaltigen Schwierigkeiten, die einer Besserung der Lebensverhältnisse des deutschen Volkes entgegenstehen. Sie sehnten sich mindestens zurück nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege waren. Die großen politischen und auch wirtschaftlichen Errungenschaften an Freiheit und Gleichberechtigung wurden nur verhältnismäßig gering oder als selbstverständlichen eingeschätzt und viele wählten, daß die wirtschaftliche Not nur die Folge einer falschen Politik oder einer mangelnden Fähigkeit zum Regieren sei. Und diese Auffassung wurde, je mehr Revolution und Krieg zeitlich in den Hintergrund traten, von den Parteien, die der Koalitionsregierung feindlich gegenüberstanden, in der stärksten Weise und mit den unläutersten Mitteln genährt.

Wenn trotz des intensiven Kampfes und trotz der außerordentlich ungünstigen Situation die Sozialdemokratie 5 614 456 Stimmen zur Reichstagswahl aufzählen konnte und kraft ihrer Stimmenzahl 113 Abgeordnete, einschließlich der 18 Abgeordneten, die in den Wahlbezirken gewählt sind, und die vorläufig weiter antreten, in den Reichstag schicken kann, so ist das Beweis genug, daß sie sich eines gesunden Vertrauens beim Volke erfreut und daß sie zu kräftiger Mithilfe bei der Gesetzgebungsarbeit berufen ist.

31 834 650, 2 539 113, 0 849 350, 1 081 169, 117 489, 488 531, 53 875 101, 614 456, 113

## Die Regierungsbildung.

Der Ausfall der Reichstagswahl bedeutet einen Zusammenbruch der alten Regierungsmehrheit. Während die Regierungsparteien in der Nationalversammlung über 329 Sitze von insgesamt 423 verfügten und selbst, als die Demokraten aus der Regierung ausgeschieden waren, noch ein Stimmenübergewicht von 58 bestanden, verfügten nunmehr Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten nur noch über 225 von 466 Reichstagsstimmen. Selbst angenommen, daß die vom Zentrum losgelösten christlichen Föderalisten mit ihren 21 Mandaten sich zur Regierungsbildung bereitfinden, war die Mehrheit von 12 Stimmen schon um deswillen nicht tragfähig, weil die Wähler in den Abstimmungsbezirken noch nicht mitgewählt hatten und weil auch für diese Bezirke ein Stimmanumschlag in Rechnung gestellt werden mußte. Die Regierungsbildung auf der alten Grundlage wäre also entgegen dem Willen der Wähler gewesen, die bei der Wahl stark nach rechts und links gewichen sind.

Reichskanzler Hermann Müller, der, als das Wahlergebnis zu übersehen war, sofort vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Neubildung des Reichsministeriums erhielt, wandte sich deshalb zunächst an den Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie, dessen Partei mit 81 Abgeordneten als zweitstärkste in den Reichstag einzog.

Nachdem die Unabhängige Sozialdemokratie endgültig den Eintritt in die Regierung abgelehnt und deren Vorsitzenden in hochmütigen Worten erklärt hatte, daß sie nur gewillt sei, in eine rein sozialistische Regierung, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet, einzutreten, legte der Reichskanzler Hermann Müller den Auftrag zur Regierungsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Dadurch war eine Regierung, in der die sozialdemokratischen Fraktionen tonangebend sein konnten, unmöglich geworden. Der Reichspräsident war daher gezwungen, einem führenden Politiker der Reichsparteien den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen und er bedachte damit den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze.

Die Sozialdemokratische Fraktion nahm in Gemeinschaft mit dem Partei-ausschuß in einer Konferenz am 18. Juni zur Frage des Wahlausfalles und der Regierungsbildung Stellung. Hermann Müller legte eingehend die inner- und außenpolitischen und parteitaktischen Gründe dar, die für die Sozialdemokratie maßgebend sind, wobei die alte Koalitionsregierung weiter bestehen zu lassen, noch in eine nach rechts erweiterte einzutreten. Zugleich aber führte er aus, daß, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition tritt, doch ein grundsätzlicher Unterschied in der Kritik der Unabhängigen und der Sozialdemokratie bestehen müsse. Die Sozialdemokratie könne nur Opposition unter dem Gesichtspunkt der positiven Arbeit treiben und sie könne nicht die negative Politik der Unabhängigen mitmachen und das um so weniger, als die Sozialdemokratie durch die Macht der Verhältnisse bald wieder gezwungen sein könne, in die Regierung einzutreten.

Die Auffassung, die alte Regierungskoalition beieinander zu halten, auch wenn sie nicht über eine Mehrheit im Reichstage verfügt, wurde zwar von zwei Rednern vertreten, aber sie wurde von den Teilnehmern der Konferenz nahezu einmütig abgelehnt.

Die Konferenz beauftragte den Parteivorstand, ein Kommissariat zu veröffentlichen, und sie legte ihre Auffassung in folgenden Beschlüssen fest:

1. Die Bildung einer Linkskoalition ist nicht möglich angesichts der Ablehnung der Unabhängigen. (Einstimmig beschlossen.)
2. Die Sozialdemokratie ist nicht bereit, in eine nach rechts erweiterte Koalition einzutreten. (Einstimmig angenommen.)
3. Eine Fortsetzung der bisherigen Koalition ist gegenwärtig unmöglich. (Gegen sechs Stimmen beschlossen.)

Die Konferenz beauftragte die Genossen Hermann Müller und Löbe, die Unterhandlungen in der Frage der Regierungsbildung für die Partei zu führen.

Für den Abend desselben Tages waren die Genossen Müller und Löbe von dem mit der Regierungsbildung beauftragten Dr. Heinze zu einer Besprechung in das Haus des Reichspräsidenten geladen. In der Besprechung nahm außerdem teil der Abgeordnete v. Kardorff, der Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist.

Dr. Heinzes Versuch scheiterte.

Nach dem vergeblichen Versuch Dr. Heinzes übernahm der Zentrumsführer Trimbora den Auftrag zur Regierungsbildung. Auch er legte besonderen Wert darauf, die Sozialdemokratie in den Regierungsbund zu bekommen und er stellte die Frage, ob die Sozialdemokratie bereit wäre, in die Regierung einzutreten, wenn das Zentrum die Führung übernimmt oder ob sie sich nicht dazu verstehen könne, den alten Regierungsbund beizubehalten. Beide Fragen wurden verneint und zugleich wurde erklärt, daß eine Weiterexistenz des alten Blokes in Beachtung des Volkswillens, der sich gegen die bisherige Koalition entschieden hat, nicht in Frage käme.

Von der Zentrumsfraktion wurde zunächst der Deutsche Volkshäufiger in Paris, Dr. Mayer, erucht, den Kanzlerposten anzunehmen. Er lehnte ab. Schließlich fand sich Fehrenbach, nachdem er lange abgewehrt hatte, bereit, das Kanzleramt anzunehmen.

Damit waren aber die Schwierigkeiten der Kabinettbildung nicht behoben, denn eine tragfähige Mehrheit ohne Sozialdemokraten war für die Regierung nur vorhanden, wenn auch die Deutschnationalen der Regierung das Vertrauen beuhdeten. Aber schon in Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa glaubte Fehrenbach sein Kabinett nicht auf die Stimmen der Deutschnationalen stützen zu dürfen. Das Zentrum war daher nur geneigt, die Führung in der Regierung zu übernehmen, wenn die Sozialdemokratische Fraktion der neugebildeten Regierung kein Mißtrauensvotum ausspricht. Die Demokraten wollten gar ihren Eintritt in die Regierung davon abhängig machen, daß die Sozialdemokratie der Regierung ein Vertrauensvotum gibt.

Die Sozialdemokratische Fraktion lehnte das demokratische Ansuchen ab, ließ aber zugleich erklären, daß sie in Rücksicht auf die wichtigen und dringlichen Verhandlungen in Spa der Regierung keine Schwierigkeiten machen werde und daß sie ihre endgültige Entscheidung erst zu fassen vermöge, wenn das Kabinett zusammengestellt und das Programm der Regierung vorliegt. Sie beschloß auch, als ihr die Mandate für das Reichsministerium zur Kenntnis gebracht wurden, von einer Entschliebung darüber abzusehen, und zwar in Rücksicht darauf, daß die Fraktion dadurch eine Verantwortlichkeit auf sich nimmt, die sie als außerhalb des Regierungsbundes stehend, nicht zu tragen hat. Indes wurden die Unterhändler ermächtigt, ihre persönliche Ansicht über die Ministerkandidaten zum Ausdruck zu bringen. Statt Bedenken wurden von der Fraktion gegen den Ministerkandidaten v. Raumer, der das Reichsfinanzministerium übernehmen sollte, vorgetragen.

Einige Mitglieder der Fraktion verfolgten die Ansicht, daß die Fraktion weder einem Vertrauensvotum, noch einer motivierten Erklärung zustimmen dürfe; die überwiegende Mehrheit der Fraktion aber beschloß, daß in Rücksicht darauf, daß die Beteiligung an der Regierung abgelehnt worden war, und daß die Regierung für die Verhandlungen in Spa eine feste Mehrheit hinter sich haben muß, ihr die Lebensbedingungen des parlamentarischen Systems zu gewähren. Sie lehnte daher mit allen bürgerlichen Parteien zusammen den Antrag der Unabhängigen: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags“, ab, und stimmte in namentlicher Abstimmung dem nachfolgenden Antrag zu, der mit 253 gegen 62 Stimmen, bei 54 Enthaltungen, angenommen wurde:

Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reichs, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa führen wird.

Trimbora und Fraktion. Dr. Stresemann und Fraktion. Schiffer und Fraktion. Leicht und Fraktion.,

## Die Konstituierung des Reichstags.

Der Alterspräsident der Nationalversammlung war ein Sozialdemokrat, Wilhelm Pfannhuch. Der erste Deutsche Reichstag der Republik wurde wieder von einem sozialdemokratischen Alterspräsidenten, dem 77 Jahre alten Abgeordneten Niele (Braunschweig) eröffnet.

In der Nationalversammlung hatte die Sozialdemokratische Fraktion den Präsidentensitz, obwohl sie die stärkste Fraktion war und nach parlamentarischem Brauch Anspruch auf den Präsidentensitz hatte, an die Fraktion des Zentrums abgetreten. Das geschah, weil die Sozialdemokratie den Reichspräsidenten und auch den Ministerpräsidenten stellte.

Bei der Beratung der Frage der Präsidentenwahl in der Fraktion wurde die Ansicht vertreten, daß eine Festlegung darauf, daß der stärksten Fraktion unter allen Umständen der Präsidentensitz überlassen wird, nicht angebracht sei, daß es wohl möglich sein könne, dem Regierungsbund den Sitz zu überlassen, und daß es schwer sei, von dem Regierungsbund zu verlangen, der Sozialdemokratie, die außerhalb der Regierung steht, die Präsidentenschaft einzuräumen.

Die Fraktion stellte sich aber durch Beschluß auf den Standpunkt, daß nach parlamentarischem Brauch die stärkste Fraktion des Reichstags den Präsidentensitz zu stellen hat, und sie brachte einstimmig den Genossen Löbe, der sich sehr gegen die Präsidentenschaft gekämpft hatte, dafür in Vorschlag, der dann auch in der zweiten Sitzung am 25. Juni mit 397 von 420 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Die Wahl ist insofern als eine glückliche zu bezeichnen, als Löbe sich bei allgemeiner Achtung der Reichstagsmitglieder erfreut und weil er in der Handhabung der Geschäftsordnung des Reichstags Routine, Loyalität und eindrucksvolle Sprechweise mit Mutterwitz zu verbinden versteht.

## Stellungnahme zur Regierungserklärung.

Das Reichskabinett konnte nach dreiwöchigen Bemühungen endlich am 28. Juni dem Reichstage vorgestellt und durch Abstimmung in der Sitzung vom 6. Juli aus der Taufe gehoben werden.

Als erster Redner der Sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Scheidemann am 28. Juni zu der vom Reichstanzler Fehrenbach vorlesenen Regierungserklärung das Wort. Er erklärte, daß das Regierungsprogramm manches vermiffen lasse, daß die Sozialdemokratie aber gleichwohl abwartende Stellung einnehmen wird, um zu sehen, wie sich die Reichsregierung zu den brennenden Tagesfragen stellt. Die Sozialdemokratie setze in die Person des Reichstanzlers das Vertrauen, daß er die freie Staatsform beschützt. Sodann erklärte er, daß die Sozialdemokratische Fraktion unbefangen die Taten der Regierung prüfen und daß sie an der Seite der Regierung stehen wird, wenn sie für das Wohl des arbeitenden Volkes wirkt, daß sie aber in stärkster Opposition tritt, wenn die Regierung den entgegengesetzten Weg einschlägt. Sodann hob er hervor, daß, wenn es nach dem Wunsche der Sozialdemokratie ginge, auf der Regierungsbank nur Vertreter des arbeitenden Volkes säßen und daß die Sozialdemokratie nicht ohne schwere Bedenken die Veränderung, die sich auf der Regierungsbank vollzogen hat, betrachtet, und er knüpfte daran die Behauptung, daß die Schuld daran, daß zum ersten Male wieder seit der Revolution eine sozialistenreine Regierung vorhanden ist, allein auf die Unabhängigen fällt. Nach der unvermeidlichen Abrechnung mit den Unabhängigen und nach einer Abstrafung der Deutschen Volkspartei, die im Wahlkampf in schamloser Weise gegen Reichspräsident und sozialdemokratische Minister gewißes hatte, ging er dazu über, die dringlichsten Forderungen vorzutragen.

Scheidemann verlangte namens der Sozialdemokratie die Aufhebung der Militärgeschlossenheit und er fand dabei treffende Worte der Kritik über den Freispruch der Marburger Studenten, die bekanntlich 15 sitzende Menschen erschossen haben. Weiter forderte er: ein Gesetz über den Volkseinsatz, damit

die politische Demokratie fertig ausgebaut werden kann; das Reichschulgesetz; die Ueberführung der dazu reifen Betriebszweige in öffentliche Bewirtschaftung; die Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes; das Selbstbestimmungsrecht der wirklich Schaffenden für alle Zweige der Wirtschaft durch Ausbau des Kautewesens; ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen und schleunige Maßnahmen zur Behebung des Wohnungsleids.

Zur auswärtigen Politik übergehend, verlangte er, daß eine offene, ehrliche Friedenspolitik — vor allem auch mit dem russischen Volke — betrieben wird und daß die durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen bis an die äußerste Grenze des Möglichen erfüllt werden. Er forderte aber auch, daß darauf hinzuwirken sei, daß die Bestimmungen über den internationalen Arbeiterschutz zur Anerkennung kommen, und er schloß mit dem Bemerkten, daß der Sozialismus nach den Gesetzen der Entwicklung kommen muß und daß zusammengehören: Deutschland, Republik und Sozialismus.

Als zweiter Redner der Sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Hermann Müller das Wort. Er beschränkte sich in seiner Rede auf die notwendigsten Erwiderungen gegen den Abgeordneten Ledebour mit der treffenden Bemerkung: „daß durch solche Auseinandersetzung zwischen Vertretern beider sozialistischer Parteien die Arbeiter draußen weder einen Brocken Fleisch, noch einen Laib Brot, noch eine Stunde Arbeitsgelegenheit mehr bekommen und daß diese Streitigkeiten nicht einmal eine geistige Stärkung für die deutsche Arbeiterklasse bedeuten“. Er legte dann noch einmal die Gründe dar, die für die Sozialdemokratie maßgebend waren, nicht die alte Koalitionsregierung fortzuführen, und rechnete sowohl mit Herrn Deyd als auch mit dessen Partei ab und stellte dann fest, daß die Sozialdemokratie ablehnen mußte, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden, weil nicht anzunehmen ist, daß mit der Deutschen Volkspartei eine auswärtige Politik zu betreiben ist, wie die Sozialdemokratie sie betreiben wissen will, und wie sie allein nur zu verantworten ist. Und er zog dabei den Sammelruf der Deutschen Volkspartei zum Wiederaufbau Deutschlands vom 8. Juni 1920 in Erinnerung, in dem eine Neuorientierung für die auswärtige Politik verlangt worden ist, und in dem kosmopolitische Schwärmereien abgelehnt worden sind. Demgegenüber hob er hervor, daß wir nicht nur Deutsche und Europäer und Kosmopoliten sind und daß somit neben einer deutschen und einer europäischen auch kosmopolitische Politik betrieben werden muß. Der Sammelruf hatte seine Tendenz gegen die Sozialdemokratie, die seit mehr als einem Jahre die Hauptverantwortung für die auswärtige Politik getragen hat und die den eingeschlagenen Weg für richtig gehalten hat und die nicht gewillt ist, von ihm abzuweichen.

Er hob ferner hervor, daß von der Deutschen Volkspartei nicht zu erwarten ist, daß sie auf sozialpolitischem Gebiet das nötige Verständnis für die Erfordernisse der Zeit zeigen kann und daß sie gegenüber den Kapitalisten, die den Wahlkampf der Deutschen Volkspartei finanziert haben, nicht bereit sein wird, die großen Gewinne der Kohlenbarone, Eisenbarone und der Radiumindustrie zu beschneiden. Schließlich entkräftete er noch eine Anzahl Vorwürfe von der angehängten Schuld der Sozialdemokratie und der Regierung an den traurigen Wirtschafts-, Finanz- und Moralverhältnissen des deutschen Volkes und beleuchtete das demagogische Geschrei nach Sachministern, von denen man jetzt nichts sieht, und er schloß mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie zwar das Steuer des Schiffes aus der Hand gelegt habe, daß sie aber das Schiff nicht verläßt, sondern daß sie mitzuarbeiten bereit ist, damit das Schiff über Wasser gehalten werden kann.

Nach dem Genossen Müller traten noch zehn Regierungs- und Fraktionsredner am Pult. Dann war die erste große Redebekämpfung erledigt, die das weiter vorn angegebene Ergebnis zeitigte. Ein Teil der Regierungsmitglieder, unter Führung des Reichstanzlers Fehrenbach, begab sich eiligst zu den Verhandlungen nach Spa.



## Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

beschäftigte den Reichstag in der Sitzung vom 3. Juli 1920.

Die Nationalversammlung hatte bereits einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der eine umfangreiche Arbeit begonnen hat und der in weitestgehendem Maße von den reaktionären Zeitungen und Rednern angegriffen wurde.

Für die Sozialdemokratische Fraktion sprach die Genossin Schuch in dem von der Fraktion beschlossenen Sinne. Sie führte an, daß gerade die Tatsache, daß die Vertrauensleute des deutschen Volkes, und zwar die aller Parteien, in den Ausschuss delegiert werden, dafür Bürgschaft sei, daß der Ausschuss über den Parteien steht. Sie führte weiter aus, daß die Frage, wer schuld am Kriege ist, das ganze deutsche Volk interessiert, und daß schon in Rücksicht darauf, daß auch Italien einen Ausschuss zur Untersuchung der Schuld am Kriege und der Kriegsführung eingesetzt hat, sich für Deutschland das Erfordernis ergäbe, den Ausschuss einzusetzen. Würde die Einsetzung unterbleiben, dann wäre dem Ausland nur der Beweis erbracht, daß Deutschland die Öffentlichkeit zu scheuen habe. Die Sozialdemokratie sei, so fuhr sie fort, heute mehr denn je der Meinung, daß Deutschland nicht einseitig die Schuld an diesem Kriege trägt, sondern daß die Schuldursachen einfach in dem kapitalistischen System liegen, welches in allen am Kriege beteiligten Staaten verankert war. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde somit nicht nur von mehr als einem Fünftel der abstimmbaren, sondern von der Mehrheit der Mitglieder des Reichstags beschlossen.

## Die Ernährungsfrage.

Weite Kreise des Volkes leiden heute noch unter Ernährungsfragen. Das hat seine Ursache darin, daß die Gesetze der Zwangswirtschaft immer weniger beachtet werden. Daß weite Kreise der Landwirtschaft einen Teil ihrer Produktion in die Kanäle des Schleichhandels fließen lassen und daß ein Heer von Schiebern und Wucherern die Preise unglaublich in die Höhe treibt. Die Hauptursache aber liegt darin, daß die ganze Volkswirtschaft und die Finanzen Deutschlands durch den Krieg zerrüttet worden sind, und daß damit sowohl die Kaufkraft der Masse des Volkes als auch die des Reiches erheblich gesunken ist. Wie es den Angehörigen des werktätigen Volkes schwer fällt, die Geldmittel für die nötigen Nahrungsmittel aufzubringen, so ist es dem Reiche auch nur unter den größten Schwierigkeiten gelungen, die ungeheuren Zahlungsmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der großen Mengen Auslandslebensmittel benötigt werden.

Dieser Zustand wird sich auch in der nächsten Zeit gar nicht bessern können, denn erstens ist vorauszusehen, daß die Zwangswirtschaft, gegen die die agrarischen Interessenten mit einem großen Anhang mit Erfolg Sturm gelaufen sind, in ganz kurzer Zeit völlig zusammenbrechen wird, und zweitens sind die Aussichten, daß sich unsere Rohstoffherzeugung und unsere industrielle Leistungsfähigkeit wieder annähernd auf den Grad der Vorkriegszeit heben werden, sehr schlecht. Der Reichstag wird daher in der nachfolgenden Zeit noch oft Gelegenheit nehmen müssen, sich mit den Fragen der Ernährung des Volkes zu beschäftigen. Er hat das bereits getan in den Sitzungen vom 5. Juli, in der zwei Interpellationen zur Beratung standen.

Nach den Interpellanten nahm für die Sozialdemokratische Fraktion der Genosse Kämpfer das Wort. Er führte aus, daß nach den vorliegenden Endergebnissen ohne Schwierigkeiten pro Kopf und Tag 260 Gramm Mehl hätten gegeben werden können, daß es aber nicht möglich war, weil Millionen des Volkes — Produzenten und Konsumenten — Tag für Tag gegen die Nationalisierung gekündigt haben. Falsch sei die Anreizpolitik der alten kaiserlichen Regierung gewesen, darin dadurch ist die Preissteigerung hervorgerufen, die natur-

notwendig wiederum eine Lohn- und Gehaltssteigerung im Gefolge haben mußte, die wiederum eine Erhöhung der Produktionskosten zeitigte. Er verlangte, daß die Landwirtschaft mit dem Abbau und der Stabilisierung der Preise vorangeht, und erklärte, daß darin die Industrie nicht vorangehen, sondern nur nachfolgen könne. Sodann wandte er sich scharf gegen die hohen Obst- und Gemüsepreise und gegen die Forderungen der Landwirtschaft, die die Heraussetzung der Getreidepreise auf 1500 Mk. pro Tonne verlangen, gegenüber den Durchschnittspreisen von 160 bis 200 Mk. pro Tonne in der Vorkriegszeit. Er verlangte, daß nach Herbeibringung der neuen Ernte eine erhöhte Brotration ausgegeben wird, und daß dem Brot keine Streckungsmittel mehr zugesetzt werden. Ein unhaltbarer Zustand sei es, daß in einzelnen Kommunalverbänden reines Roggenbrot gebaden würde, während in anderen ein Gebäck hergestellt wird, das der Mensch nicht zu verdauen vermag. Die Frühbruschprämie sei nicht zu vermeiden, denn ohne diese würde das Getreide aus der neuen Ernte nicht zeitig genügend abgeliefert werden, und es müßten dann noch große Mengen von teurem Auslandsgetreide eingeführt werden; dagegen dürften weitere Lieferungsprämien nicht gewährt werden. Namens der Fraktion wandte er sich gegen jede weitere Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verlangte, daß, wenn auf irgendeinem Gebiete der Zwangswirtschaft Forderungen untermichtlich erscheinen, der Reichstag dazu gehört wird. Weiter forderte er, daß, wenn Landwirte zur extensiven Landwirtschaft übergehen, dem dadurch entgegengewirkt wird, daß die Enteignung und Zwangsveräußerung von Gütern ermöglicht wird, und daß zur Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers eine Reichskriminalpolizei geschaffen wird.

In der Sitzung vom 6. Juli hatte der Reichstag nun über den

## Entwurf eines Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für Zwecke der Ubergangswirtschaft

zu beraten. Danach wird einem Ausschusse für Volkswirtschaft des Reichstags Vollmacht erteilt, Stellung zu Verordnungen der Regierung und des Reichsrats über volkswirtschaftliche Fragen zu nehmen und Beschluß zu fassen. Ohne das Gesetz waren Reichsregierung und Reichsrat allein in der Lage, über wichtige volkswirtschaftliche Fragen selbständig zu entscheiden. Es lag aber gerade in Rücksicht darauf, daß der Reichstag auf längere Zeit vertagt werden sollte und mußte, die Notwendigkeit vor, dem Reichstagsausschuss ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Um so mehr verwunderlich war es, daß die Unabhängigen gegen die sofortige Verabschiedung des Gesetzes Einspruch erhoben und damit verschubten, daß das Gesetz erst am 30. Juli vom Reichstag angenommen wurde. Im Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion hat der Genosse Wollenbuhrt erklärt, daß wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Mit der Kartoffelbewirtschaftung beschäftigte sich der Ausschuss für Volkswirtschaft in seiner Sitzung am 17. August. Dabei stimmten die bürgerlichen Vertreter der Verordnung des Reichsernährungsministers zu, wonach die Kartoffelzwangswirtschaft vom 15. September ab aufgehoben wird. Nach der Verordnung wird nur eine Reichsernte von 20 Millionen Zentner sichergestellt. Der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, daß die Reichs-Kartoffelstelle bei Abschluß von Verträgen an Mindestpreise nicht gebunden ist, wird gegen die Stimmen aller sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt.

Der Ausschuss nahm dann in später folgenden Sitzungen zu weiteren Fragen der Ernährungswirtschaft Stellung.

## Die Reform des Einkommensteuergesetzes.

Das Einkommensteuergesetz ist seit seiner Schaffung Gegenstand schärfster Bekämpfung geworden. Die Reichsparteien und deren Anhänger bekämpfen es wegen der hohen Steuerätze, die bis 60 Proz. steigen, und erklären, es komme in seiner Wirkung einer Vermögenskonfiskation gleich. Aus Arbeiterkreisen kommen die gleichen Proteste; vor allem aber wird von ihr Sturm gelaufen gegen den Steuerabzug vom Lohne. Es haben auch eine ganze Anzahl Streiks wegen des Steuerabzugs stattgefunden, die von den Unabhängigen und Kommunisten mit angezettelt und unterstützt wurden und deren größter wohl der Stuttgarter Generalstreik im August-September dieses Jahres gewesen ist und der mit einer furchtbaren Niederlage der am Streik beteiligten Arbeiter endete hat.

Die Unabhängigen haben in ihrer Agitation gegen den Steuerabzug leider immer verschwiegen, daß der Steuerabzug in Deutschland zwar eine Neuerung darstellt, daß er aber seit langer Zeit in England mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Arbeiter und Beamten durchgeführt ist.

Die Sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß das Einkommensteuergesetz wie auch die Besitzsteuergesetze einer Revision unterzogen werden müssen, aber sie hält fest an dem Prinzip des Steuerabzugs. Bei den steigenden Anforderungen an das Reich ist es unmöglich, dem Verlangen auf Beseitigung des Steuerabzugs und auf völlige Steuerbefreiung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung nachzukommen.

Gleich nach Zusammentritt des Reichstags nahm die Sozialdemokratische Fraktion Stellung zu der Frage der Abänderung des Einkommensteuergesetzes und sie brachte nach Vereinbarung mit allen bürgerlichen Fraktionen des Reichstags einen schleunigen Antrag ein, der eine wesentliche Milderung für die Arbeiter und Beamten mit kleinen Einnahmen und eine Verschärfung für solche mit größeren bedeutet.

## Die Erwerbslosigkeit.

In Rücksicht auf die steigende Erwerbslosigkeit und die steigende Not der Erwerbslosen brachte die Sozialdemokratische Fraktion am 25. Juni die folgende Interpellation ein:

Was gedenkt die Reichsregierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun?

Wie gedenkt sie insbesondere in der jetzigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu beschaffen?

Die Interpellation stand in den Sitzungen vom 4. und 5. August zur Beratung und wurde vom Genossen Köster begründet. Der Redner zeigte, daß die Zahlen der Erwerbslosen erschreckend in die Höhe gehen und daß in zunehmendem Maße Arbeitsverfürzungen und Stilllegungen von Betrieben in die Erscheinung treten. Er räumte mit dem Vorwurf auf, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen nicht arbeitswillig sei, indem er nachwies, daß bei der gesunkenen Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung und bei erheblicher Störung der Ausführung ein Aufblühen von Handel und Wandel nicht in Frage kommen kann. Die Unterbringung Erwerbsloser im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau sei wegen des Mangels an Wohnungen beinahe unmöglich, wobei allerdings zu bemerken sei, daß in der Erschließung neuer Braunkohlenfelder und der Errichtung neuer Wohnstätten an diesen Orten nicht genügend Tatkraft gezeigt würde. Die Landwirtschaft zeige eine Abneigung gegen Arbeiter aus der Stadt und stelle lieber Polen als Deutsche ein. Auch auf dem Lande müßten die Vorarbeiten zum Zwecke der Einstellung deutscher Arbeiter durch Befestigung der unhaltbaren Wohnverhältnisse schnellstens in Angriff genommen werden. Der Redner wies die Behauptung zurück, daß die Löhne zu hoch seien, und er legte dar, daß die Einnahmen der Arbeiter und Beamten meist nicht ausreichen, um die nötigsten Bedürfnisse des Lebens

zu befriedigen, denn die Preise für Nahrungsmittel, Heizmaterial und Kleidung und Schuhe seien viel mehr gestiegen als die Löhne und Gehälter. Er wies ferner darauf hin, daß das Unternehmertum in der guten Zeit die großen Gewinne eingesiekt habe und daß sich daraus die Pflicht ergäbe, in der schlechten Zeit Opfer zu bringen.

Im Auftrage der Fraktion stellte er dann die folgenden Forderungen:

1. Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, evtl. zu Gewerbehilfe.
2. Schärfere Beachtung der Verordnung, betreffend Einstellung deutscher Arbeiter an Stelle polnischer Arbeiter in der Landwirtschaft.
3. Verbot von Entlassungen, bevor nicht die Arbeitszeit auf wöchentlich mindestens 24 Stunden herabgesetzt ist.
4. Sofortige Vorarbeit und Inangriffnahme von Torfstichereien als Notstandsarbeiten.
5. Nachprüfung der Bestimmungen für Notstandsarbeiten im Baugewerbe.
6. Förderung von Siedlungs- und Unterkunftsbaun im Bergbau und in der Landwirtschaft.
7. Schleunige Inangriffnahme von Meliorationen, Kanal-, Brücken- und Straßenbauten.
8. Umstellung der Trieb- und Beleuchtungskraft der Eisenbahnen in elektrische.
9. Bewilligung besonderer Geldmittel zum Zwecke der Unterstützungsgewährung an solche Erwerbslose, die länger als zwei Monate erwerbslos sind.
10. Die Unterstützungen der Gewerkschaften dürfen auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet werden.

Die Besprechung endete damit, daß die vorliegenden Anträge dem Ausschuss für Volkswirtschaft zur Bearbeitung überwiesen wurden, der sich dann auch in der Woche vom 6. bis 11. September damit beschäftigte.

Das Ergebnis der Besprechung war, daß fast alle sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge abgelehnt wurden. Die Ablehnung erfolgte zum meist mit 16 bürgerlichen gegen die 12 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, hin und wieder auch mit 15 gegen 13 Stimmen. Das kam daher, weil das Zentrum alle Arbeitervertreter, die es früher für sozialdemokratische Anträge delegierte, aus dem Ausschuss zurückgezogen hat und bei den Demokraten nur der Abgeordnete Erlenz als Arbeitnehmervertreter stimmte. Daß die beiden Reichsparteien keinen Arbeitervertreter in ihren Reihen zählten, wird man demnach verstehen. Fabrikbesitzer, Bergwerksdirektoren, Verbandspräsidenten und dergleichen waren ihre Sachverständigen für Arbeitslosenfragen. Kein Wunder, daß sogar die selbstverständliche Forderung, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung den besonderen Bedürfnissen des Winters anzupassen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen erkräftigt werden mußte.

## Die Kriegsgesellschaften.

In der 7. Sitzung wurde verhandelt und erledigt der Antrag Hamm auf Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Ein Antrag auf Auflösung der Kriegsgesellschaften war in der Nationalversammlung bereits angenommen, denn schon damals stand fest, daß mit den überflüssigen Gebilden aufgeräumt werden muß, und zwar im beschleunigten Tempo. Der Redner der Deutschnationalen, Abgeordneter Bruhn, konnte natürlich nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, um in antikemistischer Tendenz erneut darzulegen, daß die Kriegsgesellschaften in der Hauptsache Nistellen für Anhänger jüdischer Glaubens sind, und daß sich in den Kriegsgesellschaften viele Kriegsdrückberger festgesetzt haben. Mit Recht hob unser Genosse Hoch hervor, daß es hier gelte, nicht mehr zu reden, sondern zu handeln, und daß es Zeit wird, einen Ausschuss einzusetzen, der tüchtige Arbeit leistet. Der Antrag wurde, nachdem auch die Reichsregierung ihr Einverständnis mit dem Antrag durch den Reichswirtschaftsminister Scholz zum Ausdruck gebracht hatte, einstimmig angenommen.

Wortstandberechtigt.

## Das Diätengesetz für die Reichstagsmitglieder

wurde in der 9. Sitzung vom Reichstag verabschiedet. Namens der Unabhängigen erklärte der Abgeordnete Ledebour, daß sie gegen den § 3 des Gesetzes sind, und daß sie schließlich das ganze Gesetz wegen des § 3 ablehnen. In diesem Paragraph ist gesagt, daß den Mitgliedern des Reichstags für das Fehlen in einer Sitzung oder bei namentlicher Abstimmung 50 Mk. von den Diäten in Abzug gebracht werden. Ledebour bezeichnete die Bestimmung als eine Strafbestimmung, die für Abgeordnete unwürdig sei. Die übrigen Fraktionen stimmten dem Gesetz zu.

## Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

wurde in der 14. Sitzung des Reichstags gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen. Die Notwendigkeit dazu ergab sich aus dem Friedensvertrag, der Deutschland nur ein Heer von Berufs Soldaten von höchstens 100 000 Mann beläßt.

## Die Aussprache über Spa.

Die Aussprache über die Verhandlungen in Spa nahm nicht der Verlauf, der allgemein angenommen wurde. Wohl hielt der Reichstagsler Fehrenbach eine auf die Verhandlungen in Spa bezugnehmende allgemeine Rede, aber der Reichsminister Dr. Simons griff viel weiter aus und rollte in seiner Rede die ganze Auslandspolitik auf, und er nahm vom Standpunkt des auf dem Völkerrecht stehenden Staatsmannes Stellung zu einer Reihe von Vorurteilen, die sich in Deutschland zugetragen hatten, und er versuchte sowohl die Basis für spätere Verhandlungen mit den Vertretern der Entente günstiger zu gestalten, als auch der Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Osten die Türen zu öffnen. Er hieb in seiner Rede sowohl auf die deutschen nationalen Geher, die den Klagenzwischensall hervorgerufen haben, als auch auf die Reichswehr ein, die in unbestimmtem Auszug den Franzosen Genugtuung boten, und er stellte sich auch im Falle Worten auf den Standpunkt des Völkerrechts. Seine Rede war frei von Rücksichten auf die Reichswehr und auf die halbnationalistischen Ansichten seiner Ministerkollegen, die der Deutschen Volkspartei angehören. Die erste Wirkung der Rede rief ganz allgemein den Eindruck hervor, daß eine Ministerkrise unausbleiblich sei.

Aber noch ehe der erste Redner der Parteien zu Worte kam, stellte sich Dr. Simons, von dem man fast versucht war, anzunehmen, daß er ein neuer Mann mit frischem Geist und starkem Charakter sei, als alter Bekannter in die Reihe der misserkandenen Staatsmänner. Er huste zurück!

Diese Tatsache wurde denn auch von unserem Genossen Stampfer, der als erster Redner zu Worte kam, gebührend festgestellt. Nachdem Stampfer das Treiben eines Teiles der Reichswehr und das Verhalten der Passbehörde in Posenburg und das eigentümliche Verhalten der bayerischen Regierung in der französischen Gesandtschaftsfrage gekennzeichnet hatte, erklärte er namens der Fraktion, daß den Vertretern der Regierung in Spa nichts anderes übrig blieb als so zu verfahren, wie sie es getan hat. Er warnte die französische Regierung, den Weg zu betreten, den die deutsche Regierung unternommen hat, als Rußland besiegt war. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß Deutschland versuchen muß, die Bedingungen von Spa zu erfüllen, und er forderte zum Zwecke der Durchführung der Kohlenlieferung die Ueberführung der Kohlenproduktion in den hochentwickelten sozialistischen Produktionsprozeß. Er schloß seine Rede mit der Hoffnung, daß für Weltfrieden und Weltfreiheit, für Demokratie und Sozialismus auf den internationalen Kongressen der Sozialisten und der Bergarbeiter in Genf Fortschritte erzielt werden.

Die Aussprache endete, nachdem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Goebich der deutschen Delegation nationale Festigkeit und Würde abgespröchen hatte und nachdem für die Sozialdemokratische Fraktion der Genosse Hermann Müller das Wort noch einmal genommen hatte, mit der Annahme der folgenden Entschließung, gegen die die Unabhängigen und Deutschnationalen gemeinsam stimmten:

Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat, und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde die vom Genossen Stampfer angeregte und von Unabhängigen eingebrachte folgende Entschließung abgelehnt:

Der Reichstag verlangt von der Reichsregierung als notwendige Voraussetzung der Durchführung des Abkommens von Spa die sofortige Sozialisierung des Bergbaues.

## Das Entwaffnungsgesetz.

\* Nach den Bestimmungen des Vertrages von Spa ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Entwaffnung der Bevölkerung vorzunehmen. Nach Schätzungen der Regierung beläuft sich die Zahl der im Besitz der Bevölkerung befindlichen Waffen auf 1,9 Millionen. Feststehende Tatsache ist, daß in der Zeit nach Beendigung des Krieges zahlreiche Personen und Organisationen sich Militärwaffen angeeignet haben.

Die Regierung unterbreitete daher auch dem Reichstag den Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung.

Die Fraktion hat sich mit dem Gesetzentwurf eingehend beschäftigt. Sie stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, daß die Entwaffnung einmal nach dem Abkommen von Spa durchgeführt werden muß, und daß sie auch in Rücksicht auf die innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen ist. Sie hatte aber von vornherein Bedenken gegen eine große Anzahl Bestimmungen des Entwurfes. Darum erklärte auch der Redner unserer Fraktion, anlässlich der ersten Beratung des Gesetzentwurfes, Genosse Lübbing, daß die Sozialdemokratische Fraktion zwar zur Mitarbeit an dem Gesetz bereit ist, daß aber wesentliche Änderungen vorgenommen werden müßten, wenn sie zustimmen soll. Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Fraktion bot der Entwurf nicht genug Garantien, daß neben der Entwaffnung der Einwohnereinheiten, der Geschichtsbüchereien, des Kommerziellen Landbundes und der Organisation des Postmeisters Escherich durchgeführt werden kann. Weiter kam es der Fraktion darauf an, zu erreichen, daß die Bestimmungen des Gesetzes, welche Personen und Organisationen Waffen behalten können, klar umrissen werden. Besonders verlangt wurde auch, daß die Reichswehr mit der Entwaffnungsaktion nicht betraut wird, sondern daß diese durchgeführt wird von den Polizei- und Sicherheitsorganen. Die Fraktion war weiter bestrebt, zu erreichen, daß in besonders schweren Fällen der Widergesetzlichkeit eine Vermögenskonfiskation Platz greift, und daß dem einzusetzenden Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat zur Mitwirkung beigegeben wird und daß für die abgelieferten Waffen eine Vergütung gewährt wird.

Es war nur zu selbstverständlich, daß der Vertreter der Deutschnationalen Aussetzungen an der Vorlage machte. Ihm paßte es nicht, daß in notwendig erscheinenden Fällen der Eid zu leisten ist, und daß auf die Verletzung desselben die Strafvorschriften Anwendung finden; er hatte auch Bedenken dagegen, daß nötigenfalls das Brief-, Post-, Telegramm- und Telephonheimnis aufgehoben werden soll, und er hatte auch schwere Bedenken gegen den parlamentarischen Beirat.

Die Unabhängigen sahen in dem Gesetzentwurf von vornherein ein konterrevolutionäres Instrument, das nur gegen die Arbeiterschaft angewendet werden sollte. Sie bestritten auch, daß nach dem Abkommen von Spa eine zwingende Notwendigkeit zum Erlaß des Gesetzes vorliegt. Aber sie verzichteten sich doch bei der ersten Beratung ziemlich ruhig. Später sahen sie in dem Entwurf nur noch ein Schandgesetz gegen die Arbeiter und sie ließen aus dem Grunde ganze Serien Redner gegen das Gesetz los. Sie übersehen vollständig, daß das reaktionäre Bürgertum heute in viel stärkerem Maße im Besitz der Waffen sich befindet, als die revolutionäre Arbeiterschaft, und daß von da aus der jungen Deutschen Republik mit seinen bürgerlichen Einrichtungen die allergrößten Gefahren drohen.

Die bürgerlichen Parteien haben lange gezögert, den von der Sozialdemokratischen Fraktion gestellten Forderungen nachzukommen. Die Fraktion erklärte daher, dem Gesetze die Zustimmung zu verjagen. Es kam jedoch vor der dritten Lesung in den hauptsächlichsten Fragen zu einer Verständigung, weshalb die Sozialdemokratie dem Gesetze in der dritten Lesung zustimmte, während die Unabhängigen und Kommunisten dagegen stimmten.

## Das Amnestiegesetz.

Gleich nach ihrem Zusammentritt hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion den folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Das Amnestiegesetz war schon um deswillen eine Notwendigkeit, weil in der Kapp-Zeit, besonders im Ruhrgebiet, Tausende deutscher Frauen und Männer wegen Verletzung der Strafgesetze inhaftiert und abgeurteilt worden waren. Die meisten Inhaftierungen und Urteile waren gegen solche Personen erfolgt, die sich gegen die Kapp-Verbrecher und für die Regierung der Republik eingesetzt hatten.

Das Amnestiegesetz war Gegenstand eingehender Beratungen der Parteien untereinander. Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen erstrebten eine möglichst umfassende Amnestie zu erreichen, während die bürgerlichen Parteien den Kreis nur eng begrenzt wissen wollten und auch dazu nur schweren Herzens zu haben waren. Die Deutschnationalen bezweifelten natürlich die Amnestie so auszudehnen, daß möglichst keinem am Kapp-Putsch Beteiligten noch ein Haar gekrümmt werden kann. Die Verhandlungen gestalteten sich so schwierig, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion sich veranlaßt sahen zu erklären, daß, wenn das Amnestiegesetz nicht zur Verabschiedung gelangt, auch nicht zugelassen werden könne, daß der Reichstag verabschiedet wird.

Die Sozialdemokratische Fraktion erstrebte auch die Amnestierung der Verurteilten aus der Zeit der Bayerischen Räteherrschaft und der Umstände in Berlin und im mitteldeutschen Gebiet. Die bürgerlichen Parteien waren aber für ein so weitgehendes Gesetz nicht zu haben, und so mußte die Sozialdemokratische Fraktion sich damit abfinden, sollte überhaupt etwas erreicht werden, daß das Bielefelder Abkommen zugrunde gelegt wurde und daß das Gesetz auch Anwendung findet auf eine große Anzahl derer, die im Lager Kappes gefangen haben.

Der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Dr. Radbruch, verlangte mit Nachdruck in der 17. Sitzung, daß, wenn den Kappisten Straffreiheit gewährt wird, auch den Revolutionären des Jahres 1919, die schon einen großen Teil ihrer Strafe verbüßt haben, Straffreiheit gesichert wird. Er erklärte sich auch dagegen, daß Straffreiheit nur denen gewährt werden soll, die Maßnahmen gegen das Reich unternommen haben, so daß die Amnestie auf Bayern und andere Landesteile Deutschlands nicht Anwendung findet. Unser Redner nahm auch Veranlassung, sich dagegen zu erklären, daß von der Amnestie nur diejenigen

ausgenommen werden sollen, die „Urheber und Führer“ des Kapp-Unternehmens waren, die sich ja nicht einmal in den Händen der Staatsanwaltschaft befanden. Schließlich forderte er, von der Straffreiheit nur ausgenommen zu wissen bestimmte Mordhandlungen und Brandstiftungshandlungen. Die Mündener Geiselmörder, die Hörschen Brandstifter und die Marburger Studenten sollten von der Straffreiheit ausgeschlossen sein.

In der Abstimmung wurde zunächst der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Abgelehnt wurden auch die Anträge der Deutschnationalen, die einerseits völlige Straffreiheit für die Kapp-Verbrecher bezweckten, und die andererseits die Strafmöglichkeiten für die Angehörigen der arbeitenden Klassen erweitern wollten. Abgelehnt wurden ebenfalls die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Einmütig angenommen wurde sodann der Antrag der Regierungsparteien.

## Die Verlängerung der Gültigkeit der Kohlensteuer.

Die Gültigkeit des Kohlensteuergesetzes war bis zum 31. Juli 1920 befristet. Die Regierung brachte daher, weil sie den Ertrag der Steuer, der auf vier- einhalb Milliarden Mark beziffert wird, benötigt, einen Gesetzentwurf ein, der die Gültigkeitsdauer der Kohlensteuer bis zum 31. Juli 1921 vorläßt. Die Steuer ist auf 20 Proz. des Wertes bemessen und betrug bei ihrer Einführung ungefähr 4 Mk. pro Tonne. Durch die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise ist auch die Kohlensteuer erheblich gestiegen und beträgt heute ungefähr 34 Mk. pro Tonne Steinkohlen.

Die Sozialdemokratische Fraktion nahm zu der Frage Stellung. Bei der Erörterung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer nicht nur eine Finanzfrage, sondern im hohen Grade eine volkswirtschaftliche ist. Die Kohlensteuer verteuert nicht nur den Hausbrand, sondern auch die Geselbstkosten für alle Erzeugnisse in starkem Maße. Das brachte auch unser Fraktionsredner, der Genosse Keil, anlässlich der Beratung der Kohlensteuer zum Ausdruck. Er legte dar, daß durch die Kohlensteuer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Ausland erschwert wird und daß mit einem Abbau der Preise, der notwendig sei, nicht begonnen werden kann, wenn die Kohlensteuer in ihrer ungeheuerlichen Höhe unverändert verlängert und damit zugleich auch die Steigerungen in Kauf genommen werden, die sich aus den weiteren Besteuerungen auf Erhöhung der Kohlenpreise ergeben. Er legte weiter dar, daß durch die Kohlensteuer auch in weitestem Maße das Reich mit seinen großen Eigenbetrieben belastet wird und daß allein für die von den Eisenbahnen verbrauchten Kohlen eine Steuer in Höhe von 500 bis 600 Millionen Mark jährlich zu entrichten ist. Dasselbe trifft zu auf die Betriebe der Länder und Gemeinden. Die Rückwirkung der Kohlensteuer machte sich auch geltend in den Forderungen der Beamten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen und -betriebe, die auf Erhöhung ihrer Bezüge zum Ausgleich der eingetretenen Teuerung dringen. Für den Wohnungsbau würden Hunderte von Millionen an Laufsitzzuschüssen gewährt; durch die Verteuerung der Kohlen aber würden die Preise für die Baustoffe ins Riesenhafte gesteigert. Unser Redner nahm auch Veranlassung, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Beihilfengesetzgebung in überaus schleppender Weise durchgeführt worden ist und daß gerade deshalb die arbeitenden Massen, angesichts der Wirkungen des Einkommensteuergesetzes, außerordentlich unzufrieden sind.

Schließlich empfahl unser Redner die von der Fraktion gestellten Anträge. Der erste Antrag spricht nur die Bewilligung der Steuer bis zum 31. Oktober 1920 aus, während die Vorlage des Ausschusses die Bewilligung bis

zum 31. März 1921 vorliegt. In der Ausschusssitzung wurde der Antrag mit 16 gegen 11 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. Der Reichstag lehnte den Antrag ebenfalls ab und nahm den Ausschussantrag an. Die Unabhängigen hatten im Ausschuss den Antrag gestellt, die Steuer auf 4 Mk. pro Tonne zu begrenzen. Dem Antrag kommt insofern auch Bedeutung zu, als damit die Unabhängigen, die vorgeben, prinzipiell gegen indirekte Steuern zu sein, sich bereit fanden, für die indirekte Kohlensteuer zu stimmen. Der Antrag wurde im Reichstag ebenfalls gestellt und gegen die Stimmen beider sozialdemokratischer Fraktionen abgelehnt. Ebenso erging es dem sozialdemokratischen Antrag, der bezweckte, daß die Kohlensteuer bei Erhöhung der Kohlenpreise, die damals bereits wieder in Aussicht stand, nicht mehr erhöht werden darf. Wegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde auch der Antrag der Unabhängigen abgelehnt, wonach die Hausbrandkohle von der Steuer befreit sein soll.

## Die Aufhebung der Militärgerichte.

In zwei Anläufen hatte die Nationalversammlung versucht, die Militärgerichtsbarkeit, die nach der Reichsverfassung aufzuheben ist, zu beichten.

Die Sozialdemokratische Fraktion brachte, um die Aufhebung schnellstens zu erreichen, schon Mitte Juni einen Gesetzesentwurf ein, in dem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit festgelegt ist.

Mit einiger Spannung konnte man dem Verhalten der Deutschen Volkspartei, die ja inzwischen Regierungspartei geworden war, entgegensehen. Die alte Regierung hatte der Nationalversammlung den Gesetzesentwurf vorgelegt und ihn verteidigt, und so mußte eigentlich vorausgesetzt werden, daß die in die Regierung eingetretenen Deutsche Volkspartei nun ebenfalls für den Entwurf eintreten würde. Das war aber nicht der Fall. Sowohl der General v. Gallwitz, der für die Deutschnationalen sprach, als auch der Abtinal Brümmerhaus, den die Deutsche Volkspartei vorzählte, lehnten den Entwurf ab.

In den Verhandlungen bemühten sich die Rechtsparteien, wobei sie vom Zentrum und dem größten Teil der Demokraten unterstützt wurden, den Entwurf wesentlich zu verschlechtern. Sie setzten durch, daß die Militärgerichtsbarkeit ganz allgemein für Vergehen an Bord bestehen bleibt. Der sozialdemokratische Antrag, auch die Angehörigen der Reichsmarine, sofern sie an Bord im Hafen sind, der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen, wurde mit 188 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Mit den sozialdemokratischen Abgeordneten haben nur fünf Demokraten gestimmt. Ebenso abgelehnt wurden alle weiteren Anträge der Sozialdemokratie und der Unabhängigen.

Für die Sozialdemokratische Fraktion sprachen die Genossen Schöpflin und Dr. Radbruch. Sie legten scharf dar, daß den Militärgerichten vom Volke das tiefste Mißtrauen entgegengebracht wird, und daß sich in den Urteilen im Liebfrecht, Lügemburg-, Marloh- und Marburger Studentenprozeß eine unerhörte Justizschmach offenbart habe, mit der endlich Schluss gemacht werden müsse.

Das Gesetz wurde in der Sitzung vom 30. Juli mit einer verfassungsändernden Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

## Die Ergänzungsetats.

Die seit Kriegsbeginn aufgestellten Etats sind im Laufe der Zeit immer über den Haufen geworfen worden. Die Herrichtung der Reichsfinanzen durch den Krieg und seine Folgen, die Erschließung nötiger Einnahmequellen und die Feststellung der Ausgaben für die einzelnen Ministerien waren derart schwierig, daß sich die gesetzgebende Körperschaft damit abfinden mußte, umfangreiche Ergänzungsetats zu verabschieden. Mit diesem Zustand muß und soll ge-

brochen werden. Das erste ordentlich aufgestellte Etatsgesetz soll aber dem Reichstage bald nach seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden, und damit wird die ordentliche geschäftsmäßige Beratung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs wieder beginnen, und damit kommt auch die Zeit, wo die einzelnen Kapitel wieder eingehender Beratung unterzogen werden können.

Der Reichstag hat bereits zwei Ergänzungsetats zu verabschieden gehabt. Anlässlich der Beratung des ersten Ergänzungsgesetzes wurde in der 7. Sitzung des Reichstags bei dem Kapitel Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft dem folgenden Antrag zugestimmt:

Bei den einmaligen Ausgaben: Zuschuß des Reichs zu den durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben (Auslandshilfe) entstehenden Kosten 13 025 000 Mk.

Die Summe ist bestimmt zur Verrückung der Ausgaben, die bei der Verteilung der Liebesgaben, die dem Deutschen Reiche zur Verteilung an Bedürftige von ausländischen Organisationen übermitteln werden, entstehen.

Die Unabhängigen erklärten durch den Mund des Abgeordneten Crispian, daß sie der Regierung das Vertrauensvotum versagt haben und daß sie in Konsequenz ihrer Haltung auch den Nachtragsetat ablehnen, unbeschadet dessen, daß einzelne Forderungen auch ihre Billigung finden.

Bei der Beratung des zweiten Ergänzungsetats übte der Abg. Bogtner (Unabh.) scharfe Kritik an dem Reichspräsidenten, weil er Todesurteile bestätigt und nicht genügend von seinem Begnadigungsrecht für die bei den blutigen Ruhrkämpfen Beteiligten Gebrauch gemacht hat. Darauf antwortete der Genosse Hermann Müller, daß der Reichspräsident bis zum 29. Juli von 1277 abhängig gemachten Fällen bereits 567 durch Begnadigung erledigt habe und daß eine große Anzahl weiterer Fälle zurzeit bearbeitet würde. Todesurteile habe der Reichspräsident nur zwei oder drei bekräftigt, und die in Betracht kommenden Menschen seien schuflicher Verbreden überführt und sie könnten auch nicht für die Arbeiterklasse reklamiert werden. Es sei aber auch zu berücksichtigen, daß der Reichspräsident kein Parteimann sei, sondern daß er seine Tätigkeit pflichtgemäß nach den Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen habe. Die Reichsverfassung aber sieht die Todesstrafe vor. Weiter führte unser Redner an, daß die radikalen Parteien, als sie in Bremen die Regierungsgewalt in der Hand hatten, das Standrecht erlassen und auch die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen angedroht haben und daß auch in Sowjetrußland die Todesstrafe eingeführt sei und in weitestem Maße angewendet würde.

Bei der Beratung des Kapitels „Reichswehrministerium“ übte der Genosse Schöpflin scharfe Kritik an dem großen Paß höherer Offiziere in der neuen Hunderttausend-Mann-Wehrmacht. Danach sind von rund 4000 vorgeesehenen Offiziersstellen 55 für Generale, 193 für Obersten, 617 für Stabsoffiziere, 1058 für Hauptleute und 1788 für Leutnants vorgeesehen. Weiter übte er Kritik daran, daß für das kleine Heer nicht weniger als 42 500 Pferde benötigt würden, und er kündigte an, daß schon in Rücksicht auf die Finanznotlage des Reichs bei der Beratung des Etats für 1921 diese Ausgaben zum Gegenstand eingehender Kritik gemacht werden.

In der Etatsberatung nahmen noch das Wort Genosse König zu den Vorgängen im Ruhrgebiet; Genosin Schulz zum Schußstreik in Hernie; die Genossen Siebel, Schilde und Bauer über die Anstellung von Privatbeamten und Kriegsschädigten bei den Versorgungsbehörden; Genosse Koker über die Bereitstellung der Mittel zur Durchführung des Tarifvertrags für die Arbeiter bei den Reichseisenbahnen und Genosse Bauer über den für die Reichseisenbahnen eingesetzten Untersuchungsausschuß für die Vorgänge in der Rappzeit.

## Interpellationen.

In der 7. Sitzung vom 3. Juli 1920 stand die Interpellation Ledebour und Genossen betreffend die Vorgänge in Thal bei Kusla in Thüringen auf der Tagesordnung.

Der Reichsminister Dr. Geßler erklärte, daß die Reichsregierung bereit ist, die Interpellation zu beantworten, wenn das Urteil rech. sträflich geworden ist. Die Unabhängigen wollten aber unbekümmert darum die sofortige Besprechung herbeiführen, was aber nur eintreten kann, wenn die Mehrheit des Reichstags das beschließt.

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte sich in einer Sitzung mit der Interpellation beschäftigt und beschlossen, für die sofortige Besprechung zu stimmen, und zwar in Rücksicht darauf, daß die Vorgänge in Thal außerordentlich beklagens- und beurteilenswerte waren. Sie hat sich bei dem Beschluß aber auf den Standpunkt gestellt, bei der Besprechung nur die Vorgänge zu erörtern und nicht den richterlichen Entscheidungen vorzugreifen. Die Besprechung wurde aber mit 182 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien haben geschlossen gegen die Vornahme der sofortigen Besprechung gestimmt; sie wird somit erst nach Inkrafttreten des Urteils besprochen werden können.

Interpellation betreffend Unterstellung verschiedener Ortsschaften unter polnische Staatshoheit.

Die Interpellation wurde von der Sozialdemokratischen und allen bürgerlichen Fraktionen unterzeichnet.

Die Interpellation wurde in der 12. Sitzung behandelt. Für die Sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse Schulz (Westpreußen). Reichsminister Dr. Simons, der die Interpellation beantwortete, wie alle Redner der Parteien, einschließlich des Abgeordneten Ledebour, sprachen sich gegen die Abtrennung der Ortsschaften und des Landstreifens vom Deutschen Reiche aus und waren sich einig darin, daß gegen die Losreißung scharfer Protest einzulegen ist.

## Schutz für werdende Mütter.

Der Bevölkerungsausschuß des Reichstags und der Reichstag werden sich in kurzer Zeit mit der Frage der Aufhebung oder Abmilderung der §§ 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches zu beschäftigen haben.

Zu der Frage sind zwei Anträge eingegangen, und zwar von den Unabhängigen und von einer großen Anzahl Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion.

Die in den Anträgen aufgeworfene Frage ist außerordentlich schwierig und daher wohl in fast allen Fraktionen umstritten. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, es den Mitgliedern der Fraktion anheimzustellen, dem nunmehr gestellten Antrage die Unterschrift zu geben. Einigkeit besteht darin, daß aus sozialen, bevölkerungspolitischen und ethischen Gründen heraus nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuches nicht mehr verurteilt werden darf. Einmütigkeit besteht wohl auch darüber, daß der Antrag der Unabhängigen nicht angenommen werden kann, denn die Beseitigung des § 220 würde einen unzulässigen Eingriff in die unveräußerlichen Rechte der werdenden Mütter ohne weiteres gestatten.

## Kleine Gesetze und Beschlüsse.

An kleineren Gesetzen wurden erledigt: Gesetz betreffend ein deutsch-französisches Abkommen über elsass-lothringische Rechtsangelegenheiten. (6. Sitzung.)

Gesetz betreffend die Anwendung der Meistbegünstigung auf nicht meistbegünstigte Länder. (9. Sitzung.)

Gesetz über Ergänzung der Vorschriften über den juristischen Vorbereitungsdienst. (10. Sitzung.)

Gesetz betreffend das Werner Abkommen vom 30. Juni 1920. (10. Sitzung.)  
Gesetz über die Aenderung des § 21 Abs. 1 und 2 des Umweltschutzgesetzes. (14. Sitzung.)

Gesetz betreffend das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Lettland. (16. Sitzung.)

Annahme des am 11. Mai 1920 im Haag unterzeichneten Vertrags zwischen der deutschen Regierung über Kredit und Eisenkohlen. (16. Sitzung.)

Gesetz zur Aenderung des Art. 168 der Reichsverfassung. (16. Sitzung.)

Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes über Postgebühren vom 29. April 1920. (16. Sitzung.)

Gesetz zur Ergänzung des Art. 178 der Reichsverfassung. (16. Sitzung.) (Betrifft das Wahlrecht der Helgoländer. Die Unabhängigen lehnen ab.)

Gesetz zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichte und die Vollstreckung ausländischer Urteile. (17. Sitzung.)

Gesetz über Enteignung von Grundeigentum usw. bei der Redar-, Main- und Donau-Kanalisation. (17. Sitzung.)

An wichtigen, einstimmig angenommenen Beschlüssen sind die nachfolgenden zu verzeichnen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel sowie die daraus sich ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten ausgezahlt werden;

der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes die Folgerungen aus den Landesbesoldungsordnungen und den im Reich bereits vorgenommenen Einsparungen gezogen werden, soweit diese mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist, und daß die sich ergebenden Vorzuschüsse gezahlt werden.

Nachdem das Reich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebietes den dortigen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern des Reiches eine sogenannte Besetzungszulage bewilligt hat, erscheint es nicht angängig, den in gleicher Lage befindlichen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern der Länder und Gemeinden, soweit ihr Dienstverkommen dasjenige der Klasse 13 der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigt, diese Zulage vorzuenthalten.

Da die Länder und Gemeinden erklären, die Mittel für diese Besetzungszulagen nicht aufbringen zu können, ist es notwendig, daß das Reich den Ländern und Gemeinden einen Zuschuß zu den entstehenden Kosten gewährt.

Der Ausschuß richtet daher an die Reichsregierung das Ersuchen, mit den in Frage kommenden Ländern und den Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu tragenden Anteil an den Kosten herbeizuführen.

Den Gemeindebeamten wird die Besetzungszulage nur gewährt, wenn die Gemeindebeamten keine höheren Gehaltsjahre beziehen als die gleichartigen Beamten des Reiches und der Länder.

Im außerordentlichen Haushalt — B. Heereswesen — unter b ist zu setzen: 8 000 000 Mk. zur Unterhaltung der infolge der Heeresverminderung auf Fürsorge zur Entlassung Kommenden bei Beschaffung von Zivilkleidung.

## Sozialisierung.

So stark auch die Steuerhörschrauben, direkte und indirekte, angezogen werden und so sehr auch der Grundsatz der Sparfamkeit zur Anwendung gelangen mag, so steht doch fest, daß Deutschland ohne Ausbau der Gemeinwirtschaft aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Elend nicht herauskommen kann.

Der Weg der Sozialisierung ist beschritten. Das Sozialisierungsgesetz ist geschaffen. Damit haben wir die Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit. Wenn jenes Gesetz nicht so ausgefallen ist, wie wir Sozialdemokraten es wünschten, so hat es keine Ursachen darin, daß wir eine Mehrheit in der Nationalversammlung nicht haben. Kohlen- und Kaliproduktion und neuerdings auch die Eisenwirtschaft, sind heute schon zum Teil Organen unterstellt, die vom Reich, Produzenten und Konsumenten gebildet wurden.

Mit der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Sozialisierung gemacht worden. Gerade bei Beratung dieses Gesetzes hat sich deutlich gezeigt, wie notwendig eine sozialdemokratische Mehrheit ist. Alle bürgerlichen Parteien sind mehr oder weniger darauf eingestellt, die Vorrechte derer zu sichern, die im Besitze der Produktionsstätten sind. Die allergrößten Widerstände wurden mit von den Vertretern der Demokraten ausgerichtet. Es ist unseren Vertretern im Ausschuß nicht gelungen, die Entschädigungsfrage so zu lösen, daß nur der budmaximale Anlagewert bezahlt wird. Aus dieser Probe ist deutlich ersichtlich, daß die Arbeiterschaft bei den bevorstehenden Wahlen alle Ursache hat, darauf hinzuwirken, daß eine sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage vertreten ist.

Mit Nachdruck befochten die Genossen Dr. Braun, Molkenbuhr, Rahmann, Gwe, Osterroth und Krüger die Verbesserung der Gesetze.

## Die Ernährungsfrage.

Die Ernährungsfrage steht im Vordergrund der Interessen des ganzen deutschen Volkes. Von einer ausreichenden und gut geregelten Nahrungsmittelversorgung, unter erträglichen Preisverhältnissen, hängt der dringend notwendige und ungestörte Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ab.

Daher beobachtet die Sozialdemokratische Partei das ganze Gebiet der Ernährungswirtschaft mit steigendem Interesse. Sie hat deshalb eine Kommission, bestehend aus Abgeordneten der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung, eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, in Gemeinschaft mit den verantwortlichen Stellen im Reich und in Preußen die Ernährungsirtschaft in Deutschland zu prüfen und sie haben das Ergebnis in einem Bericht niedergelegt.

## Der Rapp-Putsch und die Regierungs- umbildung.

Nachdem im Herbst 1919 die Demokraten wieder in die Regierung eingetreten waren, wurde sie durch den Rapp-Putsch genötigt, Berlin am 13. März 1920 vorübergehend zu verlassen. Sie ließ sich zunächst einige Tage in Dresden nieder und siedelte dann nach Stuttgart über, wohin auch die Mitglieder der Nationalversammlung berufen wurden. Der Rapp-Putsch löste den Generalkrieg und in einigen Teilen Deutschlands blutige Unruhen aus. Eisenbahn und Post ruhten; Arbeiterschaft und Beamte nahmen fast ausnahmslos Stellung gegen die reaktionären Umstürzler, und so war es denn selbstverständlich, daß die „Rapp-Regierung“ schon nach einigen Tagen kapituliert. Die Nationalversammlung trat daher nur für einen Tag, und zwar am 18. März, im Kunstgebäude in Stuttgart zusammen und nahm Stellung zum Rapp-Putsch. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse

Scheidemann. Im Anschluß daran fuhrten Regierung und Abgeordnete nach Berlin zurück.

Dort nahm die Fraktion sofort Stellung zu der brennend gewordenen Frage der Regierungsombildung. Genosse Koße, der bis dahin Reichswehrminister war, legte sein Amt nieder. Als Ministerpräsident wurde an Stelle des Genossen Bauer Hermann Müller berufen, der zunächst auch die Leitung des Außenministeriums in Händen behielt und das später dem Genossen Adolf Köster übertragen wurde. Genosse Bauer übernahm das Reichsfinanzministerium und der demokratische Justizminister Dr. Schiffer wurde durch seinen Fraktionskollegen Dr. Blund ersetzt. Das Reichswehrministerium übernahm der Demokrat Dr. Gessler.

Das Kabinett stellte sich in der Sitzung vom 29. März vor. Zu der Regierungserklärung sprachen die Genossen Legien und Wels für die sozialdemokratische Fraktion.

## Kleine Gesetze.

An kleinen Gesetzen sind erledigt:

Gesetz zur Ergänzung der Steuerflucht.

Gesetz über den Eintritt der Freistaaten Bayern und Baden in die Biersteuer-gemeinschaft.

Gesetz über die Landkrankenkassen, Kasienangestellte und Ersatzkassen.

Gesetz über den § 323 der Zivilprozedurordnung.

Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold.

Gesetz über ergänzende Maßnahmen gegen Kapitalabwanderung ins Ausland.

Gesetz über die Entschädigung von Offizieren und Dedoffizieren.

Gesetz zur Ergänzung der militärischen Versorgungsgesetze.

Gesetz betr. Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebens-jahr vollendet haben.

Gesetz betr. die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens.

Gesetz über Postgebühren.

Gesetz zur Aenderung des Postgesetzes vom 26. Mai 1914.

Gesetz betr. Telegraphen- und Fernspreckgebühren.

Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung.

Gesetz betr. einen Anleihecredit für das Rechnungsjahr 1919 sowie die Aus-gabe von Inhaberpapieren mit Prämien.

Ausführungsgezet zum Friedensvertrag.

Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedens-  
vertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.

Gesetz betr. den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener  
Personen und die Gewährung von Straffreiheit.

Gesetz betr. Aenderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol.

Gesetz über die Feuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und  
Gerichtsvollzieher.

Gesetz über die Eisenbahnaufsicht.

Gesetz betr. die vorläufige Regelung der Luftfahrt.

Gesetz betr. Aenderung des Bankgesetzes.

Gesetz über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften.

Gesetz gegen das Glücksspiel.

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und  
Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Vergütung von Leistungen für die  
feindlichen Seere im besetzten Reichsgebiet vom 2. März 1919.

Gesetz über die Erhebung der Biersteuer von dem auf Grund des Friedens-  
vertrages zur Einfuhr kommenden Biere.

Gesetz betr. Aenderung des Konsulatsgebührengesetzes.

Gesetz: Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechts-  
streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche.

Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken.

Gesetz über Bildung einer vorläufigen Reichswehr bzw. Reichsmarine.

Gesetz zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes.

Gesetz über Wiederbeginn und Ablauf von Fristen.

Gesetz betr. Aburteilung der an hochverräterischen Unternehmen Beteiligten aus dem März 1920.

Gesetz über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.

Gesetz über Enteignungsrecht von Gemeinden betr. Kapazitätsbeschränkungen.

Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Gesetz über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.

Gesetz: Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern.

Reichsausgleichsgesetz.

Gesetz betr. die Wahl des Reichspräsidenten.

Gesetz betr. die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage.

Reichswahlgesetz.

Gesetz betr. die Vereinigung Coburgs mit Bayern.

Gesetz betr. das Land Thüringen.

Gesetz über Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen.

Gesetz betr. das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsass-lothringischen Pensionen.

Gesetz betr. den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung Bayerns und Württembergs auf das Reich.

Gesetz über Telegraphen- und Fernspreckgebühren, Postgebühren und das Postwesen des Deutschen Reichs.

Gesetz betr. Gewährung einer Entschädigung an versetzte Beamte und von Unzugskosten beim Wohnungswechsel am Orte.

Gesetz betr. Auskunftspflicht über Güter usw. im Gebiet der alliierten und assoziierten Mächte.

Gesetz betr. Abänderung des Betriebsrätegesetzes.

Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Reichsheimstättengesetz.

Gesetz betr. die Übernahme einer Haftung des Reichs für Lasten des Saarbrücker Knappschaftsvereins.

Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Gesetz betr. Wiederaufnahme gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgesichte.

Gesetz betr. die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz usw. geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten.

Gesetz über Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.

Gesetz betr. Verordnung über eine militärische Amnestie.

Gesetz betr. Erteilung einer Kreditermächtigung.

Gesetz betr. Vereinbarung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costa Rica.

Gesetz über die Entschädigung verhafteter oder verurteilter Elsass-Lothringer.

Gesetz betr. die Erteilung einer Kreditermächtigung.

## Interpellationen

standen drei sozialdemokratische zur Beratung. Die erste, die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne betreffend, wurde bei der Beratung der Steuergesetze mit erledigt. Die Resolution der Zivil- und Militärrentenempfänger wurde vom Genossen Meier begründet und von der Genossin Reichert würdigungsvoll betreten. Die Steigerung der Preise für Säue und Leder wurde vom Genossen Weder begründet.

# Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung des Deutschen Reichs

Mai 1919 — April 1920

## Vorwort.

Wie nicht anders anzunehmen war, hat die verfassunggebende Nationalversammlung sich nicht darauf beschränken können, das Fundament des Reiches, die Verfassung, zu schaffen und den Frieden herbeizuführen, sondern sie wurde von der Not gezwungen, große Gesetzeswerke zu erledigen.

Der in den 15 Monaten, die die Nationalversammlung gearbeitet hat, aufgearbeitete Stoff hätte in der Vorkriegszeit zwei Legislaturperioden ausgefüllt, aber Krieg und Kriegsausgang haben die Verhältnisse umgestülpt, neue Wert- und Zeitgrade geschaffen und verursacht, daß Regierung und gesetzgebende Körperschaft ein Arbeitstempo einschlagen mußten, das zehnmal schneller ist als das frühere.

Trotzdem die Nationalversammlung länger tagte, als es den Oppositionsparteien von links und rechts zusagte, ist eine Anzahl sehr wichtiger und dringlicher Gesetzesarbeiten nicht erledigt worden. Die Lebensdauer der Nationalversammlung hätte bis zum Herbst ausgedehnt werden müssen, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden sollte.

Der gutorganisierte militärische Butsch der Kapp und Lüttwisch hat die politische Spannung, unter der die Parteien standen, bedeutend verstärkt und hat den Entschluß ausgelöst, die Wahlen zum Reichstage bereits im Juni vornehmen zu lassen. Der Reichstag hat also die Aufgabe, die von der Nationalversammlung nicht oder nur zum Teil erledigten Arbeiten in beschleunigtem Tempo fortzuführen.

Wir nehmen die Berichterstattung über die Tätigkeit der Nationalversammlung da auf, wo sie im Protokoll über den Parteitag in Weimar schließt und können den Bericht aus Mangel an Zeit und in Rücksicht auf den Umfang des bearbeiteten Stoffes und andere Hindernisse nicht ganz ausführlich gestalten.

## Verfassung des Deutschen Reichs.

Als der Parteitag im vorigen Jahre in Weimar zusammentrat, lagen erst die Ergebnisse der Verfassungsberatung aus der ersten Sitzung des Plenums und der ersten Sitzung des Ausschusses vor, über die ein umfassender Bericht aus der Feder des Genossen Ragenstein vorlag und der uns der Pflicht ent-



hebt, eine ausführliche Darstellung zu bringen. Wir beschränken uns deshalb darauf, über die nachfolgenden Verhandlungen zu berichten.

Die zweite Beratung der Verfassung begann am 2. Juli, und sie wurde erlebte am 18. Beratungstagen am 22. Juli 1919. Genosse Dr. Quard trat dafür ein, daß die Uberschrift lautet: Verfassung der Deutschen Republik. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde beantragt, die Reichsfarben schwarz-rot-gold abzulehnen und schwarz-weiß-rot beizubehalten, und sie wurden in ihrem Vorgehen unterstützt von einem großen Teile der Demokraten. Der Antrag wurde aber abgelehnt und mit 211 gegen 89 Stimmen wurde beschlossen, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind.

Angekämpft wurde ferner von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei gegen die Bestimmung, wonach jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, daß die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen ist, daß die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf und daß die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeindevahlen gelten. Genosse Dr. Quard trat mit Nachdruck und Erfolg für die zwingenden demokratischen Grundzüge ein. Von den beiden Rechtsparteien wurde auch versucht, das Wahlalter zu erhöhen. Die Deutschnationalen beschränkten sich darauf, zu beantragen, in der Reichsverfassung kein Wahlalter zu benennen und es im Wahlgesetz festzulegen, und sie hatten dabei ganz offenbar den Gedanken, daß es ihnen bei Beratung des Wahlgesetzes möglich werden kann, das Wahlalter erheblich hinaufzusetzen. Die Deutsche Volkspartei dagegen beantragte, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen. Beide Anträge wurden von dem Genossen Kapfenstein bekämpft und danach abgelehnt. Mit Erfolg wehrte auch der Genosse Kapfenstein die Angriffe gegen die dreijährige Wahlperiode ab. Für die Rechte des Reichstags bei Kriegserklärungen, bei Abschluß von Verträgen und für Aufhebung der Geheimverträge bei Gründung eines Völkerbundes trat der Genosse Dr. Quard ein. Der sozialdemokratische Antrag, wonach Männer und Frauen dieselben Rechte haben, wurde von der Genossin Fuchs und dem Genossen Dr. Quard vertreten, aber von der bürgerlichen Mehrheit mit 144 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Für die Abschaffung des Adels stimmten 127 Mitglieder der Nationalversammlung, während 153 dagegen waren. Für die Aufhebung der Todesstrafe sprachen die Genossin Pfütz und Genosse Dr. Singheimer. Die Aufhebung der Todesstrafe aber wurde mit 153 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Genossin Wohl und Kapfenstein traten mit Erfolg für die Ausdehnung des Schutzes der Mutterchaft und die Rechte der unehelichen Kinder ein. Für die Ueberführung der Bodenschätze und Naturkräfte in Gemeineigentum sprachen die Genossen Pflanz und Kapfenstein mit dem Erfolg, daß ein dahingehender Antrag mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen wurde. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch die hartumtrittene Bestimmung angenommen, daß kein Mitglied der Familie eines Landesherren zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt werden kann.

Die dritte Beratung der Verfassung begann in der 69. Sitzung am 29. Juli. In der Generaldebatte sprach für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Kapfenstein. In seiner Rede forderte er, dem Reichstag und Reichsrat die Wahl des Reichspräsidenten zu übertragen und die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf fünf Jahre herabzusetzen. Der zur ersten Frage gestellte Antrag wurde aber von der Fraktion zurückgezogen, während der zweite Antrag abgelehnt und die Amtsdauer auf sieben Jahre festgesetzt wurde. Die Rechts-

parteien wiederholten bei der dritten Beratung ihre Verschlechterungsanträge und sie hatten vielfach Erfolg dabei. So erreichten sie durch Annahme eines Antrags Heinze, daß dem Artikel 17 ein Absatz angefügt wurde, wonach durch Landesgesetz bestimmt werden kann, daß durch Landesgesetz die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden kann. Die Wahldauer des Reichstags war von dem Ausschuß in zweiter Lesung auf fünf Jahre festgesetzt. Die Rechtsparteien bemühten sich, diese Position zu verteidigen, während von unserer Seite versucht wurde, die dreijährige Wahldauer zu erreichen. Angenommen wurde ein Antrag der Demokraten, wonach der Reichstag auf vier Jahre gewählt wird. Die Rechtsparteien nannten auch in der dritten Lesung gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit an; sie hatten aber kein Glück damit. Ebenso versuchten sie ihre Geburts- und Standesvorrechte von der Verfassung unberührt zu lassen. Zwar wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, wonach die öffentlichen Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes aufgehoben sind; aber immerhin wurde doch ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes aufgehoben sind. Die Beseitigung der Todesstrafe, die in der zweiten Lesung beantragt, aber abgelehnt wurde, ist in dritter Lesung nicht beantragt worden, und zwar aus dem Willen, weil dafür keine Mehrheit zu haben war. Dafür aber ist eine Entschliebung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel der Beseitigung der Todesstrafe dem Reichstage vorzulegen. Die von unserer Seite bei Beratung des Artikels 119 beantragte Erweiterung der Rechte der unehelichen Kinder wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Bei Beratung des Artikels 152 wurde der in der zweiten Lesung angenommene und vom Ausschuß wieder beseitigte Antrag betreffend Ueberführung der Bodenschätze und Naturkräfte in Gemeineigentum wiederholt und von den bürgerlichen Parteien mit 170 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Der Versuch der Rechtsparteien, Mitgliedern der Familien von Landesherren das Recht zu erkämpfen, Reichspräsident zu werden, schlug fehl, denn die Stellungnahme des Ausschusses wurde mit 198 gegen 141 Stimmen aufrecht erhalten.

In der Generaldebatte hatte für die Deutschnationalen der Abgeordnete Dr. Düringer erklärt, daß sie der Verfassung nicht zustimmen, da sie nicht konservativ genug sei. Nach ihrer Meinung sei ein starkes Preußen und eine föderalistische Grundlage notwendig. Sie seien für die Monarchie, die auch dem Volke sympathischer wäre, während die Republik ihm wegensünder sei. Gegnerschaft befandente sie auch zum Prinzip der Sozialisierung, das in der Verfassung festgelegt sei. Dr. Heinze erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß sich ihre Auffassung über Monarchie und Republik mit der von Dr. Düringer vorgetragene decke. Die Verfassung zeige den Geist der extremen Demokratie, den sie ablehnen. Die Bestimmungen über das Gemeindevahlrecht seien ein schwerer Eingriff in die Rechte der Länder und Gemeinden, und sie könnten aus all den Gründen den Tag nicht feiern, an dem mit den neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold hundertjährig wird, daß die neue Verfassung in Kraft getreten ist; sie stimmten daher gegen die Verfassung.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte der Genosse Löbe vor der Schlußabstimmung, daß es ihr schwer falle, der Verfassung zuzustimmen, weil viele unserer Wünsche von der geschlossenen dastehenden Front der Bürgerlichen abgelehnt wurden. Die Zustimmung aber würde gegeben in der Hoffnung, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein werden als die papiernen Hindernisse, die mit der Verfassung ausgerichtet werden.

Die Verfassung ist sodann in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Enthaltung in der Sitzung vom 31. Juli angenommen worden. Dagegen gestimmt haben Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Unabhängige Sozialdemokraten.

## Der Friedensvertrag.

Obwohl Fraktion und Nationalversammlung am 12. Mai die Friedensbedingungen der Entente als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt hatten, mußten sie sich in den Junitagen 1919 nach tiefgehenden Erörterungen zu deren Annahme entschließen.

Der Entschluß darüber war um deswillen so schwer, weil die Wünsche der deutschen Regierung fast unbeachtet geblieben waren und die beiden Rechtsparteien ihn geschlossen, die Demokraten in Mehrheit ihn ablehnten, und weil sowohl im Zentrum als auch in unserer Fraktion Mitglieder waren, die unter Anführung guter Gründe eine bessere Lösung in dem Nein sahen.

Zu denen, die den Vertrag ablehnten, gehörten der Ministerpräsident Scheidemann und der Justizminister Landsberg, der der Friedensdelegation mit angehörte. Die Frage wurde noch verschärft dadurch, daß das Offizierkorps wegen der geforderten Auslieferung angeblich schuldiger Offiziere mit dem Rücktritt drohte und daß sich daraus der Zerfall der eben erst leidlich aufgerichteten Wehrmacht ergeben konnte.

Die Unabhängigen hatten sich bereits am 12. Mai für ein glattes Ja entschieden, und sie haben in der nachfolgenden Zeit in ihrer Presse immer wieder betont, daß uns nichts weiter übrig bleibe, als den Friedensvertrag zu unterzeichnen; sie haben damit der Entente, besonders aber den Franzosen, die beste Begründung für ihr unerhörtes Verlangen gegeben.

Ausschlaggebend für das Ja unserer Fraktion war, daß die Entente von neuem Kriegsmahnmahnen gegen Deutschland unternehmen, unsere in Sehnsucht nach der Heimat schmachtenden 800 000 Kriegsgefangenen weiter zurückhalten, daß sie das Ruhrgebiet und andere wichtige Teile Deutschlands besetzen und die Blodade in verschärfter Maße über Deutschland verhängen würde.

Die Regierung wurde am 22. Juni ermächtigt, zu unterschreiben, in der festen Hoffnung, daß die Zeit für Deutschland arbeitet und daß durch spätere Verhandlungen das Unerträgliche aus dem Vertrage von Versailles herausgehoben wird.

In der namentlichen Abstimmung stimmten 237 für und 138 gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages, während 5 Mitglieder sich der Stimme enthielten.

Mit der Annahme des Friedensvertrages schieden die Demokraten aus der Regierung aus. Sozialdemokraten und Zentrum übernahmen allein die Regierungsgeschäfte. Aus der Regierung schieden aber auch aus die Genossen Scheidemann und Landsberg.

Die Kanzlerschaft übernahm Genosse Bauer und an die Spitze des Ministeriums des Auswärtigen trat an Stelle des Grafen Brockdorf-Banbau, der ebenfalls zurücktrat, der Genosse Hermann Müller. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse Löbe. Er führte aus, daß die Fraktion die Haltung der Regierung billigt und daß sie daher dem Vertrauensvotum zustimmt.

Die Vertrauensfrage für die Regierung wurde mit 235 gegen 89 Stimmen bejaht, während 69 Mitglieder sich einer Erklärung enthielten.

Das Gesetz über den Friedensvertrag wurde in allen drei Lesungen in der Sitzung vom 9. Juli angenommen. Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Genosse Krätzig eine zustimmende Erklärung ab. In der namentlichen Abstimmung stimmten 209 Abgeordnete mit Ja und 116 mit Nein. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten geschlossen gegen das Gesetz, während die Demokraten eine Minderheit für und eine Mehrheit gegen das Gesetz stellten.

## Das Betriebsrätegesetz.

Die Revolution hat die politische Demokratie gebracht und mit dem Betriebsrätegesetz ist die Grundlage für die Demokratie in den Wirtschaftsbetrieben gelegt. Das unaltbare Vorrecht der „Herren im Hause“ ist beseitigt. Den Arbeitnehmern sind Rechte der Mitbestimmung eingeräumt, die zwar nicht unsere Wünsche befriedigen, die aber ein guter Anfang sind und die, wenn sie klugen und entschiedenen Vertretern übertragen werden, eine Macht in den Händen der Arbeitnehmer sind.

Das Gesetz zeigt an vielen Stellen die üblen Spuren des Kompromisses und an vielen unsere politische Schwäche. Wenn das Gesetz nicht so aussieht, wie es zahlreiche Arbeiter und Angestellte und wir wünschen, dann liegt es in erster Linie daran, daß das Volk am 19. Januar 1919 nicht in Mehrheit sozialdemokratisch gewählt, sondern eine bürgerliche Mehrheit geschaffen hat. Zentrum und Demokraten wollten und konnten bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes nicht soweit gehen, als wir das verlangten, denn beide Parteien haben starke Wählermassen hinter sich, die dem Betriebsrätegesetz ablehnend gegenüberstehen.

In zweiter Linie aber liegt die Schuld daran, daß nicht mehr erreicht wurde, bei den Unabhängigen.

Diese Maulhelden sind nicht müde geworden, von Anfang an das Betriebsrätegesetz als ein Schandgesetz zu bezeichnen. Kein Tag verging, an dem sie nicht die völlige Unbrauchbarkeit dieses Gesetzentwurfes erklärten. Aber wie bei fast allen anderen Beratungen haben sie auch hier völlig versagt.

Obwohl ihnen bekannt ist, daß in den Ausschußberatungen in der Hauptsache die Würfel über die Gesetze fallen, haben sie es vorgezogen, sich von der Arbeit des Ausschusses bei Beratung des Betriebsrätegesetzes weidlich zu drücken. Zwei Sätze hatten die Unabhängigen im Ausschuß, aber fast immer fehlte einer ihrer Vertreter, häufig sogar beide. Zudem schickten sie die „lahmsten Pferde aus dem Stalle“ an diesen wichtigen Arbeitsplatz, wo um jeden Paragraphen gekämpft werden mußte. So kam es, daß eine Anzahl wichtiger Verbesserungsanträge fielen, weil die unabhängigen „Arbeitervertreter“ ihre Pflicht nicht erfüllten.

Nach den gemachten Feststellungen hat bei 72 Abstimmungen immer ein Vertreter der Unabhängigen gefehlt.

Von den 236 im Ausschuß gestellten Anträgen trägt nur einer den Namen der Unabhängigen, und zwar des Abgeordneten Laufant. Der Antrag verlangt die Streichung einiger Worte, so daß die Betriebsräte auf unbestimmte Zeit gewählt werden sollten, und er hätte bei Annahme im Gesetze gehabt, daß in Betrieben, in denen die Unternehmer großen Einfluß auf die Arbeitnehmer haben, die Betriebsräte alle „hundert Jahre“ neu gewählt werden. Der Antrag hatte also wenig revolutionären Geist des Massenkampfes. Außerdem hat derselbe Abgeordnete mündlich beantragt, auch in Gefängnissen Betriebsräte zu

wählen, wobei er allerdings vermag, mitzufordern, daß die Gefängnisbetriebsräte auch über Einstellung und Entlassung der „Beschäftigten“ die Entscheidung haben.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprachen die Genossen Bender und Osierechth.

## Der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag.

Die Nationalversammlung hat im vorigen Jahre den 1. Mai als gesetzlichen Nationalfeiertag für das Jahr 1919 erklärt. Schon damals waren bei allen bürgerlichen Parteien erhebliche Widerstände zu überwinden, und es bestand in unserer Fraktion kein Zweifel darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien ein zweites Mal den 1. Mai nicht wieder als gesetzlichen Feiertag festlegen würden.

Trotzdem hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären. Abzüglich haben wir vermieden, ihn als Nationalfeiertag gesetzlich stempeln zu lassen, denn wir können und wollen nicht mit den Deutschnationalen und ihrem linken Anhang den 1. Mai zusammen als Festtag der Nation feiern.

Der Antrag — die Unabhängigen hatten einen ähnlich lautenden gestellt — wurde von der Nationalversammlung so ungefähr zwischen Tür und Angel verhandelt und vom Genossen Hausmann begründet. Obwohl bereits einige Länder beschlossen hatten, den 1. Mai als Feiertag gelten zu lassen und obwohl in zahlreichen Gemeinden das gleiche beschlossen war und obwohl weiter feststand, daß die gesamte Arbeiterschaft den 1. Mai durch Arbeitsruhe festlich begehen würde, haben die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen unsern Antrag gestimmt.

## Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen.

Für diese Opfer des Krieges hat die Nationalversammlung am 28. April 1920 ein Gesetz verabschiedet.

Das neue Gesetz kennt die Unterschiede der alten Gesetze nicht mehr. Es behandelt alle Beschädigten gleich, ob Soldat, ob Unteroffizier oder Offizier; sie werden alle gleich hoch entschädigt. Kriegbeschädigung oder Beschädigung in der Garnison werden gleichgeachtet. Die Kriegszulage fällt weg, ebenso die Verhümmelungszulage, an deren Stelle die Schwerbeschädigtenzulage tritt, die alle die Beschädigten erhalten, die eine Rente von 50 Proz. und mehr beziehen.

Die verschiedenen Zuschläge und Zulagen, die zu den Renten gewährt werden, machen das Gesetz etwas unübersichtlich. Wer nur flüchtig hineinsieht und dabei sich nur an die fixierte Grundrente hält, kann deshalb zu ganz falschen Schlüssen gelangen. Ein Ueberblick über die verschiedenen vorgesehenen Leistungen wird das zeigen.

Das Gesetz kennt die sogenannte Grundrente und die sogenannte Schwerbeschädigtenzulage.

Dazu kommt die Ausgleichszulage in den Fällen, wo der Beschädigte seinen früheren Beruf nicht mehr ausüben kann, falls er erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erforderte. Sie beträgt 25 Proz. der Grundrente und der Schwerbeschädigtenzulage. Erfordert der Beruf auch noch ein besonderes Maß von

Leistung und Verantwortung, so beträgt sie 50 Proz. Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage zusammen bilden die Vollrente.

Für Kinder — dazu gehören auch die Pflege- und Adoptivkinder sowie die unehelichen — wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Kinderzulage gewährt, und zwar für jedes Kind 10 Proz. der Vollrente.

Giltslose Beschädigte, die nicht ohne fremde Pflege und Wartung bestehen können, bekommen eine Pflegezulage, die, je nachdem, 600, 1000 oder 1500 Mk. beträgt.

Um dem Rechnung zu tragen, daß an den verschiedenen Orten die Lebenshaltung verschieden teuer ist, wird zur Vollrente und Ausgleichszulage eine Ortszulage zugezählt.

Zu den herauskommenden Beträgen kommt eine Steuerzulage, die jährlich neu festgesetzt wird. Zurzeit beträgt sie 25 Proz. aller Gebühren.

In den Fällen, wo ein Heilverfahren notwendig wird, besteht darauf ein Rechtsanspruch. Ebenso auf Berufsausbildung.

Witwen und Kindern bei der Ausbildung und bei der Ausübung des Berufs behilflich zu sein, sind die Fürsorgestellen verpflichtet.

Die Elternrente beträgt, wenn beide Eltern noch leben, 30 Proz., sonst 20 Proz. der Vollrente. Dazu kommen Orts- und Steuerzulage. Voraussetzung der Gewährung ist, daß der Verstorbene die Eltern ernährt hat oder später ernährt hätte. Auch bedürftig müssen die Eltern sein.

Stirbt ein Beschädigter, laufen zunächst seine Bezüge drei Monate weiter; auf diese Gebühren kommen allerdings dann die der Hinterbliebenen aufgerechnet. Auch wird, je nach der Ortsklasse, ein Sterbegeld von 400, 350, 300, 250 Mk. gezahlt.

Zum Erwerb oder der wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes können Beschädigte und Witwen mit einem Teil ihrer Bezüge abgefunden werden. Abgefunden werden auch die Witwen, die sich wieder verheiraten.

Die Gebühren, die das Reich jährlich aufbringen muß, belaufen sich auf rund 4½ Milliarden Mark. Zu entschädigten sind schätzungsweise 1 350 000 Beschädigte, 520 000 Witwen, 1 130 000 Waisen.

Bedauerlich ist es, daß es nicht gelungen ist, in der Kommission mit einer Reihe von Anträgen durchzudringen. So ist der Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion, die Rentenzahlung bereits bei 10 Proz. Dienstbeschädigung statfinden zu lassen, abgelehnt worden. Für die jetzt eine solche Rente Beziehenden ist eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Rente vorgesehen. Ebenso fand der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Witwenrente im Falle der Wiederverheiratung, für welche ebenfalls eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages vorgesehen ist, wieder aufleben zu lassen, falls binnen sechs Jahren erneut Witwenchaft eintritt, keine Annahme.

In der zweiten Beratung sprach für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Meier. Er hob hervor, daß der Entwurf vom Ausschuss wesentlich verbessert worden ist, daß aber trotzdem alle unsere Wünsche nicht befriedigt worden sind und daß der Reichstag jederzeit Gelegenheit nehmen kann, das Gesetz zu ändern. Er wandte sich dann noch gegen die Agitationsanträge der Deutschnationalen, die in schreiendem Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten stehen und die um so mehr Verwunderung erregen müssen, als die Deutschnationalen dem Reich weder Steuern noch den Staat bewilligen.

## Die Sorge für die Opfer des Krieges und der Arbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an ihr Augenmerk den berechtigten Interessen der Opfer des Krieges und der Arbeit gewidmet. Sie hat sich nach Kräften bemüht, dem Arbeitsprogramm, das der Ministerpräsident Genosse Scheidemann am 13. Februar 1919 der Nationalversammlung vorlegte, lebendige Gestalt zu geben, und sie hat in zahlreichen Fraktionsitzungen auf die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder eingewirkt, dahin zu streben, daß mit größter Beschleunigung die Ansprüche der Kriegsverletzten, der Kriegshinterbliebenen, der Zivilrentner und Arbeitslosen den veränderten Verhältnissen entsprechend gesetzlich geregelt werden.

Nachdem die Anfrage des Genossen Meier-Sachsen, ob die Regierung bereit sei, die Alters-, Invaliden- und Unfallrenten zu erhöhen, am 24. Juni dahin beantwortet war, daß kurzzeit darüber Verhandlungen schweben, hat derselbe Genosse im Auftrage der Fraktion die Regierung am 14. Juli über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger interpelliert. Er hat darauf hingewiesen, daß die bereits im Oktober 1917 von sozialdemokratischer Seite geforderte Erhöhung aller Renten von der Regierung nicht durchgeführt wurde und daß die im Juni 1918 vom Reichstag angenommene Resolution, in der die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Neuregelung der Kriegsrenten und die vorläufige Erhöhung aller Kriegsrenten um 100 Proz. gefordert wurde, völlig ungenügend beachtet worden sei. Der Arbeiter wies nach, daß die Preise für die Lebensnotwendigsten gewaltig gestiegen sind, daß die im Jahre 1918 vorgenommene Erhöhung der Alters-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Unfallrenten völlig unzureichend ist und daß sich die Opfer des Krieges und der Arbeit zum größten Teil in schlimmster Notlage befinden. Er erklärte, daß wir bei aller Achtung vor dem Grundsatz notwendiger Sparsamkeit doch der Regierung die Pflicht auferlegen, ausreichend für die bedürftigen Rentner zu sorgen, und er gedachte in seiner Rede auch der Notlage der bedürftigen Kriegsveteranen von 1870/71, denen die völlig unzureichende Jahresrente von 150 Mk. und eine einmalige Zuweisung von 25 Mk. für das Jahr 1917/18 zustand.

Der Arbeitsminister Schlichte antwortete, daß die bedürftigen Rentenempfänger aus der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege, an deren Kosten das Reich mit einem Drittel beteiligt ist, Zuschüsse beanspruchen können und daß er baldigst einen Gesetzesentwurf vorlegen wird, worin eine erhöhte Fürsorge für die Rentenempfänger festgelegt wird.

Vom Vertreter des Kriegsministeriums wurde geantwortet, daß zunächst durch Bewordnung die Renten der versorgungsberechtigten Militärpersonen erhöht worden sind und daß die Reform der Militärversorgungsgesetze in Arbeit sei, zu deren Erledigung die Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Mitarbeit herangezogen würden.

In der weiteren Debatte sprach noch die Genossin Reitze wirkungsvoll für die Rentner und forderte, daß zum Zwecke der sozialen Ausöhnung denen gegeben werden solle, die nichts haben, und denen genommen werden solle, die reichlich und allzu reichlich besitzen.

Ohne Debatte wurde in der Sitzung vom 21. August 1919 der folgende von allen Parteien unterstützte Antrag lobbe angenommen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen:

1. sofort ausreichende Mittel zur schleunigen Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene zur Verfügung zu stellen;
2. vor dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen die im Reichsauschuß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge vertretenen Organisationen zu hören;
3. der Nationalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt eine genaue Darlegung über die bisherigen Aufwendungen für Kriegshinterbliebene nach Art und Höhe vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der infolge dieses Beschlusses aufgewendeten Mittel;
4. das in Aussicht gestellte Mannschafis- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz schleunigst vorzulegen.

Dazu hatte der Reichsfinanzminister erklärt, daß mit der Gewährung von Beihilfen bald vorgegangen werden solle.

Die Gesetzgebung hat sich auch der Fürsorge der Schwerbeschädigten angenommen, das war um so notwendiger, als sich sehr bald herausstellte, daß die kapitalistisch orientierten Unternehmer nicht freiwillig den schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern den Dant des Vaterlandes abstatten werden. Immer mehr stellte sich heraus, daß sie nicht geneigt sind, schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer zu beschäftigen, oder daß sie diesen für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn wie gesunden Arbeitkräften zahlten.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter beschränkt sich nicht auf schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, sondern ist erfreulicherweise ausgedehnt auch auf die Schwerunfallbeschädigten.

Bei der Beratung ist ausdrücklich festgelegt, daß die gewährte Rente nur eine Entschädigung für den Teil der Arbeitsfähigkeit darstellt, den der Beschädigte verloren hat, und daß es Aufgabe des Gesetzes sein soll, die Möglichkeit zu bieten, daß der Schwerbeschädigte seine noch vorhandene Arbeitskraft zweckentsprechend dem Dienst der Allgemeinheit widmen kann.

Nach dem Gesetz ist jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Der Reichsarbeitsminister ist auch ermächtigt, anzuordnen, daß das Reich, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts zahlenmäßig bestimmte Bruchteile ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen haben. Das Recht kann er auch ausüben auf private Arbeitgeber.

Die Arbeitsvermittlung an Schwerbeschädigte ist nicht den Arbeitsnachweiser, sondern den Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte überlassen, die aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Mitwirkung Vertreter der Berufsgenossenschaften, der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Vereinigungen Unfallbeschädigter hinzuzuziehen haben. Ein besonderer Schutz der Schwerbeschädigten ist im § 11 festgelegt, wonach in Betrieben mit wenigstens 100 Arbeitnehmern ein Vertrauensmann, der tunlichst ein Schwerbeschädigter sein soll, von der Arbeitnehmererschaft zu stellen ist. Ein wesentlicher Schutz liegt auch darin, daß nach § 12 Schwerbeschädigte nur mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen entlassen werden können, sofern nicht durch Gesetz oder Vertrag eine längere Frist vorgesehen ist und daß jede Kündigung eines Schwerbeschädigten der Hauptfürsorgestelle angezeigt werden muß.

Nach § 14 werden private Arbeitgeber, die vorzüglich oder in grober Fahrlässigkeit gegen die Vorschriften des Gesetzes verstoßen, von dem Schlicht-

tungsausschuß auf Antrag der Hauptfürsorgestelle für jeden einzelnen Fall des Verstoßes mit einer Buße bis zu 10 000 Mk. belegt.

In der Debatte stellte der Redner unserer Fraktion, der Genosse Jansché, fest, daß die Unternehmer aus eigenem Antriebe den Schwerbeschädigten wenig Dank für ihre Leistungen im Kriege gezeigt haben. Deshalb sei das Gesetz eine Notwendigkeit. Besonders erfreulich sei die getroffene Fürsorge für Unfallverletzte. Es sei notwendig, daß private, staatliche und kommunale Arbeitgeber in größter Weithergigkeit das Gesetz ausführen. Er brachte zum Schluß noch zum Ausdruck, daß unsere Fraktion für den Antrag Heinge stimme, in dem eine besondere Fürsorge für die Kriegsblinden gefordert wird.

In der 175. Sitzung verabschiedete die Nationalversammlung noch das Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Durch dieses Gesetz soll den Alters- und Invalidenrentnern eine monatliche Zulage von 90 Mk. gewährt werden, den Empfängern von Witwen- oder Witwenrenten 15 Mk., den Empfängern einer Waisenrente monatlich 10 Mk. Dafür ist ein erhöhter Wochenbeitrag vorgesehen, in Lohnklasse I von 90 Pf., II 100 Pf., III 110 Pf., IV 120 und V 140 Pf.

Zu der Ausschüßberatung wurde von unseren Genossen beantragt, diese Zulagen bereits am 1. Juni 1920 zu gewähren. Der Antrag wurde indes gegen unsere Stimmen abgelehnt und beschloffen, daß sie vom 1. Juli 1920 an in Kraft treten. Die Haltung der Bürgerlichen ist geradezu unverständlich, denn auch ihnen muß klar sein, daß die Invalidenrentner sich in bitterster Notlage befinden.

Außerdem hat der Genosse Meier in unserem Auftrage, unter Unterstützung der Unabhängigen, nachfolgenden Antrag gestellt:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. sofort einen Betrag von 500 Millionen Mark zur Gewährung einer Feuerungszulage an die notleidenden Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- (Witwer-) und Waisenrentner (mit Ausnahme der Witwen und Waisen, die auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes Rente beziehen), zur Verfügung zu stellen;

2. vor Ausführung der erforderlichen Maßnahmen die Vertreter der Interessenten über die der Reichsregierung gemachten Vorschläge zu hören. Auch dieser Antrag ist von der Nationalversammlung abgelehnt worden. Wesentliche Verbesserungen sind auch für die Unfallrentner erzielt.

## Die Beamtenfürsorge.

Die mittleren und unteren Beamten wurden im kaiserlichen Deutschland zur Untertwürfigkeit erzogen und schlecht bezahlt.

Man hatte sie in ungezählte Gruppen zergliedert und damit die für die damalige „Ordnung“ notwendige Zwietracht geschaffen.

Für die Besoldung der Beamten mußte ein Gesetz mit neuer Grundlage geschaffen werden. Die Entwertung des Geldes hatte alle gültigen Grundsätze über den Haufen geworfen.

Die geschaffene Besoldungsordnung kann natürlich nicht als ein in allen Teilen befriedigendes Werk bezeichnet werden. Dazu reicht es erstens nicht die Zeit aus, die der Nationalversammlung bei der Beratung zur Verfügung stand. Zweitens aber auch nicht die Mittel, über die heute das besarmte Deutsche Reich verfügt.

In mehrmonatigen Verhandlungen ist der Gesetzentwurf unter weitgehender Einziehung der Vertreter der Beamtenschaft zustande gebracht. Nach alter Erfahrung hätte die gesetzgebende Körperschaft drei Monate an der Erledigung dieses wichtigen Gesetzes zu arbeiten gehabt. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich bemüht, für die unteren und mittleren Beamten höhere Einnahmen zu erzielen, und es ist erfreulicherweise der Erfolg zu verzeichnen, daß die Grundgehälter, vornehmlich der unteren Klassen, nicht unmerklich erhöht worden sind. Nicht zu erreichen war, daß eine wesentliche Absufung der Feuerungszuschläge für die oberen Klassen eintritt. Ein großer Erfolg besteht auch darin, daß die unzähligen Beamtengruppen in insgesamt nur 13 zusammengefaßt worden sind und daß die Möglichkeit des Aufstieges aus der einen in andere Klassen gegeben ist. Damit bekommt der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ lebendige Gestalt. Bei der zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht möglich, die Einstufung vorzunehmen, und bleibt diese Arbeit dem Reichstag zur Erledigung vorbehalten. Bei der Besprechung der Vorlage traten die Genossen Steinlopp und Hoch besonders für die Besserstellung der Diätäre ein.

Mit der Besoldungsordnung ist keineswegs die Lösung der sozialen Frage der Beamten erledigt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß, wenn eine weitergehende Entwertung des Geldes eintritt, erneut die Frage der Gewährung von Zuschüssen aufgeworfen und erledigt werden muß.

## Die Kriegsgefangenen.

Mit großer Anteilnahme verfolgte unsere Fraktion, die Nationalversammlung und die Regierung das Geschick der zahlreichen deutschen Kriegsgefangenen. 800 000 Männer befanden sich, als das blutige Ringen beendet war, in den Händen unserer Feinde. Während Deutschland nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages die im Lande vorhandenen Kriegsgefangenen der Entente sofort zurücktransportieren mußte, befehlt sich die Entente vor, die Freilassung der deutschen Gefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages durchzuführen.

Am 20. August 1919 nahm die Nationalversammlung eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Kriegsgefangenen an. In ihr wurde erneut an die Gefühle der Menschlichkeit unserer Feinde appelliert und gebeten, die unschuldigen Kriegsgefangenen nicht länger leiden zu lassen, und einstimmig wurde ein Antrag läde angenommen, wonach der Wortlaut der Erklärung durch Funkpruch den Parlamenten in Frankreich, England, Nordamerika und Italien zur Kenntnis gegeben werden soll. Eine weitere Entschlieung zugunsten der noch vorhandenen 500 000 Kriegsgefangenen wurde am 18. Dezember 1919 angenommen.

## Die Wohnungsfrage.

Während der Kriegszeit war die Errichtung von Wohnhäusern fast völlig unterbunden, und sehr bald machte sich dann auch ein unerträglich Mangel an Kleinwohnungen bemerkbar.

Wären nach dem Kriegsschluß unsere Wirtschaft und der Verkehr intakt gewesen und hätten wir lediglich stabile Preise für Rohstoffe und Arbeitslöhne gehabt, konnte es wohl möglich sein, mit Beschleunigung an die Beseitigung der Wohnungsnot heranzugehen. Aber es fehlte zunächst an Kohlen, und es konnten weder Ziegel noch Kalk gebrannt noch Zement erzeugt werden. Die

Preise für alle Baumaterialien und auch die Löhne sprangen ruckartig in die Höhe, und die Möglichkeit, durch Private Wohnhäuser herzustellen, war völlig ausgeschlossen.

Es blieb daher nichts weiter übrig, als daß das Reich in weitem Ausmaße Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stellte und daß mit Gesetzen und Verordnungen helfend eingegriffen wurde. Der Reichstag hatte der Regierung bereits im Mai 1918 einen Kredit von 500 Millionen Mark zur Errichtung von Kleinwohnungen angeboten, die später von der Regierung angefordert wurden. In Wirklichkeit sind sie aber bis 1919 nicht verbraucht worden, weil nicht gebaut werden konnte.

In einer Interpellation, die vom Abgeordneten Bachhorst de Wente eingebracht und begründet worden ist, wurden weitere Mittel als die bereits bewilligten 500 Millionen gefordert. Der Arbeitsminister Genosse Schlicke erklärte, daß weitere 150 Millionen Mark angefordert sind und daß die Regierung alles tun wird, um eine Besserung der Lage des Kleinwohnungswezens herbeizuführen.

In der Besprechung wurde von unserem Redner, dem Genossen Gölzer, mit Nachdruck die Notwendigkeit der Gewährung größerer Reichszuschüsse gefordert und besonders betont, daß auch dem platten Lande Zuschüsse gegeben werden müssen.

In einer Anfrage des Genossen Hoch wurde gefordert, daß gemeinnützigen Baugesellschaften billiges Bauholz zur Verfügung gestellt wird und Genosse Löbe forderte in einer Anfrage, daß Kasernen und sonstige militärisch-kasernenartige Gebäude den Gemeinden zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung erklärte zu beiden Anfragen ihre Bereitwilligkeit und verwies auf das Wohnungsgesetz, in dem vorgesehen sei, daß den Gemeinden Kasernen und militärisch-kasernenartige Gebäude zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Zur Binderung der Wohnungsnot wird auch die Schaffung des Reichsheimstättengesetzes beitragen. Danach können vorzugsweise Kriegsteilnehmer, insbesondere Kriegsbeschädigte sowie Witwen der im Kriege Gefallenen und kinderreichen Familien durch gemeinnützige Unternehmungen Heimstätten gegeben werden.

Die Unabhängigen haben das Gesetz, das einer großen Zahl unglücklicher Kriegsteilnehmer und deren Angehörigen die Möglichkeit bietet, ein eigenes Heim zu angemessenem Preis zu erwerben und gleichzeitig ein Anwesen zu besitzen, das ihnen das Lebensdasein wesentlich erleichtert, abgelehnt, obwohl sie in der Ausschlußberatung nicht einmal den Versuch, das Gesetz zu verbessern, gemacht haben.

Schließlich hat die Nationalversammlung noch das Wohnungsgesetz verabschiedet.

Dabei wurde ein Antrag Osterroth angenommen, nach dem, wie bereits der Kohlenbergbau, so auch der Kalibergbau und die Eisenindustrie aus den erzielten Ausführungsgewinnen erhebliche Beträge für die Errichtung von Arbeiterwohnungen bereitzustellen haben.

## Reichsiedlungsgesetz.

Zum Zwecke der Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit zugleich, ist das Reichsiedlungsgesetz geschaffen. Danach sind die Länder verpflichtet, Siedlungsunternehmen zu gründen, damit Kleinbetriebe in der Größe, daß sie eine selbständige Uterernährung gewährleisten, geschaffen wer-

den können. Zu diesem Zwecke sollen Staatsdomänen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist den Siedlungsunternehmen ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke im Umfange von mehr als 25 Hektar eingeräumt. Die nach dem Gesetz zu schaffenden Siedlungsverbände haben auf Verlangen gemeinnützigen Siedlungsunternehmen geeignetes Land aus dem Bestand der großen Güter zu einem angemessenen Preise zu beschaffen und zwar in dem Umfange, bis ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der großen Güter (über 100 Hektar einschließlich der Domänen) für Siedlungszwecke bereitgestellt ist oder die landwirtschaftliche Nutzfläche dieser Güter nicht mehr als zehn vom Hundert der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Ansiedlungsbezirkes beträgt.

Ein großer Vorteil besteht darin, daß sich das Gesetz nicht nur auf die Schaffung dieser Siedlungen beschränkt, sondern ausdrücklich auch die Vergrößerung kleiner Stellen und Güter für alle diejenigen Familien ins Auge faßt, denen der bisherige landwirtschaftliche Besitz nicht genügend Nahrung gewähren konnte. Schließlich bietet das Gesetz noch die Möglichkeit, Güter, die während des Krieges von Personen erworben sind, welche die Landwirtschaft nicht im Hauptberufe betreiben oder betrieben haben, und solche, die im Laufe der letzten 20 Jahre mehrfach den Besitzer gewechselt haben und schlecht bewirtschaftet werden, und andere, zwangsweise für die Zwecke der Siedlungsunternehmen zu enteignen.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt den Ländern ob, und es liegt an der sozialdemokratischen Vertretung, das Gesetz so durchzuführen, daß es seinem wirklichen Zwecke gut dienen kann.

## Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Zum Schutze der ärmeren Bevölkerung, die am meisten unter Ernährungsnot zu leiden hat, wurde das Gesetz einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung beschloffen. Das Gesetz bietet die Möglichkeit, den Hunger der Kleinbesitzer nach Land zu befriedigen, und es stellt einen Schutz der Pächter gegen die Ausbeutung der Landbesitzer dar.

## Reichs Eisenbahnen.

In der Reichsverfassung ist festgelegt, daß die Eisenbahnen der Länder spätestens am 31. März 1921 an das Reich übergehen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verfassungsausschusses haben bei Beratung jenes Artikels mit Entschiedenheit darauf hingewirkt, daß jene Frist möglichst kurz gesteckt wird. Sie waren schon damals überzeugt davon, daß Reichseisenbahnen ein starkes Band für die junge deutsche Republik sind und daß damit alle Loslösungsbestrebungen erlötet werden. Sie waren sich aber auch klar darüber, daß das Verkehrsband nur überwunden werden kann, wenn das ganze Verkehrsweien und vor allem die Eisenbahnen unter einheitliche Leitung kommen und daß es notwendig ist, es von da aus den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen.

Die Materie ist nicht durch Reichsgesetz, sondern in einem Staatsvertrag, der unter Mitwirkung aller Eisenbahnländer und des Reichs zustande kam und der, wenn er perfekt werden sollte, in den Parlamenten aller Eisenbahnländer und der Nationalversammlung unverändert angenommen werden mußte, geregelt.

Die Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Staatsvertrag beschäftigt. Sie hat einen Vortrag des Herrn Geheimrat Kirchhoff, der seit vielen Jahren für die Verreichlichung der Eisenbahnen gekämpft hat und der den Vertrag als unerträglich für das Reich bezeichnet, entgegengenommen.

Die Fraktion hatte gegen den Staatsvertrag weitgehende Bedenken und er wurde von mehreren Mitgliedern in der schärfsten Form kritisiert. Besonders hervorgehoben wurde, daß durch den Staatsvertrag die eisenbahnlosen Länder in weitgehendem Maße benachteiligt werden.

Schließlich aber hat die Fraktion, wie alle anderen, dem Vertrag ihre Zustimmung gegeben, weil eine andere Lösung viel kostbare Zeit erfordert hätte und weil kaum eine günstigere materielle Lösung zu finden gewesen wäre.

Sie hat zugleich einer Erklärung zugestimmt, in der gesagt ist, daß die eisenbahnlosen Länder durch den Staatsvertrag benachteiligt wurden und in der die Regierung erjucht wird, einen Ausgleich für diese Länder nach Möglichkeit anzustreben.

## Die Reichsbetriebe.

Die Reichsbetriebe, Eisenbahnen und Post, die in der Vorkriegszeit erhebliche Ueberschüsse abwarfen, sind nachgerade das Schmerzenskind des Finanzministers geworden. Nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers erfordern diese beiden sozialisierten Reichsbetriebe für das laufende Jahr einen Zuschuß in der unerhörten Höhe von rund 13 Milliarden Mark.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, nahm die Nationalversammlung folgende Entschließung an:

Da die Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, im laufenden Etatsjahr eine Unterbilanz von 13 Milliarden Mark erbringen dürften, hat die Reichsregierung alsbald eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Nationalversammlung, der Länder, hervorragenden Fachleuten und Volkswirtschaftlern sowie der Beamten und Arbeiter zu bilden, mit der Aufgabe, neue Grundlagen für unsere Staatsbetriebe zu suchen, durch die die Rentabilität dieser Betriebe und ihre Leistungsfähigkeit sichergestellt werden.

## Die Kriegsgesellschaften.

Diese Organisationen sind ein Produkt des Krieges wie die ganze Zwangswirtschaft. Sie waren geschaffen, damit das Hindenburgprogramm durchgeführt werden konnte. Die ganze Wirtschaft mußte für die Bedürfnisse der Kriegsführung eingestellt und alles, Menschen und Produktion, unter Zwang gestellt werden.

Zu ihrer endgültigen Beseitigung hat die Nationalversammlung beigetragen, indem sie folgende Entschließung annahm:

Grundsätzlich haben alle Kriegsgesellschaften sofort die Liquidation einzuleiten. Bis zum 1. Oktober 1920 haben diese Gesellschaften die Hälfte ihrer Räumlichkeiten für Wohn- und Geschäftszwecke abzugeben. Neue Räumlichkeiten dürfen ihnen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Damit hat unsere Fraktion nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß nun das freie Spiel der Kräfte wieder beginnen solle. Es wird vielmehr eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein, und die Fraktion hat das öfters zum Ausdruck gebracht, Produktion, Ausfuhr und Einfuhr nach neuen volkswirtschaftlichen Grundsätzen aufzurichten.

## Das Zündwarensteuergesetz.

Bei der Zündwarensteuer ist festgestellt, daß bis zum 31. März 1921 das Herstellermopol in Kraft treten muß, so daß dieses Gesetz nur noch etwa drei Vierteljahre nach dem Wahltage in Kraft sein wird. Die Steuer beträgt 2-3 Pf. für jede Schachtel der üblichen Streichhölzer. Ermägt man, wie stark aus anderen Gründen die Preise sowohl des Tabaks und der Tabakprodukte wie der Zündhölzchen gesteigert wurden, so muß man diese Steuern in ihrer Wirkung auf die Preisgestaltung nicht als ausschlaggebend betrachten. Wir müssen Tabakfabrikate und Streichhölzchen durch eine andere Wirtschaftspolitik, die uns, nicht zuletzt durch die Steuern, eine Verbesserung des Geldwesens schafft, verbilligen. Bei den heutigen Preisen ist die Steuer am wenigsten für die Preisgestaltung verantwortlich.

## Die Spielkartensteuer

beträgt für das übliche Kartenspiel 2 Mk.; sie beträgt für andere Kartenspiele 1 bzw. 3 Mk. Diese Steuer wird man nicht als besonders drückend empfinden, wie man auch über das Kartenspiel denken mag, denn auf den einzelnen Spielabend entfällt ja nur ein sehr geringer Bruchteil dieser Steuer. Wenn Verschwendner an jedem Spielabend neue Karten haben wollen, dann mögen sie diese Steuer auch an jedem Spielabend bezahlen.

## Das Tabaksteuergesetz

führt überaus das Prinzip der Progression. Während die niedrigsten im Preise stehenden Zigarrensorten, die freilich im Augenblick nicht vorhanden sind, mit noch nicht 1 Pf. für das Stück versteuert werden, steigt mit dem Wachstum der Zigarrenpreise auf über 3 Mk. das Stück die Steuer auf 1,80 Pf. für jede Zigarre. Ebenso steigt bei den Zigaretten die Steuer von den billigsten bis zu den teuersten Sorten von 1 bis auf 30 Pf. für das Stück. Beim feingeschnittenen Rauchtabak beträgt der Steuerfuß für die billigsten Sorten 1,50 Mk. für das Pfund, bei den teuersten Sorten 30 Mk. für das Pfund. Beim Pfeifentabak steigert sich der Steuerfuß für das Pfund von 50 Pf. bei den billigsten Sorten auf 4,50 Mk. bei den teuersten. Ebenso steigern sich die Sätze für Kautabak von 1½ Pf. auf 10 Pf. für das Stück, bei Schnupftabak von 50 Pf. auf 2 Mk. für das Pfund. Man erkennt daraus, daß der Luxuskonsum durch die Tabaksteuer um ein Vielfaches dessen belastet ist als der Verbrauch der breiten Massen.

## Das Umsatzsteuergesetz.

Weit härter als diese Steuern wirkt das Umsatzsteuergesetz. Es erfaßt die allgemeinen Umsätze mit 1½ Proz. des Wertes bei jedem Umsatz. Aber diese Steuer erhöht sich auf 15 Proz. bei allen Umsätzen von Luxuswaren, wie den teureren Schmuckgegenständen, den feinen Porzellanen, den Luxusspielgläsern, den aus fremden Hölzern hergestellten Möbeln, bei Bildhauerarbeiten, bei Verwendung von Brotat, samt u. dgl. zur Inneneinrichtung, bei Wandern, Federböden, bei großen Kuppen, teureren Teppichen und allen anderen Luxusgegenständen. Man erkennt daraus, daß der Konsum der breiten Massen nur ein Zehntel der Steuer zu tragen hat wie der Luxuskonsum der Reichen.

und Reichsten. Also auch bei dem Umsatzsteuergesetz ist das Prinzip der Kopfsteuer energisch verlassen und ein klarer Unterschied gemacht worden zwischen der Belastung der breiten Massen und der Reichsten und Reichsten.

Noch niemals ist ein indirektes Steuersystem so emsig und so erfolgreich befreit worden von den Vorwürfen, die man durchaus mit Recht dem System der indirekten Steuern entgegensetzt. Wäre nicht die finanzielle Not des Deutschen Reiches und auch der einzelnen Länder und Städte und kleineren Gemeinden so überaus groß, wäre nicht die erwähnte Steuerbestimmung im Versailler Friedensvertrag, so hätte sich unsere Partei nicht entschließen können, diese Steuern zu bewilligen. Jede andere Partei, die die Verantwortung für die künftigen Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden zu tragen gehabt hätte, jede Partei, die nicht will, daß der Feind uns in unsere eigenen Angelegenheiten hineintreibt und unsere Steuerbelastung bestimmt, hätte genau ebenso wie wir für diese indirekten Steuern stimmen müssen. Notgedrungen haben wir diese indirekten Steuern beschlossen, damit ihnen von den Durchsehern des Versailler Friedensvertrags nicht noch härtere aufgezungen werden.

## Das Schaumweinsteuergesetz.

Schon in Rücksicht darauf, daß die Weinsteuer wesentlich erhöht ist und auf 20 Proz. des Verkaufspreises festgesetzt wurde, war die bisher bestehende Schaumweinsteuer völlig unzulänglich. Das von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz bringt denn auch eine Erhöhung des Steuerfußes für Schaumwein, der aus Wein hergestellt ist, auf 12 Mk. pro Flasche, während der Schaumwein, der aus Früchten hergestellt wird, eine Steuer von 3 Mk. pro Flasche zu tragen hat. Wir glauben, daß auch mit der Herausarbeitung dieses wesentlichen Unterschiedes der Grundsatze gewahrt ist, daß die indirekte Steuer in erster Linie den Verbrauchender und Besitzenden treffen soll.

Das Entscheidende der Steuerpolitik unserer Partei war der Ausbau des direkten Steuerwesens, das einen ganz bedeutamen, praktischen wie prinzipiellen Fortschritt in der Gestaltung des Reichshaushalts herbeigeführt hat.

Durch das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 blieb frei der Betrag von 3000 Mk., mit dem das Kriegseinkommen im Jahre 1919 das Friedenseinkommen überstieg.

Die Abgabe beträgt für die ersten 10 000 Mk. des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 Proz. und steigt bereits bei 400 000 Mk. Mehreinkommen auf 70 Proz.

Weit schärfer noch werden die Kriegsgewinne erfaßt durch das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Abgabepflichtig ist der Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Vermögen nach dem Stand am 30. Juli 1919, wobei als Anfangsvermögen das Vermögen gilt, das nach dem Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 (Wehrbeitrag) veranlagt worden ist. Da die meisten Kapitalisten beim Wehrbeitrag ihr Vermögen zu gering angegeben haben dürften, so ergibt sich, daß der Vermögenszuwachs dementsprechend größer berechnet werden muß zum Schaden der Kapitalisten und zum Vorteil des Reiches. Abgaben sind nur zu entrichten für Kapitalien, die 10 000 Mk. übersteigen, und wenn der Vermögenszuwachs mehr als 5000 Mk. beträgt. Die ersten 5000 Mk. bleiben von der Steuer frei, wodurch, ganz abgesehen von den niedrigen Sätzen, bei keinem Vermögenszuwachs diese verhältnismäßig gering besteuert werden, während die großen Kriegsgewinne mit äußerster Schärfe erfaßt werden.

Die Kriegsabgabe beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuschusses 10 Proz. und beträgt bei 480 000 Mk. Wehrvermögen bereits 100 Proz.

Demnach ist der Forderung, daß die Kriegsgewinne zugunsten des Reiches steuerlich erfaßt werden, in hohem Maße Rechnung getragen. Auch der größte Kriegsgewinnler kann nicht mehr als 178 000 Mk. von seinem Kriegsgewinn behalten. Alles übrige fällt der Reichskasse zu. Da diese 178 000 Mk., die dem reichsten Kriegsgewinnler verbleiben, auf fünf Jahre verteilt sind, so entfällt auf jedes Kriegsjahr im äußersten Falle ein Kriegsgewinn von 35 600 Mk., was natürlich den Kriegsgewinnlern aus der Munitionsindustrie nur als eine lächerlich geringe Summe erscheint.

Die Kriegssteuergesetzgebung der Deutschen Republik greift somit mit der äußersten Schärfe in die in den weitesten Kreisen, nicht nur in denen der Arbeiter, auf das schärfste beurteilten Kriegsgewinne ein.

Nicht weniger scharf wirkt die Gesetzgebung über die Vermögenssteuer. Sie ist gekennzeichnet durch das Gesetz über das Reichsnotopfer. Hier ist abgabepflichtig nur der den Betrag von 5000 Mk. übersteigende Teil des Vermögens. Soweit das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen ist, ermäßigt sich das abgabepflichtige Vermögen um weitere 5000 Mk. Für das zweite und jedes weitere Kind wird ein Betrag von je 5000 Mk. von der Abgabe freigestellt. Zugleich wird von dem der Zahl der Kinder entsprechenden Vielfachen von 50 000 Mk. des abgabepflichtigen Vermögens die Abgabe nur in der Höhe von 10 Proz. erhoben. Auch hier zeigt sich somit weitgehende Schonung der kleinen Leute und ihrer Erparnisse.

Die Abgabe beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. des abgabepflichtigen Vermögens 10 Proz. und steigt nach starker Progression bei einem Vermögen von 7 Millionen und mehr auf 65 Proz.

Man ersieht hieraus, daß diese Steuer eine vollkommene Verschiebung der Vermögen vom privaten Besitz zugunsten des Reiches herbeigeführt. Bis annähernd zwei Drittel der größten Vermögen gehen damit in den Besitz der Allgemeinheit über. Dabei ist zu beachten, was für die Beurteilung des ganzen Steuersystems von höchster Wichtigkeit ist, daß nun alle beschlossenen Steuern als eine Gesamtheit zu betrachten sind.

Das Erbschaftsteuergesetz enthält drei Steuern: vor allem die Nachlasssteuer, die den Abschluß der Besteuerung des Verstorbenen bildet und damit die Möglichkeit schafft, festzustellen, ob vom Verstorbenen Steuern hinterzogen wurden, die dann mit überaus hohen Geldstrafen, einem Vielfachen des hinterzogenen Betrags, geahndet werden, so daß diese Feststellung zu einer vollkommenen Enterbung der Erben führen könnte, was weit mehr als alle Verdienste die Erziehung zur Steuermoral erzwingen wird. Die Nachlasssteuer ist an sich unerheblich. Bei den kleinen Nachlässen bleiben die ersten 20 000 Mk. frei von jeder Nachlasssteuer und steigt bei Nachlässen von mehr als 2 000 000 Mk. auf 5 Proz.

Ist die Nachlasssteuer der Abschluß der Besteuerung des Vermögens des Verstorbenen und wirkt sie mehr als Kontrolle und weniger finanziell einschneidend, so ist von desto größerer materieller Wirkung zum Schaden der Erben und zum Vorteil des Reiches die zweite Erbschaftsteuer: die Erbschaftsteuer.

Soweit das Erbe 500 Mk. nicht übersteigt, ist es nicht steuerpflichtig. Die Erbschaftsteuer wirkt in dreifacher Form progressiv: Erstens nach der verhältnismäßigen Entfernung des Erben vom Erblasser. Hier wurden sechs



Klassen feststellt. In der ersten Klasse, die unter die niedrigste Progression fällt, fallen der Ehegatte und die ehelichen Kinder des Erblassers und andere Kinder, soweit ihnen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder zukommt, mit Ausnahme der an Kindes Statt angenommenen Personen. Außerdem auch noch die unehelichen Kinder der Mutter und die vom Vater anerkannten unehelichen Kinder. Je nach der Entfernung der Verwandtschaft fallen die übrigen Erben in die weiteren Klassen, die entferntesten Verwandten, die sogenannten „Nachenden Erben“, und die überhaupt nicht verwandten Erben kommen in die sechste Klasse. Für die nächstverwandten Erben, wozu auch Eltern, Großeltern, an Kindes Statt angenommene Personen gehören, bleiben 5000 M. Erbgut unversteuert.

Die zweite Progression richtet sich nach der Höhe des steuerpflichtigen Erverbs.

Eine dritte Progression geht von dem gesunden Gedanken aus, daß der Erbanfall desto härter besteuert werden muß, je reicher der Erbe schon vor dem Erbanfall gewesen ist. Da diese Progression das ganze Erbe erfassen könnte und dann nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Erbschaft ausgeschlagen werden müßte, als tatsächlich an den Erben entfallen würde, so hat das Gesetz festgelegt, daß nicht mehr als 90 Proz. des Erbes an das Reich fallen dürfen. Aber da bei den großen Erbschaften auch 5 Proz. Nachlasssteuer in Frage kommen, so fallen von den größten Erbschaften, die ja zumeist auch reichen Leuten zufallen, 95 Proz. an das Reich und nur 5 Proz. an den Erben, der der Erbschaft nicht bedarf. Hieraus erkennt man, welche gewaltige Kapitalverchiebung eingetreten sein wird, wenn der wesentliche Teil der jetzigen Generation durch die folgende ersetzt sein wird.

Bei der Erbschaftsteuer war stets zu befürchten, daß sie leicht umgangen werden könnte, wenn man nicht den Todesfall abwartete, sondern von dem noch Lebenden über das hinterlassene Vermögen verfügt wird. Dem setzt das neue Erbschaftsteuergesetz die Schenkungssteuer entgegen, die Schenkungen über 1000 M. den gleichen Gesetzen unterwirft wie die Erbanfälle. Ermäßigungen der Erbanfallsteuer sind bei Stiftungen und Schenkungen an Gemeinden, Kirchen und inländischen Vereinigungen vorgesehen, die sich die gemeinschaftliche Pflege der Weltanschauung zur Aufgabe machen, wie etwa freireligiöse Gemeinden, denen die Rechte juristischer Personen zustehen.

Das Kapitalertragsteuergesetz ist in seiner Wirkung erst richtig zu erkennen, wenn auch die Wirkung des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt wird. Die Steuer bietet die ideale Möglichkeit, das unverbiente Einkommen an der Quelle zu erfassen. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktionen konnte es nur sein, die Steuer nicht auswirken zu lassen auf die sozialen Institute und vor allem nicht auf die Körperschaften der organisierten Arbeiterschaft, die ja wohl ausnahmslos keine Erwerbsgesellschaften sind. Nach dieser Richtung hin sind die Bestrebungen von vollem Erfolg begleitet gewesen. Von den Kapitalerträgen sind 10 Proz. zu entrichten. Leider läßt sich technisch nicht durchführen, daß die großen Erträge aus Kapitalien stärker zur Abgabe herangezogen werden. Aber dieser Mangel wird ja ausgeglichen durch das Reichseinkommensteuergesetz, das Abgaben bis zu 60 Proz. vorsteht, um die großen Einkommen zum überwiegenden Teil aus Kapitalerträgen hervorzuholen, wird also die Einkommensteuer durch die Kapitalertragsteuer wesentlich verschärft.

## Das Körperschaftsteuergesetz

ist eine Ergänzung des Kapitalertragsteuergesetzes und gibt die Möglichkeit, die großen Erwerbsgesellschaften, Aktienunternehmungen, Syndikate usw. in nicht unwesentlicher Weise vorweg zu besteuern. Bei Betrachtung der Steuerhöhe ist zu berücksichtigen, daß die Beträge, die von den in dem Gesetz bezeichneten Körperschaften ausgeworfen werden, von den Kapitalbesitzern, den Aktionären usw. als Einkommen versteuert werden müssen. Die Körperschaftsteuer ist daher auch nur eine Ersatzsteuer, dazu bestimmt, das Einkommen, das nicht aus Erwerbsarbeit stammt, möglichst stark zu belasten. Aufgabe der Sozialdemokratie mußte es auch hier sein, die Körperschaften des sozialen Gebiets von der Steuerleistung zu verschonen und das Gesetz möglichst einträglich zu gestalten. Während das erstere Bestreben vollen Erfolg hatte, ist das letztere nicht völlig erreicht. Die Deutschnationalen beabsichtigten eine Schonung der großen Versicherungsgesellschaften, die ausländische Werte besitzern, sie sind aber dabei von der Nationalversammlung nicht unterstützt worden.

Die Abgabe beträgt 10 Proz. des gesamten steuerbaren Einkommens und wird durch Zuschläge verschärft, die von 4 bis zu 10 Proz. der zur Ausschüttung gelangenden Beträge gestaffelt sind.

## Das Grunderwerbsteuergesetz

stellt ebenfalls eine Belastung der Bestehenden dar und wird erhoben bei Besitzwechsel, und zwar in einer Höhe von 2 bis 6 Proz. des gemeinen oder des Verkaufswertes. Besonders geschont sind die kleinen Grundstücke und die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen. Sie wird nicht erhoben, wenn der Grundstückswechsel durch Erbe oder Schenkung erfolgt, denn die beiden letzteren Fälle werden durch die Erbschafts- und Schenkungssteuer betroffen.

## Die Einkommensteuer.

Während die Gesetze über die Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs, über das Reichsnotopfer und über die Abschsteuer nur einen einmaligen Eingriff vorsehen, ist die Reichseinkommensteuer alljährlich zu erheben. Sie tritt an die Stelle aller bisherigen Einkommensteuern der Länder und gleichzeitig an die Stelle der Zuschläge, die die Gemeinden von den Einkommensteuern erheben konnten. An Stelle der mannigfachen Steuerarten und Steuerhöhen tritt nun eine vollständige Gleichmäßigkeit der Besteuerung in allen Landesteilen, und nur eine starke Verschiedenheit hinsichtlich der Besteuerung von Reichem und Armen wird eintreten. Die einheitliche Reichseinkommensteuer schafft den Ausgleich, der bisher gefehlt hat. Sie wirkt damit auch vereinheitlichend auf die gesamte deutsche Steuergebung, sie verschließt stark den Weg zu einer Steuerumgehung. Durch die Festsetzung des Tarifs wird ein beträchtlicher Teil der kleinsten Einkommen steuerfrei gelassen und werden die kleinen Einkommen vielfach geringer mit Steuern belastet, als sie bisher, wenigstens in den Großstädten und allen Industriezentren, herangezogen waren. Dagegen werden bis annähernd 60 Proz. des Einkommens der Reichsten weggesteuert. Endlich wird durch die Mannigfaltigkeit der Steuerläge eine Anpassung an alle Schichtungen des Einkommens herbeigeführt. Die Steuer

gesetzgebung der Deutschen Republik erreicht somit in hohem Maße das Ideal der steuerlichen Gerechtigkeit. Bei den kleinen Einkommen wirkt die mit der Zahl der zu versorgenden Kinder wachsende Steuerbefreiung in hohem Maße gerecht. Damit führt diese Steuer einen starken Schritt auf dem Wege des sozialen Ausgleichs vorwärts. Mit diesen Gesetzen in Zusammenhang stehen das Bundessteuergesetz, worin die Steuergesetzgebung der Länder geregelt sind, die Reichsabgabenordnung und das Reichsausgleichsgesetz.

Die Debatte in Steuerfragen wurde in der Hauptsache von den Genossen Keil und Dr. Braun geführt. In den Verhandlungen der Ausschüsse sowohl als auch im Plenum der Nationalversammlung ist versucht worden, die Besitzsteuern und die Einkommensteuer noch wesentlich schärfer für die Besitzenden und die großen Einkommen zuzuschneiden. Wenn das nur zum Teil gelang, lag es daran, daß die Bürgerlichen stärker waren als die Sozialdemokraten. Jedenfalls kann bei Betrachtung der gesamten Steuerarbeit gesagt werden, daß Erhebliches erreicht wurde.

## Sachregister des Anhanges.

- |   |   |   |
|---|---|---|
| Agitation 45.                             | Kassenbericht 88.                                     | Reichsbetriebe 106.                       |
| Altersrenten, Erhöhung der — 100—102.     | Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung 105.           | Reichsreisenbahnen 106, 106               |
| Amnestiegesetz 84.                        | Kohlensteuer 85.                                      | Reichsforsten 94.                         |
| „Arbeiterjugend“ 45.                      | „Kommunale Praxiss“ 45.                               | Reichsnotopfer 109.                       |
| Arbeiterwohlfahrt, Hauptauschuß für — 24. | Körperschaftsteuergesetz 111.                         | Reichsriedlungsgeiz 104, 105.             |
| Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer 47.       | Kreisausschüsse 37.                                   | Reichstagskonstituierung des — 76.        |
| Beamtenfürsorge 102, 103.                 | Kriegsabgabe, Gesetz über die außerordentliche — 108. | Reichstagswahlen 36, 79.                  |
| Betriebsrätegesetz 97, 98.                | Kriegsgefangene 103.                                  | Schaumweinsteuergesetz 108.               |
| Buchhandlung Vorwärts 44.                 | Kriegsgesellschaften 81, 108.                         | Schwerbeschädigte 101, 102.               |
| Diätengesetz 82.                          | Kriegshinterbliebene 98, 99.                          | Sowjetrußland 5.                          |
| Einkommensteuer 111, 112.                 | Kriegsteilnehmer, Die Versorgung der — 98, 99.        | Sozialfizierung 90.                       |
| Einkommensteuergesetz, Reform 80.         | Landtagswahlen 36.                                    | Spa, Aussprache über — 82.                |
| Entwaffnungsgesetz 88.                    | „Lehrer, Der freie“ — 45, 48.                         | Spiellartensteuer 107.                    |
| Erbchaftsteuergesetz 109.                 | Mai, Der erste — 98.                                  | Tabaksteuergesetz 107.                    |
| Ergänzungsetat 86.                        | Militärgerichte, Aufhebung der — 86.                  | Todesstrafe 95.                           |
| Ernährungsfrage 78, 90.                   | Militärrentenempfänger 100—102.                       | Umsatzsteuergesetz 107, 108.              |
| Erwerbslosigkeit 80.                      | Militär, Schutz für werdende — 88.                    | Unfallrenten, Erhöhung der — 100—102.     |
| Frauenbewegung 22.                        | „Neue Zeit“ 43.                                       | Untersuchungsausschuß 78.                 |
| Friedensvertrag 96, 97.                   | Organisation 19.                                      | Verfassung des Deutschen Reichs 98—96.    |
| Gemeindevertretungen 87.                  | Parteiarchiv 34.                                      | Vermögenszuwachs, Kriegsabgabe vom — 108. |
| Gesetze und Beschlüsse, Kleine — 89, 91.  | Parteiausschuß 52.                                    | „Vorwärts“ 41.                            |
| „Gleichheit“ 43, 45, 46.                  | Parteipresse 40.                                      | „Wahrer Jacob“ 48.                        |
| Grundwerbsteuergesetz 111.                | Provinziallandtage 37.                                | Waisenrenten 101, 102.                    |
| Internationale, Die — 53.                 | Putzstatistik 7.                                      | Wehrpflicht 82.                           |
| Interpellationen 88, 92.                  | Regierungsbildung 74.                                 | Witwenrenten 100—102.                     |
| Invalidentrenten, Erhöhung der — 100—102. | Regierungserklärung, Stellungnahme zur — 76.          | Wohnungsfrage 103, 104.                   |
| Jugendbewegung 26.                        |   | Zentralbildungsausschuß 80.               |
| Kapitalertragssteuergesetz 110.           |   | Zentralstelle für Beamtenagitation 50.    |
| Kapp-Putsch 9, 90.                        |   | Zündwarensteuergesetz 107.                |

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Bureau des Parteitages . . . . .	8
Geschäftsordnung . . . . .	8
Tagesordnung . . . . .	4
Protokoll . . . . .	5
Anträge . . . . .	274
Bericht über die Frauenkonferenz . . . . .	386
Anwesenheitsliste des Parteitages . . . . .	407
Sprechregister des Parteitages . . . . .	414
Sachregister des Parteitages . . . . .	415
Ergebnis der Abstimmungen . . . . .	416
Anwesenheitsliste der Frauenkonferenz . . . . .	418
Sprechregister der Frauenkonferenz . . . . .	420
Sachregister der Frauenkonferenz . . . . .	420

### Anhang.

Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919 . . . . .	1
Bericht der Reichstagsfraktion . . . . .	73
Bericht der Fraktion der Nationalversammlung . . . . .	98
Sachregister des Anhanges . . . . .	113